



Weil sie zu teuer sind, haben die privaten Krankenkassen keine Zukunft mehr. Über die Parteigrenzen hinweg arbeiten Experten an einem neuen, fairen Modell für alle

WIRTSCHAFT
SEITE 19/20

Das Ende der Zwei-Klassen-Medizin

Illustration: Thomas Kullenbeck/Agentur Fricke für DIE ZEIT



Alles nur Komödie in Berlin?

Moritz von Uslar ist mit einem Politiker auf die Piste gegangen: Wie viel Wirklichkeit steckt in Helmut Diets »Zettk«?

Feuilleton Seite 53

Frauen, wehrt euch!

Nach der Revolution kämpfen viele Ägypterinnen gegen eine neue Welle der Unterdrückung. Sie sind Vorbild für andere Länder

Dossier Seite 13-15

Immer mit der Keule

Warum die Deutschen wieder mit Nazi-Vergleichen überzogen werden – und wie sie damit umgehen sollten VON BERND ULRICH

Anoi Schettino, a voi Auschwitz.« So schrieb kürzlich *Il Giornale*, »Uns Schettino, euch Auschwitz«. Damit reagierte die italienische Zeitung auf eine ähnlich feinsinnige *Spiegel Online*-Kritik am feigen Kapitän der *Costa Concordia*, der als typisch italienisch qualifiziert wurde. Gemeint war mit der Entgegnung: Haltet ihr Deutschen bloß das Maul, ihr habt doch den Holocaust zu verantworten!

Nun könnte man sagen, dass *Il Giornale* eine rechtspopulistische Zeitung ist, noch dazu aus dem Hause Berlusconi, also nicht ganz ernst zu nehmen. Man könnte sich auch damit beruhigen, dass Nazi-Vergleiche immer mal wieder gegen Deutsche gerichtet wurden. Doch gibt es da derzeit eine Häufung. Der sensible ostdeutsche Schriftsteller Ingo Schulze wurde eben erst bei einer Lesung in Portugal gefragt, ob die Deutschen nun mit dem Euro schaffen würden, was ihnen mit Panzern damals nicht gelungen sei, also Europa zu beherrschen. Aus Griechenland kann man Derartiges zurzeit täglich hören, oft noch drastischer formuliert.

Anderorts wird der Vorwurf vornehmer verpackt, wenn etwa die aktuelle deutsche Sparpolitik mit der des Reichskanzlers Brüning verglichen wird, dessen Nachfolger dann Adolf Hitler hieß. Regelmäßig wird auch vom deutschen »Sonderweg« gesprochen, etwa wenn die Regierung Merkel nicht so viel Geld drucken möchte, wie andere das von ihr verlangen. Der so häufig zitierte Sonderweg endete historisch wo? Natürlich in Auschwitz. So schließt sich der Kreis.

Deutschland sind die USA von Europa – aber mit einer anderen Historie

Man braucht wirklich nicht lange an der Frage rumzurseln, warum die Nazi-Vergleiche im Moment so oft gezogen werden: Zum ersten Mal seit 1945 tritt Deutschland wieder mit voller Macht auf, nicht weil man das gewollt hätte, sondern weil die europäische Schuldenkrise das ökonomisch stärkste auch zum politisch mächtigsten Land gemacht hat. Deutschland greift nun tief ein in die inneren Angelegenheiten Dritter.

Allmählich bekommt das Land für Europa eine ähnliche Funktion, wie sie die USA lange Zeit für die ganze Welt hatten. Als jene Macht, die ihre Kraft gebrauchte, manchmal missbrauchte, die an allem schuld war, die alles retten sollte und sich dafür beschimpfen lassen musste, wie sie es tat. Was wurde den Amerikanern nicht alles Übles angedichtet, immer steckte die CIA hinter allem Bösen, stets wurden die Amerikaner des Imperialismus geziehen.

Eines allerdings konnte man ihnen nie vorwerfen: dass sie sechs Millionen Juden in den Tod geschickt und die halbe Welt mit Krieg überzogen hätten. Das menschlich nachvollziehbare und oft berechtigte Schimpfen auf die je stärkste Macht bekommt im Falle der Deutschen allzu

häufig eine andere, eine alle Diskussionen und jedes ernsthafte Gespräch abtötende Dimension.

Wie soll man als Deutscher nun damit umgehen? Ingo Schulze war empört und beleidigt, wie er selbstkritisch schrieb. Das war sicher schon allein deshalb falsch, weil genau das von seinen Zuhörern beabsichtigt war. Falsch ist es – zweitens – sicher auch, mit deutscher Arroganz zu reagieren, wie das Volker Kauder, Fraktionschef der Union, tat, als er rief, in Europa werde Deutsch gesprochen, fehlte nur noch das Wort: wieder. Ähnlich martialisch redete Peer Steinbrück daher, als er den Schweizern die »Kavallerie« schicken wollte. Das sollte der Politiker eines Landes lieber lassen, das die eigene »Kavallerie« einst nach ganz Europa schickte (außer in die Schweiz).

Drittens darf man sich von Nazi-Vergleichen nicht ins Bockshorn jagen lassen. Das Wort Sonderweg darf eine deutsche Regierung weder zum Nachgeben bringen noch zu einem trotzigen Dann-erst-recht. Zumal man ja weiß, dass Auschwitz als moralischer Hebel in politischen Konflikten eingesetzt wird. Freundliche Unbeeindrucktheit, zuweilen unbeleidigte Zurückweisung sind also die vernünftigsten Reaktionen. Und dann das Weiterdiskutieren über die Sachfragen, über Finanzen oder Militärinterventionen.

Die neue deutsche Rolle wird noch eine ganze Weile zur Häufung von Nazi-Vergleichen führen. Das muss man wohl oder übel ertragen und sich abwettern lassen. Allerdings liegt in diesem Stoisizismus auch ein ernstes Problem. Das hat mit dem deutschen Vergangenheitsparadox zu tun, das sich so formulieren ließe: Die deutsche Vergangenheit wird nur dann ganz sicher nicht wiederkehren, wenn die Deutschen nie ganz sicher sind, dass sie nicht wiederkehrt. Darum können sich die Deutschen, ihre Politiker zumal, nicht ganz verparzeln, weder gegen Anwürfe von außen noch gegen Anflüge von Selbstzweifeln. Es bleibt da eine wunde Stelle.

Was soll man nun tun? Die anderen bitten, mit diesem Nazi-Mist einfach aufzuhören, uns Deutsche bitte schön in jeder nur erdenklichen Form zu beschimpfen außer in dieser? Ja, das könnte man. Die Deutschen könnten auch zugeben, dass sie geliebt werden wollen (das ist nichts Schlimmes), viel mehr als Franzosen oder Briten, die sich schon selbst ganz gut lieben. Allerdings können sich die Deutschen vor lauter Liebesbedürftigkeit nicht selbst verleugnen, schon weil die anderen sie dann nur noch mehr verachten würden.

Schließlich muss sich eine gewisse Coolness nach außen mit besonders hoher historischer Sensibilität nach innen verbinden. Antisemitismus, Neonazi-Terror, Geschichtsvergessenheit, Anfälle von Arroganz – das sind die wirklichen Gefahren und Verführungen.

Die Deutschen müssen jetzt sehr tapfer sein – und sehr sensibel.

www.zeit.de/audio

Einfach nur autoritär

Es wird Zeit, der Weltmacht Facebook Grenzen aufzuzeigen. Auch wenn das viel Mut erfordert VON HEINRICH WEFING

Vier große Mächte gebe es derzeit auf der Welt, sagte unlängst ein US-Admiral in Berlin: China, Indien, die USA – und Facebook. 800 Millionen Menschen nutzen das Soziale Netzwerk, darunter mehr als 20 Millionen Deutsche, ein Viertel aller Bundesbürger. Facebook verbindet Menschen rings um den Erdball, es ist zum Zentralnervensystem der globalen Kommunikation geworden. Wenn das Unternehmen demnächst an die Börse geht, dürfte sein Wert mit bis zu 100 Milliarden Dollar veranschlagt werden.

Schon klar, das Datenimperium hat keinen Außenminister und keine Flugzeugträger. Aber wenn Macht bedeutet, in das Leben sehr vieler Menschen eingreifen zu können, dann ist Facebook tatsächlich eine Supermacht. Was immer die Macher im kalifornischen Menlo Park beschließen, verändert den Alltag der Nutzer.

Von so viel Gehorsam kann der Papst nur träumen

Gerade hat Mark Zuckerberg, der Gründer von Facebook, entschieden, dass die Profileiten aller Nutzer, quasi ihre Selbstdarstellung im Netz, neu sortiert werden. Künftig werden alle Informationen chronologisch geordnet, von der Geburt bis zur Gegenwart. Timeline heißt die Funktion, die jetzt verbindlich wird. Und weil Zuckerberg das so will, werden fortan alle Facebook-Nutzer, von Island bis Indonesien, von Fidschi bis Georgien, mit Timeline leben müssen. Ob sie wollen oder nicht. Punkt. Selbst der Papst kann von einer solch umstandslosen Durchsetzung seiner Anweisungen nur träumen.

Natürlich gibt es allerlei Protest gegen das neue Layout, es sei zu unübersichtlich, und Datenschützer warnen, Facebook wolle mit der Umstellung nur noch mehr Daten absaugen, um gezielter Werbung verkaufen zu können. Das alles ist richtig, doch bewirken wird der Widerstand nichts, und vermutlich wird er bald vergessen sein. Irgendwie genervt von Facebook ist jeder Nutzer. Aber wer will sich schon freiwillig vom Gespräch mit potenziell 800 Millionen Mitmenschen ausschließen?

Beunruhigend ist tatsächlich nicht allein Timeline, verstörend ist vielmehr die autoritäre Geste, mit der die Änderung dekretiert wurde, wie nebenbei, in einem Firmenblog. Verstörend, weil Facebook nicht irgendein Konzern ist. Sondern ein Unternehmen, das existiert, um möglichst viel über uns in Erfahrung zu bringen – und dieses Wissen zu Geld zu machen. Facebook sammelt ja nicht nur die Urlaubsfotos und Lieblingssongs seiner Nutzer. Es registriert, wann sie aktiv sind, mit wem sie chatten, was sie spielen. Es verbindet all diese Daten – und löscht sie wohl nicht einmal, wenn sich ein Nutzer abgemeldet hat. Nacktscanner sind nichts gegen diese Datensammelmaschine.

Man muss sich nur einmal vorstellen, eine Telefongesellschaft zeichnete alle Telefonate von 800 Millionen Menschen auf und könnte darauf nach Belieben zugreifen. Auf jedes Geschäftsdetail, jeden Liebeschwur, jedes Gespräch mit dem Arzt. Die Welt wäre zu Recht alarmiert. Zumal wenn sich diese globale Telefongesellschaft weigerte, Auskunft über die eigenen Geschäfte mit den Mitschnitten zu geben. Genau das tut Facebook. Facebook sagt nicht, wie es speichert, was es speichert. Und verrät schon gar nicht, was es mit den Daten macht. Alles Unternehmensgeheimnis, Ende der Durchsage.

Ein solch ungeheurer Datenschatz in der Hand eines einzelnen Privatunternehmens stellt die Machtfrage neu. Die Machtfrage des 21. Jahrhunderts.

Ziemlich wahrscheinlich, dass die Frau, die in zwanzig, dreißig Jahren Präsidentin der USA wird, gerade in diesem Moment bei Facebook aktiv ist. Ebenso wie die künftigen Regierungschefs von Brasilien, Nigeria oder Frankreich. Zudem die kommenden Nobelpreisträger, Popstars und Terrorchefs. Und Facebook weiß, ob sie Sex mit Männern oder Frauen mögen, woran sie glauben und was sie kaufen.

Ja, sicher, niemand vermag zu sagen, ob Facebook jemals sittenwidrig Gebrauch machen wird von diesen Informationen. Aber was, wenn der Börsenkurs irgendwann bedrohlich sinkt? Was, wenn eine Regierung gegen Facebook vorgehen will, wenn das Unternehmen gar zerschlagen werden soll? Wie groß ist dann die Versuchung, mit den Informationen in den eigenen Rechnern Druck auszuüben? Im Kampf gegen geplante Gesetzesänderungen hat Facebook gerade erst bewiesen, dass es die eigenen Interessen in Washington beinah durchsetzen kann. Auch die Firmengeschichte ist keine Beruhigung. Wenn es neben dem explodierenden Wachstum eine Konstante bei Facebook gibt, dann die Ignoranz gegenüber den geltenden Spielregeln. Facebook ist eine Supermacht. Und verhält sich auch so.

Irgendwann, ziemlich bald, wird es Zeit, Facebook seine Grenzen aufzuzeigen. Nicht die Grenzen des Wachstums. Sondern die Grenzen seiner Macht. Das wird schwer, keine Frage, unmöglich ist es nicht. Man muss nicht gleich über Zerschlagung reden. Aber eine beherrzte Regulierung wäre schon etwas. Eine Regulierung, die Facebook zwingt, jedem Nutzer zu sagen, was die Firma über ihn weiß. Und ihm zu garantieren, dass gelöscht wird, was der Nutzer nicht gespeichert wissen will. Gefordert wird das schon lange. Aber jetzt könnte eine gute Gelegenheit sein. Börsen reagieren mitunter empfindlich auf öffentlichen Druck. Und weil Facebook längst eine Weltmacht ist, ist eine solche Regulierung kein Thema für nationale Koalitionsverhandlungen. Sondern für die Treffen der G 20, die mächtigsten Politiker der Welt.

www.zeit.de/audio

Was dem Teufel Spaß macht

Kardinal Reinhard Marx über Macht, Eitelkeit und andere sehr irdische Versuchungen

Glauben & Zweifel S. 54

ZEIT ONLINE

Missgebildete Rinder, Schafe und Ziegen – in Europa greift eine neue Tierseuche um sich

Ein Report unter
www.zeit.de/wissen

PROMINENT IGNORIERT



Wetten, dass ...?

Michael Ballack, einst einer der beliebtesten Fußballer, ist an einem Tiefpunkt seiner Karriere. Will den Alten keiner mehr haben? *Wetten, dass ...?* einst eine der beliebtesten Shows, findet und findet keinen Nachfolger für Thomas Gottschalk, nachdem jetzt auch noch Jörg Pilawa abgesagt hat. Will die steinalte Sendung keiner mehr machen? Vorschlag: Ballack führt sie zum verdienten Ende. Die Träne quillt, der Vorhang fällt. GRN.

Kleine Fotos, v. o.: Diana Film GmbH/Warner Bros. Entertainment GmbH 2011, Dana Smillie/laif für DZ, Witters

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de
Zeiterlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de

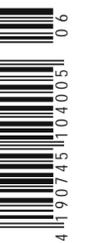
ABONNENTENSERVICE:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de
*) 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz,
max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz

PREISE IM AUSLAND:
DKR 43,00/NOR 60,00/FIN 6,70/E 5,20/
KANAREN 5,40/F 5,20/NL 4,50/A 4,10/
CHF 7,30/I 5,20/GR 3,70/B 4,50/P 5,20/
L 4,50/HUF 1605,00

AUSGABE:

06

67. JAHRGANG
C 7451 C



Worte der Woche

» Eine Meisterleistung.«

Angela Merkel, Bundeskanzlerin, über die Geschwindigkeit, mit der auf dem EU-Gipfel der Fiskalpakt beschlossen wurde

»Was ist das für ein Brandschutz, wenn er nicht stark genug ist?«

Werner Faymann, österreichischer Bundeskanzler, zur Weigerung Deutschlands, den Euro-Krisenfonds ESM aufzustocken

»Aber natürlich werden wir unsere Gesprächspartner an den Worten und dann vor allen Dingen an den Taten messen.«

Guido Westerwelle, Bundesaußenminister, nach einem Gespräch mit dem Chef der ägyptischen Partei für Freiheit und Gerechtigkeit, die aus der Muslimbruderschaft hervorgegangen ist

»Es ist nichts mehr da.«

Meike Schlecker, Tochter des insolventen Drogerieketten-Betreibers Anton Schlecker, über das Vermögen ihrer Familie

»Also, Bürger, geht auf die Barrikaden und zitiert Goethe, die Bibel oder auch Marx. Am besten aus einem gebundenen Buch!«

Ansgar Heveling, CDU-Bundestagsabgeordneter, in einem Beitrag über das geistige Eigentum im Internetzeitalter



DIE NACHRICHT

Zoff ums Abschalten

Minister streiten um Energiewende

Der Streit zwischen den für die Energiewende zuständigen Ministern Norbert Röttgen (CDU) und Philipp Rösler (FDP) verschärft sich. Nun sorgt die von Röslers Wirtschaftsministerium vorgelegte »Abschaltverordnung« für Zwist. Der Vorschlag »sollte abgelehnt werden«, heißt es in einem Vermerk aus Röttgens Umweltministerium. Er liegt der ZEIT vor.

Laut Verordnungsentwurf sollen Industriebetriebe künftig bis zu 60 000 Euro dafür erhalten, das ihnen im Notfall – etwa bei einer Überlastung des Netzes – der Strom abgeschaltet werden kann. Die Kosten sollen die Stromverbraucher tragen: Das Wirtschaftsministerium rechnet mit bis zu 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Röttgen sieht bei dem Vorschlag seines Ministerkollegen erheblichen »Nachbesserungsbedarf«. Es sei »unbedingt erforderlich«, die durch die Energiewende verursachten Kosten »so gering wie möglich zu halten«, heißt es in dem Papier des Umweltministeriums.

Wie vergiftet die Atmosphäre zwischen den beiden Ministern ist, geht aus dem letzten Absatz des Vermerks hervor. »Ohne ersichtlichen Grund«, heißt es, forcieren Rösler in der Ressortabstimmung das Tempo. VO

ZEITSPIEGEL

Bester Reisetitel

Der Reisetitel der ZEIT wurde von der Vereinigung Deutscher Reisejournalisten zum dritten Mal in Folge zum besten deutschen Reisetitel gewählt. »Die einzige Zeitung mit echten Innovationen«, lobte die Jury. Die Texte seien hervorragend, betonte das Preisgericht, die Gestaltung durchgehend exzeptionell. DZ

NÄCHSTE WOCHE IN DER ZEIT

Diane Kruger, unser Star in Hollywood, eröffnet die diesjährige Berlinale mit dem Revolutionsfilm *Les Adieux à la Reine*, in dem sie die Königin Marie Antoinette spielt. Moritz von Uslar traf die Schauspielerin für seine Rubrik *99 Fragen* in Paris. Außerdem widmen wir unser Berlinale-Heft dem Mythos des Filmstudios Babelsberg, das in diesem Jahr seinen hundertsten Geburtstag feiert. ZEITMAGAZIN



Fotos: Brigitte Lacombe (li.); E. Gottmann/Ag-images (ri.)

Max Weber
Politik als Beruf

Wider das Naserümpfen und Abschtsstehen: Wovon der Soziologe heute schreiben würde

VON IJOMA MANGOLD

In manchen Berliner Abgeordnetenbüros steht im Bücherregal jene kleine Schrift des Soziologen Max Weber mit dem Titel *Politik als Beruf*. Sie geht zurück auf einen Vortrag, den Weber im Januar 1919 in München hielt. Es war ein Moment der totalen Krise. Das Ancien Régime hatte alles vermasselt, und der Kaiser war ins Exil gegangen. Max Weber versuchte in dieser Situation ein realistisches Bild des Berufspolitikers zu entwerfen, wie ihn ein demokratisches Deutschland brauche. Es ist ein faszinierender Text, weil er einerseits mit Leidenschaft von der Politik als Berufung spricht, aber andererseits auch unsentimental von der Politik als Beruf handelt. Weber, der große Realist, zeichnet kein Traumbild des Politikers, wie es ihn nur in philosophischen Moraltraktaten gibt. Aber er verfällt auch nicht in die gegenteilige Rolle des Zynikers, der in der Politik nur den reinen Machtwillen am Werke sieht.

Gegen zwei Seiten grenzt sich Max Weber ab: gegen die alten Eliten und Revanchisten, die traditionellen Demokratieverächter – aber fast noch mehr gegen jene hochfliegende Revolutionsstimmung, die den Moment des Zusammenbruchs für eine utopische Politik nutzen wollte, die Erlösung von allen Übeln versprach. Das hielt Weber für pure politische Romanik. Hier entwickelt er seine berühmte Unterscheidung von Gesinnungsethik und Verantwortungsethik. Und ohne schon dies Wort zu kennen, arbeitet er sich ab an einer Position der Politikverdrossenheit, die in idealistischem Überschwang immer mehr verlangt, als die Wirklichkeit des Politikbetriebs hergibt.

Wer auf Millionen aus ist, geht in die Wirtschaft, nicht in die Politik

Obwohl Deutschland heute wahrlich keinen Krieg verloren hat, ist immer wieder mit apokalyptischem Unterton von einer Krise des politischen Systems die Rede. Gerade konstatierte der Schriftsteller Ingo Schulze in der *Süddeutschen Zeitung* »die Abschaffung der Demokratie« durch die Macht der Märkte – die Situation, schreibt er mit einem Modewort, sei längst »postdemokratisch«. Gleichzeitig gibt es die Sorge, die Politik sei viel zu unattraktiv geworden, um noch die besten Köpfe für sich zu gewinnen. Wer heute in die Politik geht, setzt sein Leben einer totalen Transparenz aus. Er muss damit umgehen, dass alle das Schlechteste von ihm denken, während er im selben Atemzug den höchsten moralischen Ansprüchen unterworfen wird. Wer tut sich das an außer eingefleischte narzisstische Naturen, die in dem medialen Dauerinteresse, das jedem ihrer Sätze entgegengebracht wird, einen steten Quell der Selbstbestätigung sehen? Wer es vor allem auf seine erste Million abgesehen hat, geht ohnehin in die Wirtschaft. Aber auch wer Spaß am Durchregieren findet, kann auf einem Vorstandsposten unbehelligter schalten als in den zermürbenden Kompromiss-Prozeduren der parlamentarischen Demokratie.

Man hat die Weimarer Republik eine Demokratie ohne Demokraten genannt. Dieses Schicksal sollte Deutschland nicht noch einmal blühen. Wenn Max Weber also heute in die Bütt steigen würde, um die parlamentarische Demokratie zu verteidigen, was würde er dann sagen?

Er hätte vor allem das Schlagwort von der Politikverdrossenheit aufgespießt. Er hätte erklärt, dass es eine wohlfeile Rückzugsposition ist, sich voll Überdross vom politischen Geschäft abzuwenden, weil es den eigenen ästhetisch-moralischen Reinheitsvorstellungen nicht entspricht. Natürlich hat Politik häufig etwas von Geschachere – wie sollte das auch anders sein, wo Menschen um ihre Interessen ringen. Doch verglichen mit den Üblichkeiten eines Erbschaftstreits, wie er in jeder Familie ausbricht, die nur ein bisschen was zu verteilen hat, geht es in der Politik gesittet zu. Uncharismatisch sei die Politik, heißt es heute, wenig dazu angetan, den Bürger für

seine Polis zu begeistern. Aber was ist das für eine Perspektive? Da werden Politiker behandelt wie Tänzerinnen in einem Nachtclub, die das Publikum langweilen, weil sie zu wenig Bein zeigen. Noch die letzte graue Maus ist sich heutzutage sicher, dass sie Packender verdient habe als die gemäßigtere Prosa des Deutschen Bundestages. Seit Weizsäcker in den späten achtziger Jahren mit aristokratischer Geste die Parteien gedemütigt hat, gehört das Naserümpfen zum guten Ton. Seither gab es die Währungsunion, die deutsche Einheit, die Einführung des Euro, mit der Agenda 2010 die größte Sozialreform in der Geschichte der Bundesrepublik und die erfolgreiche Eindämmung der Bankenkrise. Wie spektakulär muss Politik denn noch aussehen, damit der Bürger nicht in Ennui versinkt?

Wenn heute davon die Rede ist, dass sich die Menschen von der Politik abwenden, dann wird gerne präzisiert: In Wahrheit wenden sich die Menschen nur von den Parteien ab. Das bürgerschaftliche Engagement sei beliebt, nur die parteimäßige Organisation verpönt. Das stimmt wohl. Müsste Max Weber seinen Aufsatz also an die heutigen Verhältnisse anpassen, er würde einen Absatz über falsch verstandene Vornehmtheit einfügen: Denn es gelte dann auch einmal das Jämmerliche jenes Individualismus zu brandmarken, der sich für zu fein und subtil hält, als dass er bereit wäre, sich unter der notwendig generalisierenden Fahne einer Partei zu versammeln. Parteien sind per definitionem Verallgemeinerungen. Eine Partei, die mit meinen persönlichen Überzeugungen identisch wäre, wäre keine Partei, sondern mein Abbild. Es gehört Schneid dazu, sein Gesicht einer Partei zu leihen, auch wenn man sich nicht hundertprozentig mit ihr identifizieren kann.

Und was macht der Gegenwartsbürger, der Überzeugungsindividualist stattdessen? Er spendet seit Jahren für ein Schulprojekt in Botsuana, über das er sich genau auf dem Laufenden hält (es ist demnächst sogar eine Reise dahin vorgesehen!). Er demonstriert gegen den neuen Flughafent, in dessen Einführschneise sein Haus liegt. Er ist aktiv in einem Charity-Projekt jener Unternehmensberatung, für die er arbeitet, und begleitet persönlich Jugendliche eines Problemkieses zum Sonntagskonzert in die Philharmonie. Und er hat mit Freunden aus der Nachbarschaft eine Kita gegründet, bei deren Beiratsitzung regelmäßig darüber diskutiert wird, wie man die Zahl von Migrantenkindern erhöhen könne. Kurz, er stellt sich auf höchst ehrenwerte Weise einen individuellen Partizipationscocktail zusammen, mit dem er hundertprozentig identisch ist. Der aber höchst selektiv ist, weil er von seinem persönlichen Lebenskreis ausgeht. Dies hat die moralische Unangreifbarkeit des Kommunitarismus. »It takes a village« nannte Hillary Clinton das einmal. Aber ein Staat ist eben ein abstrakteres Gebilde als ein Dorf.

Zu einem sinnvollen Bürgerbewusstsein im Weberschen Sinn würde also auch die Bereitschaft gehören, sich desillusionieren zu

lassen. Max Weber hätte vom Wandel unserer Überzeugungskulturen gesprochen. Denn die politische Frustrationstoleranz unserer Gesellschaft ist gesunken, seit nicht mehr die großen Weltanschauungen die Parteienbindung garantieren. Vor vierzig Jahren war man es sich als Katholik schuldig, die Union zu wählen, und als Arbeiter die SPD, selbst wenn man mit der konkreten Politik nicht einverstanden war. Heute wählen wir Parteien, damit sie Probleme lösen. Wird ein Problem nicht gelöst, wenden wir uns enttäuscht ab. Problemlösungskompetenz ist aber nicht nur in der Politik, sondern im Leben insgesamt eine sehr zerbrechliche Basis für Loyalität, weil es zur Wirklichkeit gehört, dass viele Probleme nicht gelöst werden können. Familien zum Beispiel, die oft sehr dysfunktional sind, haben gleichwohl eine hohe Bindungskraft. Max Weber würde also dem zeitgenössischen Politiker gut zureden, sich doch bitte auch ohne Treuegelöbnis des Wählers in die Pflicht nehmen zu lassen.

Der Politikverdrossenheit aufseiten des Publikums entspricht die Politikmüdigkeit aufseiten der Akteure. Von Roland Koch bis Ole von Beust haben Politiker den Bettel hingeschmissen. Max Weber hat in seinem Aufsatz das Bürokratische der professionellen Parteiapparate genau beschrieben, jene Hinterbänker, die sich wie »Stimmvieh« heranzüchten lassen, weil sie von der Politik und nicht für die Politik leben. In der heutigen Situation hätte Weber die Parteien ermuntert, sich als geistige Frischzellenkur Seiteneinsteigern mehr zu öffnen.

Aber Max Weber würde nicht einfach nur die Wirklichkeit der Politik verteidigen. Er würde die Politiker, wo sie sich allzu resignativ in die Betriebsamkeit ergeben, auch an den normativen Funken erinnern, den man nie aus den Augen verlieren darf, will man nicht die Selbstachtung verlieren. Vielleicht ist es mit diesem normativen Funken wie mit der Liebe: Sie brennt auch nicht an jedem einzelnen Tag der Ehe, aber ganz ohne sie hätte man das Eheversprechen nicht eingehen sollen.

Es geht nicht ohne Überzeugungen, für die es sich zu kämpfen lohnt

Leidenschaft für die Sache zählt Weber zu den zentralen Eigenschaften eines Politikers. Man braucht schon ein paar Überzeugungen, für die zu kämpfen sich lohnt. Sonst enden alle wie Michael Glos, dieser Inbegriff des Berufspolitikers ohne eigenes Wollen. Groß darin, parlamentarische Kompromisse herbeizuführen, soll Glos über die Überzeugungstäter gesagt haben: »Was habe ich davon, wenn auf meinem Grabstein steht: »Er hatte Vorfahrt.«

Der normative Anspruch muss lebendig gehalten werden. Wie wichtig das ist, konnte man vor Kurzem im Berliner Abgeordnetenhaus erleben. Da hielt Christopher Lauer von den Piraten eine Rede, die aus allen Üblichkeiten des Betriebs herausstach. Seine Partei habe im Wahlkampf auf ihre Plakate geschrieben: »Warum hänge ich hier eigentlich? Ihr geht doch eh nicht wählen.« Er könne mit gleichem Recht jetzt sagen: »Warum rede ich hier eigentlich? Ich weiß doch eh, wie ihr abstimmt.« Und dann kritisierte Lauer, dass das Parlament, entgegen seiner verfassungsmäßigen Rolle, nicht mehr der Ort sei, aus dem Gesetzesinitiativen hervorgingen. Gesetze würden in den Senatsverwaltungen formuliert und von den Abgeordneten abgeknickt.

Lauers Rede war ein wenig selbstgefällig, aber sie hatte Feuer. Vermutlich ist das Problem, das er ansprach, nicht wirklich lösbar (denn die Abgeordneten haben keine Apparate und entsprechend wenig Expertenwissen), aber es kann nicht schaden, von Zeit zu Zeit die Wirklichkeit mit der vollen Wucht der Normativität zu konfrontieren. Denn irgendwas machen die Ideale doch mit einem. Und wenn es nur dies ist, den Bürgermeister Klaus Woverit in seiner professionellen Routine, mit der er dem Redner Lauer ostentativ den Rücken kehrte, plötzlich ein wenig betonhaft erscheinen zu lassen. Der Politikbetrieb braucht diesen Stachel.

Mail aus: WASHINGTON

Von: martin.klingst@zeit.de
Betreff: Baden gehen

Es wird in der Deutschen Botschaft zu Washington wie eine geheime Kommandosache behandelt: Peter Ammon, der neue Botschafter, will auf dem parkähnlichen Gelände seiner Residenz auf Staatskosten ein Schwimmbad errichten lassen. Nur ein kleiner Kreis ist in den streng vertraulich gehaltenen Wunsch des Botschafters eingeweiht. Eine Person, die es ganz genau wissen muss, zeigte allerdings neulich schon das Plätzchen, wo der Hausherr dereinst seine Runde schwimmen möchte: auf dem Rasenplatz zwischen Terrasse und Straße. Es heißt, noch habe das Auswärtige Amt (AA) diesen Plan wohl nicht endgültig genehmigt.

Ammon wäre nicht der erste deutsche Botschafter, der sich im schweißheißen Washingtoner Sommer gerne im Garten abkühlen würde. Es gibt am Fuße der Residenz bereits ein etwa knöcheltiefes Wasserbassin, das etwas hochtrabend *reflecting pool* genannt wird. Lästler behaupten, schon beim Bau der Residenz habe mancher gehofft, dieses lange, flache Rechteck alsbald in ein veritables Schwimmbassin verwandeln zu können, doch habe sich das AA stur gestellt. Ammons Vorgänger stellte frustriert einen transportablen Swimmingpool auf, den sein Nachfolger sogleich wieder abbauen ließ. Nun möchte Ammon Tatsachen betonieren. Aus Geldmangel mussten im vergangenen Jahr mehrere Schwimmbäder in Washington schließen. Vielleicht will der neue Botschafter ja als ein Zeichen deutsch-amerikanischer Freundschaft seinen Pool an den Wochenenden für die Allgemeinheit öffnen. Dann wäre das deutsche Steuergeld gut angelegt.

Mail aus: RANGUN

Von: angela.koeckritz@zeit.de
Betreff: Lernt von den Deutschen

Zu den erstaunlicheren Printprodukten dieses Planeten gehört fraglos die birmanische Staatszeitung *The New Light of Myanmar*. Papier und Aufmachung erinnern an vergangene Zeiten, doch jüngst hat die *New Light* einen enormen Modernisierungsschub erlebt. Es ist nicht lang her, da widmete sie jede letzte Seite ihren Erzfeinden, den Radiosendern BBC und Voice of America, »die Hass in der Welt verbreiten«. Vorne fand der Leser Artikel des Schlags *Präsident Than Shwe besucht das Dorf Soundso*, verblüffenderweise sah der Präsident auf allen Fotos absolut identisch aus. Beliebt auch das Genre *Wirtschaftsminister trifft Soundso*, das sich darauf konzentrierte, die Namen aller Beteiligten zu nennen, am Ende versehen mit einem prägnanten Satz wie »Sie sprachen über wirtschaftliche Belange«.

Doch jetzt, da sich das Land reformiert, ist mit einem Mal Weltoffenheit angesagt. Zum Beispiel mit einem Artikel über Deutschland, das »die wirtschaftliche Stärke hat, der sich einst die USA rühmte«. Wir lernen die Krugers kennen, ein Paar um die 50, das gerne nach Dänemark in Urlaub fährt und über ein »bescheidenes gemeinsames Einkommen von 40 000 US-Dollar verfügt« – und doch ginge es ihnen damit besser als Amerikanern, die doppelt so viel verdienen. »Ihr Geheimnis: wenig Schulden, ein frugaler Lebensstil und eine Regierung, die sich auf Leistung, niedrige Inflation und ein ausgedehntes Sozialsystem konzentriert.« Ein rundum schöner Artikel, am schönsten aber ist die Quelle. Dort, wo sonst der Name des Autors steht, findet man hier den Hinweis: »Internet«.

Mail aus: ACHILTIBUIE

Von: reiner.luyken@zeit.de
Betreff: Geheimsache Adel

Wie gut, dass meine Schwiegermutter im Vorjahr gestorben ist. Sie war ihr Lebtag überzeugt, die Queen habe ihrem Mann einen Orden angetragen, der jedoch hätte ihn wegen seiner republikanischen Gesinnung abgewiesen. Oder auch nur, um ihr eins auszuweisen. Er war ein eigensinniger Charakter. Und als einer, der an der Entwicklung der britischen Atombombe beteiligt war, von Natur aus verschwiegen. Später leitete er den Ausschuss, der Beamte in den höheren Staatsdienst beruft – in den Augen seiner Frau eine Garantie für den Ritterschlag. Sie hätte sich zu gerne als Gattin von Sir William »Lady« genannt.

Die Liste derer, die der Königin einen Korb gegeben haben, war bislang ein Staatsgeheimnis. Nun erzwang die BBC die Veröffentlichung der Namen aller 277 Männer und Frauen, die weder Sir noch Offizier (OBE) oder Mitglied (MBE) des vortrefflichen Ordens des Britischen Empire werden wollten, unter ihnen die Schriftsteller Graham Greene und Roald Dahl, der Maler Lucien Freud und der Bildhauer Henry Moore, die Nobelpreisträger Paul Dirac und Francis Crick. Der Romancier JB Priestley verweigerte sogar eine Berufung ins Oberhaus. Die meisten Refusniks sind freilich obskure Gestalten. Ein Papyrologe, ein Byzantologe, ein Fliegenforscher. Aber keine Spur von meinem Schwiegervater! Wie niederschmetternd das für seine Frau gewesen wäre. Vielleicht sollte manches eben doch geheim bleiben.



Gefahr für Europa

Wird der Sozialist François Hollande Frankreichs nächster Präsident? Er will nicht mehr sparen, sondern wieder umverteilen. Als gäbe es keine Euro-Krise VON GERO VON RANDOW

Deutschland, immer wieder Deutschland – zunehmend entgeistert verfolgten Frankreichs Fernsehzuschauer am Sonntagabend den Auftritt ihres Präsidenten. Auf sieben Fernsehkanälen, als befände man sich in Nordkorea, wurde eine Stunde Nicolas Sarkozy gegeben, der unausgesetzt Berlins Wirtschaftspolitik als Vorbild pries. Wie konnte er bloß glauben, ausgerechnet damit François Hollande einzuholen, den von allen Umfragen favorisierten Kandidaten der Sozialistischen Partei für die bevorstehenden Präsidentschaftswahlen? Schlechte Pädagogik, diese Lobrede auf den Klassenprimus.

Tags darauf griff Pierre Moscovici an, Hollandes Kampagnenchef, der Außenminister werden könnte: Der soeben beschlossene europäische Stabilitätsvertrag verfolge die Budgetdisziplin mit »Besessenheit«; Hollande selbst hatte da schon angekündigt, er wolle »neu verhandeln«, auch um die Europäische Zentralbank auf Beschäftigungspolitik zu verpflichten. Angela Merkel ließ sofort wissen, das komme nicht infrage. Ein Vorgeschmack auf zukünftige Konflikte? So viel steht fest: Wenn Frankreich jetzt, mitten in der Krise, seinen neuen Präsidenten wählt, dann könnte das schwerwiegendere Folgen für Europa haben als in normalen Zeiten. Das ließ auch eine Bemerkung Hollandes erahnen, Sarkozy habe sich Merkel »unterworfen«.

Tausend Jahre Königtum leben im Amt des Präsidenten weiter

Bis vor Kurzem war Hollande in den Umfragen dem Präsidenten in allen Punkten überlegen, nur in dem wichtigsten nicht: In den Augen der Franzosen fehlte ihm die nötige Statur. Schwerwiegend, weil der direkt gewählte Präsident nicht bloß symbolischer Repräsentant, sondern handelnde Inkarnation der Nation sein soll; eine Politpsychologie, die sich in mehr als tausend Jahren Königtum herausgebildet hat und unter demokratischen Bedingungen fortwirkt. Das Präsidielle, das ist die Königsdisziplin. Vor gut zehn Tagen hat Hollande in ihr den Durchbruch geschafft. Und zwar aufgrund einer frapierenden Verwandlung, wie man sie sonst von Bienenvölkern kennt: Ist eine Arbeiterin zur Königin bestimmt, so verändert sie sich sichtlich, bis sie die Physis für ihre neue Aufgabe hat. Auch mit Hollande ist etwas vorgegangen. Vor Kurzem hielt er vor Zehntausenden Anhängern eine Rede, die so gar nicht holländisch war – große Oper anstelle von leichter Muse. Genau das, was die Versammelten ersehnt hatten; die Gesellschaft und sogar über unser Leben an sich gerissen. Tosender Beifall, tags

darauf weitreichende Zustimmung. Wer dachte noch daran, dass der andere, der alte Hollande erst vor einem halben Jahr verkündet hatte, der Feind des Landes sei die Verschuldung? Man muss sich im Übrigen fragen, was man den Franzosen alles erzählen kann. Die Finanzwelt hätte die Macht usurpiert? Mit anderen Worten, sie hat in den vergangenen Jahrzehnten den Finanzministern gegen deren Willen die Schuldscheine aus der Hand gerissen? Doch gegen »die Finanzwelt« lässt sich unbekümmert wettren als gegen die Laxheit vom Volk gewählter Regierungen. Hollande bringt da eine Saite zum Schwingen, die schon François Mitterrand anschlug, der bisher einzige sozialistische Präsident der Fünften Republik, der ausrief: »... das Geld, das korrumpiert, das Geld, das kauft, das Geld, das vernichtet, das Geld, das tötet, das Geld, das ruiniert, das Geld, das alles verfaulen lässt bis hin zum Gewissen der Menschen!«

Das ist die Schrumpfform der marxistischen Kritik des Kapitals, die wenigstens für sich hatte, dass sie ein Abhängigkeitsverhältnis meinte und nicht einfach den Reichtum. In Frankreich indes hat ein Ressentiment gegen das Geld Tradition, das weniger klassenkämpferisch als konservativ ist; es ist noch stets in solchen Perioden aufgetreten, in denen Gesellschaftsschichten um ihren Status bangen. Heute fürchten Beschäftigte der privaten Industriebetriebe die Globalisierung, Staatsbedienstete die Sparzwänge, Rentenanwärter die Anpassung der Alterssicherung an die demografischen Wirklichkeiten.

Ihnen allen versprechen die Sozialisten heute nicht vorrangig Gleichheit (*«égalité»*), sondern Gerechtigkeit (*«justice»*): Sie sollen behalten dürfen, was ihnen bisher zustand. Die Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 62 Jahre soll teilweise zurückgenommen werden, der Arbeitsmarkt verriegelt bleiben: maximaler Schutz für Arbeitende, minimale Chancen für Arbeitslose und das Prekariat. Hollandes 60-Punkte-Programm, vor einer Woche vorgestellt, spricht weder vom Verringern der Staatsausgaben noch von Strukturformen. Er will Frankreich aus der Schuldenkrise führen, indem Großfirmen und Schwerkreiche mehr Geld einzahlen; Subventionen wiederum sollen an kleinere Industriebetriebe fließen, von denen das Wachstum und damit die zukünftigen Mehreinnahmen des Staats erhofft werden. Diese Umverteilung ist vernünftig; die Steuervorteile für Frankreichs Begüterte überschreiten ohnehin die Grenze des Skandals. Auch das Großkapital genießt sinnlose Privilegien, wohingegen mittelgroße Unternehmen, in Frankreich rar gesät, unter der Kostenlast ächzen – nicht zuletzt wegen der vergleichsweise hohen Arbeitskosten. Doch werden das Geld der Reichen und der Kapitaltransfer nach unten nicht ausreichen, um die Budgets zu sanieren.

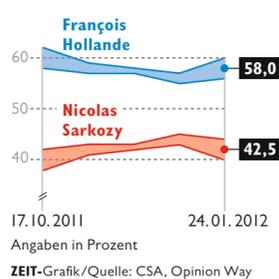
Nicht dass die Sozialisten das Monopol auf finanzpolitischen Leichtsinns halten würden. Ob unter rechten oder linken Regierungen, das Land hat sich seit 30 Jahren immer tiefer verschuldet. An einem eher nebensächlichen Vorgang, der sich an jenem Tag zutrug, als das Land seine Bestnote bei der Rating-Agentur Standard & Poor's verlor, zeigte sich die alltägliche Sorglosigkeit der französischen Poli-

itik: In der Nationalversammlung versicherte die Regierung den Abgeordneten, sie werde auch in Zukunft ländliche Blaskapellen subventionieren. Wenn es konkret wird, ist eben immer noch Geld für alles Mögliche da. Frankreich hat keine Antwort auf die Globalisierung gefunden. Wehklagen über »illoyale Konkurrenz« und Aufrufe an die Konsumenten, »made in France« zu kaufen, sind dafür nur der sichtbarste Ausdruck. Der Staat gestikuliert und zahlt, neue Spielräume schafft er nicht. Sind Standorte in Gefahr, zitiert die Regierung Unternehmenschef in die Paläste, um ihnen die Leviten zu lesen; rebellieren die Landwirte, kontrolliert der Staat die Handelsplanken der Supermärkte; klagen Mittelständler über Kreditprobleme, sagt der Staatspräsident den Bankern, wie sie ihre Geschäfte zu führen haben. Ansonsten wird die Strategie fortgesetzt, die Anstrengungen auf die »fleurons« zu konzentrieren, die Glanzstücke der Großindustrie: Luft- und Raumfahrt, Kernkraft, Hochgeschwindigkeitszüge. Ja, früher hat das funktioniert. Aber früher ist vorbei.

Das alles ist nicht nur misslich für die Franzosen. Deutschland ist an einem leistungsfähigen Frankreich gelegen, um in Europa führen zu können – allein wäre es dazu nicht in der Lage. Frankreich ist Deutschlands wichtigster Wirtschaftspartner, sicherheitspolitisch noch immer ein Schwergewicht, europapolitisch erfahren wie kaum ein anderes Land. Doch sollte sich das spezifische Gewicht Frankreichs demjenigen seiner südlichen Nachbarn angleichen, dann könnte große Einsamkeit über Berlin hereinbrechen. Gut möglich, dass Merkel aus diesem Grund die Wiederwahl Sarkozys unterstützt und nicht bloß, weil dessen Partei mit der CDU verschwistert ist. Mag er auch enervierend und sprunghaft sein, so ist er doch ein bekanntes Risiko, und wenn es brennt, kann man sich auf ihn verlassen.

Herausforderer vorn

Die Zustimmungsraten für die Kandidaten



Die Wahl

Französische Präsidenten werden üblicherweise in **zwei Wahlgängen** bestimmt. Der erste findet bei der diesjährigen Wahl am **22. April** statt. Erreicht aus dem großen Kandidatenfeld kein Bewerber die absolute Mehrheit, fällt die Entscheidung in einer Stichwahl, die diesmal am **6. Mai** stattfinden würde. Stehen sich dabei Nicolas Sarkozy und François Hollande gegenüber, hängt viel von den Wählern **Marine Le Pens** ab, der Kandidatin des rechten Front National. Ihr Vater hatte es 2002 sogar bis in die Stichwahl geschafft, dann aber gegen Jacques Chirac verloren.



Das alles ist nicht nur misslich für die Franzosen. Deutschland ist an einem leistungsfähigen Frankreich gelegen, um in Europa führen zu können – allein wäre es dazu nicht in der Lage. Frankreich ist Deutschlands wichtigster Wirtschaftspartner, sicherheitspolitisch noch immer ein Schwergewicht, europapolitisch erfahren wie kaum ein anderes Land. Doch sollte sich das spezifische Gewicht Frankreichs demjenigen seiner südlichen Nachbarn angleichen, dann könnte große Einsamkeit über Berlin hereinbrechen. Gut möglich, dass Merkel aus diesem Grund die Wiederwahl Sarkozys unterstützt und nicht bloß, weil dessen Partei mit der CDU verschwistert ist. Mag er auch enervierend und sprunghaft sein, so ist er doch ein bekanntes Risiko, und wenn es brennt, kann man sich auf ihn verlassen.

Aber hat er überhaupt noch eine Chance? Auf die Regierungsrechte blickend, möchte man den klassischen französischen Dramatiker Corneille zitieren: »Der Hof ist aufgewühlt, das Volk vor Schrecken blass; das Ohr vernimmt nur Schreie, das Auge ist tränennass.« Mitarbeiter des Élysée-Palastes suchen, das berichtet die Tageszeitung *Le Monde*, nach Landeplätzen in Politik und Wirtschaft, Abgeordnete der Regierungspartei UMP speichern die Telefonnummern von Headhuntern in ihren Handys. Wenige Wochen nach der Präsidentschaftswahl wird zur Nationalversammlung gewählt; aus dem Parlament dringt das abenteuerliche Gerücht, UMP-Abgeordnete könnten in einem Anfall von Panik dazu aufrufen, anstelle von Sarkozy dem Zentristen François Bayrou die Stimme zu geben, damit sie nicht mit dem Präsidenten untergehen. Viele zweifeln, ob Sarkozy es überhaupt in den zweiten Wahlgang schafft. Die Stichwahl würde dann zwischen Hollande und Marine Le Pen vom Front National entschieden – so wie vor zehn Jahren zwischen Jacques Chirac und dem Vater der rechtsradikalen Parteiführerin. Was ein europäisches Ereignis der bösen Art wäre.

Inmitten dieses Scherbenhaufens steht Sarkozy, einsamer denn je. Ausgerechnet er, der Instinktpolitiker, hat kein emotionales Band mit den Fran-

zosen knüpfen können. Die Abneigung gegen Sarkozy frisst sich durch alle Lager. Sie geht so weit, dass die Mehrheit der Wähler von Marine Le Pen, sollte sie den zweiten Wahlgang nicht erreichen, im Zweifel eher für Hollande als für Sarkozy stimmen dürfte. Vor einem Jahr hatte eine Umfrage erkundet, was die Franzosen im Alltag am meisten nervt. Weit vor dem Nahverkehr, dem Lärm oder der Zeitnot rangierte das »mangelnde Benehmen« – Ausdruck dafür, dass in Krisenzeiten das Sozialverhalten rüder wird. Mit diesem Mangel wird Sarkozy identifiziert. »Allein schon wie er geht!«, seufzte kürzlich ein prominenter Sarkozyst. »Früher mussten die Prinzen Unterricht darin nehmen, wie man langsam schreitet – Sarkozy könnte das auch gebrauchen.« Der Präsident hatte sich verschätzt, als er dachte, der Bruch mit den hergebrachten Formen präsidialen Gehabes passe zu seinem Image als Modernisierer. Des Fehlers bewusst geworden, bemüht er sich seit einem Jahr, wie ein Präsident aufzutreten, allein er wird das Klischee des Parvenüs nicht mehr los.

Sarkozy erfindet sich neu – als Mann, der mit heiligem Ernst das Nötige tut

Allerdings hat er noch Reserven. Er scheint an einer neuerlichen Wandlung zu arbeiten: Sarkozy, der Mann, der seine Schwächen einsieht, der an sich selbst leidet, aber mit zusammengebissenen Zähnen tut, was nötig ist. Der deswegen nicht geliebt, aber respektiert werden will und dessen heiliger Ernst das entscheidende Wahlargument ist.

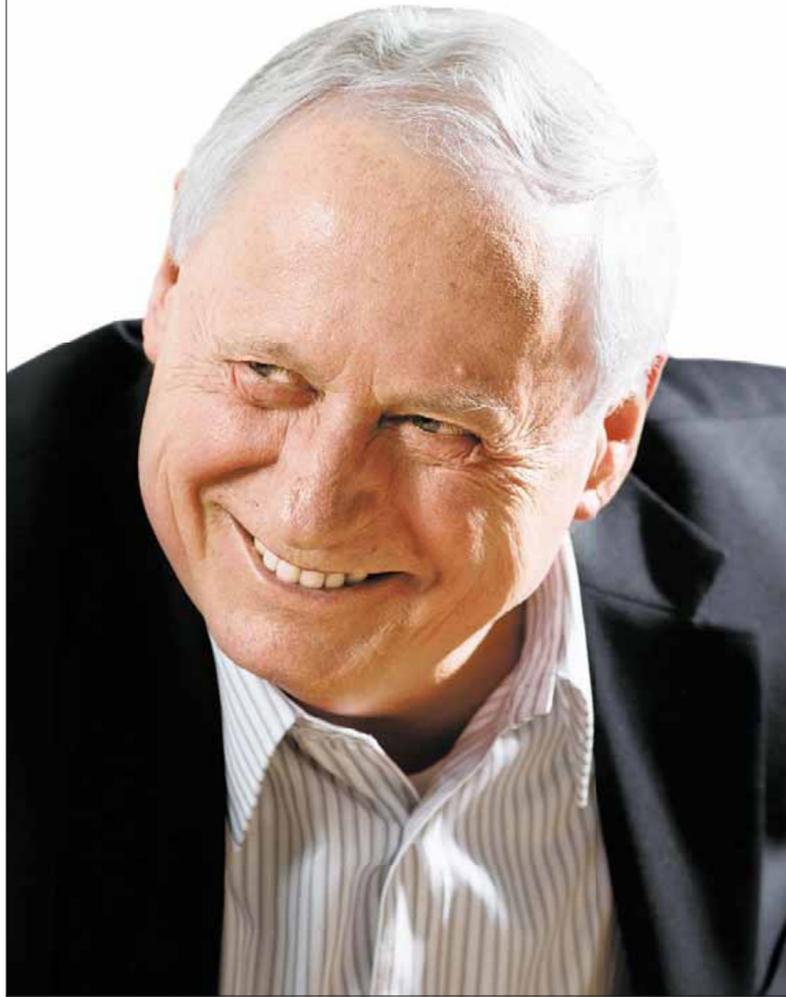
Am Sonntagabend kündigte er eine Erhöhung der Mehrwertsteuer an, um mit den Einnahmen die Arbeitskosten zu senken, außerdem will er die Regelung der Arbeitszeit den betrieblichen Tarifpartnern übertragen – in normalen Zeiten eine Garantie auf Massendemonstrationen und in Wahlkampfzeiten, wie man sie bisher kannte, politischer Selbstmord. Diesem Vorwurf aus den eigenen Reihen begegnend, spottete Sarkozy am Dienstagmorgen vor UMP-Abgeordneten: »Ich bin in Frankreich der Selbstmörder, der am besten in Form ist.« Während des Rückflugs von einem Besuch in Französisch-Guyana entblößte Sarkozy einen weiteren ungeahnten Charakterzug. Um ihn herum saßen Journalisten, und er gab ihnen Futter, indem er sentimental über ein mögliches Ende seiner Karriere sprach: Seht her, ein Mensch!

Das ist neu. An François Hollande hingegen wird bald nicht mehr vieles neu sein. Sein Gegner ist am Zug. Und der zögert den Zeitpunkt hinaus, seine Kandidatur offiziell anzumelden. Sarkozy will nämlich noch ein wenig präsidieren, das steht ihm gut. Sodann: Attacke!

Was er den Franzosen anbieten wird, weiß niemand so recht, eines aber steht fest: Rechts oder links, so will er die Wahl. Nicht bloß Nuancen ein und derselben Politik. Die Sozialisten denken genauso: Alternative, Konfrontation, Entscheidung. Eine gute Nachricht. Denn hatte nicht just das den europäischen Demokratien letzthin gefehlt, von denen es hieß, sie seien eindimensional geworden?

»Nur wir sind nicht korrumpiert«

Alle profitieren von der Krise des Kapitalismus – warum bloß die Linke nicht? Ein Gespräch mit Oskar Lafontaine



Oskar Lafontaine, 68, vormalig Sozialdemokrat, bis 2010 Chef der Linken. »Ich kämpfe nicht gegen die SPD«, sagt er

DIE ZEIT: Herr Lafontaine, der Antikapitalismus ist überall, aber ausgerechnet die Linke hat nichts davon. Wie kommt das?

Oskar Lafontaine: Wir haben uns in den vergangenen anderthalb Jahren mit Themen beschäftigt, die unsere Wähler nicht interessieren. Wir hatten Personaldebatten, wir diskutierten über Briefe an kubanische Regierungschefs. Kaum jemand weiß, dass wir als einzige Partei den Ausweg aus der Finanzkrise kennen: strenge Finanzmarktregulierung, direkte Kreditvergabe durch die Zentralbank an die europäischen Staaten und Millionärssteuer.

ZEIT: Sie waren Finanzminister, Sie hätten die Regulierung der Finanzmärkte verhindern können. Doch statt zu kämpfen, haben Sie das Amt hingeworfen.

Lafontaine: Ein Minister, der sein wichtigstes Projekt nicht durchsetzen kann, muss Konsequenzen ziehen. Meine Vorschläge zur Regulierung der Finanzmärkte sind vom damaligen Bundeskanzler Schröder, vom britischen Premierminister und insbesondere von Bill Clinton brüsk zurückgewiesen worden. Auch die gesamte Presse lehnte meine Vorschläge ab. Ich hatte damals keine Chance. Heute sind alle dafür.

ZEIT: Wozu braucht man dann noch die Linke?

Lafontaine: Ich fasse es manchmal nicht, dass es immer noch nicht gelingt, die Banken an die Kette zu legen. Weder Frau Merkel noch Obama oder Sarkozy können behaupten, wirklich etwas Ernsthaftes, Einschneidendes gegen die Diktatur der Finanzmärkte getan zu haben. Auch Grüne und SPD proklamieren inzwischen unsere Forderungen; aber es sind reine Lippenbekenntnisse in der Opposition. Nur die Linke will wirklich regulieren, weil sie nicht durch Spenden von der Allianz oder der Deutschen Bank korrumpiert ist.

ZEIT: Auch bei Ihrer Partei müssen die Leute den Lippenbekenntnissen glauben. Die Linke hat keinerlei Aussichten auf eine Regierungsbeteiligung im Bund.

Lafontaine: Man kann auch aus der Opposition heraus regieren. Von 2007 bis 2009 haben wir die Agenda der Politik stark geprägt.

ZEIT: Aber nun hat nicht die Linke neuen Zulauf, sondern der Mitmach-Antikapitalismus der Occupy-Bewegung. Was hat Occupy, das Sie nicht haben?

Lafontaine: Sie haben nicht mit der Parteienverdrossenheit der Leute zu kämpfen. Wir wollen mit dieser Bewegung zusammenarbeiten. Die Ziele sind dieselben. Es muss gelingen, die Forderungen umzusetzen. Das geht nur im Parlament und nur, wenn die Linke stärker wird.

ZEIT: Ein Grund für den Misserfolg der Linken dürfte die innerparteiliche Giftigkeit sein. Es gibt keine ande-

re Partei, in der die Mitglieder dermaßen übereinander herfallen wie bei den Linken.

Lafontaine: Sie irren sich. Innerparteiliche Konkurrenz und Ämterneid führen in allen Parteien zu weniger edlen Verhaltensweisen. Richtig ist, dass eine Partei, die nach außen Solidarität fordert, sie auch nach innen ausüben muss. Da besteht bei uns Nachholbedarf.

ZEIT: Was ist Ihr Anteil am Zustand der Partei?

Lafontaine: Wie Sie wissen, habe ich mich 2010 nach meiner Krebserkrankung aus der Bundespolitik zurückgezogen. Ich habe kein bundespolitisches Amt mehr.

ZEIT: Aber es gibt doch eine Verantwortung jenseits des Amtes.

Lafontaine: Die nehme ich wahr. Als Spitzenkandidat der Linken an der Saar kämpfte ich für ein gutes Wahlergebnis. Das hilft der ganzen Partei.

ZEIT: Wie sehr braucht Sie die Linkspartei?

Lafontaine: Ob und wie sehr, das müssen Sie andere fragen.

ZEIT: Wie sehr brauchen Sie die Linkspartei?

Lafontaine: Sie ist die einzige Partei, die die Diktatur der Finanzmärkte brechen und den Sozialabbau stoppen will. Diese Ziele stehen im Zentrum meiner politischen Arbeit.

ZEIT: Wie sehr missbrauchen Sie die Linkspartei – etwa für den Kampf gegen die SPD?

Lafontaine: Ich kämpfe nicht gegen die SPD, sondern gegen die vorherrschenden neoliberalen Denkmuster und die Politik des Sozialabbaus. Diese Fehlentwicklung gibt es in der SPD genauso wie bei den Grünen, der Union und der FDP. Im Fall der SPD ist es nur besonders tragisch, weil die Sozialdemokraten ihren historischen Auftrag, den Sozialstaat zu garantieren, aufgegeben haben.

ZEIT: Was ist neoliberales Denken, und woher kommt seine ungebrochene Kraft?

Lafontaine: Da kann man nur mit Henry Ford antworten: Wenn die Leute das Geldsystem verstehen würden, hätten wir morgen eine Revolution. Wenn etwas falsch läuft, so lautet das neoliberale Denkmuster, ist immer der Staat schuld, das unverantwortliche Handeln der Politiker und nicht die gut funktionierende freie Wirtschaft. So wird die europäische Krise als Staatsschuldenkrise beschrieben und nicht als das, was sie wirklich ist: eine Krise der Banken. Die Leute beginnen, das zu glauben.

ZEIT: Sie haben den Finanzkapitalismus in der Krise mit dem Stalinismus verglichen. Aber in

Italien haben erst die Märkte vollbracht, was die Politik nicht schaffte: eine korrupte, unfähige Regierung zum Teufel zu jagen.

Lafontaine: In beiden Fällen – Finanzkapitalismus und Stalinismus – handelt es sich um totalitäre, wenn auch verschiedene Systeme. Die Finanzmärkte korrumpieren die Regierungen. Die Clinton-Administration bekämpfte meine Vorschläge zur Finanzmarktregulierung mit der Begründung, die Wall Street habe Clintons Wahlkampf finanziert.

ZEIT: Was funktioniert am Kapitalismus?

Lafontaine: Die Bereicherung einer Minderheit.

ZEIT: Das sieht die Mehrheit aber anders.

Lafontaine: Alle Umfragen zeigen, dass eine Mehrheit das hiesige Wirtschaftssystem ablehnt. Dem Rheinischen Kapitalismus war es gelungen, die Verteilung so zu organisieren, dass eine große Zufriedenheit herrschte. Jetzt aber breitet sich der Niedriglohnsektor immer weiter aus, befristete Arbeitsverhältnisse werden immer zahlreicher, der Mensch wird zur Ware. Junge Leute können keine Familie mehr gründen.

ZEIT: Im Saarland wollen Sie mit der SPD regieren. Wird Heiko Maas eine rot-rote Koalition machen, wenn es reicht?

Lafontaine: Für Rot-Rot wird es in jedem Fall reichen. Die Frage wird sein, ob die SPD stärkste oder zweitstärkste Partei wird. Wenn sie zweitstärkste Partei wird, dürfte es ihr schwerfallen, zu erklären, warum sie auf das Amt des Ministerpräsidenten verzichtet und lieber als Juniorpartner der CDU Arbeitsplätze streicht und Sozialabbau betreibt.

ZEIT: Sie würden unter einem Ministerpräsidenten Maas ins Kabinett gehen?

Lafontaine: Das ginge nicht gut. Grundsätzlich will die Linkspartei im Saarland mit der SPD eine Regierung bilden. Aber wenn die SPD bei ihrer Absicht bleibt, bei Polizisten und Lehrern zu sparen und Schulen und Krankenhäuser zu schließen, wird es keine gemeinsame Regierung geben.

ZEIT: Ist die Schuldenbremse Ihr neues Hartz IV?

Lafontaine: Die Schuldenbremse ist momentan Hartz IV für Europa. Die Folgen können wir in Griechenland besichtigen, wo Menschen obdachlos werden und hungern.

Das Gespräch führten MARC BROST und MARIAM LAU

Lasst die Linken in Ruhe

Abgeordnete stehen unter dem Schutz des Grundgesetzes – der Verfassungsschutz darf sie nicht behindern VON BURKHARD HIRSCH

Kunstvoll verknüpft Jochen Bittner (*ZEIT* Nr. 5/12) die beiden Gedanken, ob die Linken Verfassungsfeinde sein könnten, vielleicht sogar sind, und ob es deswegen angebracht sei, einen wesentlichen Teil ihrer Abgeordneten vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Aber die staatliche Sammlung öffentlich zugänglicher Quellen ist etwas anderes als der in jeder Zeitungsredaktion übliche Schnipseldienst, wie Bittner behauptet. Wenn der personell und finanziell hochgerüstete Große Bruder jede öffentliche Äußerung erfasst, ein Dossier anlegt und es im nachrichtendienstlichen Informationssystem Nadis einstellt, dann bestreitet selbst der »Dienst« nicht, dass das eine ernsthafte Beinträchtigung des Abgeordneten ist. Nicht alle Verfassungsschutzämter halten sich daran, auf nachrichtendienstliche Mittel zu verzichten, und jeder, der mit einem solchen »kontaminierten« Abgeordneten zu tun hat, gerät selbst schnell in Verdacht.

Der Verfassungsschutz ist ein Kind des Kalten Krieges. Damals wurde ernsthaft und mit großem Aufwand versucht, die Bundesrepublik zu unterwandern und ihre demokratische Substanz zu beseitigen. Das war kein Glasperlenspiel, sondern blutiger Ernst.

Aber der Kalte Krieg ist seit über 20 Jahren vorbei. Das sollten Innenminister und Verfassungsschutz ebenso begreifen wie diejenigen Mitglieder der Linken, die sich immer noch mit großem Pathos und völlig risikolos nicht entblöden, sich mit dem Mantel des idealistischen Kämpfers gegen den herzlosen Kapitalismus schmücken zu wollen. Angeberisches Geschwätz! Sie merken nicht, dass sie nicht gefährlich, sondern einfach nur lächerliche Sektierer sind, solange sie sich weder darum bemühen noch nur den Hauch einer Chance haben, die Mehrheit der Bürger friedlich von einer radikal anderen Ordnung zu überzeugen. Das wäre nicht einmal verfassungsfeindlich, sondern steht als Möglichkeit noch so in der Verfassung, eine Nabelschnur aus ferner Vergangenheit. Das Ahlener Programm

(Verstaatlichung der Großindustrie) aus den ersten Nachkriegsjahren der CDU lässt grüßen.

Der Verfassungsschutz muss sich auf das konzentrieren, was noch heute seine eigentliche Aufgabe sein kann: Er soll nicht die Regierung vor ungeliebten Parteien oder lästigen Abgeordneten schützen, sondern die Verfassung. Er soll nicht aufgrund allgemeiner Emotionen tätig werden, sondern dann, wenn konkrete Tatsachen vorliegen, die zur Annahme berechtigen, dass jemand nachrichtendienstlich für eine fremde Macht tätig oder ernsthaft darauf aus ist, unsere Grundrechte und den Kern unserer Verfassung umzustürzen.

Diese Zurückhaltung gilt insbesondere dann, wenn der Dienst diejenigen überwachen will, die vom Wähler damit beauftragt worden sind, die Regierung zu kontrollieren. Unsere Verfassung garantiert die Unabhängigkeit und den besonderen Schutz des Mandates nicht um des einzelnen Abgeordneten willen, sondern zum Schutz der parlamentarischen Demokratie. Darum

sollte die Überwachung eines Abgeordneten nur möglich sein, wenn das Präsidium des Bundestags sie genehmigt hat, mit einer zeitlichen Begrenzung und der Verpflichtung, über das Ergebnis zu berichten und den Betroffenen spätestens am Ende der Beobachtung über den Vorgang, seine Veranlassung und das Ergebnis zu unterrichten.

Es ist die ureigenste Aufgabe des Bundestages, das Versprechen des Grundgesetzes einzulösen, dass Abgeordnete ihre Arbeit frei ausüben dürfen. Das Parlament würde damit nicht nur seine eigene Aufgabe respektieren, sondern vor allem die Wähler, die es repräsentiert.

Und nicht zuletzt: Regierung und Parlament sollten nicht vergessen, dass die größte Sicherheit vor Extremisten, Eiferern und Dummköpfen nicht durch Polizei und Nachrichtendienste geschaffen wird, sondern durch eine gute Politik.



Burkhard Hirsch (FDP), NRW-Innenminister (1975-1980) und Ulbrichter

Im Stuhlkreis der Piraten

Die Partei ist in Berlin beliebt wie nie. Sie selbst steckt fest in Basisdemokratie und »Transparenzterror« VON DAGMAR ROSENFELD

Ah, ich liebe Mate«, sagt die freundliche Frau, die ihre randlose Brille tief unten auf der Nasenspitze trägt. Fabio Reinhardt, stellvertretender Fraktionschef der Berliner Piraten, hat ihr ein Glas Club Mate eingekauft, koffeinhaltige Brause, die zur Piratenkultur gehört wie Laptop und Twitter. Astrid Götz ist von dem Getränk begeistert, überhaupt findet sie an diesem Nachmittag in Reinhardts Abgeordnetenbüro alles »sympathisch«, »toll« und »spannend«.

Vor vier Monaten sind die Piraten ins Abgeordnetenhaus eingezogen, um das politische System zu verändern. Jetzt ist Astrid Götz, Mitarbeiterin des belgischen Europaabgeordneten Derk Jan Eppen, zu Reinhardt nach Berlin gekommen, weil sie es genauer wissen will. Das sagt sie zumindest. Während des Gesprächs wird sich herausstellen, dass die freundliche Frau Götz vor allem herausfinden will, ob die deutschen Piraten für einen europakritischen Kurs zu gewinnen sind. Sie erzählt, dass Eppens ECR-Fraktion (Europäische Konservative und Reformier) auf der Seite derjenigen stünde, deren Stimmen in der deutschen Debatte marginalisiert würden, auf der Seite von Leuten wie FDP-»Euro-Rebell« Frank Schäffler. Sie spricht von einer »Maulkorbmentalität« in Deutschland, betont die Gemeinsamkeiten zwischen ECR und Piraten, nämlich mit einem neuen Politikstil neue Wege zu beschreiten. Und, ach ja übrigens, natürlich sei Eppen kein Rechtspopulist.

Wer bekommt welches Büro? Darüber vergingen drei Monate

Die Avancen der Frau Götz offenbaren das Dilemma der Piratenpartei: Einerseits gelten sie seit ihrem Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus als ernst zu nehmende Größe in der deutschen Politik, andererseits haben sie zu vielen ernst zu nehmenden Themen keine Position. Zur europäischen Finanzkrise etwa haben sie nichts zu sagen, außer dass die Basis noch keinen Beschluss gefasst habe. Ohne Haltung in den zentralen Fragen aber läuft die Piratenpartei Gefahr, lediglich ein Durchlauferhitzer für Schwarmreaktionen zu sein. Eine Partei, die nicht zu kalkulieren ist. Deshalb sitzen nun Menschen wie Astrid Götz in Reinhardts Büro, es könnte ja sein, dass für Euro-Kritiker hier etwas zu holen ist. Deshalb antwortet ihr Fabio Reinhardt nur ausweichend, denn persönliche Meinungen sind in der Piratenpartei irrelevant, wie ihr Bundesvorsitzender gesagt hat. Bei den Piraten bestimmt allein die Basis den Kurs, die Meinung Einzelner, egal, welche Funktion sie in der Partei haben, hat keine Bedeutung, wenn die Gruppe nicht mehrheitlich zugestimmt hat.

Er persönlich, sagt Reinhardt, sei übrigens ein »proeuropäischer Integrationspolitiker«. Eigentlich ist der Besuch von Frau Götz also ein großes Missverständnis. Solche Missverständnisse sind die Nebenwirkungen einer Partei, die absolute Partizipation zu ihrem Imperativ gemacht hat: Jeden, der möchte, an der Willensbildung teilnehmen zu lassen und politische Arbeit transparent zu gestalten. Mit diesem Anspruch hat nun in Berlin die erste Piratenfraktion in einem deutschen Parlament zu kämpfen – und mit sich selbst.

Alles in der Gruppe ausdiskutieren und entscheiden zu wollen, dazu noch in öffentlichen Fraktionssitzungen, um der Transparenz gerecht zu werden, das führt zu allerlei Absurditäten. Der Fraktionsvorstand hat inzwischen seine Sitzungen eingestellt, weil alle Themen ohnehin noch mal haarklein in den Fraktionstreffen durchgekaut werden.

Fast drei Monate haben die Piraten gebraucht, um die Abgeordnetenbüros unter sich aufzuteilen. »Die Kultur der Piraten passt nicht ohne Weiteres in die Gegebenheiten (hierarchisch, traditionell) des Abgeordnetenhauses«, hat die Fraktion in einer Pressemitteilung erklärt. Die Piratenkultur der gleichberechtigten Teilhabe fördert offensichtlich auch Misstrauen, da wittert man sogar hinter Büroquadratmetern Machtstrukturen.

Nach einer Klausurtagung unter der Leitung zweier Mediatoren hat die Fraktion einen wöchentlichen Stuhlkreis installiert. Mit einem Stoffball in der Mitte (wer etwas sagen will, greift sich den Ball) reden sie hinter verschlossenen Türen Klartext. Der Stuhlkreis sei ein Rückzugsort, um dem »Transparenzterror« zu entkommen, sagt ein Pirat. Denn in den öffentlichen Fraktionssitzungen würden einige aus Angst vor Gesichtsverlust nicht offen sprechen wollen. Jener Pirat möchte nicht namentlich genannt werden, weil ihm bewusst ist, dass seine Kritik an den Grundfesten der Partei kratzt.

Weil das so ist, stellt eine offene Analyse in der frisch gegründeten Fraktion eine schwierige Angelegenheit dar. Man hat zwar eine Werte-

Arbeitsgruppe gegründet, doch geht es da nicht um die Frage, wie die Fraktion funktionieren kann, ohne die piratischen Grundwerte zu verletzen. Vielmehr beschäftigt sich die AG mit Verhaltensregeln wie »Wir wollen unsere Termine immer in den Fraktionskalender eintragen« oder »Wir lassen den anderen ausreden«. Das klingt nach einem Knigge für Nerds, nicht nach politischem Aufbruch.

Fabio Reinhardt hat in den vergangenen Wochen einen Integrationskongress auf die Beine gestellt, in Ungarn mit der Opposition für Bürgerrechte demonstriert und neunmal im Parlament geredet. Fürs neue Jahr hat er sich vorgenommen, kein Fleisch zu essen, seine Freundin zu heiraten und »richtig gute politische Arbeit zu machen«. Zu den Querelen sagt er daher nur: »Wir sind 15 unterschiedliche Charaktere, die lernen, in einer Fraktion zusammenzuarbeiten.« Das ist professionell.

Profis sind die Piraten auch in Formalien, sie sind Meister in Geschäftsordnungsanträgen und Satzungsbestimmungen. Eine Partei, in der alle mitreden dürfen, braucht klare Regeln, damit sie nicht im Chaos endet. Dieses formalistische Faible hat den Piraten geholfen, sich schnell in das Plenarsitzungs-prozedere einzuarbeiten. Im Abgeordnetenhaus haben sie eine aktuelle Stunde zu den Handydaten, die die Berliner Polizei im Zuge der Ermittlungen gegen Autobrandstifter gesammelt hat, durchgesetzt und dominiert. Dort haben sie auch die Debatte über den geplanten Schultrojaner vorangetrieben. Der rot-schwarze Senat hat sogar eine Wahlkampfforderung der Piraten ins Regierungsprogramm aufgenommen: den Aufbau eines gebührenfreien WLAN-Netzes in der Hauptstadt.

Die Piraten bringen die etablierten Parteien in Bewegung, sie selbst aber scheinen festzustecken. Während derzeit auch in Deutschland über »Sopa« und »Pipa«, die zwei US-Gesetzesvorhaben zur Eindämmung von Raubkopien im Internet (ZEIT Nr. 5/12), diskutiert wird, ist von der Piratenpartei dazu wenig zu hören. Dabei wäre jetzt der Moment, Vorschläge für ein anderes Urheberrecht – ein Kernthema der Piraten – zu formulieren und sich an die Spitze der politischen Debatte zu setzen. Warum aber gehen die Piraten inhaltlich offline?

»Unsere Positionen zum Urheberrecht sind doch klar, die stehen im Piratenwiki«, sagt Fabio Reinhardt. Im Piratenwiki, der Informationsplattform der Partei, finden sich dazu Sätze wie: »Unserer Meinung nach gibt es kein geistiges Eigentum, denn es setzt voraus, dass Ideen einer Person gehören.« Dahinter steht in Klammern: »Argumentation fehlt noch.« Selbst bei ihrem zentralen Thema haben die Piraten vor allem Forderungen zu bieten, aber wenig Konzeptionelles, das der Dimension der Probleme gerecht wird. Ist deshalb so wenig von ihnen in der aktuellen Debatte zu hören?

Trotz allem: In Umfragen stehen die Piraten bei 14 Prozent

Michael Rudolph schüttelt den Kopf. Er ist Landeschef der mecklenburg-vorpommerschen Piraten, und auch er kommt zu Reinhardt ins Abgeordnetenhaus zu Besuch, zum Gedankenaustausch. »Wir äußern uns andauernd, aber niemand greift es auf«, sagt Rudolph. Für den Landesverband in Mecklenburg-Vorpommern mit 327 Mitgliedern ist es sicherlich schwer, wahrgenommen zu werden, aber für die Berliner als Parlamentspartei? »Wir sind hier echt ausgelastet, außerdem können wir doch nicht für 20 000 Mitglieder sprechen«, kontert Reinhardt. Manchmal wirkt basisdemokratische Teilhabe bei den Piraten wie organisierte Verantwortungslosigkeit.

Das ist die Hypothek des Anspruchs auf allumfassende Partizipation. Er macht die Entwicklung von Konzepten zu einem mühsamen Prozess. Und er verhindert, dass sich die Partei spontan in aktuelle politische Debatten einmischte. Zwar kann Meinungsbildung durch das Internet schneller organisiert werden (die Piraten nutzen dazu das Softwareprogramm Liquid Feedback), doch hilft das nicht, wenn wie im Fall des geistigen Eigentums von der Basis wenig kommt.

Die öffentliche Zustimmung zu den Piraten ist ungebrochen, laut einer Forsa-Umfrage liegen sie in Berlin mit 14 Prozent sogar vor der Linkspartei. Offenbar hat sich das Versprechen einer neuen Art der politischen Willensbildung noch längst nicht abgenutzt – trotz mancher Merkwürdigkeiten im Berliner Abgeordnetenhaus. Die Stuhlkreisler wird es freuen.



Fabio Reinhardt beim Fernsehinterview

DIE BERLINER PIRATEN

TEIL 3

Verändert die Partei die Politik – oder die Politik die Piraten? Fabio Reinhardt und Alexander Spies gehören der Berliner Fraktion an. Die ZEIT begleitet die Parlamentarier seit ihrer Wahl

Was kostet Gerechtigkeit?

NS-Opfer haben womöglich Anspruch auf viel mehr Geld, als Deutschland bisher zahlt. Nun entscheidet der Internationale Gerichtshof VON ANDREA BÖHM, PHILIPP MAUSSHARDT UND MICHAEL THUMANN



Fotos (v.l.n.r.): Walter Frenzt/ulstein bild, Sandro Michalakis/Reuters/Corbis, Crenwinski/AP/ddp images



Geschichte und ihre Aufarbeitung vor Gericht: Zwangsarbeiter beim Bau der V2 in einer Stollenanlage im Harz (oben). Kläger Ferrini und Anwalt Lau in Italien. Mahmal im griechischen Distomo, Völkerrechtler Tomuschat mit Kollegen in Den Haag (v. l. n. r.)



TALLA, DEN HAAG, DISTOMO
An dem Morgen, an dem Luigi Ferrini in die internationale Rechtsgeschichte einging, hatte er ein eher banales Problem: Der Motor seiner grasgrünen Ape, des Dreirades mit Zweitaktzündung, stotterte. Der Dorfmechaniker in Talla schraubte ihm die Zündkerze heraus und blies sie mit Druckluft sauber. Ferrini, ein kleiner Mann mit rundem Gesicht, tuckerte weiter in die Bar Picchio und setzte sich wie jeden Morgen zu den anderen Stammgästen. Alle wussten, dass in diesen Stunden vor einem Gericht in den Niederlanden über Ferrinis Geschichte verhandelt wurde. Und über seine Zukunft – oder was einem 85-Jährigen noch an Zukunft bleibt. Doch keiner verlor ein Wort darüber. Auch Ferrini nicht.

1997 hatte er in der Bundesrepublik eine Rente als ehemaliger Zwangsarbeiter beantragt. Seither haben sich unzählige Juristen mit seinem Fall befasst. Dass seinetwegen gleich mehrere europäische Staaten in einen bislang einmaligen Rechtsstreit geraten waren, interessierte ihn nicht mehr. »Wenn die Deutschen mir noch etwas zusprechen«, sagte er, »bin ich schon tot.« Also bestellte er an jenem 12. September 2011 in Talla, einem toskanischen Dorf nahe Arezzo, den zweiten Kaffee, wie immer schwarz und im Glas, während 1400 Kilometer weiter nördlich in Den Haag Hisashi Owada den Fall »Gerichtliche Immunitäten des Staates – Bundesrepublik Deutschland gegen Republik Italien und Griechenland« aufrief.

Hisashi Owada, der japanische Präsident des Internationalen Gerichtshofs (IGH), und seine vierzehn Kollegen aus aller Welt hatten Luigi Ferrini nie zu Gesicht bekommen. Er hätte im prächtigen Haager Gerichtssaal mit den kirchlichen Wänden auch gar nichts sagen dürfen. Vor dem IGH, dem höchsten Justizorgan der Vereinten Nationen, tragen Staaten, keine Privatpersonen ihre Rechtsstreitigkeiten aus. Von den vier Monaten Beratung seit diesem Tag bekam Ferrini nichts mit. Doch wenn an diesem Freitag sein Urteil fällt, steht weit mehr auf dem Spiel als die Entschädigung für sein Schicksal.

Es geht um die Frage, ob Kompensation für Unrecht weiterhin ein politischer Willensakt ist, geregelt durch Reparationsabkommen zwischen ehemals verfeindeten Staaten. Oder ob einzelne Opfer in Zukunft einen Rechtsanspruch auf Entschädigung haben. Es geht damit auch um die Frage, wer einen Schlussstrich ziehen darf unter die Verbrechen des NS-Regimes. Und wann. Urteilt der IGH an diesem Freitag im Sinne Italiens und Griechenlands, dann steht Deutschland eine ganze Serie von Klagen ins Haus – und der Welt eine neue Debatte über »Wiedergutmachung«.

Womöglich wäre es nie zu der juristischen Kollision dreier EU-Länder gekommen, hätte Ferrini nicht in der Bar Picchio einen deutschen Aussteiger namens Joachim Lau kennengelernt und ihm seine Geschichte erzählt: Wie Wehrmachtssoldaten den damals 18-Jährigen an einem Augusttag 1944 aus Talla verschleppten. Wie er bis zum Kriegsende mit Tausenden anderen Zwangsarbeitern im thüringischen Kahla Bergstollen anlegen musste, weil Hitler seinen »Blitzbomber«, das Düsenflugzeug Me 262, unter Tage montieren lassen wollte. Über Tausend Zwangsarbeiter starben an Hunger und Misshandlungen, Ferrini überlebte schwerkrank, wurde nach seiner Rückkehr in die Toskana Landarbeiter und wartete darauf, dass der deutsche Staat kommen würde, »um eine kleine Entschädigung zu zahlen«. Es kam aber niemand vom deutschen Staat. Stattdessen kam Lau, der Anwalt aus Marburg, der sich in Talla um sein verfallenes Bauernhaus kümmerte und Rechtsfälle nur noch übernehmen wollte, wenn er Lust dazu hatte. Ferrini war so ein Fall, und Lau, heute 64, besaß zwei Eigenschaften, die ihn besonders qualifizierten: eine Anwaltszulassung für Italien und eine ebenso impertinente wie kreative Hartnäckigkeit.

Im November 1997 lehnte das deutsche Versorgungsamt einen ersten Antrag auf eine Rente wegen Zwangsarbeit mit dem spöttischen Zusatz ab, Herr Ferrini könne sich ja an die Tiefbau-Unfallgenossenschaft wenden. Lau reichte daraufhin Schadensersatzklage beim Landgericht Arezzo gegen die Bundesrepublik ein. Als der Richter den Fall abwies mit der Begründung, andere Staaten seien immun gegen Entschädigungsklagen von Privatpersonen, zog Lau vor das Berufungsgericht nach Florenz. Als dieses das Urteil der ersten Instanz bestätigte, brachte Lau den Fall Ferrini vor das höchste italienische Gericht, die Corte Suprema di Cassazione. Und die überraschte am 12. März 2004 nicht nur die Fachwelt, sondern auch

Lauren den Richterspruch nutzte, um deutschen Ministern bei Amtsbesuchen in Italien mit gerichtlichen Vorladungen nachzustellen. Die deutsche Regierung war schockiert. Denn erstens sprach Italiens Justiz Ferrini tatsächlich eine Entschädigung in Höhe von 30 000 Euro (plus Zinsen seit 1945) zu, zahlbar durch den deutschen Staat, oder, sollte dieser sich weigern, durch die Pfändung deutscher Immobilien auf italienischem Boden. Zweitens meldeten plötzlich Hunderte anderer Betroffener von NS-Verbrechen Ansprüche an – und zwar nicht nur Italiener.

In Griechenland hatten Überlebende eines SS-Massakers in Distomo Deutschland auf Entschädigung verklagt. Vor deutschen Gerichten waren sie in allen Instanzen gescheitert, die griechische Justiz jedoch sprach ihnen 22 Millionen Euro Schadensersatz zu. Berlin erkannte die Entscheidung nicht an und verhinderte die drohende Pfändung des Goethe-Instituts in Athen offenbar mit einer nachdrücklichen Intervention beim griechischen Justizministerium. Aber nationale Grenzen zählen nicht mehr viel, wenn es um Völkerrecht geht. Die griechischen Kläger und ihre Anwälte wandten sich nach Italien an Joachim Lau. Auf Laus Antrag hin entschied der italienische Kassationsgerichtshof 2008, dass auch NS-Opfer aus

Griechenland 105 Millionen Mark. Nach 1989 schloss Deutschland ähnliche Vereinbarungen mit Polen, Weißrussland, Russland und der Ukraine und richtete die Stiftung »Erinnerung, Verantwortung und Zukunft« zur Entschädigung von Zwangsarbeitern ein.

Doch Anspruch auf Entschädigung hatten fast ausschließlich deutsche Opfer. Bei ausländischen Verfolgten beschränkte sie sich auf die Betroffenen von »NS-typischer Verfolgung«, also vor allem jüdische Überlebende von Deportationen und KZ-Haft. Ausschließlich dafür waren die Pauschalzahlungen bestimmt, die Deutschland Anfang der sechziger Jahre an Italien und Griechenland gezahlt hatte. Diese waren alles andere als großzügig: Bricht man die Gesamtsummen auf die einzelnen Betroffenen herunter, so erhielt ein Überlebender des Holocaust pro Monat KZ-Haft 150 D-Mark.

Zwangsarbeiter, Überlebende von Massakern und andere Opfer fielen in die Kategorie »allgemeine Kriegsschäden«, mussten also darauf hoffen, irgendwann im Rahmen eines Reparationsvertrages zwischen ihren Heimatländern und Deutschland etwas abzubekommen. Viele von ihnen warten nun auf diesen Freitag der Entscheidung. »Reparationsethos« nennen Experten die jüngste Entwicklung im Völker-

Angeklagt: Deutschland

Was ist wichtiger in Europa, **Gerechtigkeit oder Rechtsfrieden**? Bisher können Privatpersonen fremde Staaten nicht auf Entschädigung verklagen. Wie mit Kriegsverbrechen, Zwangsarbeit und Verschleppung umgegangen wird, regelte die Außenpolitik – wie sonst sollten Staaten souverän agieren? Was aber, wenn die Außenpolitik den Opfern **keine Genugtuung** verschafft?

So sehen es immer mehr überlebende Opfer des NS-Regimes. Sie verklagen die Bundesrepublik auf individuelle Entschädigung – und bekommen vor heimischen Gerichten recht. Dagegen wehrt sich die Bundesregierung vor dem **Internationalen Gerichtshof (IGH)** in Den Haag. Dort wird an diesem Freitag das Urteil gesprochen. Kommen damit Milliardenzahlungen auf Deutschland zu?

anderen Ländern ihre Ansprüche gegen den deutschen Staat in Italien geltend machen können. Lau ließ umgehend eine geeignete Immobilie mit einer Zwangshypothek belegen: die Villa Vignoni, ein Kulturinstitut in deutschem Besitz und in bester Lage am Comer See.

Aus einem scheinbar aussichtslosen Zivilrechtsverfahren war ein diplomatischer und politischer Konflikt über die Aufarbeitung der Verbrechen des Zweiten Weltkriegs geworden.

»Das kann keiner wollen, dass wir den Zweiten Weltkrieg noch mal auf juristischer Ebene durchspielen«, sagt der Mann, der Deutschland vor dem IGH vertritt. Als die damals schwarz-rote Bundesregierung im Dezember 2008 Italien wegen Verletzung der Staatenimmunität vor dem IGH verklagte, berief sie den Völkerrechtler Christian Tomuschat als einen ihrer Verfahrensbevollmächtigten. Eigentlich würde man einen wie Tomuschat in diesem Streit auf der anderen Seite vermuten. Mitte der neunziger Jahre hat er die UN-Wahrheitskommission zu den Verbrechen während des Bürgerkrieges in Guatemala geleitet, 2010 im Auftrag der UN die Folgen des Gaza-Krieges zwischen Israel und Hamas untersucht. Er kennt die Traumata der Opfer von Kriegsverbrechen und ihre Forderung nach Anerkennung ihres Leids. Aber ein Zivilklagerrecht einzelner Opfer gegen Staaten? »Menschenrechtstextualismus« sei das, sagt Tomuschat, »und eine Gefahr für jede Nachkriegsordnung«. Er ist sich sicher, dass die überwiegende Mehrheit der IGH-Richter das genauso sieht – vor allem unter dem Eindruck der mündlichen Verhandlung.

Gut drei Jahre lang wurden Schriftsätze verfasst und ausgetauscht, bis die Diplomaten und Juristen der Streitparteien schließlich vergangenen September im Großen Saal des Gerichtshofs in schwarzen Talaren gegeneinander antraten. Fünf Tage lang disputierten sie in geschliffenem Englisch oder Französisch über den Wortlaut von UN-Konventionen, die Bedeutung der Haager Landkriegsordnung, das Prinzip des Rückwirkungsverbots, über zwingendes Völkerrecht und Völkergelehrtenrecht. Die italienische und griechische Seite pochte darauf, dass Deutschland sehr wohl eine einklagbare Pflicht zur Entschädigung habe, die deutsche Seite verwies auf bereits geleistete »Wiedergutmachung« in Milliardenhöhe »auch für Italien und Griechenland« – und auf die Staatenimmunität. Es war Tomuschat, der für einen gezielten Schockmoment sorgte, als er den Richtern Folgen ausmalte, sollten sie Italien nicht in die Schranken weisen: Wolle man, dass jeder klagen könne, der sich als Opfer eines Kriegsverbrechens sehe? Afghanische

recht, wonach fundamentale Menschenrechtsverletzungen nicht nur mit Strafverfolgung, sondern auch mit materieller Entschädigung für die Opfer gehandelt werden müssen. Niemand bestreitet die grundsätzlichen Konflikte, die damit für die Souveränität einzelner Staaten entstehen – und für deren Finanzlage. Aber über das potenzielle Ausmaß gehen die Meinungen weit auseinander. Weder sei die Furcht vor einem politisch-diplomatischen Chaos berechtigt noch vor finanziellen Nöten der beklagten Staaten, schreibt der deutsche Völkerrechtler Michael Bothe in einer Stellungnahme für Amnesty International zum IGH-Verfahren. Diese Gefahr wird, jedenfalls für Deutschland, tatsächlich immer geringer. Denn den Opferverbänden sterben die Mitglieder weg.

Das gilt auch für die Überlebenden aus dem griechischen Distomo, die nach jahrelanger deutscher Rechtsauffassung schlicht Opfer eines »allgemeinen Kriegsschadens« gewesen sind. Der ereignete sich am 10. Juni 1944, als Angehörige einer SS-Polizeidivision 218 Einwohner, darunter Säuglinge und Kleinkinder, erschossen, erstachen oder aufschlitzten und dann den Ort in Brand steckten. Es war eine Vergeltungsaktion für einen Partisanenüberfall, bei dem drei deutsche Soldaten gestorben waren.

In Distomo warteten die Überlebenden und die Kinder der Opfer fast genau 50 Jahre auf ein Zeichen aus Deutschland und bekamen schließlich 1995 einen Brief von der Deutschen Botschaft in Athen. Solche Vergeltungsaktionen seien »Maßnahmen im Rahmen der Kriegsführung gewesen« und fielen somit nicht unter die Regelungen zur Entschädigung von NS-Unrecht, sie seien eine Frage von Reparationen. Die wiederum habe sich erledigt, denn innerhalb Europas herrsche jetzt Frieden und Freundschaft. »Eine weiterhin offene Reparationsfrage würde das Rad der Geschichte zurückdrehen und alte Gräben wieder aufreißen. Mit freundlichen Grüßen ...«

Klarer lässt sich das Missverständnis der deutschen Entschädigungspolitik nicht dokumentieren: Wann Geschichte »vorbei« oder »bewältigt« ist, kann niemand per Federstrich bestimmen, schon gar nicht das Land, aus dem die Täter kamen. In Griechenland vermischte sich die bittere Erinnerung an die deutsche Okkupation dieser Tage mit der Wut auf die vermeintliche deutsche Schuld am griechischen Wirtschaftsleiden.

In der Bar Picchio in Talla und den anderen Dorfcasés in der Toskana wiederum redet man lieber nicht über den Zweiten Weltkrieg, weil sich hier Partisanen und Mitglieder der faschistischen Schwarzhemden besonders brutal bekämpften. Der Riss zieht sich bis heute durch Familien und Dörfer der Region. Geschichte geht nicht vorbei.

Weder Luigi Ferrini noch die Überlebenden von Distomo wollten je einen juristischen Kleinkrieg mit einem inzwischen befreundeten Land vom Zaun brechen. Sie wollten lediglich eine Anerkennung für erlittenes Unrecht.

Vor zehn Jahren hatte der damalige griechische Premierminister Kostas Simitis Bundeskanzler Gerhard Schröder vorgeschlagen, den Fall Distomo (und die anderen Fälle von deutschen Kriegsverbrechen) mit »einer monetären Geste«, einer einmaligen Reparationszahlung, aus der Welt zu schaffen. Schröder lehnte ab, zu groß war die Angst in Berlin, »einen Präzedenzfall« zu schaffen. Aber genau das könnte nun am Freitag in Den Haag passieren.

In Distomo gibt es inzwischen eine Gedenkstätte. Die Namen der Opfer sind auf einer Marmorwand eingraviert, die Schädel der Toten werden im Beinhaus einer kleinen Kapelle aufbewahrt. Zu den Gedenktagen kommen inzwischen auch Deutsche, keine prominenten Politiker, sondern Anwälte, die sie in den Gerichtsverfahren unterstützten, ganz selten auch Touristen.

In Talla gibt es keine Gedenkstätten, obwohl auch hier in der Region Hunderte von Dorfbewohnern bei Vergeltungsaktionen von SS und Wehrmacht getötet wurden. Hierher kommen inzwischen viele Deutsche, die sich Häuser und Ferienwohnungen gekauft haben. Luigi Ferrini kennt einige von ihnen, er hat jahrelang für sie als Gärtner gearbeitet. Von seiner Geschichte wissen sie nichts.

die – damals rot-grüne – Bundesregierung. Die Immunität eines Staates vor dem Zugriff der Justiz eines anderen Landes sei zweifellos ein schützenswertes Prinzip, befanden die Richter in Rom. Denn wo käme man hin, wenn Staaten ständig übereinander zu Gericht sitzen würden. Aber diese Immunität sei zweitrangig, wenn es bei der Klage gegen den betreffenden Staat um schwerste Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht gehe. Um Völkermord, Massaker, Vertreibungen, Zwangsarbeit. Deutschland habe sich also sehr wohl Entschädigungsansprüchen von NS-Opfern vor italienischen Gerichten zu stellen.

Was Verbände von NS-Opfern als Meilenstein des Menschenrechtsschutzes feierten, war der italienischen Regierung, zu diesem Zeitpunkt noch geführt von Silvio Berlusconi, höchst unangenehm. Zumal avvo-

oder irakische Überlebende amerikanischer Militäreinsätze? Deutsche Vertriebene aus dem Osten? Überlebende der alliierten Luftangriffe auf Hamburg oder Dresden? Da ging ein leiser Ruck durch den Haager Gerichtssaal. Das klang nicht mehr nur wie ein juristisches Argument, das klang schon wie eine politische Drohung. »Lassen Sie uns doch froh sein«, fügte Tomuschat hinzu, »über die friedlichen Beziehungen, die heute in Europa herrschen.«

Rund 135 Milliarden Mark hat die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg eine Entschädigung gezahlt. Mit Israel und der Jewish Claims Conference legte die deutsche Regierung 1952 eine Globalzahlung von 3,5 Milliarden Mark fest, in den sechziger Jahren folgten sogenannte Globalabkommen mit westeuropäischen Ländern. Italien erhielt damals 40 Millionen,



ZEIT-Grafik
200 km

Den Abgrund ausmessen

Sebastian Edathy soll im Bundestag die Neonazi-Morde untersuchen. Kann er das?

VON ÖZLEM TOPÇU



Sebastian Edathy hat indische Vorfahren und deutsche Wähler

Foto (Ausschnitt): Sabine Gudath für DIE ZEIT

Es gab ein einprägsames Ereignis in Sebastian Edathys Kindheit, er war vielleicht fünf oder sechs Jahre alt. Seine Mutter, eine Ostdeutsche, die in der evangelischen Erwachsenenbildung arbeitete, ging mit ihm auf den Spielplatz im heimatlichen Steyerberg in der Nähe von Hannover. Dort hörte er, wie eine andere Frau seine Mutter ganz nebenbei fragte, wo sie denn »das süße dunkle Kind« adoptiert habe. Sebastian Edathy fragte seine fassungslose Mutter, was denn das Wort »adoptieren« bedeute. So gesehen, war dieses Ereignis die erste Seminarstunde des späteren Soziologen. Und die erste Berührung mit dem Anderssein in Deutschland.

Heute, dreieinhalb Jahrzehnte später, sitzt der SPD-Bundestagsabgeordnete Edathy, sein Vater ist gebürtiger Inder, in seinem Büro in Berlin und versucht eine Antwort auf die Frage zu formulieren, wie es in Deutschland passieren konnte, dass eine rechtsextreme Gruppe mehr als zehn Jahre lang untertauchen, Anschläge verüben und mutmaßlich zehn Einwanderer und eine Polizistin umbringen konnte.

Edathy überlegt. Er ist keiner, der gern redet, nur um zu reden, um Konversation zu betreiben, damit kein Schweigen entsteht. Von kommender Woche an wird er als Leiter des Untersuchungsausschusses zu den Neonazi-Morden mit zehn

weiteren Bundestagsabgeordneten versuchen, die Geschichte und die Ermittlungsspannen rund um den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) aufzuklären. Er hat dafür nur Zeit bis Sommer nächsten Jahres. Dann sagt er: »Mich hat es nicht überrascht, dass organisierte Gruppen systematisch Gewalt ausüben. Was mich überrascht hat, war, wie abgründig die Zwickauer Zelle gehandelt hat.« Die Antwort klingt nicht gequält, nicht geschockt oder moralisierend, sondern ganz ruhig und soziologisch.

Edathy beschäftigt sich mit dem deutschen Rechtsextremismus, seit er 1998 in den Bundestag gewählt wurde. Das Interesse entwickelte sich in der Schulzeit, als ihm seine Lehrer Mitte der achtziger Jahre erzählten, Nazis, ach, das seien nur noch ein paar Ewiggestrige, das Problem werde sich schon auswachsen. Nach den fremdenfeindlichen Anschlägen auf Asylbewerberheime und Wohnungen von Ausländern Anfang der neunziger Jahre glaubte er die Erklärung nicht mehr. Edathy sagt, jetzt in Politikersprache: »Rechtsextremismus ist organisierte Menschenfeindlichkeit. Dagegen muss man sich als Demokrat wehren.« Er würde nie sagen, dass die Vorliebe für dieses Thema vielleicht auch etwas mit einem Teil seiner Herkunft zu tun haben könnte. Dafür ist er zu sachlich. Dafür findet er sich als Abgeordneter, als öffentliche Person zu privilegiert. War die Sa-

che auf dem Spielplatz also eine einmalige Angelegenheit? »Mit dem Kind des evangelischen Gemeindepfarrers geht man sicher anders um als mit dem Kind eines türkischen Fabrikarbeiters«, sagt Edathy. Aber nein, natürlich werde man als Kind und Heranwachsender ständig mit der Frage konfrontiert, wo man denn herkomme, nein, nicht Speyerberg in der Nähe von Hannover, wo man denn *wirklich* herkomme, man sei ja wohl nicht von hier. Oder die ständigen Droh- und Hassbriefe, er hat sie in mehreren Ordnern abgeheftet. Oft werde er aufgrund seiner Hautfarbe oder einfach nur als Muslim beschimpft. Ach ja, und da sei die Geschichte mit der Wohnung gewesen. »Ich habe mal eine Wohnung in Berlin nicht bekommen, weil der Vermieter der Meinung war, bei einem fremd klingenden Namen entstünden immer so komische Gerüche beim Kochen, da könne er die Weitervermietung der Wohnung vergessen.« Edathy tut so, als sei das keine große Sache. Aber er ging damit an die Presse, und die Diskriminierung verwandelte sich in eine Vorzugsbehandlung: Der Vermieter sah schlecht aus, konnte nicht dementieren, und Edathy bekam zehn Wohnungsangebote. »Was wäre, wenn ich kein Abgeordneter wäre?«

Edathy hängt das alles tief, vielleicht politisch ganz bewusst, weil er weiß, dass er sich im Gegensatz zu anderen wehren kann.

Dabei steht er auf einschlägigen rechtspopulistischen und islamkritischen Blogs, auf denen er dem »islamischen Flügel« der SPD zugerechnet wird, unter Dauerbeschuss. Die Strategie solcher Blogs ist es unter anderem, peinlich genau darauf zu achten, was in ihren Artikeln steht, der Verachtung in den Kommentarbereichen derweil ungestörten Lauf zu lassen. Bei der deutsch-nationalistischen *Jungen Freiheit* beispielsweise stört man sich seit zwei Wochen nicht an dem Kommentar des Users »j.w. Bern aus Deutschland«, der schreibt: »Wieso lässt es das Deutsche Volk zu, daß ein Ausländer, dazu noch ein Moslem, irgendetwas zu untersuchen hat, was eigentlich die ureigenste Angelegenheit von DEUTSCHEN wäre. Selbstverständlich gehören Ausländer mit Deutschem Pass nicht zum Deutschen Volk. (...) Was können wir gegen diese unnatürliche und explosive Situation in unserem, dem Deutschen, Volke tun?«

Auch das alles gehört zu Edathys Welt – nicht nur das politische Eintreten gegen Rechtsextremismus und die Sachkenntnis, die auch der politische Gegner respektiert; und nicht nur die Erfahrung aus früheren Untersuchungsausschüssen. Das eigene Erleben von Rassismus, wie verträgt es sich mit seiner neuen Aufgabe? Ist es ein Vor- oder ein Nachteil, um die schlimmsten rassistischen Verbrechen in der Geschichte der Bundesrepublik aufzuklären? Ist Edathy nicht – ja, befangen? Er

verweist auf den Soziologen Norbert Elias und dessen Schrift *Engagement und Distanzierung*. »Elias sagt, dass derjenige der beste Beobachter und Akteur ist, der nicht nur objektive Wahrnehmung, sondern auch Empathie mitbringt.« Heißt: Empathie mit den Opfern dieser Verbrechen zu empfinden, die Mechanismen von Fremdenfeindlichkeit an sich selbst erfahren zu haben, kann sogar essenziell für die Aufklärungsarbeit sein.

Der Ausschuss zur NSU ist der erste Untersuchungsausschuss, den alle Fraktionen im Bundestag gemeinsam beantragt haben. Er soll nicht, wie sonst üblich, als Kampfmittel der Opposition dienen. Die soll es in diesem Fall nicht geben. Wenn es aber zu den schwierigen Fragen nach dem möglichen Versagen von Verfassungsschutzämtern und Innenministerien kommt, könnten auch SPD- und CDU-Minister aus der Zeit der Nazi-Morde schlecht aussehen – und sich womöglich Konsequenzen anbieten.

Es wird am Vorsitzenden liegen, dass sich keine Große Koalition im Untersuchungsausschuss bildet, die unangenehme Wahrheiten bagatellisiert. Und was, wenn der Vorsitzende selbst attackiert wird, von innen oder von außen, weil er nicht objektiv, sondern empathisch agiere? Edathy wird das alles moderieren und abfangen müssen, ohne an sein Parteibuch zu denken. Vor der ersten Sitzung macht er allerdings nicht den Eindruck, als würde ihn das aus der Ruhe bringen.

Anhänger des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán



Die EU-Kritik an Ungarn

Als **János Martonyi** das erste Mal **Außenminister Ungarns** war, trieb er den EU-Beitritt Ungarns voran. Seit 2010 ist er wieder Außenminister – doch diesmal sind die Beziehungen zwischen der EU und Ungarn merklich abgekühlt. Die EU-Kommission hat in drei Fällen **Vertragsverletzungsverfahren** gegen das Land eingeleitet. Ungarn verspricht Einlenken – etwas anderes bleibt dem Land auch nicht übrig. Ohne Kredite des Internationalen Währungsfonds und der EU droht dem Land die Staatspleite.

Es geht, erstens, um das **Notenbankgesetz**. Die Notenbank soll mit der Finanzaufsicht zusammengelegt werden. Die EU-Kommission sieht darin die Unabhängigkeit der Notenbank bedroht. Zweitens beanstandet die EU-Kommission den Umgang mit dem Datenschutzbeauftragten; er wurde plötzlich entlassen und dafür eine neue Behörde geschaffen. Drittens kritisiert die EU den Umgang mit der Justiz; bislang haben Richter ihre Tätigkeit bis zum 70. Lebensjahr ausüben können. Jetzt müssen sie mit 62 in die Pension, und schlagartig sind fast 300 Richterposten im Lande neu zu besetzen. Offiziell geht die Kommission gegen Altersdiskriminierung vor, die Sorge reicht aber viel tiefer: Die Unabhängigkeit der Justiz sei in Gefahr, heißt es aus dem Umfeld der zuständigen EU-Kommissarin. Denn auch das Oberste Gericht wurde umstrukturiert, Zuständigkeiten des Verfassungsgerichts in Budgetfragen beschnitten und eine neue **Landesjustizbehörde** geschaffen. Deren Vorsitzende wird vom Parlament gewählt, in dem Orbáns Partei eine Zwei-Drittel-Mehrheit hat; sie ernannt die Richter im Land, kann Gerichten die Fälle zu weisen – und ist die Ehefrau jenes Mannes, der die wichtigsten Teile der neuen ungarischen Verfassung formuliert hat. Dieses in Punkten umstrittene **Grundgesetz** trat im Januar in Kraft – trotz der Proteste von Opposition und Juristen. Gestützt auf die Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament, scheint Orbán keine Notwendigkeit zu sehen, sorgsam mit dieser Machtfülle umzugehen. Da er von einer **nationalen Revolution** überzeugt ist, lässt er bei dem Systemumbau keinen Bereich aus – ob es sich um Medien, Gerichte oder Wahlgesetze handelt.



»Wir sind Demokraten«

Seit Viktor Orbán in Budapest mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit regiert, gilt Ungarn als Sorgenkind Europas. Ein Gespräch mit dem Außenminister János Martonyi

DIE ZEIT: Herr Außenminister, die Beziehungen zwischen Ungarn und der EU sind auf einem Tiefpunkt. Was nun?

János Martonyi: Wir nehmen es sehr ernst, dass die EU drei Vertragsverletzungsverfahren gegen uns eröffnet hat. Unsere Einstellung zu Europa ist unverändert. Es ist meine tiefe Überzeugung, dass Ungarn seinen Platz in einer starken EU hat, die immer enger und tiefer zusammenarbeitet.

ZEIT: Manche Äußerungen Ihrer Regierung zeigen ein tiefes Unbehagen gegenüber Europa. Premierminister Orbán hat gesagt, er beuge sich der Macht Brüssels, aber nicht den Argumenten.

Martonyi: Die Äußerung von Viktor Orbán wurde missverstanden.

ZEIT: Inwiefern?

Martonyi: Er bat um Argumente, auch bei seinem Auftritt im Europäischen Parlament. Lasst uns eure Argumente wissen! Dann können wir uns dazu verhalten. Das findet jetzt statt. Wir sollten zudem zwischen politischer Rhetorik und wirklicher Politik unterscheiden. In jedem Mitgliedstaat gibt es EU-Skeptiker. Das ist ein reales Problem, mit dem wir umgehen müssen, ob in Deutschland, Portugal oder Griechenland. In all diesen Ländern sind feindselige Stimmungen gegen die EU oder Brüssel zu verzeichnen. Wir hetzen nicht gegen Europa. Es gibt eine Partei hier in Ungarn, die eine solche Sprache bemüht und sogar den EU-Austritt will ...

ZEIT: Sie sprechen von der rechtsradikalen Partei Jobbik?

Martonyi: Natürlich. Die wollen ein Referendum über einen EU-Austritt, was zum Glück unmöglich ist. Ja, wir haben einen antieuropäisch gesinnten Teil in der Bevölkerung, und deshalb ist eines unserer Hauptziele, gegen diese Gefühle anzugehen. Denn wenn wir nichts tun, wird es nur den rechten Rand stärken.

ZEIT: Sie unterstützen die europäischen Werte nach außen hin, nach innen bedienen Sie euro-skeptische Gefühle. Premier Orbán hat gesagt: »Brüssel ist nicht Moskau.«

Martonyi: Das würde ich sofort unterschreiben.

ZEIT: Er wollte damit suggerieren, dass er die ungarische Souveränität heute gegen Brüssel verteidigen muss wie seinerzeit gegen Moskau.

Martonyi: Das habe ich anders in Erinnerung, aber nun gut. Meine Antwort ist einfach: Die Verpflichtungen der Regierung, die EU-Integration voranzutreiben, ist nach wie vor unverändert. Das ist der Eckpfeiler unserer politischen Strategie, ungeachtet der Tatsache, dass gegen uns die drei Verletzungsverfahren eingeleitet wurden. Es gibt übrigens EU-Gründungsmitglieder, gegen die drei- bis viermal so viele Verstoßverfahren liefen.

ZEIT: Sie versuchen, eine grundsätzliche Kritik durch den Verweis auf das technische Fragen zu entkräften. Doch die EU befürchtet, dass Ihre Regierung die Medienfreiheit angreift und die Unabhängigkeit der Justiz antastet.

Martonyi: Dagegen spricht, dass unser eigenes Verfassungsgericht das umstrittene Mediengesetz in Teilen gekippt hat.

ZEIT: Es ist eine merkwürdige Verteidigung, darauf zu verweisen, dass das Verfassungsgericht Gesetze Ihrer Regierung für unrechtmäßig erklärt.

Martonyi: Ich verteidige keine einzelnen Gesetze meines Parlaments. Ich verteidige unser Verfassungssystem und unsere Gewaltenteilung. Das ist wichtiger als irgendwelche Fehler, die bei Gesetzen wie dem über die Medien unterlaufen sind.

ZEIT: Nun wird aber eben kritisiert, dass Ihre Verfassungsreform Institutionen wie die Nationalbank schwächt und der Politik unterstellt.

Martonyi: Man kritisiert zum Beispiel den Eid, den die Ratsmitglieder der Nationalbank vor dem Parlament leisten müssen. Das aber ist seit 17 Jahren so, deshalb kann ich das nicht ganz ernst nehmen.

ZEIT: Ihre Regierung will das System umbauen. Medien werden stärker kontrolliert, Behörden neu geschaffen, Richterposten neu besetzt. Es entsteht die Wahrnehmung, als wandte sich Ungarn von europäischen Kernwerten ab.

Martonyi: Das tun wir nicht. Aber wie können wir diese Wahrnehmung verändern? Die Beanstandungen der EU-Kommission am Mediengesetz haben wir sogleich umgesetzt, Punkt für Punkt. Auch bei der Nationalbank können wir eine Lösung finden. Wir wollen nicht, dass diese Streitpunkte vor dem Europäischen Gerichtshof entschieden werden.

ZEIT: Sie haben eine Zweidrittelmehrheit im Parlament. Ist es klug, mit einer solchen Übermacht Institutionen umzukrempeln, ohne die Opposition einzubeziehen?

Martonyi: Das grundsätzliche Verhältnis zwischen den Institutionen bleibt unverändert, was leider nicht weiter erwähnt wird. Informieren Sie Ihre Leser: Trotz all der Maßnahmen, über die wir diskutiert haben, haben wir das Verfassungssystem nicht verändert. Wir sind nach wie vor eine parlamentarische Demokratie.

ZEIT: Das bestreiten wir nicht.

Martonyi: Ich musste mir schon anhören, dass wir hier ein Präsidialsystem einführen wollen. Aber das Gleichgewicht zwischen den Institutionen und Gewalten besteht unverändert fort.

ZEIT: Es scheint, als würden Sie einen Kulturkampf ausfechten über die ungarische Identität. Parteien reden nicht mehr miteinander, Ihre Regierung hat erklärt, eine Revolution zu wollen. Sie polarisieren.

Martonyi: Die Spaltung der ungarischen Gesellschaft wird überbewertet. Wir stimmen in den Grundwerten überein, vor allem wenn es um Ungarns internationale Rolle geht. Seien Sie nicht überrascht: Wir reden miteinander. Ich selbst bin befreundet mit dem stellvertretenden Vorsitzenden der Sozialisten.

ZEIT: Aber derzeit demonstrieren jede Woche Menschen, die einen für die Regierung, die anderen dagegen.

Martonyi: Ist das undemokratisch? All diese Demonstrationen verliefen friedlich.

ZEIT: Es zeigt die Polarisierung, die Sie bestreiten.

Martonyi: Es gibt eine klare Trennlinie, die zwischen allen demokratischen Parteien auf der einen und der rechtsradikalen Jobbik auf der anderen Seite verläuft. Wir wollen nicht mit Leuten reden, die abstreiten, eine demokratische Partei zu sein. Nie wieder werden Menschen auf dem Land in merkwürdigen schwarzen Uniformen die Roma-Bevölkerung einschüchtern.

ZEIT: Sie spielen auf die Garde der Jobbik an. Ist die Partei Ihre größte Herausforderung?

Martonyi: Es ist gewiss eine Herausforderung wegen der ökonomischen Krise und der Reformen, die wir einführen müssen. Ich glaube zwar, dass sie mehr als 17 bis 20 Prozent der Stimmen nicht erreichen werden. Allerdings könnte die Kampagne, die heute gegen Ungarn geführt wird, dazu führen, dass Jobbik stärker wird.

ZEIT: Welche Kampagne?

Martonyi: Einige Äußerungen in den internationalen Medien gehen zu weit. Wir wurden als Diktatur bezeichnet, mit Weißrussland verglichen, und *Le Monde* zeigte Viktor Orbán als Hitlerkarikatur. Paradoxerweise stärkt uns solche überzogene Kritik. Selbst Regierungskritiker stellen sich auf unsere Seite, weil sie die Beleidigungen nicht hinnehmen wollen.

ZEIT: Wie passt es zu Ihrem Bild einer Kampagne, wenn ungarische Medien Sie kritisieren?

Martonyi: Ich bin zufrieden, wenn die ungarischen Medien unzufrieden sind. Denn in diesem Land, dem vorgeworfen wird, die Pressefreiheit abzuschaffen, kritisieren mindestens 70 Prozent der Medien die Regierung.

ZEIT: Die öffentlich-rechtlichen Medien sind allerdings sehr leise geworden, seit Sie regieren.

Martonyi: Die öffentlichen Medien haben einen geringen Einfluss, die privaten Medien dominieren sogar den Fernsehmarkt. Das Internet wird von der Opposition beherrscht, die Mehrheit der Zeitungen auch. Wenn Sie Zweifel daran haben, lesen Sie die Zeitungen oder das Internet.

ZEIT: Sie weisen den Vorwurf der Einflussnahme bei den öffentlich-rechtlichen Medien nicht von sich? Selbst Journalisten bei regierungsnahen Medien klagen über Einflussnahme und dass bei der Entlassungswelle auch angesehene Journalisten gehen mussten.

Martonyi: Das Letztere kann ich nicht kommentieren. Ich kann dazu nur sagen, dass in den öffentlichen Medien sehr viel Geld ausgegeben wurde. Eine Schlankheitskur war längst überfällig. Aber ich zweifle nicht an der Meinungsfreiheit in diesem Land.

ZEIT: Ist alles also ein großes Missverständnis?

Martonyi: Nein, das Mediengesetz war ein Mix aus politischen Stellungnahmen und juristischen Regeln. Aber von außen betrachtet schien es, als hätten die politischen Stellungnahmen Gesetzesrang. Unsere Maßnahmen waren ein sehr schneller Prozess mit Fehlern, die nun korrigiert werden.

ZEIT: Derzeit erleben alle EU-Staaten enormen Druck Reformen und Angleichungen durchzuführen. Ihre Regierung schlägt nationalistische Töne an, ist aber auf Finanzhilfen der EU angewiesen. Wie lange kann man beides haben?

Martonyi: Ich sehe den Widerspruch nicht, im Gegenteil: Wenn wir eine europäische Identität entwickeln wollen, müssen wir das Selbstverständnis der einzelnen Nationen schützen.

Heute gibt es überall ein Wiederaufleben nationaler Gefühle. Wir sollten uns fragen, wie wir diese Gefühle zugunsten Europas nutzen können. Es wäre falsch, den Wunsch nach nationaler Selbstbestimmung und den nach europäischer Identität gegeneinander auszuspielen. Die Rettungsmaßnahmen dienen der wirtschaftlichen Gesundung, aber sie werfen Fragen bezüglich der demokratischen Legitimität auf. Wenn wir das in den nächsten Jahren oder Jahrzehnten nicht korrigieren, erleben wir die nächste Krise. Wir sollten den Kommissionspräsidenten direkt wählen: Ein Mister Europa wäre viel stärker legitimiert als jetzt.

ZEIT: Gefallen diese Ideen auch Ihrem Premier?

Martonyi: Sicher haben wir in dieser Regierung unterschiedliche Meinungen. Aber ich kenne Viktor Orbáns Grundansichten: Der Premier ist für ein starkes Europa.

ZEIT: Gefallen diese Ideen auch Ihrem Premier?

Martonyi: Sicher haben wir in dieser Regierung unterschiedliche Meinungen. Aber ich kenne Viktor Orbáns Grundansichten: Der Premier ist für ein starkes Europa.

Die Fragen stellten ALICE BOTA und JÖRG LAU

JÁNOS MARTONYI



ist seit 2010 ungarischer Außenminister und hatte das Amt bereits von 1998 bis 2002 inne. Damals war Viktor Orbán zum ersten Mal Premierminister des Landes

Die EU hat die Sanktionen gegen den Iran verschärft. Warum?

Die Europäische Union hat gegen den Iran, der verdächtigt wird, nach der Atombombe zu streben, ein Öl embargo verhängt. Es wird im Juli in Kraft treten. Kein Land der EU wird dann noch Öl aus dem Iran importieren können. Dies ist die bisher schärfste Sanktion gegenüber einem Land, das seinen Staatshaushalt zu 80 Prozent mit Einnahmen aus dem Öl- und Gasexport bestreitet. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen beschloss seit 2006 insgesamt vier Sanktionsrunden, die nach und nach verschärft wurden. Zuerst zielte man auf das Atomprogramm, indem man die Einfuhr aller sogenannten *Dual use*-Güter verbot – also jener Güter, die (auch) für den Bau einer Nuklearwaffe genutzt werden könnten. Dann wurden allgemeine Wirtschaftssanktionen vereinbart, die ausländischen Unternehmen Aktivitäten im Iran untersagten und Geschäfte mit iranischen Banken verboten. Schließlich wurde über eine Reihe von Iranern, die mit dem Atomprogramm zu tun haben, ein Einreiseverbot für andere Länder verhängt. Von alldem erhoffte man sich, dass es den Iran zu größerer Transparenz und besserer Kooperation mit der internationalen Gemeinschaft bewegen werde. Doch der Erfolg blieb aus.

Im Gegenteil, im November vergangenen Jahres veröffentlichte der Generalsekretär der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO), Yukiya Amano, einen neuen, kritischen Iran-Bericht. Amano forderte den Iran auf, unverzüglich und »substanziell« auf die »ernsthafte Sorgen« einzugehen, wonach das Land weiter an einer Bombe baue. Dieser Bericht war für die Vereinigten Staaten und Europa der Anlass für das Öl embargo.

Was wollen die Europäer mit den Maßnahmen erreichen?

Offiziell heißt es, dass das Öl embargo wieder ausgesetzt werde, sobald der Iran »glaubwürdige Gesprächsangebote« in Sachen Atomprogramm mache. Derzeit halten sich Inspektoren der IAEO im Iran auf, um Nuklearanlagen zu überprüfen. Es ist die erste Inspektion seit drei Jahren. Sollten die Inspektoren zu dem Schluss

kommen, dass die Iraner kooperieren, werden die Sanktionen nicht in Kraft treten. Die Frage ist aber, was man unter »glaubwürdigen Gesprächsangeboten« aus Teheran verstehen soll. Der Interpretationsspielraum ist groß.

Können die neuen Sanktionen ihr Ziel überhaupt erreichen?

Der Hoffnung, dass der Sanktionsdruck zu einer Änderung im Atomkurs des Iran führen könnte, liegt eine Annahme zugrunde: Entweder hat das Regime nicht entschieden, eine Bombe zu bauen, oder eine entsprechende Entscheidung lässt sich revidieren. Wenn sich aber das Regime unwiderprüflich dazu entschlossen hat, eine Atombombe zu bauen – koste es, was es wolle –, werden die Sanktionen es kaum davon abhalten können.

Es kann freilich sein, dass durch die Sanktionen eine Fraktion innerhalb des Regimes gestärkt wird, die ohnehin glaubt, der Preis für eine Bombe sei zu hoch. Dann würde das Kalkül des Westens aufgehen. Doch zu befürchten ist, dass die Sanktionen die Betonfraktion im Iran stärken. Im März nämlich finden Parlamentswahlen statt, und die Aussichten, mit Härte gegenüber dem Westen Stimmen unter der Bevölkerung zu gewinnen, sind nicht gering – gerade die Ölwirtschaft ist im Iran aus historischen Gründen ein national aufgeladene Thema. Es war die Verstaatlichung der Ölwirtschaft, die 1953 die CIA und die Briten dazu verleitete, einen Putsch gegen den demokratisch gewählten iranischen Ministerpräsidenten Mohammed Mossadegh zu betreiben. Bis heute ist der Sturz Mossadeghs ein im Iran tief empfundenen nationales Trauma.

Es ist auch nicht sicher, ob die Sanktionen den Iran tatsächlich so treffen wie gewünscht. Denn das Regime selbst kann sich von den Folgen eines Öl embargos relativ gut abschotten. Die Revolutionsgarden und die religiösen Stiftungen, welche weite Teile der Wirtschaft kontrollieren, haben große Erfahrung, wenn es darum geht, im Illegalen zu arbeiten. Sie florieren geradezu unter solchen Bedingungen. Getroffen wird vor allem das iranische Volk in Form von Preissteigerungen und galoppierender Inflation.



Irans Präsident Ahmadinedschad inspiziert Raketen

Fotos (Ausschnitte): Vahid Salemi/AP/dpd images (o.); Theodor Barth für DIE ZEIT

Die schärfste Waffe

Die Europäer und die USA haben ein Öl embargo gegen den Iran verhängt. Wird es die Atomgefahr bannen? VON ULRICH LADURNER

Wie geht es weiter, wenn die Sanktionen nicht wirken sollten?

Der Westen wird aus dem Sanktionsregime nicht aussteigen wollen, schon allein wegen des damit einhergehenden Gesichtsverlustes. Es wird also zu einer Verschärfung kommen müssen. Viele Möglichkeiten dazu aber haben Amerikaner und Europäer nicht mehr. Sie könnten versuchen, das Öl embargo auf der Ebene des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen durchzusetzen. Das wäre eine wesentliche Erweiterung in zweierlei Hinsicht: Zum einen hätten die Sanktionen des Westens eine globale Legitimation erfahren. Zum anderen wäre der Iran komplett isoliert. Doch weder China noch Russland dürften dabei mitziehen. Schließlich könnte der Westen ein Handels embargo gegen den Iran verhängen. Das wäre die schärfste Maßnahme diesseits einer militärischen Konfrontation.

Wie wahrscheinlich ist es, dass es zu einem Krieg mit dem Iran kommt?

Nach ihren Erfahrungen im Irak und in Afghanistan steht der US-Regierung gewiss nicht der Sinn nach einem neuen Krieg. Entscheidender aber wird sein, für wie groß man die Gefahr hält, die von einem nuklear bewaffneten Iran ausgeht. In Washington glaubt man wahrscheinlich nicht, dass der Iran Israel angreifen würde, sobald er die Atombombe besitzt. Doch sicher ist, dass ein nuklearer Iran das gesamte strategische Gleichgewicht im Nahen und Mittleren Osten verändern würde – zulasten Israels. Viel hängt daher von den Israelis ab. Sie haben eine iranische Atombombe immer als inakzeptabel bezeichnet und zu verstehen gegeben, dass sie schlimmstenfalls auch zu militärischem Handeln bereit wären.

Es kann auch sein, dass ein Zwischenfall einen Krieg auslöst. Die Rhetorik ist gefährlich aufgeladen, und in der Straße von Hormus manövrieren westliche und iranische Kriegsschiffe manchmal nur ein paar Hundert Meter voneinander entfernt. Da könnte es leicht zu einem »Unfall« kommen.

Mitarbeit: JÖRG LAU

»Assad hält nicht mehr lange durch«

Der Abgeordnete Imad Ghaliun flüchtete aus seiner Heimat. Er fordert die UN auf, eine Eingreiftruppe nach Syrien zu schicken VON WOLFGANG BAUER

ISTANBUL Imad Ghaliun faltet die Hände, er löst sie ruhelos wieder, faltet sie, weiß nicht, was mit ihnen tun. Nervös sitzt er an einem Restaurantstisch in Istanbul, fern der Heimat, und wägt seine Worte. »Ich habe gehofft, das Regime von innen heraus zu verändern. Ich musste einsehen, dass ich es nicht kann.« Der 54-jährige Sunnit ist Abgeordneter des syrischen Nationalparlaments. Als Ver-

treter des Distriktes Homs hatte er vor vier Jahren sein Mandat angetreten. Er ist im Januar ins Ausland geflohen, als erster von 250 Parlamentariern. Mit Frau und drei Kindern hat er sich abgesetzt. »Die Kleinste hat am Flughafen die ganze Zeit geweint«, erzählt Ghaliun, »sie hat gemerkt, wie angespannt ich war.«

Die Flucht des Finanzexperten war von langer Hand geplant. Schon Wochen zuvor hatte er Telefonate ins Ausland geführt, in denen er sein Kommen ankündigte, bei denen er laut in den Hörer sagte, wie er sich freue. »Ein neuer Job!« Ghaliun wusste, der syrische Geheimdienst hört mit, und Ghaliun wollte, dass er mithört. Freunde in Kairo hatten zum Schein eine Baufirma gegründet, sie beim Registergericht angemeldet, eigens für diesen Zweck. Sie offerierte ihm eine Stelle als Chefingenieur, ein großartiges Gehalt, zu verlockend, um sie ablehnen zu können. Es wurden Arbeitsverträge hin- und hergefickt, alles nur, um die syrischen Sicherheitsbehörden zu überzeugen: Lässt Ghaliun gehen.

Seine Flucht nach Ägypten trifft das Regime an einer empfindlichen Stelle. Einen Tag nach Ghaliuns Abflug erlässt das Assad-Regime ein generelles Ausreiseverbot für alle syrischen Amtsträger. »Es geschieht Unglaubliches in meiner Heimat«, sagt er auf Durchreise in Istanbul, wo er die Spitzen der syrischen Opposition trifft. »Die Regierung führt regelrecht Krieg gegen meine Stadt.« Ghaliun ist Mitglied des zehnköpfigen Vorstandes der sozialdemokratischen Al-Ahed-Al-Watani-Partei, die meisten seiner Kollegen, sagt er, lehnten wie er das Assad-Regime ab. Doch niemand traue sich, das offen auszusprechen. Niemand im Vorstand habe ihn unterstützt, als er vorschlug, die Regierung aufzufordern, die Forderungen der Demonstranten zu prüfen.

Ghaliun nahm mit seinen Kindern an den Protesten teil, er lief vor den Schüssen des Militärs weg, er sah, sagt er, wie Menschen starben. Die Ansichten des Abgeordneten blieben dem Sicherheitsapparat nicht verborgen. Zweimal stürmten sie sein Büro in Homs, verbrannten Unterlagen und beschlagnahmten Computer. Seine Frau traute sich drei Monate lang nicht aus der Wohnung. Nachdem der Vorsitzende der Baath-Partei in Homs, der sich der Revolution angeschlossen hatte, von Regierungstruppen getötet wurde, entschieden sich die Ghaliuns zur Flucht. Von Kairo aus will er die Arbeit der Opposition in seiner Heimat unterstützen.

»Er hält nicht mehr lange durch«, sagt er über den Diktator Baschar al-Assad. Die Steuereinnahmen Syriens seien von 340 Milliarden im Jahr 2010 auf nur noch fünf Milliarden gesunken. Die Wirtschaft sei nahezu komplett gelähmt. Es setzten sich immer mehr Soldaten ab, vergangene Woche seien allein in Homs zwei Kompanien mit 700 Mann zu den Rebellen übergelaufen. Die Free Syrian Army (FSA) erweitere ständig das von ihr kontrollierte Terrain.

Das wird auch von westlichen Journalisten bestätigt, die sich in den vergangenen Tagen in die Stadt schmuggeln ließen. Die Rebellen truppe hat seit Anfang des Jahres durch übergelaufene Soldaten massiv Verstärkung erfahren. Sie sind mittlerweile besser organisiert und ausgerüstet. Freunde von Ghaliun besorgen Waffen, darunter auch die Anti-Panzer-Waffe Milan, die in Libyen an vielen Orten den Bürgerkrieg gewendet hat. In den Bergen hinter Homs spielt der Winter den Rebellen offenbar in die Hände. Immer häufiger ist die Armee in schwierigem Gelände gezwungen, ihre Offensiven abzubrechen und Waffenstillstände anzubieten.

Ghaliun will eine militärische Intervention, entlang der türkischen und irakischen Grenze sollten Pufferzonen geschaffen werden. Die UN sollten eine Eingreiftruppe zusammensetzen. »Das syrische Volk wird jeden begrüßen, der das Blutvergießen stoppt.«

treter des Distriktes Homs hatte er vor vier Jahren sein Mandat angetreten. Er ist im Januar ins Ausland geflohen, als erster von 250 Parlamentariern. Mit Frau und drei Kindern hat er sich abgesetzt. »Die Kleinste hat am Flughafen die ganze Zeit geweint«, erzählt Ghaliun, »sie hat gemerkt, wie angespannt ich war.«

Die Flucht des Finanzexperten war von langer Hand geplant. Schon Wochen zuvor hatte er Telefonate ins Ausland geführt, in denen er sein Kommen ankündigte, bei denen er laut in den Hörer sagte, wie er sich freue. »Ein neuer Job!« Ghaliun wusste, der syrische Geheimdienst hört mit, und Ghaliun wollte, dass er mithört. Freunde in Kairo hatten zum Schein eine Baufirma gegründet, sie beim Registergericht angemeldet, eigens für diesen Zweck. Sie offerierte ihm eine Stelle als Chefingenieur, ein großartiges Gehalt, zu verlockend, um sie ablehnen zu können. Es wurden Arbeitsverträge hin- und hergefickt, alles nur, um die syrischen Sicherheitsbehörden zu überzeugen: Lässt Ghaliun gehen.

Seine Flucht nach Ägypten trifft das Regime an einer empfindlichen Stelle. Einen Tag nach Ghaliuns Abflug erlässt das Assad-Regime ein generelles Ausreiseverbot für alle syrischen Amtsträger.

»Es geschieht Unglaubliches in meiner Heimat«, sagt er auf Durchreise in Istanbul,



www.zeit.de/audio

Ghaliun sah, wie Soldaten auf Demonstranten feuerten

ZEITGEIST

Ewig lockt das Buch

JOSEF JOFFE: Die Print-Zeitung wird vergehen, das Buch bleibt bestehen

Ich habe schließlich kapituliert und ein iPad 2 gekauft – noch ein Stück Elektromüll neben all den Netzteilen, Alt-Handys und PCs seit DOS-Zeiten. Ich schätze auch Apple nicht, diese Digi-Diktatur, die uns mit ihrer perfekten Ästhetik auf ihre Plattform lockt und nie wieder loslässt. Probieren Sie mal, Ihre eigenen CDs, die Sie bei iTunes gespeichert haben, dort wieder loszueisen.

Trotzdem: Jetzt lese ich ein Dutzend Zeitungen und Zeitschriften auf dem Pad – in Hamburg oder Delhi, in der Wanne oder am Küchentisch. Nicht die Blätter, die gestern um 17.30 Uhr zugemacht wurden, sondern die über Nacht aufgefrischten. Bill Gates von Microsoft (erinnern Sie sich noch an diesen Riesenkraken?) weisagte 1990, dass es 2000 keine gedruckten Zeitungen mehr geben werde. Es gibt sie. Jedenfalls meldete der Weltzeitungsverband vor Jahresfrist, dass 2,3 Milliarden Menschen Gedrucktes läsen, während Netznutzer insgesamt bloß 1,9 Milliarden ausmachten. Auch steige die Zahl der Zeitungstitel. Dennoch: Die Auflage sinkt – um etwa zwei Prozent pro Jahr.

Als Gates technotrunk in die Glaskugel blickte, waren iPad und Epigonen nicht einmal Science-Fiction. Stellen wir uns aber das Pad 7 vor: leichter, billiger, schneller, klapp- oder einrollbar wie ein Magazin, dazu gen null sinkende Übertragungskosten. Und rechnen dagegen, dass bei Tageszeitungen etwa die Hälfte aller Produktionskosten für Papier, Druck und Verteilung draufgehen. Dann denken wir an eine neue Generation von Journalisten, die auch Töne und bewegte Bilder beherrscht, die Print nicht hat. Folglich: Nicht die Zeitung wird verschwinden, niemals, sondern ihre Plattform, das Papier – so wie einst Tontafel und Pergament.

Das Buch ist eine andere Geschichte. Wohl lese ich auch Bücher auf Kindle und Pad, was sehr praktisch ist, weil man sie nicht mit sich herum-schleppen muss. Amazon hat auch gemeldet, dass es 2011 zum ersten Mal mehr E-Bücher als gedruckte verkauft habe. Klar, sind doch E-Books in



Foto: Ricardo Stuckert/Reuters

HEUTE: 27.1.2012

Kuss

Ein Spitzenpolitiker küsst den anderen. Das kennen wir zur Genüge. Der deutsche Erich Honecker küsste den Russen Michail Gorbatschow, der Amerikaner Barack Obama küsste den Chinesen Hu Jintao. Nichts als Heuchelei, man busselt sich ab und denkt sich doch nur so eins. Oder wie man dem Kuss beim nächsten Treffen ausweichen könnte. Das dies aber nur Vorurteile sind, begreifen wir immer dann, wenn ein Politiker sich als schwacher Mensch zeigt, weil er krank ist und zerbrechlich. Weil er Schutz braucht.

Der Kuss, den der ehemalige brasilianische Präsident Lula dem Präsidenten Paraguays Lugo auf die Stirn drückt, ist eine Geste der Wärme und Herzlichkeit. Die beiden wissen nicht, wie viel Zeit ihnen bleibt, und das lässt die Männer noch zärtlicher erscheinen. Wo ist die Macht geblieben? Beide sind an Krebs erkrankt, beide stemmen sich liebevoll vereint dagegen. UL

Irgendjemand ließ Chantal sterben

Wie die Ideologie der Jugendhilfe ein Pflegekind in Hamburg im Stich ließ VON SUSANNE GASCHKE



Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

Amerika deutlich billiger als gedruckte. Aber wir wollen den Kulturpessimismus nicht zu weit treiben, weil da immer noch der alte Adam ist, und der hat ein Pad-Problem. Meine E-Bücher sehe ich nur, wenn ich sie aufrufe. Die ungelesenen D-Bücher stehen dagegen vor meiner Nase, jedes zugleich mahrender Finger und süße Verlockung.

Der amerikanische Autor William Gass schreibt über die Ungelesenen: »Man wird andauernd von entzückenden Werken angemacht, die einem zuflüstern, doch die gegenwärtige Liebe zu verlassen und sich neuen Freuden zuzuwenden.« Das können Kindle und Pad nicht. Die liegen bloß rum, der Schirm dunkel und stumm. Was man nicht sieht, kann weder inspirieren noch verführen. Schon gar nicht kann man es berühren. Ich habe längst vergessen, welche Dornröschen in meinem Pad schlummern und auf die Befreiung warten.

Deshalb, und weil sie im Regal meterweise ausbreiten, wer wir sind oder sein wollen, werden Bücher nie aussterben. Sie sind die Liebe, die wir schon kennen oder noch erobern wollen. Die uns andauernd zuwinkt. Jammerschade, dass ich gerade keine Zeit für sie habe, weil ich mir eine neue App auf das Pad laden muss.

Es ist entsetzlich, gewalttätigen oder völlig unfähigen Eltern ausgeliefert zu sein. Es ist gut, dass der Staat in solchen Fällen einschreitet und Kinder aus ihren Familien nimmt – wahrscheinlich tut er das sogar zu selten. Aber es greift Existenzelles an, wenn Kinder sich plötzlich nicht mehr in der Obhut von Mutter und Vater befinden – so unzulänglich die sein mögen –, sondern in der Obhut von staatlichen Jugendhilfe. In der Obhut von Menschen, die hoffentlich mitfühlend sind und Gutes wollen. Die aber vor allem eines tun: ihren Job.

Im Fall der elfjährigen Chantal aus Hamburg machten mehrere Menschen ihren Job so schlecht, dass es das Mädchen das Leben kostete: Vor zweieinhalb Wochen starb es an einer Methadonvergiftung. Irgendjemand hatte nicht erkannt, dass er zwei Drogenabhängige zu Pflegeeltern erklärt hatte. Irgendjemand hielt deren verwaahlte Wohnung für eine dem Kindeswohl angemessene Umgebung. Irgendjemandem entging dabei, dass Chantal nicht einmal ein eigenes Bett zum Schlafen hatte. Irgendjemand hat offenkundig komplett übersehen, wie verzweifelt das Mädchen war: Ihrem leiblichen Vater schrieb sie flehentlich, man möge sie aus dieser schrecklichen Familie retten; das Protokoll des letzten sozialpädagogischen Hausbesuchs notiert nur, dass Chantal ein Weihnachtsgedicht vorgetragen habe.

Bisher sind die Einzelheiten des Falles zu verworren, um eindeutig sagen zu können, wer Schuld an all diesen Fehleinschätzungen

hat. Mit der Verantwortung ist es einfacher: Die liegt bei der Leitung des zuständigen Jugendamtes und beim Leiter des Bezirksamtes. Die Unterbringung eines Kindes ist und bleibt eine hoheitliche Aufgabe.

Chantal ist aber nicht nur das Opfer eines einzelnen überforderten Sozialarbeiters geworden. Sie hat bezahlt für zwei Ideologien, die die eigenartige, den öffentlichen Blicken weitgehend entzogene Welt der Jugendhilfe prägen. Ideologie eins gibt sich modern: Der unbewegliche Staat ist demnach nicht in der Lage, gut und vor allem zu vernünftigen Preisen für bedürftige Kinder zu sorgen. Private Träger können das viel besser! Auf dieser Grundlage wird seit 15 Jahren in der Jugendhilfe »outgesourct« – auch in Hamburg-Wilhelmsburg, auch im Fall Chantal.

So entstand ein beispielloses Verantwortungswirrwarr zwischen dem örtlichen Jugendamt und dem Verband Sozialtherapeutischer Einrichtungen (VSE), der die unfähige Pflegefamilie – ja was eigentlich? Ausgesucht hat? Ein bisschen ausgesucht hat? Nur vorgeschlagen hat? Mit ihr gearbeitet hat? Und wie eigentlich »gearbeitet«, bei dem Ergebnis? Verband und Bezirksamt schieben einander die Schuld zu und haben vielleicht nicht einmal unrecht: Geteilte Zuständigkeit macht jeden etwas weniger zuständig. Wahwitzigerweise sparen die Verschlangungs- und der Wettbewerb zwischen privaten »Leistungsbringern« den Behörden nicht einmal Geld. Zwischen 2001 und 2011 stiegen die Kosten für »Hilfen zur

Erziehung« in Hamburg von 130 auf 240 Millionen jährlich, im Bund von fünf auf sieben Milliarden. Das 1990 reformierte Kinder- und Jugendhilfegesetz hatte den Trägerpluralismus durchaus gewollt, denn der Staat sollte nicht alles selbst machen. Allerdings ging es dabei um weltanschauliche Vielfalt in der Erziehung, nicht ums Geldverdienen.

Die zweite Ideologie hat ihre Wurzeln im antiautoritären Denken der 68er und wabert bis heute durch Erzieherfachschulen und Seminare für Soziale Arbeit: Sie könnte mit dem Stichwort der »milieunahen Unterbringung« zusammengefasst werden. Diese Weltsicht geht davon aus, dass die »HilfadressatInnen«, die »Kunden« oder »Klienten« letztlich am besten wissen, was gut für sie ist – und so leben wollen, wie sie leben. Deshalb darf man sie nicht mit Mittelschichtswerten wie aufgeräumten Zimmern, ordentlichen Vorgärten und nahrhaften Mahlzeiten bedrängen.

Nach dieser Ideologie ist es folgerichtig, ein schwer benachteiligtes Kind wie Chantal (auch in ihrer leiblichen Familie gab es Suchtprobleme) in einem Umfeld unterzubringen, das fürsorglicher, aber dem bisherigen Zuhause nicht allzu unähnlich ist. Hätte Chantal nicht Chantal geheißen, sondern Louise, und wäre sie nicht im sozialen Brennpunkt Hamburg-Wilhelmsburg, sondern im unauffälligen Hamburg-Schnelsen aufgewachsen – sie wäre womöglich in eine Pflegefamilie gekommen, in der sie überlebt hätte.

BERLINER BÜHNE

Schröderst du noch ...

... oder lindnerst du schon? Politische Verben im Wandel der Zeit

Der Bundespräsident hat ja nicht nur die deutsche Presselandschaft um viele schöne Schlagzeilen bereichert, sondern die deutsche Sprache auch um das schöne Verb *wulffen*. Wer wulfft, der labert entweder einen wehrlosen Anrufbeantworter voll oder redet so knapp an der Wahrheit vorbei, dass er gerade so nicht als Lügner dasteht. Noch ist offen, ob *wulffen* das Zeug zum *Riestern* oder *Hartzen* hat, sich also dauerhaft in der Alltagssprache festsetzen wird. Oder ob es eine so flüchtige Erscheinung bleibt wie *abwaigeln*. Zu Zeiten des Finanzministers mit den buschigen Augenbrauen waigelte ab, wer davor und danach abzockte. Aus der Mode gekommen ist auch *schrödern*. Seit dem legendären Kirche-im-Dorf-lassen-Auftritt am Wahlabend 2005 hat schlicht niemand mehr so herzerfrischend den rotzigen Rüpel aus dem Politiker raushängen lassen wie der damalige Bundeskanzler. Einen Sonderfall markiert das Synonym für abschreiben & kopieren, *gutenbergen*. Aus ihm ist *gutenborgen* geworden. Ein Verb, so zeigt sich da, kann sich schon mal schneller weiterentwickeln als sein Namensgeber.

Döringern, das Kleinreden des eigenen Chefs unter Abfahren fremder Außenspiegel, ist wohl ein zu spezieller Einzelfall, um Allgemeingut zu werden. Schön wäre es aber, wenn sich nun *lindnern* durchsetzen würde, das abrupte Verschwinden von der politischen Bühne. Und auch *gabrielien*, die reflexhafte Meldung zu allem und jedem. Dann müsste Wulff nur noch lindnern – und selbst Siggie hätte nichts mehr zu gabrielien. PETER DAUSEND

ZEIT ONLINE

DURCHSCHAUEN SIE JEDEN TAG.

POLITIK WIRTSCHAFT MEINUNG GESELLSCHAFT KULTUR WISSEN DIGITAL STUDIUM KARRIERE LEBENSART REISEN AUTO SPORT

www.zeit.de



Foto: Shannon Stapleton/Reuters

USA

Kampf der Republikaner

Florida hat gewählt. Doch welcher republikanische Kandidat Präsident Obama herausfordern wird, ist längst noch nicht eindeutig. Weitere Vorwahlen folgen. Wer vorne liegt, zeigt eine interaktive Grafik

www.zeit.de/us-wahl



Foto: David Shrigley/Courtesy of the artist

Taubenvermissen im Park

Er sucht Wildvögel per Steckbrief und lässt Hunde demonstrieren: Der Künstler David Shrigley stellt seine Zeichnungen, Plastiken und Fotografien in London aus. Ein Querschnitt der Schau in Bildern

www.zeit.de/kunst



Foto: dpa

Schlaue Vögel

Dohlen können Klingeltöne perfekt imitieren. Bevor sie auf einem Schornstein nisten, prüfen sie dessen Tiefe mit einem Stock. Mehr über die klugen Rabenvögel in der Serie »Das unterschätzte Tier«

www.zeit.de/wissen



Foto: Carmen Jaspersen/dpa

In der Treitmühle

Schweiß, Champagner und ein bisschen Halbwelt: Seit mehr als 100 Jahren gibt es Sechstagerennen. Die Fahrer sind moderne Gladiatoren. ZEIT ONLINE hat einen von ihnen begleitet

www.zeit.de/sport

Wissen Sie, was Facebook weiß?
Das Soziale Netzwerk erlaubt sich erstaunliche Einblicke in das Leben seiner Nutzer. Ein Quiz
www.zeit.de/digital

Täglicher Newsletter
Erhalten Sie zweimal täglich eine Auswahl der wichtigsten Themen auf ZEIT ONLINE, am Wochenende einmal täglich
www.zeit.de/newsletter

ZEIT ONLINE auf Facebook
Werden Sie einer von über 81.000 Fans von ZEIT ONLINE auf Facebook und diskutieren Sie aktuelle Themen mit uns auf
www.facebook.com/zeitonline

ZEIT ONLINE twittert
Folgen Sie ZEIT ONLINE auf twitter.com, so wie schon mehr als 117.000 Follower. Sie erhalten ausgewählte Hinweise aus dem Netz auf
www.twitter.com/zeitonline



DAMALS: 24.1.2012

Herz

Politik hat den Ruf, nicht mehr zu sein als das kalte Geschäft der Macht. Es überleben allein die Härtesten und die Herzlosen. Die Politik also, das ist das Reich der Oberbösen. Doch das sind nur miese Vorurteile. Der wahre Stoff der Politik ist die brennende Leidenschaft, das unbändige, das pralle Leben. Wir sehen das immer erst dann, wenn ein Politiker dem Tod gerade noch einmal von der Schippe gesprungen ist, wie die Abgeordnete des Repräsentantenhauses der USA, Gabrielle Clifford. Ein Attentäter hatte ihr im vergangenen Jahr aus direkter Nähe in den Kopf geschossen. Clifford überlebte. Sie kehrte ins Abgeordnetenhaus zurück, um sich vorerst von der Politik zu verabschieden, bis sie wieder völlig genesen ist. Doch bevor sie ging, wurde sie noch einmal umarmt, als Beweis dafür, dass geliebt wird, wer ein heißes, lebensbejahendes Herz hat.

UL



Fotos: Hank Wilson/AFP/Getty Images (0); privat

Ich bin frei, vorerst

Nach 302 Tagen im Gefängnis in Kairo wurde ich begnadigt. Mein Verbrechen: Ich habe meine Meinung kundgetan. Dafür hat mich der Militär eingesperrt – und er herrscht noch immer VON MAIKEL NABIL SANAD

Es war der 21. Januar, als ich in einem Gefängnis in Kairo saß und die Fernsehnachrichten sah. Ich hörte den ägyptischen General Tantawi sagen, dass Gefangene »begnadigt« werden sollen. Dann fiel auch mein Name. Ich empfand keine Freude. Ich glaubte erst an meine Freilassung, als ich drei Tage später die Gefängnismauern hinter mir ließ. Nach genau 302 Tagen Haft.

Das Verbrechen, das ich begangen haben soll, ist, meine Meinung zu äußern. Ich habe Texte verfasst, in denen ich die willkürlichen Verhaftungen und die Gewalt des Militärs gegen Demonstranten kritisierte. All das stellte ich in meinem Blog online, damit es die ganze Welt lesen kann.

Das, was ich tat, ist kein Vergehen – es ist ein entscheidender Bestandteil jeder Demokratie. Ich bin glücklich darüber, frei zu sein. Aber ich werde auch in Zukunft nicht schweigen. Ich akzeptiere meine Entlassung nicht als Begnadigung, denn ich habe nichts getan, wofür ich begnadigt werden müsste.

In den ersten Tagen nach meiner Freilassung wollte ich Zeit mit meiner Familie verbringen und mit meinen Freunden, die sich für mich eingesetzt haben und die ich so vermisst habe. Aber es war mir auch ein Bedürfnis, mich mit einem Video an all jene in der ganzen Welt zu wenden, die für mich gekämpft haben.

Es geht mir gesundheitlich gut, ich habe mein altes Gewicht wieder erreicht. 80 Tage lang war ich aus Protest gegen meine Verhaftung im Hungerstreik. Eine Zeitlang trank ich Milch und Säfte, 39 Tage lang nur Wasser, und zehn Tage lang habe ich jegliches Essen und Trinken verweigert. Schließlich habe ich den Hungerstreik Ende des vergangenen Jahres beendet. Zum einen habe ich viele Briefe aus der ganzen Welt bekommen. Ich bekam Post aus Ländern, von denen ich gar nicht wusste, dass man mich dort kennt. Ein Mann zum Beispiel schrieb mir aus Südkorea. Er bat mich, wieder zu essen und nicht mein Leben aufs Spiel zu setzen.

Außerdem wurde mir im Gefängnis klar, dass es bessere Wege als den Hungerstreik gibt, um meine Freiheit zu verteidigen. Ich erfuhr, dass sich die Situation in Ägypten verändert hat und dass ich auch Unterstützer im Parlament habe. Rund 50 Parlamentsmitglieder trugen zum Beispiel im Plenum einen gelben Schal, um für meine Freiheit zu demonstrieren und gegen die Militärtribunale, von denen Zehntausende Zivilisten verurteilt wurden.

Ich werde auch in Zukunft für meine politischen Ziele eintreten. Am Samstag, kurz nach dem ersten Jahrestag der ägyptischen Revolution, war ich zum ersten Mal wieder auf dem Tahrir-Platz und an anderen Orten der Stadt, um mit den anderen Aktivisten zu demonstrieren. Ich habe mir vorgenommen, mich in den

nächsten Monaten zu engagieren, vor allem werde ich für das Verbot von Militärtribunale eintreten und gegen den Paragrafen, der die freie Meinungsäußerung zu einem Vergehen macht. Gäbe es dieses Gesetz in Ägypten nicht, wären die anderen Blogger und ich nicht im Gefängnis gelandet. In den letzten Wochen erhob das Militär zudem noch einen weiteren Vorwurf gegen Blogger und Aktivisten: Beleidigung der Religion. Ayman Jusef Mansur zum Beispiel wurde Ende Oktober zu drei Jahren Haft verurteilt wegen seiner Facebook-Seite, auf der er laut Gericht angeblich »den Islam und Gott verunglimpft«. Diese Paragrafen müssen aus dem Gesetzbuch verschwinden. Aber ich befürchte, je stärker die Islamisten im Parlament vertreten sein werden, desto schwieriger wird die Situation für uns Aktivisten werden.

Da gibt es den Fall des Telekomunternehmers Naguib Sawiris, einer der reichsten Geschäftsmänner in Ägypten. Auch er muss sich wegen Blasphemie vor Gericht verantworten. Ein islamistischer Anwalt hatte ihn angezeigt, über den Fall verhandelt ein Strafgericht in Kairo. Sawiris hat eine populäre Karikatur von Mickey Maus mit einem Bart und Minni Maus mit Gesichtsschleier über Twitter weiterverbreitet. Wenn schon ein so berühmter Geschäftsmann vor Gericht kommt, was wird dann erst mit unbekanntem Aktivisten geschehen?

Das Militär macht die Arbeit internationaler Organisationen immer schwerer, auch amerikanischer und deutscher. Ihre Büros wurden durchsucht, Unterlagen beschlagnahmt; mehrere Amerikaner werden daran gehindert, das Land zu verlassen. Das hat, wie in den Zeitungen zu lesen war, offenbar auch den amerikanischen Präsidenten Barack Obama auf den Plan gerufen, der den

General und faktischen Regierungschef Mohammed Tantawi gewarnt haben soll. Die USA sollten dringend ihre Militärhilfe für Ägypten überdenken. Während es das Militär auf Organisationen abgesehen hat, die mit finanzieller Hilfe aus dem Ausland für die Demokratie eintreten, haben die islamistischen Organisationen, die Geld von den Golfstaaten bekommen, keinerlei Probleme. Die USA sollten ihren Einfluss jetzt dringend nutzen, um die Regierungsgewalt durch das Militär schnell zu beenden. Warum sollten wir mit den Wahlen noch sechs Monate warten, wie es das Militär plant? Warum können die Präsidentschaftswahlen nicht früher stattfinden? Die Militärregierung will ihre Macht auch deshalb nicht abgeben, weil sie für Verbrechen verantwortlich ist und zu Recht fürchtet, sich vor dem Internationalen Gerichtshof verantworten zu müssen.

Ich selbst wurde im Gefängnis zwar nicht geschlagen, aber ich wurde ständig beleidigt und beschimpft. Man hat mich so weit wie möglich von den anderen Gefangenen isoliert, ich sollte mit niemandem sprechen. Wer mit mir geredet hat, wurde von den Wächtern beschimpft und eingeschüchert. Außerdem haben die Wächter mei-

nen Ruf bei den anderen Gefangenen zu zerstören versucht, indem sie ihnen gesagt haben, ich sei ein Feind der Religion und ein Spion Israels. Sie haben meine politischen Anschauungen missbraucht – ich trat stets für einen Frieden mit Israel ein und bin erklärter Atheist –, um mich bei den anderen Gefangenen schlechtzumachen. Einmal griff mich ein Gefangener tatsächlich an, ein ehemaliger Polizist, der bestraft wurde, weil er im Dienst jemanden umgebracht hatte. Da habe ich Angst bekommen. Als ich ihn später bei der Gefängnisleitung meldete, haben die Beamten für ihn Partei ergriffen und mir gesagt, wenn ich nicht den Mund hielte, würden sie mich anzeigen wegen Beleidigung des Islams.

Ich glaube, einer der Gründe, warum ich letztlich freikam, ist der Protest der UN-Menschenrechtskommission. Der internationale Druck hat das Regime verunsichert. Ich mache mir aber auch nichts vor: Von nun an wird man mit anderen Mitteln gegen mich vorgehen. Solange ich im Gefängnis saß, wusste jeder, dass das Militär dafür verantwortlich ist. Jetzt, da ich frei bin, muss

sich das Militär nicht die Hände schmutzig machen – es gibt ja die Islamisten, die gegen mich vorgehen werden.

Ich weiß, dass jene, die sich für die Meinungsfreiheit einsetzen, in Gefahr sind. Auch ich. Ich weiß, dass wir es mit Verbrechen zu tun haben, die weder Moral noch Ethik kennen und nicht nachdenken, bevor sie etwas tun. Viele, die sich für mich starkgemacht haben, leiden darunter. Einem Aktivisten wurde die Einreise nach Kairo verweigert, ein anderer wurde während einer Demonstration getötet. Die Militärverfahren gegen einige meiner Freunde sind immer noch nicht beendet. Manche haben sich deshalb entschlossen, fortzugehen. Meine Familie macht sich große Sorgen um mein Leben, mein Vater möchte am liebsten, dass ich das Land verlasse. Aber ich will Ägypten nicht verlassen. Ich werde nicht davonrennen. Ich will nicht, dass das Militär am Ende als Gewinner dasteht, weil es mich losgeworden ist.

Aufgezeichnet von ANNABEL WAHBA

MAIKEL NABIL SANAD



geboren 1985 in Assiut, Ägypten, ist seit 2006 als Blogger aktiv. Mehrfach kritisierte er den Militär. Dafür wurde er 2010 verhaftet und verurteilt

WIDERSPRUCH

Von wegen Macht

Wie in Europa die Freiheit im Netz leidet VON OLIVER SÜME

Heinrich Wefing behauptet in seinem Artikel *Hollywood ist besiegt* (ZEIT Nr. 5/12), dass vor fünf Jahren Gesetzesentwürfe wie SOPA, der Stop Online Piracy Act, und PIPA, der Protect IP Act, trotz der heftigen Proteste im Netz verabschiedet worden wären. Heute dagegen sei das Internet so mächtig, dass es solche Vorhaben stoppen kann. Doch Wefing irrt. Zwar liegen die amerikanischen Gesetzesentwürfe aktuell auf Eis, doch zur gleichen Zeit unterzeichnet die EU-Kommission ein unsinniges und gefährliches Abkommen gegen Produktpiraterie – ACTA, das Anti-Counterfeiting Trade Agreement.

In seinem Artikel beschreibt Wefing die Ängste der SOPA-Gegner vor Zensur und Eingriffen in die Meinungsfreiheit als übertriebenen Alarmismus. Tatsächlich aber sind die Regeln so vage formuliert, dass damit Einschränkungen möglich sein könnten. Das haben SOPA und PIPA mit ACTA gemeinsam – allerdings gibt es trotz massiver Proteste in Europa keine Internettiesen, die das Thema auf die Titelseiten hieven können. So haben 22 von 27 EU-Mitgliedsstaaten das Abkommen am 25. Januar unterschrieben, auch der EU-Rat hat bereits zugestimmt. Es fehlt noch die Zustimmung des Europäischen Parlaments und einiger nationaler Parlamente. Der Bundestag könnte das Gesetz für Deutschland verhindern, aber danach sieht es nicht aus.

Die Wirkung wäre fatal, denn hinter ACTA stehen genau dieselben Gedanken wie hinter SOPA und PIPA. Unternehmen der Internetwirtschaft sollen für Urheberrechtsverstöße ihrer Kunden haften. Damit aber würden die rechtlichen Risiken für viele Internetservices völlig unkalkulierbar. Um sich abzusichern, müssten Unternehmen die komplette Kommunikation ihrer Kunden vollständig überwachen und jedes Vergehen bestrafen – und zwar ohne rechtsstaatliches Verfahren.

Wir befinden uns also weiterhin auf einem gefährlichen Pfad: weg von der Rechtsstaatlichkeit, hin zu Zensur, Überwachung und Strafen ohne gerichtliche Verfahren. Es wäre zwar sehr zu wünschen, Heinrich Wefing würde recht behalten und die Stimme der Bürger Europas, artikuliert im Netz, könnte etwas gegen die geplanten Maßnahmen bewirken. Die Realität sieht wohl anders aus. Leider haben die Internetnutzer noch immer nicht die Macht, fatale EU-Entscheidungen zu korrigieren.

Oliver Süme, 42, ist im Vorstand für Politik, Recht und Regulierung bei eco – Verband der deutschen Internetwirtschaft

Jede Woche erscheint an dieser Stelle ein »Widerspruch« gegen einen Artikel aus dem politischen Ressort der ZEIT, verfasst von einem Redakteur, einem Politiker – oder einem ZEIT-Leser. Wer widersprechen will, schickt seine Replik (maximal 2000 Zeichen) an widerspruch@zeit.de Die Redaktion behält sich Auswahl und Kürzungen vor

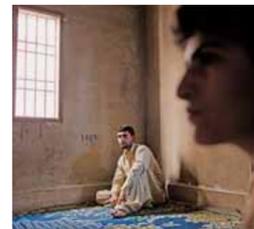


Foto: Stanislav Krupar

Elf pakistanische Fischer gerieten in die Hände somalischer Piraten, nach acht Monaten kamen sie frei. Unser Reporter begleitete sie auf dem Weg nach Hause

Der Schweizer Urs Fischer begeistert mit überdimensionalen Objekten die Kunstwelt. Wir trafen ihn in seinem Atelier

Der Wunsch nach Unabhängigkeit – Monica Liehhaus träumt



Foto: Stefan Schomann

Das Ritual des Fischkaufs
Ein kulinarischer Rundgang durch das Viertel Bairro Alto im Herzen von Lissabon: Stefan Schomann hat den aufstrebenden Spitzenkoch Vasco Lello und Chef des Hotels Flores über den Fischmarkt begleitet
www.zeit.de/reise

Die so gekennzeichneten Artikel finden Sie als Audiodatei im »Premiumbereich« von ZEIT ONLINE unter www.zeit.de/audio

Anzeigen in dieser Ausgabe
Link-Tipps (Seite 26), Spielpläne (Seite 37), Museen und Galerien (Seite 51), Bildungsangebote und Stellenmarkt (ab Seite 67)

Früher informiert!
Die aktuellen Themen der ZEIT schon am Mittwoch im ZEIT-Brief, dem kostenlosen Newsletter www.zeit.de/brief



Foto: Maurice Weiss/Ostkreuz für DZ (M. Monrose von Sam Shaw)

ZEITnah

»Das gibt's alles«

Wer in Berlin wichtig ist, verabredet sich zum Frühstück im Café Einstein. Ein solches »Power-Breakfast« beginnt um 7.30 Uhr und endet Schlag 8.15 Uhr, notfalls um 8.18 Uhr, wenn es extra wichtig ist. Das war's. ZEIT-Autor Moritz von Uslar fragte den CDU-Politiker Philipp Mißfelder nach seinem Urteil über den Film »Zettl«: Geht es in Berlin so zu wie in Dietls Persiflage des Politikbetriebs? Mißfelder erlaubte sich selbst ein Gran Satire, als er auf Kollegen der FDP am Nebentisch deutete: »Die müssen jetzt noch ein bisschen früher aufstehen.« FEUILLETON SEITE 53



Foto: Nadine Rupp/Getty Images; Enrico Nawrath (li.)

Papa Gaga

VON ANNA MAROHN

Eigentlich wollte Troy Carter Rapper werden. Weil andere besser singen konnten, wechselte er die Seiten. Jetzt versteht er als Manager des Superstars Lady Gaga, die neuen Medien besonders erfolgreich einzusetzen WIRTSCHAFT SEITE 30



»Wir verstehen uns gut«

VON CHRISTINE LEMKE-MATWEY UND CLAUS SPAHN

Bei den Bayreuther Festspielen geht es drunter und drüber. Die Festspielleiterinnen Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier kämpfen mit schwierigen Probenbedingungen, einem maroden Gebäude und Ticketproblemen FEUILLETON S. 41

POLITIK

- 2 **Politik als Beruf** Was Max Weber heute einem Politiker raten würde VON IJOMA MANGOLD
- 3 **Frankreich** Nach der Wahl wollen die Sozialisten andere Regeln für Europa VON GERO VON RANDOW
- 4 **Kapitalismus** Warum profitiert die Linke nicht von der Krise? Ein Gespräch mit Oskar Lafontaine
- 5 **Piraten** Der Krampf mit der Transparenz VON DAGMAR ROSENFELD
- 6 **NS-Verbrechen** Deutschland drückt sich davor, Nazi-Opfer zu entschädigen VON ANDREA BÖHM, PHILIPP MAUSSHARDT UND MICHAEL THUMANN
- 7 **Terrorismus** Sebastian Edathy, der Leiter des Neonazi-Untersuchungsausschusses VON ÖZLEM TOPÇU
- 8 **Ungarn** Bleibt das Land eine Demokratie? Ein Gespräch mit dem Außenminister
- 9 **Iran** Der Ölboykott soll die Hardliner bremsen – und stärkt sie womöglich VON ULRICH LADURNER
- 10 **Syrien** Die dramatische Flucht eines Abgeordneten VON WOLFGANG BAUER
- 11 **Zeitgeist** VON JOSEF JOFFE
- 12 **Jugendhilfe** Tödliche Ideologie VON SUSANNE GASCHKE
- 13 **Ägypten** Zehn Monate in Haft – ein Blogger erzählt VON MAIKEL NABIL SANAD
- 14 **Widerspruch** Die EU schränkt die Freiheit im Netz ein VON OLIVER SÜME

DOSSIER

- 13 **Ägypten** Was hat die Revolution den Frauen gebracht? VON JULIA GERLACH UND MICHAEL THUMANN
- 16 **WOCHENSCHAU**
Solarstrom Bauern bauen Dächer ohne Häuser VON GEORG ETSCHKE
Fleisch Nur noch Tiere essen, die man kennt? VON JENNI ROTH
Protest Occupy besetzt Häuser in New York VON CLAUDIA STEINBERG

GESCHICHTE

- 17 **Russland** Schikanen gegen Historiker VON JOHANNES VOSWINKEL
- 18 **Die Kraft aus der Luft** Eine kurze Geschichte der Windenergie VON MANFRED KRIENER

WIRTSCHAFT

- 19 **Krankenversicherung** Das Ende der Klassenmedizin VON ELISABETH NIEJAHR
Wie versichert man sich am besten? VON KATJA SCHERER
- 20 **Großbritannien** Die Probleme des Gesundheitssystems VON JOHN F. JUNGCLAUSSEN
- 21 **Euro** Versteht man in Berlin die Finanzkrise nicht? Die Kritik der Angelsachsen VON MARK SCHIERITZ
- 22 **USA** Digitale Aufrüstung VON ULRICH HOTTELET

- 23 **Banken** Wie die Lobby in Brüssel Stimmung gegen neue Gesetze macht VON CLAAS TATJE
- 26 **Schweiz** Steuerschlupflöcher für Vermögende aus Deutschland VON RUDOLF STRAHM
- 27 **Russland** Computerhacken als Geschäftsmodell VON JOHANNES VOSWINKEL
- 28 **Wurstanleihe** In unsicheren Zeiten setzen Anleger auf Handfestes VON SOPHIE CROCOLL
- 29 **Geld und Leben** Sind wir Hamster oder Eichhörnchen? VON CHRISTIAN TENBROCK
- 30 **Demografie** Die Kolumne von Peer Steinbrück
- 31 **Fiskalpakt** Gut gemacht, Politiker! VON MATTHIAS KRUPA
- 32 **Was bewegt ...** Troy Carter, den Manager von Lady Gaga? VON ANNA MAROHN

WISSEN

- 33 **Polarforschung** Zu Besuch bei deutschen Antarktisforschern VON ALINA SCHADWINKEL
- 34 **Medizin** Die Finanzkrise bedroht dauerhafte Projekte gegen Aids und Malaria VON HARRO ALBRECHT
- 35 **Energie** Ein Schwarm aus Mini-Kraftwerken soll Strom erzeugen VON DIRK ASENDORFF
- 36 **Psychiatrie** In der Sexualmedizin fehlen Gutachter und Therapeuten VON SABINE RÜCKERT
- 37 **Grafik** Wie die Wertstoffe aus dem gelben Sack sortiert werden
- 38 **Zoologie** Der Juchtenkäfer gehört nicht nach Stuttgart VON HANS SCHUH
- 39 **KINDERZEIT**
Familie Feuerstein So lebten Kinder in der Steinzeit VON URS WILLMANN
- 40 **Kinderkrimis** »Der Hund der Baskervilles« VON JENNY GASCHKE
Zum (Vor-)Lesen »Heimliches im Hinterhof« – Folge 13 VON ANTONIA MICHAELIS

FEUILLETON

- 41 **Bayreuth** Die Wagner-Schwester kämpfen um die Festspiele VON CHRISTINE LEMKE-MATWEY UND CLAUS SPAHN
- 42 **Bismarck** Ein Tondokument des Reichskanzlers ist aufgetaucht VON BENEDIKT ERENZ
Gedicht Günter Grass über seinen verstorbenen Lektor Helmut Frielinghaus
- 43 **Arabische Revolution** Eine Begegnung mit dem ägyptischen Schauspieler Omar El-Sharif VON RONALD DÜKER
- 44 **Kunst** Claes-Oldenburgeretrospektive in Wien VON HANNO RAUTERBERG
- 45 **Roman** Jennifer Egan »Der größere Teil der Welt« VON SUSANNE MAYER
- 46 **Sachbuch** Amitai Etzioni »Vom Empire zur Gemeinschaft« VON THOMAS MEYER

- 46 **Krimi** Nicci French »Blauer Montag« VON TOBIAS GOHLIS
- 47 **Roman** Charles Dickens »Große Erwartungen« VON URSULA MÄRZ
Biografie Hans-Dieter Gelfert »Charles Dickens, der Unnachahmliche« VON URSULA MÄRZ
- 48 **Welttheater** Die Klassiker »Hamlet« und »Der Menschenfeind« fordern uns heraus VON BENJAMIN KORN
- 49 **Kunstmarkt** Versteigerung der Hubertus-Wald-Sammlung in London VON MAXIMILIAN PROBST
- 50 **Museumsführer** Das Kunstmuseum Picasso in Münster VON SVEN BEHRISCH
- 51 **Kino** Ein Spionagethriller nach John le Carré VON KILIAN TROTIER
- 52 **Berliner Szene** Wie die Dietl-Welt wirklich ist VON MORITZ VON USLAR
- 53 **GLAUBEN & ZWEIFELN**
Katholiken Ein Gespräch mit Kardinal Reinhard Marx über das Verhältnis der Kirche zur Welt

REISEN

- 54 **Finnland** Wer Nordlichter sehen will, hat 2012 gute Chancen VON BURKHARD STRASSMANN
- 55 **Blickfang** »La Dolce Vita«
- 56 **Asien** Ein Gespräch mit dem Fotografen Peter Bialobrzeski über Mega-Cities und richtiges Reisen
- 57 **Snowkiten** Ein Selbstversuch im Engadin VON JULIUS SCHOPHOFF
- 58 **Kreuzfahrt** Andreas Lukoschik hat ein Bord-Abc geschrieben
Frisch vom Markt

CHANCEN

- 59 **SPEZIAL:**
Privatschulen & Internet
Wiedersehen Eine ehemalige Schülerin redet mit ihrem Rektor über das Leben im Internat
Missbrauch Wie geht es weiter mit der Reformpädagogik? VON JEANNETTE OTTO
- 60 **Schulgründung** Was sie so schwer macht VON SEBASTIAN KRETT
- 61 **Europäische Schulen** Nicht mehr nur für die Kinder von EU-Beamten VON BERNHARD LILL
- 62 **Sport** Ein Besuch im Freiburger Fußballinternat VON STEPHAN BARTELS
- 63 **Privatschulen in Zahlen**
- 64 **Beruf** Werbeagenturen müssen um Nachwuchstalente werben VON ANNE PASSOW
- 65 **ZEIT DER LESER**

RUBRIKEN

- 2 **Worte der Woche**
- 22 **Macher und Märkte**
- 36 **Stimmt's?/Erforscht & erfunden**
- 46 **Die ZEIT-Krimi-Bestenliste**
- 47 **Impressum**
- 53 **Das Letzte/Wörterbericht**
- 81 **LESERBRIEFE**



Am 17. Dezember vergangenen Jahres prügeln ägyptische Soldaten auf dem Tahrir-Platz in Kairo brutal auf eine Demonstrantin ein

Die Revolution frisst ihre Frauen

Dieses Bild ging um die Welt: In Kairo liegt eine junge Demonstrantin wehrlos am Boden, während Soldaten sie treten und ihr die Kleider vom Oberkörper reißen, bis auf ihren blauen BH. Wer ist diese Frau? Wer sind die mutigen Mädchen vom Tahrir-Platz – und haben sie eine Chance im neuen Ägypten? VON JULIA GERLACH UND MICHAEL THUMANN

Mit bloßem Rücken liegt sie auf dem Asphalt des Tahrir-Platzes. Knüppel gehen auf sie nieder. Sie krümmt sich unter den Schlägen der Soldaten. Mit dem Bein wehrt sie sich und versucht, die Polizeistöcke von ihrem Körper fernzuhalten. Bis ihr ein Militärpolizist mit dem Stiefel ins Gesicht tritt. Dann ziehen sie ihr den langen schwarzen Umhang ganz über den Kopf. Reißt ihn Unterhemd hoch, allein den blauen Büstenhalter lassen sie ihr noch. Ein Mann stellt sich breitbeinig über sie und springt ihr auf die Brüste. Der Kopf kippt ins Genick. Ihr Körper schlägt auf den Asphalt. Ein Militärpolizist deckt sie mit ihrem Gewand zu, als wäre sie tot.

Eine Minute und 24 Sekunden dauert diese Szene, verbreitet auf Tausenden Facebook-Seiten, hunderttausendfach angeklickt auf YouTube, gedruckt auf Titelseiten in aller Welt. Es ist das erschütternde Bild von Courage und Elend der ägyptischen Revolution: die öffentlich gefolterte Frau – geschändet nicht vom alten Mubarak-Regime, sondern von den Milizen der neuen Militärregierung. Längst ist das »Mädchen mit dem blauen BH« in Ägypten zu einer Ikone geworden – wegen ihres Mutes, sagen die einen. Wegen ihrer Verkommenheit, sagen die anderen.

Sechs Wochen nach der Tat, an einem Morgen Ende Januar dieses Jahres, sitzt die junge Aktivistin Hadir Faruk an einem Tisch in Kairo und spielt die brutale Szene auf ihrem Laptop ab, wieder und wieder, als könne sie das Geschehene immer noch nicht glauben. Hadir stand damals, am 17. Dezember 2011, nicht weit von dem Mädchen auf dem Tahrir-Platz. Hadir Faruk nennt sie Schaima. Nur wenige Stunden, bevor die Situation endgültig eskalierte, rückten sie zusammen. »Schaima

Niemand weiß, ob das Mädchen mit dem blauen BH noch lebt. In Kairo kursieren mehrere Namen von ihr: Arwa soll sie heißen oder Schaima

Jahrestag der Revolution in der vergangenen Woche standen wieder Tausende Frauen auf dem Tahrir-Platz und riefen nach Freiheit. Tausende riefen im Internet zum Widerstand auf. Doch für viele Kommentatoren im Westen haben die Frauen die Revolution längst verloren: 98 Prozent der Abgeordneten im neu gewählten Parlament sind Männer, nur zwei Prozent Frauen. Die Muslimbrüder stellen die mächtigste Fraktion im Parlament, Islamisten dominieren die Debatten und Polizisten die Straßen. Die Schläger vom Tahrir stehen nicht vor Gericht. Das Mädchen mit dem blauen BH ist spurlos verschwunden, und niemand auf der Welt weiß, ob sie überhaupt noch lebt. In Kairo kursieren mehrere Namen von ihr. Aber wer ist sie? Und was bedeutet ihr Verschwinden? Ist ihr Leiden auch das Ende des weiblichen Aufstands?

Die Spurensuche in Kairo beginnt mit Hadir Faruk, der Aktivistin, die behauptet, das Mädchen mit dem blauen BH zu kennen. Schaima sei eine Kämpferin wie sie, sagt Hadir. Sie steht im alten Gebäude der sozialistischen Tagammu-Partei, wo sie häufig an Diskussionsrunden teilnimmt. Galerien und Veranden, Flaggen als Saalschmuck, Holzdielen, Zigarettenrauch. Ältere Männer stehen um die 32-jährige Hadir herum, drängen sie zur Seite und reden viel. Es sind Sozialisten, die nicht ganz verstehen können, warum sich die ausländischen Reporter nun so sehr für die kleine Frau mit dem schwarzen Kopftuch interessieren – und nicht für ihren ewigen Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit. Da beginnt sie schon, die Geschlechterkonkurrenz. Hadir entscheidet sie heute problemlos für sich. Die Informatikerin und Mutter von drei Kindern redet klar, knapp und entschieden. Anders als die weisheitsvollen Altsocialisten.

Doch man muss diese Konkurrenz, die ständige Bevormundung in Ägypten kennen, um zu begreifen, warum es in dieser Revolution der Frauen auch geht. Die große Gängelung durch das Mubarak-Regime wurde viele Jahre begleitet durch die kleine alltägliche Belehrung der Frauen durch die Männer. Hadir Faruk gehört mit ihren 32 Jahren zu der Generation Frauen, denen die Eltern wenig erlauben und viel vorschreiben. »Und die Jungs durften immer alles!« Sie läuft heute noch rot an vor Zorn, wenn sie darüber spricht. Sie erinnert sich noch genau an eine Feier im Kindergarten. Sie wollte tanzen. Da stand ein jüngerer Cousin auf und schimpfte: »Du darfst das nicht!« Sie setzte sich wieder hin, dann tanzte er selbst. Die Erwachsenen schauten zu und fanden das in Ordnung.

»Diese Erfahrungen haben mich stark und stur gemacht«, sagt Hadir Faruk. Im Leben gehe es jetzt darum, sich nicht kleinkriegen zu lassen. Vor allem nicht vom Militär, das versuche, die Frauen von der Straße zu jagen. Sie gehörte zu den Ersten, die vor einem Jahr gegen Mubarak demonstrierten. Als die Aufstände losgingen, suchte sie sich einen Babysitter für die Kinder. Am nächsten Tag stand sie in Tränengaswolken. Es wurde ein hartes Jahr für ihre Familie. Ihr Mann, ein Ingenieur, kämpfte bei der eher liberalen »Bewegung des 6. April« gegen das Regime. Sie selbst bei den Linken. Man sah sich auf dem Tahrir-Platz. Die Ehe ging im vergangenen September in die Brüche, die Kinder kamen zur Großmutter. Doch Hadir Faruk sagt: »So eine Chance erhältst du nur einmal im Leben.«

So scheint es – und doch haben Frauenaufstände in Ägypten eine gewisse Tradition. Das mussten die britischen Kolonialherren erfahren, als die Ägypter im Frühjahr 1919 gegen sie aufstanden. National gesinnte Frauen zogen in Massenmärschen durch die Straßen ägyptischer Städte, gehüllt in schwarze Mäntel und verumhüllt mit weißen Tüchern, damit man sie nicht erkannte. In der Revolution von 1919 spielten Frauen und die ersten Feministen eine sichtbare Rolle. Für die Briten war das nicht minder unangenehm als für das ägyptische Militär heute: Wer Frauen öffentlich schlägt, löst mehr Empörung aus, als wenn er Männern Gewalt antut. Auch in den fünfziger Jahren, nach dem Putsch gegen König Faruk, gingen Frauen auf die Straße. Damals forderten sie Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit. Nawal al-Saadawi, die bekannte ägyptische Feministin, sagt: »Wir entlarvten die Verflechtung von Patriarchat und Kapitalismus.« Die junge Sozialistin Hadir Faruk meint: »Auf Arabisch ist die Revolution weiblich!«

Das haben die Militärpolizisten auf dem Tahrir-Platz begriffen. Für sie sind Frauen wie Hadir Faruk die gefährlichsten Gegner. An demselben Dezemberabend, an dem das Mädchen mit dem blauen BH verprügelt wurde, nahm ein Offizier Hadir Faruk fest. Sie wurde ins leer stehende Parlamentsgebäude geschleppt, dorthin, wo die frei gewählten Abgeordneten Ägyptens vorige Woche ihre erste Sitzung zelebrierten. »Ich hielt meine Hose fest, dann bekam ich Schläge an den Kopf«, sagt sie. Soldaten schoben sie durch einen langen, engen Flur voller Menschen, laut, stinkend, ohne Luft zum Atmen. »Ich war wahnsinnig vor Angst«, sagt Hadir Faruk, »und sehr wach.« Sie sah die Mädchen mit den verbundenen Augen, die auf dem Boden kauerten, den Jungen, der in einem Seitenraum mit einem Stock gequält wurde, Erbrochenes auf dem Boden vor ihm. Am Ende des Korridors wurde sie in einen Raum

gedrängt, ein Polizist mit einer Eisenstange stand vor ihr, die Tür ging zu. »Rache stand in seinem Gesicht geschrieben«, sagt Hadir Faruk. Er schlug zu, minutenlang. Sie schrie und wehrte sich mit bloßen Armen. Später im Krankenhaus erfuhr sie von den Ärzten, dass der Polizist ihren Unterarmknochen komplett zertrümmert hatte.

Etwa zur selben Zeit krümmte sich das Mädchen mit dem blauen BH auf dem Tahrir-Platz. Als eine Frau in einem roten Pullover, eine Ärztin, ihr zu Hilfe eilte, wurde auch sie getreten, geschlagen, misshandelt. Videos, die im Internet kursieren, dokumentieren das. Kein Staatsanwalt hat jemals nach den Tätern gesucht. Niemand wurde jemals für diese Tat bestraft.

Inzwischen sind die Spuren auf dem Tahrir-Platz und im Parlament längst verwischt. Vor der ersten Sitzung der neuen Abgeordneten zogen die Putzkolonnen durch den Plenarsaal. Auf dem Tahrir-Platz deutet nichts mehr auf die Folterstätte des unbekanntes Mädchens hin, keine Blumen, kein Schild. Irgendwo auf der Fahrbahn zwischen dem Ägyptischen Museum und dem Gebäude der Arabischen Liga muss das Mädchen gelegen haben, dort, wo täglich Tausende Autos entlangrollen.

Der Wind treibt Müll über den Platz, die Luft riecht nach verbleitem Benzin, nach Popcorn und Süßkartoffeln, die hier neben ägyptischen Flaggen und Revolutions-Tand verkauft werden. Laut ist es, sehr laut. Nur von dem Mädchen, das die Aktivistin Hadir Faruk Schaima nennt, hat man keinen Ton mehr gehört. Lebt das Mädchen noch? Hat es sich versteckt? Ist es verhaftet worden? Hadir Faruk weiß es nicht.

Fragt man bei ägyptischen Frauenorganisationen nach, leiten diese einen weiter an andere Aktivistinnen, an Mädchen, die erklären, mit ihr studiert zu haben. Über Handy verabreden wir uns mit diesen Frauen in Kairo. Einige glauben, sie zu kennen, vom Tahrir-Platz, von den gemeinsamen Demonstrationen. Wo sie jetzt ist? Schulterzucken. Ob sie ihren Verletzungen erlegen sei? Die meisten schütteln den Kopf. Auch in den Krankenhäusern ergibt sich keine Spur. Hätte man die junge Frau verhaftet, heißt es, hätte man etwas von ihren Angehörigen gehört, von Freunden. Andererseits: Das ägyptische Militär und die Justiz veröffentlichen keine Zahlen von Inhaftierten, nennen auch keine Namen. Die Aktivistinnen jedoch meinen: Wäre sie gestorben – längst wäre sie eine weltbekannte Märtyrerin! Wo auch immer sie ist: Das Mädchen, das vielleicht Schaima heißt, schweigt.

Hadir Faruk aber macht Lärm. Sie hat die Staatsanwaltschaft mobilisiert gegen den Soldaten, der sie misshandelte, gegen das Krankenhaus wegen des Pfluschs an ihrem Arm, gegen den Militärarzt, gegen den ägyptischen Staat. Auch wenn Frauenorganisationen ihr zur Seite stehen, erfordert das großen Mut. Hadir Faruk sucht die Öffentlichkeit, sie greift an und macht sich angreifbar. Ihre Widersacher sind zahlreich und mächtig.

Die Gegner der Frauenrevolution kommen aus dem Militär und aus dem rechten islamistischen Lager, vor allem aber sind sie auf der Straße zu finden: als normale ägyptische Bürger, zum Beispiel im Kairoer Mittelklasse-Stadtteil Abbassia. Eine Straßenkreuzung in der Nähe des Sitzes der Militärregierung ist zum Treffpunkt des anderen, antirevolutionären Ägypten geworden. Frauen wie Hadir Faruk und die Demonstranten vom Tahrir-Platz werden hier nicht gerne gesehen. Umm Ahmed, die »Mutter von Ahmed«, die ihren bürgerlichen Namen nicht nennt, schiebt die Schuld für die Prügelorgien des Militärs auf die aufständigen Frauen. Und das Mädchen mit dem blauen BH, auf das eingetreten wurde, obwohl es wehrlos am Boden lag? »Wenn die sich anständig angezogen hätte, wäre das nie passiert.« Umm Ahmed selbst geht nur mit Kopftuch und langem Mantel auf die Straße. »Wer trägt denn bitte schön nur einen BH unter dem

Gewand?«, fragt sie und zupft an ihrem Ausschnitt: »So gehört sich das!« Ein Strickpulli kommt zum Vorschein. »Und was hat dieses Mädchen überhaupt auf dem Tahrir-Platz verloren?« Umm Ahmed spuckt die Worte voller Verachtung aus. Die Umstehenden nicken. Das Mädchen mit dem blauen BH, das wie keine andere Frau für die Brutalität des Militärregimes steht, wird hier in Abbassia ganz anders gesehen. Die konservative stille Mehrheit fühlt sich von ihr und den Demonstranten bedroht: Diese Bürger sehen ihre gute alte Ordnung, ihr Land in Gefahr.

Die meisten Ägypter standen der revoltierenden Jugend von Anfang an skeptisch gegenüber. Das änderte sich nur kurzzeitig, als Mubarak im Februar 2011 gestürzt wurde und sich die Welt anerkennend über Ägyptens Jugend äußerte. Da feierte auch die konservative Mehrheit »ihre« Helden. Als die Aktivistinnen jedoch begannen, das Militär zu kritisieren, war es damit vorbei. Die Konservativen sehnten sich nach Stabilität. Und die versprachen ihnen das Militär. Die Aufrechterhaltung des Anstands in der Familie und der Aufbruch der Frauen, das sind in den Augen der Konservativen

Viele Ägypter schieben dem Opfer selbst die Schuld an der Gewaltorgie zu. Sie sagen: »Wenn die sich anständig angezogen hätte, wäre das nie passiert.«



Hadir Faruks Unterarm wurde zertrümmert, als Soldaten auf die Aktivistin einschlugen

Fortsetzung von S. 13

unvereinbare Dinge. Besonders empörten sie sich darüber, dass die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz übernachteten. Aktivistinnen neben Aktivistinnen. Da sei ja alles möglich gewesen!

»Anständige Leute würden die Revolution sowieso tagsüber machen. Dann würden die Mädchen gar nicht auf die Idee kommen, draußen zu schlafen«, sagt Mustapha Abdel Wardith. Er ist Kulturredakteur bei der staatlichen Zeitung *Al-Ahram*, die vor der Revolution ein Sprachrohr des Regimes von Hosni Mubarak war. Auch Wardith steht in der aufgebrachten Menge an der Kreuzung in Abbassia. Der Journalist empört sich darüber, dass die Aktivistinnen die Wahrheit über das Mädchen mit dem blauen BH verdrehen würden. »Ich habe gehört, dass es in Wirklichkeit das Mädchen war, das die Soldaten angriff. Dass sie dann wegrannte, stolperte und ein paar ihrer Freunde ihr den Mantel aufrissen, als sie sie über den Asphalt wegziehen wollten. Die Soldaten kamen ihr nur zu Hilfe, sie wollten ihre Blöße bedecken. Es ist schlimm, wie die Wahrheit manipuliert wird«, sagt er. Hat er das Video des Vorfalls auf YouTube nicht gesehen? »Habe ich nicht«, sagt Wardith. Aber er sei sich trotzdem sicher.

So wie Wardith denken viele Ägypter: Das Mädchen ist schuld. Das Militär ist unschuldig. Man weigert sich, das Video anzuschauen. Denn wer könnte dann noch glauben, was er so gerne glauben will?

Von dieser öffentlichen Ignoranz profitiert vor allem die Armee. Ägyptens faktischer Herrscher, Feldmarschall Mohammed Tantawi, tut alles, um die Legende vom unschuldigen Soldaten zu erhärten. Vor wenigen Wochen besuchte ihn der ehemalige US-Präsident Jimmy Carter und fragte den Oberbefehlshaber, was die Soldaten mit dem Mädchen mit dem blauen BH gemacht hätten. Danach fasste Carter sein Gespräch mit Tantawi so zusammen: »Er sagte mir, dass die kursierenden Videos, die Militärs bei Angriffen auf Demonstranten und auch auf das Mädchen mit dem blauen BH zeigen, alle gefälscht seien. Er sagte, dass die Soldaten im Gegenteil der Frau geholfen hätten, sich wieder zu bekleiden und aus der provokativen Aufmachung herauszukommen.«

Es ist eine aberwitzige Erklärung angesichts von Aufnahmen, die Journalisten und Politiker weltweit als authentisch ansehen. Doch die Gegner des Frauenaufstands greifen sie dankbar auf. Sie hilft hinweg über die verstörenden Fernsehbilder von Polizeiwagen, die absichtlich Demonstranten überfahren. Über die Aufnahmen von Soldaten, die auf christliche Kopten Jagd machen. Die Frauen mit Knüppeln und

Eisenstangen schlagen. Die mit Pistolen wahllos in die Menge schießen. Journalisten der militärtruen Medien fragen dann: »War die amerikanische Polizei etwa besser, als sie die Occupy-Wall-Street-Demonstrationen auflöste?« Die beliebteste Erklärung aber ist: Die Militärpolizei sei nur gegen »Schlägerbanden« vorgegangen. Die implizite Botschaft: »Dann traf die Gewalt ja die Richtigen!«

Was Demonstranten öffentlich berichten, passt nicht im Geringsten zur Legendenbildung des Militärs. Zwei junge Frauen mit Kopftuch gaben Mitte März vergangenen Jahres eine Pressekonferenz und erzählten, was ihnen nach ihrer Verhaftung wenige Tage zuvor passiert sei. Ein Armeemitglied im Arztkittel habe seinen Finger in ihre Scheide gesteckt, um zu prüfen, ob sie noch Jungfrauen seien. Der Militärführung gelang es zunächst noch, die jungen Frauen als Lügnerinnen darzustellen, doch der »Jungfräulichkeitstest« verfolgte die Generäle. Zwei Monate später erzählte ein Offizier der CNN-Reporterin Schahira Amin, dass es solche Tests tatsächlich gegeben habe. »Sie müssen verstehen, diese Mädchen sind nicht so wie Ihre Töchter oder meine. Die haben mit Männern übernachtet«, zitierte ihn Amin. Sind die neuen Herrscher so brutal wie das alte Regime? Im Chaos der Schlachten und Frauenproteste auf dem Tahrir-Platz, in der sich verschärfenden Wirtschaftskrise wollen viele konservative Ägypter wenigstens das gute Bild der Armee bewahren, ein Überbleibsel der alten Ordnung. Voller Hass sehen sie auf die Aktivistinnen, die ihre Illusionen zerstören. Ein Opfer der Jungfräulichkeitstests, Samira Ibrahim, traute sich als erste Frau und reichte Klage gegen das Militär ein. Das Verwaltungsgericht hat ihr recht gegeben. Jetzt liegt der Fall beim Militärgericht und wurde sogar

HADIR FARUK

» Wir Frauen standen in vorderster Front gegen die Soldaten. Die sogenannten Retter Ägyptens quälten die Ägypterinnen «

angenommen. Die Veröffentlichung hat die Armeeführung gezwungen, die Sache ernst zu nehmen. Das ermutigt andere Frauen, ebenfalls zu klagen.

Doch wie kam man eigentlich auf die Idee mit den Jungfräulichkeitstests? Magda al-Adly vom Kairoer Nadeem-Zentrum, das Opfern von Gewalt hilft, erkennt darin die krause Logik konservativer Ägypter: »Die Soldaten haben wie viele Bürger gedacht, die Frauen seien nicht aus politischen Gründen auf dem Tahrir, sondern wegen der Männer, mit denen sie geschlafen hätten. Was machen junge Frauen auch sonst, wenn sie nicht unter Aufsicht ihrer Eltern stehen?«, fragt sie sarkastisch. Wer so denke, fürchte dann wohl auch, dass die Mädchen nach der Verhaftung behaupten könnten, sie seien von den Offizieren vergewaltigt worden. »Ein General mit diesem Weltbild kann also durchaus auf die Idee kommen, zu prüfen, ob

die Frauen bei der Verhaftung noch Jungfrauen sind«, sagt Al-Adly. Schließlich gelte es, den »guten Ruf der Armee« zu schützen.

Doch um Selbstschutz allein geht es nicht. *Al-tacharusch al-ginsi* – sexuelle Belästigung – wird in Ägypten schon seit Jahrzehnten eingesetzt, um Oppositionelle, selbstbewusste Frauen und alle, die dem Staat nicht gefallen, einzuschüchtern. Auch auf den Straßen ist Gewalt gegen Frauen fast alltäglich. Einer Umfrage der Menschenrechtsorganisation Egyptian Center for Women's Rights zufolge wurden 83 Prozent aller Ägypterinnen bereits Opfer sexueller Übergriffe. Meist sind die Täter Männer aus ärmeren Schichten, die ihren Frust ablassen; am liebsten an Mädchen der besseren Schichten. Der angekelte Ausdruck auf dem Gesicht ihres Opfers ist ihr Triumph. Die Polizei und das Militär machen Politik daraus. Zivilpolizisten mischen sich oft unter die Demonstranten auf dem Tahrir-Platz, fassen Frauen im Gewühl in die Hose oder reißen ihnen die Kleider weg. Das Ziel: Frauen sollen bei ihrem Mann oder ihren Eltern bleiben, sie sollen aus dem öffentlichen Raum verschwinden, keine Politik machen. Viele Familien halten sich daran, allein um ihre Töchter vor Polizeigewalt und zugleich die Ehre der Väter zu schützen: Revolution? Ist doch unmoralisch!

Das extrem konservative Frauenbild der meisten Ägypter – und dazu gehören auch die Generäle – hat seine Wurzeln in den Traditionen des Landes. Gefüttert wird es allerdings auch von religiöser Seite. Hier spielen vor allem die Salafisten eine Rolle, die den Koran und dessen Vorschriften besonders streng auslegen: Die Frau ist dem Mann untertan. Rund um die Uhr beraten salafistische Prediger im Satelliten-TV Gläubige in Ehe- und Familienfragen. Schon das alte Regime von Hosni Mubarak gab ihnen Sendeizenzen und förderte sie, denn seiner Ansicht nach kümmerten sie sich nur ums Private. Die Salafisten predigten, dass ein ungerechter Herrscher dem Chaos der Revolution vorzuziehen sei.

Nun, nach Mubaraks Sturz, gründeten die Salafisten plötzlich politische Parteien – und mussten aufgrund des Wahlgesetzes sogar Kandidatinnen aufstellen. Das war ein großes Problem, denn manche salafistische Prediger verbieten es, das Gesicht von Frauen in der Öffentlichkeit zu zeigen. Der Sprecher der salafistischen »Partei des Lichts« erklärt, wie man das Problem löste: »Wir haben es unseren Kandidatinnen freigestellt, ob sie ihr Gesicht auf dem Wahlplakat zeigen oder es lieber durch eine Blume oder ein Bild ihres Ehemanns ersetzen wollen.« Die meisten Kandidatinnen entschieden sich für eine Rose. Mit fast 22 Prozent der Sitze wird die »Partei des Lichts« im neuen Parlament eine wichtige Rolle spielen – im Gegensatz zum weiblichen Geschlecht. Im neuen Abgeordnetenhaus sitzen mit zwölf Frauen noch weniger Parlamentarierinnen als unter Mubarak. Keine der salafistischen Kandidatinnen hat es ins Parlament geschafft. Der Sprecher der »Partei des

Lichts« vermisst sie nicht: »Frauen in der Politik sind doch ein Minderheitenthema. Die ägyptischen Frauen haben ganz andere Probleme, sie brauchen bessere Bildung, Jobs und eine funktionierende Gesundheitsversorgung.«

Gelingt es den Gegnern der Erhebung, die Frauen zu entmutigen? Ist die Revolution nicht mehr weiblich?

Für Salafisten und konservative Generäle ist Hebba Kotb eine Provokation. Allein die Erwähnung ihres Namens lässt viele Ägypter erröten. Die 44-Jährige mit dem beigefarbenen Kopftuch ist Ägyptens erste Sex-Talkerin und spricht im Fernsehen live über Masturbation, Orgasmus und Islam. Als Ärztin und promovierte Sexologin, als gläubige Muslimin. Sie will die Tradition aufbrechen, die Frauen auf Haus, Kinder und Pflichterfüllung gegenüber dem Ehemann reduziert. Im Revolutionsjahr 2011 habe sich einiges getan im Verhältnis der Geschlechter, sagt sie. »Männer interessieren sich mehr für die Bedürfnisse der Frauen«, sagt sie. Das liegt auch daran, dass Männer gesehen hätten, wie viele Frauen für ihre Rechte aufstehen. Zum ersten Mal sei das Bewusstsein dafür auch in die unteren sozialen Schichten gesickert. »Männer haben Angst, dass ihre Frauen ihnen untreu werden könnten, wenn sie sexuell nicht befriedigt werden«, sagt Hebba Kotb. Auch das sei eine Art Umsturz. Nicht im Sinne von ungehemmter Freizügigkeit jenseits der Ehe, nein: Kotb propagiert eine sexuelle Revolution, die strikt auf die Ehebetten beschränkt bleibt. Die Menschen sollen davon abgehalten werden, die Gebote des Islams zu übertreten. Sie sollen nicht fremdgehen. Deswegen will Kotb ihnen helfen, besseren Sex innerhalb der Ehe zu haben. Den Vorwurf der Revolutionsgegner, auf dem Tahrir-Platz sei Unmoralisches geschehen, hält sie für absurd. Sie war mit ihren drei Töchtern dort. Die Zelte seien ein öffentlicher Ort gewesen. Sex? »Doch nicht auf dem Tahrir!«

Iman Mohammed hat in einem dieser Zelte übernachtet. Jetzt sitzt sie in einem Szenecafé am Tahrir-Platz, wenige Schritte von dem Streifen Asphalt entfernt, auf dem das Mädchen mit dem blauen BH verprügelt wurde. Die 22-Jährige trägt einen langen Mantel und ein Kopftuch, das ihr weit in die Stirn reicht. Auch sie sagt, sie kenne das Mädchen mit dem blauen BH von den Demonstrationen und könne mehr über sie erzählen. Iman ist eine von vielen Töchtern aus frommen Elternhäusern, die sich dem Aufstand angeschlossen haben. »Ich bin eine *ikhwan* – eine Muslimschwester«, sagt sie. Auch da irren die Gegner des Frauenprotests: Das Aufbegehren ist nicht auf Liberale, Linksintellektuelle und Feministinnen beschränkt.

»Der Islam verbietet den Frauen nicht, in die Politik zu gehen. Im Gegenteil«, sagt Iman. Die Informatikstudentin war wie ihre Eltern und Großeltern Mitglied in der Muslimbruderschaft. Das wäre wohl auch so geblieben, wäre nicht die Revolution gekommen. Die hat ihr eine neue Partei und einen Verlobten beschert. »Es begann beim Ausbruch der Aufstände vor einem Jahr mit einem Anruf der Leiterin meiner Mädchengruppe. Sie wollte nicht, dass ich mitdemonstriere. Ich bin trotzdem gegangen.« Im Sommer brach Iman endgültig mit der Bruderschaft und half dabei, die Ägyptische Trendpartei zu gründen, eine kleine, gemäßigt islamistische Partei.

Die Revolution brachte ihr noch etwas – Mohammed. »Ich lernte ihn kennen, weil er mich anschrte.« Sie stand bei den Demonstranten ganz vorn, direkt vor den Knüppeln der Polizei. Er brüllte sie an, das sei kein Platz für Mädchen. »Ich schrie zurück, dass ich da genauso stehen könne wie jeder Mann«, sagt sie heute. Mohammed schwieg. Nach dem Sturz Mubaraks machte er ihr einen Heiratsantrag. Doch

sie zögerte. Sie sagt: »Ich mochte ihn, aber während der Tage auf dem Tahrir-Platz hat er mich bevormundet – typisch ägyptischer Mann.« Sie wollte sich nichts mehr befehlen lassen, von niemandem, nirgendwo. Sie sagt: »Früher hat meine Mutter mir wenig erlaubt, doch seit sie gesehen hat, dass ich auf dem Tahrir-Platz war, wo Menschen gestorben sind, traut sie mir zu, dass ich auf mich aufpassen kann.« Iman ist sehr stolz, als sie das erzählt.

Ihr wachsendes Selbstbewusstsein färbte auch auf Mohammed ab. Im Laufe der Revolution veränderte er sich. »Er nimmt meine Meinung jetzt ernster, und wir diskutieren viel«, sagt sie. Einen solchen Wandel beobachte sie auch bei anderen Männern. »Hier findet gerade eine Neujustierung der Geschlechterrollen statt.«

Iman leidet allerdings darunter, dass so viele Ägypter diesen Umbruch nicht sehen wollen. »Es ist schrecklich, wie schlecht die Mehrheit der Bevölkerung über uns denkt«, sagt sie nachdenklich. Bei der gequälten Frau mit dem blauen BH sei das besonders extrem. »Diese abfällige Art, mit der die Leute auf der Straße über sie reden, ist das Schlimmste, was ich im Jahr der Revolution erlebt habe«, sagt sie. Die Vorwürfe, sie hätte die Polizisten angegriffen, sie sei unmoralisch, sie hätte nur den BH unter ihrem Mantel getragen: »Alles Lügen!« Iman meint: »Sie hatte noch ein T-Shirt an, das die Soldaten ebenfalls hochgerissen haben.« Sie sei eine 20-jährige Ingenieurstudentin an der Deutschen Universität Kairo. Auch sie sei ein ehemaliges Mitglied der Muslimbruderschaft. Iman sagt, sie kenne das Mädchen mit dem blauen BH, aber nicht unter dem Namen Schaima, das Mädchen heiße Arwa. Redet sie von derselben Frau? Alles, was sie beschreibt, passt: der Ort, der Tag, der hochgezogene Mantel, die Schläge, der BH. Aber wen zeigt das Video? Schaima oder Arwa? Iman meint, Arwa sei nicht untergetaucht, sondern an die Universität zurückgekehrt: »Sie hat das aber nur geschafft, weil keiner weiß, dass sie es ist.«

Vielleicht weiß auch einfach niemand genau, wer das Mädchen mit dem blauen BH wirklich ist. Vielleicht hat es sogar einen ganz anderen Namen. Fragt man an der Deutschen Universität in Kairo nach, kann keiner weiterhelfen. Ein Vorname reicht nicht zur Identifikation, schon gar nicht, wenn er nicht gesichert ist. Niemand kennt ihr Gesicht, denn das war auf dem Video nicht zu sehen. Es wurde verdeckt von ihrem schwarzen Mantel, den die Soldaten hochgezogen hatten. Heute ist das ironischerweise ihr Glück. Weil Name, Gesicht und Video nicht zusammenzubringen sind, darf sie wahrscheinlich unerkannt ein normales Leben führen. Es würde ihr sonst zur zweiten Qual – einer nicht endenden. Sie würde zum Objekt des Gaffens und zur Galionsfigur weiblichen Leidens in der Revolution. Deshalb, sagt Iman, sei es niemandem gelungen, sie zu überzeugen, vor Gericht zu gehen und in der Öffentlichkeit weiterzukämpfen.

Iman hat es da leichter. Sie hat zwei große Ziele für das zweite Jahr der ägyptischen Revolution: kämpfen und heiraten. Im November hat sie sich mit Mohammed verlobt. Und die Bevormundung? »Ich war auf der Suche nach einem Mann, der meine Meinung respektiert. Ich habe Mohammed beobachtet, wie er sich verändert hat, und bin zu dem Schluss gekommen, dass er der Richtige ist«, sagt sie. Zum Heiraten haben die beiden jedoch im Moment keine Zeit. Die Revolution geht vor. Iman träumt davon,

ein Medienunternehmen zu gründen. Dazu kommt die Arbeit in der Trendpartei, die noch nicht ins Parlament kam. Aber andere Frauen haben es trotzdem geschafft, immerhin vier Kandidatinnen der Muslimbrüder, fünf bei den liberalen Parteien, drei hat der Militär ernannt. »Die Bilder der islamischen Frauen im Parlament haben mich berührt«, sagt Iman. Mit ihren großen Kopftüchern seien sie ganz anders als die korrupten Politikerinnen unter Mubarak. »So eine soll Ministerpräsidentin werden!« Warum so bescheiden und nicht Präsidentin? Dafür hält die gläubige Iman die Zeit noch nicht reif.

Es gibt in Kairo eine Frau, die das ganz anders sieht. In der Nähe des Bahnhofs steigt die erste ägyptische Präsidentschaftskandidatin in ihr Auto, einen kleinen Geländewagen. Buthaina Kamel setzt sich selbst ans Steuer. Wohin sie geht, winken Menschen ihr zu. In ihrem Leben vor der großen Politik war sie Moderatorin. Sie hat lange braune Haare, eine schlanke Figur, offene braune Augen. Das ganze Land kennt ihr Gesicht. Warum sie den glamourösen Job als Moderatorin aufgab, um als Präsidentschaftskandidatin zu kandidieren, erklärt sie so: »Ich möchte mein Recht wahrnehmen.« Buthaina Kamel sagt, es gebe jetzt zum ersten Mal die Möglichkeit für

Frauen, sich auf den höchsten Posten Ägyptens zu bewerben. Wenn keine Frau antrete, könnten Männer auf die Idee kommen, die Sache wieder unter sich auszumachen – Islamisten zum Beispiel oder konservative Militärs. »Deshalb nimm dein Recht wahr, wenn du es kannst«, sagt die 49-Jährige.

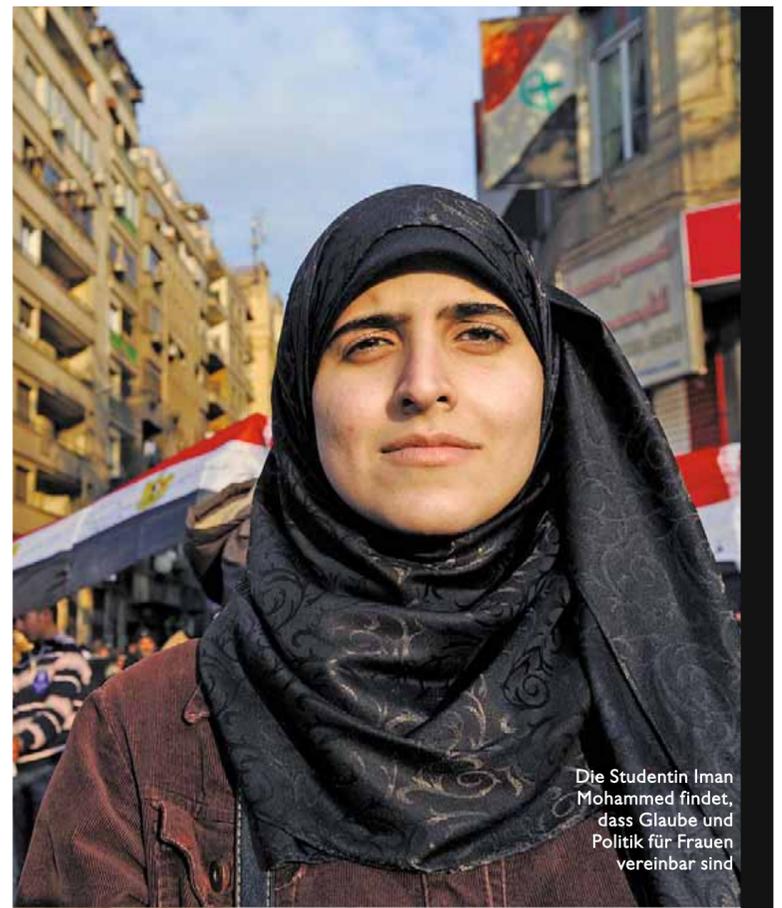
Kamel fährt langsam und defensiv. Das ist ungewöhnlich in Kairo. Viele Fahrer hupen, preschen an ihr vorbei. Sie hat auch im Auto viel zu tun, telefoniert, regelt ihre Wahlkampagne und wehrt unliebsame Anrufer ab. Ein Stalker stellt ihr nach, ruft sie jeden Tag an. Ein Mann aus Abbassia bedrohte sie mit einem Messer. Ein anderer schlug ihr ins Gesicht und verletzte sie unter dem Auge. Auch deshalb trete sie an, sagt Buthaina Kamel. »Ägypten soll ein Land für alle Ägypter sein, ein Land der Gleichheit der Geschlechter, wo Frauen keine Angst haben müssen, auf die Straße zu gehen.«

Die Frauenrevolution wird weitergehen, egal, wie mächtig ihre Gegner sind, die Generäle, die konservativen Bürger und die Islamisten. Die Umwälzung lässt sich nicht mehr durch Militärs stoppen, weil sie längst die Familien und die Politik erfasst hat. Die Präsidentschaftskandidatin Buthaina Kamel ist die liberale Ägypterin, ohne Kopftuch und ohne Koran. Iman Mohammed steht für die neue Generation ägyptischer Frauen, die Zukunft Ägyptens, gläubig und aus konservativen Elternhäusern. Die Revolution bedeutet für sie Freiheit, in der Politik wie im Privaten. Iman sieht das Erstarken der Islamisten bei den ersten freien Wahlen nicht als Bedrohung. Sie will mithelfen, das islamisch geprägte Land zu gestalten.

Schaima oder Arwa, das Mädchen mit dem blauen BH, wird es auf seine Weise tun. Nicht sichtbar, nicht hörbar. Viele meinen diese Frau zu kennen, doch keiner weiß, wer sie ist. Deshalb traut man ihr jetzt alles Mögliche zu.

Wenige Tage nach ihrer Misshandlung wehte auf dem Tahrir-Platz ein neues Transparent. Es zeigte das gequälte Mädchen als Figur aus einem japanischen Manga-Comic. Sie liegt nicht hilflos am Boden. Sie springt in Karatehaltung einem Soldaten entgegen und tritt ihm mit aller Wucht unters Kinn. »Rache!«, steht über der Zeichnung, nur dieses eine Wort.

IMAN MOHAMMED
» Seit dem Aufstand nehmen die Männer uns ernster. Die Geschlechterrollen sind dabei, sich neu zu justieren «



Die Studentin Iman Mohammed findet, dass Glaube und Politik für Frauen vereinbar sind



Die Sexualaufklärerin Hebba Kotb gibt Tipps für die Ehe – inklusive des weiblichen Orgasmus



Die Präsidentschaftskandidatin Buthaina Kamel wurde auf der Straße mit dem Messer bedroht

Politik mit der Peitsche

Von Saudi-Arabien bis Libyen: Im Nahen und Mittleren Osten werden Frauen durch selbst ernannte Tugendwächter schikaniert – inzwischen sogar im säkularen Israel VON MICHAEL THUMANN

Es ist das Land, in dem eine Frau zu Peitschenhieben verurteilt wurde, weil sie am Steuer eines Autos gesessen hatte. Das Land, in dem Mädchen von Tugendwächtern beschimpft werden, sobald sie sich auf der Straße nicht verhüllen. Das Land, in dem Frauen für die Eröffnung eines Bankkontos einen männlichen Vormund brauchen: Saudi-Arabien ist ein Musterbeispiel dafür, wie Frauen von Staats wegen benachteiligt werden.

Ist der Islam daran schuld? Im konservativen Saudi-Arabien verschmelzen die Traditionen der Wüste mit extrem ausgelegten Vorschriften des Korans. Radikale Geistliche achten auf die Einhaltung. Überall im Nahen und Mittleren Osten fürchten Frauen, dass solche Bräuche um sich greifen. Doch haben sie weniger mit dem Koran zu tun als mit Fantasien von Fundamentalisten. Das Problem entsteht, wenn diese an Einfluss gewinnen. Wenn Politiker Frauen zur Geisel ihrer Ambitionen machen. Wie auch in Libyen.

Dort verlangen Frauen nach mehr Mitsprache in der neuen Ordnung – an der Befreiung vom Diktator Gaddafi waren sie genauso beteiligt wie die Männer. Hinter der Front brachten sie Videos von Menschenrechtsverletzungen in die Nachbarländer, damit die Aufnahmen um die Welt gehen konnten. Sie transportierten Geld und Waffen. Viele Frauen waren deshalb alarmiert, als der Chef der Übergangsregierung im Herbst vergangenen Jahres erklärte, die Scharia solle Grundlage der neuen Gesetze sein. Mustafa Abdel Dschalil sagte dann auch noch, er wolle die Restriktionen für Mehrfachene lockern. Wird Libyen fundamentalistisch? Frauenorganisationen machen sich weniger Sorgen um die

Scharia an sich als um deren Auslegung. Radikale Kräfte wie die Libysch-Islamische Bewegung aus Ex-Mudschahedin und Al-Kaïda-Sympathisanten gewinnen plötzlich an Boden.

Demokratisch gewählte Regierungen neigen aus Rücksicht auf Wählerstimmen dazu, Fundamentalisten zu dulden. In Israel führt das gerade Staatschef Benjamin Netanjahu vor. Im Dezember kam es zu Zusammenstößen zwischen ultraorthodoxen Juden und säkularen Israelis, die den Vormarsch der Radikalen fürchten. Die Haredim, strenggläubige Juden, bespucken Mädchen auf dem Weg zur Schule, wenn die sich nicht mit zehn Lagen Stoff verhüllen. Sie herrschen Frauen in Bussen an, sich nach hinten zu setzen. Sie verbieten Frauen das Singen und verbannen sie bei öffentlichen Veranstaltungen von der Bühne. Fromm, frömmere, am frömmsten: Die Haredim errichten in Jerusalem, im Westjordanland, sogar in der Nähe des säkularen Tel Aviv ihre eigenen Reiche mit eigenen Regeln. Ihre Forderungen klingen eher nach dem Iran als nach Israel: getrennte Badestrände für Männer und Frauen, keine Plakatwerbung mit weiblichen Gesichtern, bei Straßenfesten Schutzschirme gegen vermeintlich begehrlche Männerblicke.

Nur rund zehn Prozent aller Israelis zählen sich zu den fundamentalistischen Haredim. Aber diese bekommen mehr Kinder als andere, dreißig Prozent der Neugeborenen in Israel stammen aus ihren Familien. In der Rechtsaußenkoalition Netanjahus stellen die Ultraorthodoxen einen erheblichen Teil der Abgeordneten. Sie durchdringen die einst säkulare Armee, und in Jerusalem bilden sie inzwischen knapp ein Drittel der Bevölkerung. Die Hauptstadt sei fest

in ihrer Hand, proklamieren die Fundamentalisten. Doch nicht einmal die Nicht-Haredim in der Regierung trauen sich zu protestieren. Als ein Gericht die separaten Sitze von Männern und Frauen in Bussen verbot, ließ der Verkehrsminister dort Schilder anbringen, die auf eine »freiwillige Geschlechtertrennung« zielen. Die Regierung pumpt jährlich Milliarden Schekel in die Schulen der oft ärmeren Ultraorthodoxen, fördert sie mit Wohnungsbauprogrammen. Unter keinem Premier ist ultraorthodoxes Gedankengut so dominant geworden wie unter Netanjahu.

Wie wichtig politische Führung ist, zeigt das Beispiel Saudi-Arabien. Hier ist es der König, der seit Jahren gegen die Radikalen in seinem Land kämpft. Zuletzt erfüllte Abdullah eine alte Forderung von Frauenorganisationen: die Dessous-Evolution. In Läden, die Unterwäsche anbieten, dürfen künftig Frauen die weibliche Kundschaft bedienen. Das war bislang Männern vorbehalten. Im vergangenen September erlaubte der König Frauen, bei Kommunalwahlen abzustimmen und zu kandidieren. Unter Abdullah dürfen Frauen jetzt ohne männlichen Vormund in Hotels einchecken. Sie dürfen aus den abgeschotteten Familienbereichen von Restaurants heraus- und mit unverhülltem Gesicht im Fernsehen auftreten. Sie besuchen die König-Abdullah-Universität – gemeinsam mit männlichen Studenten.

Mit juristischen Winkelzügen bekämpfen die konservativen Männerbünde des Landes diese Lockerungen – es geht um nicht weniger als ihre Macht in der Gesellschaft. Das Peitschenurteil gegen die Frau am Steuer eines Autos verhängten fundamentalistische Richter, nur wenige Tage nachdem Abdullah das Frauenwahlrecht eingeführt hatte. Der König hob das Gerichtsurteil auf. Für die saudischen Frauen hängt jetzt einiges davon ab, wie lange der 87-jährige Herrscher noch lebt.



Was bleibt

Dieser Sänger, na, der, von dem *Griechischer Wein* ist, der hat am Wochenende Konzerte abgesagt wegen Grappa. Die Stimme ging nicht mehr so gut. Nein,

Grappa, Quatsch, Grille, er hat Grille und kann kaum noch zirpen, zirzen, bezirzen. Verdammst, die Krippe hat er, seit Weihnachten schon, und sie geht nicht weg, die ... die ... Grippe! – Heute

machen die Wörter aber auch wieder, was sie wollen. Man will was sagen, und es kommt was anderes raus, hopsasa und tralala in Gedanken, und wenn das noch schlimmer wird, dann ist

bald Abpfiff, wie bei diesem Fußballer, na, diesem, diesem ... der immer 'n Bier in der Hand hat, was zu rauchen, Frauen ... der hat jetzt auch dieses, dass er nichts mehr weiß. Stand vor ein paar Tagen

riesig in *Bild*. Reden natürlich alle drüber, ja, stell dir vor, der, so. Aber was man dabei vergisst: Morgen ist das vergessen. Was bleibt, ist das, was er gemacht hat, das Unvergessliche, das bleibt.



Schweine draußen, Schwein im Glas

Das Schwein bestimmt das Bewusstsein

Ein Berliner Student und ein Brandenburger Bauer wollen die Fleischerzeugung umkrempeln VON JENNI ROTH

Schwein 1 hat braune Augenbrauen und einen Fleck am Ohr. Es grunzt zufrieden. Es weiß nicht, dass der Schlachter gleich die Stromzange ansetzen wird. Dass es Momente später mit einer Kette am Hinterbein hochgezogen und per Stich in die Halsschlagader getötet wird. Dass aus ihm dann 123 Kilogramm Fleisch werden. 250 Gläser Wurst, 50 Schlackwürste, 40 Mettringe, dazu Räucherschinken.

Auf jedem Glas klebt ein Foto von Schwein 1. Wer die Wurst genießen will, sieht das Tier, das zum Zwecke ihrer Herstellung sein Leben lassen musste. Er sieht aber auch: Dieses Schwein hatte ein schönes Leben.

Das Projekt »Fleisch ein Gesicht geben« ist kurios, provokant und verstörend. Und es trifft den Nerv der Zeit. Aß der Durchschnittsdeutsche 1956 noch 27 Kilogramm Fleisch pro Jahr, sind es heute doppelt so viel. »Ich habe mir überlegt, wie man die Leute zu bewussterem Konsum mit Respekt bringen kann«, sagt Dennis Buchmann, der sich die Sache ausgedacht hat.

Buchmann, 34 Jahre alt, steht am Rande eines Feldes, das so groß ist wie der Berliner Zoo, bei Brück in der Mark Brandenburg, eine Stunde von Berlin entfernt. Neben ihm lehnt Bernd Schulz am Gatter, der Bauer. Vor den beiden drängeln

sich die Schweine am Trog. Buchmann und Schulz wollen die Kandidaten für Schwein 2 auswählen, für die nächste Runde »Fleisch mit Gesicht«. Die fünf Nominierten wühlen tief im Schlamm.

»Na, wat meenste, wat se wiegt?«, fragt Schulz und zeigt auf seine Liebessau. Buchmann tippt auf 130 Kilo. Der Bauer ist zufrieden. »Hat schon viel gelernt, der junge Mann!« Das Schwein grunzt, die Kamera klickt. Buchmann stapft über den Acker und fotografiert die anderen Kandidaten für seine Webseite meinekleinfarm.org. Dort können die Kunden dann abstimmen, welches Schwein geschlachtet werden soll. Fridolin könnte das Rennen machen. Das Fell gescheckt, das linke Auge dunkel eingerahmt. 123 Kilo.

Am 8. Februar wird Bauer Schulz Schwein 2 zum Schlachter ein paar Dörfer weiter fahren. Wenig später wird das Tier als Wurst im Glas stecken, mit einem Foto, auf dem es uns froh entgegenblickt.

Dennis Buchmann will die Welt verbessern. Der Journalist und Biologe hat schon eine Zeitschrift erfunden, *Humanglobaler Zufall*, und allgemeine Feldforschung auf Tobago betrieben. Derzeit macht er seinen Master an der Berliner Humboldt Viadrina School of Governance. Er will den Menschen nicht den Appetit verderben, aber zu einem anderen Umgang mit Fleisch verhelfen: »Das Schwein bestimmt das Bewusstsein.«

Welcher Landwirt ist verrückt genug, sich mit solch einem Experiment das Geschäft zu versauen? »Ich bin in der Gegend verschrien als Spinner«, sagt Schulz, ein Biobauer unter Mäntelhaltern. Als Buchmann ihn anrief, saß er gerade vor der *Tagesschau*. Buchmann erklärte schnell sein Konzept: Er kaufe dem Bauern das Schwein ab, der Schlachter verdiene an Schlachtung und Verarbeitung, und er selbst am Verkauf der Wurst. Nach drei Minuten habe Schulz gesagt: »Supa, dit machn wa.«

Seine Schweine leben neun Monate, nicht drei, sie haben Auslauf. Die Wurst ist doppelt so teuer wie übliche Ware. Schwein 1 war innerhalb weniger Tage ausverkauft, Schwein 2 kann jetzt bestellt werden. Noch vermarktet Buchmann jeweils nur ein Tier zur Zeit.

Der Ostwind bläst scharf über das Feld. Die Ferkel quieken. Eines wälzt sich im Modder und knabbert an den Wurzeln der Gräser – ein Vergnügen, das dem Bauern Arbeit erspart: »Ich muss dann nicht mehr pflügen.« Buchmann will noch eine Webcam installieren, dann können seine Kunden ihrer Wurst beim Aufwachsen zusehen.



Im Lichte des Geldes

Schlaue Bauern bauen Solardächer ohne Häuser VON GEORG ETSCHERT

Mit Josef Rosner fahren wir durch Niederbayern. Er will uns etwas zeigen. Rosner ist Architekt, Biobauer, grüner Lokalpolitiker, Schreiner und Künstler, ein Tausendsassa. 2005 hatte sich der Mittfünfziger aus Osterhofen nahe Straubing im tiefenschwarzen Landkreis Deggendorf für die Ökopaar als Landratskandidat aufstellen lassen und 15 Prozent geholt. Jetzt kriegt er die Wut.

Die Solarstadt! Diese Gebäude, die nur aus einem Dach bestehen! Wir sehen sie an Ortsrändern, auch mitten in der Landschaft. Sie sind so groß, dass sie alle dörflichen Dimensionen sprengen. Das wichtigste Merkmal dieser Gebäude sind Pultdächer, die sich bis ganz zum Boden ziehen. Und zwar nur auf einer Seite. »Volahiku«, spottet Rosner. »Vorne lang, hinten kurz.« Manchmal sind sie mit Holzplanen oder Wellblech eingefasst, manchmal schweben die Dächer nur auf dünnen, nackten Stelzen. Die lange Seite ist stets exakt nach Süden ausgerichtet und mit glitzernden Paneelen bedeckt.

Ein Stadl ist eine bayerische Scheune, ein früher meist aus Holz errichtetes Lager für Heu oder Getreide oder landwirtschaftliches Gerät. Der Zweck eines Solarstadls hingegen ist allein das Dach: Es geht darum, möglichst viel Sonnenstrom zu ernten und Fördermittel abzuschöpfen.

Der Wildwuchs der Solarstadt setzte ein, als die Bundesregierung 2010 die Förderung von Photovoltaikparks auf Ackerland aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz strich. Viele solcher Parks waren in den vergangenen Jahren im sonnenreichen Niederbayern entstanden, was nicht nur Landschaftsschützer auf die Barrikaden brachte, sondern auch Gegner einer angeblichen »Überförderung« erneuerbarer Energien. Seit attraktive Fördersätze nur noch den Betreibern von Dachanlagen winken, bauen schlaue Bauern Dächer ohne Häuser. »Absolut oberraschend« findet das Rosner.

Laut Baurecht darf im Außenbereich, abseits von Dörfern, grundsätzlich nicht gebaut werden. So soll die Zersiedelung des ländlichen Raums gebremst werden. Ausgenommen sind Bauwerke, die der landwirtschaftlichen Produktion dienen. Auf dieses Privileg berufen sich die Bauern, wenn sie ihre Solarstadt in die Landschaft setzen.

»Die brauchen da drin nur eine rostige Heuspinne abzustellen, schon sind sie aus dem Schneider«, sagt Martin Wölmüller vom Bayerischen Landesverein für Heimatspflege. »Das müssen Sie erst einmal wegprozessieren.« Kontrollen seitens der Landwirtschaftsämter gebe es kaum.

Im bayerischen Landwirtschaftsministerium ist das Phänomen bekannt. Aber die Behörde will der Energiewende – und dem Bauernglück – nicht im Wege stehen und sieht über den Missbrauch des Privilegs hinweg. Nämlich man es genau, handelte es sich bei vielen Solarstadln um Schwarzbauten. Dass auch nur ein solches Gebäude auf behördliche Anordnung hin abgerissen worden wäre, ist im Ministerium nicht bekannt.

»Das ist doch alles außer Kontrolle«, sagt Egon Johannes Greipl, Bayerns oberster Denkmalschützer, der sich gerade darum bemüht, bei der Umsetzung der Energiewende ein Wörtchen mitreden zu können. Was heute als grünes Patentrezept gelte, werde man irgendwann noch bitter bereuen: »So wie man heute die autogerechten Städte bitter bereut, die brutale Kanalisierung der Flüsse und die ohne Rücksicht auf ökologische Belange rein technokratisch durchgezogene Flurbereinigung.«

»Hier ist einer meiner Lieblingsstadl«, ätzt Rosner und steuert ein nagelneues, etwa 75 Meter langes und an der kurzen Seite gut zehn Meter hohes Gebäude an. »Das ist der Klassiker«, sagt Rosner. »Solche riesigen Scheunen brauchen die Bauern hier eigentlich nicht.«

Rosner hat immer seine Kamera dabei, um prägnante Beispiele zu dokumentieren. Natürlich kann er als Grüner nicht gegen die Nutzung von Ökoenergien stänkern. Trotzdem schmerzt ihn die Verhöhnung seiner Heimat. Auch auf historischen Häusern empfindet er Solarzellen nicht als Zierde. Dazu kommen all die Biogasanlagen mit den eintönigen Maisfeldern, welche die bäuerlich geprägte Kulturlandschaft in ein semi-industrialisiertes Mischgebiet verwandeln. Und jetzt will Bayern auch noch Windkraft!

Manchmal könnte einem da schon der böse Gedanke kommen, dass ein kleines Atomkraftwerk alle 200 Kilometer vielleicht doch gar nicht so schlecht ist. Vom Landschaftsbild her – und wenn es denn nicht explodiert.



Sind so viele Dächer: Niederbayern wirkt zunehmend unbehaust

Vor dem amerikanischen Frühling

Die Occupy-Bewegung hält aktiven Winterschlaf – und besetzt Wohnhäuser in New York VON CLAUDIA STEINBERG

Enteignet die Banken, nicht das Volk«, fordert ein Schild an der schmalen Fassade des einstöckigen Hauses in East New York. »Besetzte Immobilien« verkündet ein Banner im betonierten Vorgarten, und schwarz-gelbes Absperrband erklärt das Grundstück in der Vermont Street gewissermaßen zum Tatort – vor drei Jahren vertrieb hier die Bank of America die insolventen Eigentümer und ließ das gepfändete Eigentum fortan verrotten. Vor der Eingangstür friert eine zerknickte Topfpalme, dahinter beobachtet Alfredo Carrasquillo die menschenleere Straße.

Der Polizeiwagen, der seit der Übernahme des verlassenen Einfamilienhauses durch Occupy Wall Street am 6. Dezember fast immer gegenüber parkt, ist gerade mal verschwunden, aber die in Großbuchstaben auf die Tür geschriebenen Sicherheitsbestimmungen verlangen nach ständiger Besetzung des Wachpostens.

Während Alfredo durch sein neues Heim führt, hält sein Mitbewohner Kirk, ein 19-jähriger Student aus Texas, die Stellung. Auf den Wänden des Wohnzimmers stehen weitere Hausregeln – keine Drogen, keine Presse, kein Dreck –, und wegen einer großen Ratte bittet jemand um die Anschaffung einer großen Katze. Stühle sind rar, und so sitzt die Schauspielerin und Aktivistin Jodi mit ihrem Laptop auf dem fleckigen Teppichboden, eingewickelt in mehrere Decken.

Das besetzte Haus ist ungeheizt, die Elektrizität stiften solidarische Nachbarn durch ein Verlängerungskabel, und das Wasser wird von einem Rohr im Keller abgezapt. Für Alfredo, seine Freundin Natasha Glasgow und ihre beiden Kinder ist diese unwirtliche Unterkunft das erste Zuhause seit zehn Jahren – so lange schon ist die Familie aus der South Bronx obdachlos.

Auch nach zwei Monaten scheint sich der 28-Jährige noch immer als Gast zu fühlen, er kennt sich kaum aus in den kleinen Räumen. Dabei hat ihn das verarmte Viertel ausdrücklich willkommen geheißen. »Wir haben East New York als das von der Hypothekenkrise am schlimmsten betroffene Viertel und diese Straße als die mit den meisten leer stehenden Häusern identifiziert – sechs allein an dieser Ecke«, erklärt Alfredo.

Als er am 6. Dezember in einem Occupy-Wall-Street-Pulk durch den desolaten Stadtteil zog und seine Bleibe requirierte, hatte er nach

geduldiger Öffentlichkeitsarbeit in den Kirchen die Nachbarn längst auf seiner Seite: »Wie so häufig bei verlassenen Häusern hatte es viele Klagen über Drogenhandel und Prostitution gegeben. Jedes gepfändete Haus zieht das ganze Viertel weiter runter. Eine friedliche Familie ist gern gesehen.«

Es war der Tag der »6D-Aktion«, an dem die Occupy-Bewegung im Namen einer neuen Strategie in mehr als zwanzig Städten der Nation zwangsvollstreckte Häuser besetzte. Alfredo folgte ein achtköpfiges, mit Werkzeug bestens ausgestattet Team und begann mit den Aufräumarbeiten. Lauren di Gioia, die bereits seit September zur Putzkolonne gehört und im Zuccotti-Park für Ordnung sorgte, schufte drei Tage lang in dem verkommenen Haus. »Wir steckten in Schutzanzügen und haben sämtliche Rigipswände rausgeschlagen, alles war von Schimmel befallen. Die vollen Müllsäcke und was es an Möbeln gab, haben wir zu Barrikaden aufgetürmt, aber die Polizei hat uns nicht belästigt«, erzählt die hübsche Musikerin mit den blauen Haaren, deren kurzes Studium der Werbung ihre Skepsis gegenüber der Konsumkultur vertiefte.

Seit Bürgermeister Michael Bloomberg den Zuccotti-Park am 15. November leer fegen ließ, haben sich etliche Occupy-Mitglieder zu den geschätzt 45 000 Obdachlosen gesellt, die jede Nacht in New York nach einem Schlafplatz suchen. Am Vorabend der Räumung hatte Kalle Lasn, der 69-jährige, auf einem Bauernhof bei Vancouver lebende Ideengeber der Bewegung, per E-Mail die 90 000 Abonnenten seines progressiven Magazins *Adbusters* zu einer letzten Party im Zuccotti-Park eingeladen. Für den Winter schlug er eine Pause vor, in der neue Taktiken entwickelt werden könnten.

Aktivisten ohne festen Wohnsitz suchen seither Unterschlupf in Kirchen, oder sie improvisieren wie Lauren di Gioia, die in einer sympathisierenden Jugendherberge in Brooklyn übernachtet und im Falle von Vakanzen ihre Mitkämpfer einladen darf. Die Besetzung zwangsgeräumter Immobilien bot sich als öffentlichkeitswirksame Kampagne an, zumal da

den höchsten Obdachlosenzahlen seit der Großen Depression zahllose Quadratmeter ungenutzten Wohnraums gegenüberstehen.

»Je mehr Familien mit Kindern Häuser besetzen, desto mehr Zuspruch ernten wir«, meint Jed Brand, Mitarbeiter des unregelmäßig erscheinenden *Occupy Wall Street Journal* und radikaler Kommunist, der die Regierung abschaffen will. »Wir besetzen Häuser im ganzen Land, aber wir geben nicht jedes Mal eine Pressekonferenz.«

Das Verhältnis zu den Medien ist ambivalent: Die Bewegung will vermeiden, die Behörden zu alarmieren und Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Hausbesetzern zu provozieren. Gleichzeitig sind Lebenszeichen aus dem Winterschlaf wichtig. Ohne Anlaufstellen wäre Occupy gefährdet, fürchtet die Autorin und Übersetzerin Susan Bernofsky, die der internationalen Ausbreitung der Bewegung früh mit ihren Sprachkenntnissen weiterhalf und zurzeit nach einem Übergangsquartier in der Bronx sucht.

Am 11. Januar berichtete die *New York Times*, dass zum ersten Mal zwei Drittel aller Amerikaner den Graben zwischen Arm und Reich für die Ursache der größten gesellschaftlichen Spannungen halten und nicht mehr Rassenkonflikte und Immigration. Das passt zum Ergebnis der letzten Volkszählung, die 97 der 312 Millionen Amerikaner als Niedrigverdiener identifizierte und weitere 49 Millionen unter die Armutsgrenze rutschen sah.

Das neue Klassenbewusstsein schrieb die Zeitung allerdings auch der Arbeit von Occupy zu – ein Triumph der Bewegung. Studenten an Universitäten von Princeton bis Harvard, die im Herbst wahre Zeltstädte beherbergten, wollen nach den Winterferien die Rekrutierungsversuche von Investmentbanken sabotieren. An der New York University wird in diesem Semester bereits ein Kurs über Occupy und den Arabischen Frühling angeboten.

Zum Valentinstag am 14. Februar bereitet Occupy zwischen Abermillionen Herzen und Tonnen an Schokolade den »Breaking up with the Banks Day« zugunsten kleiner Kreditinstitute vor. Weitere Aktionen sind geplant.

»Es wird definitiv einen amerikanischen Frühling geben«, verspricht Lauren di Gioia.



Besitzer Alfredo hat sich mit Absperrband eine Bleibe gesichert



Russlanddeutsche Vergangenheit.
Von links: Maskenball in Kasan 1902;
Straßenszene in der Wolgarepublik
1929; wolgadeutsche Kavalleristen
der Roten Armee in Gornel 1931



Es bleibt Familiengeheimnis

Die russischen Behörden versuchen einen Forscher einzuschüchtern, der die Schicksale von Russlanddeutschen während der Stalinzeit dokumentieren will – ein Beispiel für die Nöte russischer Historiker VON JOHANNES VOSWINKEL

Es war ein absurdes Gerichtsspektakel, und kaum einer war dabei. Die Verhandlung in Archangelsk im Norden Russlands verlief hinter geschlossenen Türen, als berührte sie Staatsgeheimnisse. Auf der Anklagebank saßen ein Historiker und ein Archivar, die sich dafür verantworten mussten, dass sie ihren Beruf ausgeübt hatten. Der eine forschte im Archiv, der andere half ihm dabei. Manche Zeugen der Anklage erinnerten sich vor Gericht kaum mehr, warum sie als Geschädigte auftraten beziehungsweise auftreten sollten. Der Geheimdienst FSB präsentierte die Ergebnisse aufwendiger Ermittlungen: die Aussagen einer informellen Mitarbeiterin, die Bilder einer Videokamera, die im Arbeitszimmer des Historikers versteckt worden war, beschlagnahmte Daten-CDs.

Worum ging es? Um einen Atomunfall? Um ein streng gehütetes militärisches Geheimnis? Um einen Kreml-Skandal? Nein. Es ging um ein Gedenkbuch für russlanddeutsche Stalinopfer.

Im Mai 2007 hatten das Deutsche Rote Kreuz und der Historische Forschungsverein der Deutschen aus Russland mit der Archangelsker Universität und dem Regionalarchiv des Innenministeriums eine Vereinbarung geschlossen: Der Archangelsker Historiker und Universitätsprofessor Michail Suprun sollte mit seinen Studenten im Regionalarchiv die Daten von etwa 40 000 deutschen und deutschrussischen Stalinopfern zusammentragen. Der Personenkreis war weit gefasst: Er reichte von Russlanddeutschen, die vor 1941 verbannt worden waren, über ehemalige Angehörige der Wehrmacht in sowjetischer Kriegsgefangenschaft bis hin zu Russlanddeutschen, die während des Krieges nach Deutschland gegangen

beziehungsweise geflohen und später von der sowjetischen Armee »repatriert« worden waren. Viele von ihnen endeten in Lagern und Spezialsiedlungen im Gebiet von Archangelsk. Der Forschungsverein wollte ihr Schicksal in einem Opferbuch würdigen.

Aber das passte manchem in den örtlichen Sicherheitsbehörden nicht. Wie in alten Sowjetzeiten fand sich zum schuldig befundenen Menschen der passende Paragraph: Der Historiker habe mit der Sammlung der Daten und der geplanten Veröffentlichung des Opferbuches gegen Paragraph 137 des Strafgesetzbuches über die Verletzung der Privatsphäre verstoßen. Dabei stellte Suprun nur allgemeine Daten wie den Namen, das Geburtsdatum, den Geburtsort, den Zeitpunkt und Grund der Verbannung, Familienstand und Beruf zusammen. »Die Leiden in der Stalinzeit sind doch keine intimen Familiengeheimnisse«, argumentierte Supruns Rechtsanwalt Iwan Pawlow. »Hier geht es um das Verhältnis des Menschen zum Staat und damit um uns alle.«

Die Ankläger sahen das anders. Der FSB setzte Angehörige unter Druck, Nachfahren der Stalinopfer, er verpflichtete Supruns Assistentin zur Schnüffelei und erkundigte sich bei Studentinnen, ob der Historiker Schmiergeld nehme oder sexuelle Avancen mache. Sie durchsuchten Wohnung und Büro. Von etwa 40 000 Datensätzen hatte Suprun bereits 8000 zusammengetragen und 2000 an das Deutsche Rote Kreuz weitergeleitet. Er musste seine Arbeit abbrechen. Im Oktober 2011 begann der Prozess; dem Historiker drohte eine Höchststrafe von zwei Jahren Haft.

Das Urteil am 8. Dezember fiel milder aus: Suprun wurde schuldig gesprochen, blieb aber straffrei, da die »Tat« verjährt war. Der Archivar erhielt eine Bewährungsstrafe.

Trotzdem zeigt das Urteil Wirkung in Russland. Das Abschreckungssignal funktioniert. Ein Moskauer Historiker berichtet, dass ein Mitarbeiter eines Regionalarchivs im Altai-Gebiet schon erklärt habe, er halte freigegebene Dokumente erst einmal zurück. Er wolle lieber abwarten, wie sich die Lage entwickle. Ende Dezember verkündete ein Kollege in der Teilrepublik Komi, dass die Veröffentlichung eines Martyrologiums über die politischen Häftlinge der örtlichen Lager der Sowjetzeit gefährdet sei. Der Zugang zu ihren persönlichen Daten werde stark eingeschränkt.

Archive sind in Russland traditionell Festungen des Herrschaftswissens der Mächtigen: schwer zugänglich, labyrinthisch und in den Händen der Willkür. Dennoch hat sich einiges verbessert seit dem Ende der Sowjetunion. Die Arbeit in einem der zwölf Archive, die dem Föderalen Archivdienst unterstellt wurden und die die Geschichte der Literatur, der Wirtschaft oder der Kriegsflotte dokumentieren, ist für Historiker mittlerweile Routine. Zwar gibt es auch dort verbotene Schriftstücke. Aber die Regeln sind transparent, Absagen werden begründet. Die Mitnahme eines Laptops scheidet nicht mehr am Wachpersonal. Die Begrenzung auf maximal 500 Kopien pro Jahr, die früher oft als Zensurmittel diente, ist Vergangenheit. »Heute darf man gegen Gebühr sogar Fotos machen«, erzählt Andrej Doronin, Mitarbeiter am Deutschen Historischen Institut in Moskau. »Es gibt keine technischen Hindernisse mehr.«

Und doch: Ausgerechnet einige der wichtigsten Archive Russlands sind im Besitz ihrer Ministerien

geblieben und bewahren den sowjetischen Geist der Geheimhaltung. Die Archive des Außen-, Innen- und Verteidigungsministeriums und der Geheimdienste zählen dazu. Der Föderale Archivdienst hat keine Macht über sie. »Ihre Archivpolitik ist ein Geheimnis mit sieben Siegeln«, sagt Doronin. Absagen an Historiker bleiben oft unbegründet. Meist fehlen Register der Dokumente, und der Forscher weiß nie, ob er alles Material gesichtet hat. So ist das Zentrale Archiv des Verteidigungsministeriums fest in die Armeehierarchie eingegliedert und gilt als besonders unzugänglich. »An der Spitze steht ein Oberst«, sagt Doronin. »Er ist völlig von dem Vorgesetzten abhängig. Seine wichtigste Aufgabe ist es, keine Fehler zu machen.«



Mutiger Historiker:
Für sein Opferbuch musste
Michail Suprun vor Gericht

Zwar legte sich das Haus vor Kurzem eine eigene Website zu. Aber die dient eher zur Tarnung denn als Tor zu einer offenen Forschungsstätte. »Unter den angegebenen Telefonnummern«, berichtet Doronin aus eigener Erfahrung, »ist niemand zu erreichen.«

Wer im Zentralarchiv Dokumente einsehen möchte, muss an eine Spezialabteilung im Generalstab schreiben. »In neun von zehn Fällen werden solche Briefe nicht beantwortet«, erzählt Doronin. »Und wenn ein Historiker doch das Glück hat, eingelassen zu werden, muss er die Dokumente akzeptieren, die ihm die Mitarbeiter geben. Leider aber amtieren dort keine Archivare, sondern Soldaten, die von Wissenschaft kaum Ahnung haben.«

Warum wird Glasnost so rar, wenn es um sensible historische Dokumente geht? Der Grund ist einfach:

Russlands Führung bemüht sich wieder um eine wohlwollende Darstellung der Sowjetunion. Die Erinnerung an den Sieg über Hitler-Deutschland erklärte Wladimir Putin zu einem Eckpfeiler der neuen russischen Identität. Deshalb ist im Kreml die Gründung eines Archivs des Zweiten Weltkriegs im Gespräch, viel Geld soll dafür fließen. Dagegen bleibt der Wille gering, die düsteren Kapitel der Sowjetzeit aufzuarbeiten, nicht nur Stalins Verbrechen, sondern auch die der Breschnewjahre, die Verfolgung der Dissidenten, die Knebelung Osteuropas. Diese Themen sind zwar nicht tabu, aber unerwünscht. »Die Staatsführung nimmt keine klare Position dazu ein«, erklärt Doronin. »Geschichte dient ihr wie früher vor allem als Instrument der Politik.«

Das Gerichtsverfahren gegen Suprun in Archangelsk mag die Initiative örtlicher Beamter gewesen sein. Vielleicht befürchteten sie, dass aus dem geplanten Opferbuch Entschuldigungsansprüche der Nachkommen erwachsen könnten. Vor allem aber handelten sie, weil sie spürten, woher der Wind aus dem Kreml weht – und weil sie auf wenig Widerstand stoßen.

Die Bevölkerung interessiert sich kaum für die eigene Geschichte, und die meisten Historiker zeigen keine Solidarität mit Suprun. Viele ducken sich in ihre Nische, in einem akademischen Bau, der noch kaum reformiert ist. »Überall lebt die alte sowjetische Historiografie fort«, sagt Doronin. Der Generationswechsel sei schwierig. So existiere zum Beispiel keine Pensionierungsgrenze. »Es gibt historische Institute, deren Leiter 90 Jahre alt sind.« Junge Historiker müssen sich unterordnen. Das Archangelsker Urteil hat ihnen einmal mehr gezeigt, über welche Themen sie besser nicht arbeiten sollten.

SCHAUPLATZ: MÜNSTER

Für Chiles Freiheit

Münsters Stadtmuseum erzählt am lokalen Beispiel ein Kapitel deutscher Protestgeschichte



Eben noch auf der Straße – schon im Museum. Das Stuttgarter Haus der Geschichte stellt zurzeit den Widerstand gegen S 21 aus, in Frankfurt am Main widmet man sich der Kunst der Demonstration ganz allgemein, und in Münster setzt das für seine ambitionierten historischen Ausstellungen bekannte Stadtmuseum den dortigen Protest gegen Chiles Militärregime von 1973 bis 1990 in Szene. Briefe und Fotos, Wandzeitungen und Plakate, aber auch eine original Chile-Solidarität-Sammelbüchse berichten von einer Bewegung, die zur deutschen Pro-

testgeschichte gehört. Es war der blutige Sturz der linken Regierung Allende am 11. September 1973, der viele Tausende mobilisierte – nicht zuletzt gegen den Paten des Putsches, Amerikas Geheimdienst CIA. Handy und Internet gab es noch nicht, aber eine politische Empathie, die man hierzulande angesichts des Arabischen Frühlings, aber auch des ungarischen Winters heftig vermisst.

»Mit Farbe, Stift und Arpilleras für Chiles Freiheit«, bis zum 18. März; Tel. 0251/492 45 03

ZEITLÄUFE

Schlecker scheint dem Ende nah. Könnte das ein Anfang sein? Es liegt eine Idee in der Vormärzluft: Warum aus der Großdrogerie nicht eine Genossenschaft machen?

Ja, warum denn nicht? Wenn der 19.-Jahrhundert-Kapitalist Anton S. blitzverarmt mit dem Untergange ringt, warum dann nicht mal ein anderes Konzept aus dem 19. Jahrhundert probieren? Ein Konzept, das heute, in den Abendstunden des neoliberalen Zeitalters,

nicht nur knorrigen Gewerkschaftern morgenfester erscheinen muss als Schleckers Steinzeitwirtschaft. Visionäre Realisten wie Friedrich Wilhelm Raiffeisen und Hermann Schulze-Delitzsch haben es entwickelt. 1849 gründete Schulze in der Kreuzgasse 10 im sächsischen Delitzsch die erste Schuhmachervereinigung.

Selbsthilfe, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung. Das wäre doch mal ein Praxistest für unsere neue Internationale in ihren vorbörslichen Schlafsäcken. Occupy Schlecker. B.E.



Die Kraft aus der Luft

Windenergie galt lange als grüne, typisch deutsche Spinnerei – dabei hat sie eine bewegte internationale Geschichte VON MANFRED KRIENER

Es gibt sie noch, die guten Dinge: Silhouette einer Windmaschine alten Stils bei Fitzroy Crossing, Australien

Das magische Jahr ist 2020. Bis dahin soll in Deutschland mindestens jede dritte Kilowattstunde Strom aus Sonne, Wind, Wasser und Biomasse kommen, so lautet die kühne Prognose der schwarz-gelben Bundesregierung. Und keiner lacht. Was vor zehn Jahren noch als wirre Vision grüner Spinner galt, ist heute Staatsziel. Nach der Fukushima-Katastrophe und dem panischen Atomausstieg ist die Energiewende gesellschaftlicher Konsens. Der größte Stromlieferant soll die Windkraft werden – eine Technik, die lange Zeit heftig umstritten war.

Allerdings nicht immer. In alter Zeit war sie selbstverständlich. Noch 1882 drehten sich bei uns, laut Statistik des Deutschen Reichs, 18 901 Windmühlen und strahlten, tausendfach auf romantischen Ölgemälden verewigt, die Autorität des ruhigen Landlebens aus. Die imposante Zahl markiert das historische Maximum. Bau und Betrieb der Mühlen hatten lange unter der reglementierenden Aufsicht der Landes- und Kirchenherren gestanden, im 19. Jahrhundert jedoch verlangte der Bedarf an Mehl für die schnell wachsende Bevölkerung eine Lockerung der Vorschriften. So kletterte die Zahl der Windmühlen auf Rekordniveau – bis ihnen die Dampfmaschine die Flügel stützte. Ende des 19. Jahrhunderts entstanden die ersten Mehlfabriken, das große Mühlensterben begann.

Natürlich reicht die Geschichte der Windenergiegewinnung noch viel weiter zurück. Der Anfang liegt in Babylon, im Jahre 1750 vor Christus. Dort soll es ein großes Musikinstrument gegeben haben, eine Art Orgel, die von einem Mini-Windrad angetrieben wurde. Windsegel und -schaufeln drehen sich auch im alten China und in Persien. Im vorindustriellen Europa ist die Windmühle die wichtigste Kraftmaschine und bereits im 13. Jahrhundert eine gewohnte Erscheinung. Die Flügel sind mit Baumwollsegen bespannt, das Mühlenhaus steht auf einem Bock, der in die entsprechende Windrichtung gedreht wird. 1736 dann ein Sprung nach vorn: Der holländische Ingenieur Jan Adrian Leegwater erfindet die Kapfenmühle. Jetzt muss nicht mehr das ganze Mühlenhaus, sondern nur noch der obere Teil, die Kappe, gedreht werden.

Bereits 1979 nimmt die Nasa eine riesige Windturbine in Betrieb

Neben den Mühlenwindrädern entwickelt sich auch das »reine« Windrad weiter. Der amerikanische Mechaniker Daniel Halladay entwirft 1853 sein erstes Modell und wird zum Pionier. Bis zu acht paddelförmige Flügel bilden ein Rad, das sich, auf eine vertikale Achse montiert, mithilfe eines horizontal ausgerichteten Zusatzflügels von selbst in die ideale Position bringt. Halladays *U.S. Wind Engine & Pump Company* in Illinois floriert, und 1876 sorgt die Weltausstellung in Philadelphia für den internationalen Durchbruch. Der Technologietransfer nach Europa beginnt. In den USA und Australien sind die kleinen Flügelräder Anfang des 20. Jahrhunderts bereits millionenfach verbreitet. Mit ihrer Energie wird vor allem Wasser gepumpt, aber auch Elektrizität erzeugt.

In Deutschland schwärmt der Maschinenbauer Adolph Piper aus dem niederrheinischen Moers von »ungeheuren Kraftvorrath der Luftströmungen«. Er entwickelt Ende des 19. Jahrhunderts Windräder mit bis zu 18 Metern Durchmesser und preist sie als »billige Arbeitskräfte«. Durch auch zur Erzeugung kostbarer Elektrizität zu nutzen wird immer populärer. Der britische Physiker William Thomson, später als Lord Kelvin bekannt, hält 1881 seinen berühmten Vortrag über natürliche Energiequellen. Er warnt vor der Endlichkeit der Kohle und prophezeit den Triumph der Windkraft. Mit der Erfindung der Bleiakumulatoren lässt sich die erzeugte Energie nun auch speichern.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts ist die Stromerzeugung durch Windkraft eine vertraute Technik, nur in Fragen der Aerodynamik verharrt die Menschheit weiterhin »in grandioser Unwissenheit«, wie der aus Nürnberg stammende Strömungstechniker

Hermann Föttinger 1917 lästert. Dabei hat der dänische Pionier Poul La Cour schon 1901 die Prinzipien der idealen Mühle beschrieben und nachgewiesen, dass weniger Flügel mehr sind.

Ob vier- oder vielflügelig: Die neuen Windräder verbreiten sich auch in Deutschland. 1925, in der Weimarer Republik, nutzen sie an die 7000 Bauernhöfe zum Wasserpumpen, zum Antrieb landwirtschaftlicher Maschinen und zur Erzeugung von Elektrizität. Es ist der Höhe- und zugleich der Endpunkt dieser Entwicklung: Der Ausbau der zentralen Stromversorgung mittels Kohlekraftwerken lässt gegen Ende der zwanziger Jahre nach den Windmühlen auch alle anderen Windräder verschwinden.

Als Reserve gegen Kohlekrise und Energiehunger wird die Technik aber weiter erforscht. Selbst die Nazis zeigen Interesse. In ihrer Vorliebe für alles Gigantomane faszinieren sie vor allem die Pläne des in Berlin lebenden badischen Erfinders Hermann Honnef. Der *Völkische Beobachter* berichtet im Februar 1932 über Honnefs Vision eines »riesenhaften Projekts, dessen Verwirklichung eine völlige Umwälzung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse herbeiführen wird«. Honnef warnt vor der »Erschöpfung der Kohlelager«, er will mit Windstrom Felder beheizen, um den Bauern zusätzliche Ernten zu ermöglichen.

Von Windrädern hat sich Honnef längst verabschiedet, er strebt die segensreichen hohen Luftschichten an. Seine gewaltigen Kraftwerke sollen im Herzen der Großstädte stehen und mehrere Windräder mit je 60 Metern Durchmesser auf einem 250 Meter hohen Turm »inklusive Restaurationsbetriebe« vereinigen. In missionarischem Eifer wirbt Honnef für eine »nationale Großversorgung mit Strom durch Windenergie. Obwohl sich Hitler für Honnefs Pläne interessiert haben soll, bleiben die Reichskrafttürme in Hamburg und Berlin Papier.

Mit dem Wiederaufbau nach dem Krieg wächst in ganz Europa der Energiebedarf. England, Frankreich, Dänemark und die Niederlande forcieren noch einmal die Erforschung der Windenergie, bevor in den fünfziger Jahren die Atombegeisterung alles überrollt. Auch über deutsche Windkraftwerke legt sich nun eine lange Flaute. Immer mehr Forschungsgeld fließt in die Atomkraft, die bis 1979 ihren Anteil am Forschungsetat auf 60 Prozent steigert. Für Sonne, Wind und Co. bleiben nur die Krümel: vier Prozent.

Immerhin wird im Sommer 1974 – der Ölpreisschock zeigt Wirkung – der in Stuttgart lehrende, österreichische Flugzeugbauer und Windanlagen-Konstrukteur Ulrich Hütter von Forschungsminister Hans Matthöfer (SPD) beauftragt, die Potenziale der Windkraft zu erkunden. Hütter ist ein ehrgeiziger Pionier, der die Leichtbauweise und neue Verbundstoffe für Windturbinen entwickelt hat. Schon als junger Mann, noch vor dem Zweiten Weltkrieg, erforschte er die Abmessungen der Energiewindmühlen und ermittelte die optimale Größe von Turm und Rotoren. Dem Ministerium in Bonn liefert Hütter nun verwegene Zahlen: In der Bundesrepublik könne Windkraft 73 Prozent des Strombedarfs decken – eine Schätzung, die heute längst nicht mehr so utopisch klingt wie damals.

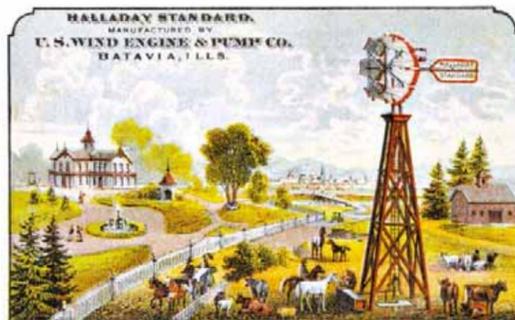
Auch Hütter liebt den Zug ins Große. Er empfiehlt seinem Auftraggeber den Bau einer riesigen Anlage mit 80 Metern Durchmesser. »Die nächste Entwicklungsstufe könnte dann eine Großanlage von 113 Metern Durchmesser sein.« Solche Monster werden heute tatsächlich gebaut, 1974 aber waren sie noch reine Science-Fiction.

Die Verheißung von Großanlagen soll den Energieversorgern die Windkraft schmackhaft machen. Auch in den USA heißt es: *Think big!* 1979 nimmt die Nasa in Nord-Carolina die größte Windturbine der Welt in Betrieb – zwei Megawatt, 61 Meter Durchmesser. Die Deutschen wollen mitziehen. In der Kernforschungsanlage Jülich bei Aachen beschließt im Juni 1976 eine 30-köpfige Männerrunde unter Führung des Forschungsministers den Bau einer Großwindanlage. Unter dem Kürzel »Growian« wird

sie zum Inbegriff für ein 90 Millionen Mark teures Forschungsfiasco, zum Signum »schieren unrationellen Gigantomanius«, wie die *FAZ* 1983 bilanziert.

Schon der Start wird verstopft. Die Energieversorger wollen das größte Windrad der Welt partout nicht fördern. Nur widerwillig treten die Stromkonzerne RWE und Schleswig der Growian GmbH bei und sichern sich gegen alle Finanzrisiken ab. RWE-Vorstandsmittglied Günther Klätte gesteht im Februar 1982 freimütig der *Welt*, dass Growian »ein pädagogisches Modell« sei, um Atomgegner zu bekehren. Und Ex-Forschungsminister Matthöfer verplappert sich kurz darauf: »Wir wissen, dass es nichts bringt. Aber wir machen es, um zu beweisen, dass es nicht geht.«

Nach vielen Verzögerungen wird das Meisterwerk deutscher Ingenieurskunst im Februar 1983 fertig montiert. Zwischen Kohlfeldern, Schafherden und schnatternden Gänsen steht der Koloss im Dithmarscher Kaiser-Wilhelm-Koog. Der Turm ist 100 Meter hoch, jeder der beiden Flügel 50,2 Meter lang, das Maschinenhaus 420 Tonnen schwer. Mit drei Megawatt ist die Anlage 50-mal größer als das größte Serienmodell der führenden Windnation Dänemark, der Durchmesser übertrifft den Nasa-Riesen um 40 Meter. Der Münchner Technikkonzern MAN hat Growian gebaut. »Wir hatten keine Ahnung von



Windmotoren aus den USA: Werbebild der Halladay-Fabrik in Batavia, Illinois, um 1870

Windenergie«, gesteht der für Aerodynamik zuständige Ingenieur Erich Hau Jahre später dem Journalisten Jan Oelker. Aber MAN soll ja nur Hütters Konzept umsetzen. Weil die meisten Ingenieure »noch nie ein Windrad gesehen haben« (Hau), kauft sich das Unternehmen als Anschauungsmaterial für umgerechnet 10 000 Euro eine uralte Windmühle.

Die Betriebsphase von Growian ist kurz und schmerzhaft. Risse in der Nabe, geplatze Flügel, heiß gelaufene Rotorbremsen, dann wieder Schüttelfrost und rätselhaft Turbulenzen. Der Wind pfeift über den Deich, und Growian wackelt bedenklich. Der Gigant entpuppt sich als wahres Windei, nach ständigen Reparaturen und lediglich 331 Stunden Normalbetrieb wird er im Sommer 1988 abgerissen.

Ganz vergebens war die Anstrengung nicht gewesen. Denn zum Üben hatte MAN im Frühjahr 1979 eine Art Mini-Growian gebaut: den »Aeroman« mit elf Metern Rotorbreite. Die ersten Modelle waren zwar schnell schrottreif, doch die Konstrukteure lernten dann und entwickelten ein richtig gutes Windrad. Die kleine Mühle setzte mit ihrem schwingungsfähigen Turm technische Maßstäbe und wurde 470-mal in alle Welt verkauft. Zu wenig natürlich für einen Global Player wie MAN!

Just in jener Zeit – die Atombegeisterung hat merklich nachgelassen – setzt die wahre, bis heute anhaltende Windkraftrenaissance ein, zunächst im neuen grün-alternativen Milieu. Überall schießen kleine Windräder aus dem Boden, Symbol einer zentralen und vor allem risikofreien Energieversorgung. Aus verrosteten Öltanks und Geschirrpilautomaten, aus Lkw-Achsen und Oberleitungs Masten werden Mühlen zusammengeschaubt. Der Sylter Tüftler Günter Wagner will 1982 »gegen Kern und Kohle« Zeichen setzen und montiert Rotoren auf einem 70 Jahre alten Kutter. Sein schwimmendes Kraftwerk wird zur ersten deutschen Offshore-Anlage.

Aber noch fehlen die professionellen Parks. Ein Testlauf auf der Nordsee-Insel Pellworm mit neun Kleinanlagen endet 1984 in Mast- und Schotbruch. Im Jahr 1986, als in Tschernobyl die Zukunftsträume der Atomindustrie explodieren, sind in Deutschland nach Schätzung von MAN-Ingenieur Hau nicht mehr als 50 professionelle Windräder in Betrieb.

In Dänemark hingegen drehen sich zur selben Zeit schon 1200 kommerzielle Räder. Die Regierung in Kopenhagen lockt Investoren mit 30 Prozent Zuschuss, sie will bis 1995 zehn Prozent des Strombedarfs durch Windkraft decken. 1985 geht vor der Kattegatküste bei Ebeltoft auf einer 800 Meter langen Mole der erste Offshore-Windpark der Welt in Betrieb. 16 Mühlen liefern Strom für 4000 Einwohner. Und das Königreich reüssiert selbst im Export – vor allem nach Kalifornien. Auch außerhalb der USA entwickeln sich die Märkte, eine Studie der Vereinten Nationen schätzt das Windpotenzial an Europas Küsten auf 1050 Billionen Kilowattstunden im Jahr.

Doch die auf Kernenergie fixierte Bundesrepublik verschläft die Technikwende. Ein nach der Ölkrise aufgelegtes Forschungsprogramm ist mit umgerechnet 100 Millionen Euro mickrig ausgestattet und läuft Anfang der achtziger Jahre aus. Die Kernenergie kassiert im selben Zeitraum acht Milliarden Euro. Dazu dreht die Bürokratie bizarre Pirouetten. Auf Investoren geht ein Hagel an Ablehnungsbescheiden nieder. Mal sind die Windräder zu hoch, weil sie Baumwipfel übersteigen (wie im münsterländischen Vreden), mal sind sie »verkehrsgefährdend« (wie im bergischen Ratingen), mal sind sie ein »Fremdkörper« (wie in Mützenich in der Eifel). Das Oberverwaltungsgericht Münster argumentiert 1982 in einem besonders spitzfindigen Urteil, die Türme könnten den Nachbarn womöglich »den Wind wegnehmen«.

Die Schikanen sind aber nur ein Hauch gegen den Orkan, der den Windmüllern später ins Gesicht bläst. Zuvor allerdings erhält die Windkraft unverhofft einen Anstoß. Geschoben wird von den Bundestagsabgeordneten Matthias Engelsberger (CSU) und Wolfgang Daniels (Grüne) – eine sehr frühe schwarz-grüne

Koalition. CSU-Mann Engelsberger kommt aus Siegsdorf bei Traunstein, er kennt die Nöte der kleinen Strome. Jahrelang hat er für die bayerischen Wasserwerke in bitteren Schlachten mit den Energiekonzernen die Tarife ausgehandelt. Mit Wolfgang Daniels sucht er sich einen Grünen als Verbündeten. Gemeinsam entwickeln sie einen Gesetzentwurf. Auf Drängen von CDU-Fraktionschef Jürgen Rüttgers und um die Zustimmung des konservativen Lagers zu bekommen, wird die Initiative als reiner Unionsantrag im Bundestag eingebracht. Das »Stromeinspeisegesetz« geht am 7. Dezember 1990 tatsächlich durch; zehn Jahre später, unter der rot-grünen Regierung von Gerhard Schröder, wird es zum Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) erweitert. Es verpflichtet Energieversorger und Netzbetreiber, den Windstrom abzunehmen und anständig zu bezahlen: 16,61 Pfennig (umgerechnet etwa 9 Cent) für jede Kilowattstunde – eine Revolution.

Dennoch tun viele Parlamentarier es als Bonbon für die ewig nörgelnden Umweltheinis ab, der SPD-Abgeordnete Dietrich Sperling spricht von »Kleinzechenwackelei«. In der Tat gibt es 1991 noch nicht viel einzuspeisen: Im wiedervereinigten Deutschland drehen sich gerade mal 1000 Windräder. Doch mit dem Rückenwind des neuen Gesetzes wird aus der alternativen Renaissance der erste Boom. Vor allem an der Küste bewegt sich was. Die norddeutschen Bundesländer unterstützen die Windkraft, wittern Standortvorteile und neue Industrien.

Ein weiterer Impuls kommt aus Brasilien: Der Erdgipfel 1992 in Rio macht die Klimakatastrophe zum globalen Thema, saubere Energie aus Wind und Sonne erhält eine zusätzliche Bedeutung. Bis zum Ende des Jahrzehnts verzehnfacht sich die Zahl der Windräder in Deutschland. Erste Windparks und neue Finanzierungsmodelle entstehen. Schnell wird das deutsche Gesetz zum internationalen Renner. Bis heute kopierten 61 Länder das EEG – weltweites

Vorbild einer vernünftigen Anschubfinanzierung für Sonne, Wind und Biomasse.

Gleichzeitig kündigt sich in der Anlagentechnik eine Revolution an. Im ostfriesischen Aurich bastelt ein eigensinniger Elektrotechniker namens Aloys Wobben zusammen mit einem Teilzeitangestellten an der Zukunft. In einem Schuppen hat der Tüftler 1984 seinen ersten Windmotor gebaut. Seine Firma Enercon wächst zum mittelständischen Betrieb heran, bis Wobben 1992 der Coup gelingt: die getriebelose Windmaschine. Die neuen Windräder laufen besser und zuverlässiger und gelten bald als Mercedes der Branche. Wobben bringt seine Garagenfirma unter die milliardenschweren Top Fünf des Weltmarkts.

Die Anlagen werden immer größer und leistungsstärker. In der Bevölkerung allerdings wächst der Unmut. Mit der »Verspargelung der Landschaft« taucht ein neuer Kampfbegriff auf. Bürgerinitiativen wie »Gegenwind« und »Rettet die Uckermark« machen Mitte der neunziger Jahre gegen »Mühlenmonster« mobil. Neben ästhetischen Vorbehalten werden der Schattenwurf der Anlagen, ihr Lärmpegel und möglicher Vogelschlag kritisiert. Auch Umweltschützer wie der Fernsehjournalist Horst Stern oder der Schweizer Ökonom Hans Christoph Binswanger wettern gegen die »Zerstörung der Natur- und Kulturlandschaft«. Der Berliner Politologe Hans-Joachim Mengel nennt die Invasion der Windräder die »schlimmste Verheerung seit dem Dreißigjährigen Krieg«.

Noch 2005 will SPDino Clement von Offshore-Anlagen nichts wissen

Im Verlag Zweitausendeins erscheint im August 1997 eine Kampfschrift gegen die *Technik ohne Zukunft*. Für Herausgeber Otfried Wolfrum, einen Vermessungstechniker aus Darmstadt, sind Windräder »Ideologie und Wunschdenken« und können wegen der »geringen Energiedichte der Luft« und ihres großen Flächenbedarfs nichts Substanzielles zur Energieversorgung beitragen. Zuvor ist schon die deutsche Energiewirtschaft mit ähnlichen Botschaften per Zeitungsanzeige in die Bütt gestiegen: »Regenerative Energien wie Sonne, Wasser oder Wind können auch langfristig nicht mehr als vier Prozent unseres Strombedarfs decken.« Inzwischen sind 20 Prozent erreicht und 100 Prozent zum langfristigen Ziel erklärt worden.

Im neuen Jahrtausend erlebt die Windkraft ihre besten Jahre. Die Zahl der Anlagen wächst in atemberaubender Geschwindigkeit. In den Rekordjahren 2001 und 2002 werden zusammen 4407 Windräder errichtet. Der letzte Widerstand gegen die erneuerbaren Energien kommt – außer vom *Spiegel* (Titel: *Der Windmühlenwahn*) – aus dem Berliner Wirtschaftsministerium von Wolfgang Clement (SPD), der sich mit dem Umweltministerium unter dem Grünen Jürgen Trittin heftige Grabenkämpfe liefert. Während die deutschen Unternehmen für erneuerbare Energien Weltmarkt und Börsen stürmen und mit 367 000 Arbeitsplätzen ein kleines Wirtschaftswunder begründen, vertritt SPDino Clement stur die Interessen der alten Energiekonzerne. Absurder, heute nicht mehr vorstellbarer Höhepunkt: Im Januar 2005 verbietet das Clement-Ministerium dem Umweltministerium, auf der Bremer Nationalen Maritimen Konferenz einen Workshop zur Offshore-Windenergie abzuhalten. Kanzler Schröder muss schlichten.

Inzwischen sind Offshore-Pläne gesellschaftlich akzeptiert. Nach Fukushima und dem Atomausstieg macht ein Foto die Runde: Kanzlerin Merkel im Helikopter blickt über einen Offshore-Windpark, der melancholische Blick fixiert die Türme. Die Botschaft des Bildes: Die jahrzehntlang heftig umstrittene Windkraft ist, zu Lande und zu Wasser, zum Stützpfiler des zweiten Atomausstiegs geworden. Seit die Anlagen leiser und umweltverträglicher, die Abstände zu Wohngebieten größer geworden sind, ist die Akzeptanz gewachsen. 94 Prozent der Deutschen halten, so ermittelte es die neueste Infratest-Umfrage, den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien für richtig und wichtig. Es scheint, als hätten die Deutschen ihre alte Liebe zur Windmühle wiederentdeckt.

Der Autor ist Journalist und einer der beiden Chefredakteure des Umweltmagazins »zeo2«

DIE ZEIT



TITELGESCHICHTE

Nie mehr zweite Klasse

Ein Mann rennt. Wahrscheinlich schwitzt er auch, man weiß es nicht, weil auf dem Fernsehschirm minutenlang nur Beine zu sehen sind. Der Werbespot endet mit einer berühmten Zeile: »Am 31. ist Wüstenrot-Tag!« Klar, warum der Mann so rennt: Bis zum Stichtag muss er etwas Dringendes bei seiner Bank erledigen.

Der kleine Film wurde dreißig Jahre lang in verschiedenen Versionen im Fernsehen gezeigt. Ein Klassiker, der neuerdings sozialdemokratische Politiker inspiriert. »Wüstenrot-Tag« nennen sie bei der SPD einen Stichtag, an dem eine neue Ära für den deutschen Sozialstaat anbrechen soll. Der »Wüstenrot-Tag« soll das Ende der Zweiklassenmedizin einläuten: den Abschied von einem Gesundheitswesen, in dessen Wartezimmern, Reha-Kliniken und Operationssälen zwischen Kassenpatienten und Privatversicherten unterschieden wird.

Entschieden wird zwar frühestens nach der nächsten Bundestagswahl im Herbst 2013, aber in diesen Wochen und Monaten kippt die Stimmung – in der Politik, in den Medien, bei den Versicherten und sogar in Teilen der Versicherungsbranche. Die private Krankenversicherung (PKV), so wie sie im Augenblick besteht, gilt nicht mehr als zukunftstaugliches Modell. Eine klassenlose Gesellschaft zeichnet sich ab, wenn auch nur im Gesundheitssystem.

Der CDU-Gesundheitsexperte Jens Spahn wirbt gerade in seiner Partei dafür, eine neue Versicherung für alle zu konzipieren, ohne Zweiklassenmedizin. »Das derzeitige Nebeneinander von zwei Systemen ist nur noch historisch zu begründen und hat kaum noch Akzeptanz«, sagt er. »Die private Krankenversicherung wird sich verändern müssen.«

In der SPD sind die Reformpläne schon weit gediehen, sie sind allerdings weniger radikal als noch vor einigen Jahren. Auf ihrem Parteitag im Dezember 2011 beschlossen die Genossen ein Konzept, das, wie Gesundheitsexperte Karl Lauterbach meint, »auch ein attraktives Angebot für wechselwillige Privatversicherte sein soll«. Das Modell ist einfacher, Härten für Gutverdiener wurden trotz des Protestes des linken Parteiflügels gestrichen.

Es geht dabei nicht um eine Abschaffung der privaten Krankenversicherung per Dekret, sondern darum, dass für alle Versicherungen dieselben Regeln gelten – für die Erhebung der Beiträge oder die Bezahlung von Arzthonoraren. Wenn die Reform in Kraft tritt, soll es nach den SPD-Plänen in Deutschland möglich sein, zwischen privaten und gesetzlichen Versicherungen hin und her zu wechseln, bis zum »Wüstenrot-Tag« eben. Das gab es bisher noch nicht. Denn so entstünde ein Wettbewerbsdruck, bei dem nur noch die Kassen überleben, die ein wirklich überzeugendes Angebot vorlegen.

Als Vorbild gelten die Niederlande, wo die Regierung 2006 etwas Ähnliches entschied: Jeder Fünfte der sechzehn Millionen niederländischen Versicherten wechselte damals innerhalb weniger Wochen seinen Anbieter. Bei vielen Kassen standen zwei Monate lang die Telefone nicht still. Einige Versicherungen verloren auf einen Schlag mehrere Hunderttausend Kunden, bei anderen mussten die Mitarbeiter auch nachts arbeiten, um mit der Beratung neuer Mitglieder hinterherzukommen.

In Deutschland gehören heute ungefähr 85 Prozent einer gesetzlichen Krankenkasse an mit ihren einheitlichen Leistungen für alle, der kostenlosen Absicherung für Familienangehörige und Beiträgen, die vom Einkommen abhängen. Der Rest, etwa 8,9 Millionen Menschen, hat einen Vertrag mit einer privaten Krankenversicherung wie der Debeka oder der DKV. Diese Versicherten bekommen Rechnungen vom Zahnarzt oder Krankenhaus, die sie einreichen müssen. Ihre Beiträge werden Prämien genannt, die Höhe hängt vor allem vom Krankheitsrisiko und vom Leistungsumfang ab. Meistens verdienen Ärzte und Kliniken besonders gut an Privatversicherten, die deswegen oft schneller Termine bekommen als Kassenpatienten.

Lange schienen die Unterschiede zwischen beiden Welten ständig größer zu werden. Schmutzige Arztpraxen und Kliniken eröffneten, die ausschließlich Privatversicherte annehmen. Patienten zweiter Klasse mussten, getrennt von den Privaten, in ihren kargen Wartezimmern oft länger sitzen. In den Genuss bestimmter, besonders aufwendiger Behandlungen kam meist nur noch die erste Klasse – Kassenpatienten durften dafür extra zahlen.



Widersacher: SPD-Experte Karl Lauterbach (l.) und Politikberater Bert Rürup 2003

Neuerdings jedoch wenden sich mehr und mehr junge, gut verdienende Versicherte an Beratungsstellen: Sie suchen nach einem Ausweg aus dem privaten System. Melanie Taprogge ist eine von ihnen: »Mir ist die Freiheit genommen, selbst zu entscheiden«, klagt die 37-jährige Frau aus Berlin. Als Angestellte im öffentlichen Dienst war sie lange eine zufriedene Kassenpatientin, dann wurde sie Beamtin und wechselte in die PKV. Als Kassenpatientin hätte sie den Höchstsatz zahlen und auf die Beihilfe verzichten müssen.

Das war vor eineinhalb Jahren. Inzwischen ist Melanie Taprogge aber wieder angestellt, sie hat einen Führungsposten bei der Telekom und will zurück in die gesetzliche Krankenversicherung. Sie lässt ihren Fall von der AOK prüfen, obwohl sie dort sogar einen deutlich höheren Monatsbeitrag zahlen müsste. Vermutlich wird das aber nicht gelingen. Ihr Einkommen liegt über der sogenannten Versicherungspflichtgrenze (siehe Kasten). Daher ist der Wechsel nicht erlaubt. »Vielleicht gibt es doch eine Regelungslücke«, hofft sie nun.

Der Fall Taprogge zeigt: In Deutschland sind neuerdings nicht mal mehr die vermeintlichen



Kleiner Ratgeber für wechselwillige Versicherte

1. Wer kann wechseln?

Wer in seinem ersten Job mehr als 50 850 Euro im Jahr verdient, liegt über der Versicherungspflichtgrenze. Das heißt: Man darf von der Kasse zur privaten Versicherung wechseln. Aber umgekehrt ist es schwierig. Versicherte können nur in die gesetzliche Krankenversicherung zurück, wenn sie arbeitslos werden oder wenn ihr Einkommen wieder unter die Pflichtgrenze sinkt. Ehepartner und Kinder dürfen nur dann mit wechseln, wenn sie jeweils weniger als 400 Euro monatlich verdienen. Ein Austritt aus der PKV ist auch möglich, wenn man ein Studium beginnt, bevor man 30 Jahre alt wird.

2. Gibt es keine andere Möglichkeit?

Verbraucherzentralen und die Unabhängige Patientenberatung können prüfen, ob ein Wechsel aus der Privatversicherung doch infrage kommt. In manchen Härtefällen wurden schon Ausnahmen gemacht, und es gibt Tricks, etwa die zeitweilige Absenkung des Einkommens unter die Pflichtgrenze. Auf jeden Fall sollte man sich informieren, bevor man 55 Jahre alt ist: Ab diesem Alter sind die Kriterien so streng, dass der Wechsel fast unmöglich ist. Das soll vor Missbrauch schützen. Versicherte könnten sonst ja in jungem Alter von der günstigen Privatversicherung profitieren und später, wenn in hohem Alter die Beiträge steigen, wechseln.

3. Sinken die Leistungen beim Wechsel aus der PKV?

Im Allgemeinen ja, aber es kommt auf die Art der Leistung an. Private Versicherungen bezahlen recht oft alternative Medizin und Komfortdienste wie Chefarztbehandlung, gesetzliche Kassen

übernehmen zum Beispiel Mutter-Kind-Kuren. Die private Versorgung kann sehr umfangreich sein, wenn die Prämien hoch sind. Bei auffällig günstigen Tarifen fehlen oft wichtige Leistungen wie ambulante Psychotherapie, oder es bleibt eine sehr hohe Selbstbeteiligung. Zwischen den gesetzlichen Kassen gibt es nur geringe Unterschiede in den Leistungspaketen. Wie viel man für sie zahlt, hängt vom Einkommen ab, maximal sind es derzeit ohne Pflegeversicherung 590 Euro im Monat. Bei einigen Kassen gibt es günstigere Wahltarife, etwa mit Selbstbeteiligung.

4. Für wen lohnt sich ein Wechsel?

Er kann vor allem für Familien vorteilhaft sein, weil in der gesetzlichen Krankenkasse Kinder und Ehepartner ohne eigenes Einkommen beitragsfrei mitversichert sind. Die privaten Kassen verlangen dagegen für jedes Familienmitglied einen eigenen Beitrag, je nach Alter, Geschlecht und Gesundheit bei Vertragsabschluss. Die besten Voraussetzungen für eine private Versicherung haben daher gesunde, junge Männer ohne Familienpläne. Und Beamte: Der Staat zahlt ihnen Beihilfe, also je nach Alter und Familienstand 50, 70 oder 80 Prozent jeder Arzt- und Arzneirechnung. Alle anderen müssen vorsichtig kalkulieren, zumal im Alter mit hohen Beitragssteigerungen zu rechnen ist. Seit 2000 ist es gesetzlich vorgeschrieben, dass Privatversicherte im Alter von 22 bis 61 Jahren zehn Prozent zusätzlich einzahlen, um diese Beitragserhöhungen zu mindern. Das kommt aber vor allem Versicherten zugute, die ihren Vertrag im neuen Jahrtausend abgeschlossen haben. KATJA SCHERER

In Deutschland steht eine Revolution bevor: Die Zeit der privaten Krankenversicherung neigt sich dem Ende zu. Was kommt nun? VON ELISABETH NIEJAHR

Luxuspazienten zufrieden. Die private Krankenversicherung hat immer weniger Anhänger:

- Die Versicherten klagen über exorbitant hohe Beiträge für alte Menschen, schnell steigende Prämien für die Jungen und über Rechnungen, die nicht komplett ersetzt werden. Axel Kleinlein, Chef des Bundes der Versicherten, schätzt, dass mindestens jeder vierte Privatpatient ins gesetzliche System wechseln möchte. Momentan sei dieser Wunsch in Beratungsgesprächen das »Thema Nummer eins«, weil zur Jahreswende viele Prämien gestiegen sind.
- Mit den Klagen ändert sich das öffentliche Bild der PKV, deren Versicherte vor Kurzem noch als Gewinner galten. »Es ist an der Zeit, mit dem Mythos vom privilegierten Privatpatienten aufzuräumen, er ist oft ein armes Schwein«, notierte der *stern*.
- Die Versicherungsunternehmen kommen mit dem steigenden Kostendruck nicht zurecht und haben sich zuletzt sehr ungeschickt verhalten. Die einen ruinieren vor lauter Sparzwang ihren Ruf bei den Kunden; andere haben erfolglos mit Billigtarifen für junge Kunden experimentiert. Was fehlt, ist eine überzeugende Vision.

Ohnehin steckt hinter der Aufteilung des Marktes in gesetzliche Kassen und private Versicherungen keine schlüssige Idee. Die Trennung verläuft weder zwischen Arm und Reich noch zwischen Freunden des Marktes und staatsstreuem Kassenfans, wie häufig unterstellt wird. Unterschieden wird nach Berufsgruppen: Angestellte gehören ins Kassensystem, sofern sie nicht gut verdienen und freiwillig wechseln. Beamte und Selbstständige versichern sich bei den Privaten. Immerhin 47,5 Prozent aller Privatversicherten sind Beamte, die oft weniger verdienen als der durchschnittliche Kassenpatient. Momentan verkündet die PKV zwar stolz, dass ihre Mitgliederzahl wachse – mit staatlicher Personalpolitik: Die Länder heben gerade viele Mitarbeiter in den Beamtenstand. Das bedeutet automatisch Zuwachs für die PKV.

Harten Wettbewerb findet man zwischen privaten Versicherungen seltener als zwischen den gesetzlichen Krankenkassen, aus einem einfachen Grund: Kassenpatienten können leichter wechseln. Der Sprung von der Barmer zur AOK oder umgekehrt ist keine große Sache. Die PKV jedoch baut Altersrückstellungen auf. Sie legt einen Teil der Prämien für die Altersjahre ihrer Kunden zurück, die beim Wechsel des Versicherers verfallen. Deshalb ist die Kündigung für langjährige Versicherte ein schlechtes Geschäft.

»Gerade junge Menschen unterschätzen, dass sie sich an ihre private Versicherung praktisch bis ans Lebensende binden«, warnt Ilona Köster-Steinebach, Gesundheitsexpertin beim Bundesverband der Verbraucherzentralen. Sie wirft den PKV vor, gerade junge Selbstständige mit niedrigen Prämien zu locken, die später schnell steigen und die Versicherten schnell überfordern. Über die Frage, ob sie manchmal auch die Privaten emp-

Fortsetzung auf S. 20



Überfordert: Marcelle Englebert (oben). Will zurück ins Solidarsystem: Telekom-Managerin Melanie Taprogge



Fotos: [M]: Bernd Hartung für DIE ZEIT (o.); Malte Jäger für DIE ZEIT

Klassenlos in Großbritannien

Die chinesische Armee, die indische Eisenbahn und das britische Gesundheitssystem sind die größten Arbeitgeber auf der Welt. In Deutschland herrscht zu diesem Thema ein altes Vorurteil: Ein unflexibler Koloss wie der britische **National Health Service (NHS)** mit seinen 1,7 Millionen Mitarbeitern liefere den Inselbewohnern natürlich bloß eine teure und mittelmäßige Krankenversorgung.

Die Briten sehen das anders. Der NHS ist ihr Stolz. Die universelle und **kostenlose Gesundheitsversorgung**, die keine Klassenunterschiede kennt und jeden Briten von der Wiege bis ins Grab gleich behandelt, gilt als die größte sozialpolitische Errungenschaft aller Zeiten. Großbritannien mag für sein altes Klassensystem bekannt sein, aber nur elf Prozent der Bevölkerung versichern ihre Gesundheit zusätzlich privat.

Der NHS ist zuletzt teurer geworden. In den vergangenen 15 Jahren ist das Budget jedes Jahr um über fünf Prozent gestiegen. Mittlerweile hat es 106 Milliarden Pfund erreicht, das entspricht **9,8 Prozent des Bruttoinlandsproduktes**. Die Deutschen geben mit 10,4 Prozent einen noch größeren Teil der Wirtschaftsleistung für die Gesundheit aus, was jedoch keineswegs bedeutet, dass sie viel gesünder wären. Die Lebens-

erwartung ist in beiden Ländern gleich, ebenso die Säuglingssterblichkeit.

Unterschiede gibt es dagegen bei den Überlebenschancen. Sobald sie 25 Jahre alt sind, werden britische Frauen regelmäßig für **Vorsorge auf Gebärmutterhalskrebs** untersucht. »Alle drei Jahre kommt der Brief vom Hausarzt«, erklärt Nancy Davlin vom King's Fund, einem Londoner Gesundheits-Thinktank. »Das zentralistische System erweist sich hier als Vorteil, und die Heilungschancen sind höher als in Ländern, in denen diese Vorsorge nur durch Eigeninitiative geschieht.« Beim Besiegen von Brustkrebs dagegen fällt Großbritannien im europäischen Vergleich zurück, denn für Chemotherapien bleiben oft keine Mittel.

Nun hat die Regierung sich eine Gesundheitsreform vorgenommen, bei der die Budgethoheit an lokale NHS-Verwaltungen abgegeben wird. Dann sollen sich auch **private Anbieter** an der Versorgung beteiligen. Es ist das ehrgeizigste Reformvorhaben seit einem halben Jahrhundert. Gesundheitsminister Andrew Lansley geht es um mehr Effizienz und größere Flexibilität. Die Gegenseite wirft ihm vor, die Versorgungsstandards zu senken. Eins ist aber klar: Das Grundprinzip des universellen NHS wird dabei bestehen bleiben. JOHN F. JUNGCLAUSSEN

+ Fortsetzung von S. 19

fehle, kann sie nur lachen: »Wenn Sie gut verdienen, total sicher sind, dass das lebenslang so bleibt, und wenn sie außerdem keine Kinder haben – dann können wir Ihnen die PKV empfehlen. Aber wer weiß das alles schon so genau?«

Die Sorge um rasche Prämiensteigerungen im Alter besteht zu Recht – auch wenn die Privatversicherungen stolz auf ihre Altersrückstellungen verweisen und auf neuartige Tarife, bei denen die Kunden besonders viel fürs Alter zurücklegen können. Beides aber wird steigende Kosten nicht ausgleichen können.

Lange existierte für die PKV das Problem der finanziell hoch belasteten älteren Menschen kaum. Bis zur Jahrtausendwende konnten Privatversicherte in jungen Jahren erst die niedrigen PKV-Tarife genießen und dann im Alter ins gesetzliche System wechseln. Diese Möglichkeit schaffte Rot-Grün im Jahr 2000 ab.

Noch heute hat die PKV jüngere Versicherte als die gesetzlichen Konkurrenten, aber dank der neuen Regelung wird der Unterschied kleiner. Man wird ihn kaum spüren, wenn die geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand wechseln. Und dann bekommen viele Babyboomer als Privatversicherte ein doppeltes Problem: Sie erhalten weniger Rente und müssen davon steigende Gesundheitskosten finanzieren. Im Alter zahlt der Arbeitgeber nicht mehr die Hälfte der Beiträge, deshalb sind die Lasten viel größer als bei Kassentypen, deren Beitrag von der Rentenhöhe abhängt. Am schlimmsten wird es geringverdienende Selbstständige treffen, denen ohnehin meistens eine gute Alterssicherung fehlt.

Ihnen droht, was Marcelle Englebert schon jetzt erlebt. In etwa zwei Jahren sind alle Ersparnisse der 65-jährigen Rentnerin aus Frankfurt aufgezehrt, dann wird sie ihre Krankenversicherung nicht mehr bezahlen können. »Ich habe Angst«, sagt sie. »Ich will doch kein Sozialfall werden.« Englebert hat fast fünfzig Jahre lang gearbeitet, zehn Jahre war sie Stewardess, später Bankkauffrau. Mit 58 Jahren ging sie in den Vorruhestand, sie hatte schlimme Entzündungen in Arm und Schulter und konnte nicht mehr arbeiten. Ihre Rente wurde um rund zehn Prozent gekürzt auf rund 1100 Euro pro Monat.

Davon zahlt Englebert 435 Euro für ihre private Krankenversicherung, obwohl sie einen Tarif ohne Zusatzleistungen und eine Selbstbeteiligung von 3800 Euro im Jahr gewählt hat. Um Versicherungen, Miete und Essen bezahlen zu können, legt die Rentnerin jeden Monat etwas von ihrem Ersparnis dazu. Nun sind die Rücklagen fast aufgebraucht, und sie weiß nicht, wie es weitergehen soll. »Ich gehe schon gar nicht mehr zum Arzt«, sagt sie. Sie braucht dringend eine Zahnbehandlung, zwei neue Kronen, aber das kann sie sich nicht leisten. Wegen der hohen Selbstbeteiligung müsste sie alles selbst bezahlen.

Früher ließen sich Lebensläufe besser planen – das ist einer der Gründe für die steigende Unzufriedenheit der Privatpatienten. Selbstständige rutschten seltener in die Armut, Ehen wurden seltener geschieden. Deshalb gab es weniger Schicksale wie das von Angelika Zegelin. Die 57-Jährige aus Recklinghausen ist schwer krank und hat keinen Versicherungsschutz – ohne eigene Schuld. Sie gehört zu einer Gruppe, die im bestehenden Zweiklassensystem besonders schlecht wegkommt: Es sind die geschiedenen Frauen von Beamten. Für sie ist die geltende Rechtslage der blanke Horror: Während der Ehe sind sie über den Ehemann gut abgesichert und müssen sich nach der Scheidung neu privat versichern, oft zu extrem ungünstigen Bedingungen, obwohl sie von wenig Unterhalt oder Rente leben.

Angelika Zegelin war Mitte der Neunziger über ihren Mann in die private Krankenversicherung gekommen. Davor hatte sie fast dreißig Jahre lang in die gesetzliche Kasse eingezahlt. Vor zehn Jahren trennte sich ihr Mann von ihr, Zegelin konnte aber nicht in ihre alte Kasse zurück. Sie ist zu alt für den Wechsel und muss weiterhin die Kosten der privaten Versicherung tragen. Nach mehreren Operationen ist sie zu 80 Prozent behindert und benötigt ärztliche Hilfe, kann aber ihre Beiträge nicht bezahlen. Sie bekommt 700 Euro Rente, 600 Euro davon soll sie an die Krankenversicherung abgeben. Seit einem Jahr hat sie kein Geld mehr überwiesen und verzichtet auf Arztbesuche. Noch geht das, aber die alte Frau hat Angst davor, dass ihr Zustand sich verschlechtert.

Die private Krankenversicherung fühlt sich durch solche Fälle überfordert. Dass es verzweifelte Menschen gibt, die im gesetzlichen System besser aufgehoben wären, bestreitet auch dort niemand. Doch andererseits könne man nicht für jede Scheidung, jede Unfähigkeit, für das Alter angemessen vorzusorgen, und auch nicht für jede Unternehmenspleite eines Selbstständigen die Verantwortung übernehmen, heißt es beim Berliner Branchenverband. Eigentlich sieht man sich als Dienstleister für eine Elite, die nicht nur bereit, sondern vor allem in der Lage ist, für bessere Leistungen mehr zu zahlen, auch im Alter.

So hatte die private Krankenversicherung ihre Existenz jahrelang begründet: als Luxusangebot für Gutverdienende, das vielen Ärzten zusätzliche Einkünfte verschaffte und nebenher auch noch die gesetzlichen Krankenkassen mit seinen umfangreichen Angeboten unter Druck setzte. »Dass die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland mehr Leistungen anbietet als fast alle anderen Gesundheitssysteme der Welt, hat ganz klar auch mit der Konkurrenz durch uns zu tun«, sagt Volker Leinbach, Direktor des PKV-Verbandes. Viele Jahre teilten Gesundheitspolitiker aller Parteien diese Sicht, die an das Argument erinnert, nur die Nachbarschaft zur sozialistischen DDR habe den umfangreichen westdeutschen Sozialstaat der Nachkriegsjahre möglich gemacht.

Doch aus zwei Gründen stimmt das Selbstbild der Branche heute nicht mehr. Die Versicherten haben sich verändert – und die Kostensteigerungen sind kaum noch in Grenzen zu halten. Beides haben die Unternehmen mitverschuldet. Einige Anbieter, die Central Krankenversicherung beispielsweise, haben in den vergangenen Jahren gezielt mit Prämien unter hundert Euro um junge Selbstständige geworben, denen aber häufig eine solide wirtschaftliche Basis fehlte. Inzwischen klagt die Branche laut über Nichtzahler, die ihre Prämien nicht überweisen, denen die Versicherung laut Gesetz aber nicht kündigen dürfe. Jetzt will die Bundesregierung mit einem Gesetz die Verluste der Branche begrenzen, doch für einige Anbieter kommt das zu spät.

Dann gibt es noch einen anderen Typ von Versicherten, die oft unzufrieden sind: Kunden, die der Branche vom Gesetzgeber vor drei Jahren mit einer Versicherungspflicht für alle aufgezogen wurden. Die PKV-Unternehmen dürfen seit 2009 niemanden mehr ablehnen, sie müssen Verträge mit dem sogenannten Basistarif anbieten, der allerdings mit knapp 600 Euro Monatsprämie für Leistungen unter dem Niveau der gesetzlichen Krankenkassen sehr teuer ist. »Wer den Basistarif nutzt, hat oft Schwierigkeiten, einen Arzt zu finden, der ihn behandelt«, warnt die Berliner Anwältin Sabrina Sokoloff. »Es ist ein Loser-Tarif, zu dem man nicht raten kann, wenn es eine Alternative gibt.«

Reinhard von Zuccalmaglio hatte keine Wahl. Der Pensionär aus Frankfurt hatte früher gar keine Versicherung. Für den ehemaligen Beamten beglich die Beihilfe 70 Prozent jeder Arztrechnung, den Rest zahlte er selbst aus seinem Ersparnis. Doch als die Versicherungspflicht eingeführt wurde, brauchte von Zuccalmaglio wieder eine Privatversicherung.

Die Allianz schlug ihm, wegen früherer Krankheiten, eine Monatsprämie von 6255 Euro vor. Von Zuccalmaglio wehrte sich, er schrieb an die Aufsichtsbehörden, verlangte eine genaue ärztliche Prüfung seines Gesundheitszustands. Am Ende korrigierte sich die Versicherung nur in einem Punkt: Da von Zuccalmaglio Beihilfe beziehe, betrage der Risikozuschlag 1859 Euro. Der Pensionär verzichtete trotzdem – er begnügte sich mit dem billigen Basistarif.

»Wir brauchen ein System, in dem jeder seine Versicherung selbst aussuchen kann«, fordert von Zuccalmaglio. Vor ihm in seiner Frankfurter Wohnung liegt ein weißer Ordner, in dem Dutzende von Rechnungen abgeheftet sind. Oft muss er wegen der Erstattung kleinster Beträge korrespondieren – so ist das nun mal im Billigtarif. Mitte Januar teilte ihm die Allianz mit, dass er für ein Medikament zehn Cent zu viel bezahlt habe. Es hatte 12,52 Euro gekostet. »Sie haben ein Arzneimittel zur Erstattung eingereicht, dessen Preis den gültigen Apothekenverkaufspreis überschreitet«, schrieb die Allianz.

Lange zahlten die privaten Krankenversicherungen oft auch dann, wenn sie nicht mussten. Darauf kann heute niemand mehr zählen. Seit fünf Jahren sitzen im Anwaltsbüro von Sabrina Sokoloff regelmäßig Privatversicherte, die wegen der Erstattung von Leistungen prozessieren. »Das gab es früher gar nicht«, sagt die Juristin. »Man merkt den Kostendruck in der Branche ganz extrem.« Regelmäßig wird dieser Druck in Prämiensteigerungen weitergegeben. »Im ersten Moment denkt man an Abzocke«, sagt Uwe Scherer. In den vergangenen drei Jahren hat sich sein Versicherungsbeitrag fast verdoppelt, Anfang 2010 zahlt er 118,25 Euro monatlich, inzwischen sind es 227,35 Euro – bei einem Tarif mit einer Selbstbeteiligung von 3500 Euro im Jahr. Der 55-jährige Makler entschied sich Anfang der achtziger Jahre für eine private Versicherung mit besonders niedrigen Beiträgen, zunächst war er auch sehr zufrieden. »Ein echter Rolls-Royce-Tarif« erinnert er sich. Nun ist er »stinksauer«, schließlich stieg im Vorjahr sein Beitrag um 45 Prozent, im Jahr 2010 um knapp 40 Prozent – zunächst bekam der Versicherte nicht einmal eine Begründung dafür.

Noch eine dritte Gruppe von unzufriedenen Versicherten ärgert sich, sie zieht aber seltener vor Gericht: die überteuerten Privatpatienten, an denen Ärzte herumdoktern, um zu verdienen. So bestreiten Politiker auch nicht mehr, dass durch das Nebeneinander von privaten und gesetzlichen Kassen Geld oft falsch eingesetzt wird, jedenfalls nicht so, wie es der Gesetzgeber beiden Systemen vorschreibt: für das »medizinisch Notwendige«.

»Es gibt gleichzeitig eine Über- und Unter-versorgung«, sagt der Professor für Gesundheitsökonomie und Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach. Zehn Jahre sind vergangen, seit er in einer

Expertenkommission der damaligen rot-grünen Bundesregierung ein Gegenmodell zur Zweiklassenmedizin erfand: die Bürgerversicherung. Weg mit allen Unterschieden zwischen Privat- und Kassentypen – das war Lauterbachs Vorschlag. So einfach, so revolutionär. Alle Bürger sollten Mitglieder im Solidarsystem werden.

Für die Idee gab es zunächst wenig Unterstützung. Der damalige Kommissionschef Bert Rürup wollte ebenfalls eine große Reform, aber ein ganz anderes Modell, die sogenannte Kopfpauschale, für die sich später Angela Merkel als Bundeskanzlerin einsetzte. Auch die SPD war nicht begeistert. Als Gerhard Schröder erfuhr, dass die Professoren seiner Expertenrunde sich wieder einmal nicht einig waren, tobte er und kündigte an, er werde die Kommission auflösen, falls das so weitergehe. Aber seitdem ist die Idee, der in Umfragen immer viele Bürger zustimmten, immer noch auf dem

Tisch. Lauterbach, damals noch hauptamtlich Hochschullehrer und eher ein Neuling in der Politik, tourte gemeinsam mit Andrea Nahles durch seine Partei, um für die Idee zu werben. Die Grünen und die Linkspartei entschieden sich für ein ähnliches Modell.

Heute ist seltener von der Bürgerversicherung die Rede – dabei war es nie so wahrscheinlich wie heute, dass es sie oder ein vergleichbares System tatsächlich in Deutschland geben wird. Falls SPD und Grüne gemeinsam regieren sollten, ist dies so gut wie sicher. Aber selbst im Fall einer Großen Koalition werden viele Unterschiede zwischen beiden Gesundheits-

welten, zwischen Kassen und Privatversicherungen verschwinden. »Viele Kassen im Wettbewerb, keine Einheits-AOK«, fordert Jens Spahn, CDU. Aber gleiche Spielregeln für alle Versicherten will auch er. Mit dem CSU-Landesminister Markus Söder hatte er schon einen gemeinsamen Vorschlag entworfen, bevor der von der Gesundheits- in die Finanzpolitik wechselte. Gut möglich jedenfalls, dass die Union nach Mindestlohn, Elterngeld und Wehrpflicht mit der Bürgerversicherung am Ende ein weiteres Thema der Opposition übernimmt. »Am Ende«, glaubt Spahn, »werden große Reformen in Deutschland oft von der Partei gemacht, von der man es nicht erwartet.«

Voraussetzung dafür, dass die Professorenidee von einst Realität werden kann, ist allerdings die Wahlfreiheit der Versicherten und eine neue Vergütungsordnung für Ärzte. Zur Idee der Bürgerversicherung gehört, dass ein Arzt an Patienten der beiden Versicherungssysteme gleich viel verdient. Dann ist Schluss mit der Zweiklassenbehandlung, und die PKV wird automatisch weniger attraktiv.

Dafür muss die Regierung die Regeln ändern – und dafür sorgen, dass die Ärzte an Kassentypen mehr verdienen als vorher. Sonst wäre die Bürgerversicherung für die Ärzteschaft eine brutale Einkommenskürzung.

Die Freiheit, die Kasse zu wechseln, ist ebenso wichtig. Dafür gäbe es dann den »Wüstenrot-Tag«. Lauterbach rechnet damit, dass ein großer Teil der Privatpatienten dann in das gesetzliche System abwandert – ältere ohnehin, weil sie weniger zahlen müssten, aber auch viele jüngere Menschen wie Taprogge, die das Solidarsystem schätzen, hohe Alterslasten vermeiden wollen oder sich schlicht das Ein-

reichen von Quittungen sparen wollen. Die privaten Versicherungen würden dadurch weniger geschwächt, als es auf den ersten Blick scheint: Wer von der privaten zur gesetzlichen Versicherung wechselt, müsste auf seine Altersrückstellungen verzichten. Die Kriegskasse der Privaten würde also mit jedem Abgang aufgestockt – und würde deren Chancen verbessern, in einem neuen Versicherungsmarkt zu bestehen.

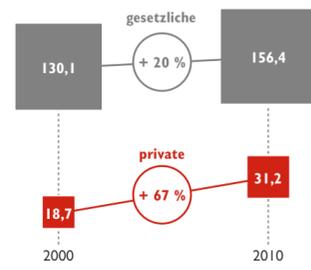
Einige Bürger planen schon fest mit der neuen Versicherungswelt, der Rentner Günter Held beispielsweise. Er ist »vor der Versicherungspflicht geflohen«, wie er sagt – nach Sri Lanka. Wer in Deutschland keinen Wohnsitz hat, muss sich nicht privat versichern. Held hat früher in der Versicherungsbranche gearbeitet, er kennt sich aus, und als die neue Versicherungspflicht für alle eingeführt wurde, beschloss er, kein Geld für eine schlechte Absicherung im Basistarif ausgeben zu wollen. Er fühlt sich wohl in Asien, und er hat auf diese Weise knapp 600 Euro mehr zum Leben. Und er rechnet fest damit, dass er in einigen Jahren zurückkehren wird, weil im deutschen Gesundheitssystem dann ganz andere Regeln gelten. Fast egal, welche Mehrheit dann regiert.

Mitarbeit: KATJA SCHERER

Weitere Informationen im Internet: www.zeit.de/gesundheitspolitik

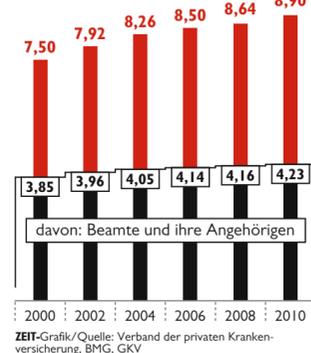
Teure Privatkassen

Beitragseinnahmen der privaten und der gesetzlichen Krankenversicherung im Vergleich, in Milliarden Euro pro Jahr



Viele Staatsdiener

Versicherte in der privaten Krankenversicherung in Deutschland, in Millionen



Merkels Gegner und wie sie die Welt sehen

Die Deutschen verstehen die Krise nicht, behaupten angelsächsische Politiker und Ökonomen. Wie kommen sie darauf? VON MARK SCHIERITZ

Am Montag dieser Woche ist Europa ein Stück deutscher geworden – zumindest auf dem Papier. Mit Ausnahme von Tschechien und Großbritannien wollen alle Mitgliedstaaten der Europäischen Union den im Wesentlichen von der Bundesregierung ersonnenen Fiskalpakt unterschreiben. Per Staatsvertrag verpflichten sie sich damit zur Einführung von Schuldenbremsen nach Berliner Vorbild.

Ein Sieg für die deutsche Kanzlerin und ein weiterer Schritt im Kampf gegen die Staatsschuldenkrise – so sieht man das in Berlin, wo die Brüsseler Einigung als »Meisterleistung« (Angela Merkel) gilt. Europa bleibe »eine Sorge«, ließ das Weiße Haus in Washington dagegen nur wenige Stunden nach Ende des Gipfels mitteilen. Und der britische Premierminister David Cameron forderte die Kanzlerin auf, endlich »kühn und mutig« zu sein.

Der Grund für den Dissens: Aus Sicht der Merkel-Kritiker – sie sitzen nicht nur in den angelsächsischen Regierungszentralen, sondern auch in diversen Universitäten – ist die Staatsschuldenkrise im Kern überhaupt keine Staatsschuldenkrise. Bloß, was ist sie dann?

Paul de Grauwe meint es zu wissen. Er ist bekannt. Seine Regierung hat den belgischen Währungsexperten vor ein paar Jahren für einen Posten im Direktorium der Europäischen Zentralbank nominiert. Durchsetzen konnte sie ihn allerdings nicht. Die Deutschen waren dagegen.

An einem Nachmittag im Herbst 2009 hält er einen Vortrag auf einer Fachkonferenz in Frankfurt. Seine Vordränger haben über die hohe Staatsverschuldung gesprochen und über die Notwendigkeit, die Defizite endlich zurückzuführen. Nach dem Mittagessen ist de Grauwe an der Reihe – und schon im zweiten Satz macht er klar, was er von solchen Ausführungen hält: Für ihn sind sie eine glatte Themaverfehlung. Viele der Merkel-Skeptiker berufen sich auf die Analysen de Grauwes von damals.

Um ihre Einwände zu verstehen, muss man zurückgehen in die Zeit vor dem Euro. Damals stürzten die Währungskurse der südeuropäischen Staaten immer wieder ab, weil ihre Notenbanken zu viel Geld druckten. Deshalb waren die Zinsen im Süden sehr hoch. Die Investoren verliehen ihr Geld nur, wenn sie für das Verlustrisiko einen Ausgleich erhielten. Für die Finanzierung einer Immobilie verlangten die Banken in Spanien mehr als zehn Prozent Zinsen pro Jahr. Die Menschen nahmen kaum Kredite auf, es wurde wenig gebaut und konsumiert.

Als vor rund zehn Jahren die gemeinsame Währung eingeführt wird, änderte sich das grundlegend: Die Zinsen sanken – und zwar rasant. Mussten die Italiener für zehnjährige Kredite in den neunziger Jahren im Schnitt noch elf Prozent Zinsen zahlen, so sind es nun weniger als fünf Prozent. Ähnlich ist die Lage in Spanien, in Irland und in Portugal.

Der Grund für den Zinsrutsch: Es gibt nun keine nationalen Währungen mehr, und die Geldversorgung in Europa wird von der Europäischen Zentralbank (EZB) gesteuert, die den Stabilitätsprinzipien der Bundesbank verpflichtet ist. Wer seine Ersparnisse in Italien oder Spanien anlegt, muss nicht mehr fürchten, sie durch Inflation oder Wechselkursschwankungen zu verlieren.

Viele machen von dieser Möglichkeit Gebrauch. Die Banken und Versicherungen in Deutschland und Frankreich verschieben mehr und mehr Geld in den Süden. Dort ist die Freude über den Geldregen groß: Die Finanzinstitute reichen einen Kredit nach dem anderen aus, die Menschen gehen einkaufen, die Immobilienpreise schnellen in die

Höhe. Finanziert wird der Boom durch Kapital aus dem Norden. Im Jahr 2009 haben die Spanier Auslandsschulden in Höhe von 97 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Die Zahlen von Paul de Grauwe zeigen: Die meisten neuen Schulden hat nicht der Staat gemacht, es waren vielerorts die Akteure in der privaten Wirtschaft. Während die Defizite der öffentlichen Haushalte – mit Ausnahme von Griechenland – in den Jahren vor der Krise sogar gesunken seien, hätten die Verbindlichkeiten der Haushalte dramatisch zugenommen. Spanien und Irland beispielsweise hatten niedrigere Schulden als Deutschland. »Von Griechenland abgesehen, ist die Wurzel des Problems die exzessive Privatverschuldung und nicht die Staatsverschuldung«, sagt der amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman, einer der schärfsten Kritiker Angela Merkels. Die Schuldenregeln der EU aber erfassten – genau wie der neue Fiskalpakt der Kanzlerin – nur den öffentlichen Sektor und lösten deshalb keinen Alarm aus.

Im Gegenteil, das politische Arrangement machte die Sache im vergangenen Jahrzehnt sogar noch schlimmer, wenn man Krugman und seinen Mitstreitern glaubt. Normalerweise erhöhen nationale Notenbanken im Boom die Zinsen und bremsen so die Kreditaufnahme. Doch das geht nun nicht. Und die gemeinsame EZB lässt die Zügel relativ locker. Sie muss sich schließlich gemäß ihrem Mandat um ganz Europa kümmern – und nicht überall läuft es so rund wie im Süden.

Vor allem in Deutschland lahmte die Konjunktur.

Es ist die Zeit, in der Deutschland als kranker Mann Europas gilt. Mehr als fünf Millionen Menschen sind arbeitslos gemeldet, der Bundespräsident warnt vor einer Staatskrise. Der damalige europäische Notenbankpräsident Jean-Claude Trichet versucht einen Mittelweg – mit der Folge, dass die Zinsen am Ende im Süden zu niedrig sind und den Boom weiter anheizen, während sie im Norden zu hoch sind und die Krise verschärfen.

Aber auch die Regierungen hätten versagt. Sie hätten zugelassen, dass die Löhne außer Kontrolle gerieten. Im Süden stiegen sie kräftig, die Menschen konnten damit noch mehr Geld ausgeben. Und weil mit den Löhnen auch die Arbeitskosten für die Unternehmen stiegen, verteuerten sich italienische und spanische Waren im Vergleich zu Produkten von Anbietern aus anderen Ländern. Deshalb kaufen die Italiener und die Spanier vor allem Importprodukte aus dem Ausland – und die Verbindlichkeiten gegenüber anderen Staaten steigen weiter.

Das Gegenteil geschieht in Deutschland: Die Unternehmen halten die Gehälter niedrig, was ihnen nach den Arbeitsmarktreformen der Agenda 2010 sogar noch leichter fällt als früher. Das hat zur Folge, dass deutsche Produkte international billiger werden und sich im Ausland zum Renner entwickeln – die Deutschen selbst aber weniger Güter kaufen. Sie produzieren also mehr, als sie verbrauchen, und werden zu einem der größten Gläubiger der Welt: Die Forderungen an das Ausland wachsen immer weiter an die Billion heran.

Man kann es auch so sagen: Ein erheblicher Teil des deutschen Geldvermögens ist im Ausland angelegt, wo es wiederum für den Kauf deutscher Produkte verwendet wird. Die hohen Ersparnisse des Nordens und der Boom im Süden sind in dieser Sichtweise zwei Seiten einer Medaille.

Gewinner kennt dieser bizarre Kreislauf nicht. Schon bald stellt sich heraus, dass das Wachstum nicht nachhaltig ist. Als die Blase platzt, müssen die Staaten im Süden einspringen, um ihre überschuldeten Banken und Bürger zu unterstützen. Dadurch



Zwei Länder, zwei Lager: Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel und der britische Premier David Cameron

steigen die Staatsschulden, und deshalb müssen Rettungsschirme aufgespannt werden. Die Nordländer hingegen bängen um ihre wichtigsten Handelspartner – und um ihr im Ausland angelegtes Geld, das bei einer Staatspleite im Süden in Gefahr wäre.

Nobelpreisträger Krugman sieht in den »Kapitalströmen vom Norden in den Süden« die wesentliche Ursache der Euro-Krise. Und die Rating-Agentur Standard & Poor's stellte kürzlich fest, die Finanzprobleme der Währungsunion seien »eine Folge der wachsenden externen Ungleichgewichte zwischen dem Kern der Währungsunion und der sogenannten Peripherie«.

Ob das stimmt, darüber streiten die Fachleute – entscheidend aber ist: Wer die Diagnose von Krugman teilt, für den setzt Angela Merkel mit dem Sparappell an der falschen Stelle an, wenn es darum geht, künftig Krisen zu verhindern. Statt Grenzen für die Staatsschulden einzuziehen, müssten Grenzen für im Ausland aufgenommene private Schulden eingezogen werden.

Einige Experten empfehlen dazu, die Löhne europaweit abzustimmen, damit die Aus- und Einfuhren von Waren in den verschiedenen Ländern nicht

zu weit auseinanderklaffen und auf diese Weise weniger überschüssige Ersparnisse entstehen. Andere schlagen staatliche Kontrollen der Bankkredite vor. Damit wären die Behörden in der Lage, die Geldinstitute in den Boomländern zu einer Einschränkung der Kreditvergabe zu zwingen – und die Finanzhäuser in den Krisenstaaten zu einer Ausweitung der Darlehen zu animieren. Das klingt nach viel Zwang in der Marktwirtschaft. Aber Übertreibungen könnten dieser ökonomischen Schule nach auf diese Weise eingedämmt werden.

Die Krise als Ergebnis zu hoher Privatschulden, die wiederum durch internationale Ungleichgewichte entstanden sind – wenn es tatsächlich so ist, dann wäre das für die Europäer keine gute Nachricht. Denn eine Privatschuldenkrise ist wesentlich schwieriger zu lösen als eine Staatsschuldenkrise. Staatsschulden lassen sich abbauen, indem die Regierung die Ausgaben senkt oder ihre Bürger stärker besteuert. Das ist politisch nicht immer leicht durchzusetzen, aber im Prinzip machbar: Das Geld ist ja im Lande, es ist nur falsch verteilt. Die Schulden der Volkswirtschaft insgesamt

können aber nur gesenkt werden, wenn ein Land über einen längeren Zeitraum hinweg mehr Waren an das Ausland verkauft, als es von dort bezieht. Das bedeutet: Im Norden müssten die Menschen mehr Geld ausgeben – und im Süden die Unternehmen die Gehälter kürzen und innovative Produkte auf den Markt bringen. Das anzustoßen ist mühsam. In jedem Fall dauert es lange. Fünf Jahre sagen manche Ökonomen, 20 Jahre andere.

Es gibt aus Sicht der Kritiker nur eine Alternative: Die Krisenländer treten aus dem Euro-Raum aus und führen ihre eigene Währung ein. Die können sie dann abwerten und auf diese Weise ihre Wettbewerbsfähigkeit auf einen Schlag verbessern. Für die Deutschen würde das Exportieren dann schwerer, und an den Finanzmärkten brähe wohl ein Chaos aus.

Genau das ist es, was angelsächsische Ökonomen Europa auch prophezeien. Aus ihrer Sicht ist das nur folgerichtig.

➔ Weitere Informationen im Internet:
www.zeit.de/euro

MACHER UND MÄRKTE

Streitfall Kraftstoffe

Die Bundesregierung erweist sich als Bremser in Sachen Ökologie. Aktuell droht an ihr eine EU-Direktive zum Klimaschutz zu scheitern. In der Verordnung der **EU-Kommission**, über die Europas Regierungen bald befinden, geht es um die Berechnung der Treibhausgasemissionen, die von Diesel oder Benzin unterschiedlicher Herkunft ausgehen. Kraftstoffe auf Basis von Teersand schneiden danach zum Beispiel über ihren Lebenszyklus klar schlechter ab als Produkte aus konventionellem Erdöl. Die Verordnung ist zentral für die Umsetzung eines EU-Beschlusses von 2007, demzufolge Europas Treibhausgasemissionen bis 2020 zwanzig Prozent niedriger ausfallen sollen als noch 1990.



Oliver Krischer von den Grünen hofft auf Einigkeit

Gefasst wurde dieser Beschluss unter der Regie von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** (CDU) – trotzdem hat die Bundesregierung heute zum aktuellen Vorgang »keine abgestimmte Meinung«. Wirtschaftsminister **Philipp Rösler** (FDP) und Umweltminister **Norbert**

Röttgen (CDU) sind sich nicht einig, wieder einmal. Dabei ist Deutschlands Votum entscheidend, wenn die Abstimmung Ende Februar Erfolg haben soll. Umweltgruppen wie der WWF versuchen daher seit längerem Druck auf die Bundesregierung aufzubauen – bisher vergeblich.

Nun scheint Bewegung in die Sache zu kommen. Ein Antrag der Grünen, in dem die Regierung zur Unterstützung der Kommission aufgefordert wird, ist im Umweltausschuss des Bundestages wider Erwarten nicht niedergestimmt worden. Stattdessen sei von den Regierungsfractionen der Wille zu einer einvernehmlichen Lösung »eindeutig signalisiert worden«, sagt der Grüne **Oliver Krischer**. In der Tat zeigen sich Unionsmann **Michael Paul** und FDP-Umweltpolitiker **Michael Kauch** »gesprächsbereit«. Wie weit, wird sich Mitte nächster Woche erweisen. Bis dann müsste der Antrag beschlossen werden, soll er den Lauf der Dinge noch beeinflussen. VO

Nichtthema Klima

Fritz Vahrenholt wird zum 1. Juli als Chef von RWE Innogy abgelöst – allerdings nicht, weil er ein Buch geschrieben hat, das sich kritisch mit den gängigen Erklärungen für den Klimawandel befasst. Der Manager habe mit

62 Jahren die bei RWE übliche Altersgrenze überschritten, überdies sei die Erneuerbare-Energien-Tochter so stark gewachsen, dass die Bildung eines Aufsichtsrats nötig werde, begründete eine RWE-Sprecherin die Ablösung Vahrenholts durch Innogys Finanzvorstand Hans Bünting. Vahrenholt wird dem Vernehmen nach dem Aufsichtsrat vorsitzen.

Wie die ZEIT vergangene Woche berichtete, schreibt Vahrenholt in seinem mit dem Geologen **Sebastian Lüning** verfassten Buch *Die kalte Sonne*, dass die Aktivität der Sonne der wichtigste Treiber von Temperaturschwankungen auf der Erde sei. Kohlendioxid sei dagegen nur zu einem kleineren Teil für die Erderwärmung verantwortlich. Diese These wird in der Wissenschaft seit mehr als einem Jahrzehnt diskutiert und von der gängigen Klimaforschung als nicht stichhaltig abgelehnt.

Das Buch stelle die Position der beiden Autoren dar, so die RWE-Sprecherin. »Eine inhaltliche Bewertung verschiedener Theorien« stehe dem Unternehmen nicht zu. Der Konzern bekenne sich aber »klar zu den von der Politik vorgegebenen Treibhausgasminierungszielen«, so die Sprecherin. TEN

Problem Edelstahl

ThyssenKrupp verkauft seinen defizitären Edelstahlbereich an den Wettbewerber **Outokumpu**. Für die Sparte, die 2011 rund ein Siebtel zum Umsatz beitrug, erhält der Konzern eine Milliarde Euro in bar und einen Anteil von knapp 30 Prozent am neuen Unternehmen. Da die Finnen auch Schulden der Sparte übernehmen, ist die Vereinbarung laut ThyssenKrupp 2,7 Milliarden Euro wert. »Mehr, als unter den gegebenen Umständen zu erwarten war«, sagt

Hermann Reith von der BHF-Bank. Trotz des Deals beurteilt der Stahlexperte die Expansionskraft der Essener skeptisch: »Große Sprünge sind nicht zu erwarten.« Der Konzern müsse nämlich weitere Schulden tilgen. Für die 11 500 Mitarbeiter sollen betriebsbedingte Kündigungen bis 2015 ausgeschlossen sein. Dass dennoch 500 Jobs sozialverträglich abgebaut werden müssen, weil ein Stahlwerk in Krefeld schließt, bezeichnet Betriebsrat **Bernd Kalwa als** »schmerzhaften Kompromiss«. HOF

1 Milliarde Euro in bar erhält ThyssenKrupp für die Edelstahlsparte

Digitale Aufrüstung

Um den Internetkrieg zu gewinnen, entwickeln die USA neue Kontrollprogramme VON ULRICH HOTTELET

Die »Operation Shady Rat« gilt als bisher größter orchestrierter Hackerangriff der Geschichte. Mehr als 70 Ziele hatten sich im vergangenen Jahr die mutmaßlich chinesischen Angreifer ausgesucht: Regierungen, Behörden, die UN, Technologie- und Rüstungsfirmen rund um den Globus.

Gegen solche Angriffe will die Regierung der Vereinigten Staaten demnächst eine neue Cyber-Abwehrtechnik einsetzen: Einstein 3. Die beiden Vorläufer gingen 2004 und 2008 an den Start, und für die nächste Entwicklungsstufe hat das Heimatschutzministerium (Department of Homeland Security, DHS) bisher die Summe von 233 Millionen Dollar beantragt. Schon seit knapp zwei Jahren arbeitet das Ministerium an dem Schutzschirm.

Einstein 3 soll auch kritische Infrastrukturen in der Wirtschaft schützen – und nicht nur, wie seine Vorgänger, die Netze von US-Ministerien und -Behörden. Das Besondere an Einstein 3: Es soll den Internetverkehr filtern und ihn in Echtzeit nach verdächtigen Datenpaketen durchsuchen.

Das Ministerium arbeitet bei der Abwehr von Angriffen auf die Infrastruktur mit dem für die Überwachung der Telekommunikation zuständigen Geheimdienst NSA zusammen. Zur Identifikation von Schadsoftware werden Signaturen der NSA verwendet. Sie stellen anhand bestimmter Merkmale sozusagen einen Fingerabdruck von einzelnen Viren dar. Ausgeführt wird Einstein 3 mithilfe des Netzes von mindestens einem großen Internetzugangsbieners, dessen Name bislang noch geheim gehalten wird. Dieses Unternehmen wird dann also seine Datenströme filtern und die an Behörden gerichteten Mails sozusagen durch die Einstein-Präventionswerkzeuge schleusen. Nach Angaben des Heimatschutzministeriums hat sich diese Firma verpflichtet, den Netzwerkverkehr im Rahmen von Einstein 3 von seinem anderen, kommerziellen Datenverkehr zu isolieren. »Durch die Beteiligung des Internetzugangsbieners umgeht die Regierung diverse Überwachungsregeln, die greifen würden, wenn die Behörden selbst filtern würden«, kritisiert Michelle Richardson von der Bürgerrechtsorganisation American Civil Liberties Union. »Die genaue Form der Zusammenarbeit hat die Regierung aber nicht öffentlich gemacht.« Sie vermutet, dass das geheim geregelt wurde.

Namhafte Nichtregierungsorganisationen und Datenschutzzaktivisten warnen vor den ungeklärten Folgen der staatlichen Überwachung für den privaten Mailverkehr. Greg Nojeim vom Center for

Democracy & Technology bringt die Kritik auf den Punkt. »Wer mit den Behörden kommuniziert, muss sich darüber im Klaren sein, dass sie das abhören«, sagt er. Das sei auch in Ordnung, »aber private Kommunikation darf nicht abgehört werden«.

In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass der Aufbau von Einstein 3 am Kongress vorbeigeht. Denn da die Software zumindest nach offizieller Lesart in erster Linie dem technischen Schutz von Bundesbehörden dient, muss die Re-

auf Unternehmen also hilft, verletzt beim privaten E-Mail-Verkehr die Privatsphäre der Bürger.

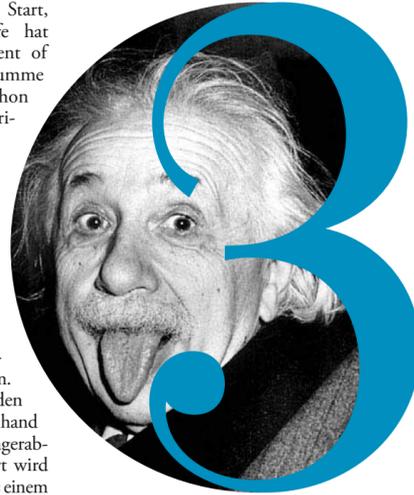
Eine wichtige Rolle bei der datenschutzrechtlichen Bewertung spielt auch die Frage, was genau unter den kritischen Infrastrukturen zu verstehen ist, die Einstein 3 schützen soll. Fällt darunter auch die Suchmaschine Google? Werden bald alle Suchanfragen studiert, alle E-Mails von Goglemail durchsucht, alle Textdokumente, die auf Google-Docs gespeichert werden, maschinell gegengelesen? Oder beschränkt sich Einstein 3 ausschließlich auf hochsensible technische Anlagen wie Kraftwerke? »Die Regierung hat mitgeteilt, dass sie von Fall zu Fall entscheiden wird, was unter kritische Infrastruktur fällt«, sagt Bürgerrechtlerin Richardson.

Um eine Stellungnahme gebeten, verweist das Heimatschutzministerium auf die Beurteilung eines Tests von Einstein 3. Test und Bericht liegen mehr als eineinhalb Jahre zurück. Darin heißt es, dass Informationen, die während des Tests gesammelt werden und die in keinem Zusammenhang mit der IT-Sicherheit stehen, unter Beachtung der dafür einschlägigen Gesetze an US-Geheimdienste und Vollzugsbehörden weitergegeben werden dürfen. Zudem beschränkt sich der Datenschutz erklärmaßen auf US-Amerikaner, von der Privatsphäre von Ausländern ist nicht die Rede.

Sean McGurk, Direktor der Abteilung für nationale Cybersicherheit des Heimatschutzministeriums, gab dem Repräsentantenhaus gegenüber im Mai vergangenen Jahres zu Protokoll, dass Einstein 3 in jenem Testlauf über 36 000 potenzielle Bedrohungen für die Infrastruktur abwehren konnte.

Ein ähnliches Projekt, wenn auch in viel kleinerem Umfang, haben das Verteidigungs- und das Heimatschutzministerium im Mai gestartet. Dabei werden rund 20 Rüstungsfirmen, ebenso wie bei Einstein 3 mit technischer Hilfe der NSA und in Zusammenarbeit mit vier großen Internetzugangsbieners, gegen bösartige Cyberangriffe geschützt. Nach Angaben des stellvertretenden Verteidigungsministers William Lynn konnte das Pilotprojekt Hunderte von Einbruchversuchen abblocken und sei zugleich »kosteneffektiv«.

Nach Angaben der *Washington Post* wird der nationale Sicherheitsrat bald darüber debattieren, ob das Programm auf andere Bereiche der kritischen Infrastrukturen ausgedehnt wird, zum Beispiel auf Finanzinstitute unter staatlicher Aufsicht, Atomkraftwerke und nationale Forschungslabore. Möglicherweise wird es also Einstein 3 eines Tages ergänzen.



Einstein 3 heißt die Abwehrsoftware

gierung keine parlamentarische Zustimmung einholen. Der private Internetzugangsbieners dürfe sogar zur Gewährleistung der IT-Sicherheit nach dem Electronic Communications Privacy Act private Mails ohne richterliche Anordnung mitlesen, erklärt Susan Landau, Wissenschaftlerin an der Informatik-Fakultät der Harvard University und Expertin für Sicherheitsrisiken von Abhöraktionen.

Datenschützer sorgen sich, weil Einstein 3 eben die Fähigkeit zur *deep packet inspection* haben soll. Die Regierungssoftware will damit in Datenpakete hineinschauen, bevor sie die Computer von wichtigen Unternehmen und Institutionen erreichen. Datenpakete »sind wie Zwiebeln. Sie haben verschiedene Schichten. *Deep packet inspection* macht mehr Informationen in ihnen sichtbar«, erläutert Lee Tien, Anwalt der Bürgerrechtsorganisation Electronic Frontier Foundation. Was bei Angriffen

Gewinnt die Bank schon wieder?

Hunderte Finanzlobbyisten kämpfen in Brüssel gegen eine schärfere Regulierung ihrer Branche VON CLAAS TATJE



Der Mann, der die nächste Kernschmelze am Finanzmarkt verhindern soll, ist nicht vom Fach. Vor mehr als 20 Jahren half er, die Olympischen Winterspiele nach Albertville zu holen, danach war er viermal Minister in Frankreich, aber Finanzmärkte? »Damit habe ich früher nie zu tun gehabt«, sagt Michel Barnier

Das ist jetzt anders. Seit zwei Jahren ist der 61-Jährige EU-Kommissar für den Binnenmarkt und entscheidet auch über die künftigen Regeln für Banken und Versicherungen. Nun spricht er darüber, wie er die Branche zähmen will. Es ist später Nachmittag, Barniers Jackett hängt längst am Haken. Fast täglich säßen auf diesem kalten Ledersofa in seinem Brüsseler Kommissionsbüro 10/034 Lobbyisten mit eigennütznigen Bedürfnissen, erzählt er. »Ich gehe ohne Ideologie an die Gespräche, ohne Vorurteile.« Einen Augenblick später fügt der Kommissar hinzu: »Ich habe viele Leute getroffen, die sehr spezielle Interessen vertreten, die sich wenig für Wandel interessieren.«

Barnier aber will den Wandel, er will schärfere Gesetze, um weiteren Schäden von den europäischen Steuerzahlern abzuwenden. Seine Mitarbeiter haben ein Gesetzespaket erarbeitet, das unter dem Kürzel CRD IV die Branche dauerhaft verändern könnte. Es könnte sie weniger gefährlich machen.

Würde das Regelwerk eins zu eins umgesetzt, müssten Banken für Risikogeschäfte bis zu 13 Prozent Eigenkapital vorhalten und nicht wie heute acht Prozent, sie dürften keine exorbitanten Gehälter zahlen, wenn damit das Eigenkapital aufgezehrt würde, und die Gefahren, die mit ihren Geschäften einhergehen, müssten sie anders und strenger als früher bewerten. Die Paragraphen würden also die Händler zu mehr Vorsicht zwingen, wenn damit das Eigenkapital aufgezehrt würde, und die Gefahren, die mit ihren Geschäften einhergehen, müssten sie anders und strenger als früher bewerten. Die Paragraphen würden also die Händler zu mehr Vorsicht zwingen, wenn damit das Eigenkapital aufgezehrt würde, und die Gefahren, die mit ihren Geschäften einhergehen, müssten sie anders und strenger als früher bewerten.

In den nächsten Wochen wird sich zeigen, ob Barnier seinen Kurs durchhält. Noch rechnet er kühl: »Wenn die Regulierung wie von uns vorgeschlagen in Kraft tritt, kostet das höchstens 0,5 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung – die Kosten der Finanzkrise waren bedeutend höher.«

Aber noch ist all das eben nur ein Vorschlag. Der Entwurf stammt zwar aus dem vergangenen Sommer, aber dieses Jahr beginnen die Beratungen im EU-Parlament. Im Frühjahr werden Parlamentarier, Kommissionsbeamte und Diplomaten aus 27 Mitgliedsstaaten um Worte feilschen und um Zahlen ringen. Im Hintergrund läuft derweil das Endspiel zwischen Politik und Finanzlobby. Eines, für das die Industrie Hunderte Experten und Millionen Euro mobilisiert, damit die Banken am Ende gewinnen. Lobbyisten sind längst in der Kommission und im Parlament unterwegs, damit sich die Bankinteressen am Ende wieder durchsetzen. Business as usual – aber finden die Lobbyisten auch jetzt Gehör?

Das Kräfteverhältnis zumindest ist so ungleich wie eh und je. Beobachter veranschlagen die Zahl der Finanzlobbyisten in Brüssel auf 700. Die Kosten für das Lobbying betragen grob geschätzt 350 Millionen Euro im Jahr. Und oft zielt es nur darauf ab, Termine zu vereinbaren für weitere Experten, die dann nur für einige Stunden aus London oder Frankfurt nach Brüssel reisen. Welchem Druck die Kommission ausgesetzt ist, zeigt allein die aktuelle Landkarte deutscher Einflussnehmer auf die Finanzgesetzgebung im Brüsseler Europaviertel (siehe Grafik). Und die EU hat noch weitere 26 Mitgliedsstaaten.

Den Lobby-Spezialisten stehen 754 Europaparlamentarier gegenüber. Die aber kümmern sich meist um anderes. Kürzlich haben sie an einem Tag über die Biotridichlinie und Elektroschrott abgestimmt, einen Tag später stand das Thema Fußgängerchutz und LED-Lichtquellen auf der Tagesordnung. Die Vielfalt der Themen ist derart groß, dass nur die wenigsten von ihnen etwas mit Begriffen wie risikogewichtetem Eigenkapital anfangen können. In erster Linie beschäftigen sich mit Barniers Entwurf die Mitglieder des Wirtschaftsausschusses, 48 Abgeordnete und ihre Stellvertreter.

Das sind noch viele, gemessen an den zehn Mitarbeitern, die sich in Michel Barniers Amt regelmäßig mit Bankenregulierung befassen.

Eine dieser zehn ist Paulina Dejmek, eine Juristin meist für Brüssel typischem multinationalem Hintergrund – halb Schwedin, halb Tschechin und nach ihrer Promotion in Heidelberg auch ein bisschen Deutsche. In ihrem Büro erzählt sie, dass sie schlechte schlafte, weil es so anstrengend sei, die richtige Antwort auf die Krise zu finden. Ihr größtes Problem dabei: »Die Märkte sind immer schneller als die Demokratie. Wir reagieren natürlich, aber wir he-

cheln dem Finanzmarkt stets hinterher.« Damit der Abstand nicht zu groß wird, hat sich die Kommission dieses Mal für eine sehr strikte Regulierung entschieden. »Wir wollten Regeln finden, die direkt Anwendung finden und sich innerhalb der EU nicht unterscheiden«, sagt sie. Deshalb hat sie zusammen mit den Kollegen in den Gesetzentwurf geschrieben, dass die Kapitalanforderungen für alle 8000 Banken in Europa gelten. »Kleine und große Banken stehen im direkten Wettbewerb miteinander, alle müssen solide und stabil sein«, erklärt die Beamtin.

Woher sie das alles weiß? Dejmek lernt viel von Kollegen, die seit Jahrzehnten dabei sind. Aber sie stützt sich auch auf das Wissen der Experten von außen – Lobbyistenwissen. 500 Briefe und E-Mails in der Sache haben die beiden Archivare des Barnier-Kabinetts sauber abgestempelt und sortiert. Der Kommissar hat zudem eine Expertengruppe ins Leben gerufen, die sich unter dem Namen Group of Experts in Banking Issues (Gebi) am 14. Juni 2010 erstmals in Brüssel versammelte und mittlerweile ihre

auffälligsten Akteure in Brüssel zählt. Also auf in die Lobbywelt inmitten eines sandsteinfarbenen Bürogebäudes an der Brüsseler Avenue Marnix. Doch der Trip ist nach nur fünf Minuten beendet. Büroleiter Ansgar Tietmeyer, Mitte vierzig, Einstecktuch, tiefblauer Anzug, akkurat gescheitelte Haare, gibt zwar gern Auskunft im Hintergrund, er könne wohl auch mal ein Kommissionspapier weiterreichen, sagt er, aber dass sein Name in der Zeitung auftauche, sei nicht die Politik des Hauses. Da müsse er das Gespräch leider abbrechen.

Nebenbei erzählt er noch, dass die Deutsche Bank das Lobbyregister der EU-Kommission natürlich beobachtet. Aber, fragt Tietmeyer, warum solle sich die Deutsche Bank da eintragen? Der Eintrag ist schließlich freiwillig. Höflich begleitet er seinen Besucher noch zum Fahrstuhl und erzählt auf dem Weg, wo er überall tätig ist. In der Kangaroo Group zum Beispiel, einem informellen Gremium von Parlamentariern und Industrievertretern. Dann drückt er seinem Gegenüber noch eine Broschüre des European Par-

lamentarier bekommen pro Tag bis zu 150 Mails – mit angehängten Briefen, Standpunkten und ganz konkreten Änderungswünschen für Gesetzesvorhaben. Ansgar Tietmeyer von der Deutschen Bank vereinbare am liebsten Gesprächstermine mit Experten, erzählen Abgeordnete. In entsprechenden Mails heißt es dann: »Wir hielten es ... für wichtig, uns frühzeitig mit Ihnen zu den aus unserer Sicht wichtigsten Punkten auszutauschen.«

Parlamentarier bekommen pro Tag bis zu 150 Mails – mit angehängten Briefen, Standpunkten und ganz konkreten Änderungswünschen für Gesetzesvorhaben. Ansgar Tietmeyer von der Deutschen Bank vereinbare am liebsten Gesprächstermine mit Experten, erzählen Abgeordnete. In entsprechenden Mails heißt es dann: »Wir hielten es ... für wichtig, uns frühzeitig mit Ihnen zu den aus unserer Sicht wichtigsten Punkten auszutauschen.«

Andere sind direkter. Der französische Bankenverband schreibt an die Abgeordneten eine Wunschliste an Gesetzesänderungen. Mit roten Markierungen sind in einem angehängten Word-Dokument die bisher vorliegenden Vorschläge im Sinne des Verbandes verändert. Der Deutsche Sparkassen- und Giroverband wendet sogar das Wort »Risiko« gegen Brüssel. »Je strenger die Anforderungen an die Ausgestaltung von Kapitalinstrumenten ausfallen sollten«, schreibt einer seiner Lobbyisten einem Abgeordneten, desto größer sei das Risiko, dass den Instituten Kapital verloren gehe. Und die Arbeitsgemeinschaft Mittelstand, zu der unter anderem der Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken zählt, fordert, dass Kredite an kleine und mittlere Unternehmen mit weniger Eigenkapital unterlegt werden sollten: »Nur so kann verhindert werden, dass nicht im Ergebnis die Finanzierungskosten des Mittelstands steigen und im Extremfall damit sogar an sich produktive Investitionen unterlassen werden.«

So geht es in einem fort. Der europäische Branchenverband der Hypothekenbanken nimmt das Gesetzesvorhaben auf 13 Seiten auseinander. Wenn die Regeln ohne Änderung in Kraft träten, wäre dies »schädlich für die Hypothekenindustrie und die Verbraucher«, droht er. Nur wenn die Änderungswünsche dieser Industrie berücksichtigt würden, könne die europäische Hypothekenbranche weiterhin die »Erholung der Wirtschaft« und den »Zugang zur Hausfinanzierung« sicherstellen.

Und es sind längst nicht nur Finanzlobbyisten, die sich einmischen: Ein Vertreter des Chemiekonzerns Bayer schreibt etwas eilig, »seitens der Realwirtschaft sind wir sehr besorgt über die Verteuerung nicht nur der OTC-Derivate ..., sondern auch für die Refinanzierung, die aus den geänderten Eigenkapitalvorschriften resultieren.« Das Thema treibt selbst Daimler, MAN und E.on um.

Im Grunde warnt jeder Lobbyist vor Wohlstandseinbußen. Die Botschaft: Das wird teuer für unsere Kunden! Und die Frage an die Politik: Wollt ihr das wirklich?

Orthmar Karas muss diese Frage beantworten. Der konservative Österreicher ist Berichterstatter im Parlament, seine mehr als 70-seitige Stellungnahme ist vergangene Woche im Parlament erstmals diskutiert worden. Karas trägt goldene Euro-Symbole als Manschettenknöpfe und ging mit seinem Outfit

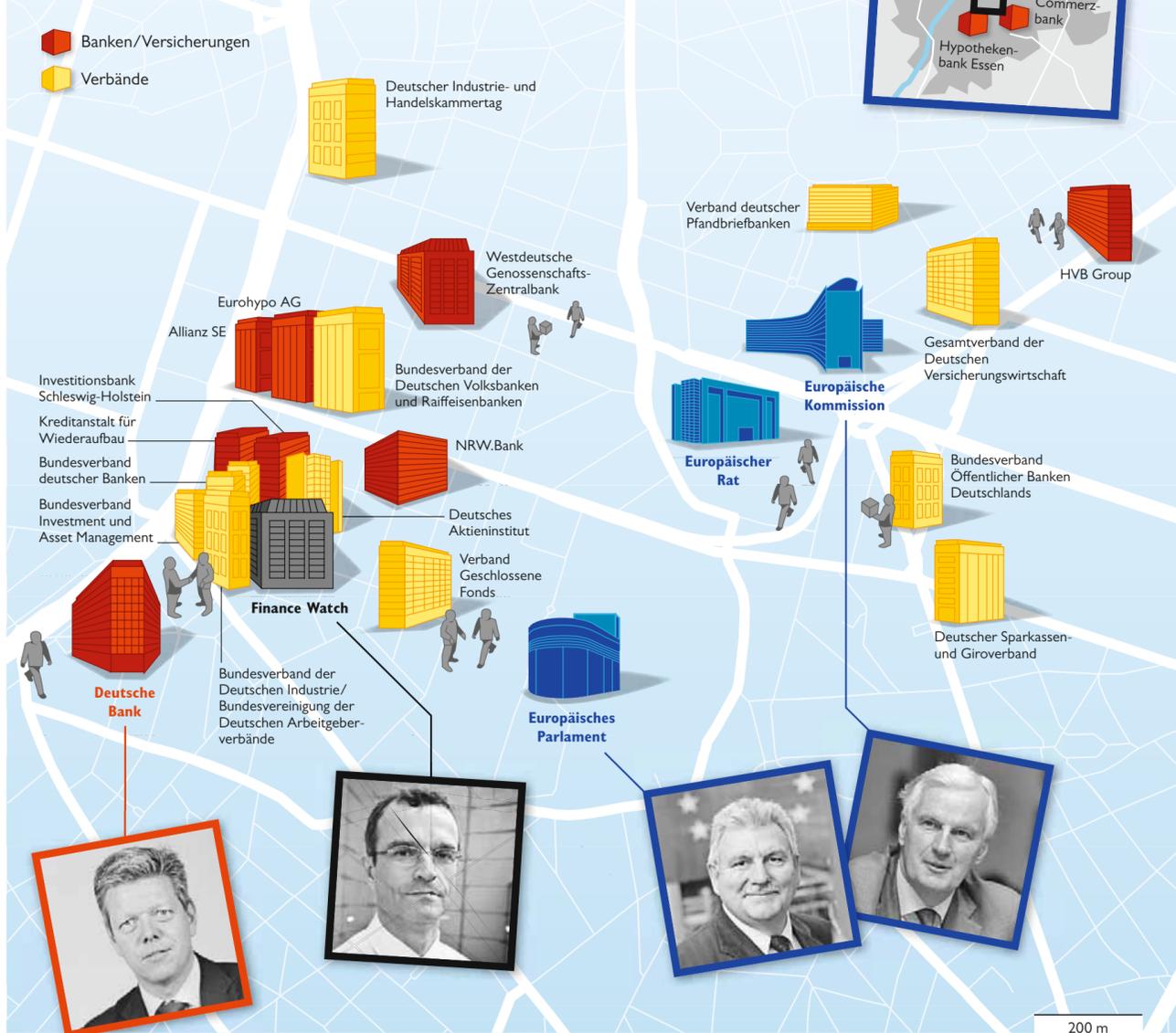
auch als Bankenmanager durch. In den vergangenen Monaten war er bei vielen Essen, hat diskutiert und Anhörungen organisiert. Karas sagt: »Ich höre zu, ich frage nach, aber ich verhandle nicht.« Und er fühlt sich keineswegs in die Irre geführt. Die Richtlinie richte sich an Banken, daher müsse er auch mit den Betroffenen die Konsequenzen diskutieren, sagt Karas. Er ist Beobachter der Expertengruppe für die Kommission gewesen, unzählige Lobbyisten hat er ins Parlament eingeladen. Nun schlägt er 139 Änderungen am Barnier-Gesetz vor.

Bei einer Formel hat er nur eine Ziffer verändert, die meisten Abgeordneten werden das kaum beachten. Aber die neue Formel besagt nun, dass Banken für Kredite an kleine und mittlere Unternehmen deutlich weniger Kapital vorhalten müssen als zunächst vorgesehen. Gute Nachrichten für die Sparkassen und andere.

Am Ende wird man schwer rekonstruieren können, wie sich Othmar Karas seine Meinung gebildet hat. Seine Homepage bringt im Unterschied zu anderen Abgeordneten wenig Licht ins Dunkel, und auch nach 45 Minuten Gespräch bleibt unklar, wie Karas Information und Einfluss trennt. Klar wird aber spätestens beim Lesen seiner Änderungswünsche, dass er wenig hält von Barniers Vorpreschen. Weil die USA sich ihrerseits zu viel Zeit ließen mit der Regulierung, »muss sichergestellt werden, dass die Wirtschaft und das Bankensystem in der EU dadurch keinen Wettbewerbsnachteil erleiden.«

Die Stadt der Lobbyisten

Interessenvertretungen der deutschen Finanzindustrie in Brüssel (Auswahl)



Lobbyist Ansgar Tietmeyer, Aktivist Thierry Philipponnat, Parlamentarier Werner Langen und EU-Kommissar Michel Barnier (v. l. n. r.)

Arbeit beendet hat. Von 42 Teilnehmern waren 37 Vertreter von Banken, Versicherungen, Wirtschaftsprüfungsgesellschaften oder Dienstleistungsgewerkschaften. Zwei waren Wissenschaftler, drei Verbraucherschützer. Immerhin: Alle Vorträge der Gruppe sind im Internet verfügbar, doch das macht die ungleiche Verteilung der Beiträge nur noch offensichtlicher.

Warum lässt der Kommissar das zu? »Es kommt nicht auf die Menge an, sondern auf die Qualität der Leute«, sagt Barnier. Seine Brille in der linken Hand jonglierend, erklärt er jovial: »Ich höre Ministern, Parlamentariern und Bankenvertretern zu, aber wir hier in der Kommission machen die Vorschläge.« Er hat seine ganz eigenen Erfahrungen mit den Besuchern auf seiner Couch gemacht. »Viele Lobbyisten mögen das Licht nicht, und wir wollen Licht ins Dunkel bringen«, sagt der Kommissar. Er will wissen, wer was wann tut in dieser Branche. »Das ist die Regel, die ich überall anwenden will!«

Es klingt wie ein Klischee, was Michel Barnier da von sich gibt. So dunkel ist das Geschäft doch gar nicht mehr. Lobbyisten treffen Abgeordnete täglich im Parlament und nicht nachts in den Tiefgaragen am Place Louise. Viele Volksvertreter berichten auf ihrer Internetseite, wen sie treffen, auch Barnier tut das. Zudem gibt es längst ein Lobbyregister in Brüssel, wo sämtliche Lobbyisten akkreditiert sein sollten. Die Deutsche Bank steht allerdings nicht darin, und das, obwohl sie seit zwei Jahrzehnten zu den

Besten gab, spielte Ackermann auf der Klaviatur der Diplomatie. Er sprach nicht über die Gesetzesvorhaben im Konkreten, sondern über die Zukunft Europas. Zu viel Regulierung, urteilte Ackermann, gefährde die Entwicklung unseres Kontinents: »Wir müssen aufpassen, dass die Finanzindustrie auch künftig unsere Volkswirtschaften unterstützen kann.«

Es sind nur drei kleine Beispiele aus dem Lobbyalltag, aber lehrreiche. Ein guter Lobbyist warnt nicht vor Kosten, die dem eigenen Unternehmen drohen, er warnt vor den abstrakten Schäden für die Gesellschaft. Welcher Politiker will sich schon gegen die Gesellschaft, also die Wähler, stellen? Genau darin liegt für Werner Langen das Kernproblem dieser gezielten Einflussnahme: »Die große Frage ist: Wie gut gelingt es den Abgeordneten, Information und Eigeninteresse der Lobbyisten zu trennen?«

Thierry Philipponnat glaubt, dass dies schwieriger wird für die Abgeordneten: »In den Veranstaltungen und Gesprächen mit Politikern heißt es dann, das kostet Wachstum, produziert Arbeitslosigkeit, ist schlecht für die Wirtschaft, für Steuerzahler oder für Renten. So werden private Interessen geschickt mit gesellschaftlichen vermischt, anstatt einfach zu sagen: Diese oder jene Regulierung kostet uns 20 Prozent vom Ertrag.« Die Kunst der Lobbyisten ist es, Partikularinteressen in Allgemeininteressen zu verwandeln. Philipponnat hingegen will diese Kunst transparent machen. Der Franzose ist Chef einer neuen Gegenbewegung namens Financewatch. Er war

liametary Financial Services Forum in die Hand, Tietmeyer ist auch dort Mitglied. In dem Forum gehe es um reine Information.

Stets behauptet Tietmeyer, er betreibe kein Lobbying, sondern repräsentiere nur. Doch der langjährige Europaparlamentarier Werner Langen hat das anders erlebt. Monatelang sei Tietmeyer ihm nachgelaufen, habe ihn aufgefordert, doch Mitglied im Finanzforum zu werden. Der Politiker weigerte sich: »Ich will nicht einmal den Anschein erwecken, meine Unabhängigkeit zu verlieren. Und in dem Gremium wird alles vorbereitet. Da gibt es hier einen Vortrag eines Bankenmanagers und dort ein Dinner mit Vorständen. Und genau das sind nun einmal Lobbyveranstaltungen.«

Mit solchen Veranstaltungen liefern Lobbyisten angeblich das, was viele Parlamentarier so nötig brauchen: Information und Einordnung. Auch das Gesetzesvorhaben CRD IV war längst Thema im Finanzforum, das von Beiträgen der Finanzkonzerne finanziert wird. Jemand wie Tietmeyer muss laut Homepage 8000 Euro zahlen, um ein Jahr dabei sein zu dürfen. Das lohnt sich für viele Lobbyisten, weil sie da ganz offiziell mit Parlamentariern ins Gespräch kommen. So trafen sich ausgewählte Mitglieder am 9. November zum Lunch. Viele Teilnehmer solcher Treffen sind nicht nur Abgeordnete, sondern auch Mitglieder im Wirtschaftsausschuss des Parlaments – genau die Zielgruppe. Die Zeit an jenem Mittwoch vertrieb den Anwesenden unter

Zeit-Grafik/Norm Coenenberg; Fotos: dpa, corbis, Frank Ossenbrink, action press (v.l.n.r.)

Bergpanorama im Schweizer Kanton Wallis

Deal mit der Schweiz

Das deutsch-eidgenössische Steuerabkommen hat
große Schlupflöcher VON RUDOLF H. STRAHM

Das Abkommen zwischen Deutschland und der Schweiz über die steuerliche Behandlung deutscher Vermögen ist nicht das, was sich die helvetische Regierung und die Banken von vornherein gewünscht hätten. Irgendwann konnte die Schweiz nicht mehr anders. Zudem wussten in der Schweiz alle: Mit seinen Forderungen nach Eindämmung der Steuerflucht war Deutschland moralisch im Recht.

Ein Bestandteil des Abkommens ist eine Abgeltungsteuer für deutsche Vermögen auf Schweizer Banken. Schweizer Privatbankiers hatten die Idee. Mit diesem Entgegenkommen wollten sie den Kern des heimischen Bankgeheimnisses retten. Kenner der Einzelheiten waren bloß erstaunt, dass die deutsche Bundesregierung das Abkommen in dieser Form mit den eingebauten Schlupflöchern im vergangenen Sommer unterzeichnete. Schließlich hatte ich selbst über alte Kontakte zu schweizerischen Unterhändlern wie auch öffentlich darauf hingewiesen, dass dort Ausweichmöglichkeiten eingebaut waren.

Jahrelang hatten Schweizer Banken deutschen Kunden systematisch zur Steuerflucht verholfen, und die Regierung hatte das Schweizer Bankgeheimnis hartnäckig als »unverhandelbar« deklariert. Von den 330 Schweizer Banken hatten sich indes nur etwa 30 bis 40 aktiv und systematisch an der Steuerfluchthilfe beteiligt, namentlich die beiden Großbanken UBS und Credit Suisse, 13 Privatbanken und ein Dutzend weiterer ausländischer Bankniederlassungen in der Schweiz. Zu den beteiligten Privatbanken gehörte auch die jüngst unter amerikanischer Sanktionsandrohung aufgespaltete St. Galler Bank Wegelin, deren oberster Chef und Teilhaber, Konrad Hummler, einer der politisch einflussreichen Hardliner bei der Verteidigung der Steuerflucht aus dem Ausland war. Zitat: »Wer Steuern zahlt, ist dumm.« Die Großzahl

der Inlandsbanken war und ist jedoch kaum an der systematischen Annahme ausländischer Vermögen beteiligt. Laut einer Schätzung der Finanzmarktanalyse-Firma Helvea waren im Jahr 2010 rund 280 Milliarden Franken Vermögen aus Deutschland auf Schweizer Banken, davon 193 Milliarden Schwarzgeld und 87 Milliarden deklarierte Vermögen. Das sind Schätzungen.

Das Abkommen ist während fast zwei Jahren ausgehandelt worden. Der 44-seitige Text liegt den Parlamenten in Deutschland und der Schweiz vor. Es lässt sich grob in zwei Teile aufteilen: erstens eine Regelung für die bisherigen Fluchtvermögen und »Altlasten«. Zweitens eine Zukunftsregelung über Besteuerung und über die Amtshilfe zwischen den Steuerbehörden. Der rückblickende Teil des Abkommens sieht eine Art Amnestie-Abgabe vor: Die Banken müssen für jeden deutschen Kunden die Vermögensbestände für die vergangenen zehn Jahre aufrechnen und darauf je nach Aufenthaltsdauer eine pauschale Abgabe von 19 bis 34 Prozent des Kapitalstocks abliefern, die an den deutschen Staat als Entgelt für die bisherigen Steuerverluste überwiesen wird. Im Durchschnitt rechnet man mit einer Amnestieabgabe von 20 bis 25 Prozent des Kapitalstocks. Dies könnte dem deutschen Bund und den deutschen Ländern potenziell 20 bis 30 Milliarden Franken Nachsteuern einbringen. Der deutsche Finanzminister stellte mindestens 10 Milliarden Euro in Aussicht.

Nun aber kommt das Schlupfloch im Abkommen: Diese Amnestieabgabe soll nur dann erhoben werden, wenn das deutsche Vermögen beim Inkrafttreten des Abkommens (vorgesehen war der 1. Januar 2013 oder einige Monate später) noch auf den Schweizer Banken liegt. Wer vorher abhaut und das Vermögen nach Singapur oder in die Karibik verschiebt oder wer es von der Bank zu einem privaten schweizerischen Vermögensverwalter verschiebt, zahlt nichts! Der deut-

sche Steuerflüchtling kann also durch Vermögensabzug eine Abgabe von 20 bis 25 Prozent aufs Kapital sparen. Er hat seit der Unterzeichnung im vergangenen Jahr insgesamt 16 Monate oder mehr Zeit, ungestraft abzuhauen.

Zwar haben die deutschen Unterhändler das Problem gesehen und zunächst auch die Meldung jedes einzelnen Kunden verlangt, der sein Vermögen aus Europa abzieht. Doch die Schweizer Unterhändler und ihre Beauftragten in der Privatbankierszene kämpften mehr als sechs Monate lang verbissen für die Steuerflüchtlinge. Der Kompromiss: Es soll über alle Banken eine Kautionssumme von zwei Milliarden Franken geben – und bloß eine summarische Mitteilung an Deutschland über die Kapitalabflüsse.

Jeder Bankier kann also dem deutschen Kunden die Schließung seines Kontos in der Schweiz und die Verschiebung des Vermögens auf ein Konto derselben Bank in Asien empfehlen, legal und bestenfalls summarisch nachprüfbar. Gewisse Schweizer Banken bauten ihre Niederlassungen in Singapur und anderen asiatischen Finanzplätzen auch aus. Ein Transfer in Bankfilialen außerhalb der Reichweite deutscher Abkommen ist auch keine abwegige Strategie. Einige werden sie unglücklicherweise wohl anwenden.

Die USA haben in ihrem Abkommen mit der Schweiz erreicht, dass die Kapitalerfassung rückwirkend in Kraft tritt. Die Schweizer Banken müssen die Daten über amerikanische Kunden auf zehn Jahre rückwirkend an die USA übermitteln. Kein Wunder, knöpften sich die Amerikaner doch jeweils eine einzelne Schweizer Bank vor, setzten sie mit Prozess- und Sanktionsdrohungen unter Druck und vertrauten darauf, dass die betreffende Bank ihre Regierung und das Parlament dazu bringt, die Herausgabe der Daten zu akzeptieren. Aus amerikanischer Sicht war diese Würgermethode erfolgreich bei der UBS, bei der Credit Suisse und jüngst auch bei klei-

neren Privatbanken und zwei Kantonalbanken. Die deutsche Regierung verhandelt demgegenüber auf zivilisierte Art von Regierung zu Regierung.

Der zweite, zukunftsorientierte Teil des Steuerabkommens Schweiz-Deutschland führt eine Art Quellensteuer auf Zinsen und andere Kapitalerträge deutscher Kunden in der Schweiz ein. Diese Steuer von rund 26 Prozent der Kapitalerträge wird dann von der Schweiz an Deutschland abgeliefert, ohne den Kunden zu nennen. Das Abkommen dient also der Anonymisierung der deutschen Kundenvermögen. Dies ist nach Lesart der schweizerischen Bankiers eine »Rettung« für das Bankgeheimnis, in der Sichtweise mancher Schweizer Politiker aber auch eine »weitere Aushöhlung« des Bankgeheimnisses.

Tatsächlich ist diese Abgeltungsteuer ein Fortschritt. Sie schließt Lücken in der Besteuerung der Zins- und Kapitalerträge deutscher Kunden in der Schweiz. Allerdings ist der Informationsaustausch auf nur 500 bis 1000 Anfrage- und Meldefälle pro Jahr beschränkt, und mit der Behandlung der einzelnen Amtshilfefälle dürfen sich die Schweizer viel Zeit lassen.

Man muss auch die Grenzen des Abgeltungsteuersystems kennen: Es erfasst nur die in der Schweiz anfallenden Zinsen und Kapitalerträge deutscher Kunden. Hingegen werden die in Deutschland hinterzogenen Einkommensteuern bei der Entstehung der Fluchtvermögen mit dieser Abgeltungsteuer nicht erfasst. Wenn etwa ein deutscher Anwalt eine Million Euro aus einem in Deutschland unversteuerten Zusatzverdienst in der Schweiz anlegt, so liefert er durch

die Abgeltungsteuer vielleicht 10 000 Euro jährlich an den deutschen Fiskus. In Deutschland hat er aber bei der Entstehung des Vermögens rund 400 000 Euro (bei einem Grenzsteuersatz von durchschnittlich 40 Prozent) Einkommensteuer vermieden.

Man sieht aber: Dieses Abkommen ist ein wichtiger Schritt nach vorn. Es wäre fatal für beide Länder, käme es nicht zustande. Eine Alternative, nämlich ein automatischer Bankdatenaustausch, wie ihn die EU anstrebt, kommt für die Schweiz als Land außerhalb der EU derzeit nicht infrage. Es bliebe in einer Volksabstimmung chancenlos auf der Strecke. Ich könnte mir eine für beide Seiten faire Lösung mit zwei geringfügigen, aber politisch entscheidenden Änderungen vorstellen, und zwar bei beiden erwähnten Schlupflöchern: Einerseits könnte die einmalige Abgabe auf dem jeweiligen Vermögensstand zur Zeit der Abkommensunterzeichnung (Sommer 2011) statt Anfang 2013 basieren.

Dann könnten sich die deutschen Bankkunden nicht einfach durch Kapitalverschiebung der Abgabe entziehen. Und andererseits ließe sich die Zahl der Amtshilfefälle auf deutsche Anfrage hin vergrößern, und die Schweiz würde darauf in einer garantierten, kurzen Zeit Amtshilfen leisten.

Die politische Schweiz und die Regierung in der heutigen Zusammensetzung sind stärker als früher an einem Steuer-Arrangement mit Deutschland interessiert. Und die Schweizer Regierung ist heute weniger unter Zwang, zumal einige der Kämpfer für das Bankgeheimnis ihre Sessel in den Banken geräumt haben und sich jetzt auf Golfplätzen tummeln.

RUDOLF STRAHM



Der 68-jährige Schweizer Ökonom und Chemiker war 13 Jahre im Nationalrat und leitete vier Jahre als nationaler »Preisüberwacher« eine Regulierungsbehörde

Cyber

л

01010100010101010100110001111

ф

Дэ//Ю

Ф

Иж // цф

V i r u s s

Д esийь;/% % \$ _ььь+ф+_юя_:// _зж
ь ьЦ X ФУ esийь;/% % _ььь+ф

Иж // цф _эл_ _эл_ 0000 10101 ыА Б_:// Иж // цф _эл_ 01 ыА Б_://SSSS %д= "о## 66Ы

Auf Bestellung verseucht

Hacken ist ein Geschäftsmodell. In Russland floriert die Computerkriminalität **VON JOHANNES VOSWINKEL**

Es ist der Albtraum: Während der Geldüberweisung vom heimischen Computer aus, erlischt plötzlich das Bild auf dem Monitor. Was Experten als »blauen Bildschirm des Todes« bezeichnen, stammt von einem sogenannten Trojaner, also einem Schadprogramm. Es ist ein Ablenkungsmanöver. Das Versagen des Betriebssystemes wird nur simuliert, während der Trojaner selbstständig Geld auf ein spezielles Konto überweist. Wenig später scheint wieder alles gut zu sein: Der eigene Kontoauszug erscheint auf dem Bildschirm, als sei nichts geschehen. Die Überweisung zeigt er allerdings nicht. Dabei ist das Geld schon auf dem Betrügerkonto gelandet und wird, in kleine Summen aufgeteilt, von einem Netz von Zuträgern bar abgehoben und in elektronische Zahlungssysteme wie WebMoney eingespeist. Die Spur des Geldes verliert sich. Der Bankkunde bleibt auf dem Schaden sitzen. Schuld ist der Trojaner – made in Russia.

Russlands Computerkriminelle sind weltweit gefürchtet. Sie stehlen nicht nur Geld, sondern versenden auch Lawinen von Reklamemails, legen Websites durch ein Übermaß an Anfragen lahm oder greifen Telefonnetze an. Im vergangenen Jahr verhaftete Scotland Yard mehrere englische Computerhacker, die Bankkonten mithilfe eines Trojaners namens Zeus plünderten. Das Virus stammte aus Russland. Der Umsatz aller russischsprachigen Hacker, Ukraine und Baltikum mitgezählt, lag im vergangenen Jahr Schätzungen zufolge bei einer bis drei Milliarden Dollar. Bedroht sind Wirtschaft, Militär und Politik. Der deutsche Verfassungsschutzbericht 2008 warnte in diesem Zusammenhang ausdrücklich vor Internetangriffen auf deutsche Firmen. Nato und Europäische Union beklagten im März 2010 ebenfalls einen Anstieg der Angriffe auf ihre Netze. Neben China wird Russland als wichtigstes Ursprungsland dieser Attacken genannt.

Dass Russland ein Hackerparadies ist, bestreitet kaum jemand. Aber Moskauer Computerexperten protestieren gegen die Vorstellung, ihre Landsleute seien besonders kriminell veranlagt. Sie hätten, so heißt es, nur viel mehr Freiraum als andere. Denn im Kampf gegen die Computerkriminalität versagen Russlands Rechtsorgane: Die Gesetze sind unzureichend, die ermittelnden Behörden zeigen sich meist desinteressiert. Zudem wenden sich die Opfer nur selten an die Polizei. Sie trauen ihr nicht, und die Banken kommen für den Schaden durch Netzkriminelle ohnehin nicht auf. Computerkriminalität bleibt faktisch straflos – was Hacker erst recht ermutigt.

Ihre Kraft ziehen sie aus 20-jähriger Erfahrung. Nach dem Ende der Sowjetunion strebten viele Mathematiker und Kryptografen in die Informationstechnologie. Die erste Generation russischer Hacker in den neunziger Jahren fühlte sich als ideologische Gemeinde, verfasste Konventionen und verstand ihre Arbeit als Beitrag zur Wissenschaft des Cyberspace und der Künstlichen Intelligenz. Manche strebten nach technologischem Ruhm, andere erdachten Viren zum virtuellen Rowdytum. »Sie waren talentierte Programmierer und meist entsprechend asozial«, erklärt der bekannte russische Blogger Anton Nossik. »Als sie versuchten, das elektronisch gestohlene Geld in Bares umzuwandeln, wanderten sie oft ins Gefängnis. Sie waren naiv. Das FBI konnte ihnen ein Jobangebot zusenden; als sie dann nach Amerika fuhren, wurden sie verhaftet.«

Die heutige Generation ist professioneller. Anfang des vergangenen Jahrzehnts wurde die russische Netzkriminalität zum professionellen Geschäftsfeld ausgebaut. Die Gruppen arbeiten im losen Verbund. Ihre Partner finden sie über Bekannte und Mundpropaganda. Kriminelle Paten gibt es nicht, aber vertraute Geschäftsleute, die mit den Partnern ver-

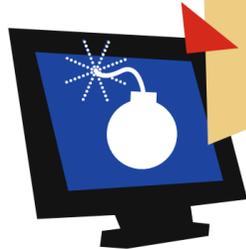
handeln, die wiederum das Netz der Geldabholer beim elektronischen Betrug organisieren und die Gewinne verteilen. Als russische Besonderheit gelten die Dienste der Garanten, die mit Viren nichts zu tun haben. Diese Garanten betreiben geheime Hackerforen im Netz, besiegeln als neutrale Mittelsmänner netzkriminelle Abmachungen und kontrollieren, dass keiner den anderen betrügt. Dafür bekommen sie ein hohes Honorar. Es kann 40 Prozent des Geschäftsumfanges betragen.

Aber auch die Kämpfer gegen die Viren haben sich professionalisiert. Die Antivirenprogramme der Firma Laboratorium Kasperskij gehören zu den russischen Exportschlägern. In nüchternen Büroräumen überwachen Kasperskij's Experten im Nordwesten Moskaus den Krankheitsbefall im Netz. Eine Bildtafel an der Wand zeigt wie ein Wasserstandsanzeiger die aktuelle Höhe der Virenflut. Um den Computerkriminellen einen Schritt voraus zu sein, besuchen Kasperskij-Experten heimlich Hackerforen im Netz. Zudem haben sie verseuchte Computer im Büro – die Experten nennen sie »Honigtöpfe«. Hier können sie verfolgen, welche Befehle die Viren bekommen und was sie anrichten. »Sie sehen, dass ein Virus um zwölf Uhr eine bestimmte Website angreifen soll«, erzählt Blogger Nossik. »Sie können nichts gegen den Server tun, der den Befehl erteilt, aber sie finden eine Tablette, die das Virus tötet.«

Kasperskij weiß viel über das Können der russischen Hacker, die in den klassischen Sparten der globalen Netzkriminalität etabliert sind. »Der Umsatz des russischen Spam-Business mit unverlangt versandten Werbemails beträgt 300 bis 400 Millionen Dollar im Jahr«, sagt der führende Antivirenexperte bei Kasperskij, Alexander Gostjew. Sogenannte DDoS-Attacken, mit denen Unternehmer die Websites ihrer Konkurrenz stören oder lahmlegen können, gehören zum Basisangebot und sind bereits für einige 100 Euro zu haben. Treue Kunden bekommen Mengenrabatt. Oder es geht darum, das System Kunde/Bank im Onlinebanking zu knacken. Daran arbeitet im Normalfall eine organisierte Gruppe. Sie braucht ein Virus von hervorragender Qualität, das gut 5000 Dollar kosten kann, und ein Botnetz verseuchter Computer, von denen aus das Virus verschickt werden kann. Durch das Fußvolk der Geldabholer am Automaten, die den virtuellen Gewinn in Scheine umwandeln, gibt es manchmal Kontakte mit der herkömmlichen Organisierten Kriminalität. Aber das bleibt die Ausnahme: »Netzkriminelle und klassische Verbrecher leben in Parallelwelten«, sagt Gostjew.

Drei Prozent aller Nutzer glauben den Anweisungen am Monitor und zahlen

Auch in anderen Sphären der Computerkriminalität haben sich Russen einen Namen gemacht. Ihre Produkte sind gefälschte Antivirenprogramme oder Blockade-Trojaner. Die einen Viren öffnen auf dem Computerbildschirm die Website eines seriös aussehenden Anbieters von Antivirenprogrammen. Der warnt vor digitalen Bedrohungen und bietet Schutz und Hilfe durch ein Antivirenprogramm für 30 bis 50 Dollar an. In Wahrheit gibt es weder das Programm noch die aufgespürten Viren. Etwa zwei bis drei Prozent aller angesprochenen Nutzer glauben den Anweisungen auf dem Bildschirm und bezahlen. Manchmal fangen sich dann erst recht ein Virus ein, das den Computer vollständig lahmlegt. »Um den Code zur Entblockierung zu erhalten«, erzählt Gostjew, »soll eine SMS an eine Premium-Nummer gesandt werden. In der Regel muss man drei solcher SMS abschicken und bezahlt dafür etwa 25 Euro. Viele Betrügergruppen benutzen diese Schwindelmasche. Meist erhält der Geschädigte keine Antwort. Nur wenige Betrüger sind »ehrlich« und versenden anschließend den Code.«



Hacken auf Russisch: Eine Illustration

Der letzte Schrei auf dem russischen Virenmarkt nennt sich TDSS. »Das ist das schädlichste Rootkit, das je von Netzkriminellen erstellt wurde«, sagt Gostjew. »Es kann die Anwesenheit beliebiger anderer schädlicher Programme verbergen und ermöglicht ihre Ausbreitung im verseuchten Computersystem.« TDSS verdient Geld durch Klicks. Der Computer klickt sich, vom Nutzer unbemerkt, durch bestimmte Websites und ihre Reklame. Die falschen Klicks bringen den Besitzern der Websites Geld: Die Werbekunden bezahlen für sie in der Annahme, ihre Reklame sei betrachtet worden. Ein verseuchter Computer kann 80 Klicks pro Minute auf verschiedenen Websites imitieren.

Westeuropäische oder amerikanische Computer zu knacken ist am teuersten

Die Dienste der Hacker, den Preis der Viren – alles regelt der graue Markt. »Der Trojaner Zeus kostet in der neuen Version etwa 5000 Dollar«, berichtet Gostjew. »Dazu erhält der Käufer technische Unterstützung und ein Upgrade, sobald das gekaufte Virus von den Antivirenprogrammen aufgespürt wird.« Der Käufer kann sich an spezialisierte Hacker, die sogenannten Überschwemmer, wenden, die das Virus für ihn verbreiten. »Vor fünf bis zehn Jahren hat die Mehrheit der Verbrecher Datenbanken mit Mailadressen gekauft und das Virus versandt in der Hoffnung, dass viele die elektronischen Briefe öffnen«, sagt Gostjew. »Das ist nicht mehr effektiv. Heute verbreiten sich Viren über den Browser und verseuchte Websites. Der Verbrecher geht zu den »Überschwemmern« und sagt: Ich möchte dieses Virus auf 10 000 Computer setzen. Die Gruppe nennt ihren Preis, sagen wir 1000 Dollar, und versendet das Virus. Gezahlt werden erfolgreich installierte Viren. Der Preis hängt vom Land ab. Die Verseuchung westeuropäischer oder amerikanischer Computer ist am teuersten.«

Helfer für eine Attacke finden sich immer. Experten vermuten, dass manche Hacker im Auftrag des Geheimdienstes oder der für Computerkriminalität zuständigen »Verwaltung K« der Polizei handeln. »Ich kenne Fälle, in denen Virusschreiber das Gefängnis vermieden, indem sie ihre Schuld bekannten und mit den Ermittlern zusammenarbeiteten«, erzählt Gostjew. »In solchen Fällen bekommen sie milde Strafen. Aber was zur Zusammenarbeit gehört, kann man nur raten.« Das russische Netz steht unter besonderer Kontrolle des Geheimdienstes FSB, denn hier finden Oppositionelle ihr Publikum. Im Blogging-Netzwerk LiveJournal schmähen Kritiker die Partei von Premierminister Wladimir Putin als »Partei der Betrüger und Räuber«, platzieren Videos von Veranstaltungen, auf denen Putin ausgebuht wurde, und planen Demonstrationen. LiveJournal gilt als Refugium der Zivilgesellschaft. Es hat 32 Millionen registrierte Benutzer und zwei Millionen Blogs, die regelmäßig aktualisiert werden.

Im Frühjahr attackierten Hacker die Blogs der bekanntesten Kreml-Kritiker. Ende Juli wurde LiveJournal durch das Anfragenbombardement Tausender infizierter Computer mehrere Tage lang ausgeknockt. Über die Motive der Angreifer gibt es verschiedene Vermutungen: Die einen glauben an einen politischen Auftrag der Machthaber, die anderen verweisen auf wirtschaftliche Gründe. Es könnte, so der Verdacht, der Versuch dahinterstehen, berühmte Blogger mitsamt ihren Werbeeinnahmen auf andere Netzplattformen zu locken.

Denn meist geht es auch bei politischer Netzkriminalität ums Geld. Der Patriotismus der Hacker ist käuflich. Ein russischer Blogger beschreibt das so: »Ein Kommissar der Kremljugend »Unsere« verkündet, sein Freund könne für 10 000 Dollar eine missliebige Website ausschalten. Er bekommt das Geld aus dem Haushalt der Organisation. Der Freund erhält 5000 Dollar und startet die Netzattacke. Der Kommissar behält die andere Hälfte des Geldes. Und alle sind zufrieden.«



Alexander Gostjew ist Virenbekämpfer bei Laboratorium Kasperskij

Kursverlauf

Veränderungen
seit Jahresbeginn



DAX
6461
+9,5 %



DOW JONES
12 661
+3,6 %



JAPAN-AKTIE
NIKKEI: 8791
+4,0 %



RUSSLAND-AKTIE
RTS: 1576
+14,2 %



EURO
1,31 US\$
+1,2 %



ROHÖL (WTI)
101 US\$/BARREL
+1,5 %



GOLD
1744 US\$/
FEINUNZE
+11,6 %



KAKAO
1500 BRITISCHE
PFUND/TONNE
+8,3 %



ZINK
2131 US\$/
TONNE
+14,3 %

GELD UND LEBEN

Hamstern oder nicht

Wohin mit den Vorsorge-Nüsschen? Ein Kölner Institut hält uns für Nager

Es gibt Institutionen, die Antworten auch auf solche Fragen finden, die zu stellen niemand für nötig gehalten hätte. Das Kölner rheingold-Institut beispielsweise befindet in einer gerade veröffentlichten Studie, dass die Menschen »heute« dem Thema Altersvorsorge »mehr denn je« (!) mit »großer Unsicherheit« (!!) begegneten. Das liege schon daran, dass die Kombination der Wörter »Alter« und »Sorge« Sterblichkeit signalisiere; außerdem unterlägen Ältere einem »Vitalitätsdogma« und seien von der 68er-Revolve besetzt. Kurzum: Ihr Vorbild, schreibt rheingold, sei der Camel-Mann, der »niemals zur Ruhe kommt«.

Bis er dann eben umfällt, ohne jemals ausreichend vorgesorgt zu haben.

Gut so, könnte man sagen, macht dann auch nichts mehr. Findet rheingold aber gar nicht, weshalb das Institut auch versucht, Ordnung in das durch Ignoranz und Ruhelosigkeit angerichtete deutsche Vorsorge-Chaos zu bringen. Dazu kategorisiert rheingold uns

Diese Woche von
Christian Tenbrock



Deutsche in sechs Typen, etwa »getriebene Jongleure«, »sorglose Ignorierer« oder »hortende Hamster«. Letztere sind geizig, horchen gierig und nehmen ihren Reichtum nicht selten mit ins Grab. Ganz anders verhält sich ein »lockerer Verteiler«, der – so formuliert es rheingold – »viele Vorsorge-Nüsschen breit gestreut, vergraben und dann aber auch wieder vergessen« hat. Zum Typus »Verteiler« gehören übrigens elf Prozent der Bundesbürger, der »hortende Hamster« kommt mit 26 Prozent wesentlich häufiger vor (was man sich auch denken konnte, so sind wir Deutsche).

Fragen Sie sich nun, wozu das alles gut ist? Finanziert hat die Studie das Deutsche Institut für Altersvorsorge, das sich seit Langem für die Privatisierung eben dieser Vorsorge einsetzt. Wahrscheinlich finden deshalb die rheingold-Ergebnisse ihren Weg in die Bankfilialen. Wenn Sie also demnächst vor Ihrem Berater sitzen und doch einmal über Ihr Alter sprechen, versuchen Sie herauszufinden, wie er Sie sieht. Hamster oder Eichhörnchen? Danach wird sich richten, welche Produkte er Ihnen anbietet.



Illustration: Karsten Petrat für DIE ZEIT/www.splintone.com

Nächstes Jahr wird Frau Faubel zum Metzger gehen und ihre Rendite abholen. Sie wird sie wiegen und einpacken lassen und am Abend ihrem Mann servieren.

Evi Faubel, 53, kauft seit zehn Jahren ihre Wurst bei Jörg Weckerlein. Weckerlein führt eine Metzgerei mit elf Zweigstellen in Nürnberg und Umland. Seit Dezember gibt Weckerlein **Genussrechte** aus, 90 000 Euro will er bei seinen Kunden einsammeln und damit eine zwölfte Filiale eröffnen. So viel Geld, sagt Weckerlein, würde ihm seine Hausbank ohne weitere Sicherheiten nicht leihen.

Rund 40 private Investoren hat der Metzger bereits gefunden. Sie stellen ihm Geld zur Verfügung, dürfen aber anders als Aktionäre keinen Einfluss auf das Geschäft nehmen. Dafür bietet Weckerlein ihnen sieben Prozent Zinsen. Wer

1000 Euro oder mehr investiert, bekommt sogar zehn Prozent. Die meisten von Weckerleins Anlegern haben sich für diese Variante entschieden. Ausbezahlt werden die Zinsen in Form von Einkaufsgutscheinen für das eigene Geschäft.

Evi Faubel hat 500 Euro investiert. »Mit dieser Anlage fühle ich mich sicherer«, sagt sie. Sicherer jedenfalls als bei Aktien, mit deren Rendite sie unzufrieden sei. Bei Weckerleins Anleihen, sagt Faubel, »gehen keine Zahlen auf dem Konto rauf und runter, sondern ich bekomme ein schönes Päckchen Wurst und Fleisch«. Außerdem wolle sie kleine Läden unterstützen. Weiter bei ihrem Metzger einkaufen zu können, auch das ist für Evi Faubel eine Art Rendite.

Seit der Finanzkrise haben viele Anleger das Gefühl, etwas stimme nicht mit dem System. Sie misstrauen den Kapitalmärkten und zweifeln an den Renditeversprechen von Finanzprodukten. Die Schuldenkrise in Europa hat die Verunsicherung noch verstärkt. »Viele fragen sich: Was machen die da überhaupt? Kriegen die das in den Griff? Ist mein Geld noch sicher?«, sagt Barbara Rune vom Bundesverband unabhängiger Finanzdienstleisterinnen. »Da hat eine Bewusstseinsänderung stattgefunden«, sagt auch Henry Schäfer, Professor am Betriebswirtschaftlichen Institut der Universität Stuttgart.

Überschaubarer und nachvollziehbarer sollen die Anlageobjekte sein, überschaubarer als das, was an den Finanzmärkten angeboten wird – so wünschen es sich Anleger zunehmend. Sie wollen sehen, was aus ihrem Geld wird, viele suchen deshalb in der Nachbarschaft nach sinnvollen Möglichkeiten zu investieren. Und stoßen dabei auf ganz unterschiedliche Angebote. Jörg Weckerlein begibt Wurstanleihen. Fußballvereine sammeln Geld bei ihren Fans ein, im Gegenzug dürfen diese etwa mitbestimmen, wie ein Stadion heißen soll. Ein Opernfestival im bayerischen Chiemgau lockt Anleger damit, ihr Vermögen in Kunst zu investieren und nebenbei den Tourismus zu fördern.

All diese Angebote richten sich an private Investoren, die nicht allein ihr Geld vermehren wollen. Die stattdessen auch auf soziale, ethische oder ökologische Aspekte Wert legen. »Viele akzeptieren niedrigere Zinsen, wenn die Anlage eine ökologische Rendite erwirtschaftet«, beobachtet Professor Schäfer.

Solch einen anderen Mehrwert will auch die Regionalwert AG bei Freiburg bieten. Sie kauft und pachtet Höfe und Äcker, verpachtet sie weiter und fördert einen ökologischen Anbau. Bürger können sich an den Betrieben in Form von Aktien beteiligen. Es gibt regelmäßige Treffen, auf denen die Aktionäre entscheiden, nach welchen Kriterien die Höfe wirtschaften. Jedes Unternehmen in der AG muss einmal im Jahr berichten, wie sozial und ökologisch es arbeitet.

Eine Dividende hat die Aktiengesellschaft noch nie gezahlt. Die Aktionäre profitieren nicht in Form von Geld. Dafür verspricht die Ackeraktie eine gute Bodenqualität auf den Feldern und damit gesundes Essen. Die Anleger investieren, weil sie auf diese Weise sicherstellen können, dass die Betriebe umweltverträglich arbeiten und die Produkte, die sie dort erwerben, von höherer Qualität sind.

Als Christian Hiß die Regionalwert AG vor fünf Jahren gründete, wollte er eine regionale Volkswirtschaft schaffen. Seine Idee war, dass in einem überschaubaren Kreislauf Geld aus der Region in Betriebe der Region fließt, deren Produkte dann wieder bei den Geldgebern landen. Etwa 500 Investoren hat Hiß mittlerweile von seinem Konzept überzeugt. Die AG verfügt über fast zwei Millionen Euro Kapital. Nun will Hiß bei den Aktionären noch einmal mehr als 800 000 Euro einsammeln.

»Im Moment spüren wir eine Riesendynamik. Wir haben das Kapital an die Landwirtschaft in der Region gebunden. Das überzeugt die Menschen«, sagt Hiß. Er hat das Prinzip des Kapitalmarkts, auf dem Konzerne, Staaten und Geldgeber aus aller Welt aufeinandertreffen, auf das Freiburger Umland reduziert – und so für die Menschen greifbar gemacht.

Neben dem Wunsch nach größerer Nähe befriedigt die Regionalwert AG auch den Wunsch, mit dem eigenen Geld Sinnvolles zu bewirken. Ein Wunsch, der immer mehr Anleger umtreibt und

sie auch auf grüne Immobilien, Photovoltaik- oder Windkraftanlagen setzen lässt. Laut einer Untersuchung des Forums Nachhaltige Geldanlagen haben geschlossene Fonds hierzulande fast eine Milliarde Euro Eigenkapital für derartige Projekte eingesammelt, hauptsächlich von Privatleuten. Eine Umfrage des Deutschen Derivate Verbands vom vergangenen Sommer deutet in die gleiche Richtung: Demnach ist für ein Drittel der Befragten Nachhaltigkeit ein wichtiger Faktor, wenn sie ihr Geld anlegen.

Für viele Anleger spielt auch eine eher persönliche Rendite eine Rolle. Zum Beispiel wenn sie eine Tribüne für eine Fußballmannschaft finanzieren, die ihnen ein Gefühl von Heimat gibt. Im November begab der Hamburger Club St. Pauli eine Anleihe. Mit dem Geld will er das Millerntorstadion modernisieren und sein Trainingszentrum ausbauen. Vier bis fünf Millionen Euro wollte der

FC St. Pauli bei Unterstützern einsammeln, am Ende liehen ihm die Fans acht Millionen Euro. Die Anleihe läuft bis Sommer 2018 – bis dahin will der Verein jährlich sechs Prozent Zinsen zahlen.

Das ist eine üppige Rendite, wie sie derzeit nur wenige Anlageformen bieten. Weil mehr Rendite immer auch mehr Risiko bedeutet, heißt es, genauer hinzuschauen. Der FC St. Pauli stand mehrmals vor der Pleite, für die Anleihe hat der Verein keine Sicherheiten hinterlegt. »Niemand kann vorhersagen, wie es hier in sechs Jahren aussieht«, sagt St. Paulis Geschäftsführer Michael Meeske. Der Verein habe aber eingerechnet, die Anleihe auch zurückzahlen zu können, sollte er in die dritte Liga absteigen. »Das Investment bedeutet für die

Fans vielleicht ein höheres Risiko, aber auch eine hohe emotionale Rendite«, sagt Meeske.

Das Risiko blenden viele Anleger bei solchen Investments allerdings aus. »Die Leute denken, sie kennen ihren Verein, sie kennen ihren Metzger und geben ihm ihr Geld«, sagt Henry Schäfer von der Universität Stuttgart. Doch das Gefühl der Transparenz trüge: Viele verstehen nicht, wie ein Genussrecht oder eine Anleihe funktioniert, und dass niemand überwache, wer hinter der Anlage stecke. »Banken und Rating-Agenturen gelten vielen als nicht mehr funktionsfähig. Aber sie arbeiten doch professioneller«, so Schäfer. Auch Verbraucherschützer warnen. »Bei einem Zins von sechs, sieben oder sogar zehn Prozent ist das Geld nicht sicher. Das ist eine riskante Wette«, sagt Edda Castelló von der Verbraucherzentrale Hamburg. Sie rät von Angeboten kleiner Emittenten ab.

Auch Jörg Weckerleins Unternehmensberater empfahl, nicht zehn Prozent Zinsen für seine Wurstanleihe anzubieten. Unserios nannte er das. Aber der Metzger bestand darauf. Er wollte, dass seine Genussrechte im Gespräch bleiben.

Evi Faubel hat sich nicht beraten lassen, bevor sie die Rechte erwarb. Sie vertraue Weckerlein und habe ja nur wenig Geld investiert, erzählt sie. »Ich freue mich einfach darauf, nächstes Jahr meine Wurst in der Hand zu halten.« Faubel möchte eine Rendite zum Anfassen.

Rendite zum Anfassen

Viele Anleger misstrauen der globalen Finanzwelt und investieren lieber in der Nachbarschaft. Zum Beispiel in Wurstanleihen oder Ackeraktien VON SOPHIE CROCOLL

Genussrechte

Im Gegensatz zu Aktien oder Anleihen gibt es für Genussrechte keine gesetzlichen Vorschriften. Sie können weder dem Eigen- noch dem Fremdkapital eindeutig zugeordnet werden. Ein Genusschein verbrieft meist einen Anspruch auf einen gewissen Teil des Gewinns oder des Erlöses bei einem Verkauf. Wer eine solche Anlage zeichnet, erwirbt ausschließlich Vermögensrechte. Auf das Geschäft des Emittenten kann er keinen Einfluss nehmen

Im Schraubstock der Demografie

Die Kolumne von PEER STEINBRÜCK: Einige Fakten zum Anpassungsdruck auf Staat und Gesellschaft

Das Verhältnis der Bevölkerung im Erwerbsalter (20 bis unter 65 Jahre) und jener im Rentenalter (65 Jahre und älter) ändert sich dramatisch. Standen 1990 noch 100 Bürgern im Erwerbsalter 23 über 65-Jährige gegenüber, waren es 2010 bereits 34. In weniger als 20 Jahren werden es wahrscheinlich 53 Rentner sein. Also werden dann in der gesetzlichen Altersversorgung zwei Bürger im Erwerbsalter mit ihren Arbeitgebern für einen potenziellen Rentenbezieher aufkommen müssen.

Nicht weniger deutlich sinkt der Jugendquotient, also der Anteil der unter 20-Jährigen je 100 Erwerbsfähige, was keine besseren Perspektiven für die Finanzierungsgrundlagen der Rentenversicherung eröffnet – ganz abgesehen davon, wie sich die Innovationsfähigkeit, die Neugier und kulturelle Aufgeschlossenheit einer Gesellschaft entwickeln, in der die Altersgruppe »65 plus« größere Bataillone stellt als die Jungen.

Die Rentenbezugsdauer lag im Jahr 1960 noch bei durchschnittlich 9,9 Jahren. Im Jahr 1990 waren es im Zuge des medizinischen Fortschritts und der besseren Lebensbedingungen schon 15,4 Jahre und 2010 fast 19 Jahre. Dieser Trend dürfte sich fortsetzen, da die Lebenserwartung der über 65-Jährigen durchschnittlich um knapp 1,5 Monate pro Jahr oder bis 2030 um fast drei Jahre zunehmen dürfte, wie es der Rentenexperte und frühere Vorsitzende des Sachverständigenrates, Bert Rürup, veranschlagt.

Das Berufseintrittsalter ist seit den fünfziger Jahren, in denen viele mit 15 ins erste Lehrjahr gingen, inzwischen deutlich auf 23 Jahre gestiegen. Dementsprechend verringerte sich die Dauer der Beitragszahlungen in die Rentenversicherung. Richtig ist aber auch: Die Produktivität pro Beschäftigten ist gestiegen, und seit der Jahrtausendwende ist das Berufseintrittsalter immerhin leicht gefallen.

Die Versorgung der pensionierten Beamten wird weniger den Bund und umso mehr die Länder bis Mitte des Jahrhunderts um sage und schreibe über 1300 Milliarden Euro belasten.

Bund und Länder konnten dafür in Form von Pensionsfonds allenfalls minimal vorsorgen. Rückstellungen wie in der gewerblichen Wirtschaft gibt es im öffentlichen Dienst nicht. Der Hinweis von Fachleuten, dass es insbesondere wegen dieser Pensionslasten neben der ausgewiesenen Staatsverschuldung von rund 2000 Milliarden Euro auch noch eine versteckte gebe, kann selbst mit großen politischen Nebelkerzen nicht verschleierte werden.

Der Chef der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, schätzt, dass durch das Altern der Gesellschaft ein demografisch bedingtes Defizit von 70 Milliarden Euro allein bis zum Jahr 2020 entsteht. Er bezieht dies allerdings nicht ausschließlich auf die Sozialausgaben, sondern auch auf die Wertschöpfung in der Volkswirtschaft.

Erhöht sich unsere Geburtenrate nicht erheblich, werden im Jahr 2060 nicht mehr gut 80 Millionen Menschen in Deutschland leben, sondern nur noch 65 Millionen. Hätten wir einen positiven Einwanderungssaldo von jährlich 200 000 Menschen, würde die Einwohnerzahl trotzdem absinken – auf dann 70 Millionen. Dementsprechend verringert sich auch der Anteil der Bürger im erwerbsfähigen Alter von heute 55 Millionen auf 33 Millionen im Jahr 2060, wobei bereits eine durchschnittliche jährliche Zuwanderung von 100 000 Menschen unterstellt ist. Wer den Anteil der Erwerbsbevölkerung als zentralen Finanziers des sozialen Sicherungssystems konstant halten möchte, muss sich für die jährliche Zuwanderung von 500 000 Menschen im Arbeitsalter einsetzen – und alle damit verbundenen Integrationsprobleme lösen.

Aus der Perspektive der Tagespolitik und selbst einer Legislaturperiode mag das alles weit weg und vage sein. In Generationen und Generationenverträgen gedacht, wird das hohe Gut des Sozialstaates aber schnell bedroht, wenn der Anpassungsdruck aus der demografischen Entwicklung ignoriert wird. In den Worten von Franz Müntefering: »Wenn es nicht rechtzeitig moderate Weichenstellungen mit zumutbaren

Anstrengungen gibt, werden Sozialstaat und Fortschrittsfähigkeit des Landes in eine dramatisch enge Kurve getrieben.«

Allein die andauernde Verlängerung der Rentenbezugsdauer durch die steigende Lebenserwartung führt zu einer massiven Leistungsausweitung der gesetzlichen Rentenversicherung, die Bert Rürup auf ein reales Kostenplus von 15 Prozent bis 2030 schätzt. Er fügt hinzu, dass dieses nicht einfach wegreformiert, sondern nur umverteilt werden könne.

Was aber, wenn die schrittweise Erhöhung des Renteneintrittsalters einfach ausgesetzt wird, ohne dass gleichzeitig auf anderem Wege die durchschnittliche Lebensarbeitszeit erhöht wird?

Dann wird der Verteilungskonflikt lediglich vertagt. Das merken die Bürger, selbst wenn ihnen die Aussicht auf die Rente mit 67 als Ärgernis erscheint. Eine bloße Vertagung dient deshalb nicht der viel beschworenen Glaubwürdigkeit der Politik – und auch nicht der Wahrhaftigkeit.

Dann müssten die Bürger wenigstens über die Alternativen zu einer Aussetzung der Rente mit 67 aufgeklärt werden. Da wäre zum einen eine Erhöhung des Beitragssatzes zur Rentenversicherung für die arbeitende Bevölkerung und damit eine Verringerung ihres verfügbaren Einkommens sowie – bei voller Parität – der Lohnnebenkosten der Arbeitgeber. Da wäre zum Zweiten eine Erhöhung des Zuschusses zur Rentenversicherung aus dem Bundeshaushalt, der bereits heute 82 Milliarden Euro und damit weit mehr als ein Viertel des Etats beträgt (für kritische Leser: Ohne Zuschuss an die Knappschaft und Abgeltung nicht beitragsgedeckter Leistungen sind es immer noch 59 Milliarden Euro). Das wiederum würde die Staatsverschuldung hochtreiben, wenn nicht an anderer Stelle gespart wird oder Steuern erhöht werden. Zum Dritten könnte die Höhe der Renten reduziert werden. Halleluja!

Das würde die Befürchtung weiter nähren, dass die Altersarmut zunimmt. Einige Kritiker halten das schon der Rente mit 67 entgegen, weil diese bei fehlenden oder unzumutbaren Beschäftigungsmöglichkeiten im 66. oder 67. Lebensjahr eine faktischen Rentenkürzung bedeutet. Dieses Argument ist richtig, darf aber nicht zur falschen Schlussfolgerung führen, sich von diesem Werkstück alternativlos zu verabschieden.

Wenn die ersten beiden Alternativen insbesondere aus einem Gerechtigkeitsgebot gegenüber nachfolgenden Generationen nicht infrage kommen und die dritte den ohnehin schon problematischen Trend eines abnehmenden Rentenniveaus (von heute etwa 50 Prozent eines Nettodurchschnittseinkommens auf wahrscheinlich 43 Prozent im Jahr 2030) mit der Folge wachsender Altersarmut weiter verschärft, dann wird die Politik jetzt (!) zu einer Erhöhung der Lebensarbeitszeit stehen müssen. Und sie wird nicht zurückdrehen dürfen, was eine rot-grüne Bundesregierung und eine Große Koalition mit Walter Riester und Franz Müntefering als verantwortlichen Sozialministern zur Entlastung des Altersversorgungssystems auf den Weg gebracht haben, um es leistungsfähig zu erhalten. Darüber hinaus sind nennenswerte Fortschritte bei der stärkeren Integration älterer Arbeitnehmer in den Arbeitsmarkt gelungen.

Im Nebel mancher Vorurteile oder Fehlanahmen ist weitere Aufklärung angebracht. Die Rente mit 67 erwischt uns nicht beim Aufwachen zum nächsten Monatsbeginn. Sie wird in monatlichen Stufen über 18 Jahre im Jahr 2029 erreicht. Wer 45 Jahre lang Beiträge zahlt, ist nicht betroffen. Von den heutigen 4,6 Millionen Bürgern im Alter von 60 bis 64 bezieht ein Drittel entweder schon eine Erwerbsminderungsrente oder ist freiwillig in den vorzeitigen Ruhestand gegangen, nimmt also billigend Abschlüsse in Kauf, um sich sein Leben jenseits be-

ruflicher Inanspruchnahmen bunter, stressärmer oder mobiler einzurichten. Eine andere Gruppe sind Selbstständige oder Beamte, die gar kein Normalarbeitsverhältnis anstreben dürften. Ferner ist eine weitere Gruppe in diversen anderen Formen des Vorruhestandes. Deshalb führt die Zahl, dass die Beschäftigungsquote aller 60- bis 64-Jährigen nur 27 Prozent betrage, in die Irre. Manche Experten schätzen sie auf längst 50 Prozent, bezogen auf diejenigen in dieser Altersklasse, die für ein Normalarbeitsverhältnis überhaupt infrage kommen. Dessen unbenommen droht mit der demografischen Entwicklung bereits weit vor 2029 ein drückender Mangel an Fachkräften. Der wird die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer wertvoller denn je machen und ihre Beschäftigungsmöglichkeiten steigern. Das zeichnet sich bereits ab: Die Beschäftigung der 55-Jährigen und Älteren ist seit Ende der neunziger Jahre auf heute 60 Prozent gestiegen. Das gilt auch für den Altersabschnitt der über 60-Jährigen allein.

Im März 2007 beschloss der Bundestag die schrittweise Einführung der Rente mit 67. Damit schien die schwierige, aber gut begründete, von vielen parteiübergreifend geteilte und im Generationenverhältnis faire Anpassung an die Demografie vollzogen. Das entsprach im Übrigen auch der Beschlusslage der SPD auf nicht weniger als drei Bundesparteitagen 2005, 2007 und 2009.

An der Begründung für diese Position hat sich seitdem objektiv nichts geändert. Sie ist allerdings politisch unpopulär und stößt in Teilen der Wählerschaft auf Empörung. Das wiederum alarmiert Teile der Politik. Sie unterliegen daraufhin der Versuchung, den Bürgern anstrengungslose Lösungen harter Probleme in Aussicht zu stellen oder ins Unverbindliche auszuweichen. Bleibt die Frage, ob dieselben Wähler nicht Haltung, Geradlinigkeit und Wahrhaftigkeit selbst dann höher bewerten, wenn dies mit unangenehmen Botschaften für sie verbunden ist. In der Fehleinschätzung dieser Frage mag einer der Gründe für den allseits beklagten Vertrauensverlust der Politik liegen.

STEINBRÜCK



ZUR SACHE

Ein Schritt voran

Das Schuldenmachen in Europa wird künftig schwieriger – gut so

VON MATTHIAS KRUPA

Schwer zu sagen, über wen man sich nach all den Gipfeln mehr wundern soll: über die europäischen Regierungschefs, die sich seit bald zwei Jahren bemühen, den Euro zu retten – oder über den maßlosen Chor der Kritiker, die gar nicht mehr zur Kenntnis nehmen, wenn sich doch einmal etwas bewegt.

Keine drei Monate ist es her, seit die Bundesregierung die Idee eines neuen Euro-Vertrags auf die Tagesordnung setzte. Unverantwortlich sei das, hieß es damals quer durch Europa, niemals könne eine solche Vertragsänderung innerhalb weniger Monate gelingen. Und überhaupt, die Schuldenkrise werde mit ein paar Paragraphen ganz sicher nicht gelöst. Nur widerwillig folgten die meisten Regierungschefs der deutschen Kanzlerin. Nun ist zumindest die Vertragsänderung gelungen, viel schneller als gedacht. Am vergangenen Montag verständigten sich die Regierungschefs auf den sogenannten Fiskalpakt. Doch der Chor tönt weiter:

Niemals werde dieser Pakt einlösen, was er verspricht – weniger nationale Schulden und mehr Stabilität für die gemeinsame Währung.

Um den schrillen Ton halten zu können, stellen sich die meisten Kritiker dümmer, als sie sind. Natürlich kann kein Vertrag der Welt verhindern, dass Staaten Schulden machen; genauso wenig wie ein Gesetz verhindert, dass Menschen rauben oder stehlen. Entscheidend ist, dass dieser Vertrag eine Norm setzt (ausgeglichene Haushalte), einen Weg dorthin beschreibt (nationale Schuldenbremsen) und Sanktionen (Strafzahlungen) vorsieht. Dass manches davon auch anders und früher zu haben gewesen wäre – geschenkt. Unter dem Strich steht: Das Schuldenmachen wird

DER STANDPUNKT:

Der Fiskalpakt ist die Voraussetzung für alles Weitere: Für neue Investitionen und eines Tages für Eurobonds

in Europa künftig nicht unmöglich, aber deutlich schwieriger als bisher. Die Schlupflöcher sind im Vergleich zum bisherigen Stabilitätspakt enger geworden. Stimmt es, dass die gegenwärtige Krise im Kern eine Schulden- und Vertrauenskrise ist, dann ist das eine gute Nachricht.

Vorüber ist die Krise damit nicht, wer hätte das auch je behauptet? Die deutsche Kanzlerin jedenfalls nicht. Im Gegenteil wird sie nicht müde zu betonen, dass das Vertrauen, das verloren wurde, nicht auf einen Schlag – oder mit einem Scheck – wiedergewonnen werden kann.

Angela Merkel liebt Probleme, solange diese überschaubar sind und sich in kleine Teile zerlegen lassen. Dieser Krise stand sie daher lange ratlos gegenüber.

Nun, scheint es, hat sie ihre Schrittfolge gefunden. Die Selbstverpflichtung der Euro-Staaten (und acht weiterer EU-Länder) zu solider Finanzpolitik ist demnach die Voraussetzung für alles Weitere: für eine höhere »Brandmauer«, sprich Aufstockung des permanenten Rettungsschirms ESM, wie sie vor allem der italienische Ministerpräsident Mario Monti fordert; für neue Investitionen, ohne die die Wirtschaft in Europa nicht wieder wachsen wird; und eines Tages vielleicht auch für Eurobonds. Wichtig ist, wie gesagt, die Reihenfolge. Und zwar nicht nur, um die heimischen Abgeordneten zu beruhigen. Sondern weil die Bereitschaft zur Disziplin für gewöhnlich wieder sinkt, wenn der Druck nachlässt.

Der Fiskalpakt ist ein richtiger Schritt, für den Merkel in Europa hart gekämpft hat. Für die nächsten Schritte wird sie vor allem zu Hause kämpfen müssen.

Troy Carter?



Troy Carter auf der Digital Life Design Conference im Januar in München

Papa Gaga

Hinter dem Superstar Lady Gaga steht ein kleiner, unauffälliger Mann, der die neuen Medien früh zu nutzen wusste VON ANNA MAROHN

Troy Carter taucht einfach nicht auf. Zu erreichen ist er nicht, und seine Assistentin hat auch keine Ahnung, wo er verloren gegangen sein könnte, hier auf der DLD-Konferenz von Burda, dem wichtigsten Treffen der Internetelite in Deutschland. Glücklicherweise gibt er gerade gut ausgeleuchtet ein Fernsehinterview im Nebenraum. In der Menschenmenge wäre er nicht so leicht zu finden gewesen. Troy Carter ist klein.

Sorry, sehr viel los, sagt er, strahlt einen an und folgt brav zum Pressezentrum. Schwer, ihm irgendwas übel zu nehmen. »Reichen 45 Minuten?«, fragt er. 60 wären besser. »Okay, 50«, sagt er, setzt sich im schwarzen Anzug auf sein angewinkeltes linkes Bein und macht es sich auf dem Sofa bequem. So wie andere mit Chips vorm Fernseher. Troy trägt eine große Brille, mit seinem Rucksack, auf dem in fetten Lettern »Lady Gaga« steht, könnte man ihn auch für einen Studenten halten.

»Sie schreibt alles selbst, wir haben nicht mal ihr Passwort«

Der Mann, das fällt sofort auf, ist so unauffällig, als sei er der Gegenentwurf zu seinem schrillen, lauten, bunten Star.

90 Millionen Dollar Umsatz soll sie im vergangenen Jahr eingespielt haben, schätzte *Forbes*, mindestens doppelt so viel wie jede andere Sängerin. Carter war es, der Stefani Germanotta zum aktuell größten Pop-Act der Welt gemacht hat, das sagen jedenfalls viele in der Szene.

Bei ihm klingt es eher so: Er hat einen Weltstar gefunden. »Ich glaube nicht, dass man jemanden zum Star machen kann«, sagt der 39-Jährige. »Ein Superstar erkennt man, wenn er den Raum betritt.«

Als Miss Germanotta vor fünf Jahren Carters Büro betrat, im Schlepptau seines Friends Vince Herbert, bei dem sie gerade einen Plattenvertrag unterzeichnet hatte, da war sie schon durch und durch Gaga. »Sie trug eine große Sonnenbrille, sehr große Schuhe, Netzstrümpfe und keine Hose. So wie sie heute auch rumläuft.«

Wie er so erzählt von dem Moment, als es zwischen den beiden auf Anhieb »klick machte«, lässt sich schnell vergessen, dass er von dem exzentrischen Star spricht, der auch schon mal im Fleischlappenkostüm auftritt. »Ich bin von der Ostküste, sie ist von der Ostküste«, sagt Carter. »Sie ist ein sehr bodenständiger Mensch, und wir hatten sofort eine sehr interessante Unterhaltung.«

Bodenständig in Netzstrümpfen. Vielleicht liegt es an Troy Carter, der die beruhigende Aura eines heißen Lavendelbads hat. Vielleicht entspannt sich da auch eine Lady Gaga ganz schnell.

Noch viel wichtiger als der Gleichklang sei aber die Musik gewesen. »Mir war klar, das wird was Großes.« Die große Vermarktungsstrategie, die gab es aber nicht, sagt Carter, nur die Frage: Wie bringen wir ihre Musik nach draußen zu den Leuten? Die Radiostationen ließen sich nicht so schnell überzeugen, sie hielten Gagas Musik eher für clubtauglich.

Damals war die Zeit für etwas Neues gekommen. Facebook entwickelte sich von der kleinen abgeschotteten Collegeplattform zur Kontaktbörse für jedermann, später kam der Kurznachrichtendienst Twitter auf, und das Abspielen von Videos auf YouTube brachte die Browser nicht mehr zum sofortigen Absturz. Lady Gaga war auf Anraten ihres Managers eine der Ersten im Musikgeschäft, die all die neuen Medien konsequent für sich nutzten. »Früher mussten Freddie Mercury oder David Bowie erst in New York ein Konzert geben, bevor die Leute wussten, wer sie sind«, sagt Carter. Heute kommt der Ruhm mit einer Million Klicks in manchen Fällen quasi über Nacht. Mehr als 47 Millionen Menschen erreicht Gaga inzwischen über Twitter und Facebook. Ihre *little monsters*, wie sie ihre Fans nennt, wissen, wo sie ist, was sie gerade macht. Kürzlich etwa postete sie über die ersten Fotos der Bühne für ihre Tournee: *Just saw first photos of the stage being built. Just peed all the way down to my Chanel shoes!! "sorry Karl" abbb!!!!*

Das ist überdreht, funktioniert aber, weil es authentisch ist. Man dürfe nicht versuchen, den Leuten auf den Sozialen Netzwerken mit plattem Marketing zu kommen, es laufe nur mit echtem Kontakt und Austausch, meint Carter. »Sie schreibt alles selbst, wir haben nicht mal ihr Passwort.«

Der ökonomische Wert solcher Kontakte ist nur schwierig zu messen. »47 Millionen Menschen, die wir dort erreichen, heißt nicht 47 Millionen verkaufte Alben oder Konzertkarten«, sagt Carter. Da solle man sich keine Illusionen machen.

Den Austausch mit und unter den echten Fans will er über ein neues Netzwerk fördern, das in Facebook integriert ist. Backplane heißt das Unternehmen, das Projekt ist gerade in die Testphase gestartet. VIP-Investoren um den Ex-Google-Chef Eric Schmidt und den Facebook-Veteranen Sean Parker sind beteiligt. Gaga hält 20 Prozent. Für die Musikindustrie könnte es ein Weg sein, endlich selbst an Informationen über ihre Zielgruppe zu

Die Bestsellerin

Stefani Joanne Angelina Germanotta ist gebürtige New Yorkerin. Sie brachte sich mit vier Jahren das Klavierspielen selbst bei und besuchte eine katholische **Mädchenschule**. Danach begann sie ein Musikstudium an der Tisch School of the Arts, das sie aber abbrach. In den Bars der Lower East Side und von Greenwich Village startete sie ihre Karriere – damals noch als Brünette in der **Stefani Germanotta Band**. Schnell bekam sie einen ersten Plattenvertrag, das Label ließ sie allerdings genauso schnell wieder fallen. Unter ihrem Künstlernamen Gaga – in Anlehnung an Freddie Mercurys Hit »Radio Gaga« – trat sie zusammen mit der Performance-Künstlerin Lady Starlight auf und schrieb Songs für Britney Spears und die Pussycat Dolls. **Vince Herbert** nahm Gaga 2007 bei Streamlight Records unter Vertrag, Troy Carter wurde ihre Manager.

Seitdem jagt ein Superlativ den nächsten: Ihr erstes Album »**The Fame**« kam 2008 auf den Markt und verkaufte sich mehr als zwölf Millionen Mal, die erste Singleauskopplung

»Just Dance« landete auf Platz eins der US-Billboardcharts. Noch erfolgreicher war im Frühjahr 2009 der Song »Pokerface«. 2010 bekam Gaga zwei Grammys. Ihre Songs gehörten zu den ersten, die sich millionenfach im Internet verkauften. Bei **Facebook** und **Twitter** hält sie diverse Rekorde, was die Zahl der Klicks angeht. Mit ihrer **Monster Ball Tour** von 2009 bis 2011 soll sie mehr als 200 Millionen Dollar eingenommen haben. AMA



gelangen. »Das ist dringend nötig, auch um Daten von Fans zu sammeln«, sagt Carter. Anstatt das Feld Google und Facebook zu überlassen, die damit schon lange kommerziell arbeiten. Für andere Künstler, für Sportler und Politiker könnte der exklusive Zugriff auf die eigene Fangemeinde ebenso interessant sein, kalkuliert der Manager.

Zwischen ihm und Lady Gaga gibt es eine unausgesprochene 95/5-Prozent-Arbeitsteilung: Carter trifft 95 Prozent der geschäftlichen Entscheidungen, Gaga 95 Prozent der kreativen. Nur manchmal muss er sachte in ihr Ressort eingreifen, wenn es seins gefährdet: »Braucht es fünf Flugzeuge für den Transport der neuen Bühne, frage ich, wie wir es schaffen, das auf drei zu reduzieren.«

Die *New York Times* schrieb kürzlich, mit ihrer *star power* und seinem aggressiven *deal making* seien die beiden zu einer echten Macht im Netz geworden. Carters Handlungsmaxime für geschäftliche Beziehungen klingt da erst mal exotisch. »Wir gehen nur Partnerschaften ein, die wir auch umsonst machen würden«, sagt er. Er ist aber so ehrlich, hinzuzufügen: »Wenn wir's dann machen, hol ich natürlich das Beste für meinen Klienten raus.« Diese Mischung aus gutem Gefühl und noch besserem Geschäftssinn macht ihn so erfolgreich.

Seine Firma Atom Factory, in der auch seine Frau Rebecca arbeitet, betreut neben Gaga noch den aufstrebenden Teenager Greyson Chance und die Band Mindless Behavior. Atom Factory hat außerdem einen Ableger im Silicon Valley, wo Carter und seine Leute regelmäßig nach vielversprechenden Internet-Start-ups suchen, in die sie die ein oder andere Million investieren wie zuletzt etwa in die virtuelle DJ-Plattform turntable.fm.

Mit den Machern der Onlinespielefirma Zynga haben sie das Spiel Gagaville auf Facebook aufgelegt, vor allem, weil es um eine andere Zielgruppe ging, wie Carter erklärt. »Wir erreichen da hundert Millionen neue Leute, ganz andere, als wenn wir Radiosender oder Magazine bespielen.«

Für Chrome, den Internetbrowser von Google, hat Gaga tatsächlich ohne finanzielle Gegenleistung einen Spot gedreht, in dem sich alles um sie und ihre kleinen Monster dreht. Aber was heißt schon umsonst? Die Werbung für den Browser, die laut Carter ein Mediabudget von 30 Millionen Dollar hatte, ist natürlich auch Werbung für die Sängerin.

Gary Briggs, Vize-Chef von Google, der für den Deal zuständig war, sagte der *New York Times* hinterher, Troy und Gaga täten Dinge, die für die Kommunikation und die Fanbeziehung neue Maßstäbe gesetzt hätten.

Gaga ist mit Abstand Carters größte Erfolgsgeschichte, aber nicht seine erste. Seine Karriere begann er als 17-Jähriger im Tross von Will Smith. Dessen damaliger Manager ist bis heute einer seiner engsten Freunde und stammt aus derselben Gegend. »Er hat mir gezeigt, wo's langgeht«, sagt Carter. »Ich hatte viel Glück.«

Carter wuchs in einer Gegend in Philadelphia auf, in der eine kriminelle Karriere die wahrscheinlichere gewesen wäre. »Viele meiner Freunde wurden umgebracht oder landeten im Gefängnis«, sagt er. Neben Gewalt und Drogen prägte sein Viertel aber auch der Hip-Hop. Carter wollte selbst ein großer Rapper werden – für kurze Zeit. »Ich musste sehr schnell einsehen, dass es andere gab, die das sehr viel besser können«, sagt er und lacht. Also suchte er sich einen anderen Traumjob in der Hip-Hop-Welt – *music executive*, Manager.

Bei drängenden Problemen meldet sich die Sängerin auch mal nachts

Carter trug damals Schuhe, Slacks und ein Seiden-shirt. »*You got dressed*, so war das damals«, erinnert er sich. Den Trend zu Baggypants, in denen er wohl versunken wäre, ließ er aus.

Später kümmerte sich Carter um die Karriere von Notorious B.I.G., baute Rapper Nelly und andere Größen der Szene auf. Aber mit Gaga ist es etwas anderes. »Wir sind wirklich enge Freunde«, sagt er. Das brauche es auch, da Gaga sich schon mal nachts um zwei Uhr mit drängenden Problemen an ihn wende. Das Wort Freundschaft trifft ihre Beziehung trotzdem nicht ganz. »Wenn ich Entscheidungen für sie treffe, dann berücksichtige ich auch, was für persönliche Auswirkungen das hat, das fühlt sich genauso an, wie wenn ich eine Schule für meine Kinder aussuche.«

Natürlich habe er auch väterliche Gefühle für die 25-Jährige. Bei so einem Job gehe es darum, jemanden durchs Leben zu führen, sagt Carter. Am meisten sorgt er sich um ihre innere Balance. »Gaga ist getrieben, ich kenne niemanden, der so hart arbeitet. Wir dürfen dieses Feuer nicht erlöschen lassen und müssen gleichzeitig aufpassen, dass sie es nicht übertreibt.« Zur Not verordnet er ihr Urlaub mit ausgeschaltetem Handy, manchmal fahren sie alle zusammen irgendwo an den Strand, Lady Gaga, Carter, seine Frau und die vier Kinder. Wo hin? Er zögert, dann fällt ihm ein: »Das ist privat.«

Am Ende hat das Interview 52 Minuten gedauert, zwei Minuten über seiner Zeit. Carter strahlt und sagt: »*You win*.«

Großmut trotz Krise

Auch wenn EU-Staaten wanken,
brauchen die Armen Hilfe

Die erste Runde im Jahr 2002 war noch einfach. Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria hatte keine Schwierigkeiten, für seine wichtige Mission viele Millionen Dollar bei internationalen Geldgebern einzusammeln. In der zweiten Runde waren die Staaten schon zurückhaltender, und jetzt – zum zehnten Geburtstag der internationalen Initiative zur Eindämmung der wichtigsten Infektionskrankheiten – wird es richtig eng.

Die Finanzkrise hat zugeschlagen. Viele Geldgeber wollen oder können nicht mehr viele Millionen Euro in Medikamenten und Moskitonetze für die Ärmsten in den armen Ländern investieren. Im vergangenen Jahr spielte der deutsche Entwicklungsminister Dirk Niebel (FDP) sogar mit dem Gedanken, den deutschen Beitrag von 200 Millionen Euro für den Fonds einzusparen – musste aber nach Protesten auf diesen Schnitt verzichten.

Auf den ersten Blick wirkt die Lage noch recht komfortabel: Das Geld reicht, um laufende Programme zu unterstützen. Doch gerne würde man im Globalen Fonds noch viel mehr Patienten erreichen. Schon deshalb, weil sich gezeigt hat, dass mit Aids-Medikamenten die Anzahl der Viren im Blut der Infizierten gesenkt wird, was nicht nur den Patienten selbst hilft, sondern auch das Ansteckungsrisiko für andere Menschen mindert.

Aber, wie gesagt, jetzt ist ja Finanzkrise: Und deshalb zahlen die EU-Schuldensünder Italien und Spanien nicht mehr das, was sie vormals versprochen hatten. Die beiden Mittelmeerstaaten sind dem Globalen Fonds derzeit fast 400 Millionen schuldig. Nach der Logik von Sparkanzlerin Angela Merkel war das zwar im Prinzip ein richtiger Schritt zur Haushaltsanierung – der aber, sollte es dabei bleiben, konkret zu Lasten der Entwicklungshilfe ginge. Deutschland selbst bliebe zwar sauber, doch die Südländer stünden gleich doppelt dumm da.

Recht so!, mag der besorgte deutsche Steuerzahler denken. Warum sollten wir Italien oder Spanien Geld überweisen, damit diese es gleich weiter nach Uganda transferieren? Doch vielleicht liegt hierin die Chance für die beiden Mittelmeerländer, ihren ruinierten Ruf zu verbessern. Könnten Italien und Spanien die ausstehenden Mittel beim Fonds begleichen, dann wäre dies ein Signal, dass die Staaten auch in der Krise zu ihrem Wort stehen. Selbst wenn sie dafür EU-Gelder einsetzen müssten, wäre das eine gute Tat.

Dass selbst in heikler Lage die Hilfe für andere, noch Schlechtergestellte nicht versiegen muss, zeigt gerade Japan. Kurz vor dem Jahrestag der Tsunami- und Atomkraftkatastrophe und inmitten einer finanziellen Dauerkrise hat sich das Land entschlossen, dem globalen Fonds allein für das laufende Jahr 340 Millionen Dollar zu überweisen. Das ist eine große Geste, die ihre Wirkung nicht verfehlen wird. HARRO ALBRECHT

Ihr Passwort, bitte!

»123456« kommt häufig vor. Oder »qwertz«. Viele Nutzer wählen als Passwort auch einfach – genau – »Passwort«. Es ist die Pest der digitalen Welt: Kein Rechner, keine Website, kein Soziales Netzwerk oder Onlinebanking, wo nicht des Menschen Vergesslichkeit gnadenlos zutage tritt. Hab ich für den neuen Katzenfutterversand jetzt »Kit12« genommen oder »Kit12012«? Mit Sonderzeichen? Man soll ja auch nicht überall das Gleiche verwenden. Und regelmäßig ändern! Aber keinesfalls auf Post-it-Notes am Bildschirm befestigen. Die Konsequenz ist ständiges Halbwissen, Falscherinnen und Neufestlegen – bis zum nächsten Mal. Sich an blöde Zeichenketten exakt zu erinnern gehört eben nicht zur Kernkompetenz eines Gehirns, das in ständiger Furcht vor Säbelzahn Tigern evolvierte. Wer überhaupt für diese humaninkompatible Idee verantwortlich ist, wollte das Magazin *Wired* wissen und befragte Veteranen des Digitalzeitalters. Aus den Erinnerungen der Ingenieure meldete sich ein Großrechner des Massachusetts Institute of Technology als Ursprung des Passwortwahnsinns heraus, das Jahr 1961 als Anfang. Und: Schon im Jahr darauf habe ein eifriger Forscher die Passwortliste entwendet. Sicher sei die ohnehin nicht gewesen. Klingt überraschend aktuell? Was die Pioniere indes nicht preisgaben: Wie lautete denn nun das allererste Computerpasswort? Wahrscheinlich 123456. STX

Im endlosen Weiß des Südens: Die Station Neumayer III ist das Zentrum der deutschen Polarforschung

Hochsaison

Minus sieben Grad gilt hier als laues Lüftchen und der Sommer dauert nur wenige Wochen. Jetzt haben die deutschen Klimaforscher in der Antarktis besonders viel zu tun VON ALINA SCHADWINKEL

In der Antarktis herrscht Trubel. Soeben sind mehrere Tonnen Proviant und Forschungsequipment aus Kapstadt eingetroffen, mit ihnen Sommerbesucher und die neuen Überwinterer. Norweger, Deutsche, Engländer – ein Gewusel aus Nationen und Sprachen beherrscht in den frühen Morgenstunden die Landepiste nahe der norwegischen Troll-Station. Weder die berühmte antarktische Stille noch das Gefühl der endlosen, unberührten weißen Weite wollen sich einstellen. Eine Hebebühne surrt, Pistenbullis graben sich knirschend durch den Schnee, Anweisungen hallen über das Feld. Der Zeitplan ist eng und will eingehalten werden, auch hier am Ende der Welt.

Denn nur im Sommer können die Stationen im ewigen Eis angefliegen werden. Spätestens Mitte Februar ist die Gelegenheit vorbei, dann wird das Wetter zu schlecht. Umso wichtiger ist, dass sich die Antarktis während der kurzen, hellen Jahreszeit des Öfteren von ihrer schönsten Seite präsentiert: mit leichten Minusgraden, wenig Wind und dem Farbenspiel von goldener Sonne, blauem Himmel und weißem Schnee. Eben so wie heute.

»Da haben wir einen perfekten Tag erwischt«, sagt Uwe Nixdorf. Der Geophysiker des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung (AWI) aus Bremerhaven ist auf dem Weg zum Stolz der deutschen Polarforschung: Neumayer-Station III – Ganzjahresstation der Klimaforschung auf dem entlegenen siebten Kontinent.

Die Polregionen sind die Klimaarchive der Erde. Von der Atmosphäre bis tief ins Sediment: Was sich hier niedergeschlagen hat, verrät, welchen Veränderungen der Planet in den vergangenen Jahrhunderten ausgesetzt war. Gelingt es, das »Klimasystem Antarktis« zu verstehen, lässt sich anhand von mathematischen Modellen besser als bislang die Zukunft vorhersagen. Die Antarktis als Treiber und Indikator für den Klimawandel, so lautet die Theorie.

Allem Klimawandel zum Trotz bleibt die Ostantarktis konstant kühl

Praktisch sieht es meist komplexer aus. Denn die Erderwärmung ist in der Ostantarktis nie angekommen. Direkt am Südpol wird es sogar kälter. Wirft das die bisherige Klimaforschung über Bord? »Nein«, sagt Nixdorf. »Die Veränderungen passen ins Bild. Es sind jedoch Fragen hinzugekommen.« Zum Beispiel, wie es sein kann, dass die Temperatur auf der antarktischen Halbinsel steigt, im restlichen Gebiet jedoch nicht. Ob eine generelle Erwärmung zu einer stabileren Antarktis führen kann? Und, falls ja, ob dann nicht sogar dickeres Eis am Südpol in Zukunft den Meeresspiegel konstant halten könnte?

Mithilfe von Flugzeugen, Forschungsschiffen, Langzeitobservatorien und Feldforschung wollen die Polarforscher diese Wissenslücke stopfen. Sie haben sich über den Kontinent hergemacht, von der Küste bis hinauf auf das antarktische Plateau.

Nixdorf nutzt diesen kurzen Sommer zur Inspektion. Er hat die Reise geplant und kümmert sich darum, dass jede Kiste, jede Reisetasche samt Besitzer an ihren Bestimmungsort geht. Seit 24 Stunden ist der Mann auf den Beinen. Ihn erwartet ein weiterer Flug, denn von der Troll-Station bis Neumayer III sind es noch mal 420 Kilometer. Das entspricht einer Fahrt von Hamburg nach Köln und ist doch nur ein Bruchteil der ganzen Reise. Am Ende des Trips wird der Forscher 9910 Kilometer zurückgelegt haben.

Die Sommergäste aus Deutschland reisen mit der *Polar 6*, dem neuesten Flieger, den die Polarwissenschaftler zu bieten haben. Das Propellerflugzeug ist eine eigens umgebaute BT-67 und mit ihren roten Flügeln und dem blauen Bauch ein wahres Schmuckstück – sowohl von außen als auch von innen. Die Sitzbezüge sind handgenäht, das graue Leder mit Schaffellbesatz lädt zum Herumlümmeln ein. »Diesen Luxus gibt es natürlich nicht, wenn wir auf Messflug sind«, sagt Nixdorf und lässt sich tiefer in den weichen Sitz sinken.

Denn dann ist das Innere der schmucken Maschine ein reiner Laderaum, komplett aufgefüllt mit wissenschaftlichen Instrumenten und Computern. Mit der *Polar 6* ermitteln die Forscher die Dicke und Struktur des Eises und führen Atmosphärenmessungen durch. »Um die Wechselwirkung zwischen den Ozeanen, der Antarktis und der Atmosphäre zu verstehen«, erklärt Nixdorf über das Dröhnen der Propeller hinweg. An der Unterseite des Flügels sind Radarantennen montiert. Ihre Wellen dringen mehr als vier Kilometer durch den Eisschild und somit bis auf den Gesteinsuntergrund. Erst wenn bekannt ist, wie sich das Eis der Antarktis verhält, kann prognostiziert werden, wie es sich im Laufe des Klimawandels verändern wird.

Mit Nixdorf und den neuen Überwinterern kehrt die Unruhe auch auf Neumayer III ein. Die kraftstrotzende Festung im Eis erzittert unter dem Ansturm der Antarktis-Neulinge – Hochbetrieb. Doch das enge Tagesprogramm muss weitergehen. Pünktlich um 11 Uhr schreitet Jölund Asseng zur Tat: Der Stationsmeteorologe erklimmt die letzten Stufen zur Ballonhalle auf dem Dach. Ein Knopfdruck, das metallene Rolltor schiebt sich ratternd nach oben und gibt den Blick frei auf den Horizont. Ein eisiger Windstoß fegt ihm ins Gesicht.

»Hier oben ist es oft sehr stürmisch. Doch nach einem antarktischen Winter hat man sich daran gewöhnt«, sagt Asseng. Er schreitet hinaus, lehnt sich gegen die schneidende Bö und lässt einen großen, weißen Ballon steigen. Ein tägliches Ritual: Auf die Minute genau hat der Meteorologe in den vergangenen zwölf Monaten Wetterballone gestartet, um die Lufttemperatur, den Luftdruck und die Windgeschwindigkeit in den höheren Luftschichten zu messen. Bis zu 35 Kilometer hoch steigen die Sonden. Einmal pro Woche entlässt Asseng noch einen weiteren Ballon, der ein Messgerät für den Ozongehalt trägt. Zudem zeichnen fest installierte Sensoren auf dem Dach und nahe der Station permanent Wetterdaten auf: Windgeschwindigkeit, Temperatur, Feuchte, Intensität der Sonneneinstrahlung. »Alle Werte gehen direkt online«, erklärt er, »sie fließen in die weltweiten Wettermodelle ein.« Und das seit 30 Jahren. Das ist die Zeitspanne, die Experten voraussetzen, bevor sie aus der Statistik des Wetters Aussagen über Veränderungen des Klimas ableiten.

Seit diesem Januar gilt das meteorologische Observatorium daher offiziell als Klimabeobachtungsstation. Dank der Langzeitmessung konnten Wettervorhersagen verbessert und feinste Veränderungen im antarktischen Klima festgestellt werden. »Der Luftdruck ist hier in den drei Jahrzehnten ein wenig gestiegen, es gibt daher weniger Wolken und mehr Sonnenschein«, sagt Asseng.

Was sich in diesem Teil der Antarktis hingegen nicht geändert hat, ist die Temperatur. Seit Beginn der Wettermessungen war es an der Station im Jahresmittel minus 16 Grad Celsius kalt. »Der Klimawandel ist hier noch nicht messbar«, sagt der Meteorologe. Wohl aber auf der antarktischen Halbinsel. Dort sei es um bis zu drei Grad wärmer geworden. Noch arbeiten die Forscher daran, die Erklärung für den enormen Unterschied zu finden. »Die Antarktis ist größer als Europa. Wenn es in Rom Klimaveränderungen gibt, in Moskau aber nicht, dann kann es furchtbar viele Gründe dafür geben. Und hier genauso«, sagt Nixdorf, die Unterschiede müsse man eben herausarbeiten. Auch die Folgen der einseitigen Erwärmung sind unklar. Das mildere Klima in der Antarktis könnte einerseits zu mehr Schneefall führen, der Eispanzer würde wachsen, die Antarktis stabiler werden. Andererseits trägt das Abschmelzen der Westantarktis zum Anstieg des Meeresspiegels bei. Bleibt die Frage, wie groß der Einfluss ist und ob sich dieser in Zukunft ändern wird.

Im Sturm ist ein schlichtes Seil die einzige Lebensversicherung

»Die Wetterbeobachtungen allein reichen nicht aus, um das Rätsel zu lösen«, sagt Uwe Nixdorf. Nach einem reichhaltigen Mittagessen – ein schwer arbeitender Polarforscher verbrennt bis zu 5000 Kalorien am Tag – geht es wieder hinaus in die Kälte. Sein Ziel ist das Spurenstoffobservatorium. Dort wird die antarktische Luft in ihre Bestandteile zerlegt.

Himmel und Erde sind im Lauf des Vormittags immer weiter zu einer einzigen weißen Fläche verschmolzen. Das Auge findet keinen Anhaltspunkt, keinen Horizont, »Whiteout« heißt das im Polarjargon. Das Gefühl für Distanzen ist vollends verloren. Die anderthalb Kilometer, die das Labor von der Neumayer-Station entfernt ist, sind selbst für den sportlichen Nixdorf ein anstrengender Fußmarsch. Es gibt keinen richtigen Weg, nur tiefen Schnee. Nixdorf orientiert sich an der schwarzen Führungsleine, die bis zum Außenlabor reicht. Sich hier im konturlosen Weiß zu verlaufen, womöglich noch in einem Schneesturm, würde den sicheren Tod bedeuten. Da ist das schlichte Seil die Lebensversicherung. Am Ende der Leine hebt sich ein einsamer orangefarbener Container auf Stelzen scharf vom endlosen Weiß ab. Auf seinem Dach befinden sich Röhren und Antennen. »Schön, dass Sie sich zu mir verirrt haben«, sagt der Chemiker Rolf Weller. Während der Sommermonate führt er hier täglich seine Messungen durch.

Im Sturm ist ein schlichtes Seil die einzige Lebensversicherung

»Die Luft in der Antarktis ist noch nahezu unberührt, wir sind hier weit von den Industriestaaten entfernt«, erklärt Weller, während im Hintergrund Rohre seufzen, Messkolben sich drehen und Computer surren. Der Chemiker stößt bei seinen Analysen vor allem auf Salz aus dem Meer, von Algen produziertes Sulfat und organische Schwebstoffe. Er zeichnet

Fortsetzung auf S. 32



Von oben: Das deutsche Forschungsflugzeug Polar 6; der Meteorologe Jönlund Asseng auf dem Dach der Station Neumayer III; die Garage von Neumayer II; Höhle in der Schelfeiskante; deutsche Forscher vor der Sommerstation Kohlen



Fortsetzung von S. 31

auf, in welchen Mengen und zu welchen Jahreszeiten die Stoffe im Schnee konserviert werden. Denn tatsächlich kommen alle Spurenstoffe, die im polaren Eis deponiert werden, aus der Luft. Weil die hier so rein ist, lassen sich die natürlichen Prozesse nachvollziehen – und kleinste Veränderungen rasch bemerken.

Nachweislich hat in den vergangenen Jahren eines der stärksten Treibhausgase auch seinen Weg in die Antarktis gefunden: Schwefelhexafluorid (SF₆), dessen Hauptverbraucher die Elektroindustrie ist. »Dieses Gas ist definitiv menschengemacht«, sagt Weller. Es wird kaum abgebaut und kann anhand von Vergleichsmessungen in der Arktis bis zum Ursprungsort zurückverfolgt werden. Nicht nur aus reiner Forscherneugier. Eigentlich, so fordert es das Kyoto-Abkommen zum Klimaschutz, soll SF₆ möglichst aus dem Verkehr gezogen werden. Hinweise auf eine Abnahme können die Chemiker am Südpol der Welt jedoch noch keine finden. Irgendjemand produziert irgendwo munter weiter! »Auf diese Weise lernen wir, wie die nördliche und die südliche Hemisphäre zusammenhängen und sich untereinander austauschen«, sagt Weller. Was auf der Nordhalbkugel geschehe – es komme mit gut anderthalbjähriger Verspätung in der Antarktis an.

An diesem Tag geht es zunächst zur Küste. Ein umgebauter Toyota-Truck dient als Raupenfahrzeug. Das motorisierte Monstrum quält sich mithilfe von Ketten langsam über die buckelige Schneepiste, die der Arzt Eberhard Kohlberg als »planierte Strecke« bezeichnet. Sie erinnert jedoch eher an einen Motocross-Parcours. 19 Kilometer eisiges Auf und Ab liegen noch vor ihm. Gemeinsam mit Nixdorf fährt er zur Schelfeiskante.

Kaimauer aus Eis: Die »Polarstern« legt an der Schelfeiskante an

Der Mediziner kommt seit zwölf Jahren regelmäßig während der kurzen Sommersaison in die Antarktis und koordiniert dort die logistischen Arbeiten. Er kennt die Umgebung der Station. »Dennoch würde ich nie ohne GPS und Funkgerät aufbrechen«, sagt er. An einem Tag wie heute ist der Weg kaum zu erkennen. Allein die Sonnenbrille schafft Kontraste – manche Bodenwelle wird übersehen.

Trotz der holprigen Fahrt genießt Nixdorf die Aussicht, nicht ein Mal wendet er den Blick ab von der Natur. In der Ferne schieben sich die Oberkanten königsblauer Eisberge über den Horizont. Kontrastreich heben sie sich ab vom Rest der weißen Welt. Und plötzlich ist es da, das Meer. Schwarzblau erstreckt sich der Südliche Ozean vor der Eiskante des Ekström-Schelfs. »Hier geht es 17 Meter senkrecht runter. Das ist noch eine der flacheren Stellen, und sie eignet sich perfekt als Anlegestelle für die Polarstern«, erzählt Kohlberg.

Das Forschungsschiff hat zuletzt vor Weihnachten hier geankert und 375 Tonnen Material für Neumayer geliefert. »Das Entladen dauerte zwei Tage«, sagt Kohlberg. Auf Schlitten wurden die nach oben geholten Container von hier mit Pistenbullis bis zur Station gezogen. Die meiste Zeit benötigt das Umpumpen des Treibstoffs. 300 000 Liter Arctic Diesel, Kerosin und ein wenig Benzin. »Per Luftfracht wäre das viel zu teuer. Zu Wasser, zu Land und in der Luft – das muss hier alles ineinandergreifen«, sagt Nixdorf und schwingt sich wieder in den Truck.

Auf der Rückfahrt zu Neumayer III will er noch kurz die südafrikanischen Kollegen in ihrem Sommerlager besuchen. Kohlberg greift zum Funkgerät, meldet die Stippvisite an. Begrüßt werden die Besucher mit der Frage: »Wer möchte Kaffee, wer Tee?« Man duzt sich. Die deutschen Nachbarn sind immer herzlich willkommen. Denn die Südafrikaner dürfen die Container der alten Neumayer-II-Station als Sommerbasis nutzen, ganz im Sinne des Antarktisvertrags (siehe Kasten).

Der Besuch ist eine kleine Zeitreise. Alte Polarhasen wie Nixdorf und Kohlberg können hier schnell nostalgisch werden: Die Raumaufteilung ist noch wie früher, die Einrichtung ist zum großen Teil übernommen worden, und ein altes Forschungsplakat, die Farbe ist schon ganz verlaufen, zeugt von der wissenschaftlichen Ausbeute einstiger Besatzungen.

Die alte Station liegt sechs Kilometer von dem neuen Forschungsposten entfernt und war bis 2009 in Betrieb. Damals befanden sich die Wohncontainer – und mit ihnen Hospital, Labore, Werkstatt und Funkraum – nicht wie heute über dem Eis, sondern in einer verzweigten unterirdischen Röhrenkonstruktion. »Gegen Ende waren es ganze 14 Meter«, sagt Kohlberg. Damals ragten die Lüftungsschächte und zwei Treppentürme empor, heute ist die Rampe der Garagenzufahrt der letzte verbliebene Zugang.

Beim Durchschreiten der alten Fahrzeughalle macht sich Ehrfurcht breit. Die Antarktis versucht hier auf ihre Weise, die Leere zu füllen, welche die Wissenschaftler hinterlassen haben: Ganze Stahlträger sind von Eis umwuchert, riesige Zapfen hängen von der Decke. Jeder Schritt klingt, als würden die

Forscher über Tausende feiner Scherben laufen. Je tiefer sie steigen, desto unwirklicher wird die Welt, die vom spärlichen Licht der Taschenlampen erhellt wird. »Die Natur hat in den letzten drei Jahren ihren Raum zurückerobert«, sagt Kohlberg. Über den Köpfen spannt sich ein Geflecht aus feinen Eiskristallen, das glitzernd das Leuchten der Funzeln reflektiert. Es knackt und knirscht. »Hier lässt sich gut sehen, welchen Druck der Schnee auf die Röhren ausübt«, sagt Kohlberg. Über seinem Kopf wölbt sich die Metallkonstruktion bedrohlich weit nach unten, wie ein Stück Papier hat der Schnee sie zusammengeknickt. »Langsam, aber sicher wird hier alles zerquetscht.« Es war definitiv Zeit für eine neue Forschungsstation.

Auf Neumayer III hat der Großteil der Besatzung mittlerweile Feierabend. Chris Behrendt lässt sich nur allzu gern ein weiteres Mal erzählen, wie es um die alte Dame im Eis steht. Der Ingenieur hat 2006 auf Neumayer II überwintert und ist noch immer tief beeindruckt. Die Vorbereitungen für seine zweite Überwinterung haben ihn bislang jedoch davon abgehalten, sich das Tunnelsystem noch einmal anzuschauen. »Ich muss unbedingt wieder hin«, sagt er, »schließlich habe ich dort unten Monate verbracht, die Station war mein zweites Zuhause.«

Die tiefe Verbundenheit erklärt, warum es Behrendt, wie fast jeden Polarforscher, immer wieder in die unwirtliche Eiswüste zieht. »Wer einmal hier war, ist mit dem Antarktisfieber infiziert«, konstatiert er trocken. Warum sonst würde man all die Strapazen auf sich nehmen? Jede Überwinterung sei eine neue Herausforderung, körperlich und psychisch. »Irgendwann kommt das Heimweh, und es fehlt die Zweisamkeit.« Umso wichtiger sei der zentrale Aufenthaltsraum mit Heimkino, Billard und Bar.

Hier lässt Behrendt den Abend heute ausklingen. Bier vom Fass gibt es, Wein und Martini. Schon jetzt freut er sich auf die größte Party der kommenden Überwinterung: das Mittwinterfest am 21. Juli. Von dann an wird es wieder hell. »Das ist unser Bergfest und wird gefeiert wie Ostern, Weihnachten und Neujahr zusammen.« Statt 40 werden sich dann nur noch neun Wissenschaftler und Techniker zuprostet.

Spielregeln für die Polarforscher

Am 23. Juni 1961 trat der Antarktisvertrag in Kraft. In 14 Artikeln regelt er menschliche Aktivitäten südlich des 60. Breitengrades, einschließlich des Schelfeises. In diesem Vertrag wurde unter anderem festgelegt, dass die Gebietsansprüche von Argentinien, Australien, Chile, Frankreich, Großbritannien, Neuseeland sowie Norwegen ruhen sollen. Und dass »die Antarktis für alle Zeiten ausschließlich für friedliche Zwecke« genutzt werden darf. Der Vertrag betont den Vorrang der wissenschaftlichen Forschung. So sollen nicht nur Informationen über alle Projekte, sondern auch Forscher und Ergebnisse zwischen den Stationen ausgetauscht werden.

Mit dem Umweltschutzprotokoll von 1991 sind diese Punkte bekräftigt worden. Weiter haben sich die Vertragsstaaten verpflichtet, die Antarktis als ein Naturreservat zu belassen; das bedeutet unter anderem, dass es verboten ist, Rohstoffe abzubauen. Der jetzige Vertrag läuft bis zum Jahr 2041. Weitreichende inhaltliche Änderungen sind auch danach nicht zu erwarten, da diese einstimmig beschlossen werden müssten.

Weltweit haben derzeit 45 Staaten den Vertrag unterzeichnet, die Bundesrepublik im Jahr 1979. ASC

Während im Hintergrund die Billardkugeln aneinanderklackern, macht Nixdorf es sich mit einer Zigarette und einem Glas Rotwein auf der Couch bequem. Kurz durchatmen, dann geht er zu Bett. Denn am nächsten Morgen muss er wieder früh raus.

Die Anstrengungen sind ihm nach dem kurzen Schlaf ins Gesicht geschrieben. Die Augen aber funkeln schon wieder vor Begeisterung, als Nixdorf in die Polar 6 steigt. Er ist auf dem Weg zu einem guten Freund: Heinrich Miller war direkt nach seiner Ankunft in der Antarktis weiter ins Inland geflogen. Während sich Neumayer III an der Küste nahezu auf Meereshöhe befindet, thront die deutsche Sommerstation Kohlen seit mehr als einem Jahrzehnt in 550 Kilometer Entfernung 2892 Meter hoch auf dem antarktischen Plateau im Königin-Maud-Land (siehe Karte). Hier entlocken die Polarforscher dem Eis seine Geschichte – in Form von Bohrkernen.

Die auf einer schwarzen Pfahlkonstruktion stehende Sommerbasis ist weit weniger imposant als Neumayer III. Der schlichte Bau wirkt rudimentär, irgendwie behelfsmäßig.

Über eine Metalleiter klettert Miller hinauf zu den drei Trakten: Im ersten Containerblock sind die Funkbude sowie der Aufenthaltsraum samt Küche, es folgen die Wasch- und Schlafräume, dann die Technik. Wohnlichkeit sucht man zwischen den mit braunem Holz verkleideten Wänden vergeblich. Ein paar Tische und Stühle und eine Durchreiche zur Küche müssen genügen. »Hauptsache, hier drinnen ist es warm«, sagt Miller.

Die Station dient als logistische Basis für die Bohrungen des European Project for Ice Coring in Antarctica (Epica). In diesem europäischen Tiefseeborhrprojekt wird das antarktische Klima der vergangenen Jahrhunderte rekonstruiert, das Bohrkern dient heute als Eistiefenlabor. Die Bohrkern, die hier an die Oberfläche gehievt werden, landen im Kühlkeller des AWI in Bremerhaven, wo Forscher darin lesen wie in einem klimatischen Logbuch. Messungen wie jene aus dem Chemiecontainer unweit der Neumayer-Station ermöglichen überhaupt, in diesem Eisarchiv die richtigen Zeitabschnitte zu finden.

Minus 34 Grad Celsius im Keller – ganz ohne künstliche Kühlung

Die geografische Lage von Millers spartanisch bestücktem Refugium ist wohlüberlegt. Während es in anderen Gebieten im Inland nur wenig schneit, wächst die Schneedecke bei Kohlen pro Jahr um 20 Zentimeter. Und die Station steht exakt auf einer Eisschneide. Hier schichtet sich herabfallender Schnee sauber auf, um unter dem eigenen Druck zu Eis zu werden. Am Hang würde es nach links oder rechts zur Seite abfließen, hier nicht – »eine solche Schichtung ist die perfekte Voraussetzung für eine Eiskernbohrung. Sie macht eine genaue Datierung möglich«, sagt Miller, während er in klobigen Stiefeln zielstrebig die Rampe zum Eiskeller hinabstapft. Eiszapfen bilden sich langsam an den Haaren seines Schnauzbarts.

Im Herzen des Gewölbes, neun Meter unter der Oberfläche, herrschen minus 34 Grad Celsius. 2774 Meter tief hat der Geophysiker hier mit seinem Team gebohrt, bis zum felsigen Grund. Oder wie Miller gerne sagt: 200 000 Jahre in die Vergangenheit. Denn im Eis der Antarktis ist die Zeit eingefroren. Schicht für Schicht ist hier die Klimageschichte der Erde konserviert.

Um die Eiskerne interpretieren zu können, beraten sich die Klimaforscher mit den Kollegen des Spurenstoffobservatoriums neben der Neumayer-Station. »Die überwachen dort, welche Stoffe aus der Atmosphäre in welcher Jahreszeit in das Eis eingetragen werden«, sagt Miller. »Diese Informationen der Kollegen nutzen wir, um die Schichten im Eiskern abzuzählen und zu datieren.«

So wissen die Forscher zum Beispiel, dass der Seesalzgehalt im Winter höher ist als im Sommer. »Wir messen die Konzentration im Eis und schauen dann nach den Peaks«, erklärt Miller. Unwägbarkeiten gehören zum Geschäft: Es kann ein ganzes Jahr fehlen, wenn ein heftiger Sturm den Schnee weggeblasen hat. Je weiter Miller in der Zeit zurückgeht, desto dünner werden die Jahresschichten – und umso unsicherer ist das Ergebnis der Zählung.

Nachweisen konnten die Klimaforscher bereits, dass den sehr schnell erfolgenden Erwärmungsphasen in Grönland leichte Warmphasen in der Antarktis vorangegangen sind. Die beiden Hemisphären scheinen also im Rhythmus, aber in unterschiedlicher Weise auf Veränderungen der Sonnenstrahlung zu reagieren. Irgendwie tauschen sie über die Atmosphäre und Ozeanströmungen Energie aus. »Wir müssen diese Zusammenhänge verstehen, wenn wir unser Klima insgesamt verstehen wollen«, sagt Miller.

Der Forscher blickt in das drei Kilometer tiefe Bohrkern auf Kohlen. »Wir machen jetzt Wiederholungsmessungen und sammeln Informationen über den Eiskörper«, sagt er. Dank des direkten Zugangs ins Innere des Eisschildes lernen die Wissenschaftler, wie er sich verformt und wie er fließt. So lässt sich berechnen, wie sich das Inland der Antarktis in möglichen künftigen Klimaszenarien verhält und zur Veränderung der Meeresspiegelhöhe beiträgt. Mangels besseren Wissens rechnete man bislang mit einem einfachen Fließgesetz. Doch aufgrund der neuesten Daten weiß Miller: »Das Gesetz kann nicht für den ganzen Eiskörper gültig sein.«

Die Daten, die er und sein Team auf Kohlen gewinnen, setzen neue Eckwerte für künftige Klimaprognosen. Gleiches gilt für die Langzeitreihen und Experimente auf Neumayer III. Nur dort trotzten die deutschen Polarforscher das gesamte Jahr über der klirrenden Kälte und verfolgten die Prozesse in Atmosphäre, Ozean und Meereis sowie deren Rolle im globalen Klima- und Ökosystem.

Nixdorf ist nach seiner Inspektionsreise zufrieden mit den Kollegen. Und mit der Antarktis. Die Eiskönigin hat ihn mit offenen Armen empfangen. »Dieser Ort ist wunderschön, einfach großartig. Ich kann gar nicht anders, ich muss wiederkommen.«

Früher habe er »in Brokdorf auf den Bäumen gesessen«, sagt Thorsten Junge. »Jetzt bin ich dafür nicht mehr beweglich genug.« Zur Energiewende will der Kernenergiegegner aber auch im fortgeschrittenen Alter beitragen. Eine Solaranlage kam nicht infrage, sein Zweifamilienhaus steht im Schatten großer Bäume. Also ersetzte er seine Ölheizung im Keller durch ein Mini-Blockheizkraftwerk. Aus Erdgas erzeugt es die Wärme für Heizung und Heißwasser. Und nebenbei liefert es Strom – weit mehr als die Hausbewohner verbrauchen.

13,5 Prozent des Stroms in Deutschland stammen aus der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK). Die Bundesregierung will diesen Anteil bis 2020 auf 25 Prozent erhöhen. »Die Potenziale sind riesig«, schwärmt das Bundesumweltministerium, das deshalb den Einbau sogenannter »Mini-KWK«, die im Keller gleichzeitig Strom und Wärme produzieren, künftig mit einem Zuschuss fördern will.

Überall, wo Strom erzeugt wird, entsteht auch Abwärme. Der Gedanke, beide parallel zu nutzen, liegt auf der Hand. Schon das erste Großkraftwerk, die 1882 von Thomas Edison entworfene Pearl Street Station in Manhattan, belieferte die Nachbarschaft mit Heizenergie. Heute gilt die Kopplung von Kraft und Wärme als eine der wichtigsten Säulen eines neuen Energiekonzepts; KWK-Strom genießt den Ruf, besonders umweltfreundlich zu sein. Doch bei näherem Hinsehen merkt man: Das ist längst nicht immer der Fall. Sinnvoll ist die Kraft-Wärme-Kopplung nur dann, wenn dahinter ein kluges Konzept steht.

»Politik und öffentliche Meinung haben die Vorzüge der KWK stark überhöht und ihre Nachteile offensichtlich nicht hinreichend einbezogen«, lautet das Fazit einer Studie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft (DPG). In der Realität tendiere der Einspareffekt für private Nutzer bei kleinen Blockheizkraftwerken (BHKW) gegen null oder werde gar negativ. Diese setzen den Energieinhalt des verbrannten Erdgases nicht einmal zu 30 Prozent in Strom um. Damit liegen sie weit unter dem heutigen Standard. So setzt das modernste deutsche Gaskraftwerk in Inching bei Ingolstadt mehr als 60 Prozent des Energieinhalts von Gas in Strom um. Auch bei der Wärmeerzeugung schneidet ein neuer Brennkessel mit mehr als 90 Prozent Wirkungsgrad deutlich besser ab als ein Mini-Blockheizkraftwerk mit gut 60 Prozent.

Der Weltmarktführer im Bau von Heimkraftwerken heißt Honda

Nur wenn man ein Mini-BHKW mit der getrennten Versorgung aus einer Gasheizung und dem derzeitigen deutschen Strommix vergleicht, ist seine Energieeffizienz um rund ein Drittel höher. Doch dieses Beispiel hinke, kritisiert die DPG. Es mache keinen Sinn, ein neues, erdgasbetriebenes BHKW zu vergleichen mit den deutschen Großkraftwerken, die meist alt sind und wenig effizient Kohle verbrennen. Zudem könne ein Mini-BHKW in die »ökologische Sackgasse« führen: Wer das teure Gerät installiert hat, verliert das wirtschaftliche Interesse an der energetischen Sanierung seines Hauses. Denn nach einer effizienten Wärmedämmung müsste die Heizung nur noch wenig laufen, es würde kaum mehr Strom erzeugt. Dann wird ein Mini-BHKW unattraktiv, weil viel staatliche Förderung entfällt – pro erzeugte Kilowattstunde 5,1 Cent, plus ein weiterer Cent für die vermiedene Nutzung des Höchstspannungsnetzes und aus der Energiesteuererstattung. Wer seinen Strom auch noch selbst verbraucht, spart weitere 20 bis 25 Cent pro Kilowattstunde, die er dann ja nicht mehr kaufen muss.

Die Anfangsinvestition ist mit rund 20 000 Euro zwar doppelt so hoch wie bei einer normalen Gasheizung, doch schon bei derzeitigen Stromkosten hat sie sich nach zehn Betriebsjahren amortisiert. Steigt der Strompreis schneller als der Gaspreis, wächst die Rendite weiter. »Eine kleine Goldgrube für Millionen moderner Einfamilienhäuser«, heißt es in der Werbung des Marktführers SenerTec. Rund 30 000 Mini-BHKWs sind in Deutschland bereits installiert. Für 2012 rechnen die Hersteller dank des BMU-Förderprogramms mit verstärktem Wachstum.

Die Branche ist fest in der Hand der Automobilindustrie. Abgesehen von Feldversuchen mit teuren Brennstoffzellen, steckt in jedem Mini-BHKW ein Generator, angetrieben von einem Stirling- oder Ottomotor. Mit deren Abwärme wird geheizt. SenerTec bezieht solche Motoren vom schwäbischen Autozulieferer ZF Sachs (einst Fichtel&Sachs). Weltmarktführer ist Honda. In Japan hat der Autokonzern bereits über 100 000 Mini-BHKWs installiert. Jetzt drängt Honda nach Europa und hat sich dafür mit der Klimatechnikfirma Vaillant verbündet. »EcoPower 1.0« heißt ihr gemeinsam entwickeltes »Mikro-Heizkraftwerk«, im November hat es den Deutschen Nachhaltigkeitspreis gewonnen. »Um bis zu 50 Prozent« könnten die CO₂-Emissionen kleinerer Immobilien damit reduziert werden, befand die Jury.

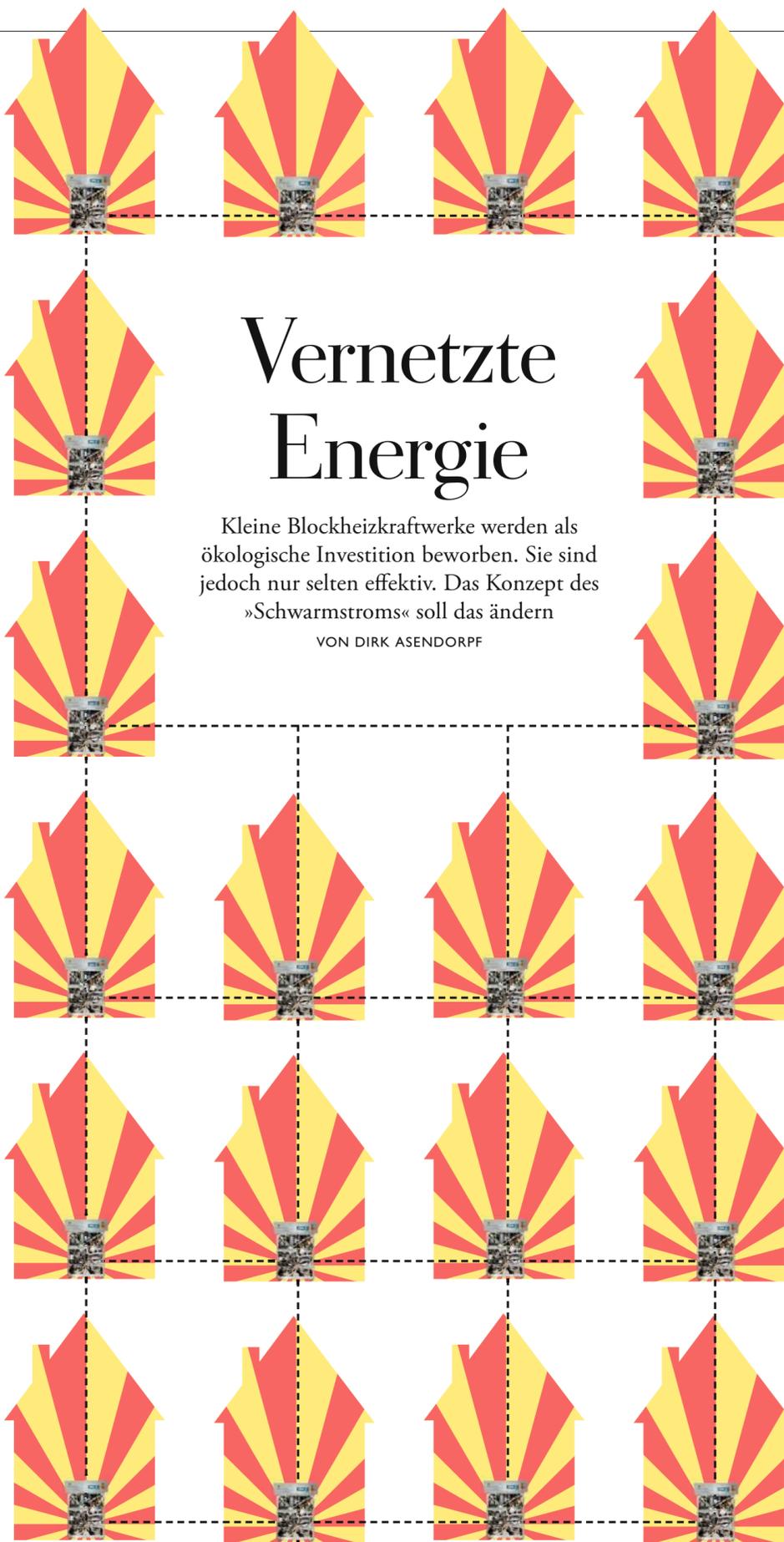
Mit derartigen »Bis-zu«-Werten schmücken sich alle Hersteller von Minikraftwerken. Je schlechter die alte Vergleichsanlage ist, desto höher fallen sie aus. Doch einen modernen Brennkessel übertreffen Mini-BHKW nur dann, wenn der nebenbei erzeugte Strom sinnvoll genutzt wird. Das ist nicht immer der Fall. Denn der Generator springt nicht an, wenn der Strombedarf hoch ist, sondern nur dann, wenn das Haus geheizt werden muss. Im Winter laufen die Minikraftwerke oft rund um die Uhr, im Sommer stehen sie weitgehend still. Wirtschaftlich gibt es auch kein Interesse daran, dies zu ändern, denn die KWK-Subvention fließt unabhängig vom Zeitpunkt der Erzeugung.

Dass es auch anders geht, will Deutschlands größter Ökostromanbieter Lichtblick beweisen. Sein gemeinsam mit VW entwickeltes »Zuhausekraftwerk« kann man nicht kaufen, nur per Vertrag betreiben: Der Hausbesitzer stellt seinen Keller samt Anschlüssen für Gas und Strom zur Verfügung. Dort installiert Lichtblick das BHKW gegen eine einmalige Gebühr von rund 5000 Euro und kümmert sich für 15 Euro pro Monat um den reibungslosen Betrieb. Der Hausbesitzer kauft die in seinem Keller erzeugte Wärme, die Kosten dafür orientieren sich am Erdgaspreis. Den nebenbei erzeugten Strom nutzt Lichtblick, um Lastspitzen seiner Ökostromkunden abzufressen.

Das ist ökologisch und ökonomisch sinnvoll. Spitzenlaststrom, der vor allem frühmorgens, mittags und am frühen Abend gebraucht wird, ist knapp und besonders teuer. Damit die Zuhausekraftwerke die Elektrizität zur gewünschten Zeit erzeugen können, gehört ein großer Wärmespeicher zur Anlage. Er kann die Heizenergie für einen ganzen Tag bunkern und ermöglicht so die zeitliche Trennung von Heizbedarf und Stromproduktion. Willkommener Nebeneffekt: Ein zusätzlicher Spitzenlastkessel ist nicht nötig.

Gesteuert werden die Zuhausekraftwerke aus einem Büro in der Lichtblick-Zentrale hoch über den St. Pauli Landungsbrücken in Hamburg. Dort sitzt der Ingenieur David Otte vor einem Bildschirm. Per Knopfdruck kann er einen minutengenauen Betriebsplan an jedes Zuhausekraftwerk überspielen und sich alle Betriebsdaten ansehen. »Dems« heißt die eigens entwickelte Software für dieses Dezentrale Erzeugungs-Management-System. Sie läuft sehr zuverlässig. »Aussetzer der Mobilfunkverbindung waren bisher unser größtes technisches Problem«, versichert Otte.

Auch das BHKW im Keller des Atomkraftgegners Thorsten Junge ist ein Zuhausekraftwerk. »Einmal hat Lichtblick bei uns angerufen und gefragt, ob unsere Heizkörper kalt sind«, erinnert er sich. Ein verstopfter Filter hatte in der Steuerzentrale Alarm ausgelöst. Noch bevor im Haus et-



Vernetzte Energie

Kleine Blockheizkraftwerke werden als ökologische Investition beworben. Sie sind jedoch nur selten effektiv. Das Konzept des »Schwarmstroms« soll das ändern

VON DIRK ASENDORPF

Die Hamburger Firma Lichtblick baut ein zentral gesteuertes Netz kleiner Zuhausekraftwerke auf. So lassen sich Strom- und Wärmebedarf abstimmen

was zu merken war, hatte der entsandte Techniker den Filter schon ausgetauscht. »Die Lichtblick-Leute strengen sich echt an«, lobt Junge.

Kein Wunder, die Hamburger Ökostromer verfolgen große Pläne. Sie haben mehr als 100 000 Mitarbeiter eingestellt. Mit 100 000 Zuhausekraftwerken, deren Leistung zwei Atomkraftwerke ersetzen würde, wollen sie den deutschen Strommarkt aufmischen. »Schwarmstrom« nennen sie ihr Produkt. Obwohl mit Erdgas hergestellt, darf es trotzdem als Ökostrom vermarktet werden, wegen der Kraft-Wärme-Kopplung. Auch am Gasverbrauch verdient Lichtblick mit, der Ökostromanbieter verkauft nebenbei Erdgas an 85 000 Kunden. Das ermöglicht günstigen Großseinkauf.

Im neuen Zuhausekraftwerk arbeitet ein VW-Motor

Hersteller der Mini-Kraftwerke ist VW in Salzgitter. Ihr Zwei-Liter Motor treibt auch die Vans Touran und Caddy an, kommt daher auf eine hohe Stückzahl. Im Zuhausekraftwerk läuft er im Schonbetrieb (1550 Umdrehungen pro Minute), ein Ölwechsel ist erst nach vier Jahren fällig. Sein Generator erzeugt 20 Kilowatt Strom, dabei fallen 34 Kilowatt Wärme ab – viel zu viel für ein normales Einfamilienhaus. Wer ein solches Kraftwerk nutzen will, muss mindestens 40 000 Kilowattstunden Wärmeabnahme pro Jahr garantieren, der parallele Betrieb einer thermischen Solaranlage ist verboten. Ein schwach gedämmter Zweifamilien-Altbau ist die Mindestgröße. Besonders gut eignen sich kleine Siedlungen mit Nahwärmenetz oder öffentliche Einrichtungen wie etwa die neue Grundschule mit Kita in Sassenburg bei Wolfsburg.

»Das Zuhausekraftwerk kommt uns etwas teurer als eine normale Heizung mit dem billigsten Gasanbieter«, erklärt Bürgermeister Volker Arms. »Um ein Zeichen zu setzen« habe sich der Gemeinderat trotzdem für das Lichtblick-Modell entschieden. Zudem ist VW der größte Arbeitgeber und Steuerzahler der Region.

Ohne derartige Motive tut sich Lichtblick noch schwer mit der Vermarktung. Bis 2011 wurden erst 300 Zuhausekraftwerke installiert, in diesem Jahr sollen es über tausend werden. Für private Hausbesitzer ist die ferngesteuerte Heizungsanlage im eigenen Keller noch gewöhnungsbedürftig. Wollen sie ihr Haus verkaufen, müssen sie einen Käufer finden, der auch den Lichtblick-Vertrag übernimmt. Geht der Ökoladen pleite, steht ein Stück Konkursmasse im Keller. Auch qualifizierte Handwerksbetriebe für Einbau und Wartung der kleinen Heizkraftwerke sind noch zu suchen. Schließlich muss Lichtblick mit jedem der rund 800 deutschen Verteilnetzbetreiber einen Vertrag über die Stromeinspeisung schließen – ein äußerst mühsames Geschäft.

Wer sich ein Mini-BHKW in den Keller stellt, wird nicht automatisch zum Klimafreund, Treibhausgas lässt sich so kaum vermeiden. Trotzdem könnte sich Thorsten Junge am Ende doch über einen kleinen Beitrag zur Energiewende freuen, als Teilhaber an einem intelligenten Stromnetz. Wenn nämlich viele Tausend geschickt gesteuerte Mini-BHKW ihren Strom genau dann und dort erzeugen, wo er gerade benötigt wird, könnte der Bau einiger Hochspannungstrassen und Pumpspeicherwerke entfallen. »Und gegen ein Zuhausekraftwerk wird es nie Bürgerproteste geben«, verspricht Lichtblick-Sprecher Ralph Kampwirth. Weniger Bürger auf Bäumen, das wäre immerhin ein echter Lichtblick.



Mehr als provozierende Wortspiele: Studentenproteste gegen die Schließung des Instituts für Sexualmedizin in Kiel

Opferschutz abgewickelt

In Kiel wird das Institut für Sexualmedizin aufgelöst.
Das hält SABINE RÜCKERT für einen Skandal

Am 27. September 2002 wird im schleswig-holsteinischen Neumünster die Leiche der 16-jährigen Jennifer gefunden. Der Körper des Mädchens ist halb nackt und weist Spuren erheblicher Gewalt auf. Der Täter muss seinen ganzen Hass auf das weibliche Geschlecht abregiert haben: Jennifers Nasenbein ist gebrochen, ein Schlüsselbein und eine Rippe. Der Körper ist mit Hämatomen übersät, der Schädel unterblutet, das linke Auge durch einen Faustschlag verletzt. Der Tod trat durch Gewalt gegen den Hals ein, möglicherweise hat sich der Mörder auf die Kehle seines Opfers gekniet.

Ein Jahr später wird ein 37-jähriger Kraftfahrer wegen Mordes an Jennifer zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Außerdem verhängt das Landgericht Kiel die Sicherungsverwahrung über den Angeklagten, weil eine erhebliche Gefahr von ihm ausgehe. Dabei stützen sich die Richter auf ein

sexualmedizinisches Gutachten des Professors Hartmut Bosinski von der Universitätsklinik in Kiel. Der hatte den Angeklagten eingehend untersucht und bei ihm ein pathologisches Verhältnis zu Frauen und einen Hang zur sexualisierten Gewalt festgestellt. Das Besondere an dem Fall aber ist, dass der schwer gestörte Mann vor dem Mord zwar schon langjährige Freiheitsstrafen wegen diverser Vergewaltigungen verbüßt hatte – wobei die Brutalität der Tatausführung jedes Mal zunahm –, dass er aber noch niemals einem Sachverständigen vorgestellt worden war. Er war hart bestraft, seine gefährliche

dieser Täter werden im Gefängnis eher größer, und Rückfälle – die dann die Öffentlichkeit ängstigen und erschüttern – sind mitunter absehbar.

In einer Studie im Jahr 2010 analysierte der Kieler Professor Günter Köhnken, Leiter des Instituts für Rechtspsychologie, zusammen mit Hartmut Bosinski 291 schleswig-holsteinische Fälle von Sexualstraftätern. Die Forscher wiesen nach, dass in diesem Bundesland nur knapp 12 Prozent der Männer, denen Vergewaltigung, sexuelle Nötigung, Kindesmissbrauch oder Exhibitionismus vorgeworfen wird, psychiatrisch oder sexualmedizinisch unter-

Veranlagung und seine triebhafte Neigung waren jedoch niemals erkannt worden.

Das ist der beunruhigende Alltag in der Strafjustiz. Nur die wenigsten Sexualstraftäter werden begutachtet, obwohl gerade ihr Delikt wie kein anderes das Vorhandensein einer forensisch relevanten Deformation nahelegt, der mit Strafen allein nicht beizukommen ist. Die Probleme

sucht wurden. Die Wissenschaftler konnten überdies nicht klären, warum bei dem einen Angeklagten eine Begutachtung angeordnet worden war, bei einem anderen dagegen nicht. Dies bleibt ganz offensichtlich dem Zufall überlassen.

Wenn es nach der Landesregierung in Kiel geht, wird dieser Missstand in Schleswig-Holstein nicht korrigiert – im Gegenteil: Geplant ist, das seit vierzig Jahren bestehende Institut für Sexualmedizin aufzulösen und den seiner Eigenständigkeit und weitgehend auch seiner Mitarbeiter und Mittel beraubten Professor Bosinski irgendwie im Zentrum für Psychiatrie abzustellen. Einer von zwei Assistenten und die halbe Stelle seiner Sekretärin wurden ihm 2011 schon gestrichen. Das Abwicklungsargument des Wissenschaftsministeriums lautet: Die Sexualmedizin arbeite nicht wirtschaftlich. Das gilt zwar für viele andere wissenschaftliche Disziplinen auch. Offenbar will man sich aber einen Spezialisten für Sexualmedizin – an deutschen Unikliniken gibt es überhaupt nur drei – nicht mehr leisten.

Dabei kann der Beitrag der Sexualmediziner zur allgemeinen Sicherheit gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. Sie begutachten nicht nur Sexualstraftäter auf Schuldfähigkeit und Gefährlichkeit, sondern behandeln auch sexuell gestörte Männer: entweder auf gerichtliche Anordnung oder – wenn noch keine Straftat vorliegt, der Patient selbst aber fürchtet, er könnte irgendwann übergriffig werden – in einer anonymen Therapie. Männer, die sich nach Kindern sehnen, Exhibitionisten oder Männer mit sexuellen Gewaltfantasien geben Bosinski unter falschem Namen ihr Innerstes preis und lernen, oft mit medikamentöser Unterstützung, ihr Schicksal zu akzeptieren und ihre geschlechtlichen Bedürfnisse niemals auszuleben. Bei solchen Dunkelfeldprojekten, die bei allen sexualmedizinischen Einrichtungen angeboten werden, stellt sich regelmäßig heraus, dass zwei Drittel der betroffenen Patienten bereits einem Hausarzt oder einem Psychiater ihre Not geschildert hatten und entweder mit der Beruhigung, es handle sich doch bloß um Fantasien, nach Hause geschickt oder kurzerhand aus der Praxis geworfen worden waren. Nur die wenigsten Mediziner verstehen etwas von dem Leid, das sexuelle Normabweichungen auslösen, und von der Gefahr, die sie für andere bedeuten können. Im Studium jedenfalls erfahren die Ärzte so gut wie nichts darüber.

Umso unverständlicher erscheint es, dass Hartmut Bosinski die Lehre an der Universität Kiel zum Wintersemester 2011/12 aus finanziellen Gründen einstellen musste. Die medizinische Fakultät legt keinen Wert auf sexualmedizinische Vorlesungen und Seminare. Die vielen jungen Juristen, Psychologen und Mediziner, die Sexualmedizin als Wahlfach belegt haben, müssen sich umorientieren oder die Uni wechseln. Und das, obwohl der soeben zu Ende gehende Runde Tisch »Sexueller Kindesmissbrauch« in Berlin, der nach dem Bekanntwerden von massenhaftem Kindesmissbrauch an deutschen Schulen und Internaten eingerichtet worden war und an dem drei Bundesministerinnen aus CDU und FDP saßen, gleichermaßen auf die »wissenschaftliche Erforschung von Gewalt und Missbrauch« und »die Etablierung dieser Thematik in Lehre und Ausbildung« pocht.

Dem eklatanten Mangel an »interdisziplinär ausgebildeten Experten« für Beratungsstellen gegen sexuelle Gewalt will die Bundesregierung dringend abhelfen. Die präventive Täterarbeit soll ausgeweitet werden. Und die Bundeswissenschaftsministerin Annette Schavan kündigte an, junge Pädagogen und Mediziner »schon im Studium« für sexuellen Missbrauch sensibilisie-

ren zu wollen. In keiner Lehrer- oder Mediziner-ausbildung dürfe die Aufklärung über sexuelle Abweichungen fehlen. Die Zeiten, in denen so etwas an den Universitäten als »Schmuddelthema« abgetan wurde, seien in Deutschland – so Frau Schavan – gottlob vorbei.

Nicht in Schleswig-Holstein. Hier fangen sie offenbar erst an. Mehrere Forschungsprojekte der Sexualmedizin mussten bereits aufgegeben werden: etwa ein seit 25 Jahren betriebenes Projekt zur Therapie inhaftierter Sexualverbrecher. Undurchführbar dürfte nun auch die Studie zur Diagnostik und Therapie von Pädophilen sein, für die das Bundesfamilienministerium Bosinskis Institut über 400 000 Euro aus dem 20-Millionen-Topf zur Bekämpfung von Kindesmissbrauch zugesagt hat.

Leichtfertig gibt die Universität ein Alleinstellungsmerkmal auf, das ihr im Wettbewerb der Hochschulen von Nutzen hätte sein können – ein jeder Logik universitärer Profilbildung zuwiderlaufendes Verhalten. Außerdem hält man in Kiel anscheinend nichts davon, dass Universitäten als Körperschaften des öffentlichen Rechts hin und wieder zeigen können, dass es ihnen auch um das Wohl der Allgemeinheit geht, nicht bloß um die Kumulation von Forschungsgeldern.

Ausgerechnet der schleswig-holsteinische Wissenschaftsminister Jost de Jager von der CDU, der seine Spitzenkandidatur im Landtagwahlkampf dem Umstand zu verdanken hat, dass sein Vorgänger Christian von Boetticher wegen einer zeitweiligen Beziehung zu einer Minderjährigen zurückgetreten war, gibt sich unbeeindruckt von solchen Argumenten. Bei einer Plenarsitzung im Landtag Ende Januar redete er das Problem herunter, berief sich auf die Autonomie der Hochschulen und fand, der 55-jährige Bosinski könne seinen Aufgaben doch auch im Zentrum für Psychiatrie nachkommen. Jeder, der etwas von Hochschulpolitik versteht, weiß bei solchen Worten, dass damit der Untergang der Kieler Sexualmedizin bereits besiegelt ist.

Dabei gehört der Wissenschaftsminister einer Partei an, die den Opferschutz bei jeder sich bietenden Gelegenheit propagiert. Angela Merkel, die mächtigste Person in der CDU, ist selbst Mitglied im Opferschutzverein Weißer Ring, und wo immer es um die Verschärfung der Strafgesetze – besonders zur Bekämpfung von Sexualverbrechen – geht, führen die Christdemokraten den Feldzug an. Nun, da sie zur Sicherheit von Frauen und Kindern nicht bloß durch öffentlichkeitswirksame Fensterreden, sondern durch Erhaltung und Ausbau einer der Prävention dienenden Einrichtung wirksam beitragen könnten, lassen die schleswig-holsteinischen Konservativen sie an den 150 000 Euro scheitern, mit denen das Budget der Sexualmedizin jährlich aufgestockt werden müsste.

Die Proteste von Kieler Studenten, die mit Trommeln und Plakaten um den Landtag ziehen, stoßen ebenso auf taube Ohren wie die Mahnungen der Richter- und Opferverbände. Die ehemalige Sozialministerin von Baden-Württemberg, Barbara Schäfer-Wiegand, die heute der Kinderschutzstiftung Hänsel und Gretel vorsitzt, schrieb an ihren Parteifreund, den schleswig-holsteinischen CDU-Ministerpräsidenten Peter Harry Carstensen. Im Namen missbrauchter Kinder bat sie ihn, die Sexualmedizin in Kiel doch zu erhalten. Der Brief blieb unbeantwortet.



THEMA:
RECYCLING

Die Themen der letzten Grafiken:

137

Körpersteine

136

Nutztiere

135

U-Bahn-Pläne

Weitere Grafiken

im Internet:

www.zeit.de/grafik

Das kommt in den gelben Sack

Verpackungen aus ...

- PET-Kunststoff (z. B. Plastikflaschen)
- anderen Kunststoffen
- Metall
- Folie

Prinzipiell gehören in den gelben Sack alle Verpackungen aus Kunststoff, Metall, Styropor und Verbundmaterialien aus Papier, Kunststoff und Aluminium

Das gehört nicht in den gelben Sack

- Sonstiges
- Seile, Gurte, Videobänder oder Tannenbaumnetze lassen sogar die Fließbänder stillstehen

Deutsche Haushaltsabfälle insgesamt in Mio. Tonnen pro Jahr



Haus- und Sperrmüll



Biomüll



Papier/Pappe



Plastik/Verbundstoffe/Metall



Glas

Die Bilanz

Von den etwa 2,5 Millionen Tonnen Müll, die in den gelben Sack und in Wertstoffhöfe wandern, werden etwa 47 Prozent recycelt. Zusammen mit Papier, Glas und Biomüll kann so pro Jahr immerhin knapp die Hälfte des gesamten Haushaltsmülls verwertet werden – circa 18 von 36,5 Millionen Tonnen

47%

Kunststoffverpackungen, Stahl, Weißblech und Aluminium können besonders gut recycelt werden

53%

Der übrig gebliebene Müll wird meist verbrannt, die Energieausbeute dabei ist gering. Nur bei den getrennten Kunststoffen ist der Wirkungsgrad wegen ihrer Reinheit höher

Sauber getrennt

Kürzlich feierte er seinen 20. Geburtstag: der gelbe Sack. Eingeführt wurde er, weil die Verpackungsverordnung die Händler verpflichtete, sämtlichen Verpackungsmüll zurückzunehmen und zu entsorgen. Gemäß dem neuen Kreislaufwirtschaftsgesetz wird der Sack deutschlandweit nun nach und nach abgelöst von der »Wertstofftonne«. In die kann der Verbraucher auch andere Gegenstände werfen, die aus Kunststoff oder Metall bestehen – in Hamburg etwa gibt es die neue Tonne bereits. Wurde in der Anfangszeit des gelben Sacks noch viel von Hand sortiert, erfolgt die Mülltrennung heute automatisch. Die Vision für die Zukunft: Irgendwann wirft der Verbraucher alles in eine Tonne, und die Sortierroboter besorgen den Rest. Dann wäre auch die Recyclingquote besser.

1. Die groben Abfälle werden zerkleinert

2. Im Magnetscheider saugen Magneten die Weißmetalle heraus

3. Der Wirbelstromscheider befördert mithilfe eines elektrisch erzeugten Magnetfeldes das leichte Aluminium auf ein eigenes Förderband

4. Infrarotsensoren scannen nach verschiedenen Kunststoffarten. Je nach Zusammensetzung bläst eine Luftdüse sie auf ein anderes Förderband

Aluminium

Von etwa 60 000 Tonnen werden 90 Prozent in Aluminiumhütten wiederverwertet

Metall

Mehr als 95 Prozent der etwa 300 000 Tonnen werden in Stahlwerken wiederverarbeitet

Kunststoff

Die Hälfte der 1,1 Millionen Tonnen Kunststoff wird recycelt, ebenso das Papier der Getränkeverpackungen

50% nicht recycelbar, wird verbrannt

Illustration:
Anne Gerdes

Recherche:
Christian Heinrich

Quellen: Duales System Deutschland, Statistisches Bundesamt, Umweltbundesamt, Umweltdienstleistungen, eigene Berechnungen

STIMMT'S?

Muss ein Kapitän als Letzter das sinkende Schiff verlassen?

... fragt Johannes Meißner aus Berlin

Es gibt diese Cartoons, in denen der treue Kapitän salutierend mit seinem Schiff untergeht. So weit gehen seine Pflichten in der Realität allerdings nicht. Wenn das Schiff wirklich sinkt, darf er sich irgendwann auch retten. Aber als einer der Ersten das Schiff zu verlassen, wie es dem Kapitän der *Costa Concordia* vorgeworfen wird – das geht nun überhaupt nicht, und es ist nicht nur »eine Frage der Ehre« oder eine »uralte Regel der Seefahrt«, wie man nach der Havarie vor Giglio in vielen Berichten lesen konnte. Die Pflicht, an Bord zu bleiben, bis alle anderen das Schiff verlassen haben, ist in vielen Ländern auch gesetzlich verankert.

Im deutschen Seerecht gibt es keinen ausdrücklichen Paragraphen dazu, aber der Kommentar von Georg Schaps und Hans-Jürgen Abraham aus dem

Jahr 1978 kommt zu dem Ergebnis, dass sich diese Vorschrift zumindest indirekt erschließen lässt, etwa aus dem Seemannsgesetz.

Ganz eindeutig ist allerdings der italienische Codice della navigazione, der im Fall der *Costa Concordia* Anwendung findet, weil das Schiff unter italienischer Flagge fuhr und in italienischen Gewässern unterging. Dessen Paragraph 303 sagt: »Der Kapitän muss das Schiff als Letzter verlassen und dabei nach Möglichkeit die Karten und Logbücher retten sowie die Wertgegenstände, die ihm anvertraut wurden.« Macht er das nicht, drohen ihm nicht nur zivilrechtliche Ansprüche der Reederei, der Paragraph ist auch mit saftigen Strafen bewehrt: Hasenfüßige Schiffs-Chefs kommen bis zu zwölf Jahre hinter Gitter. CHRISTOPH DRÖSSER

Die Adressen für »Stimmt's-Fragen«:

DIE ZEIT, Stimmt's?, 20079 Hamburg, oder stimmts@zeit.de. Das »Stimmt's«-Archiv: www.zeit.de/stimmts

www.zeit.de/audio

ERFORSCHT UND ERFUNDEN

Elefantenimmigration Erwärmter Golfstrom

Der australische Outback hat zwei Probleme. Das eine sind gewaltige Buschbrände, das andere eingeschleppte Säugetiere und Gräser. Letztere vermehren sich in der Einöde rapide und stellen zunehmend das Ökosystem auf den Kopf. Der Biologe David Bowman von der University of Tasmania hat einen Lösungsvorschlag: Er will Elefanten im Outback ansiedeln (*Nature*, Bd. 482, Nr. 7383). Die Dickhäuter fressen jenes meterhohe Gras, das einst aus Afrika eingeführt wurde und als Nährboden für Brände gilt. Auch gegen die Überbevölkerung durch fremde Tierarten hat Bowman ein Rezept: Arbeitslose Ureinwohner sollen zu ihren Wurzeln zurückfinden und die Jagd wiederaufnehmen.



Nicht nur die Atmosphäre wird wärmer, auch die Weltmeere erwärmen sich. Am stärksten betroffen sind jene Regionen, die von subtropischen Ozeanströmungen wie dem Golfstrom beeinflusst werden. Das zeigt die Studie eines internationalen Forscherteams unter Beteiligung des Leibniz-Instituts für Meereswissenschaften (*Nature Climate Change*, Online vorab). Die Temperatur der Strömungen hat demnach innerhalb der letzten hundert Jahre um 0,8 bis 1,8 Grad Celsius zugenommen. Das sei eine zwei- bis dreimal so hohe Erwärmung wie die der mittleren Meerestemperatur, schreiben die Autoren, die acht globale Messreihen ausgewertet haben. Die Erwärmung der zirkulierenden Wassermassen könne deren Fähigkeit zur Aufnahme von Kohlendioxid beeinträchtigen, und das beschleunige die Klimaerwärmung noch zusätzlich. Die Forscher fordern ein globales Netzwerk von Messstationen, um die Wärmezunahme zu überwachen.

Der Konflikt um das Bahnprojekt Stuttgart 21 eskaliert. Wieder. Neben dem laufenden Abriss des Südflügels steht das Fällen von 108 Bäumen im Mittleren Schlossgarten bevor, die Erlaubnis hierfür erging am vergangenen Donnerstag. Weil heftiger Protest droht, wird nun ein großes Polizeiaufgebot zusammengezogen. Im Zentrum des verbissenen Streits stehen streng geschützte Juchtenkäfer. Diese urigen Bewohner wilder Urwälder haben sich quasi Zweitwohnungen in Baumhöhlen des gepflegten Schlossgartens zugelegt. Zwar sollen all jene Platanen stehen bleiben, in denen die seltenen Krabbeltiere hausen. Dennoch versucht der BUND Baden-Württemberg mit einem Eilverfahren die Fällungen noch zu stoppen. Begründung: Das verbleibende Restbiotop sei zu klein und isoliert, um das Überleben der knapp 500 Käfer zu sichern. Dafür reiche ihr Genpool nicht aus. Obendrein hätten die Tiere wegen ihres geringen Flugradius keine Chance mehr, sich mit Nachbarpopulationen zu paaren. Drum würden sie »über kurz oder lang aussterben«. So stellt sich nun die alles entscheidende Frage: Sollte man diesem indigenen Restvölkchen in einem naturfernen Bahnhofsbiotop aufwendig Asyl gewähren? Das Drama der Juchtenkäfer, wissenschaftlich *Osmoderma eremita* und kurz auch Eremiten genannt, begann bereits im Oktober 2010. Damals wurde die Platane Nr. 552 im Schlossgarten gefällt, obwohl sich in ihren Hohlräumen viele Eremiten befanden – ein Fanal für Naturschützer, die einen Baustopp erzwingen. Inzwischen ist ein skurriler Grundsatztstreit zwischen Bahn und BUND entbrannt: Beide wollen angeblich nur das Beste für die Natur, vernachlässigen aber die Verhältnismäßigkeit der Mittel. Denn der drohende, extrem teure Schaukampf um eine aussterbende Restpopulation im naturfernen Umfeld ergibt keinen Sinn. Juchtenkäfer gehören nämlich nicht in gepflegte

Heiß umkämpfter Zweitwohnsitz

Stuttgart 21: Plädoyer für eine bessere Hege der Juchtenkäfer VON HANS SCHUH

Gärten, sondern – fern von menschlichen Eingriffen – in Urwälder. Nur dort gibt es viele alte, hohle Bäume, in denen Spechte zimmern, Vögel nisten und Pilze wachsen. Dann sammelt sich am Grund der Baumhöhlen feuchter Müll aus Vogelkot, Federn und viel modernem Holz. Dieser »Mulm« genannte Urwaldkompost ist das Lebenselixier der Eremiten. Dort paaren sie sich, legen ihre Eier. Da wachsen drei bis vier Jahre lang ihre Larven, bis sie sich verpuppen, um dann für wenige Wochen als Käfer in tropisch warmen Nächten auf Partnersuche zu gehen.

Rodungen und Waldwirtschaft haben nicht nur den Eremiten, sondern 1400 anderen xylobionten (im Holz lebenden) Käferarten ihre Nahrungsgrundlage weitgehend entzogen. Deshalb gelten diese Krabbeltiere zu Recht als bedroht. Der Juchtenkäfer ist ihr Symboltier und genießt als »Flaggschiffart« besondere Aufmerksamkeit. Wie prekär seine Lage ist, zeigt exemplarisch sein Stuttgarter Exil: Er muss im totholzarmen Schlossgarten überdauern, ausgerechnet in Platanen, einer nicht heimischen Baumart, die erst vor rund 270 Jahren importiert wurde. Gegen hohle Park- und Gartenbäume voller Mulm spricht die gesetzliche Pflicht zur Wegesicherung. Denn kein Besucher soll bei Sturm Schaden nehmen durch Bruchholz.

Die gefälltte Stuttgarter Platane 552 war ein Grenzfall, der noch ein gerichtliches Nachspiel finden wird. Ein Käferexperte hatte wenige Monate vor der Fällung ihr Inneres mit einem speziell umgebauten Staubsauger untersucht. Ohne Hinweise auf die Schützlinge zu finden, »weil sich die Stammhöhle im Baum auf über 6 Meter Länge erstreckt«, heißt es in seinem Gutachten. Deshalb sei »kein Zugriff auf einen etwaigen Mulmhorizont möglich« gewesen. Ein Eremitenvorkommen schein »nicht sehr nahe zu liegen«, sei aber auch »nicht ausgeschlossen«. Der Baum musste weichen. Doch dann entpuppte sich die gefälltte Nr. 552 als tüchtig besiedelte Eremitage – das Geschrei war

groß. Laut BUND ging mit Platane 552 nicht nur ein großer Teil der Population verloren, sondern auch eine räumlich wichtige Verbindung zu möglichen Nachbarn. Eine Umsiedlung des verbliebenen Juchtenkäferbestands sei »nicht möglich«. Bleibt also nur noch ein jahrelanges, banges Beobachten der tragisch dahinsiechenden Eremiten? Ganz so düster ist die Lage nicht. Denn Juchtenkäfer sind zwar selten – aber trotzdem relativ weit verbreitet, insbesondere in Ostdeutschland. Daher kommt es immer wieder vor, dass beim Fällen morscher Bäume, auch aus versicherungstechnischen Gründen, unerwartet Eremiten und ihre Larven entdeckt werden. Für solche Notfälle gibt es detaillierte Empfehlungen erfahrener Landschaftsökologen, wie der Mulm und seine Insassen zu retten seien. Dazu gehören beispielsweise Umsiedlungen in hohle »Ammenbäume«.

Außerdem hat die verstärkte Ausweisung von Naturparks und -reservaten die Totholzbestände vergrößert. In den vergangenen Jahren wurden mehrere verschollene »Urwaldreliktarten« in Deutschland wieder entdeckt, etwa der Schwarzkäfer *Bius thoracicus* oder der Glanz-Knochenkäfer. Beides Mulmfreunde wie die Eremiten. Statt nun viel Geld in die Rettung isolierter »Sekundärbiotope« (sprich: Zweitwohnsitze) zu investieren, wäre allen Urwaldkäfern besser gedient, wenn die gesparten Mittel in die Wiederherstellung ihrer angestammten Heimat fließen würden.

Der Juchtenkäfer gehört in Urwälder statt in gepflegte Schlossgärten



Der Juchtenkäfer gehört in Urwälder statt in gepflegte Schlossgärten

MEHR WISSEN:

Im Netz: 

Tierseuche ohne Gegenmittel: Das Schmallenbergvirus breitet sich in Europa aus. www.zeit.de/wissen



Neurowissenschaftler David Eagleman will Verbrechern ein Hirntraining verordnen

Das aktuelle ZEIT Wissen: am Kiosk oder unter www.zeitabo.de



WER WAR EIGENTLICH ... (36)

Mozart?

Er war einer der berühmtesten Komponisten der Welt und schrieb klassische Musikstücke. Wolfgang Amadeus Mozart wurde 1756 in Salzburg in Österreich geboren und war schon bald in ganz Europa als »Wunderkind« bekannt. Er schrieb nämlich bereits mit fünf Jahren sein erstes Musikstück. Als er sieben war, ging er auf eine Konzertreise. Dort trat er zusammen mit seiner großen Schwester Maria Anna an vielen Fürstenhöfen auf. Mozart hatte ein absolutes Gehör, sodass er sofort bemerkte, wenn seine Geige auch nur um einen Viertelton verstimmt war. Mozart wurde nur 35 Jahre alt. Er starb 1791 in Wien. In dieser kurzen Zeit schrieb er mehr als 600 Musikstücke, zu denen auch einige Opern, also Theaterstücke, bei denen viel gesungen wird, gehören. Zu seinen bekanntesten Werken zählen *Eine kleine Nachtmusik* und die Oper *Die Zauberflöte*.

Die Radiogesichte über Mozart hört Ihr am Sonntag um 8.05 Uhr in der Sendung »Mikado – Radio für Kinder« auf **NDR** oder im Internet unter www.ndr.de/mikado

FRAGEBOGEN



Jede Woche stellt sich hier ein Kind vor. Willst Du auch mitmachen? Dann guck mal unter www.zeit.de/fragebogen

Dein Vorname:

Carl

Wie alt bist Du?

8 Jahre

Wo wohnst Du?

Rostock

Was ist besonders schön dort?

die Ostsee

Und was gefällt Dir dort nicht?

Einkaufen

Was macht Dich traurig?

hohe Tiere

Was möchtest Du einmal werden?

ADAC Fahrer

Was ist typisch für Erwachsene?

schmatzern

Wie heißt Dein Lieblingsbuch?

Piratenbücher

Bei welchem Wort verschreibst Du Dich immer?

Fon von

LESE-TIPP

Wer ist hier normal?

Paul freut sich nicht besonders über seinen neuen kleinen Bruder – Jacob hat das Downsyndrom. Opa erklärt Paul, was das bedeutet: Jacob braucht für alles mehr Zeit, er lernt langsamer als andere Kinder und er sieht auch anders aus. Für Paul bedeutet dies, dass seine Mutter und sein Vater fast nur noch Augen für seinen Bruder haben. Der scheint gar nicht zu bemerken, dass Paul möglichst wenig mit ihm zu tun haben möchte. Er lebt in seiner eigenen Welt und Paul ist – irgendwie – ein Teil davon. Als Jacob seinen Geburtstag feiert, muss Paul sich plötzlich fragen, wer hier eigentlich nicht normal ist.

Paula Fox: **Paul ohne Jacob**
Boje Verlag 2011; 12,99 Euro; ab 10 Jahren

Mehr für Kinder!



Die neue Ausgabe von **ZEIT LEO**, dem Magazin für Kinder, **jetzt am Kiosk!** Weitere Infos im Internet: www.zeitleo.de



Brennende Fettklumpen als Beleuchtung, Wände zum Bemalen und Knochen zum Spielen

Bei Familie Feuerstein

In einer Höhle in Frankreich haben vor 14 000 Jahren Kinder gespielt. Noch heute findet man ihre Spuren **VON URS WILLMANN**

Robert Bégouën ist ein echter französischer Graf mit einem Schloss, von dessen Terrasse aus man direkt auf die Schneeberge der Pyrenäen blicken kann. Und dieser Graf besitzt mit seiner Familie drei Höhlen, die in der Steinzeit von Menschen bewohnt waren. Man findet dort uralte Kunst an den Felsen. Außerdem Schädel von Höhlenbären und Klingen aus Feuerstein.

Das Besondere an den Höhlen des Grafen Bégouën sind aber nicht nur Wandbilder, die belegen, dass die Steinzeitler großartige Künstler waren. Vielmehr sind es Spuren, die Einzelheiten über den Alltag von damals verraten. Und vor allem – das ist etwas ganz Besonderes – erzählen uns diese Spuren etwas über das Leben der Steinzeitkinder.

Archäologen entdeckten bisher auf der Welt nur wenig Überreste, die uns heute eine Vorstellung davon geben, was Kinder vor so langer Zeit Tag für Tag getrieben haben. Vermutlich mussten sie früh hart arbeiten. Anhand von Knochen aus Gräbern stellten Wissenschaftler fest, dass die Kleinen den Erwachsenen schon mit sechs Jahren viel helfen mussten.

Nirgendwo erfahren wir so viel über den Alltag vor fast 14 000 Jahren wie in der Höhle Tuc d'Audoubert – so heißt die Höhle des Grafen. Netterweise zeigt er sie uns. In einem wackeligen Boot paddeln wir den Volp hinauf. Dieser kleine Fluss verschwindet in einem Loch im Felsen, und wir schippern direkt hinein in die Unterwelt!

Die Höhle verschluckt alles Tageslicht, unsere Taschenlampen beleuchten das gespenstische Gewölbe über unseren Köpfen nur schwach. Nach 50 Metern legen wir an. Unter den Stiefeln knirscht der Kies. Ein kurzer Fußmarsch, dann klettern wir eine rostige Leiter hoch bis zu einem Eisengitter. Der Graf kramt nach den Schlüsseln. Es knackt im Schloss. »Hereinspaziert«, sagt er, »willkommen in der Vergangenheit!«

Tausende von weißen Stalaktiten hängen von der Decke. Das sind Kalkablagerungen, die das Wasser beim Herabtrop-

fen hinterlassen hat. Wir leuchten mit unseren modernen Lampen herum. Die Steinzeitkinder hatten damals nur brennende Fettklumpen, die sie auf Sandsteintafelchen herumschwenkten. Trotzdem fanden sie sich in dem Labyrinth offenbar ganz gut zurecht.

Als Erstes stellen wir fest, dass niemand aufgeräumt hat. Die Utensilien der frühen Bewohner liegen genauso herum wie zu Familie Feuersteins Zeiten. In der Wand klemmt der Kratzer aus Stein, mit dem der Vater die Fleischfetzen von den Knochen der erbeuteten Rentiere schabte. Man sieht auch heute noch genau, wo Mama Feuerstein ihre Liebsten bekochte. Jetzt ist niemand von ihnen mehr da. Die Jäger haben ihre Anzüge mitgenommen, ihre Garderobe ist leer: Es stecken nur noch die vier Knochensplitter in der Wand, an denen sie damals ihre Felle aufgehängt haben.

Schauen wir also im Obergeschoss nach. Dazu müssen wir eine schmale Röhre hinaufkraxeln und uns dann, auf dem Rücken kriechend, mit eingezogenen Schultern durch einen schmalen Gang zwingen. Das ist ziemlich unheimlich. Lehmverschmiert betreten wir das »Spielzimmer«. Der Graf richtet die Taschenlampe auf einen riesigen Knochen weit hinten im Raum. Es sieht aus, als hätten hier bis vor wenigen Augenblicken Kinder gespielt und den Oberschenkelknochen eines Höhlenbären nur mal eben an die Wand gelehnt. Oder dort einen Schädel auf einen Stein gelegt. Knochen zum Spielen fanden die Kleinen genug. Schließlich hatten Bären die Höhlen früher zum Schlafen genutzt; aber das war Jahrtausende, bevor die ersten Menschen kamen.

Von den Steinzeitkindern könnten auch die Gravuren stammen: mit einer Art dreizackigem Stecken hat jemand parallele Linien in den Fels gezogen. Aber waren das wirklich Kinder?, möchten wir vom Grafen wissen. Er schaut geheimnisvoll, lächelt und leuchtet dann auf eine kleine Delle im Boden. Tatsächlich, der Fersenabdruck eines halbwüchsigen Kindes. Hier ist es gehüpft, links, rechts, links. Und dort: Hat dasselbe Kind das Skelett einer Schlange ohne Kopf in die

Ecke geworfen? Die blanken Reptilienknochen liegen noch da, das Kind ist verschwunden.

Ein kurzes Stück weiter stoßen wir erneut auf die Spuren der spielenden Steinzeit-Minis. Hier muss man allerdings anpassen, dass man die unterschiedlichen Zeiten nicht durcheinanderbringt: Rund um ihre Schlafkühlen drückten einst Höhlenbären mit ihren Pranken breite Spuren in den Lehm. Deutlich erkennt man die Abdrücke ihrer langen Krallen. Am selben Ort lümmelten viele Jahrtausende später die Menschenkinder herum. Wenn wir heute auf den immer noch feuchten Lehm schauen, sieht es so aus, als ob Kind und Tier gemeinsam herumgetollt wären.

Die Spuren sind so gut erhalten geblieben, weil die Grotte jahrtausendlang verschlossen war und hier unter dem Boden das Klima und die Temperatur immer gleich geblieben sind. Auch die Feuchtigkeit hat sich, wie von einer Klimaanlage gesteuert, nicht verändert. Kein Staub hat sich auf den Boden und die knöchernen Spielsachen gelegt. Am wichtigsten aber war, dass der Graf und seine Verwandten die Wohnung von Familie Feuerstein nach jedem Besuch fest verschlossen haben. Ganz selten, nur in Ausnahmefällen, lassen sie jemanden einen Blick in ihre Höhle werfen, einen Blick in die Vergangenheit.

Bevor die Batterien unserer Taschenlampen leer sind und wir ans Tageslicht zurückkehren müssen, zeigt uns der Graf einen Vorsprung am Rand der Höhle. Ein etwa vierjähriges Kind ist dort ausgerutscht. Dann hat es wieder festen Tritt gefasst, die Zehen in den Lehm gedrückt und ist heruntergesprungen. Und ein anderes Kind (oder war es dasselbe?) hat beim Spielen in den Dreck gegriffen: Nicht einmal die Spuren der feinen Rillen seines Fingerabdrucks sind verschwunden.

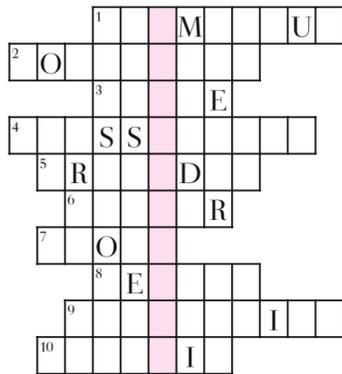
An dieser Stelle muss sogar Robert Bégouën immer wieder staunen. Er hat den Ort hundertmal besucht – trotzdem schaut er auch heute noch ungläubig und fasziniert auf den menschlichen Fingerabdruck, der 14 Jahrtausende überdauert hat.

UMS ECKCHEN GEDACHT

U M S
E C K C H E N
G E D A C H T

Findest Du die Antworten und – in den getönten Feldern – das Lösungswort der Woche?

1. Der kriegt immer mehr Äste, je mehr Kinder und Enkel geboren werden
2. Das macht der eilige Autolenker, die sind ältere Verwandte
3. Meine sagt zu meinem Vater »Bruderherz«
4. Hab ich zweimal, das ergibt vier Personen in der Stammbaumkrone
5. Wann unsere Verwandtschaft geboren wurde, wann sie heiratete – die dokumentieren es
6. Ist gar kein besonders Dicker, der Bruder von meinen Cousins
7. Einer unserer Ahnen, nur das E fehlt ihm zum Erdteil
8. Wie sie sich auch drehen, die von meinem Vater nenne ich Cousins
9. Da kommen RENATE und INGO durcheinander: Als Mutter und Sohn gehören sie nicht zu derselben
10. Das ist für Oma und Enkel klar: Als Verwandte gehören sie zu derselben



Schick es bis Dienstag, **den 14. Februar**, auf einer Postkarte an

► DIE ZEIT, KinderZEIT, 20079 Hamburg,

und mit etwas Losglück gewinnst Du mit der richtigen Lösung einen Preis, ein Bücher-Überraschungspaket.

Lösung aus der Nr. 4:

1. Pyramiden, 2. Papyrus, 3. Goldmaske, 4. Nil, 5. Wuestenklima, 6. Sphinx, 7. Hieroglyphen, 8. Pharao, 9. Kleopatra, 10. Obelisk. – MUMIENGRAB



DER ELEKTRONISCHE HUND

BLEEKER



DIE NEUE ZEIT-EDITION »KRIMIS FÜR JUNGE LESER« – BAND 13: »DER HUND DER BASKERVILLES« VON ARTHUR CONAN DOYLE

Fluch oder Verschwörung?

Ohne die Hilfe von Sherlock Holmes hätte der junge Sir Henry Baskerville sein Erbe vergessen können VON JENNY GASCHKE

So viel steht fest: Sir Charles Baskerville ist tot. Mit vor Entsetzen verzerrtem Gesicht liegt er auf der Eibenallee hinter seinem Landsitz Baskerville Hall, den das einsame Dartmoor umgibt. Die Umstände seines Todes sind mehr als unheimlich. Ist der wohlthätige, verwitwete Adlige Opfer des Fluches geworden, den sein Vorfahr Sir Hugo vor Jahrhunderten über die Familie gebracht hat? Einiges deutet darauf hin, denn die Leiche ist umgeben von den Pfoten Spuren eines riesigen Hundes. Ist jenes dämonische Tier, das schon Hugo zur Strafe für sein sündhaftes Leben ins Verderben trieb, jetzt, im Jahr 1889, zurückgekehrt? Und ist Sir Charles' Erbe, der junge Henry Baskerville, nun ebenfalls in Gefahr?

Dr. Mortimer, ein Freund der Familie Baskerville, sucht Hilfe in der Baker Street 221B in London – bei Sherlock Holmes, dem berühmtesten aller Detektive. Holmes und Dr. Watson (Holmes' treuer Gefährte in allen Abenteuern) erfahren, wie sehr der alte Sir Charles den Familienfluch fürchtete. Und dass er trotzdem in der Nacht seines Ablebens ganz allein am Rande des Moors auf jemanden wartete. Seine Fußspuren zeigen, dass er von seinem Standort aus plötzlich um sein Leben gerannt sein muss – etwa auf der Flucht vor der Bestie?

Sherlock Holmes ist scharfsinnig, ein Mann der kompromisslosen Logik, der strikt wissenschaftlichen Beobachtung und Analyse. In aller Regel findet er sehr reale Erklärungen für die Rätsel, mit denen er sich auseinandersetzt – was hält er also von Flüchen, von übernatürlichen Ungereimtheiten? Auf jeden Fall wecken sie sein Interesse – und sein Misstrauen. Zumal nun auch noch der junge Sir Henry Baskerville bedroht wird. Er hat einen anonymen Brief erhalten, zusammengefügt aus Wörtern, die ein Unbekannter aus der *Times* ausgeschnitten hat: Wenn ihm sein Leben lieb sei, solle er dem Moor (und dem Stammsitz seiner Familie) fernbleiben. Die Ereignisse werden immer bizarrer: Sir Henry wird in seinem Londoner Hotel erst ein neuer, dann ein alter Schuh entwendet. Eine mysteriöse Person, die sich frecherweise auch noch als Sherlock Holmes ausgibt, beschattet ihn. Was erwartet ihn unter diesen Bedingungen erst auf Baskerville Hall?



Eigentlich wollte der Schotte Sir Arthur Conan Doyle (1859 bis 1930), der ursprünglich Medizin studiert hatte, ernst zu nehmende historische Romane schreiben. Den *Hund der Baskervilles* veröffentlichte er 1901 und 1902 als Fortsetzungsroman im berühmten *Strand Magazine*. Da waren ihm sein stets erfolgreicher, genialer, aber auch übermäßig selbstbewusster Detektiv (und der Hunger seiner Fans nach immer neuen Geschichten über Sherlocks Kunst, auch die schwierigsten Fälle zu lösen) längst zur Last geworden. Schon 1893 hatte er versucht, Holmes sterben zu lassen: In der Kurzgeschichte *Sein letzter Fall* stürzt der Detektiv während eines Kampfes mit seinem Erzfeind Professor Moriarty in den Reichenbachfall. Doch der Protest der Leser war überwältigend, Scharen von Abonnenten kündigten den Bezug des *Strand Magazine*. Nach acht Jahren gab der Autor dem Druck schließlich nach: *Der Hund der Baskervilles* erschien und wurde nicht nur der berühmteste Fall von Sherlock Holmes, sondern zählt heute zu den wichtigsten Detektivromanen überhaupt – ein absoluter Klassiker.

Besonders bemerkenswert ist die Fähigkeit zur Ferndiagnose, mit der Doyle seinen Helden ausstattet: Holmes fährt nämlich zunächst keineswegs selbst ins Dartmoor, um zweifelhaften Hundeerscheinungen nachzuspüren. Er beauftragt Dr. Watson, Sir Henry zur Seite stehen und regelmäßig per Telegramm über alle Ereignisse berichten.

Kaum haben die Reisenden ihr Ziel erreicht, erfahren sie, dass ein entlaufener Mörder sich im Moor versteckt hält. Watson und Sir Henry verbringen ihre erste Nacht im düsteren Familien Schloss. Dort macht das Dienerehepaar einen verdächtigen Eindruck auf Watson. Auf einem Spaziergang durch die wilde Moorlandschaft trifft der Doktor dann Nachbarn des verstorbenen Sir Charles: den Naturforscher Jack Stapleton und dessen so attraktive wie undurchsichtige Schwester Beryl. Für Letztere beginnt sich, wie könnte es anders sein, auch der junge Sir Henry zu interessieren.

Ein schwer durchschaubares Beziehungsgeflecht und dunkle Motive verbinden die Perso-

nen, die rund um Baskerville Hall anzutreffen sind. Und das Moor selbst gibt Watson weitere Rätsel auf – unheimliche Laute sind dort zu hören, weitere Unbekannte treiben sich in der Gegend herum. Inzwischen hat sich auch Sherlock Holmes an den Ort des Geschehens begeben und unerkannt ermittelt. Doch Holmes und Watson können selbst mit vereinten Kräften nicht verhindern, dass ein weiterer Mensch gewaltsam zu Tode kommt.

Es bedarf Holmes' ganzer Genialität, um die Verschwörung aufzudecken, die den jungen Sir Henry um sein Erbe bringen soll. Ein Hund spielt dabei tatsächlich eine Rolle, aber es ist keine Geisteserscheinung, sondern ein echtes Tier, das auf den Geruch seiner Opfer abgerichtet wurde. Auf ihrem Höhepunkt entwickelt die Geschichte ein enormes Tempo: Holmes entlarvt den Schuldigen – und den ereilt seine gerechte Strafe. Auf der Flucht verirrt sich der Bösewicht und versinkt im Moor.

Conan Doyles Kunst besteht (wie in allen Sherlock-Holmes-Geschichten) darin, dass alle Details der Handlung am Ende wie ein Puzzlespiel zusammenpassen und dass Ruhe und Ordnung wiederhergestellt werden. »Die Welt ist voll von offensichtlichen Dingen, die zufällig nie jemand bemerkt«, sagt der Meister. Für jedes Detail gibt es eine logische Erklärung.

Wer den *Hund der Baskervilles* heute liest, wird sich mit manchem, was die Figuren über die sogenannte Rassenkunde, über gesellschaftliche Klassen und das britische Empire sagen, schwertun. Andere Aspekte aber, wie Holmes' Verwendung moderner Technik (etwa des Telegramms) und naturwissenschaftlicher Methoden zur Verbrechensbekämpfung, zeigen, woher heutige TV-Formate wie zum Beispiel *CSI (Crime Scene Investigation)* ihre Vorbilder nehmen. Obwohl die Handlung zum größten Teil im ländlichen Devon spielt, wird offenbar, wie vergleichbar die Wirkung der Innovationen zur viktorianischen Zeit auf die damalige Gesellschaft den technischen Fortschritten von heute sind. *Der Hund der Baskervilles* ist ein Kriminalroman, der jungen Lesern einen perfekten Übergang von der Jugend- in die Erwachsenenliteratur bietet.



Die ZEIT-Edition »Krimis für junge Leser«, 15 Bände für 99,90 Euro, www.zeit.de/shop. Der Reinerlös geht an die Stiftung Lesen



KINDERZEIT ZUM (VOR)LESEN

Heimliches im Hinterhof (Folge 13)

VON ANTONIA MICHAELIS

Es war schön warm in dem Laden zwischen den vielen komischen Samtkleidern, wo sie sich verkrochen hatte. Viel wärmer und gemütlicher als ihr Versteck in der leeren Wohnung. Doch dort hing in der kalten Luft noch immer Ümits guter Geruch, der Geruch nach ihrem Parfum und dem, was sie gekocht hatte. Sonst war nichts mehr da: keine Möbel, keine Bilder, gar nichts. Nicht mal die wenigen Sachen, die Name gehört hatten. Die Familie hatte sie mitgenommen, als sie noch gedacht hatten, sie würden Name bald finden. Am Anfang hatte sie sich draußen im Hof versteckt. Erst später war sie zurückgekehrt in die Wohnung, als das Fenster offen gewesen war. Der Weg über die Tonne war sehr praktisch. Name drückte die Puppe mit den schwarzen Locken an sich. Sie hatte ihr Ringkleid gewaschen; neulich war die arme Puppe ganz nackt gewesen, aber jetzt war das Kleid wieder trocken. »Wir können nicht ewig hier bleiben«, flüsterte sie. »Wir müssen zurück. Die Wohnung ist bestimmt schon einsam ohne uns. Wie neulich, als wir im Bücherladen gewohnt haben. Da war sie auch einsam.« Ein Glück, dachte Name, dass der Kopf der Puppe wieder auf dem Hals saß. Er war vor Kurzem einfach abgegangen. Name hatte die Puppe zur Moschee gebracht, damit Allah sie fand. Ümit hatte gesagt, Allah könnte alles heil machen. Und Allah hatte die Puppe nicht nur heil gemacht, sondern sie sogar zurückgebracht. Nur Ümit, die hatte Allah nicht heil gemacht. Es war so gemein! Ümit war natürlich alt gewesen. Und sie war jetzt wahrscheinlich im Himmel und völlig glücklich. Aber trotzdem.

Names Magen knurrte. Sie holte tief Luft und huschte aus dem Kleiderladen. Die Wollfrau saß hinter der Kasse und strickte etwas, das aussah wie ein Kassenschoner. Oder ein Kleid für eine kleine Frau mit einer sehr, sehr, sehr ungestimmten Figur und viereckigen Beinen.

»Wer«, wiederholte Mama Rani, »ist in der leeren Wohnung?« Schminkmund öffnete die

roten Lippen, um zu antworten, doch in diesem Moment rief Pelle: »Da!« Alle folgten seinem Blick. Draußen auf der Straße huschte eine kleine Gestalt in einem blauen Samt- umhang vorüber. Mit Zipfelkapuze. Eindeutig ein Umhang aus dem Murkelgeschäft. »Der Verbrecher!«, rief Bella, und ehe jemand etwas fragen konnte, drängten sich alle gleichzeitig zur Cafétür hinaus. Der blaue Kapuzenverbrecher drehte sich ganz kurz um. Sie sahen sein Gesicht im Schatten der Kapuze nicht.

Dann begann er zu rennen. Er war ziemlich klein, eigentlich winzig, aber verbrecherische Zwerge sind ja bekanntlich am allergefährlichsten. Bella streckte im Laufem mutig einen Arm aus und berührte den blauen Samt umhang der Gestalt mit den Fingerspitzen – der Verbrecher drehte sich blitzschnell um, schlüpfte unter ihren Armen hindurch und rannte zurück in die Richtung, aus der er gekommen war. Das war eine gute Taktik, um Verfolger zu verwirren. Aber vielleicht war es doch keine so gute Taktik. Denn vor dem Café au Spree standen Karim und Pelle, die noch nicht weitergekommen waren. Sie stützten sich gegenseitig. »Was ... was meinst du, ist unter dem Umhang?«, fragte Karim. »Da kommt es jedenfalls«, sagte Pelle. Der samtblaue Verbrecher konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen. Pelle sammelte all seinen Mut, streckte die Hand aus und hielt den Verbrecher fest. Aber der Verbrecher hatte so viel Schwung, dass er Pelle mit sich zu Boden riss. Pelle schrie. Ein gemeiner Schmerz fuhr durch sein kaputtes Bein. Und ein ebenso gemeiner durch seinen Arm. Der Verbrecher hatte ihn gebissen. Er merkte, dass Karim sich hin-

Das war wohl nichts mit Mafia! Oder seit wann sind Verbrecher winzig und tragen blaue Umhänge mit Kapuze? Pelle, Bella und Max finden endlich heraus, wer im Hinterhof rumort hat: Es war die fünfjährige Name. Nach dem Tod ihrer Tante Ümit hat Name ganz allein in deren leerer Wohnung gewohnt ...

gehockt hatte und den Verbrecher ebenfalls festhielt. Der Verbrecher wand sich. Pelle schob seinen Schmerz mit aller Kraft beiseite – und dann streifte er zum zweiten Mal an diesem Tag jemandem eine Zipfelkapuze vom Kopf. Doch ehe er etwas sagen konnte, entglitt der Besitzer der Zipfelkapuze Karims und seinem Griff. Sekunden später raste er weiter die Bergmannstraße entlang, verschwand rechts in der Zossener – und war fort. Name war noch nie so schnell gerannt. Als sie sich losgemacht hatte, war ihr eingefallen, wohin sie rennen musste. Zum Friedhof. Zur Moschee. Wenn sie dort ankam, konnte ihr niemand mehr etwas anhaben. Allah würde sie schützen, er würde sie verstecken, bestimmt. Neben dem muslimischen Friedhof am Columbiadamm gab es einen christlichen Friedhof. Und als Name sich näherte, war dort etwas Seltsames im Gange. Eine Gruppe uniformierter Gestalten schritt feierlich zwischen den Gräbern entlang, mit Kränzen und Spruchbändern beladen. Da kam Name eine Idee. Jeder würde sie auf dem muslimischen Friedhof suchen, bei Ümits Grab. Es war viel schlauer, sich auf dem anderen Friedhof zu verstecken. Da gab es auch mehr Bäume und Büsche. Hoffentlich schützte Allah sie dort ebenfalls. Na ja, er konnte ja über die Mauer greifen, Allah hatte sicher lange Arme. Sie suchte gerade nach einem geeigneten Versteck, als der letzte Mann der Gruppe sich nach ihr umdrehte. Es war ein junger Mann mit einer wirklich hässlichen Uniform, die vielleicht gar keine echte Uniform war, sondern selbst gebastelt. »Was«, fragte er, »machst du hier?« Er mach-

te seine Augen schmal und musterte sie von oben herab. »Du bist doch eine verflixte kleine Türkin! Mach, dass du wegstommst.« – »Nö«, sagte Name und verschränkte die Arme. »Warum? Ist hier eine Beerdigung?« – »Hier ist Totensonntag«, knurrte der Mann. »Wir ehren die deutschen Soldaten, die im Krieg gefallen sind. Den Krieg, den haben wir damals verloren; aber irgendwann, das sag ich dir, da gibt es noch einen, und dann gewinnen wir.« Er flüsterte jetzt. »Und alle kleinen dreckigen Türken wie du verschwinden!« – »Du bist ja völlig plemplem«, sagte Name. Sie wollte zur Seite hüpfen, vom Kiesweg fort, hinter einen Busch, doch er war schneller. Er packte sie hart am Arm.

Vor Schreck vergaß sie zu schreien. Pelle schüttelte verwundert den Kopf. Was unter der Kapuze gesteckt hatte, war kein Verbrecher gewesen. Sondern ein kleines Mädchen. Ein ziemlich ungewaschenes, wildes kleines Mädchen. Ihr schwarzes Haar hatte strählig und verfilzt um ihren Kopf gehangen, beinahe schon wie Rastalocken. Pelle stand langsam auf. Die Schiene an seinem kaputten Bein sah verbogen aus. »Sie ist weg«, sagte Karim. »Mist.« Er sah die Straße entlang. »Katja und Bella kommen zurück. Die haben es wohl aufgegeben, sie zu fangen.« Pelle schüttelte nur immer wieder verwundert den Kopf. Schließlich humpelten er und Karim zurück ins Café, und kurz darauf kamen auch die anderen dort an. »Was war denn nun unter der Kapuze?«, fragte Bella ungeduldig. »Es war ... ein kleines Mädchen«, antwortete Pelle, »vielleicht fünf oder sechs.« – »Ja«, meinte Schminkmund, »das wollte ich vorhin sagen. Name. So heißt sie.« Plötzlich klang sie gar nicht mehr tussighaft, sondern direkt nachdenklich. »Die Kleine hat bei Tante Ümit gewohnt. Wir haben nicht so viel mit der Tante zu tun gehabt. Sie mochte keine Familienfeiern und so. Nur Bücher, Bücher mochte sie. Sie hat in einer Buchhandlung geputzt, glaube ich, damit sie mehr lesen konnte. Meine Mutter hat gesagt, sie hätte sie manchmal in

der Moschee gesehen. Und sie hatte immer die kleine Name dabei. Ich glaube, die Eltern von Name sind tot ... keine Ahnung ... jedenfalls ist sie bei der alten Tante Ümit aufgewachsen. Und dann, als Ümit gestorben ist ... da war Name einfach verschwunden.« – »Unser Großonkel mit dem Feinkostgeschäft, der hat ein paar mal in der leeren Wohnung nachguckuck«, fügte Hennahaar hinzu. »Falls sie sich dort versteckt. Dann hat er in ganz Kreuzberg gesucht ... aber jetzt habe ich eine Weile nichts mehr von der Sache gehört.« Eine Weile war es still im Café au Spree. »Sie hat also die ganze Zeit allein in der leeren Wohnung gewohnt«, sagte Alberta. »Ohne Möbel. Ohne Essen. Ohne alles. Bestimmt hat sie sich nachts gefürchtet. Und wir haben ihr noch mehr Angst eingejagt.« Und dann fing Alberta doch tatsächlich an, ein bisschen zu weinen. Pelle legte einen Arm um sie. »Mach dir keine Sorgen«, sagte er. »Wir gehen jetzt sofort los und finden sie.« – »Es gibt drei Orte, an denen sie sein kann«, sagte Bella. »Entweder in der leeren Wohnung. Oder im Buchladen, weil sie den Schlüssel zur Hintertür hat. Oder ... auf dem muslimischen Friedhof. Da haben wir sie schon mal gesehen, wisst ihr noch?« – »Wir teilen uns also auf«, murmelte Max. »Die einen gehen zur leeren Wohnung, die anderen zum Friedhof und die letzte Gruppe in die Buchhandlung. Da finde ich vielleicht ein neues Buch über Sushi ...« – »Max«, sagte Bella, »wir wollen dieses Mädchen nicht zubereiten. Wir wollen es retten.« – »Wovor?«, fragte Max. »Ach, das sehen wir, wenn wir sie retten«, sagte Bella. »Ich habe gerade einen hervorragenden Plan entwickelt. Nämlich teilen wir uns auf. Die einen gehen zur leeren Wohnung, die anderen zum muslimischen Friedhof und die letzte Gruppe geht in die Buchhandlung.«

© Antonia Michaelis: Codewort 007 – Heimliches im Hinterhof: Oetinger Verlag 2011

Nächste Woche ...

jagen unsere Hinterhof-Helden einen blauen Blitz und streiten sich mit sehr, sehr dummen Rechtsextremisten



Eva Wagner-Pasquier (links) und ihre Halbschwester Katharina sind die Chefinnen auf dem Grünen Hügel

»Wir verstehen uns gut«

Bei den Bayreuther Festspielen geht es drunter und drüber. Die Festspielleiterinnen Katharina Wagner und Eva Wagner-Pasquier haben mit schwierigen Probenbedingungen, fehlendem Geld, einem maroden Gebäude und Streit um die Tickets zu kämpfen VON CHRISTINE LEMKE-MATWEY UND CLAUS SPAHN

Die Bayreuther Festspiele muss man sich vorstellen wie ein ländliches Ausflugslokal mit einer kurzen, geschäftigen Saison. Im Juli werden die Beete geharkt, die roten Teppiche ausgeklöpft und die Tischkärtchen für Angela Merkel, Roberto Blanco und Fürstin Gloria beschriftet. Sechs heiße Wochen lang finden dann Festspiele auf Weltprominenzniveau statt. Wer aber im Winter am Grünen Hügel vorspricht, wird gleichsam an der Hintertür vom Pressesprecher mit dem verdutzten Blick des Dienstboten empfangen: Es sei niemand zu Hause, man öffne doch erst im Sommer wieder. Gleichzeitig ist zu hören, wie drinnen Bohrmaschinen aufjaulen, schwere Möbel quietschend verrückt werden und in der Küche hektisch die Töpfe klappern. Die Ruhe über Bayreuth trägt. Alle sind zu Hause und nervös. Wer sich dieser Tage arglos auf den Weg macht, eine Halbzeitbilanz der Ära Katharina Wagner (33) und Eva Wagner-Pasquier (66) zu ziehen, erfährt Bedenkliches.

Vor dreieinhalb Jahren haben die ungleichen Halbschwester die künstlerische Leitung der Bayreuther Festspiele übernommen. Seitdem kämpfen sie mit Problemen, die jedem gestandenen Theaterdirektor schlaflose Nächte bereiten: schwierige Arbeitsbedingungen, fehlendes Geld, Ärger mit der Gewerkschaft und den Rechnungshöfen, untreue Sponsoren, enttäuschte Künstler, frustrierte Mitarbeiter. Vom großen Aufbruch, für den der Generationswechsel stehen sollte, ist kaum etwas zu spüren. Umso lauter wird hinter vorgehaltener Hand gewispert, im Festspielhaus gehe es organisatorisch drunter und drüber, die Stimmung sei miserabel, die Lage chaotisch bis verfahren. Steht das berühmteste deutsche Festival gar vor dem Kollaps?

Katharina und Eva müssen den autokratischen Ein-Mann-Betrieb, den sie von ihrem Vater geerbt haben, in eine moderne Theater-GmbH überführen. Wolfgang Wagner konnte die Festspiele über vier Jahrzehnte lang nach schlitzohrigem Gutdünken

allein lenken, seine Töchter sind nun einem achtköpfigen Verwaltungsrat verpflichtet und haben sich wie jede öffentlich geförderte Institution nach dem geltenden Arbeitsgesetz zu richten. Ein Tarifvertrag wurde nach langem Ringen und mehreren Streikandrohungen der Belegschaft zwar abgeschlossen, ist an die Festspielpraxis aber keineswegs angepasst. Prompt klagen Regisseure und Dirigenten über unzumutbar knappe Probenzeiten. Zudem ist den Schwestern mal eben das Vorzeigeprojekt ihres Popularisierungskurses weggebrochen: Rund eine Million Euro hatte sich Siemens als Hauptsponsor das Public Viewing mit Festspielübertragungen auf den Bayreuther Volksfestplatz jährlich kosten lassen – vergangenen September zog sich der Konzern zurück, ohne Erklärung.

Wie sehr sich die Festspielleiterinnen mit ihren künstlerischen Entscheidungen mühen, zeigt die Regiebesetzung für den *Ring des Nibelungen* im Wagner-Jubiläumsjahr 2013: Nach einer quälend langen Wünschelruten- und Findungsphase, nach der Absage des Filmemachers Wim Wenders und abstrusen Kandidatenideen wie Florian Henckel von Donnersmarck wurde nun der Berliner Volksbühnen-Intendant Frank Castorf verpflichtet – so fahrlässig spät, dass eine seriöse Vorbereitung für einen im Musiktheatermetier eher unerfahrenen Schauspielmann wie ihn kaum zu schaffen ist (die Vorproben beginnen bereits in diesem Sommer). Immerhin haben Castorf und sein Bühnenbildner Aleksandar Denic ihre Verträge inzwischen unterschrieben, was eine gute Nachricht ist. Die Unterschrift des Dirigenten Kirill Petrenko hingegen liegt noch nicht vor. Sein Agent Michael Lewin versucht offenbar Einfluss auf die Sängerbesetzung des *Rings* zu nehmen, was keine gute Nachricht ist.

Einen kompletten *Ring* in einer Woche zur Aufführung zu bringen gehört nach wie vor zu den kniffligsten Herausforderungen im Opernbetrieb. Am Grünen Hügel ist das gute Tradition, den hohen An-

sprüchen aber kann die legendäre »Werkstatt Bayreuth« offenbar immer weniger genügen. Der Bayreuther *Lohengrin*-Regisseur Hans Neuenfels verweist darauf, dass an Sonntagen aus tarifrechtlichen Gründen überhaupt nicht mehr gearbeitet werden dürfe und die Chorprobenzeiten weit hinter den Standard anderer Bühnen zurückfielen. Sebastian Baumgarten, der 2011 den *Tannhäuser* inszenierte, erklärt, als Regisseur sei man gezwungen, mit einem perfekt durchkalkulierten Inszenierungskonzept auf der ersten Probe zu erscheinen. Für Ideen vor Ort bleibe kaum Zeit, die Regiearbeit gleiche einem »Malen nach Zahlen«. Der *Tannhäuser*-Dirigent Thomas Hengelbrock hat die Probenbedingungen öffentlich ein »Himmelfahrtsunternehmen« genannt und kritisiert, dass man nun auch in Bayreuth mit der Unart wechselnder Orchesterbesetzungen leben müsse: In den Proben säßen andere Musiker als nachmittags in den Vorstellungen. Und wenn es schwierig wird, vermissen viele Künstler die Rückendeckung aus der Direktionsetage. Der neue Mut zum künstlerischen Risiko sei nur die halbe Wahrheit. Nach wie vor niste viel vom Argwohn des »Alten« Wolfgang Wagner in den Ritzen des hohen Hauses.

Psychosoziale Hygiene und menschliche Sorgfaltspflicht waren noch nie die Stärken der Richard-Wagner-Festspiele. Um die Situation wenigstens strukturell zu entschärfen, fehlt schlicht das Geld. Derzeit lassen sich seine vier gleichberechtigten Gesellschafter, der Bund, der Freistaat Bayern, die Stadt Bayreuth sowie die private Mäzenatenvereinigung Gesellschaft der Freunde von Bayreuth den Betrieb rund 10 Millionen Euro kosten. Ein absoluter »Klacks für eine Weltmarke« sei das, sagt Toni Schmid, der zuständige Ministerialdirigent in der bayerischen Landesregierung, und ahnt, dass es dabei nicht bleiben kann. Seit 2009 gilt für die Festspielangestellten ein staatstheaterüblicher Tarifvertrag, der zur Folge hat, dass die Personalkosten mit jeder künftigen Tarifsteigerung in die Höhe schnellen. Auf Kosten der künstlerischen Etats? Die Alternative könne wohl nicht sein, das Rad der Geschichte wieder zurückzudrehen, sagt Barbara Schneider von der Gewerkschaft ver.di, Sektion Ober-

franken-Ost: »Sollen wir darauf verzichten, dass die Mitarbeiter endlich geregelt, nachvollziehbar und gerecht entlohnt werden?«

Das passt es gut ins große Bild, dass nun auch noch das Festspielgebäude Risse zeigt. »Unser Hauptproblem ist derzeit der Bauunterhalt«, sagt Katharina Wagner. Die Immobilie sei schwer angegriffen, der Sandstein an der Fassade bröckele, Gesimse drohten herabzufallen, zum Dach regne es herein. Nach einem Unwetter im vergangenen Jahr standen über Nacht die Räume der Verwaltung im Erdgeschoss unter Wasser. »Da sage ich als absoluter Baulaie, hier stimmt etwas in der Substanz nicht.« Ob ihr die Reichweite der Metapher bewusst ist, gibt sie nicht zu erkennen. Steht der äußere Verfall des Hauses gar für die innere Visions- und Orientierungslosigkeit? Zerbrösel der großväterliche Kunst- und Weltentwurf unter der langen Last seiner Repräsentation? Richard Wagner feierte sein Musikdrama als Kunstwerk der Zukunft, jeder Zukunft wohlgerückt. Mit dem Pragmatismus seiner Nachfahren verträgt sich diese Utopie schlecht. Die fehlende Erfahrung der Urenkelinnen Katharina und Eva im Intendantengeschäft jedenfalls paart sich am Grünen Hügel gerade auf denkbar ungünstige Weise mit dem Reformstau, den der Enkel Wolfgang 2008 hinterlassen hat. Es ächzt vernehmlich im Gebälk der legendären »Scheune«.

Nach vorsichtiger Schätzung des städtischen Bauamtes belaufen sich die Sanierungskosten auf 20 Millionen Euro. Ein detailliertes Gutachten soll Anfang März vorliegen. Georg von Waldenfels, der Vorsitzende der Gesellschaft der Freunde, macht sich schon jetzt öffentlich Sorgen um die Finanzierung. Die Mäzenatengesellschaft spendet jedes Jahr drei Millionen Euro. Traditionell steht sie bei Bauinvestitionen als Geldgeber bereit, die 20 Millionen jedoch will (und kann) sie auf keinen Fall schultern. Da komme auf alle Gesellschafter etwas zu, sagt von Waldenfels: »Wir werden in den nächsten Monaten mit Sicherheit öf-

HOLOCAUST-GEDENKTAG

Antisemiten?

Marcel Reich-Ranicki spricht vor dem Deutschen Bundestag

Gibt es einen soliden Sockel der Unbelehrbarkeit? 20 Prozent latente Antisemiten gebe es unter den Deutschen, schätzt eine Studie, die kurz vor der ergreifenden Rede erschien, die Marcel Reich-Ranicki zum offiziellen Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus vor dem Deutschen Bundestag hielt. Die besorgniserregende Zahl, die der Bundestagspräsident Norbert Lammert noch einmal mahnend erwähnte, ist nicht neu. Ähnlich ist schon früher geschätzt worden; der Expertenkreis des Bundestages, von dem die Studie stammt, stützt sich auf bekannte Umfragen der letzten Jahre.

Doch sein Bericht ist differenzierter. Die Wissenschaftler, darunter Peter Langerich und Julius H. Schoeps, analysierten, dokumentierten, stellten Diskursmuster dar, verglichen Milieus und europäische Länder. Die Zahlen für Ungarn, Polen, selbst Frankreich sind erschreckender; in Deutschland lässt sich eine positive Tendenz für das vergangene Jahrzehnt erkennen. Und die Experten erwähnen auch die methodischen Probleme der Umfragen. Tatsächlich mag man etwa die Bejahung von Aussagen wie »Israel führt einen Vernichtungskrieg gegen die Palästinenser« oder »Ich ärgere mich darüber, dass den Deutschen auch heute noch die Verbrechen an den Juden vorgehalten werden« nicht automatisch als antisemitisch kennzeichnen. Die Vorurteilsforschung ist ein kompliziertes Feld, auf dem Präzision geboten ist und Wörter wie »latent« allzu unscharf klingen. Jeder kann sich die Zahlen ausmalen, wenn nach der Haltung zu Arabern, Muslimen, Schwulen oder Ostdeutschen gefragt worden wäre.

Die Befunde bleiben dennoch erschreckend. Umso symbolischer war die Geschichtsstunde im Bundestag, als gelebter Anti-Antisemitismus. Die besorgte Ehrerbietung, mit der die Staatsspitzen dieses Terrors Marcel Reich-Ranicki langsam in den Saal und zum Pult geleiteten, machte die Szene zu einer würdigen Sternstunde der Demokratie. Bundespräsident, Bundestagspräsident und Bundesverfassungsgerichtspräsident stützten den Greis, hinter ihm die Kanzlerin – die Macht begab sich voller Demut unter die Herrschaft eines gebrechlichen Individuums und der Geschichte.

Und noch etwas anderes machte den Auftritt bewegend. Reich-Ranicki sprach als doppelter Stellvertreter: für die Millionen Toten, aber auch als Protagonist der deutschen Geistesgeschichte. Er sprach für Moses Mendelssohn, der nie vor Friedrich dem Großen hatte reden können, für Ludwig Börne, Heinrich Heine und Alfred Kerr, denen kein Parlament oder Kaiser die Ehre erwiesen hätten, für den Literaturhistoriker Hans Mayer, der jenes berühmte Wort von den jüdischen »Aufenseitern« geprägt hat. Insofern war es auch die Stunde des jüdischen Intellektuellen Marcel Reich-Ranicki – für den Hochbetagten ein Moment melancholischer Genugtuung im Land der Täter. Vom Tod musste er uns berichten, weil auch künftig nur durch das Erzählen das Leben zu gewinnen ist – gegen alle Vorurteile und Stereotype. ALEXANDER CAMMANN

Fortsetzung auf S. 42

Helmut Frielinghaus nachgerufen

Von Günter Grass

Sein runder Rücken.
Sein Eigensinn, der nie auftrumpfte.
Seine Freiheit, die abseits der Verlagshäuser grünte
und knappen Raum nur verlangte.

Dem Autor ist der Lektor gestorben.
Nun barmt es, das ichversessene Kind,
als sei ihm die Amme entlaufen.
Wer wird ab jetzt als Erster ahnen,
merken und aus Vorsicht beschweigen,
daß etwas im Busch ist und – planlos noch –
mit Wörtern um sich schmeißt?

Ohne Lektor sieht sich der Autor verwaist,
schlimmer noch, amputiert, denn was fehlt,
schmerzt bei jedem Wetter.
Wer wird ihn fortan mit Zweifel impfen,
ihm Zweifel beharrlich ausreden
und im Gehege der Sätze mit spitzem Blei
Triebe kappen, die nichtssagend sind?

Wer wird den Blattrand für Anmerkungen nutzen,
die, weil mehr fragend als fordernd,
den Autor erkennen lassen,
daß alles noch immer in fluß,
nur fertig aussieht, aber nicht fertig ist!

Der Tod hat mir meinen Lektor genommen,
mein seßhaft freundliches Gegenüber.
Wir sprachen manchmal sogar von uns.
Uns Kriegskindern wollte der Schrecken nicht enden;
immer noch stand ihm Braunschweig in Flammen,
noch immer verlief ich mich ohne Marschbefehl.

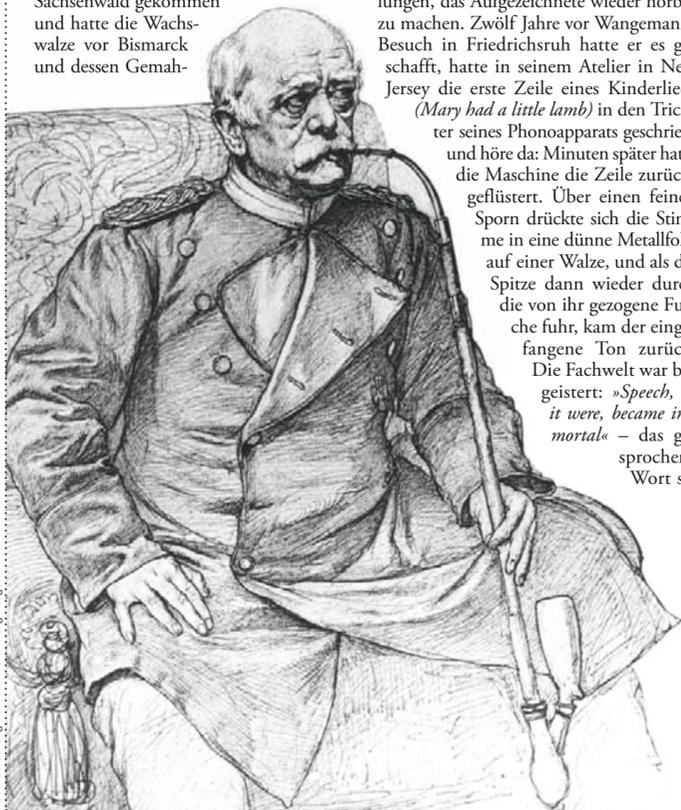
So wurden wir über die Jahre zum Paar,
das aus der Zeit gefallen war:
nicht mehr ganz gegenwärtig.
Denn immer noch galt es,
sich zwischen Komma
und Semikolon zu entscheiden,
was – so mutmaßten wir – das Weltgeschehen bestimmte.

So viel Nähe beim Verschleiß von Papier.
Das schlug sich nieder: Buch nach Buch,
wie zum Beweis, daß wir beide –
dem Tod zum Trotz – voneinander nicht lassen können.

Helmut Frielinghaus war ein gefeierter Übersetzer, Autor,
Literaturvermittler und seit den 1980er Jahren der Lektor von
Günter Grass. Er starb am Sonntag im Alter von 81 Jahren

Abb.: Zeichnung von C. W. Allers/alg-images

Ein Rauschen wie in Schaffhausen, ein Knacken und Raspseln, eine Stimme aus ferner, ferner Zeit. Eine Stimme? Die Ahnung einer Stimme. Die Stimme Otto von Bismarcks soll es sein. Ulrich Lappenküper, der Geschäftsführer der Otto-von-Bismarck-Stiftung in Friedrichsruh bei Hamburg, ist recht aus dem Häuschen resp. Schlösschen vor Begeisterung. Lange schon hatte er danach geforscht und gefahndet. Er wusste, dass ein Mitarbeiter des amerikanischen Erfinders Thomas Alva Edison den Reichskanzler besucht hat. Sogar das Datum ist genau bekannt: Am 7. Oktober 1889 war der deutschstämmige Adalbert Theodor Edward Wangemann in die Seniorenresidenz am Sachsenwald gekommen und hatte die Wachswalze vor Bismarck und dessen Gemah-



lin in Aufstellung gebracht. Bismarck soll begeistert gewesen sein und ließ sich auch nicht lange bitten, selbst etwas in den Trichter zu raunen und von der nimmermüden Nadel fixieren zu lassen.

Tonexperimente waren damals höchst beliebt, die Aufzeichnung der Stimme, ihre Übertragung über weite Distanzen hinweg beschäftigte Erfinder überall in Europa und Amerika. Die Technik, lange Zeit mehr ein Jahrmarktvergnügen, ein apartes Gesellschaftsspiel und von den wissenschaftlichen Akademien eher misstrauisch beobachtet, stand in jener Zeit, wie man heute so schön sagt, »vor dem Durchbruch«. Nachdem Pioniere wie der Franzose Léon Scott versucht hatten, Töne aufzuzeichnen, war es Edison erstmals gelungen, das Aufgezeichnete wieder hörbar zu machen. Zwölf Jahre vor Wangemanns Besuch in Friedrichsruh hatte er es geschafft, hatte in seinem Atelier in New Jersey die erste Zeile eines Kinderlieds (*Mary had a little lamb*) in den Trichter seines Phonoapparats geschrien, und höre da: Minuten später hatte die Maschine die Zeile zurückgeflüstert. Über einen feinen Sporn drückte sich die Stimme in eine dünne Metallfolie auf einer Walze, und als die Spitze dann wieder durch die von ihr gezogene Furche fuhr, kam der eingefangene Ton zurück. Die Fachwelt war begeistert: »Speech, as it were, became immortal« – das gesprochene Wort sei

nun unsterblich geworden. Seither hatte die Tonträgertechnik eine rasante Entwicklung genommen. Zur selben Zeit, nach den Vorarbeiten des hessischen Erfinders Philipp Reis, wurde auch das Telefon geschäftsfähig.

Bismarck einmal ans Telefon zu bekommen ist seither der Traum jedes Biografen gewesen. Seine äußere Erscheinung kennen wir zur Genüge. Während von manch anderer großen Gestalt des 19. Jahrhunderts, wie Robert Blum zum Beispiel, von dem ein Foto existiert haben *mus*, nur grafi-

Bismarck am Telefon

Edisons Phonograph hat ein Stimmporträt des Reichskanzlers aus dem Jahr 1889 bewahrt. Jetzt ist es erstmals wieder zu hören VON BENEDIKT ERENZ

sche Porträts erhalten blieben, so gibt es von Bismarck ungezählte Fotos. Wie aber mag seine Stimme geklungen haben, wie hat er gesprochen?

Nun immerhin könnte man eine Ahnung davon bekommen. Eine Fiselstimme, wie oft gesagt, ist es nicht, so viel ist dem extrem schütterten, 75 Sekunden kurzen Dokument zu entlauschen. Vielleicht werden es Filtertechniken eines Tages erlauben, sie etwas klarer zu vernehmen. Es war schon schwer genug für die Experten vom Edison Museum in West Orange, New Jersey, und den Ingenieur Stephan Puille von der Hochschule für Technik und Wirtschaft in Berlin, die arg mitgenommenen Wachszylinder überhaupt wieder zum Sprechen zu bringen.

Zwei Jahre lang, 1889 und 1890, war Wangemann durch Europa gereist. Auf der Weltausstellung in Paris hatte er Edisons Phonographen präsentiert und in Berlin, wo er bei Werner von Siemens persönlich Logis bezog. Der Gast hatte aus den USA etliche leere Wachszylinder mitgebracht, auf der Jagd nach Stimmen und Musik. Der junge Kaiser Wilhelm II. war avisiert, doch Wangemann bekam nur die Stimmen der Prinzen, auch aus der Aufnahme mit Zar Alexander III. wurde nichts. So findet sich auf dem Wachschatz neben einem Lied aus Franz Schuberts *Schöner Müllerin* – »Ich höre ein Bächlein rauschen...« – aufgenommen in Köln, und einem Satz aus Chopins zweitem Klavierkonzert die Stimme des fast neunzigjährigen

Generalfeldmarschalls Helmuth von Moltke, der auf dem Gut der Familie im schlesischen Kreisau Tonporträt gegessen hatte. Ob Wangemann es ihm suggeriert hat? Jedenfalls zeigt der große Schweiger einen feinen Witz, als er nach einem braven Toast auf Edison – »Die neueste Erfindung des Herrn Edison ist in der Tat staunenswert. Der Phonograph ermöglicht, dass ein Mann, der schon lange im Grabe ruht, noch einmal seine Stimme erhebt und die Gegenwart begrüßt« – ausgerechnet Shakespeares *Hamlet* zitiert: »Dein Ohr leih jedem, deine Stimme wen'gen.«

Bismarck fiel nichts dergleichen ein. Etwas wirklich Bedeutendes, wie von Wangemann zu PR-Zwecken ohne Zweifel erhofft, hat der 74-jährige Reichskanzler in seinem letzten Amtsjahr der Welt resp. Nachwelt nicht mitzuteilen. Er, der ewige Student, zitiert ein paar Zeilen des Saufklassikers *Gaudeamus igitur*, ein paar Zeilen der Uhland-Ballade vom Kaiser Rotbart lobesam, dazu einleitend einige englische Verse, die Wangemann ihm wohl aufgeschrieben hat. Nicht ohne Komik ist der »Rat eines Vaters an seinen Sohn«, mit dem der Kanzler die Aufnahme beendet: »Treib alle in Maßen und Sittlichkeit, namentlich das Arbeiten, dann aber auch das Essen und im Übrigen gerade auch das Trinken.« Ob er mit dem »Vater« wirklich sich selber meinte? Ausgerechnet er, der geradezu verheerende Esser und Trinker?

Das besondere Bijou dieser Walze aber ist der fünfte Text des Dokuments. Es ist – ausgerechnet – der Anfang der *Marseillaise*: *Allons enfants de la Patrie, / Le jour de gloire est arrivé ...* Wie mag ihm nur die Welthymne der Revolution in den mächtigen Schädel gekommen sein? Ein süßer Spott in Richtung des Erbeindes? Des eigenen Feindes im Inneren: der verhassten Demokraten-Brut? Wer weiß.

Die Bismarck-Biografen müssen nach diesem kuriosen Fund nicht umgeschrieben werden. Es bleibt der morbide Zauber, »dass ein Mann, der schon lange im Grabe ruht, noch einmal seine Stimme erhebt und die Gegenwart begrüßt«. Viel zu sagen hat er nicht. Dass er aber just die *Marseillaise* zitiert, ist heute, in diesem historischen Moment, da Frankreich ganz offensichtlich erwägt, der Bundesrepublik beizutreten, gewiss nicht ganz ohne tiefere Bedeutung!

Bismarcks Stimme: <http://www.nps.gov/edis/photos-multimedia/audio-wangemann-1889-1890-european-recordings.htm>

Fortsetzung von S. 41

fentliche Debatten um die Subventionen für Bayreuth erleben.« So ganz wird man bei seinem lauten Trommeln auf der geschlossenen Kasse den Verdacht nicht los, der konservativen Wagnerianer-Lobby gehe es nicht nur ums Geld, sondern auch um die Kunst. Es ist ein offenes Geheimnis, dass die Mäzene ein eher distanzierendes Verhältnis zur neuen Festspielleitung pflegen. Zu weit liegen die ästhetischen Präferenzen auseinander, außerdem soll von Waldenfels es sich mit Eva und Katharina durch gutsherrenartige Attitüden verdorben haben. Wird hier also hinter den Kulissen Druck gemacht, von wegen Extratouren wie die Beteiligung an der Renovierung gäbe es nur gegen einen Verzicht auf weitere Regieexperimente? Das weisen alle Beteiligten entrüstet von sich. »Manchmal ist die Kommunikation vielleicht etwas schwierig«, gibt Katharina Wagner zu bedenken.

Wenn in den vergangenen sechzig Jahren über die Festspiele gestritten wurde, zog Wolfgang Wagner am Ende immer ein Argument aus dem Ärmel, das allen Kritikern das Maul stopfte: Die Kartennachfrage in Bayreuth sei acht- bis zehnmals größer als das Angebot, so schlecht könnten die Festspiele also gar nicht sein. Von dieser Sorglosigkeit ist man heute weit entfernt. In Katharina Wagners inzwischen abgespielter *Meistersinger*-Inszenierung gab es sogar leere Sitze. Und die undurchsichtige Kartenverteilungspolitik ist längst ein probates Instrument, um die gesunkene Nachfrage gießkannenmäßig auf alle Aufführungen zu verteilen: Was der Wagner-Enthusiast am Ende seiner mehrjährigen Warteschleife zu sehen kriegt, bestimmen immer noch die Festspiele.

Bestellt wurde bis 2010 ausschließlich per Post, dank eines neuen Ticketsystems ist das inzwischen auch im Internet möglich, Pannen inklusive. Der Bundesrechnungshof hat aber im vergangenen Jahr kritisiert, dass überhaupt nur 40 Prozent der Festspielkarten in den freien Verkauf gelangen. Der Rest wird für Mäzene, Politiker, Verbände, Reisebüros, Künstler, Gewerkschaften und Journalisten abgezweigt. Eine solch hohe Kontingentierung sei »mit den Förderzielen des Bundes nicht vereinbar«, hieß es in dem Bericht, man empfehle, »die Kontingente weitestgehend abzuschaffen«. Und wie reagiert die Festspielleitung auf diese Rüge? Kopflös. Als Erstes streicht sie alle Mitarbeiterkarten (per Aushang am Schwarzen Brett), dann die verbliebene Gewerkschaftsvorstellung, dann schreibt sie den 138 Richard-Wagner-Verbänden in der ganzen Welt einen formlosen Brief, wonach alle Verbandsmitglieder, die 2011 in den Genuss von Festspielkarten gekommen seien, 2012 keine bekämen – und schließlich kündigt sie, wo juristisch möglich, die Verträge mit den Reiseveranstaltern. Nur die von den Verbänden entsandten Stipendiaten sollen weiter kommen dürfen. Und auch die 14 000 der insgesamt 59 000 Karten, die die Gesellschaft der Freunde (zum vollen Verkaufspreis) jährlich erhält, wagt man nicht anzutasten. Zu bedeutend ist der finanzielle Beitrag der Mäzene. Das Berliner Staatsministerium für Kultur möchte sich zu Bayreuth derzeit gar nicht äußern. Zu gravierend seien die Umbrüche, heißt es. Toni Schmid hingegen äußert sich gern. Die Harmonisierung der unterschiedlichen

Gesellschafterstrukturen, sagt er, gehöre zum Schwierigsten, womit er beruflich je zu tun hatte. Gegen die Vorschriften des Bundes etwa nähmen sich die der Bayern wie »Maghrebinien« aus. Tatsache bleibt trotzdem, dass seit August 2011 bei der Staatsanwaltschaft Hof ein Ermittlungsverfahren anhängig ist: wegen des Verdachts der Untreue, vorläufig noch gegen »Unbekannt«. Mit ersten Ergebnissen ist im Februar zu rechnen.

Die Festspielleiterinnen-Verträge von Eva Wagner-Pasquier und Katharina Wagner laufen bis Sommer 2015, über eine etwaige Verlängerung wird ab nächstem Jahr verhandelt. Schon wähnt man Bayreuth neuerlich im Hintertreffen: Das internationale Opernkarussell plant mindestens fünf Jahre im Voraus. Da dringt, fast wie gerufen, ein Gerücht an unsere Ohren, direkt aus dem inneren Festspiel-Zirkel. Dieses Gerücht geht so: Katharina Wagner feile längst an der weiteren Bayreuther Zukunft – und Eva Wagner-Pasquier spiele darin keine Rolle mehr. Katharina wolle ihrer Halbschwester für die Planung über 2015 hinaus alle Kompetenzen aus der Hand nehmen lassen, namentlich in Evas Spezialgebiet, der Sängerbesetzung. Zu eklatant seien die Fehler im *Tannhäuser* gewesen, zu groß die aktuellen Lücken und Fragezeichen in der Besetzungsliste für den Jubiläums-Ring 2013. Mit einigen der politisch Verantwortlichen hätten bereits Gespräche stattgefunden, die Spielpläne für die nächsten zehn Jahre lägen in der Schublade (was bei zehn Standardwerken nicht so schwer ist). Auch soll der Dirigent Christian Thielemann offenbar (noch) stärker an Bayreuth gebunden werden. »Völliger Quatsch!«, blafft Katharina Wagner. »Lächerlich! Meine Schwester und ich verstehen uns wirklich gut, wir besprechen alles miteinander. Es wird definitiv nicht passieren, dass wir uns die Augen auskratzen. Die Leute haben einfach nichts zu tratschen, und das gefällt ihnen nicht.« Im

Übrigen müssten sich die Festspiele weder mit Lance Ryan als Siegfried für 2013 verstecken noch mit Eva-Maria Westbroek als Isolde für 2015.

Glaut sie eigentlich, dass der Mythos Bayreuth zerstörbar ist? Den Begriff Mythos mag sie nicht, für sie sei das »rationaler«. Vor zwei Wochen etwa sei sie losgestieft, um für die Pflege der festspieleigenen Facebook-Seite ein iPad zu besorgen. »Einmal die Woche ein Eintrag, vielleicht ist das der neue Mythos, keine Ahnung.« Und solange man im Festspielhaus den *Parsifal* höre und buchstäblich nicht wisse, woher der Klang komme, aus dem Gestühl oder aus dem eigenen Kopf, so lange sei Bayreuth sehr lebendig. Damit hat sie zweifellos recht.

Seine Revolution?

Omar Sharif ist der berühmteste aller Ägypter. Ein Jahr nach dem Umsturz feiert der Filmstar seinen 80. Geburtstag. Was denkt er jetzt über seine Heimat?

VON RONALD DÜKER

Der berühmteste aller Ägypter verfolgte die Revolution von einem Logenplatz. Er stand auf dem Balkon seiner Hotelsuite und überblickte den Tahrir-Platz. Jeden Tag habe er dort gestanden, von morgens bis abends, und er findet heute, dass dies die schönste Revolution von allen gewesen sei. Im Jahr 1952 erlebte er in Kairo, wie der König gestürzt wurde und der Platz seinen Namen bekam: Platz der Befreiung. Auf der Leinwand spielte er Che Guevara, kämpfte mit Lawrence von Arabien gegen die Türken und litt, als Doktor Schiwago, unter der Roten Armee. Vor einem Jahr, sagt Omar Sharif, habe er der Jugend seines Landes zugewinkt, von seinem Balkon. Er sei sich aber nicht sicher, ob man ihn dort auch gesehen habe.

Einfach war es nicht, ihm zu begegnen. Im letzten Moment rief seine Assistentin an, um das Treffen wieder abzusagen: Omar Sharif sei kurz entschlossen abgereist, nach Paris. Also wird es ein ruhiger Abend im Semiramis-Hotel, in dem Omar Sharif als Dauergast wohnt, wenn er in Kairo ist. Die ungeteilte Aufmerksamkeit von sechs Kellnern kann den einzigen Gast einer Bar heillos überfordern. Im Kasino immerhin sind zwei Spielstische besetzt. Der Barkeeper mixt Gin Tonic, auch wenn auf seiner Stirn der Gebetsfleck des gläubigen Muslims prangt. Das Semiramis steht wie ein schnell verwittertes Denkmal der alten Oberschicht am Nil. Es ist nicht die Welt der Muslimbrüder, die nun im Parlament sitzen, und schon gar nicht die der radikalen Salafisten, die Alkohol und Glücksspiel am liebsten sofort verbieten würden. Es ist die Welt von Omar Sharif.

Der Unterschied zwischen Kairo und Paris ist für ihn dem ersten Anschein nach nur der Unterschied zwischen zwei Hotels. In Paris wohnt er im Claridge. Es liegt in einer Seitenstraße der Champs-Élysées, es ist klein und vornehm, in der Bar tiefe Teppiche und in der Ecke eine Polstergruppe. Auch hier weit und breit kein Mensch, bis pünktlich um fünf Uhr nachmittags Omar Sharif den Raum betritt. Er trägt eine Trainingshose und dazu ein hochgeschlossenes Poloohemd, die weißen Haare sind streng nach hinten gekämmt. In geübter Bescheidenheit nimmt er die Begrüßungskomplimente entgegen. Im April wird Sharif achtzig Jahre alt. Er bewegt sich vorsichtig, klagt über Rückenschmerzen und lässt sich einen Whiskey servieren, den er mit Wasser verdünnt. Er ist nun die personifizierte Weltläufigkeit. Das Rauchen, es waren einmal fünfzig Zigaretten am Tag, musste Sharif nach einem Herzinfarkt vor zwanzig Jahren aufgeben, doch davon kein Wort. »Wissen Sie«, plaudert er in munterem Englisch, »dass ich mich nicht an einem einzigen Tag meines Lebens

schlecht gefühlt habe? Ich hatte einfach Glück. Ich habe nie etwas dafür tun müssen.« Und setzt, zum Beweis seiner Zufriedenheit oder um zu zeigen, dass er es noch kann, für einen Moment dieses Lächeln auf, das Omar-Sharif-Lächeln.

Das Aufblitzen der kleinen Zahnflücke unter dem sauber geschnittenen Schnurrbart, die dunkel funkelnden Augen und deutlich hervortretenden Adern an den Schläfen signalisieren zugleich Dominanz und Hilfslosigkeit, eine Mischung, die Sharifs Verehrerinnen um den Verstand brachte. Wie einem Stummfilmschauspieler blieb ihm dieses Lächeln immer einen Moment zu lange im Gesicht, was auf Hingabe, Verruchtheit, ein melancholisches Gemüt oder anderen Hintersinn deuten konnte. Mit minimalen Mitteln hüllte sich Omar Sharif in den Schleier eines orientalischen Geheimnisses. Und das tat auch dann seine Wirkung, wenn er einen jüdischen Geschäftsmann oder einen deutschen Soldaten, einen Cowboy oder den Papst verkörperte.

Der frühere Anhänger Mubaraks begrüßt die Revolution

Wenn er will, ist er die Sanftmut in Person, er kann aber auch die Beherrschung verlieren. Ein Video im Internet zeigte jüngst, wie Sharif einer jungen Frau, die sich auf dem roten Teppich eines Festivals zu ihm stellte, um ein Foto machen zu lassen, unvermittelt eine Backpfeife gab. Ähnliches haben auf Parkplätzen und in Spielkasinos schon andere erlebt. Wir haben ihn jetzt gerade beim Fernsehen unterbrochen. Ein Tennismatch zwischen dem Franzosen Gaël Monfils und Rafael Nadal, klagt er, gehe gerade in den vielversprechenden zweiten Satz. Omar Sharif liebt Tennis. Er interessierte sich schon immer für Spiele und dafür, wie sich der Zufall beherrschen lässt. Jahrelang schrieb er in der *Chicago Tribune* über Bridge, das, wie er sagt, »einzige intelligente Kartenspiel«.

Die Welt von Omar Sharif ist ein gepolsterter Kokon, ein mit Fernsehsessel, Bar und Restaurant ausgestattetes Raumschiff. Hätte er sich weiter von Ägypten und der Revolution entfernen können? Die Frage lässt sich aber auch anders stellen: Konnte sich die Revolution weiter von sich selbst entfernen als heute, da im Parlament die Frommen sitzen und die Macht weiterhin in der Hand des Militärs liegt? Dann entspreche die Müdigkeit des alten Mannes der Gebrochenheit der ägyptischen Jugend. Es ist erst ein Jahr her, dass Sharif auf dem Balkon des Semiramis stand und beobachtete, wie eine wütende Menge ins Foyer des Hotels eindrang. Sofort trat er vor die Fernsehkameras und solidarisierte sich mit den Demonstranten. Mubaraks Zeit sei nun gekommen, verkündete er, er solle jetzt zurücktreten. Sharif war einer der ersten

Prominenten seines Landes, die diese Forderung öffentlich erhoben.

Das sei sehr mutig gewesen, sagt Sharif und faltet die Hände. Aber was hätte ihm passieren sollen? Er weiß um seine Unantastbarkeit und sagt es nun selbst: »Ich bin der berühmteste Araber der Welt. Es gibt keinen berühmteren als mich, auch nicht den ägyptischen Präsidenten. Also soll mir niemand irgendwas über irgendein arabisches Land erzählen. Ich sage, was ich will.« Und so wiederholt er, plötzlich in Fahrt, noch einmal, was er einer ägyptischen Zeitung bereits im letzten August gesagt hatte. Ungeheuerlich sei es, dass der Präsident sein Amt erst nach 18 Tagen niedergelegt habe; wenn er selbst an dessen Stelle gewesen wäre, hätte er sich nicht mit dem Rücktritt begnügt. Omar Sharif hätte sich umgebracht!

Man sollte Sharif als Gewissensethiker aber nicht überschätzen, schließlich behauptete er im vergangenen Jahr auch, bis vor Kurzem nicht einmal gehaut zu haben, wie korrupt der Präsident gewesen sei, er habe vielmehr gedacht, Mubarak sei das Beste für Ägypten. Man kann es auch so sagen: Dem Semiramis-Hotel und der Welt, für die es stand, hatte nie Besseres passieren können als Mubarak. Unterdrückt wurden stets die anderen: Wer in Ägypten zur kulturellen oder wirtschaftlichen Elite gehörte, genoss alle nach dem westlichen Vorbild modellierten Annehmlichkeiten. Und selbst kritische Geister blieben weitgehend unbehelligt, wenn sie prominent genug waren. In Mubaraks Ägypten genoss Sharif absolute Reisefreiheit. Seine Freunde entstammten der Upperclass des Landes, es waren Leute wie der schillernde Ägyptologe Zahi Hawass, den Mubarak noch am 31. Januar des letzten Jahres, als am sechsten Revolutionstag, zum Minister für Altertumsgegenstände erklärt hatte. Eigentlich hätte sich Sharif eingestehen müssen, dass er und seinesgleichen zu den Verlierern der Revolution zählen würden. Warum hat er trotzdem die Demonstranten unterstützt? War es das Spektakel, das ihn hingerissen hat? »Die Ägypter«, er lächelt ausweichend, »sind anders als alle anderen Araber. Sie haben ein Herz und eine Seele, sie kämpfen nicht gern. Sie sind anders als die Polizei oder das Militär.« Omar Sharif liebt die Sanftmut, die er selbst verkörpern kann. Und ist, am Ende, Patriot.

Als Vorbild aber gab er sich nie, und nach Vorbildern haben die Revolutionäre auf dem Tahrir auch nie gefragt. »Es ist ganz einfach«, sagt Sharif, den das Thema nun langsam ermüdet: »Ich bin freundlich zu den Leuten. Aber ich will niemandem helfen außer mir selbst. Ich denke nur daran, was ich in den nächsten fünf Minuten tun werde.« Er lebe nun einmal einsam und ertrage es nicht mehr anders. Dass Peter O'Toole, mit dem er nach *Lawrence von Arabien* noch andere Filme drehte,

in diesem Jahr ebenfalls seinen 80. Geburtstag feiert, ist ihm nicht bewusst. Überhaupt pflege er keinen Kontakt mit ehemaligen Kollegen oder anderen Menschen außerhalb der Familie. Sein bester Freund sei sein einziger Sohn Tarek, der in Kairo mehrere Restaurants betreibt. Sein größter Stolz: Tareks vier Kinder, seine Enkel.

Der Katholik konvertierte zum Islam – und liebte eine Jüdin

Omar Sharif zählte einmal zu den besten Bridge-Profis und wurde im Jahr 1973 sogar Weltmeister. Pferdewetten waren eine andere Leidenschaft, und so drehte er, allein der Spielschulden wegen, zeitweise einen Film nach dem anderen. Vielleicht, klagt er heute, sei der Ruhm das größte Unglück, das ihm je zugestoßen sei. Der Ruhm überfiel ihn 1962, als David Lean den jungen Ägypter für *Lawrence von Arabien* engagierte und Sharif prompt für einen Oscar nominiert wurde. Der Ruhm isolierte ihn. Seit beinahe vierzig Jahren lebt er in Hotelzimmern. Die treffendste Parabel dieses Lebens gibt William Wylers Film *Funny Girl* aus dem Jahr 1968. Er erzählt die Geschichte der Liebes- und Glücksflucht eines am Ende zur Einsamkeit verdammt Pokerspielers.

Dass Omar Sharif und Barbra Streisand auf der Leinwand ein Paar waren, wurde zum Politikum: Vor dem Hintergrund des Sechstagekrieges zwischen Ägypten und Israel provozierte die Leinwand-Liaison zwischen einer Jüdin und einem Muslim; noch dazu, weil den beiden auch privat eine Affäre nachgesagt wurde. Im letzten Moment hatte das amerikanische Studio versucht, Sharif durch einen anderen Schauspieler zu ersetzen, in seiner Heimat forderte man, ihm die Staatsbürgerschaft zu entziehen. »Ich glaube nicht an Gott«, sagt Omar Sharif und verschluckt sich dabei an seinem Whiskey, »ich glaube nicht an die Reli-

gion.« In den dreißiger Jahren, in seiner Geburtsstadt Alexandria, seien Muslime, Juden und Katholiken gemeinsam zur Schule gegangen. »Und niemand hat nach deinem Glauben gefragt.« Dies sei das Goldene Zeitalter des friedlichen Nebeneinanders gewesen. Und was sei das überhaupt für ein Unsinn: ein gemeinsamer Gott, der erst die Juden erfinde, 2000 Jahre warte, dann die Christen in die Welt setze und nach noch einmal 600 Jahren die Muslime. »Da hätte er auch alle zugleich erschaffen können!« Zur Religion hatte der ehemalige Messdiener Sharif stets ein pragmatisches Verhältnis. Um Faten Hamama, die ägyptische Filmdiva, heiraten zu können, konvertierte er 1955 vom Katholizismus zum Islam. Sie hingegen brach für ihn das Gelübde, nie einen Mann vor der Kamera zu küssen. Im ersten gemeinsamen Film der beiden firmierte Sharif auch unter neuem Namen. Eigentlich hieß er Michael Shalhoub, doch Omar Sharif klang besser – wie aus *Tausendundeiner Nacht*. Omar Sharif hatte das Zeug zum Klassiker. Die Ehe zerbrach nach zehn Jahren und wurde 1974 geschieden. Der Hollywoodstar wagte sich nicht mehr nach Ägypten, er fürchtete, die unter Nasser eingeführten Visaregelungen könnten seine Ausreise behindern. Erst später kam er wieder, und erst seit Kurzem lebt er vor allem in Kairo, der Familie wegen.

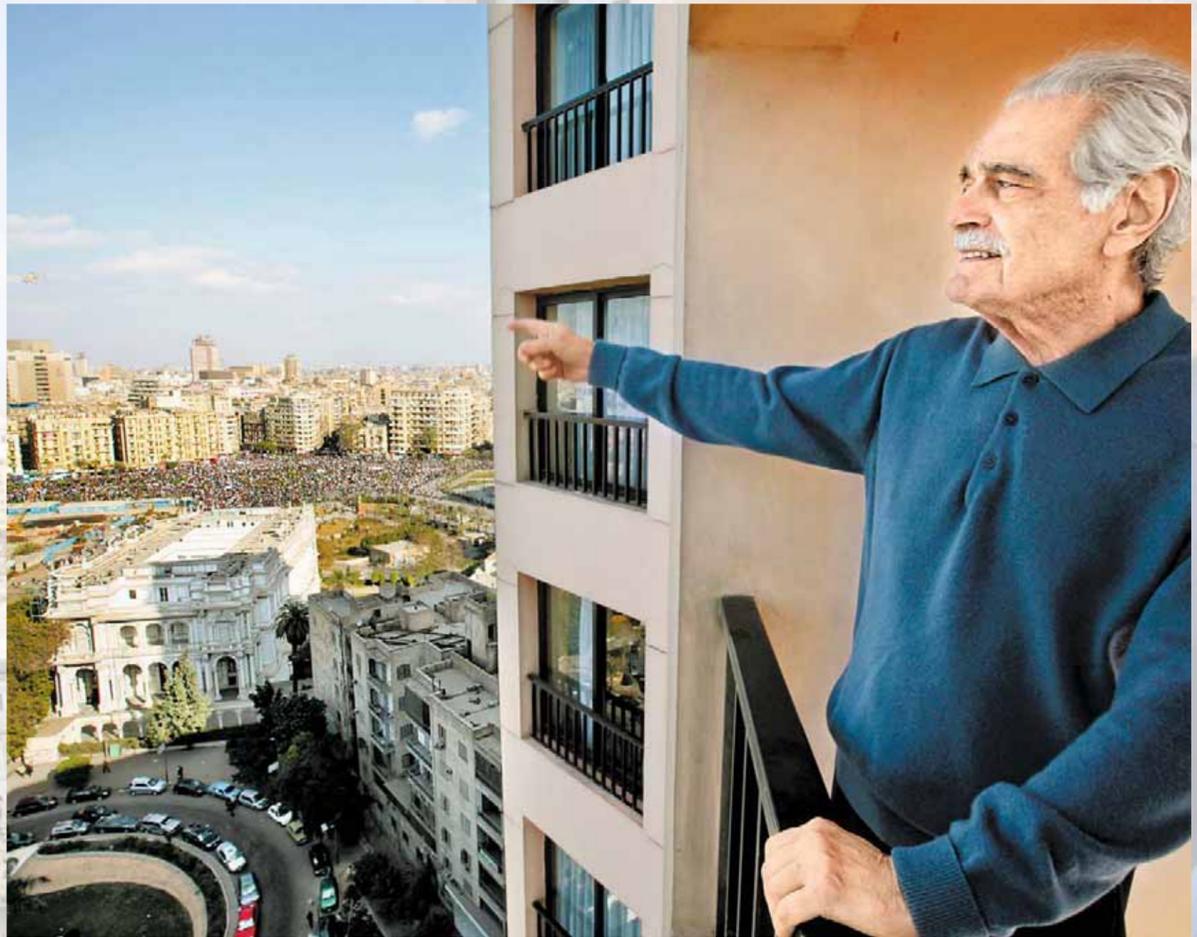
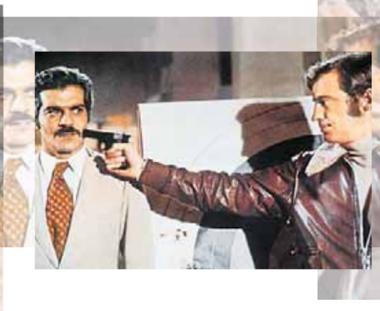
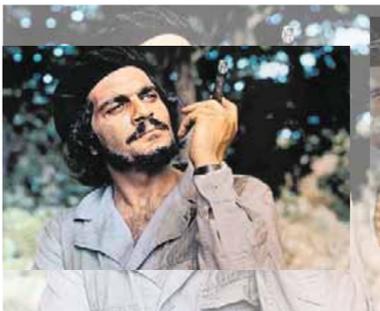
Omar, der Ägypter – er war, ob freiwillig oder nicht, schon immer ein Ausgebürgertes. Für heute, im Hotel Claridge, hat er genug. Er nimmt seinen Whiskey und erhebt sich. »Ich mache mir keine Sorgen um die Zukunft«, antwortet er auf die letzte Frage. »Was interessieren mich diese Salafisten? Wenn ich zwanzig Jahre alt wäre, dann würde ich mir Sorgen machen. Aber ich bin alt. Ich werde bald sterben. Ich warte einfach auf das, was passiert. Heute, morgen, in den nächsten fünf Jahren. Ich warte einfach.« Zum Abschied zieht er sich das Hemd hoch, bis zur Brust. Er will das ABC-Pflaster auf seinem Rücken zeigen. Das Tennisspiel ist jetzt bestimmt vorbei. Dafür aber kommt, um zehn nach sechs, eine Gameshow im Fernsehen. Die sieht er jeden Tag und will sie auch heute nicht verpassen.

www.zeit.de/audio

Leben und Filme

1932 als Michael Shalhoub geboren in Alexandria, französischsprachig und katholisch erzogen, dann auf englischen Schulen in Kairo
1953 erste Filmrolle in Ägypten, Konversion zum Islam, um die Filmdiva Faten Hamama zu heiraten, Namenswechsel zu Omar El-Sharif
1962 Beginn der internationalen Filmkarriere als Scheich Sherif Ali in »Lawrence von Arabien«, wofür er einen Golden Globe und eine Oscar-Nominierung bekam
1966 Weltruhm in der Titelrolle von »Doktor Schiwago«. Als trauriger Pokerspieler in »Funny Girl« mit Barbra Streisand (1968) und als Che Guevara in »Che!« (1969)
1973 Weltmeister im Bridge, seit 1966 mit einem eigenen Team. Hohe Spielverluste bei Roulette und Pferdewetten, glanzlose Rollen
2003 Comeback im großen Kino mit »Monsieur Ibrahim und die Blumen des Koran«. Auf der Berlinale mit dem Ehrenbären für sein Lebenswerk ausgezeichnet

Omar Sharif in »Lawrence von Arabien« (1962, mit Peter O'Toole; rechts oben), in »Doktor Schiwago« (1965, mit Geraldine Chaplin), in »Der Coup« (1971, mit Jean-Paul Belmondo) und als Che Guevara (»Che!«, 1969)



Kairo, 31. Januar 2011: Omar Sharif zeigt von seinem Hotel auf den Tahrir-Platz voller Demonstranten

So richtig schön fett



Dort draußen, in der Welt, in der alles superglatt und superdünn sein soll, die Handys und die Fernseher und erst recht natürlich die

Frauen- und Männerbüche, in dieser strammen, faltenlosen Schlank- und Rank-Welt scheint einer wie Claes Oldenburg hoffnungslos verloren. Er ist ein Künstler, der das Schläffe und Schlappe liebt. Bei ihm sackt alles, was prall ist, hart und verlässlich, in sich zusammen. Hier darf die Welt entspannen, darf aus der Form geraten, darf erschöpft sein und vor sich hin schwabbeln und so richtig durchhängen. Nicht Warhol-cool ist diese Kunst, nicht Lichtenstein-peppig. Unter den Helden der Pop-Art ist Claes Oldenburg der große Weichmacher, wunderbar stark im Schwachen.

Gerade ist er 83 geworden, das rechte Bein, sagt er, plage ihn, wollt nicht mehr recht. Und dann noch der lange Flug von New York herüber nach Wien. Das verstehen Sie, oder? Ich muss mich setzen, ich kann nicht durch die Ausstellung gehen, durch die vielen Hallen. Überall hängen, stehen, lehnen, liegen jetzt seine vielen Kunstwerke, die bemalten Pappfetzen, die Gummihaut- und Segeltuchskulpturen, die Pappmascheebildern. Alles schön, sagt er, doch ich ziehe den Stuhl hier vor. Er pustet kurz, so wie er das ab und zu tut, ein flaches Pusten, als wollte er etwas Lästiges von der Lippe bekommen. Dann nimmt er Platz, mitten in seiner berühmtesten Installationen, dem *Store*.

Na ja, sagt er. Das ist natürlich nicht der *Store*, das ist das, was davon übrig ist. Vieles ist ja damals weggekommen, vieles ist auch hier oben verschwunden. Er tippt sich kurz an den kahlen Kopf und lächelt knapp. Besser, sagt er, Sie glauben nicht alles, was ich Ihnen erzähle. Ist ja schon sehr lange her.

Anfang der sechziger Jahre war es, ziemlich genau vor 50 Jahren, da begann in New York der große Ausbruch der Kunst: Raus aus den alten Rollen! Raus aus dem Künstlerkult! Und Schluss mit dem ganzen Innerlichkeitsgehebe! Etwas Neues sollte her, jede zweite Woche trat ein anderer Stil zutage, Neo-Dada, Junk-Art, New Realists, ABC-Art, Color-Field-Painting, Cool Art. Von einem Tag auf den anderen galt Jackson Pollock als furchtbar altmodisch und mit ihm viele andere Maler des abstrakten Expressionismus.

War nicht schlecht, was die Alten so machten, sagt Oldenburg, aber eben auch furchtbar abstrakt. Da war kein Leben drin, das hatte mit uns, mit der Stadt nichts zu tun. Und Sie müssen sich vorstellen – er pustet einmal kurz –, Sie müssen sich vorstellen, dass wir die Fünfziger einfach satt hatten, diesen Mief, die Enge. Freiheit war es, das wollten wir.

Wie aber sieht Freiheit aus? Oldenburg kam aus begüterten Verhältnissen, der Vater schwedischer Botschafter, die Mutter Opernsängerin. Wollte er sich auch von ihnen befreien? Ach, sagt er und faltet die Hände vor dem Bauch, das weiß ich nicht. Ich glaube nicht, die wussten ja gar nicht, was ich da so trieb.

Wussten nicht, dass ihr Sohn, der so anständig studiert hatte – englische Literatur! –, der dann bei einer Zeitung als Polizeireporter anfing, irgendwann nichts von alledem mehr wissen wollte und sich im dunklen Manhattan herumtrieb, alte Pappen und Zeitungen und Holzreste aufsamelte – und damit reißend, klebend, pinselnd, nagelnd seine neue Kunst erfand. Eine Kunst, die nicht nach Kunst aussehen sollte. Die, wie er damals schrieb, »triefte, die schwer ist und stumpf und plump und süß und blöd wie das Leben selbst«. Er nannte sie *Street*.

Ich hatte ja nicht viel Geld, sagt Oldenburg, da habe ich einfach das genommen, was vor der Haustür liegt. Und er formte daraus, aus dem Nebensächlichen und Übersehenen, seltsame Puppen und

Als die Kunst rebellisch wurde:
Eine Begegnung mit Claes Oldenburg,
dem Großpapa der Pop-Art. Sein Frühwerk
ist jetzt in Wien und Köln zu sehen

VON HANNO RAUTERBERG

Keulen und einen schwarzen Mond, als wollte er damit irgendwelche schamanistischen Tänze aufführen. Und tatsächlich gab es das, überall. Jeder Künstler, der auf sich hielt, machte aus seiner Ausstellung ein Happening, eine Performance, eine wilde, nackte, überschwappende Inszenierung, in der sich alles mit allem verbinden sollte: die Welt mit der Kunst und die Künste untereinander und natürlich die Künstler und ihre Sammler. Oldenburg trat auf in dreckiger Unterwäsche oder auch als zerlumpter König – ein haltloser Herrscher im Reich der Fantasie.

Wir waren damals schon ziemlich Hitzköpfe, sagt Oldenburg und zieht nicht ohne Stolz sein kleines Notizblöckchen heraus, in der Spirale klebte ein Bleistiftstummel. Hier, sehen Sie, sagt er, und zeichnet ein kleines Quadrat. Das hier war der Ausstellungsraum, winzig. Und daneben zwei noch kleinere Zimmer und ein Flur. In dem mussten die Zuschauer stehen, Schulter an Schulter. Eine echte Qual, aber darum ging's ja. Am Ende waren immer alle tot, ich meine, von den Schauspielern.

Oldenburg hatte die 30, 40 Quadratmeter damals gemietet, ein Geschäft, das für ihn Atelier war und zugleich die Galerie. Auch das ein Durchbruch: Was lange getrennt lag, die einsame, reine Sphäre der künstlerischen Schöpfung und die unreine Sphäre des Verkaufs, plötzlich waren sie eins. *The Store*, so nannte Oldenburg 1961 sein Kunstgeschäft oder besser: seine Geschäftskunst.

Ein Büstenhalter, rot und blau bekleckert. Ein Herrenoberhemd mit Krawatte, als aufgesockelter Torso. Dazu jede Menge verführerische Törtchen, Baiser mit Erdbeeren, herrlich funkeln – und wie alles andere aus Pappmaschee oder Gipsrollen geformt. Für diesen Künstler ist es kein Problem, selbst einen Pudding an die Wand zu nageln. Er spielt mit der Warenwelt, mit ihrer Verlockung, mit unserem Habenwollen. Er borgt sich die kapitalistischen Verführungskräfte für seine Kunst. Und manchmal ist es umgekehrt, dann denkt man, er hätte sich eine dieser bepünktelten Leinwände der abstrakten Expressionisten gegriffen, sie in Leim getaucht und über eine Form aus Kaninchendraht gezogen, damit das hehre Gemälde sich in eine weltliche Skulptur verwandele, in eine Ladenkasse zum Beispiel, grau mit vielen bunten Schlieren darauf: die Kunst als Geldtresor. *Low wird high* bei Oldenburg und *high wird low* – es war der Anfang der Pop-Art.

Pop-Art, nun ja. Oldenburg hat die Hände wieder über dem Bauch gefaltet. Von mir aus nennen Sie es Pop-Art. Aber mit dem, was Andy gemacht hat, ich meine Warhol, hat das nicht viel zu tun, nicht dass Sie das verwechseln. Andy war ja kein Künstler, jedenfalls nicht, als ich ihn kennenlernte. Er war ja in der Werbung, und auf die Party, auf der ich ihn zum ersten Mal traf – Oldenburg zieht die Schultern zurück und zieht das Kinn hoch –, da kam er gleich stolz herein, mit seinem ganzen Hofstaat. Ihn interessierten mehr der Glamour, die Drogen, all das, Sie wissen schon. Als er dann seine Factory aufmachte, war ich längst fort.

In Los Angeles hatte Oldenburg sein neues Quartier aufgeschlagen, und mit dem Erfolg, den er dort hatte, wuchsen auch seine Objekte, quollen auf, wurden dick und schlapp und unförmig, zusammengenäht aus Leinwand oder glänzenden Plastikstoffen. Ein Hamburger, sofaweich und sofagrob. Pommes Frites, die von der Decke stürzen, ein Monster von einem Tortenstück, das harmlos vor sich hin dämmert, aber gewiss schon im nächsten Moment sein

Sahnemaul aufreißen und den Betrachter, dem eben noch das Wasser im Munde zusammenlief, verschlucken wird. Die Dinge nehmen überhand, in ihnen wohnt etwas. Ein Ich womöglich, ein Ich, das Theater spielt – mit uns.

Neulich, erzählt Oldenburg, ruft mich ein Sammler an und fragt mich, ob bei seiner Soft Sculpture, so einem Riesenlichtschalter, nun eigentlich die Schalter nach oben oder nach unten zeigen sollen. Ist doch ganz gleich, sage ich ihm. Mal so, mal so, mach's, wie du willst. Die Skulpturen verändern sich, das sollen sie. Die Leute sollen sie wenden, niederdrücken, drehen, so viel sie wollen.

Mit der Sahneschnitte hier in Wien, gleich hinter seinem Rücken, ist Oldenburg nicht zufrieden. Warum steht die da in dieser Nische, fragt er. Da sieht sie viel zu sehr nach Torte aus, das soll sie nicht.

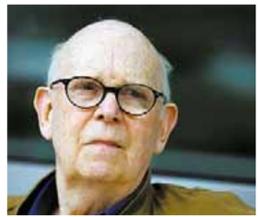
Oldenburg will die Dinge verwandeln, vor unseren Augen. Noch die größten Alltäglichkeiten, das Klo, die Badewanne, der Stromstecker, all die Kleinigkeiten, die unser Leben bestimmen, ohne dass wir es je richtig bemerken, scheinen sich schlangengleich gehäutet zu haben. Sie sind ihrer alten Existenz entschlüpft, zurückgeblieben ist die Hülle, erschläft; wo aber ist der Rest hin, das wahre Wesen der Dinge? Gibt es das überhaupt? Oldenburgs Kunst ist auf rebellische Weise knuddelig, auf amüsante Weise biestig und obendrein unterhaltungsphilosophisch. Waren- und Subjekttheoretiker, Fetisch- und Genderforscher, Kapitalismuskritiker, sie alle werden fündig im Oldenburg-Kunstshop.

Von jetzt auf eben war er berühmt, führte mit Robert Rauschenberg die Künstlerhitlisten an, wurde eingeladen zur Biennale, zur Documenta. Nicht eben unanstrengend sei das gewesen, sagt Oldenburg, nimmt die Brille ab und kneift die Augen zusammen. Dann lacht er. In London, wissen Sie, da kamen auch die Rolling Stones zu uns in die Galerie. Damals waren ja die Beatles so populär, die waren so wahnsinnig süß. Da mussten die Stones natürlich die Rüpel geben und schrien meine Frau an, *fuck off*, schrien sie. Na ja, wenn ich's recht überlege: Kann auch sein, dass meine Frau sie als Erste angeschrien hatte. Zuzutrauen wäre es ihr.

Bereits 1969, da war er gerade mal 40, feierte ihn das MoMA in New York mit einer großen Ausstellung, ihn, der doch nie ins Museum wollte und lieber sein eigenes kleines Museum eröffnete, in dem er Direktor war und lauter zusammengeklautbe, selbst gebastelte Kuriosa präsentieren konnte. Das Knittrige seiner Kunst, das Schrundige, der Überschwang, das passte nicht in die Kältekammern der offiziellen Großmuseen. Und selbst die Ausstellung jetzt in Wien, die sich große Mühe gibt, etwas vom tollredisten Spiel der sechziger Jahre lebendig werden zu lassen, bietet doch vor allem Erinnerungsstücke. Die Kunst vergeht halt, sagt Oldenburg. So wollten wir das damals, auch wenn's ein bisschen schade ist, so im Nachhinein. Die Sechziger, das ganze Freiheitsding, war vorbei, bevor man sich umgesehen hatte. Am Ende waren alle tot, wie in unseren Happenings.

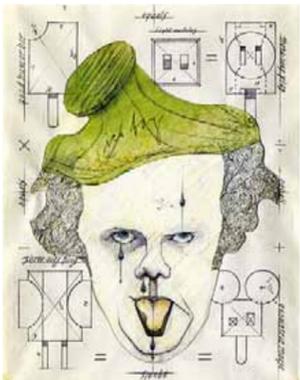
Oldenburg pustet. Auch für ihn begann bald schon etwas Neues, er machte die Stadt zu seinem Atelier und stellte Lippenstifte, Wäscheklammern oder auch eine Spitzhacke in die Gegend. Die Zeit der schlaffen Knautsch- und Knuffskulpturen ging vorbei, seine Kunst wurde glatter; heute ist sie manchmal nicht mehr zu unterscheiden von den bunten Plastikbären oder Hampelmännern, die manche Fußgängerzone bevölkern. Aber das wird in Wien nicht gezeigt, darüber reden wir auch nicht. In Oldenburgs frühen Jahren ist schon alles da, was es braucht fürs große Kunstglück. Und seine Ideen leben weiter, bei Erwin Wurm und Jeff Koons und Franz West und Fischli & Weiss und Damien Hirst und vielen anderen. Ich bin halt der Großpapa der Pop-Art, sagt er, ich darf das als Kompliment verstehen, oder? Sollen sie ruhig machen, die Jungen. Haben wir ja auch gemacht, uns bedienen bei den Altvorderen. Und ob jung oder alt, unsere Kunst wird ohnehin verschwinden, früher oder später. Kurz runzelt er die Stirn, ein wunderbares Runzeln mit ganz vielen, ganz feinen Falten. Dann stützt er sich auf seinen Stock und geht hinaus in die gestriegelte Gegenwart, vorbei an seiner lauernden Sahneschnitte.

Im mumok Wien bis zum 28. Mai (www.mumok.at). Vom 22. Juni an im Museum Ludwig, Köln



Radikal weich

In Stockholm wurde er geboren, 1929, doch aufgewachsen ist Claes Oldenburg in den USA, als wohlbehüteter Sohn eines Konsuls und einer Sängerin. Er studierte Literatur, später Kunst, wurde **Polizeireporter**. Als aber in New York zu Beginn der sechziger Jahre das große Kunstfieber ausbrach, gab es kein Halten mehr: Er wollte die Kunst aus den elitären Zirkeln befreien, sie sollte populär werden, Pop-Art. Rasch wurde Oldenburg berühmt, lange war er begehrtter als **Andy Warhol**. Zuletzt entwarf er vor allem übergroße Skulpturen für den öffentlichen Raum. Gerade ist in Philadelphia sein jüngstes Werk, ein Riesenpinsel, eingeweiht worden.



Oldenburg als böser Clown:
»Symbolic Self-Portrait with Equals«, 1969

Abb.: »Shoestring Potatoes Spilling from a Bag«, 1966/ Courtesy Walker Art Center, Minneapolis; Schenkung The T. B. Walker Foundation, 1966 (großes Bild); »Two Cheeseburgers, with Everything (Dual Hamburgers)«, 1962, courtesy MoMA, New York (o.l.); »Symbolic Self-Portrait with Equals«, 1969/Courtesy Moderna Museet, Stockholm (u.l.); alle Werke © Claes Oldenburg; Alex Brandon/AP/dpp (Foto l.)



Da purzeln die Riesenpommes:
»Shoestring Potatoes«, 1966. Dazu »Two
Cheeseburgers, with Everything«, 1969 (oben)

Die Soundkulisse: das Strudeln in der Damentoilette, ein quengeliges Tremolo der Slide-Gitarre, Sirenegekreische, Hubschraubergeschnatter in den Schluchten von Manhattan, ein endloses Toktok vom Tennisclub eines Country Clubs. Das milchsatte Seufzen der Kinder im Schlaf. Und natürlich dieser Nichtsound, die Stille. Zur Stille gibt es in diesem Buch ein eigenes Kapitel, gedruckt als PowerPoint-Präsentation einer 12-jährigen Schülerin, zum Thema der Bedeutung von Pausen in der Rockmusik, die Erzählstimme ist abgeschaltet, und über Seiten entfalten sich stumme Grafiken, etwa über das Verhältnis von Pausenlänge zu Gänsehautfaktor, im Vergleich von Led Zeppelins *God Times*, *Bad Times* zu den Doobie Brothers mit *Long Train Runnin'* oder *Foxy Lady* von Jimmy Hendrix, nicht zu vergessen An Horse mit *Rearrange Beds*, dieses Kapitel ist selber ein Innehalten, tiefes Luftholen, bevor das letzte Kapitel, das Finale ansetzt.



Jennifer Egan:
Der größere Teil der Welt
A. d. Engl. v. Heide Zeltmann; Schöffling Verlag, Frankfurt 2012; 389 S., 22,95 €

Ein Stopp, und wieder Neueinsatz. Das ist das Strukturprinzip dieses aufregenden neuen Romans von Jennifer Egan, die sich in seinen Rhythmen unter anderem am Puls von TV-Soaps, den stetigen Klicks unserer Internet-Tage, nostalgisch aber am Takt einer Sampler-Platte der siebziger Jahre orientiert, was im Originaltitel *Visit from the Goon Squad* noch mitschwingt, »Besuch vom Schlägertrupp«. Da ist jedenfalls mehr Muskel und Iggy Pop drin als im philosophisch flüsternden deutschen Titel *Der größere Teil der Welt*.

Der deutsche Titel zielt auf etwas anderes: das Versprechen, in einen unerhörten Wahrnehmungskosmos abtauchen zu können. Davon zu wirbeln durch 13 Storys, in einem fulminanten Lesevergnügen, wo jede Story ihren eigenen Protagonisten hat und mit ihm durch den Orbit schweift, durch vier Jahrzehnte und den Raum globaler Geschäftsbeziehungen. Mal landen wir im grasgeschwängerten Hippiedunst von L. A., mal geht es mit einer Patchworkfamilie auf Safari nach Afrika, dann findet man sich in einer Zukunft ausgesetzt, in der Babys mit Speckfingern auf ihrem kleinen Smartphone rumtatschen. Dieses Buch ist ein durchtriebenes Unternehmen, den einen Moment sitzt man im East Village auf einer Bank im Thompson Square Park, wo die Hunde seit hundert Jahren abkacken dürfen, dann schnattern die Vögel in einem tropischen Urwald zum Auftritt eines genozidalen Generals in seiner neuesten PR-Maßnahme, oder man findet sich an einem Wintermorgen unter der Williamsburg Bridge und blickt in die aufgehende Sonne mit den Augen von Junkies, die roh aussehen, »wie geschält«, heißt es, während sich der eisige Himmel sanft koloriert und eine Jogerin heranschnauft.

Jennifer Egan läuft Amerikas Autoren davon, mühelos. Unglaublich, mit welcher Leichtigkeit sie Szene um Szene entwirft, in fabelhafter Fülle, ihre Figuren durcheinanderwirbelt, am Tempo der Geschichten dreht, als

Soundcheck Brooklyn

Die Amerikanerin Jennifer Egan ist eine tollkühne Erzählerin, mixt Rock mit Short Stories, Sex und PowerPoint und ist zu Recht ein Star VON SUSANNE MAYER



Cool gelaufen:
Jennifer Egan,
Pulitzerpreisträgerin

schleudere sie, kommentierte ein amerikanischer Kritiker, einen Müllbeutel am ausgestreckten Arm durch die Luft – den sie aber nicht loslasse. Einkaufsnetz, das wäre die freundlichere Formulierung, jedenfalls gibt es einen Zusammenhalt zwischen diesen Storys, der liegt im eisernen Griff der Autorin, den dünnen Fäden, die sie von Story zu Story spinnt. Egan ist eine Virtuosa. »Na ja, was heißt schon experimentell«, antwortet sie gerne auf Leserfragen, wann man denn zuletzt seinen *Tristram Shandy* gelesen habe. Avantgarde habe sich noch nie so vergnüglich angefühlt wie bei Egan, witzelt die *Washington Post*. »Jennifer Egan ist unsere Belohnung dafür, dass wir die selbstbezogenen Faxen und das ironische Gewäsch der Postmoderne ertragen haben.« Okay, man ist versucht, sich ein Diagramm der Figuren im Querschnitt der Kapitel unter Berücksichtigung einer Verschiebung der Zeitachsen zu zeichnen, um nicht verloren zu gehen.

Dies ist ihr viertes Buch, Bestseller natürlich, und es hat mit seinem Erscheinen 2010 den National Book Critics Circle Award abgeräumt, danach den Pulitzerpreis im März des vergangenen Jahres. Abgehängt: Helden wie Jonathan Franzen und David Grossmann. Jeder, der noch nicht das Vergnügen hatte, die Autorin zu treffen, kann Egan übrigens auf YouTube bewundern, da steht sie dann, cool wie eine neue Lauren Bacall, zur Diskussion in der *New York Public Library* oder ist zu Gast in Kalifornien, wo sie aufwuchs, leider etwas zu spät für die wahren Hippies, spottet sie, weshalb sie jahrelang demonstrativ barfuß durchs Leben gegangen sei.

Egan steht vor den Kameras in T-Shirt und Chinos, eine Fünfzigjährige mit der langgliedrigen Eleganz des ehemaligen Models. Fotografen lichten Egan auch gerne in Brooklyn ab, wo sie mit ihrem Mann und den zwei jungen Söhnen wohnt, dann etwa in Lederjacke und Jeans, drüber das klare Gesicht mit den weit auseinanderstehenden Augen und einem Haaransatz, der über der Stirn zackt wie sonst nur bei James Dean. Da steht die Erfolgsautorin dann auf einer der hohen Treppen, die zu den eleganten Bürgervillen des vorletzten Jahrhunderts hochführen, inmitten einer verdichteten Literaturlandschaft, in der Siri Hustvedt mit ihrem Paul Auster nur um die Ecke wohnt und sich einst Truman Capote mit seinem Liebsten in einer Kellerwohnung eingenistet hatte, während Tom Wolfe vorn an der Panoramameile residierte, mit Blick auf die Skyline, über deren gläserne Illusionskörper Egan ihr erstes Erfolgsbuch geschrieben hat, *Look at Me*. Es entfaltet die kulturelle Verletzbarkeit einer Kultur, die bei größtmöglicher Konzentration auf materielle Gewinne ihre Amoralität hinter einer fragilen Fassade zu verstecken versucht, ein so rührendes wie hilfloses Unternehmen. Mit dem Erscheinen dieses Buches, in dem ein Terrorist einen prominenten Auftritt hat, war Egan dem Attentat von Atta und Kollegen einige Tage voraus, was dazu führte, dass das Buch zunächst, inmitten des großen Schreckens, unbemerkt blieb, dann aber für gehörige Verwirrung sorgte. Wer ist diese Egan? Eine Hellscherin?

Das neue Buch verdanke sie dem fünfjährigen Ringen ihres Lesekreises mit Prousts *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*, kommentiert Egan heute selbstironisch. Sie erprobt, und darin nicht bescheiden – wer entwirft sich schon als neuer Proust? –, ein modernes Zeitgefühl, das sich auf den rasenden Flugstreckenetzen, inmitten von Onlinepräsenz entwickelt, an den Schaltstellen von Twitter und dem Dongdong der neusten E-Mail, kein durchweg erfreulicher Zustand; unser beständiges Kommunizieren sei eine Mimikry des alten Gothic-Horror-Erlebnisses, analysiert sie in Interviews.

Die auf die einzelnen Kapitel verteilten Figuren rekrutieren sich aus einer Freundesgruppe um die kalifornische Rockband The Flaming Dildos, die als Vorgruppe berühmter Bands mit Müllbombardements vom Publikum zu tun hat. Es treten auf: Liebhaber, Ex-Ehefrauen, Kinder, Gespielinnen, befeuert wird Fortunas Rad von Leidenschaften, Verrat, Ambitionen, Erfolg oder Pech. Ihre Figuren zeichnet Egan mit schnellen Strichen. »Ihre Haare waren bei weitem nicht so rot wie früher«, heißt es etwa über Sascha. »Ihr Gesicht war zart und boshaft und so blass, dass es die Farbtöne aus ihrer Umwelt – lila, grün, rosa – aufzunehmen schien ...«, eine der wenigen Passagen, in denen Egan durchblicken lässt, dass sie sehr wohl in der Lage ist, zarte Farben aufzutragen, anrührende Szenen auszumalen, aber als Grundton es doch eher mit runtergetunter Sachlichkeit und schnellen, scharfen, komischen Dialogen hält, Stilebenen, die Heide Zeltmann ebenso konturiert übersetzt.

Sascha ist die Assistentin des Musikproduzenten Bennie, dessen Lebenskurve selbst mit den Goldblättchen, die er als Lustbeschleuniger in seinen Kaffee streut, nicht mehr hochzuheben ist und der wie andere Protagonisten in diesen Geschichten auf- und zurückpopt. Wie eine Kamera über eine dichte Landschaft streift, so zoomt Egan mit leichten Drehungen der Schreibhand Punkte und Figuren heran, stellt sie scharf, lässt sie dann zurückgleiten in den Hintergrund oder kehrt, wie mit Mausclick, auf eine der gerade erwähnten Person zurück.

Personen oder Jahrzehnte verschwinden so in Wahrnehmungstaschen, während Szenen im Detail aufblühen, ähnlich wie unser Bewusstsein durch die Vergangenheit spaziert oder sich Dinge ausmalt in einer vagen Zukunft, die noch gar nicht passiert sind oder nie passieren werden. Egan verdankt strukturell dem Bewusstseinsstrom einer Virginia Woolf so viel wie atmosphärisch der Stretchlimousine, in der Don DeLillo seinen scheintoten Tycoon durch die Nacht schickt. Man lobt an Egan die Kühle, mit der sie mit Szenen und Gefühlen jongliert, hervorzuheben ist aber auch die Wärme, mit der sie in die Seelen schaut.

Empathie ist das Stichwort – jenseits aller Kunstfertigkeit ist Mitgefühl ein Versprechen dafür, dass es inmitten der Unübersichtlichkeit des Lebens, unserer zappelnden Bemühungen, trotz Niederlagen und Vergleichen, doch so etwas wie einen Zusammenhalt geben könnte. Mal rein fiktional betrachtet.

Foto: Tim Knoch/eyevine/Picture Press

KRIMIZEIT

Ohne Couch

Endlich: Ein guter psychologischer Kriminalroman

Der Standard-Psychotriller hat viel mit dem Standard-Regio-Krimi gemein. Beides sind meist literarische Unglücksfälle, in denen äußerst schlichte Kriminalhandlungen mit etwas Psychischem oder Lokalem kombiniert werden. Nur selten zeichnen sie sich durch ein gewisses Verständnis – von intellektuellem und ästhetischem Begreifen gar nicht erst zu reden – des Seelischen oder des Lokalen aus.

Umso erfreulicher ist es, wenn einmal ein Kriminalroman auftaucht, der sich kenntnisreich, sachlich kompetent und angemessen auf dem schwierigen Gebiet extremer seelischer Verwerfungen bewegt. Die Genreerkennung »Psychotriller« für das jüngste Buch des englischen Ehepaars Nicci Gerrard und Sean French, das unter dem gemeinsamen Nom de Plume Nicci French veröffentlicht, lässt jedenfalls ein wesentlich schlechteres Buch erwarten. In *Blauer Montag* tobt kein wahnsinniger Psychopath durch London, im Zentrum steht eine professionelle und äußerst beherrschte Psychotherapeutin. Frieda Klein lehnt die Couch ab, sie sitzt ihren Patienten von Angesicht zu Angesicht gegenüber. Ihre innere Unruhe agiert die Schlaflose wie seinerzeit Charles Dickens in nächtlichen Märchen durch London aus. Im Zusammenhang mit ihrer therapeutischen Arbeit würde sie niemals einen Schritt ins Freie tun. Sie beschränkt sich auf die vier Wände ihrer Praxis und auf die Probleme ihrer Patienten, denen sie gesprächsweise hilft, besser damit umzugehen. Auf keinen Fall greift sie, so eine ihrer Regeln, ins Leben ihrer Klienten ein, und kein Fremder darf ihre Privaträume betreten.

Dass sie dies alles und noch mehr dann doch zulässt, liegt an der wiewohl realistischen, dennoch fröhlich mit dem Zufall spielenden Erfindungsgabe Nicci Frenchs. Kaum hat Frieda das anamnetische Gespräch mit ihrem Patienten Alan Dekker begonnen, fällt ein ukrainischer Maurer durch die Zimmerdecke. Dieser Josef entwickelt sich in der Folge zum pragmatisch-handfesten Kumpel. Den braucht Frieda auch, denn nur kurze Zeit später ist sie in die neue Rolle einer Ermittlerin bei dem Entführungsfall Matthew geschlüpft. Während Yellow Press und TV mit Volldruck auf die Tränenrüse nach dem fünfjährigen Matthew fahnden, stößt Frieda Klein auf die völlig unglaubliche Tatsache, dass ihr Patient Dekker bereits von dem Kind geträumt hat, bevor es verschwunden ist. Aber Dekker kann mit der Entführung nichts zu tun haben. Wohl aber erweisen seine Träume und Ahnungen sich als Spur zu dem Kind.

Die verantwortungsbewusste Frieda lässt sich auf die Suche ein. Der Methodenwettbewerb zwischen Psychologie und Kriminalistik mit dem knurrig und konventionell ermittelnden Detective Inspector Karlsson steigert die Spannung noch. Zwar ist, wie meist im Leben, die Lösung des Falls nicht befriedigend. Das macht sie gerade plausibel. Nicci French plant mehr mit Frieda Klein: Sieben Romane sollen folgen. *Not bad.*



Nicci French: Blauer Montag
Aus dem Engl. von Birgit Moosmüller; C. Bertelsmann, München 2012; 480 S., 14,99 €

Die zehn besten Krimis im Februar 2012

- 1 (1) **Mike Nicol: Payback**
Aus dem Englischen von Mechthild Barth btb, 574 S., 9,99 €
Kapstadt/Luanda. Im Befreiungskampf waren Mace und Pylon Waffenhändler, jetzt, in der Demokratie, verdienen sie friedliches Geld. Bis ihnen alte Schulden präsentiert werden. Die Entführung von Mace' Tochter ist nur der Anfang. Erster Band der »Rache-Trilogie«. Unbarmherzig rauer Wind aus Südafrika. Gnadenlos gut.
- 2 (3) **Don Winslow: Zeit des Zorns**
Aus dem Englischen von Conny Lösch; Suhrkamp, 338 S., 14,95 €
Laguna Beach/Südkalifornien. Nach *Tage der Toten* nun die Komödie. Ben, Chon und Ophelia sind klug, reich und superentspannt. Ihr Dopegeschäft läuft, Orgasmen in Menge, Charity dazu. Bis das Drogenkartell in den Sunshine State drängt. Die drei schönen Wilden bekommen keine Chance, aber nutzen sie.
- 3 (4) **Carsten Stroud: Niceville**
Aus dem Englischen von Dirk van Gunsteren; Dumont 512 S., 19,99 €
Niceville im Süden der USA. 179 Menschen sind verschwunden. Drei Männer berauben die Bank. Chinesen wollen die Beute. Familienzwist schwelt seit Generationen. Ein Polizist und ein Indianer stemmen sich gegen einen Fluch. Souverän geschnittener, gelungener Mix aus Crime, Horror und Mystery.
- 4 (7) **Lee Child: Outlaw**
Aus dem Englischen von Wulf Bergner; Blanvalet, 448 S., 19,99 €
Hope/Despair, Colorado. Wer Jack Reacher nicht durchlässt, bekommt Ärger. So geht es den Leuten von Despair, gebeugt unter dem Dach eines frömmelnden Recycling-Barons. Ein starkes Buch: Handlung pur. An der US-Heimatfront des Irakkriegs. Bilder und Szenen, als wäre Kafka nach Despair gekommen.
- 5 (2) **Ulrich Ritzel: Schlangenkopf**
btb 448 S., 19,99 €
Berlin/Frankfurt. Ein Türke wird überrollt. Gemeint war der Bosnier, dessen Jacke er trägt. Im Kunstnebel von Geheimdiensten, Rüstungsgeschäften und Küngelei stochern Privatermittler Berndorf und Helfer nach Hintermännern. Cool. Politthriller vom Feinsten.
- 6 (4) **Nicci French: Blauer Montag**
Aus dem Englischen von Birgit Moosmüller; C. Bertelsmann, 480 S., 14,99 €
London. Ein Patient von Frieda Klein träumt von einem Jungen, der wenig später entführt wird. Sie verlässt ihre Praxis, um aufzuklären, was los ist. Im Methodenwettbewerb mit der Polizei wagt sich die Psychotherapeutin über die Schranken ihrer Disziplin. Intelligenter Plot, psychologisch plausibel.
- 7 (4) **Rob Alef: Kleine Biester**
Rotbuch 352 S., 14,95 €
Berlin-Kreuzberg. Anna verschwindet im Sand einer Buddelkiste. Kein Unfall: Sie wollte aufs schneeige Rosenhof-Gymnasium. Im Auslese-Krieg um Aufstiegschancen ist Kindermord letztes Mittel der Wahl. Subtil punzierte Satire auf mittelständischen Karriere-wahn; Hommage auf Kinder, die Kinder bleiben.
- 8 (5) **Matthias Wittekindt: Scheeschwestern**
Edition Nautilus 352 S., 18,- €
Fleurville/Benningstedt. Der Triebtäter will es nicht mehr. Aber es geschieht doch. Im Grenzwald zwischen D und F, im Winter. Eine Sechzehnjährige ist erschlagen, in Pubertätsstrubel und Geltungsdrang. Die Ermittler taumeln auf dem Grat zwischen Ahnungen und Kriminalistik. Bemerkenswertes Krimidebüt.
- 9 (4) **Wolfgang Schorlau: Die letzte Flucht**
Kiepenheuer & Witsch 358 S., 8,99 €
Stuttgart/Berlin. Professor Voss wird verdächtigt, ein Mädchen vergewaltigt und getötet zu haben. Ein Pharma-Manager wird entführt. Privatdetektiv Dengler ermittelt in der Hauptstadt und sticht ins raffigieriger Herz der Pharma-Industrie, während sein Sohn Stuttgart 21 bekämpft. Spannende Kolportage, solide Aufklärung.
- 10 (4) **Georg M. Oswald: Unter Feinden**
Piper 256 S., 19,99 €
München. Zwei Kommissare in der Klemme. Diller ist solide, Kessel Junkie. Kessel überfährt einen Dealer, Erpressung folgt. Diller will ihn und sich schützen im Trubel der Schutzmaßnahmen für die internationale Sicherheitskonferenz. Weit planende arabische Rächer gegen kleine deutsche Polizisten.

An jedem ersten Donnerstag des Monats geben 16 Literaturkritiker und Krimispezialisten aus Deutschland und Österreich die Kriminalromane bekannt, die ihnen am besten gefallen haben. Die KrimiZEIT-Bestenliste ist eine Kooperation der ZEIT mit dem NordwestRadio, einem gemeinsamen Programm von Radio Bremen und dem NDR

Die Jury:

Tobias Gohlis, Kolumnist der ZEIT, Sprecher der Jury | Volker Albers, »Hamburger Abendblatt« | Andreas Ammer, »Druckfrisch«, Df, BR | Fritz Göttler, »Süddeutsche Zeitung« | Michaela Grom, SWR | Lore Kleinert, Radio Bremen | Thomas Klingensmaier, »Stuttgarter Zeitung« | Kolja Mensing, »Tagesspiegel« | Ulrich Noller, Deutsche Welle, WDR | Jan Christian Schmidt, »Kaliber 38« | Margarete v. Schwarzkopf, NDR | Ingeborg Sperl, »Der Standard« | Sylvia Staude, »Frankfurter Rundschau« | Jochen Vogt, Elder Critic, NRZ, WAZ | Hendrik Werner, »Weser-Kurier« | Thomas Wörtche, »Plärrer«, »culturmag«, DRadioKultur

Gegen den Fatalismus

Es muss, muss, muss doch ein besseres Morgen geben: Amitai Etzioni plädiert für eine politische Weltgemeinschaft VON THOMAS MEYER

Noch fehlen die Begriffe, um die Umbrüche in der arabischen Welt oder die Verwerfungen der internationalen Finanzmärkte genauer zu fassen. In solchen Phasen, in denen das Geschehen nur beschrieben und allenfalls an den einzelnen Ereignissen entlang analysiert werden kann, ist der Rückgriff auf historische Parallelen häufig der einzige Ausweg hin zu einem ersten Verstehen. Von dem, was kommen wird, spricht daher mit guten Gründen im Moment niemand.

Zu jenen, die seit mehr als fünfzig Jahren dennoch versuchen, die Durchleuchtung der Gegenwart mit Blick auf eine mögliche neue Ordnung zu betreiben, gehört der bald 83-jährige Amitai Etzioni. Seit seiner 1959 vorgelegten, erst 1980 publizierten Dissertation über die Organisation und Struktur des Kibbutz ergründet er in Deutschland geborene Soziologie und Politikwissenschaftler, was Gemeinschaften und Gesellschaften zusammenhält und wie sie trotz aller Rückschläge zu einer idealen Ordnung finden können.

Als engagierter Kommunitarist setzt er ganz auf den Versprechenscharakter des Gedachten. Jedem Heute wird folglich jener Moment abgewonnen, der auf ein besseres Morgen verweist. Doch nicht blinder Eskapismus und naiver Humanismus sind die Motoren dieser Weltsicht, sondern ein Wirklichkeitssinn, der auf der genauen Wahrnehmung langfristiger Veränderungsprozesse beruht. Blickt man in die zahllosen Bücher, Artikel und Blogbeiträge Etzionis, dann ist sofort erkennbar, wie der äußerst gut vernetzte Autor stets mit der genau rezipierten und verarbeiteten neuen Forschung und Literatur aufwarten kann. Selbst seine schwachen Texte sind schon aufgrund ihrer Literaturlisten unentbehrlich.

Was sich gelegentlich bei Etzioni wie eine soziologisch belehrte Geschichtsphilosophie liest, ist tatsächlich viel riskanter gedacht. Denn auch im neuen, im Original bereits 2004 erschienenen Buch *Vom Empire zur Gemeinschaft* sind die Thesen zu einem sich vermeintlich abzeichnenden, auf normativen Synthesen beruhenden Weltstaat nicht ohne tagespolitische Bemerkungen. Es verwundert daher nicht, wenn die Kommentare zu Etzionis Schriften von »überflüssig« bis hin zu »grundlegend« und »klassisch« reichen. Auch das neue Buch wird dieses Spektrum in der Rezeption erreichen, das ist leicht vorherzusagen.

Dass es mit desinteressiertem Schulterzucken beiseite gelegt werden könnte, dürfte dem neuen »Vorwort« geschuldet sein, das sich allzu leichtfüßig mit den globalen Prozessen der vergangenen sieben Jahren auseinandersetzt und ein bisschen viel Stolz auf die eigene Prognosekraft verbreitet. Auch im Folgenden muss man sich durch zahlreiche Passagen lesen, in denen sich Statistisches, dessen Analyse und der Blick nach vorn im Lichte des Jahres 2011 allenfalls noch merkwürdig ausnehmen. Es sind vor allem die Generalisierungen über die Rolle der USA in der Weltpolitik, die Gegenüberstellung von westlichen und östlichen Wertvorstellungen, die von Etzioni

dann als kompatible Größen betrachtet werden, welche nachträglich nur schwer erkennen lassen, warum für ihre Ausformulierung ein solcher Aufwand betrieben wurde. Anderes klingt wiederum allzu glatt, auch weil das Vertrauen in die Schwere des behandelten Stoffes und das Drängen auf Veränderung der in den Blick genommenen Themen auf Kosten einer genauen Terminologie geht. Sätze wie »Die Welt benötigt vor allem ein höheres Sicherheitsniveau« sind unabhängig von ihrer vollständigen Richtigkeit ebenso vollkommen überflüssig.

Doch durch diese Dürren muss man sich durchbeißen, will man nicht all die Passagen verpassen, die auch dieses Buch Etzionis als »grundlegend« erscheinen lassen. Denn anders als den früheren Deutungskonkurrenten, die als »liberal« bezeichnet wurden, gibt Etzioni nun dem kommunitaristischen Lager neuen Antrieb. Angestoßen von dem Willen, dem trüben, ständig im Absinken begriffenen Schicksal der »Weltgemeinschaft« neues Leben einzuhauchen, buchstabiert er die notwendigen praktischen und institutionellen Grundlagen einer künftigen Weltgemeinschaft.

Er geht von der allzu realistischen Einsicht aus, dass die bisherigen Formen und Foren internationaler Kooperation an ihren eigenen Systemfehlern scheiterten, und will sodann die alten Prinzipien menschlicher Zusammengehörigkeitsgefühle in Ämter und Behörden überführen. Der Weg dorthin kann für ihn zunächst nur in der Einigung auf die Vermeidung fundamentaler Vergehen beruhen: Der Kampf gegen den großen Terror oder die Vernichtung von Bevölkerungsgruppen etwa sollten unbedingten Vorrang haben. Das Machbare, das, worauf man sich scheinbar sofort einigen könnte, muss die Agenda der künftigen Gemeinschaft bestimmen. Erst das Schwere und Große, dann die Details. Ein Elder Statesman der Wissenschaften darf so sprechen. Anders als der von Hegel her überdeterminierte homogene »Weltstaat« des Philosophen und französischen Regierungsberaters Alexandre Kojève, soll Etzionis Projekt möglichst nicht nach dem »Ende der Geschichte« seinen Dienst antreten, sondern möglichst vorgestern.

Das alles bleibt noch dramatisch unscharf, ist leicht mit dem Blick auf die Tagesaktualitäten aus den Angeln zu heben und lässt sich nicht mit zahllosen Verweisen auf Studien und dickleibigen Büchern der amerikanischen University Presses, die Etzioni sowieso besser als die meisten kennt, glaubhaft verteidigen. Gleichwohl erinnert sein Buch daran, dass Ideen die Welt bewegen und jeder unterschlagene konstruktive Gedanke, der sich mit Hoffnung verbindet, nur all denen leichtfertig recht gibt, die die großgeschriebene Politik als das wütende Gesetz der Erde sehen – gegen das keine Vernunft je ankommen wird. Insofern lässt sich mit Etzionis Buch zwar keine Weltgemeinschaft denken, falls das überhaupt wünschenswert ist, aber eine intellektuell wirksame Impfung gegen Fatalismus ist es in diesen Tagen gewiss.



Amitai Etzioni: Vom Empire zur Gemeinschaft
Ein neuer Entwurf der Internationalen Beziehungen. A. d. Englischen von Karin Wördemann; Fischer Verlag, Frankfurt a. Main 2011; 362 S., 22,95 €

Der Mensch als Maschine

An seinem 200. Geburtstag lässt sich Charles Dickens in glanzvoller Übersetzung neu entdecken: Als Avantgardist vom Schlage Kafkas

VON URSULA MÄRZ

Charles Dickens war – sein Leben lang – über die Maßen fleißig, diszipliniert und zielbewusst. Er war das Kind einer Gesellschaft, die verspricht, ebendiese Eigenschaften mit sozialem Aufstieg zu belohnen. In seinem Leben erfüllte sich der bürgerliche Aufstiegsraum aufs Schönste. In seinem Werk malte er auch die abtraumhaften Seiten des rationalistischen Welt- und Menschenbildes aus, dessen historische Durchsetzung seine Biografie begleitete.

Im Mai 1827, Dickens ist gerade einmal 15 Jahre alt, tritt er als Gehilfe in eine Londoner Anwaltskanzlei ein. Im Winter darauf wechselt er in eine andere Kanzlei und trifft wiederum ein paar Monate später die Entscheidung gegen eine juristische Laufbahn. Er will und wird schreiben und arbeitet zunächst, für den Anwaltslehrling naheliegend, als Gerichtsreporter. Er ist nun 17 Jahre alt. In Hans-Dieter Gelferts Dickens-Biografie findet sich zu dieser Berufsetappe des jungen Mannes ein Absatz, dessen Erstaunlichkeit sich erst dem zweiten Blick erschließt: »Irgendwann im Jahr 1829 tat er (Dickens) sich mit Thomas Charlton, einem anderen Gerichtsreporter, zusammen und betrieb mit ihm gemeinsam ein Büro, das Reportagen der Prozesse am Gerichtshof Doctor's Commons an die Presse lieferte.« So ließ sich auch ein Kreuzberger Textkollektiv oder eine Internet-Agentur in Berlin-Mitte unserer Gegenwart beschreiben.

Dass die weltliterarische Bedeutung Charles Dickens' unterschätzt würde, kann man wahrhaft nicht behaupten. Er gilt als der berühmteste englische Schriftsteller des 19. Jahrhunderts, sein Nachruhm ist in vorzüglichen Editionen beheimatet und wird beglänzt von biografischer wie soziologischer Forschungsarbeit der liebevollsten und akribischsten Art. Und doch wird Charles Dickens in einer Hinsicht vielleicht unterschätzt: in seiner Modernität. In seiner Statur als Avantgardist. Für sein Heimatland dürfte dies weniger gelten als für unsere Breitengrade, wo der Name Dickens bis heute eine Assoziationskette auslöst, die von Titeln wie *Oliver Twist*, *David Copperfield* oder *Weihnachtserzählungen* zu der vagen Vorstellung führt, es handle sich hierbei um Romane von beschaulicher Munterkeit und jugendliteraturhafter Abenteuerlichkeit.

Tatsächlich ist das Werk Dickens' ohne seine zahlreichen jugendlichen Helden, ohne all seine Waisenkinder, die das Leben als pikareske Achterbahnfahrt durch Armut und Schuferei, Entbehrung und Hoffnung kennenlernen, überhaupt nicht vorstellbar. Ebenso wenig aber ohne die

Dramaturgie des Schocks, ohne die Ästhetik des Unheimlichen, die ihre Fühler weit in die Zukunft streckt und das Surreale wie das Absurde berührt, ohne das Bewusstsein für die Störung des neuen Zeitempfindens, die nervöse Asymmetrie zwischen technischer Beschleunigung und somnambuler Verzögerung. Kurzum: ohne das Repertoire der literarischen Moderne, das Charles Dickens' genialische Größe und ihn selbst als transatlantischen Geistesgefährten von Edgar Allan Poe und Vorfahren von Franz Kafka kennzeichnet.

Diese Modernität indes betrifft nicht nur das Werk. Sie betrifft auch dessen energische Vermarktung durch den Autor. Charles Dickens, der sich in Verlagsverhandlungen, bei Honorarforderungen und der Multivertwertung seiner Texte als knallharter Business- und Selfmademan erwies, der bei allem, was er unternahm, den Faktor Geld beziehungsweise den möglichen Erwerb von Immobilien scharf im Auge hatte, beherrschte das operative Geschäft des literarischen Erfolges wie keiner vor und – dies ist das wahrhaft Erstaunliche – auch keiner nach ihm. Allein das Pensum seiner Lesetouren irritiert unsere Annahme, vor 150 Jahren sei der Literaturbetrieb Europas so grundlegend anders gewesen, dass sich kaum Vergleiche mit der Gegenwart ziehen ließen. Mitnichten. Dickens' öffentliche Präsenz nimmt sich nicht geringer aus als die Daniel Kehlmanns zu Zeiten der Veröffentlichung seines Bestsellers *Die Vermessung der Welt*. Allein in den ersten Monaten des

Jahres 1867 trat Dickens bei 42 Lesungen in England und Irland auf. Im Herbst schiffte er sich nach Amerika ein, um dort eine Serie von 75 Lesungen zu absolvieren. Im Herbst darauf startete er eine Abschiedstour mit 72 Lesungen, der 1870, seinem Todesjahr, eine allerletzte Auftrettsreihe von elf Lesungen folgte.

Das Streben nach oben – dies ist das Hauptmotiv im Leben des Schriftstellers Charles Dickens. Und es ist das Hauptmotiv seines autobiografisch gefärbten Werks. Für den Autor wie für seine jungen Helden aber gilt: Der eisernen Willen, es im Fahrstuhl der Gesellschaft auf die Penthouse-Ebene zu schaffen, steht vor allem jenen zur Verfügung, die einmal oder von Beginn an ganz weit unten waren. Das war Dickens. Denn bevor er als 15-Jähriger in der Anwaltskanzlei zu dienen begann, geriet er in den Tunnel einer Arbeitsform, dessen Licht am Ausgang ein Kind nicht sehen kann. Es ist das Erniedrigungstrauma im Leben von Charles Dickens, in vielen



Charles Dickens (1812 bis 1870) im Kreis seiner Töchter

Varia- beispie- lweise in *David Copperfield*, literarisch bearbeitet: Dickens' Vater, unfähig zu vernünftigem Haushalten, wurde 1822 als Schulgefängener in Haft, sein zwölfjähriger Sohn daraufhin aus dem Schulunterricht genommen, um in einer Schuhwischfabrik zu arbeiten und so zur Ernährung der Familie beizutragen. Es muss für Dickens eine Erfahrung vollkommener Vernichtung jedweder Lebenshoffnung und Lebensaussicht gewesen sein. Eine Erfahrung, die sein Ich so mörderisch zu erdrücken drohte, wie sie es dauerhaft prägte. Die Arithmetik des Erfolgs, die Dickens sich mit märchenhafter Sicherheit aneignete, hat in diesem gespenstischen Nullpunkt seiner Kindheit ihren Ursprung.

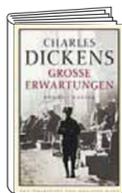
Kaum ein Roman ist besser geeignet, dem heutigen Leser die literarische und soziobiografische Modernität Charles Dickens' zu veranschaulichen wie *Große Erwartungen*. Dass gerade dieser Roman zum 200. Geburtstag des englischen Giganten in der glanzvollen Neuübersetzung von Melanie Walz im Deutschen erschien, ist ein Glücksfall. Es ist Dickens' künstlerisch anspruchsvollster und komplexester Roman, den er verfasste und, zunächst als Fortsetzungsgeschichte in einer selbst gegründeten Zeitschrift vom Dezember 1860 bis zum August 1861, veröffentlichte, als ihm bei seinen Amerikareisen schon am Hafen jubelnde Leserscharen entgegenliefen, als Wohlstand, Prestige und Ruhm sein Leben gefestigt, seinen Gentlemanstatus geformt hatten.

Als Gentleman leben – das ist das Glück, das auch dem kleinen Pip gegen alle Wahrscheinlichkeit in *Große Erwartungen* winkt. Dem englischen Volksmund ist der Name Pip bis heute als typologische Metapher geläufig. Die Geschichte des Vollwaisen Philip Pirrip umfasst die Zeit von 1812 (Dickens' Geburtsjahr also) bis 1840. Pip lebt zunächst im öden, vernebelten Marschland der Themse-Mündung, als erlernes Kind ist er bei seiner dragonenhaften älteren Schwester und ihrem Mann, einem schlichten, herzenguten Dorfschmied, untergekommen. Schon in der Ausgangsepisode dieses Bildungsromans deutet sich dessen Gattungsbearbeitung mit Elementen der Gothic Novel und Motiven des Psychothrillers an: Auf dem Friedhof begegnet Pip eines

Nachts dem geflohenen Zuchthäusler Magwitch. Dieser zwingt Pip, ihm eine Feile zu besorgen und ihn von seinen Fußketten zu befreien. Fast 500 Seiten später, von Pip wie vom Leser nahezu vergessen, taucht dieser Magwitch plötzlich wieder auf; ein Untoter, ein zombiehafter Demirg, der nun den Gang, vor allem aber den Sinn der Erzählung an sich reißt, parodiert, ja pervertiert. Denn bis zu diesem Zeitpunkt vollzieht sich die Geschichte als Märchen, als Pips wundersame Errettung aus den elenden Verhältnissen. Ein anonym Wohlthäter finanziert seine juristische Ausbildung in London, ermöglicht ihm finanziell ein vollkommen neues Leben im Bürgermilieu. Das Waisenkind streift seine erbärmliche Herkunft, vor allem durch den Schicksal mitgegebene Identität ab. Dann der Schock: Kein anderer als Magwitch, der von der Polizei gesuchte, ruchlose Verbrecher, ist Pips unbekannter Ziehvater. Mit kalter Strategie formte Magwitch aus dem Hintergrund des Romans das Waisenkind zum Gentleman. Pips sozialer Aufstieg vollzog sich in einer Art Frankenstein-szenario. Seine neue Identität verdankt sich ideell einem Teufelsplan, materiell der Diebesbeute von Magwitch.

Der Moment, in dem Pip all dies erkennt, in dem das Märchen in die Gespenstergeschichte kippt, ist einer der großen kathartischen Momente der Weltliteratur. Aktuell, wie gestern geschrieben. Atemverschlagent vor Spannung, Aufschlussreich wie die *Dialektik der Aufklärung* selbst. Natürlich kommen auch in diesem Roman die Dickenssche Komik und seine satirischen Talente auf ihre Kosten. Deutlicher aber als in anderen Romanen sind sie verschwägert mit der Poetik des Unheimlichen. Allein die exzentrische Miss Havisham, die Pip zunächst für seine Gönnerin hält: Sie lebt im Museum, besser gesagt, im Totenreich ihrer eigenen Vergangenheit. Seit ihr Bräutigam sie vor Jahrzehnten am Hochzeitstag verließ, hat Miss Havisham vom Essbesteck bis zum mottenzerfressenen Hochzeitskleid nichts verändert, nie mehr das Haus verlassen. Auch sie: eine Zombiegestalt. Um Rache an der Männerwelt zu nehmen, zieht sie sich die hübsche Pflegerochter Estella als Verführmaschinerie heran, wie Magwitch sich den Gentleman Pip fabriziert.

Charles Dickens erkannte seine Zeit so klar und durchdringend, wie man die eigene Gegenwart nur erkennen kann. Er brachte Themen zur Sprache, die durch die zweite Hälfte des 19. Jahrhunderts, den endgültigen Umbruch zum säkularisierten, industrialisierten Zeitalter, rumorteten: das Horrorpotenzial mobiler Identität und die Annäherung des menschlichen Wesens an das Wesen der Maschine.



Charles Dickens: Große Erwartungen Herausgegeben und aus dem Englischen neu übersetzt von Melanie Walz; Hanser Verlag, München 2011; 832 S., 34,90 €

Mitten aus dem Leben

Hans-Dieter Gelfert erschließt die Welt und das Werk Charles Dickens'

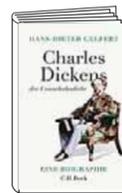
Man darf sich Charles Dickens als einen Mann von ruheloser Unternehmungslust, starker Entscheidungskraft und stürmischem Temperament vorstellen. Kurz vor dem Bruch ihrer Ehe kam es zwischen Charles und Catherine Dickens im Oktober 1857 in London zu einem so heftigen Streit, »dass Dickens wutschnaubend das Haus um zwei Uhr morgens verließ und die 30 Meilen bis zu seinem Landsitz Gad's Hill zu Fuß zurücklegte«, schreibt Hans-Dieter Gelfert in seiner Biografie.

Charles Dickens, Vater von zehn Kindern, Herausgeber zahlreicher Zeitschriften, Mittelpunkt eines weiten Freundes- und Bekanntkreises, führte kein stilles, weltabgewandtes Poetenleben. Er stand mit der Welt in regem Austausch. Der neben Shakespeare bekannteste britische Autor der Weltliteratur besaß schon als junger Mann den Status einer öffentlichen Person. Charles Dickens war nach heutiger Begrifflichkeit ein echter Promi-Schriftsteller.

So jemand ist ergiebig für die Sekundärliteratur. Sie füllt im Falle Dickens eine Bibliothek. Die erste von 200 Biografien erschien noch zu seinen Lebzeiten. Es gibt Bücher über *Dickens und das Geld*, *Dickens' Interesse am Mesmerismus*, *Dickens und Amerika*, *Dickens und die Frauen*, *Dickens und die Welt des Kinos* ... Und nicht das geringste Verdienst des bekannten Anglisten Hans-Dieter Gelfert besteht darin, durch den Dschungel der Forschung einen Weg zu eröffnen, der für Dickens-Anfänger wie für Dickens-Spezialisten gleichermaßen interessant ist. Gelfert wird nicht vom Ehrgeiz getrieben, seine Vorgänger zu überflügeln, zumal nicht Michael Slater, dessen als Standardwerk geltende, im Jahr 2009 in England erschienene Biografie *Charles Dickens. A Life Defined by Writing* noch das kleinste Detail aus Leben und Werk aufspürt. Das eine mit dem anderen leitmotivisch zu verschränken, die biografische Erzählung und die philologische Interpretation gleichberechtigt zu gewichten, ist Hans-Dieter Gelfert hervorragend

gelingen. Jedem der großen Romane Charles Dickens' ist ein eigenes, in die Chronologie eingegliedertes Kapitel gewidmet. Das erweckt auf den ersten Blick den Eindruck einer etwas buchhalterischen Methode, liest sich aber schon deshalb flüssig und unterhaltsam, weil Hans-Dieter Gelfert das Gelebte und das Geschriebene in seiner Argumentation immer zugleich im Auge hat. So wirkt seine Beschreibung nie indiskret, auch dann nicht, wenn sie Dinge behandelt, vor deren Intimität Charles Dickens' viktorianische Zeitgenossen Augen und Ohren verschlossen.

Erst fünfzig Jahre nach Dickens' Tod wurde bekannt, dass er sich im Jahr 1857 von seiner Ehefrau ab- und mit aller Leidenschaft des Herzens einer mehr als zweieinhalb Jahrzehnte jüngeren Schauspielerin zuwandte. Die Liebe zu dieser Mädchenfrau war wohl auch der Grund für jenen Ehekrach, der Dickens' nächtlichen Gewaltmarsch auslöste. Welchen Charakter Dickens' Liaison mit der Schauspielerin besaß, ob sie sich aufs Platonische beschränkte, ließ die Nachwelt lange und detektivisch rätseln. Gelfert enthält sich des Urteils. Er verfolgt stattdessen eine Spur, die nicht unter die Bettdecke, sondern mitten in Charles Dickens' literarische Fantasie führt: zum Ideal kindlicher Unschuld und kindlicher Unberührtheit, das durch jede von Dickens' Jugendgeschichten durchschimmert. Hans-Dieter Gelfert starrt nicht durchs Schlüsselloch. Er erschließt dem Leser die Welt Charles Dickens' – auf 350 konzentrierten, anschaulich geschriebenen Buchseiten. Wer Dickens nicht kennt, kann mit diesem Buch bestens beginnen, ihn kennenzulernen. U.M



Hans-Dieter Gelfert: Charles Dickens. Der Unnachahmliche Eine Biografie. C. H. Beck Verlag, München 2011; 375 S., 29,95 €

DIE ZEIT

Gründungsverlag 1946–1995:
Gerd Bucerius +
Herausgeber:
Dr. Marion Grafín Dönhoff (1909–2002)
Helmut Schmidt
Dr. Josef Joffe

Chefredakteur:
Giovanni di Lorenzo
Stellvertretende Chefredakteure:
Moritz Müller-Wirth
Bernard Ulrich
Chef vom Dienst:
Insi Mainka (verantwortlich), Mark Spörrelle

Textchefin: Anna von Münchhausen (Leserbriefe)

Internationaler Korrespondent: Matthias Naß

Titelgeschichten: Hanns-Bruno Kammertöns (Koordination)

Redakteur für besondere Aufgaben: Patrik Schwarz

Politik: Bernd Ulrich (verantwortlich),
Dr. Jochen Bittner, Andrea Böhm, Alice Bota,
Christian Denso, Frank Dreschner, Anna Kemper,
Ulrich Ladurner, Khuê Pham, Jan Roß (Außenpolitik),
Ozlem Topçu, Dr. Heinrich Wefing

Quisler: Sabine Rückert/Dr. Stefan Willeke (verantwortlich),
Anita Blasberg, Roland Kirbach, Kerstin Kohlenberg,
Tanja Stelzer, Henning Süßebach

Wochenschau: Ulrich Stock (verantwortlich),
Geschichte: Benedikt Erenz (verantwortlich), Christian Staas

Wirtschaft: Dr. Uwe J. Heuser (verantwortlich),
Thomas Fischermann (Koordination Weltwirtschaft),
Götz Hamann (Koordination Unternehmen), Kerstin Bund,
Marie-Luise Hauch-Fleck, Rüdiger Jungbluth, Dietmar H.
Lamparter, Günhild Lüge, Anna Marohn, Marcus Rohwetter,
Dr. Kolja Rudzio, Arne Storn, Christian Tenbrock

Wissen: Andreas Sentker (verantwortlich),
Dr. Harro Albrecht, Dr. Ulrich Bahnsen, Christoph Drösser
(Computer), Dr. Sabine Etzold, Stefan Schmidt,
Ulrich Schnabel, Dr. Hans Schuh-Tschan (Wissenschaft),
Martin Spiewak, Urs Willmann

Junge Leser: Dr. Susanne Gaschke (verantwortlich),
Burkhard Straßmann, Dr. Volker Ulrich

Feuilleton: Jens Jessen/Moritz Müller-Wirth (verantwortlich),
Thomas Assheuer, Peter Kümmel, Ijoma Mangold,
Katja Nicodemus, Iris Radisch (Literatur; verantwortlich),
Dr. Hanno Rauterberg, Dr. Adam Sobczynski (Koordination),
Claus Spahn, Dr. Elisabeth von Thadden (Politisches Buch)

Kulturreporter: Dr. Susanne Mayer (Sachbuch),
Dr. Christof Siemes

Glauben & Zweifel: Evelyn Finger (verantwortlich)

Reisen: Dorothee Stöberer (verantwortlich),
Michael Altmair, Stefanie Flamm

Chancen: Thomas Kerstan (verantwortlich),
Jeannette Otto, Arnfrid Schenk, Jan-Martin Wiarda

Die ZEIT der Leser: Dr. Wolfgang Lechner (verantwortlich)

ZEITmagazin: Christoph Amend (Chefredakteur),
Matthias Kalb (Stellv. Chefredakteur), Christine Meffert
(Textchefin), Jörg Burger, Wolfgang Büscher, Heike Fallert,
Ilka Piegras, Tillmann Prüfer (Styl Director),
Jürgen von Rutenberg, Matthias Stolz

Art-Direktion: Katja Kollmann

Gestaltung: Nina Bengtson, Jasmin Müller-Stoy

Fotoredaktion: Michael Biedowicz (verantwortlich)

Redaktion ZEITmagazin:
Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin,
Tel.: 030/59 00 48-7, Fax: 030/59 00 00 39,
E-Mail: zeitmagazin@zeit.de

Die ZEIT-App:
Redaktionsleitung: Dr. Christof Siemes,
Jürgen von Rutenberg (ZEITmagazin)

Autoren: Dr. Theo Sommer (Editor-at-Large), Stefan Aust,
Wolfgang Bauer, Dr. Dieter Buhl, Ulrich Greiner,
Bartholomäus Grill, Dr. Thomas Groß, Nina Grunenberg,
Klaus Harpprecht, Wilfried Herz, Jutta Hoffritz,
Dr. Gunter Hofmann, Gerhard Jörder, Dr. Petra Kipphoff,
Erwin Koch, Tomas Niederberg, Dr. Werner A. Pergen

Pariser Redaktion: Gero von Randow,
39, rue Cambonne, 75015 Paris, Tel.: 0033-972 23 81 95,
E-Mail: gero.von.randow@zeit.de

Mitteost-Redaktion: Michael Thumann,
Posta kutusu 2, Arnavutköy 34345, Istanbul,
E-Mail: michael.thumann@zeit.de

Washingtoner Redaktion: Martin Klingst, 940 National
Press Building, Washington, D. C. 20045,
E-Mail: martin.klingst@zeit.de

Christian Schmidt-Häuer: Jana Simon,
Burkhard Straßmann, Dr. Volker Ulrich

Berater der Art-Direktion: Mirko Borsche

Art-Direktion: Haika Hinz (verantwortlich),
Klaus-D. Sieling (i. V.); Dietmar Dänecke (Belegten)

Gestaltung: Mirko Bosse, Martin Burgdorf,
Mechthild Fortmann, Sina Giesecke, Katrin Guddat,
Philipp Schultz, Delia Wilms

Infografik: Gisela Breuer, Anne Gerdes, Wolfgang Sischke

Bildredaktion: Ellen Dietrich (verantwortlich),
Florian Fritzsche, Justa Schein, Gabriele Vorwerk

Dokumentation: Mirjam Zimmer (verantwortlich),
Davina Domanski, Michael Jobst, Melanie Moening,
Dorothee Schöndorf, Dr. Kerstin Wilhelm

Korrektur: Mechthild Warmber (verantwortlich)

Hauptstadredaktion: Marc Brost (Wirtschaftspolitik)/
Matthias Geis (Politik), gemeinsam verantwortlich;
Peter Dausend, Christoph Dieckmann, Jörg Lau,
Mariam Lau, Petra Pinzler, Dagmar Rosenfeld, Dr. Thomas
E. Schmidt (Kulturkorrespondent), Dr. Fritz Vorholz

Reporter: Tina Hildebrandt, Elisabeth Niejahr
Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin,
Tel.: 030/59 00 48-0, Fax: 030/59 00 00 40

Frankfurter Redaktion: Mark Schieritz (Finanzmarkt),
Eschersheimer Landstr. 50, 60322 Frankfurt a. M.,
Tel.: 069/24 24 49 62, Fax: 069/24 24 49 63,
E-Mail: mark.schieritz@zeit.de

Dresdner Redaktion: Stefan Schirmer,
Ostra-Allee 18, 01067 Dresden, Tel.: 0351/48 64 24 05,
E-Mail: stefan.schirmer@zeit.de

Europa-Redaktion: Matthias Krupa, Residence Palace,
Rue de la Loi 155, 1040 Brüssel, Tel.: 0032-2/230 30 82,
Fax: 0032-2/230 64 98, E-Mail: matthias.krupa@zeit.de

Pariser Redaktion: Gero von Randow,
39, rue Cambonne, 75015 Paris, Tel.: 0033-972 23 81 95,
E-Mail: gero.von.randow@zeit.de

Mitteost-Redaktion: Michael Thumann,
Posta kutusu 2, Arnavutköy 34345, Istanbul,
E-Mail: michael.thumann@zeit.de

Washingtoner Redaktion: Martin Klingst, 940 National
Press Building, Washington, D. C. 20045,
E-Mail: martin.klingst@zeit.de

New Yorker Redaktion: Heike Buchter, 11, Broadway,
Suite 851, 10004 New York, Tel.: 001-212/269 34 38,
E-Mail: hbuchter@newyorkergermanpress.com

Moskauer Redaktion: Johannes Voswinkel,
Rednizkaja Perejaslawskaja 14, Kw. 19, 129110 Moskau,
Tel.: 007-495/680 03 85, Fax: 007-495/17 90 17 90

Österreich-Seiten: Joachim Riedl, Alserstraße 26/6a,
A-1090 Wien, Tel.: 0043-664/426 93 79,
E-Mail: joachim.riedl@zeit.de

Schweiz-Seiten: Peer Teuwsen, Kronengasse 10,
CH-5400 Baden, Tel.: 0041-562 104 950,
E-Mail: peer.teuwsen@zeit.de

Weitere Auslandskorrespondenten:
Georg Blume, Neu-Delhi, Tel.: 0091-96-50 80 66 77,
E-Mail: blumegorg@yahoo.de

Angela Köckritz, Peking,
E-Mail: angela.koecckritz@zeit.de

Gisela Dachs, Tel Aviv, Fax: 00972-3/525 03 49;
Dr. John F. Jungclaussen, London,
Tel.: 0044-2073/54 47 00, E-Mail: john.f.jungclaussen@zeit.de

Reiner Luyken, Achtilbue bei Ullapool,
Tel.: 0044-7802/50 04 97, E-Mail: reiner.luyken@zeit.de

Birgit Schönau, Rom, Tel.: 0039-339-229 60 79

ZEIT Online GmbH:
Chefredaktion: Wolfgang Blau (Chefredakteur), Domenika
Ahrichs (Stellv. Chefredakteurin), Karsten Polke-Majewski
(Stellv. Chefredakteur), Christoph Dowe (Geschäftsf. Red.),
Fabian Mohr (Entwicklung, Multimedia-Format, Video);
Textchefin: Meike Dülffer; Chef-/in vom Dienst: Christian
Bangel, Kirsten Haake, Alexander Schwabe; Nachrichten:
Karin Geil, Tilman Steffen, Till Schwarz, Zacharias
Zacharakis; Politik, Meinung, Gesellschaft: Markus Horeld
(Leitung), Lisa Caspari, Ludwig Greven, Carsten Luther,
Steffen Richter, Parvin Sadigh, Michael Schlieben, Katharina
Schuler; Wirtschaft, Karriere, Auto: Marcus Gatzke (Leitung),
Matthias Breiting, Alexandra Endres, Philip Faigle, Tina Groll;
Kultur, Lebensart, Reisen: Jessica Braun (Leitung), Maria
Exner, David Huggendick, Wenke Husmann, Anette Schwitzer,
Evelyn Runge, Carolin Ströbele, Rabea Weiser;

Digital, Wissen, Studium: Dagny Lüdemann (Leitung), Patrick
Beuth, Kai Biermann, Meike Fries, Sven Stockmann;
Sport: Steffen Dobbert (verantwortl.), Dr. Christian Spillier;
Video: René Dettmann, Adrian Pohr; Community: Sebastian
Horn, Franziska Kelch; E-Mail: community@zeit.de

Bildredaktion, Grafik und Layout: Tibor Bogun (Leitung),
Paul Bickie, Anne Fritsch, Nele Heitmeyer, Sonja Mohr,
Martina Schories; Entwicklung/redaktion: Sascha Venohr

Geschäftsführer: Dr. Rainer Esser, Christian Röpke

Verlag und Redaktion:
Zeiterverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
Buceriusstraße, Engelse Sporsort 1, 20095 Hamburg
Telefon: 040/32 80-0 Fax: 040/32 71 11

E-Mail: DieZeit@zeit.de

ZEIT Online GmbH: www.zeit.de

© Zeiterverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Hamburg

Geschäftsführer:
Dr. Rainer Esser

Vertriebsleitung: Stefanie Hauer

Verlag: Jürgen Jacobs

Marketing: Nils von der Kall

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit: Silvie Ründel

Herstellung/Schlussgrafik: Wolfgang Wagener
(verantwortlich), Reinhard Bardoux, Helga Ernst,
Nicole Hausmann, Oliver Nagel, Hartmut Netzel,
Frank Sieminski, Pascal Struckmann, Birgit Vester, Lisa Wolk;
Bildbearbeitung: Anke Brinks, Hanno Hamacher,
Martin Hinz

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH,
Kurfürstendamm 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf

Axel Springer AG, Kornkamp 11, 22926 Ahrensburg
Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder
übernimmt der Verlag keine Haftung.

Anzeigen: DIE ZEIT, Matthias Weidling
Empfehlungsanzeigen: iq media marketing,
Axel Kuhlmann

Anzeigenstruktur: Helmut Michaelis

Anzeigen: Preisliste Nr. 57 vom 1. Januar 2012

Magazine und Neue Geschäftsfelder: Sandra Krefl

Projektreisen: Christopher Alexander

Bankverbindungen:
Commerzbank Stuttgart, Konto-Nr. 525 52 52,
BLZ 600 400 71; Postbank Hamburg,
Konto-Nr. 129 00 02 07, BLZ 200 100 120

Börsenpflichtblatt:
An allen acht deutschen Wertpapierbörsen

ZEIT-LESERSERVICE

Leserbriefe
Zeiterverlag Gerd Bucerius GmbH &
Co. KG, 20079 Hamburg.
Fax: 040/32 80-404;
E-Mail: leserbrieftext@zeit.de

Artikelaufträge aus dem Archiv
(inkl. ZEIT Campus):
Lieferung frei Haus;
Digitales Abo € 2,99 pro Ausgabe;
Digitales Abo für ZEIT-Abonnenten
€ 0,40 pro Ausgabe

Abonnement
Jahresabonnement € 187,20;
Für Studenten € 119,60
inkl. ZEIT Campus;
Lieferung frei Haus;
Digitales Abo € 2,99 pro Ausgabe;
Digitales Abo für ZEIT-Abonnenten
€ 0,40 pro Ausgabe

Schriftlicher Bestellservice:
DIE ZEIT, 20080 Hamburg
Abonnementenservice:
Telefon: 0180 525 29 09*
Fax: 0180 525 29 08*
E-Mail: abo@zeit.de

* 0,14 €/Min. aus dem deutschen
Festnetz, max. 0,42 €/Min. aus dem
deutschen Mobilfunknetz

**Abonnement für Österreich, Schweiz und
restliches Ausland**
DIE ZEIT Leserservice
20080 Hamburg
Deutschland
Telefon: +49-1805-861 00 09
Fax: +49-1805-25 29 08
E-Mail: abo@zeit.de

Abonnement Kanada
Anschrit's German Canadian News
25-29 Coldwater Road Toronto,
Ontario, M3B 1Y8
Telefon: 001-416/391 41 92
Fax: 001-416/391 41 94
E-Mail: info@gcnnews.ca

Abonnement USA
DIE ZEIT (USPS No. 0014259)
is published weekly by Zeiterverlag.
Subscription price for the USA
is \$ 270,00 per annum.

K.O.P.: German Language Pub.,
153 S Dean St., Englewood NJ
07631. Periodicals postage is paid
at Englewood NJ 07631 and
additional mailing offices.

Postmaster: Send address
changes to: DIE ZE

Wer braucht noch das Theater? Wir alle! Die Figuren des Welttheaters zeigen uns, wer wir sind, und sie zeigen uns, was wir sein könnten, wenn wir Mut hätten. Wir sollten sie nicht verspotten. Denn sie sind unsere fernsten Zeitgenossen. Nehmen wir Shakespeares Hamlet und Molières Menschenfeind: In der Wirklichkeit hielten wir den Mut und den Zorn dieser Männer nicht aus. Aber auf der Bühne sind sie unsere hellsten Sterne. Wer sie ernst nimmt, der kann nicht weitermachen wie bisher

Ihr sollt euer Leben ändern!

Gedanken zu Molières »Menschenfeind«
und Shakespeares »Hamlet« VON BENJAMIN KORN

1 Ich weiß keinen andern Künstler, der über sein Reich so unumstritten herrscht wie Shakespeare. Die Liebhaber der Malerei mögen sich streiten, ob Velázquez, Vermeer oder Rembrandt, die Musiknarren, ob Mozart, Bach oder Beethoven der Größte seiner Zunft sei, unter Theaterleuten gibt es nur eine Antwort: Shakespeare. Er schrieb *Romeo und Julia*, *King Lear*, *Othello*, *Macbeth* und *Hamlet*. Er ist Meister in der Komödie und der Tragödie. Niemand kann ihm das Wasser reichen, schon gar nicht in Deutschland, in dem es nie einen wahren Komödiendichter gab (was uns verstört in die Abgründe der nationalen Seele blicken lässt).

Und zu diesem leuchtenden Superstar gab es einen tiefschwarzen Kontrast: die französische Tragödie, Corneille und Racine, mit ihren angeblich zeremoniösen und schwerfälligen Versen, denen von Lessing bis Schiller die »Natürlichkeit« der Shakespeareschen Diktion entgegeng gehalten wurde. Molière war ein kollaterales Opfer des Vergleichs zwischen der englischen und der französischen Dichtung durch den Shakespeare-Übersetzer Schlegel geworden, für den dieser ein Genie und Molière ein unbegabter Hanswurst und Possenreißer war, dem ein paar Schwänke, aber niemals ein gutes Lustspiel gelungen sei, sodass man die beiden Dichter nicht mehr in einem Atemzug nennen durfte. Seither gilt Molière in Deutschland als ein Stückeschreiber, der sich in der minderen Gattung des Lustspiels einen Namen gemacht hat und mit Stücken wie dem *Eingebildeten Kranken* das lachwütige Publikum amüsierte, aber im Pantheon der Künste, weit weg von Tschechow, Ibsen, Kleist und Beckett, auf einem Klappstuhl Platz nehmen muss.

Shakespeare blieb für die deutschen Klassiker konkurrenzlos, ein Fixstern. Neben ihm verblasste alles Bisherige, sogar das griechische Theater, das von ihm

revolutioniert worden war. Er hatte nicht nur die berühmten drei Einheiten gesprengt, sondern als Erster, lange vor Tschechow, die Grenze zwischen Tragödie und Komödie in den Stücken selbst aufgehoben (ein Beispiel: der Exkurs des Pfortners über Alkohol und Sex nach der Ermordung des Königs in *Macbeth*). Er wurde durch die klangvolle Übersetzung Schlegels mit der Zeit geradezu ein deutscher Dichter, Hamlet ging in den deutschen Zitatenschatz ein: »Sein oder nicht sein« – »Der Rest ist Schweigen«, ja, er inspirierte von Freiligrath (*Deutschland ist Hamlet*) bis Brecht die deutsche Dichtkunst.

Unter den Klassikern bewunderte Goethe Molières »Bretterkenntnis« und wies als Erster darauf hin, dass die großen Komödien Molières »ans Tragische grenzen«, allen voran der *Misanthrop*, eines seiner »liebsten Stücke in der Welt«. Molières Charakterkomödien sind Tragödien, in denen man lacht. Nicht anders als Shakespeare, der Machtgier, Eifersucht, Verrat, die finsternen menschlichen Triebkräfte, auf die Bühne bringt, behandelt Molière die menschlichen Schwächen, Geiz, Eitelkeit, religiöse Heuchelei. Die beiden durchleuchten mit Argusaugen und ohne Beschönigung die Triebfedern des menschlichen Handelns – aus ihren Stücken blickt uns die Maske des Theaters mit dem lachenden und dem weinenden Auge an.

Was bei Shakespeare der Überfluss an Gedanken und Wortreichtum, an barocken Bildfindungen, an ungeheurer Freiheit des Ausdrucks, das ist bei Molière der Verzicht auf alles Überflüssige. Ökonomie. Konstruktion. Eleganz. Man kann sagen, er ist in seiner Domäne ein nicht minder großer Künstler als Shakespeare auf der Gegenseite.

Beide sind gleichsam auf dem Mist ihrer grundverschiedenen Nationen gewachsen: Shakespeares Schreiben gleicht einem unwegsamen zerklüfteten englischen Garten, mit überraschenden Ausblicken und brutalen Klimawechseln, etwas Magisches und

Chaotisches scheint den unvorhersehbaren Wegen der menschlichen Seele zu folgen, der Boden unter den Füßen ist brüchig und von einem Lavastrom bedroht. Bei Molière sind die Stücke geometrisch konstruiert wie der Park von Versailles, die Natur ist vollständig beherrscht: ein Reflex auf die höfische Gesellschaft. Es gibt in seinen Stücken fast nichts zu streichen. Sie haben Gleichgewicht und Geometrie, es sind architektonische Meisterwerke. Aber man darf Klarheit nicht mit mangelnder Tiefe verwechseln. Auch klares Wasser kann sehr tief sein. Der metaphysische Gehalt des *Don Juan* ist schier unerschöpflich.

Warum also in Deutschland so viel Bewunderung für Shakespeare und so viel Verachtung für Molière (Reich-Ranicki sagte mir einmal, er könne nichts, aber auch gar nichts mit ihm anfangen)? Weil er Komödien schrieb statt Tragödien? Vergießt man beim Lachen weniger kostbare Tränen als beim Weinen? Ich befürchte, das Verdikt gegen das französische Theater ist weniger ein Qualitäts- als ein Mentalitätsurteil, und es sind gerade die Durchsichtigkeit, die Übersichtlichkeit, die rationale Durchführung der in der Exposition aufgeworfenen Probleme, die man der französischen Dichtung als Hang zur Oberfläche vorwirft und die mit dem wilden und geheimnisreichen Unterholz der Shakespeareschen Tragödien kontrastieren – was zu den Charakteristika, die man den Deutschen im Ausland anhängt, in schärfstem Widerspruch steht und uns den unvorhergesehenen Gedanken nahelegt, in Deutschland sei die Sympathie für das Chaotische und Unzählbare größer als die für das Klare und Ausgewogene. Wenn es aber so wäre, sind dann die viel gerühmte deutsche Ordnungsliebe, Genauigkeit und Pünktlichkeit nichts anderes als sekundäre Tugenden, eine Maske, ein nationaler Abwehrmechanismus, der nur dazu dient, einen verborgenen und unwi-

derstehlichen Hang zum Chaos, das zuweilen ausbricht und unvorhersehbare Überschwemmungen anrichtet, vor der eigenen Psyche zu verbergen?

2 Jüngst standen mir kurz vor dem Einschlafen Hamlet und der »Menschenfeind« Alceste vor Augen, und mir fiel wieder die erstaunliche geistige Verwandtschaft der beiden auf. Sie haben die Familienähnlichkeit von Brüdern, die sich in fast allem unterscheiden. Hamlet ist zerebral und kalt, Alceste emotional und siedend heiß. Das Seltsame: Der Tragödienheld ist witzig und der Komödienheld völlig humorlos. Beide sind von Wahrheitsliebe besessen. Beide verachten die sie umgebende Gesellschaft. Beide sind Spielverderber. Beiden ist Heuchelei ein Gräuel. In einer idealen Welt wären sie vorbildliche Bürger, in ihrer Welt leiden sie ohne Ende. »Denn was ich seh am Hof und in der Stadt, verletzt mein Aug und reizt mir meine Galle. Man schmeichelt, lästert, schmiedet Ränke, lügt, denkt nur an sich, begauert und betrügt. Mein Plan ist – denn ich kann's nicht mehr ertragen –, der ganzen Menschheit Fehde anzusagen«, klagt der überreizte Alceste und erklärt in Don-Quichotte-haftem Wahn dem ganzen Universum den Krieg. Auch Hamlet rückt die Begegnung mit dem Geist seines ermordeten Vaters in eine universelle Perspektive: »Die Zeit ist aus dem Leim, Fluch ihren Tücken, dass ich zur Welt kam, sie zurechtzurücken.« Der Alte hatte doch den Sohn zu simpler Blutrache aufgerufen und nicht zu einer messianischen Mission bestellt. Alceste und Hamlet fühlen sich als Advokaten von Recht und Wahrheit auf dieser Erde. Im Gegensatz zu Alceste, der sich trotzig dazu bekennt, verflucht Hamlet sein Geschick.

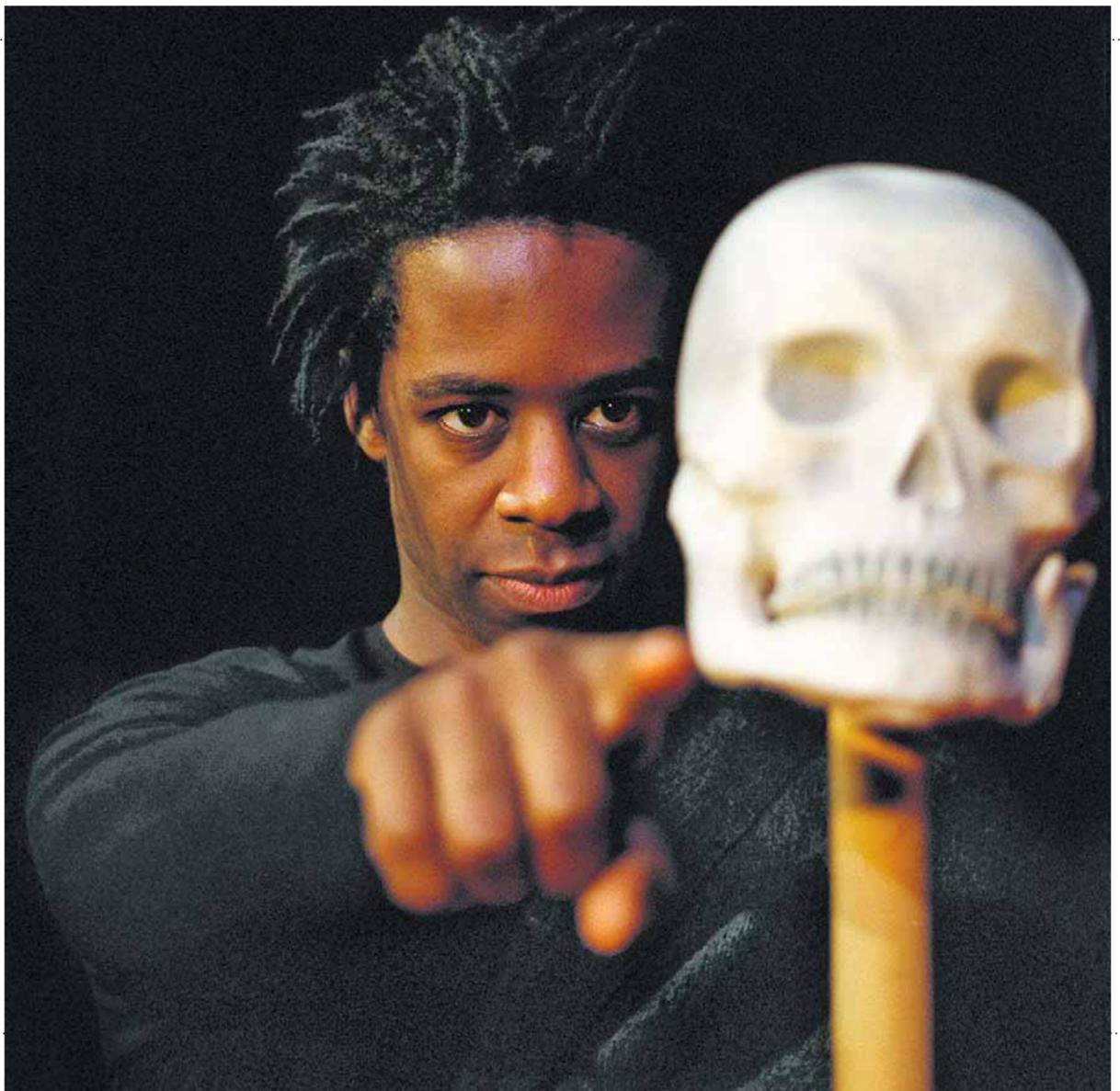
Denn Hamlet ist kein Rächer, sondern ein philosophischer Kopf, der in Wittenberg studiert. Rache und Vergeltung sind nicht seine Sache. Alles, was im Stück folgt, seine Verstellung, seine vorgespielte Verrücktheit, ist das Ergebnis dieser Überforderung, denn weit davon entfernt, eine kluge Strategie zu sein, macht sie den Mörder, seinen Onkel, der den Thron usurpiert, erst auf ihn aufmerksam. Hamlet darf nicht reden, aber kann nicht schweigen. Sein Herz fließt über. Die Begegnung mit dem Gespenst seines Vaters hat seinen Geist erschüttert, sein vorgetäuschter Wahnsinn ist nur halb gespielt, er jongliert mit ihm, um nicht wirklich verrückt zu werden. Ophelia, die ihn nicht wieder erkennt (»Himmliche Mächte, stellt ihn wiederher!«), erzählt, er sei mit »ganz aufgerissnem Wams, die Strümpfe auf den Knöcheln hängend, bleich wie sein Hamlet ist überfordert. Als Denker ist er grandios, als Rächer eine Null. Die einzig realistischen Möglichkeiten der Revanche: den Hof im Handstreich nehmen oder im Stillen die Rache vorbereiten, Gewalt oder Intrige – sind ihm unzugänglich. Es gibt keinen dritten Weg. Er verarscht die Höflinge Polonius und Osrick in unsterblichen Szenen, er sticht die verräterischen, vom Hof ferngelenkten Jugendfreunde Rosencrantz und Guildenstern aus, er treibt seine Gesprächspartner mit geistreichem Blödeln zur Verzweiflung, aber all das macht ihn nur verdächtig, weckt den Argwohn seines

Onkels, stürzt ihn ins Verderben. Er ist genialisch und macht alles falsch. (Noch am Schluss springt er, gerade einem Mordanschlag entronnen, tollkühn ins Grab der Ophelia und prügelt sich mit ihrem Bruder.) Doch was ihm von der heroischen Shakespeare-Kritik seit Jahrhunderten angekreidet wird: Er hat keinen Mordplan, hat nie einen gehabt. Er wird blindlings in eine tödliche Intrige hineingezogen, bei der er zuletzt den Spieß umdreht, weil er nicht mehr anders kann. Er ist in dieser Geschichte der Spielball.

Alceste ist noch verlorener; denn er verfügt nicht über die Waffe der Ironie, er ist naiv, völlig schutz- und waffenlos, ein zutiefst sensibler Mensch, der, weil er unverblümt sagt, was er denkt, mit Verleumdungs- und Beleidigungsprozessen eingedeckt wird – ein mächtiger Höfling, dessen schlechtes Gedicht er zerpfückte, verfolgt ihn mit unveröhnlichem Hass –, aber der vor allem, und das ist sein Untergang, in die schöne Célimène, das schlimmste Lästermal von Paris, verliebt ist. Diese Liebe richtet ihn zugrunde, Célimène belügt und betrügt ihn, aber die Lügnerin ist bezaubernd. Er ist seiner Leidenschaft rettungslos ausgeliefert, er kann ihr nicht widerstehen, er fühlt sich entleert, wenn sie nicht da ist, er lebt erst auf, wenn sie erscheint, und steht sie vor ihm, streiten sie sich ohne Ende. Das ist die bittere Komik des Stücks. Komisch für den Zuschauer, tragisch für Alceste. Es ist eine kuriose Situation, in die Molière seinen unglücklichen Helden schickt. Die Wahrheit hat sich gleichsam unsterblich in die Lüge verliebt: »Verwünscht, dass ich Sie lieben muss! – Ich leugn' es nicht, Madam, mit ganzer Kraft / Such ich mein Herz von dieser Leidenschaft, / die es so grausam peinigt, zu befreien ...« Zu guter Letzt trägt die Wahrheitsliebe den Sieg davon, aber um welchen Preis! Er verliert Célimène, er verliert seine Prozesse, und da es eine Komödie und keine Tragödie ist, bringt sich der ruinierte Alceste nicht um, sondern verlässt Paris und geht, wie er sagt, für immer »in die Wüste«.

3 Einer gegen alle! Die Konstellation ist nicht neu, es gab sie schon bei den Griechen, neu ist, dass Molière und Shakespeare für den untergehenden Einzelnen Partei ergreifen, denn anders als die Götter, die keine Kritik dulden, wird die Gesellschaft, die nun ins Zentrum der Stücke rückt, von ihnen als fehlerhaft und bössartig frontal attackiert. Schicksalhafte Konfrontation geht in Gesellschaftskritik über.

Wobei es ein Irrtum wäre, zu glauben, es handle sich um besonders korrupte Gesellschaften – es handelt sich um Gesellschaft schlechthin, um die Anpassungs- und Zermalmungsmaschine, in der die Individuen als gut geölte Rädchen Platz nehmen. Wer Karriere machen, wer es im Leben zu etwas bringen, ja wer gar an die Macht gelangen will, darf es mit den Idealen, mit den Prinzipien von Recht und Wahrheit nicht zu genau nehmen und kann auf krumme Wege oder Schleichpfade nicht ganz verzichten. Alceste: »Ich bin nun einmal von Natur kein Mann, der in der Luft des Hofes atmen kann. / Ein grader Sinn ist alles, was ich habe. / Wem das Talent zum Lügen nicht geschenkt / Um zum Verbergen dessen, was er denkt, / der halte sich vom Hofe lieber fern.« Und wenn in *Hamlet* ein Wächter



Shakespeare

(1564 – 1616) hat als Dramatiker alle Gattungsgrenzen gesprengt; er liebte das entfesselte Bühnenleben und schuf die Figur des Hamlet



Hamlet und Alceste, der Menschenfeind, in zwei zeitgenössischen Inszenierungen: Das linke Bild zeigt Adrian Lester als Hamlet in Peter Brooks' Regie am Pariser Théâtre des Bouffes du Nord; rechts sehen wir Lars Eidiger als Alceste und Judith Rosmair als Célémène an der Berliner Schaubühne in Ivo van Hoves' Regie

die Geistererscheinung mit den trockenen Worten kommentiert: »Es ist was faul im Staate Dänemark«, war für den Londoner Zuschauer etwas faul in England. Shakespeare musste, wie bekannt, in ferne Länder und zurückliegende Epochen ausweichen, um die Laster seiner Zeit kritisieren zu dürfen.

Nichts anderes ist, Shakespeare zufolge, die Aufgabe des Theaters, nämlich »der Zeit den Spiegel vorzuhalten«, wie es in der berühmtesten aller Theaterszenen heißt. Shakespeare hinterließ im *Hamlet* ein Manifest, das jeder Theatermensch sich immer noch hinter die Ohren schreiben kann. Denn einmal ergreift Hamlet die Initiative – freilich nicht als Rächer, sondern als Künstler, und zwar in der Szene mit den fahrenden Schauspielern, denen er Regieanweisungen und Tipps für ihr Spiel gibt und die Shakespeares Theatertheorie in wenigen starken Sätzen umreißt. Hamlet schreibt aus dem Handgelenk ein Theaterstück und entwirft den ersten quasispolizeilichen Ortstermin auf einer Bühne, indem er den Mord an seinem Vater in allen Details nachspielen lässt. Wieso eigentlich? Der Geist des Vaters hatte doch unzweideutig Rache gefordert. Hamlet ist ein skeptischer Mensch und glaubt nicht an Gespenster, er will Gewissheit. Er liquidiert geradezu die auf blindem Gehorsam beruhende mittelalterliche Tradition, indem er sie mit rationalen Mitteln überprüft. Darum bittet er seinen Freund Horatio, dessen Augen er vertraut, ein zweiter, neutraler Zeuge zu sein. Wir wohnen in diesem Stück, in dieser Szene, dem Übergang vom mittelalterlichen Mythos ins Zeitalter der Vernunft bei. »Das Schauspiel sei die Schlinge, in die den König sein Gewissen bringe«, sagt Hamlet. Seine Strategie hat Erfolg. Der König bricht zusammen, er ist überführt. Hamlet, der den Schauspielern den Sinn des Theaters erklärt hatte, »dessen Zweck sowohl anfangs als jetzt war und ist, der Natur gleichsam den Spiegel vorzuhalten; der Tugend ihre eignen Züge, der Schmach ihr eignes Bild, und dem Jahrhundert und Körper der Zeit den Abdruck seiner Gestalt zu zeigen«, hat seine Theorie gleichsam im Stück selbst exemplifiziert und ein epochales Verbrechen ans Tageslicht gebracht – Hamlet, der Regisseur, Künstler und Schauspieler, ist das Alter Ego Shakespeares, der in dieser Szene nicht nur das moderne Theater begründet, sondern gleichzeitig die dazugehörige Theorie. Sie wurde seither, von Diderot bis Brecht, ausgeführt oder erweitert, aber alles Wesentliche steht drin.

4 *Hamlet* und *Menschenfeind* sind die »philosophischsten« Stücke der beiden Autoren. Wie soll der Mensch leben, fragen uns Hamlet und Alceste. Soll er den Gesetzen der Gesellschaft oder denen des Herzens folgen? Soll er den Konventionen oder seinem Gerechtigkeitssinn gehorchen? Soll er angenehm sein oder die nackte Wahrheit sagen? Wir wären zuweilen gern wie sie, couragierter, kühner, gestreichter, als wir sind, nur den Preis der Vereinsamung würden wir ungerne bezahlen – aber wir haben ja Eintrittsgeld bezahlt und uns mithilfe der vorübergehenden Identifikation eine kathartische Ersatzbefriedigung verschafft, die es uns ermöglicht, unser Leben nicht zu ändern. Denn das müssten wir, würden wir die Stücke ernst nehmen.

5 Die Stücke sind von umwerfender Modernität. Sie haben keine Falte. Die Rebellen altern nicht. Der *Menschenfeind* hat mich jahrelang begleitet, denn ich hätte ihn dreimal inszenieren sollen, erst am Burgtheater, dann in Bochum – schließlich habe ich ihn (mit einem Stuhl auf leerem Bühnenbild) in Düsseldorf realisiert. Und dem *Hamlet* verdanke ich mein Leben, da meine Diplomarbeit, die ich 1974 am Frankfurter Institut für Sozialforschung abgab (*Feudalismus und Bürgertum im Werke Shakespeares*),

Es sind auch die persönlichsten Stücke von Shakespeare und Molière. Uns ist, als ob die Helden mit den Stimmen der Dichter reden, daher der existenzielle Schauer, den wir empfinden. Daher berühren sie uns so. Es sind Figuren, die nicht einverstanden sind mit der Welt, wie wir sie vorfinden. Rebellen. Jede neue Generation kann sich in ihnen spiegeln. Sie sind von der Aura der Einsamkeit umgeben – es ist der Preis, den man bezahlt, wenn man keine Kompromisse macht. Alceste, weil er die Lüge geißelt, wo immer er ihr begegnet. Hamlet, weil er seine Zeitgenossen viel zu scharf durchschaut und sie das nicht ertragen.

Aber das Publikum würde im wirklichen Leben Hamlet und Alceste auch nicht leiden können. Denn wir alle, die wir im Theatersaal die Partei Alcestes und Hamlets ergreifen, sind im wirklichen Leben die Konformisten, an deren dicker Haut und gleichgültiger Lebensbejahung sie zugrunde gehen. Der Autor schickt seine Helden nicht nur stellvertretend für sich selbst auf die Bühne, sondern auch stellvertretend für die Zuschauer. Er stellt deren Kriterien auf den Kopf; denn im realen Leben würde der Querulant und Besserwisser Alceste uns heftig auf die Nerven gehen, da er jederzeit den für ihn faulen Konsens aller sozialen Übereinkünfte stört und auf der Party dich einen Intraganten, mich einen Heuchler, den Dritten einen Trottel und den Vierten einen Parasiten nennt. Und wer von uns würde es ertragen, vor aller Augen von Hamlet lächerlich gemacht und durch den Kakao gezogen zu werden?

Nur im Theater geschieht das Verblüffende und Wunderbare, dass wir nicht mit unseren, sondern durch ihre Augen sehen, und wir Halbblinden, die wir sonst die Konturen der Dinge und Menschen nur verschwommen wahrnehmen, sehn auf einmal klar – was wir uns in unserem Alltagsleben versagen, da es zu folgenreich wäre. Woher kommt das, dass wir uns im Theater mit Menschen identifizieren, die wir im Leben nicht ausstehen könnten?

Weil in uns ein embryonales Wesen schlummert, das weiß, was wahr und was falsch ist, und dem es wehtut, wenn wir lügen oder Gaunern Respekt bezeugen. Die Dichter schicken zuweilen solche Embryonen in Lebensgröße auf die Bühne. Hamlet und Alceste sind solche Wesen, die das Erwachenwerden noch nicht abgetötet hat. Darum ergreifen sie uns und scheinen uns erhaben. Wir sind betroffen. Sie erinnern uns an uns selbst. Und ist das nicht der Zauber des Theaters, ein Ort der Wahrheit zu sein, an dem unser anderes, unkorruptiertes und besseres Ich aufblühen darf?

5 Die Stücke sind von umwerfender Modernität. Sie haben keine Falte. Die Rebellen altern nicht. Der *Menschenfeind* hat mich jahrelang begleitet, denn ich hätte ihn dreimal inszenieren sollen, erst am Burgtheater, dann in Bochum – schließlich habe ich ihn (mit einem Stuhl auf leerem Bühnenbild) in Düsseldorf realisiert. Und dem *Hamlet* verdanke ich mein Leben, da meine Diplomarbeit, die ich 1974 am Frankfurter Institut für Sozialforschung abgab (*Feudalismus und Bürgertum im Werke Shakespeares*),

mich auf abenteuerlichem Weg zu meinem Regieberuf führte. Das Theater war für mich die Fortführung der Revolte mit andern Mitteln, der glückliche Ausweg aus einer akademischen Laufbahn, für die ich nicht geschaffen war. Und mit Hamlet hat alles angefangen.

Er hat ja so einiges von einem Sponti, nicht nur das lose Mundwerk. Es geht schon damit los, dass dieser Sohn aus bester Familie und Thronfolger – der den väterlichen Geist mit »alter Maulwurf« anquatscht – revolutionäre Reden schwingt und sich nicht scheut, in seinem berühmten Monolog die rechtlosen Zustände in seinem Land anzuklagen: »Denn wer ertrug der Zeiten Spott und Geißel, / Des Mächtigen Druck, des Stolzen Misshandlungen, / Verschmähter Liebe Pein, des Rechtes Aufschub, / Den Übermut der Ämter« et cetera. In Dänemark sieht er nur hirnlöse »Säufers«. Die reizende Ophelia macht er vor Zuschauern mit sexuellen Provokationen an: »Fräulein, soll ich in Eurem Schoße liegen?« – »Nein, mein Prinz.« – »Ein schöner Gedanke, zwischen den Beinen eines Mädchens zu liegen.« Der Dialog mit Polonius über die Form einer Wolke (»Kamel«, »Wiesel« oder »Walfisch«) ist ein Gipfel der Veralberung, und die Clownszene mit dem Kriecher Osrick, in der er ihm ständig den Hut aufsetzt, den dieser sich abzunehmen versucht, ist von himmlischer Unverschämtheit. Der Kommunarde Fritz Teufel, ein Spezialist solch antiautoritären Blödsinns, hätte in Hamlet seinen Meister gefunden. Hamlets Verachtung für die Höflinge und Schmeichler ist grenzenlos. So giftig er mit diesen ist, so brüderlich spricht er mit den einfachen Menschen, den Schauspielern, den Totengräbern. August Strindberg hob an Hamlet den »göttlichen Zug« hervor: »dass alle Menschen für ihn gleich sind.«

Aber ganz so einfach ist es nicht. Sein prinzliches Blut, seine Erziehung am Hofe und seine modernen Gedanken reiben sich aneinander. Wie hochfahrend und gewissenlos er Rosencrantz und Guildenstern, die freilich seine Freundschaft verraten haben, in den Tod schickt: »s ist misslich, wenn die schlechtere Natur sich zwischen die entbrannten Degenspitzen von mächtigen Gegnern stellt.« (»Was für ein König!«, antwortet Horatio.) Wenn er beim Anblick des mit einem Heer vorbeiziehenden Fortinbras schwört: »O von Stund an trachtet nach Blut, Gedanken, oder seid verachtet!«, brechen aus ihm die blutigen Sitten des alten Geschlechts hervor. Doch just zuvor hatte er den Krieg des Fortinbras rotzfrech und hochintelligent veräppelt: »Es gilt ein Fleckchen, worauf die Zahl den Streit nicht führen kann, nicht Gruft genug und Raum, um die Erschlagenen zu verbergen.« Man hat manchmal das seltsame Gefühl, dass Hamlet aus zwei Teilen besteht, einem, den Shakespeare in der Überlieferung vorfand, und einem von ihm selbst inspirierten, eine feudale und eine bürgerliche Figur zugleich. Und eine überzeitliche, denn Hamlet sondert häretische Sätze ab, die wir 250 Jahre später von Nietzsche erwartet hätten: »Es gibt nicht gut noch böse, das Denken macht es erst dazu.«

»Es gibt nicht gut noch böse« – das ist nicht gerade das, was man von einem Rächer hören möchte, das ist eher der Satz eines misstrauenden Sohns. Für einen Bluträcher ist gut, was zum Vorteil der Familie gereicht, und böse, was ihr schadet. Laertes, Hamlets Gegenspieler, zeigt, was Vendetta heißt, und das Stück geht in einem Blutbad unter. *Hamlet* handelt nicht von einem gehemmten Rächer, sondern von der Absurdität der Rache. Die Familie des Hamlet und die des Polonius werden völlig ausgelöscht, acht Menschen sterben im Stück, den Geist von Hamlets Vater abgerechnet. Mit Rache hat Hamlet nichts zu schaffen. Rache

ist nicht Recht. Darum hat er keinen Kontakt zu den Zeitgenossen. Er ist ein Fremder in der Welt. Vielleicht kommt von daher seine Melancholie.

Denn das wirklich Verrätselte ist diese unheilbare Schwermut bei einem Dreißigjährigen, die man nur zum Teil mit den Geschehnissen des Stücks erklären kann, obschon sie vom Tod des Vaters und der unsagbar geliebten Ophelia genährt wird. Dieser Wesenszug umschattet alle Empfindungen Hamlets, sogar die enthusiastischen, sogar die hymnische Stelle, in der der Prinz (selbst Mann der Renaissance: Philosoph, Dichter, Fechter, Liebhaber, Schauspieler) die Schönheit, die Größe und die Gottähnlichkeit des Menschen besingt: »Welch ein Meisterwerk ist der Mensch! Wie edel durch Vernunft! Wie unbegrenzt an Fähigkeiten! In Gestalt und Bewegung wie bedeutend und wunderbar! Im Handeln wie ähnlich einem Engel! Im Begreifen wie ähnlich einem Gott! Die Zierde der Welt! Das Vorbild der Lebendigen! Und doch, was ist mir diese Quintessenz von Staube?«

Als Rebell würde er am liebsten die ganze verlogene Gesellschaft in Stücke legen, als Melancholiker wird ihm alles zu Asche. Da sind wir wieder bei Alceste, seinem Bruder im Geiste: »Schwermut verdüstert mein Gemüt und tiefer Kummer fasst mich an, wenn ich die Menschen sehe, wie sie miteinander hausen.« Er lebt jetzt auf seinem Landsitz in Frankreich und schaut auf die Gärten, bis es Nacht wird. Der eine ließ sich in ein Duell verwickeln und wurde ermordet, der andere ging in die Verbannung. Ihnen war das Glück nicht hold. Aber wir verehren sie. Am Theaterhimmel sind es die hellsten Sterne.

Benjamin Korn, geboren 1946, ist Theaterregisseur und Essayist. Er lebt in Paris und Berlin

www.zeit.de/audio

Mit dem Blick von oben

In London wird die Sammlung des Mäzens Hubertus Wald versteigert VON MAXIMILIAN PROBST

In seinem Namen klingt Einsamkeit und Schatten an: Hubertus Wald. Das Leben hingegen des Hamburger Unternehmers, Kunstsammlers und Mäzens (1913 bis 2005) war voll des Lichts. Mit 33 Jahren eröffnete er eins der ersten Lichtspielhäuser Deutschlands, die Kurbel in Karlsruhe. Häuser in anderen Städten folgten, und schon bald hatte Wald das Unternehmen zur damalig größten deutschen Kino-Gruppe ausgebaut. Er verkaufte die Firma aus der Ahnung, dass mit dem Siegeszug des Fernsehers die große Kino-Ära sich ihrem Ende zuneige, und investierte fortan in Immobilien.

Auch im Privatleben schien Wald Glanz geschätzt und ihn dort verortet zu haben, wo Geld und Geist zusammenkommen. Mitte der sechziger Jahre zog er an die Hamburger Außenalster und bewirtete in seinem Haus einen weiten Kreis illustrierter Freunde: von Axel Springer, Rudolf Augstein und dem Thalia-Theater-Intendanten Boy Gobert bis hin zu Andy Warhol und Omar Sharif. Legendar sollen die Abendgesellschaften gewesen sein, die er auf Sylt gab, und auf Fotos sieht man ihn mit Gunter Sachs am Strand von St. Tropez oder im Hôtel de Paris in Monte Carlo.

Sein »Lebenselixier«, sagte Wald, sei aber die Kunst. Er kaufte sie im großen Stil und mit der Hilfe des Pariser Kunstexperten Samy

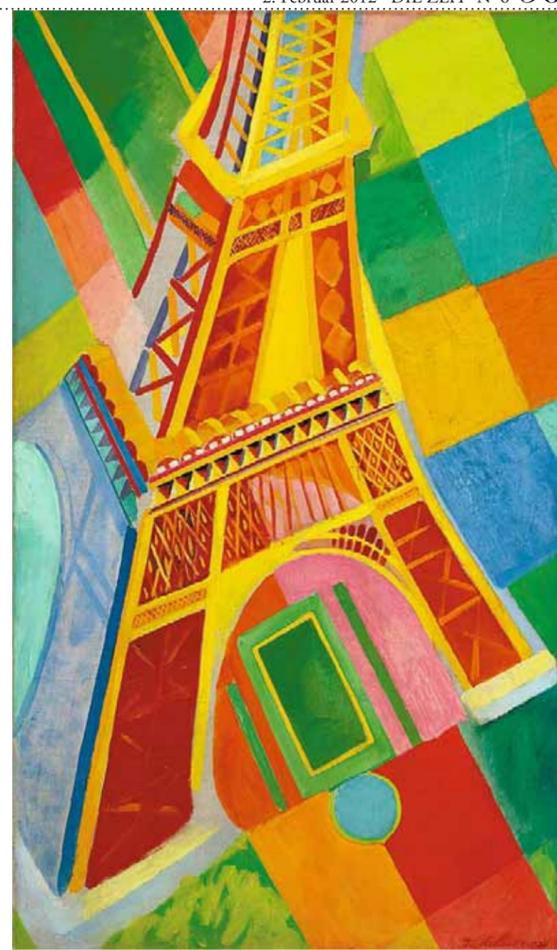
Tarica, der auch Yves Saint Laurent und Pierre Bergé beim Aufbau ihrer Sammlung zur Seite stand.

Bei Christie's in London werden nun die rund 90 Werke aus dem Haus von Wald in mehreren Etappen versteigert. Beginnend mit einer Picasso-Zeichnung von 1903, umspannt die Sammlung in etwa das 20. Jahrhundert. Schwerpunkte sind der Fauvismus, Kubismus, Dadaismus und das Informel. Herausragend ist dabei neben Werken von Wols und Piero Manzoni das berühmte Motiv des Eiffelturms von Robert Delaunay, das nun am 7. Februar in derselben Abendauktion versteigert wird, in der auch Werke von van Gogh, Pissarro und Degas aus der Sammlung von Elizabeth Taylor zum Aufruf kommen. Der 1926 gemalte *Eiffelturm* (geschätzt auf 1,5 bis 2,5 Millionen Pfund) erscheint in seiner Verbindung von Abstraktion und Figuration, in seiner strahlenden Farbigkeit und durch die Jetset-Perspektive von oben auf das Pariser Wahrzeichen als Schlüssel: zur Sammlung wie zum Leben des Sammlers.

Vom frühen Picasso stammt eine kleine, beinahe pornografisch anmutende Zeichnung mit liegendem Akt und gigantischem Phallus (70 000 bis 100 000 Pfund), und von Kees van Dongen kaufte Wald eine *Buste de femme nue*, eine jener barbusigen Schönen aus dem

Jahr 1913, die nun auf 700 000 bis 1 000 000 Pfund geschätzt werden. Van Dongens Porträt einer komplett bekleideten *Dame mit großem Hut* wird – obwohl dieses Gemälde aus anderer Sammlung beinahe genauso alt und genauso groß ist wie die Nackte aus dem Besitz von Hubertus Wald – interessanterweise doppelt so hoch taxiert. Angetan hatten es dem Hamburger Sammler auch die Surrealisten, Werke von Francis Picabia, Max Ernst, Joan Miró und eine *Hermaphrodite* (1919) von Man Ray zählen zu den nun angebotenen Losen.

In Hamburg ist die Sammlung 2006 im Hubertus-Wald-Forum gezeigt worden, einem Ausstellungstrakt der Hamburger Kunsthalle, dessen Ausbau der Unternehmer 2004 finanziert hatte. Walds früheres Ansinnen, seine Bilder dem Museum dauerhaft zu vermachen, war da schon gescheitert. Das Museum hätte nur ausgewählte Stücke ausstellen können, und Wald, der Mann des Lichts, wollte sich nicht mit der Idee anfreunden, ein Großteil der Werke dem Dämmerlicht des Museumsmagazins zu überantworten. Der Verkauf der Sammlung kommt nun der 1993 gegründeten Hubertus-Wald-Stiftung zugute – und damit neben Krankenhäusern und der medizinischen Forschung in Hamburg auch kulturellen Einrichtungen wie der Kunsthalle.



Schön bunt: 1926 malte Robert Delaunay den »Eiffelturm«. Schätzpreis 1,5 bis 2,5 Millionen Pfund

Abb.: Robert Delaunay »Tour Eiffel«, Paris, 1926, property Hubertus Wald Charitable Foundation, Christie's Images Limited, 2012

Die Angst vor dem letzten Strich

Der ZEIT-Museumsführer: Das Kunstmuseum Picasso in Münster VON SVEN BEHRISCH

TÄGLICH
GEÖFFNET,
AUSSER
MONTAGS

N°
130



Ein Bild der Serie »Mädchenköpfe« von 1949

Picasso und Münster, das ist wie die Beatles und Halle. Beide haben eher wenig miteinander zu tun, und doch hat man den populären Briten in Thüringen und dem populären Spanier in Westfalen jeweils ein großzügiges Museum eingerichtet. Während es allerdings rätselhaft bleibt, was die Devotionalien der britischen Band an die Saale verschlug, hatte Münster neben den Argumenten eines rührigen Stadtmarketings durchaus Gründe, dem spanischen Wahlfranzosen eine künstlerische Heimstatt zu errichten. In Münster nämlich leben der Grafiker und Kunstsammler Gert Huizinga und seine Frau, die seit den fünfziger Jahren eine der größten Kollektionen von Picasso-Lithografien weltweit zusammenkauften.

Die Lithografie war die ideale künstlerische Technik für Picasso, von dem der Ausspruch überliefert ist, dass keineswegs der erste, sondern der letzte Strich der schwerste sei; die Lithografie entlohnte ihn dieser gefürchteten Endgültigkeit ein wenig, denn mit dieser Technik lassen sich viele verschiedene Phasen eines Werks festhalten. Sehr schön sieht man das an dem *Mädchenkopf* aus dem Jahr 1949. Im »1. Zustand«, so heißt der Druck der ersten Bild-

version auf Lithografendeutsch, sieht man auf weißem Grund die Konturen von Schultern und Haar in ornamenthaften, dicken Pinselstrichen. In diesen starren und geometrischen Rahmen hat Picasso in sparsamen Zügen ein Gesicht gesetzt, in dem unter zwei weit aufgerissenen Augen die Nase waghalsig nach rechts, Mund und Kinn dagegen wie von einer Schnur nach links gezogen ist.

Der »2. Zustand«, drei Tage später ebenfalls bei Picassos Haus- und Hofdrucker Mourlot in Paris hergestellt, zeigt eine fast völlig veränderte Frau. Der Hintergrund ist nun komplett schwarz, das Gesicht feiner moduliert, von dunklen Schatten durchzogen, und um den Mund herum hat sich ein leicht spöttischer Zug eingeschlichen. Ein paar Tage zuvor entwarf er am selben Tag erst einen Hummer, sodann eine Taube, die berühmte Picassosche Friedenstaube, über deren ikonischen Welterfolg er sich später ähnlich staunend amüsiert haben mag wie die unbekanntere junge Dame im Bild.

Bis zur dritten Version vergingen fast zwei Monate. Der Mädchenkopf blickt nun sehr ernst aus dem Bild, die Schatten sind bleicher Haut gewichen. Es ist das stärkste Bild der

Reihe, und doch entschied sich Picasso sieben Tage später, Tabula rasa zu machen; es bleiben der schwarze Hintergrund und die Schulterpartie, die jetzt an ein ionisches Kapitell erinnert. Doch aus dem gotischen Dreiecksgesicht wurde ein Rokoko-Püppchen mit Schmollmund. Die feinen Schattenschraffuren der Vorgängerzeichnungen schimmern nur noch schwach hervor.

Die Lithografie erlaubte Picasso nicht nur, viele verschiedene Versionen eines Entwurfs herzustellen, sondern überhaupt sehr viele Drucke auf den Markt zu werfen. So viele immerhin, um sie neben den großen Kunstmuseen der Welt und einer Unzahl privater Sammler auch noch auf die vielen monografischen Picasso-Museen zu verteilen, die in Malaga, Barcelona, Paris und Antibes die Mengen locken. Wobei Münster neben den Lithografien der Sammlung Huizinga auch Picassos Grafik-Folge *Suite Vollard* sowie eine Chagall- und eine Braque-Kollektion besitzt.

Dass sich nun in Westfalen, wie in der Eigenwerbung behauptet, Deutschlands einziges Picasso-Museum befinde, stimmt allerdings nur halb; zwar bilden die über 800 Grafiken in dem

Haus in Münsters Zentrum, das mit seinen Wechselausstellungen zwölf große Säle füllen kann, einen beeindruckenden Fundus. Wäre jedoch die Sammlung Berggruen in Berlin-Charlottenburg statt nach ihrem Sammler nach dem Gesammelten – vor allem Werke Picassos – benannt, müsste sich Münster in die zweite Reihe ducken.

Andererseits kann man im Unterschied zu Gemälden, Plastiken oder Keramiken bei Lithografie-Reihen wie jener der jungen Frau dem Kunstwerk beim Werden zusehen – zumindest vermeintlich. Tatsächlich ist ja jeder Zustand ein Kunstwerk für sich allein, auch wenn sich nicht immer so klar eine Entwicklung wie im Fall des *Stiers* nachvollziehen lässt: In elf Stufen, von einem minutiös in allen Details wiedergegebenen Tier über allerlei kubistische und abstrakte Metamorphosen, wird er zu der berühmten Strichzeichnung, zum Wesen des Stiers gewissermaßen, dessen notwendige, aber auch hinreichende Eigenschaften kaum mehr als eine einzige Linie beschreibt. Von Picassos Werken gibt es viele. Das Werden der Werke lässt sich dagegen kaum irgendwo sonst so anschaulich betrachten wie in Münster.

Kaputte Krieger

Der grandiose Spionethriller »Dame, König, As, Spion« zeigt die Wahrheit eines schmutzigen Geschäfts VON KILIAN TROTIER



Der Held in raumgreifender Einsamkeit: Gary Oldman als Agent George Smiley

Machen Sie bei diesem Film nichts anderes, schauen Sie nur in das Gesicht von Gary Oldman. Dieses Antlitz spielt in *Dame, König, As, Spion* ein eigenes minimalistisches Theaterstück, in dem sich die ganze Handlung entfaltet. Der erste Blick auf diese Bühne: eine zerfurchte Stirn, Wahnsinnsfalten, ausdrucksloser Blick. Gary Oldman alias George Smiley wird entlassen, nach Jahrzehnten treuer Arbeit für den britischen Geheimdienst. Die ganze Führungsriege sitzt zusammen, weil eine Katastrophe geschehen ist: Einer ihrer besten Männer wurde in Budapest beim Versuch, einen Spion anzuwerben, angeschossen. Nun ist er in den Händen der sowjetischen Feinde. Der Chef des MI6, den alle nur »Control« nennen, hatte die Mission in Auftrag gegeben. Jetzt zieht er die Konsequenzen. Und nimmt seinen treuen Helfer George Smiley mit in den Ruhestand.

Smiley sagt nichts. Er guckt nur. Die beiden Männer stehen auf und schreiten durch die Gänge

der Abteilungen. Die Kamera hält ehrfürchtig Abstand, genauso wie die Belegschaft. Niemand spricht, alle schauen sich entsetzt an. Smiley schweigt die ersten 18 Minuten des Films. Seine Gefühle sind unter Kontrolle, nur manchmal zucken die Augen. Er ist ein Mann der alten Schule. Als er zum ersten Mal spricht, sagt er, jedes Wort ein verbitterter Schlag: »Ich bin im Ruhestand, Oliver. Sie haben mich rausgeschmissen.« Von da an redet er, präzise, effizient. Kein Wort zu viel.

So wie George Smiley ist dieser Film. *Dame, König, As, Spion* nach dem gleichnamigen Roman von John le Carré redet nicht, er zeigt. Er projiziert das Exterieur, die Geschichte, ins Interieur, in die Gesichter der famosen Schauspieler. Und er lässt die Welt der Blümchentapeten, der blassgrünen Vorhänge und der ockerfarbenen Sofas wieder aufleben. Diese perfekt fotografierten Interieurs, in denen die Helden ensatzlich einsam wirken, machen *Dame, König, As, Spion* zu einem Ereignis. Nicht die manchmal allzu komplex verästelte Handlung.

Control (John Hurt), der Chef des MI6, ahnt, dass sich ein Spion, der für die Sowjets arbeitet, in die oberste Leitungsebene eingeschlichen hat. Doch bevor er diesen Verdacht erhärten kann, muss er wegen des Desasters in Budapest den Hut nehmen. Control stirbt bald darauf, George Smiley findet nach Wochen der Einöde wieder zurück, mit einer geheimen Mission. Ohne Wissen des Secret Service soll er nach dem »Maulwurf« suchen. Zwei junge Helfer bekommt Smiley an die Hand. Dann geht die Jagd los: mit fünf verdächtigen Geheimdienstlern (unter anderem einem grandios vielschichtigen Colin Firth als Bill Haydon), mit jeder Menge Intrigen, mit brutalen Morden, die den Begriff des »Kalten« Krieges in seine bellizistische Etymologie zurückführen, mit Zwischenstopps in Istanbul und Paris und mit einem Showdown, der subtiler und unspektakulärer nicht sein könnte.

Eigentlich lebt ein Spionethriller von seinen rasanten Szenen, von seinem Spannungsaufbau und von seinen überraschenden Wendungen.

Dame, König, As, Spion funktioniert auf andere Weise herausragend. Etwa in den beiden Rückblenden zu einer ausgelassenen Weihnachtsfeier in den Büros des britischen Geheimdienstes MI6. Alle tanzen, lachen, trinken. Nur Smiley, der Einzelgänger mit einer Frau, die ihm auf der Nase herumtanzt, bleibt gefangen in seinem Kontrollleben. Beim ersten Mal blickt er zu ihr, die am Tischrand schemenhaft zu erahnen ist und deren Gesicht den ganzen Film über nie zu sehen ist. Nahaufnahme seines Gesichts: dreimal zuckt sein linker Mundwinkel. Hilflos, flehend. Beim zweiten Mal springt ein Weihnachtsmann mit Lenin-Maske auf die Bühne, alle grölen die sowjetische Nationalhymne. Auch Smileys Lippen formen schüchtern ein paar Wörter, dann schaut er aus dem Fenster, die Augen stürzen aus seinem Gesicht, er taumelt gegen die Scheibe. Seine Frau umarmt einen anderen Mann im Garten.

Der schwedische Regisseur Tomas Alfredson zeigt uns in seiner John-le-Carré-Adaption: Dieser

Geheimdienst ist keine Ansammlung von coolen Egomanen mit kaltem Herz und schneller Hand am Revolver, sondern ein Haufen spießiger und undurchsichtiger Gestalten, die mit ihren privaten Scharmützeln die Weltpolitik mitbestimmen. Dieser Geheimdienst hat nichts von James Bond. Im Gegenteil: Er beschäftigt mit George Smiley einen von dessen Antipoden – keinen *glamour boy*, der an jeder Hand eine Frau hat, sondern einen introvertierten Mann, der jeden Morgen im See schwimmt, der die meisten Wege gemächlichen Schrittes zu Fuß geht und der sich völlig verschreckt wegduckt vor den Eskapaden seiner Frau.

So ein Langweiler ist es, der mit großer Brillanz die Intriganten entlarven und den Geheimdienst retten will. John le Carré hat diesen Charakter entworfen. Alec Guinness hat ihn in der ersten Fernsehverfilmung Anfang der Achtziger meisterhaft interpretiert. Gary Oldman führt ihn nun zu ganz anderer Perfektion. Mit kaum mehr als seinem Mienenspiel. Ein ganz großes Schauspiel.

Es ist gegen halb eins nachts an einem nicht weiter aufregenden Montagabend im Restaurant Borchardt. Philipp Mißfelder, 32 Jahre alt, Vorsitzender der Jungen Union Deutschlands, Mitglied des Bundestages und wegen seiner hohen Statur und seines verbindlichen, merkwürdig altmodischen Wesens ein gern gesehener Mitglied des Berliner Politikbetriebs, legt seine Serviette auf den Tisch und gibt acht, dass er von seinen drei Handys auch keins auf dem Tisch liegen gelassen hat, als im Innenraum des Lokals noch einmal Unruhe aufkommt: Norbert Kördorfer, Gesellschaftskolumnist der Hauptstadt, der für die *Bild*-Zeitung die großen Stars interviewt, die Tom Cruise, George Clooney und Til Schweiger heißen, und diese stets so porträtiert, als träfe er nach langer Zeit einen guten, alten Freund wieder (Norbert: »Du bist älter geworden, Tom«, Tom: »Du hast dich nicht verändert, Norbert«), dieser Norbert Kördorfer (schulterlanges, weißes Haar, Kaschmirmantel) hat gleich vier weibliche Begleitungen dabei und stellt sie der sehr jungen Dame vor, die an einem Eckisch vor einem aufgeklappten Computer sitzt und in Berlin als It-Girl bekannt ist oder einfach als gut gekleidetes, sehr süß aussehendes Mädchen, das mehr als dreitausend Facebook-Freunde hat.

Die Runde kommt gerade von einer Pressevorführung des neuen Helmut-Dietl-Films *Zettl*, mittlerweile in vielen Zeitungen als mindestens hochinteressant misslungene Satire auf den Berliner Politikbetrieb besprochen: Auch Mißfelder saß in der Vorführung. Er bleibt nun noch ein bisschen, begrüßt jeden mit Handschlag. Es gibt Roséchampagner. Es geht, natürlich, um den neuen Dietl-Film. Unter Kördorfers Frauen ist eine sehr heiße Nummer dabei, das ist, so erfährt man, die *Bild*-Praktikantin, die Obama bei seinem Berlin-Besuch in der Sauna aufgelauret und ein verwackeltes Foto geschossen hat. Wie ist er denn nun, der neue Dietl-Film? Norbert Kördorfer erklärt: »Das ist ein Superfilm.« Und der *Bild*-Kolumnist zitiert aus seiner Gesellschaftskolumne, die demnächst erscheint: »Dieser Film wird die Nation spalten.«

Wir sind an diesem Montagabend mit dem CDU-Politiker Mißfelder verabredet, um über den neuen Dietl-Film zu plaudern und von ihm, einem Insider des politischen Betriebs, zu hören, inwieweit es das, was der Meister der politischen und gesellschaftlichen Satire (*Kir Royal, Schönik*) in seinem neuen Kinofilm zeigt, tatsächlich gibt. Den Politiker Mißfelder kennen viele, weil er seit einer gefühlten Ewigkeit der Jungen Union vorsteht (seit 2002) und einmal etwas Halblustiges, Halbverbotenes über Hartz-IV-Empfänger gesagt hat; unter Kollegen wird ihm respektvoll angerechnet, dass er ein vernichtendes *Spiegel*-Porträt politisch überlebt hat. Dem Typus des modernen Strippenziehers, eines Players des Politikbetriebs, entspricht Mißfelder nahezu hundertprozentig, auch er hätte eine wunderbare Dietl-Figur abgegeben. Noch im Kino hatte er nach zwanzig Minuten die Beine neu übereinandergeschlagen und mit einem halb erschrockenen, halb amüsierten Gesichtsausdruck erklärt: »Gut eingefangen. Also, bisher gibt's das alles.« Das klang nach mehr.

Das Borchardt, das viel besungene »Wohnzimmer der Republik«: Wir sitzen hinten links im Lokal, neben der großen Nische. Das ist der Stamplatz von Gerhard Schröder. Wenn es einen Tisch im Borchardt gibt, an dem man nicht nur deshalb sitzt, um gesehen zu werden, dann an diesem. Mißfelder bestellt Mineralwasser, das Tatar ohne Pommes (»abends keine Kohlenhydrate«) und rührt das Weißbrot nicht an. Typ des modernen Politikers: Er unterscheidet sich, zumindest in seinen Essgewohnheiten, kaum von Fotomodels.

Mißfelder kennt Dietl, zumindest oberflächlich: Der Filmfinanzier David Groenewold, einer

der Figuren, die im Skandal um den Bundespräsidenten eine undurchsichtige Rolle spielen, hat den Regisseur dem Politiker eines Abends im Borchardt vorgestellt; auch hatte Mißfelder in seiner Funktion als filmpolitischer Sprecher mit Dietl immer wieder zu tun. Auf Anfrage sagt Dietl über Mißfelder, dieser sei ein umgänglicher Typ, man sei gleich per Du miteinander gewesen, aber natürlich, Dietl lacht am Telefon, sei aus dem Mißfelder wenig herauszukriegen, dafür sei der zu klug.

gegenseitigen Hochschaukelns: ganz gleich, ob es sich dabei um die Fehlgeburt einer Bürgermeisterin handele oder um Gerüchte eines angeblich todkranken Kanzlers. Ist die Wirklichkeit so verkommen, wie Dietl sie in *Zettl* darstellt, oder spricht aus der Fantasie des Regisseurs nicht auch eine Sehnsucht nach den guten alten Münchner Verhältnissen der achtziger Jahre? Mißfelder: »Zu den Lastern der Politik äußere ich mich gar nicht. Ich möchte keine Nestbeschmutzung betreiben.«

meintlich ständige Öffentlichkeit schafft also in Wirklichkeit eine geringere Öffentlichkeit.« Ein interessantes Paradoxon – und eine denkbare komplizierte Vorlage für den Satiriker Helmut Dietl, der aus der Wirklichkeit einen grandios versauten und unterhaltsamen Film spinnen muss.

Wie bewegt Mißfelder sich durch das politische Berlin? Wo liegen seine Treffpunkte, seine Geheimadressen? Der Politiker, im Wahlkreis Recklinghausen beheimatet (»Berlin ist für mich Arbeitsstadt«), nennt die üblichen Orte, Borchardt, Café Einstein Unter den Linden, die Parlamentarische Gesellschaft am Reichstag, die Bar im Hotel de Rome: »Ich würde auch gerne öfter an anderen Orten essen. Aber vor allem ausländische Gäste bestehen auf dem Borchardt, weil sie gehört haben, dass sich dort die Filmstars treffen.« Intimität? »Die gibt's nicht in Berlin.« Sein Büro liege Unter den Linden, zwischen russischer Botschaft und Adlon, für vertrauliche Gespräche nehme er die übliche Spaziergängeroute entlang der Spree. Feiert er gerne? »Ja.« Welches war die letzte richtige gute Party? »Der FAZ-Empfang im Hotel de Rome. Der 60. Geburtstag des *stern*-Kolumnisten Uli Jörges in Clärchens Ballhaus. Da hat es richtig gekracht.« Philipp Mißfelder kann immerhin zugeben, dass er sich zur Berlinale an der Bar im Borchardt einfinden wird: »Ich freue mich auf die Angelina Jolie.«

Mythos Berliner Gesellschaft. Gibt es ein Geheimnis, nach dem Helmut Dietl in *Zettl* vielleicht vergeblich sucht? Der Politiker ist beim Espresso angekommen, den er, weil er ein moderner Politiker ist, jetzt extra nicht bestellt. »Es gibt nicht viele Leute in Berlin, die außerhalb des politischen Betriebs wirklich arbeiten, im Vergleich zu München, Frankfurt oder Hamburg. Das ist schon ein Phänomen.« Bekannte Klage: Man müsse sich bei dieser Stadt schon fragen, wo hier eigentlich die Wertschöpfung herkomme. Aus der Kultur? Es sei eine junge Gesellschaft, vor zwanzig Jahren mit dem Umzug der Politik von Bonn nach Berlin entstanden, aber eine richtige Gesellschaft, wie man sie aus New York oder Paris kenne, wo Kunst, Politik und Medien miteinander verschmelzen, gebe es hier noch immer nicht: »Das Kulturleben, für das Berlin weltberühmt ist, hat mit der Politik wenig zu tun. Das sind zwei vollkommen getrennte Bereiche.« Es sei schwer, in dieser Stadt einen gesellschaftlichen Ehrgeiz zu entwickeln, da man bei Abendveranstaltungen auch ohne Einladung Zutritt habe: »Mir haben schon Praktikanten erzählt, auf was für ach so exklusiven Partys sie waren, auf denen sie bis zum Morgengrauen herumstanden.« Jetzt wirkt der junge Politiker – interessantes Phänomen – fast beleidigt, weil die berühmte hohe Partydichte in der Hauptstadt oft mehr provinzielle Aufgekrattheit als großstädtischen Flair produziert: »Neulich bekam ich eine Einladung von einem Industrieverband. Die sagten: Wir machen einen ganz, ganz wilden Abend im Soho House. Und ich dachte: Ah, toll. Abgesagt!« Armer Helmut Dietl.

Halb acht im Café Einstein, Treffpunkt von Politikern und Journalisten, dem viel beschworenen »Hinterzimmer der Macht«. Mißfelder frühstückt – alles, bloß kein Weißbrot. Am Nebentisch sitzen die Kollegen Björn Sänger und Otto Fricke von der FDP, schmale Krawatten, randlose Brillen, vertieft in ein Gespräch, es sieht aus, als drehe das ZDF ein Feature über moderne Hauptstadt-Netzwerke. Erika Steinbach wird zum Tisch begleitet, draußen kreuzt die Kolonne der Feldjäger, in der Parlamentarischen Gesellschaft empfängt nun Guido Westerwelle zum Hintergrundbericht. Mißfelder: »Jetzt gehe ich arbeiten.« In etwa zehn Jahren könne man ja noch mal über Berlin sprechen. Jaja.

»Das gibt's alles«

Ist der Berliner Politikbetrieb so verkommen wie in Helmut Dietls Film »Zettl«? Fragen wir doch mal den CDU-Politiker Philipp Mißfelder nach seinem Kinobesuch VON MORITZ VON USLAR



Kein Nestbeschmutzer: Mißfelder im Einstein Unter den Linden

Frage an den Politiker: Kann er überhaupt einen kritischen Satz über den Dietl-Film sagen, oder ist man dazu zu gut miteinander befreundet? »Mir hat der Film gut gefallen«, erklärt Mißfelder. Und fügt hinzu: »Reden lässt sich immer.«

In Interviews hatte der Regisseur Dietl zwischen Wahrheit und Wirklichkeit unterschieden: Ihn, den Filmemacher, interessiere ausschließlich die Wahrheit, die Wirklichkeit sei in einem Film praktisch undarstellbar, da zu undramatisch. Zeigt der Dietl-Film denn nun die Wahrheit oder die Wirklichkeit? Mißfelder: »Wohl eher die Wahrheit. Eine Satire muss den Abgrund auf tun, der unter der glatten Oberfläche liegt, und das tut dieser Film.« Das Zusammenspiel von Politik und Medien sei in *Zettl* gut getroffen, der Effekt des

Und er nimmt den großen Bogen: »Der Politiker ist heute einer ständigen medialen Beobachtung ausgesetzt. Es beginnt mit dem schlechten Kommentar in der Abendzeitung, läuft nachts über Facebook und wird im Morgenfernsehen weitergesponnen.« Politiker seien daher zu einem strategischen Umgang mit den Medien gezwungen, was zu einem neuen Typus des slicken oder smarten Politikers führe, der, einem Missverständnis zufolge, oft als glatt oder unsympathisch empfunden werde: »Alle sagen immer, wir wünschen uns einen Typen wie Herbert Wehner zurück. Aber Wehner würde sich in dieser Medienwelt nicht zurechtfinden.« Der moderne Politiker habe gelernt, ständig öffentlich zu sein, ohne dabei viel von sich preiszugeben. Nachdenklicher Mißfelder: »Die ver-

Das Letzte

Die Welt ist so eisig wie seit Langem nicht mehr. Heidi Klum und ihr Mann Seal wollen kein gemeinsames Werbeprodukt mehr sein und haben sich gegenseitig kaltgestellt. Bei der TV-Trennung soll Frau Klum sogar eine naturwarme Kunstträne vergossen haben, damit der Zuschauer nicht denkt, ihr Herz sei so gefroren wie das Lila-Lutsch-Eis von Langnese. Sehr kaltherzig geht es auch in Davos zu. Dort hat der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz frostige Sätze über sein Heimatland gesagt. Die Vereinigten Staaten, so der Starökonom, befänden sich überall auf dem absteigenden Ast und seien »nur noch führend bei Gefängnissen«. Herr Stiglitz ist bekanntlich ein Anhänger der Occupy-Bewegung, deren Mitglieder zum Teil schon in US-Gefängnissen einsitzen, wo sie es viel wärmer haben als in ihren dünnen Zelten, die Herr Stiglitz für gewöhnlich so toll findet. Kennt sich der Herr Professor also aus? Tatsächlich sind in Amerika die Gefängnisse im Winter durchgehend geheizt, und die Kosten für diesen Service übernimmt der Staat. Während in Amerika jeden Winter Obdachlose in der Kälte umkommen, ist in einem US-Gefängnis noch nie ein Insasse erfroren, nicht einmal in einem unpopulären Todestrakt, wo der Kandidat bis zu seinem letzten Atemzug sehr menschlich behandelt wird. Wie beliebt Gefängnisse in der Bevölkerung sind, zeigt auch die Statistik: Die USA haben, von China einmal abgesehen, die höchste Inhaftierungsrate der Welt. Derzeit sitzen 2 266 832 Bürger hinter Gittern, das sind 2,5 Prozent der Bevölkerung oder jeder 40. Amerikaner. Diese Menschen wissen es zu schätzen, dass das Leben im Gefängnis noch sicher ist und der Staat mit hohen Mauern keine Kosten scheut, um sie vor Islamisten, Kommunisten und anderen Banditen zu schützen. Und nicht zu vergessen: Während Amerikaner oft in schäbigen Wohnwagen kampieren müssen, bieten US-Gefängnisse bequeme Einzelzellen-Unterbringung mit eigener Toilette und Waschbecken. Anders als in der kalten Freiheit existiert hier ein strikter Kündigungsschutz; niemand wird von heute auf morgen entlassen. Im Übrigen sagt Joseph Stiglitz, er könne sich gut vorstellen, dass in seinem Land bald eine Revolution ausbricht. Auch das ist ein eiskalter Satz, und vielleicht sollte Herr Stiglitz besser seine Zunge hüten, denn was die Revolution angeht, versteht Amerika keinen Spaß, und am Ende lernt Professor Stiglitz noch ganz persönlich das Gefängniswissen kennen, in dem die USA so schön führend sind.

FINIS

www.zeit.de/audio

WÖRTERBERICHT

Hausaufgaben

Ob Fußballmannschaften Spiele vergeigen, Staaten in Schulden versinken oder Klimaschutzziele verfehlt werden, das Erklärungswort ist immer schnell gefunden: Da hat einer seine Hausaufgaben nicht gemacht. Diese Redewendung wird umso gebräuchlicher, je mehr die buchstäblichen Hausaufgaben nur noch in der pädagogischen Provinz Anklang finden. Man weiß ja, dass Hausaufgaben nicht dem Lernen dienen, sondern dem Leiden, dass sie also in Wahrheit Folterwerkzeuge sind, meist in den Händen sich langweilender Vollzeitmütter. Wer dieser unseligen Sache ein Nachleben in der Phrase verschafft, adelt deshalb, worunter er zu leiden hatte – und will nun andere leiden sehen. Womöglich, weil er nie verwunden hat, seine Hausaufgaben gemacht zu haben.

MAXIMILIAN PROBST

»Der Teufel ist fantasievoll«

Wie umgehen mit den Versuchungen der Welt? Ein Gespräch mit Kardinal Reinhard Marx über Macht und Privilegien seines Amtes, über Kirchensteuer und Tanzvergnügen

DIE ZEIT: Herr Kardinal, stimmt das: Sie fahren gern mit der U-Bahn zur Arbeit?

Kardinal Reinhard Marx: Nun, die tägliche Büroarbeit findet ja hier bei mir statt. Aber U-Bahn-Fahren liebe ich seit meiner Studentenzeit in Paris. Also, gelegentlich fahre ich gerne U-Bahn.

ZEIT: Wie weltlich darf ein Kardinal leben?

Marx: Meine Richtschnur ist: Nicht von der Welt, aber in der Welt und für die Welt. Das gilt nicht nur für den Kardinal, das gilt für jeden Christen.

ZEIT: Sie sagten mal: »Als junger Priester hatte ich mir vorgenommen, jetzt kannst du nicht mehr tanzen.« Später haben Sie wieder damit angefangen, etwa bei Festen der Schützenbruderschaft in Ihrem westfälischen Heimatdorf Geseke. Darf ein Kardinal tanzen?

Marx: (lacht) Na, das ist die absolute Ausnahme, dass ich zu Hause im Kreis der Schützenbruderschaft tanze, wenn wir miteinander feiern. Das wird immer seltener. Aber ich liebe unsere alten Geseker Traditionstänze sehr.

ZEIT: Und da gibt's keine scheelen Blicke?

Marx: Ganz ehrlich: Darauf achte ich nicht so. Aber restlos kann man die Spannung zwischen Himmel und Erde, die ein Priester leben muss, nie auflösen. Das Leben eines Priesters soll eben auch ein Zeichen sein. Wenn mir jemand anerkennend auf die Schulter klopf

dieser Welt sein. Die Welt soll verwandelt werden. Das ist das Ziel.

ZEIT: Klingt schön, aber was heißt das?

Marx: Wir müssen eine Spannung bejahen, die theologisch und politisch nicht immer leicht auszuhalten ist: Die Kirche soll sich nicht der Welt anpassen, nicht verlängerter Arm des Staates sein und keine Werteagentur. Gleichzeitig aber gibt es die Kirche nur, weil die Welt von Gott erlöst werden soll. Die Kirche gibt es also nur um der Welt und nicht um ihrer selbst willen.

ZEIT: Sie deuten »Entweltlichung« jetzt fast nur metaphorisch. Der Papst hat doch ganz handfest gesprochen: Die Kirche hierzulande müsse sich fragen, wo sie satt, bequem und selbstzufrieden sei.

Marx: Aber es ist eine Engführung der Argumente des Papstes, wenn jetzt nur gefragt wird: »Ist die Kirche zu reich?«

ZEIT: Ist die Kirche zu reich?

Marx: In einer Gesellschaft, in der viele Gläubige am allgemeinen Wohlstand partizipieren, nimmt auch die Kirche am Wohlstand teil, das ist ja klar. Aus meiner Sicht kommt es darauf an, was die Kirche mit dem Geld tut, das ihr zufließt. Bestimmen die Ziele noch die Mittel, oder ist es umgekehrt? Gerade weil wir Institutionen wie Kindergärten, Krankenhäuser

operatives Verhältnis halte ich für legitim, solange klar ist: Kirche bleibt Kirche und Staat bleibt Staat.

ZEIT: Macht Kirchensteuer die Kirche nicht träge?

Marx: Vom Geld kann durchaus eine Gefährdung in diese Richtung ausgehen, aber die Kirche ist doch nicht bloß ein Traum oder ein Gefühl, sie ist real, eben mitten in der Welt. Man kann als Mitglied der Kirche nicht sagen, ich gehöre dieser Gemeinschaft an, aber finanziell beteiligen will ich mich lieber nicht.

ZEIT: Haben Sie Angst, dass die Gläubigen die Kirche nicht aus freien Stücken unterstützen?

Marx: Nein, die Angst habe ich nicht.

ZEIT: Es ginge also auch ohne die Kirchensteuer?

Marx: Selbstverständlich, aber anders – man müsste dann diskutieren, welche Aufgaben für das Gemeinwesen die Kirche künftig nicht mehr schultern soll. Aber es wäre ja wirklich abenteuerlich, zu meinen, die katholische Kirche würde ohne Kirchensteuer untergehen. Dann müsste die Weltkirche ja längst untergegangen sein!

ZEIT: Der Philosophieprofessor und Benediktiner Elmar Salmann spottete neulich, die deutschen Bischöfe hätten dem Papst eine listige Antwort gegeben auf seine Forderung nach Entweltlichung: Du hast zwar recht, aber ändern tun wir gar nichts.

ZEIT: Sie haben gesagt, wie in der Politik, so haben auch in der Kirche jetzt die Vereinfacher rechts wie links ein leichteres Spiel. Wer sind die Vereinfacher?

Marx: Ich bin selber nicht bekannt als jemand, der das klare Wort scheut. Aber eine gewisse Differenzierung müsste doch in einer kirchlichen Debatte da sein. Stattdessen steigt die Anfälligkeit für eine schlichte Schwarz-Weiß-Rhetorik. Man will klare Verhältnisse, so unklar die Lage oft auch ist.

ZEIT: Liegt das auch an radikalen katholischen Internetseiten?

Marx: Die lese ich gar nicht, aber natürlich färbt das Internet auf die Debatte ab. Das permanente Kreisen um die Frage »Wer ist der bessere Katholik?« führt nur zu Verschwörungstheorien und Schuldzuweisungen.

ZEIT: Wann wird aus einem Reinheitsideal Sektierertum?

Marx: Wenn unsere Botschaft zu einer gemacht wird, die nur nach innen, an die eigene Truppe gerichtet ist, also nicht inklusiv denkt, sondern exklusiv.

ZEIT: Das soll schon vorgekommen sein.

Marx: Es wäre unhistorisch, zu bestreiten, dass in der Weltflucht eine Gefährdung liegt.

ZEIT: Aber hängt nicht Papst Benedikt viel stärker als Sie dem Bild einer kleinen und reinen Kirche an?

Marx: Auch der Papst hat mit Weltflucht nichts im Sinn.

ZEIT: Der Papst sieht das Christentum bedroht.

Marx: Es ist heute objektiv schwieriger, als Christ in der Gesellschaft zu bestehen. Aber kann man denn sagen, dass unser Kontinent jemals ganz evangelisiert war?

ZEIT: Sie meinen, es gibt die gute alte Zeit nicht, nach der sich manche sehnen?

Marx: Ich halte nichts vom Begriff der »guten alten Zeit«, das ist eine Erfindung der Nachgeborenen. Was mich zum Beispiel bedrückt: In einem Land, wo wahrscheinlich die Kenntnis der Zehn Gebote intensiver war als heute, wo die Ehen stabiler waren, wo der Kirchenbesuch erheblich über unserem heutigen lag, ist der größte Zivilisationsbruch aller Zeiten passiert.

ZEIT: Sie sprechen jetzt von ...

Marx: ... Deutschland. Gerade wir wissen darum: Dem Evangelium muss man sich immer wieder neu aussetzen. Ich würde doch nie von mir behaupten: Jetzt bin ich durch-evangelisiert!

ZEIT: Gibt die Kirche ihren Gläubigen nicht manchmal so viele Antworten, dass sie darüber das Fragen vergisst?

Marx: Eine Kirche, die alles weiß, ist für den Menschen – auch für mich – nicht ganz einfach zu akzeptieren. Wir sind nicht die Verwalter Gottes. Paulus sagt, wir sind Verwalter von *Geheimnissen* Gottes. Das heißt, wir kennen auch nur vorläufige Antworten. Am Ende ist Gott größer als alles, was Menschen denken und aussprechen können.

ZEIT: Auch größer als die Kirche?

Marx: Natürlich, Gott ist immer größer, auch größer als die Kirche. Die Kirche ist nur das Werkzeug und nicht das Ziel.

ZEIT: Von Ihnen gibt es den Satz: »Mir muss keiner sagen, dass der Zölibat eine prekäre Lebensform ist.« Prekär heißt, es kann auch mal schiefliegen.

Marx: Ja, das heißt es. Aber das gilt heute für die lebenslange Ehe genauso wie für den Zölibat.

ZEIT: Gibt es für Sie konkrete Versuchungen, oder sind Sie dagegen gefeit?

Marx: Ach was. (lacht) Nein. Punkt.

ZEIT: Punkt?

Marx: Wenn wir Versuchung hören, denken alle sofort »Let's talk about sex«. Aber der Teufel lauert hinter jeder Tür. Es gibt Versuchungen der Ehre, der Eitelkeiten. Der Teufel stellt sich ja nicht dumm an, er ist fantasievoll.

ZEIT: Was ist Ihre größte Versuchung?

Marx: Hm. (denkt nach) Die gewisse Unübersichtlichkeit meines Lebens. Mein Schreibtisch ist dafür ein Bild. Da bin ich etwas – ich will nicht sagen chaotisch, aber: Der Schreibtisch erzählt schon von der Versuchung, mich zu verzetteln.

ZEIT: Und hält nicht das Bischofsamt die Versuchung zum Prunk bereit? In München wird erzählt, der alte Kardinal Wetter habe ganz bescheiden gelebt, Sie aber zögen ins Erzbischöfliche Palais aus der Zeit des Rokoko.

Marx: Also, wer das erzählt, der kennt sich entweder nicht aus, oder er will die Wahrheit nicht wissen!

ZEIT: Was ist die Wahrheit?

Marx: Alle meine Vorgänger haben seit 200 Jahren im Erzbischöflichen Palais gelebt. Und noch ehe ich nach München kam, hat der Freistaat Bayern, dem der historische Bau gehört, beschlossen, erstmals seit Jahrzehnten zu sanieren. Meine Privatwohnung mit drei Zimmern, Küche und Bad ist im rückwärtigen Teil des Hauses, wo auch meine Vorgänger gelebt haben. Das Haus ist ein Dienstgebäude mit Büros für meine Mitarbeiter sowie historischen Räumen, die für öffentliche Zwecke, wie Gespräche und Begegnungen, genutzt werden. Außerdem gibt es Wohnungen für den Sekretär und die Schwestern. Ich wünsche mir jedenfalls ein offenes Haus, das Begegnungen mit vielen Menschen ermöglicht.

ZEIT: Jetzt wirken Sie wütend.

Marx: Ich ärgere mich schon, wenn ein falsches Bild von mir gezeichnet wird. Na ja, wütend soll man eigentlich nicht werden. Der Zorn zählt schließlich zu den Todsünden.

ZEIT: Was macht Sie heute wütend an Ihrer Kirche?

Marx: Traurig macht mich, dass der Stil der Auseinandersetzung, sagen wir mal vorsichtig, verbesserungsfähig ist. Das macht ja die neue Evangelisierung schwer, die dem Heiligen Vater so wichtig ist. Und das sehe ich auch für mich als zentrale Aufgabe für die Zukunft. Das geht aber nur, wenn die Kirche in Gemeinschaft zusammensteht.

Die Fragen stellte PATRIK SCHWARZ

In der Welt zu Hause

Ein Foto vor der U-Bahn? **Kardinal Reinhard Marx** blickt auf die Uhr. Ein wenig Zeit ist noch übrig vor dem Mittagessen, also los. Der gebürtige Westfale ist als katholischer Erzbischof von München und Freising **der erste Nichtbayer** im Amt. Als Sozialethiker hat der 58-Jährige seinen eigenen Blick auf den umstrittenen Appell des Papstes zur **Entweltlichung**. Benedikt XVI. hatte bei seinem Besuch in Deutschland von der Kirche gefordert, **viele Privilegien** aufzugeben. Marx mag die Welt: Auf dem Weg durch Schwabing grüßt er seinen Optiker ebenso beschwingt wie den Friseur (»Der weiß alles!«)



U-Bahn »Münchner Freiheit«: Der Erzbischof wohnt in Schwabing

und sagt: »Sie passen in die Welt!«, dann antworte ich: »Na, das möchte ich jetzt auch nicht so ganz.«

ZEIT: Ist heute nicht eher das Gegenteil zu beobachten: eine Priesterkaste, die sich immer stärker zurückzieht?

Marx: Bei aller Zeichenhaftigkeit des Priesteramtes: Die Kirche darf nicht zu einer Sonderwelt jenseits der Menschen werden. Das hat Jesus nicht gewollt.

ZEIT: Jesus hat eine Meinung zu tanzenden Kardinalen?

Marx: Er hat jedenfalls die Feste der Menschen besucht und erlebte dieselbe Spannung wie wir in der Kirche. Im Evangelium artikuliert sich die Kritik an Jesus ganz deutlich: Wie kann das denn sein, der Fresser und Säufer sitzt bei den Sündern und isst mit denen! Er fasst die Kranken an und macht sich unrein. Ja, Jesu Hinwendung zu den Menschen war aus der damaligen Sicht eigentlich inakzeptabel. Auch das macht seine Faszination aus.

ZEIT: Muss der Kardinal alleine tanzen?

Marx: (lacht) Also, ich mache auch mal mit der Schützenkönigin einen Traditionstanz. So was kommt vor.

ZEIT: Wie weit sich die Kirche mit der Welt einlassen darf, ist seit dem Deutschlandbesuch des Papstes heiß umstritten. Benedikt XVI. hat in seiner Abschiedsrede den deutschen Katholiken eine kontroverse Mahnung mitgegeben: Die Kirche solle sich »ent-weltlichen«. Ist »Entweltlichung« ein Kampfbegriff im Streit um die künftige Richtung der Kirche?

Marx: Ja, es gibt bei einigen in der Kirche die Tendenz, aus dem sehr klugen Wort des Papstes eine Rolle rückwärts abzuleiten. Doch theologisch ist das unhaltbar: dass die Kirche sich aus der Welt zurückziehen könnte.

ZEIT: Der Papst scheint einer solchen Rückbesinnung nicht abgeneigt zu sein.

Marx: Nein, dem Papst ging es um den Impuls: Wie stellt sich Kirche in einer pluralen Gesellschaft auf? Wir wollen mitten in der Welt stehen und doch nicht von

und auch Wirtschaftsunternehmen betreiben, müssen wir wachsam bleiben, ob sich da Apparate verselbstständigen.

ZEIT: Der Papst sagte ausdrücklich, die Kirche müsse von politischen und materiellen Privilegien lassen ...

Marx: (unterbricht) Das war erst einmal eine allgemeine Rede, er hat keine konkreten Anweisungen gegeben, auch nicht der Kirche in Deutschland. Er weiß, dass wir in einer anderen Situation sind als in einer afrikanischen Diözese. Wir haben geschichtlich gewachsene Aufgaben. Da kann man nicht einfach sagen: Die Hälfte eurer Kindergärten sollt ihr aufgeben.

ZEIT: Der Papst sagt nicht konkret, was ihr tun sollt, aber er sagt ...

Marx: ... »Denkt darüber nach!«

ZEIT: Er sagt: »Tut es!« Selbst dort, wo die Kirche gegen ihren Willen Macht und Geld abgeben musste, habe die Entschlackung ihr letztlich gutgetan.

Marx: Das muss man überprüfen.

ZEIT: Ich zitiere nur den Papst.

Marx: Was Papst Benedikt meint, ist doch: Wir haben historische Phasen gehabt, in denen die Kirche Verquickungen mit dem Staat eingegangen ist, die wir heute sehr kritisch betrachten. Das reicht bis hin zum Anspruch der Päpste, zugleich Herren der Welt zu sein. Aber nicht jeder Raub von Kirchengut ist deswegen gutzuheißen und geistlich fruchtbar gewesen.

ZEIT: Aber Benedikts Kerngedanke leuchtet nicht nur Konservativen ein: Könnte eine Kirche, die frei von staatlicher Alimentierung ist, nicht klarer Kirche sein, auch freier und mutiger Missstände anprangern?

Marx: Wir werden nicht durch den Staat unterhalten, sondern wesentlich durch das, was die Gläubigen finanziell aufbringen. Zu unserem Selbstverständnis gehört die klare Trennung von Kirche und Staat. Aber ein ko-

Marx: Ich kann mich nicht erinnern, dass wir einen Beschluss der Bischofskonferenz gefasst hätten, uns so zu äußern. Aber ich kann ebenso wenig erkennen, dass bei uns die Meinung vorherrscht, wir müssen nichts ändern.

ZEIT: Was muss sich ändern?

Marx: Entweltlichung alleine ist nicht mein Programm. Der Papst hat mehr gesagt als dieses eine Wort. Ich würde den Begriff nie isoliert sehen von einem weiteren wichtigen Ansatz, den der Heilige Vater uns aufgegeben hat zu bedenken: Das Sacrum Commercium, also den heiligen Austausch, dass also die Welt verwandelt werden soll. Dazu ist die Kirche Werkzeug und Zeichen, also Sakrament des Heils für die Welt. Wer das nicht mitdenkt, kommt beim Begriff der Entweltlichung stets auf die falsche Spur.

ZEIT: Der erste Fall, wo die Kirche Entweltlichung handfest praktiziert, ist der Weltbild-Konzern. Die Bischofskonferenz will diesen größten deutschen Online-Buchhändler an Amazon verkaufen. Sind Weltbild wirklich die pornografischen Bücher zum Verhängnis geworden, die man dort online bestellen konnte?

Marx: Das Thema Weltbild beschäftigt uns schon einige Jahre. Es gibt mehrere Gründe, jetzt eine Trennung von diesem Unternehmen einzuleiten.

ZEIT: Sollte die Kirche überhaupt Anteile an Wirtschaftsunternehmen besitzen?

Marx: Es wäre doch eine Naivität, zu meinen, Ordensgemeinschaften bis hin zum Heiligen Stuhl hätten nicht ihr Geld angelegt bei Banken, Fonds oder in Aktien. Es ist auch im Interesse unserer Kirchensteuerzahler, dass wir die Rendite nicht völlig aus dem Blick verlieren. Wichtig ist, dass unsere Anlagen ethisch verantwortbar sind. Darauf achten wir im Erzbistum München und Freising. Aber müssen Bischöfe selbst erwerbswirtschaftlich tätig sein? Das, meine ich, muss nicht sein.



Solch lichte Momente waren unserem Autor nicht vergönnt

Jäger im Dunkeln

Wer Nordlichter sehen will, hat 2012 besonders gute Chancen. Doch er braucht auch Glück, selbst in Finnland am Polarkreis **VON BURKHARD STRASSMANN**

Nordlichter«, sagt man in Island, »sind wie der Weihnachtsmann – wenn man wirklich daran glaubt, sieht man sie.« Dieser Satz, den ich eben im Flugzeug gelesen habe, beunruhigt mich. Schließlich lande ich gerade am Polarkreis, im nordfinnischen Rovaniemi, um das Nordlicht zu jagen. Dann entdecke ich in der Empfangshalle des Flughafens tatsächlich den Weihnachtsmann, mit Schlitten und Rentieren und Päckchen. Ganz überraschend ist das nicht, selbst im Januar – die Hauptstadt Finnisch-Lapplands ist weltweit als Heimstatt und Postadresse des Weihnachtsmanns bekannt. Ich nehme die Begegnung als gutes Omen für meinen Jagdausflug und steige in einen Skibus. Weiter geht es nordwärts, dorthin, wo das scheue Licht am ehesten zu erwarten ist. Mein Ziel: Luosto, 120 Kilometer tiefer in der Winternacht.

Keine Sonne von morgens bis abends, Finsternis ab 15 Uhr, gern 40 Grad Kälte und Schnee bis zum Kinn – wer sich das antut, muss einen guten Grund haben. Ich habe den besten: Sehnsucht nach Nordlicht. Wunderschöne, berückende Fotos habe ich gesehen, Filme von irrwitzigen, gewaltigen Vorhängen in Grün, Rot und Violett, die über den Sternenhimmel wehen, huschen und zucken. In meiner Fantasie gehört dazu an- und abschwellender Sibelius, und danach ist man ein anderer Mensch. Zurzeit sollen die Chancen, Polarlicht zu erleben, so groß sein wie lange nicht mehr. Die Lichteffekte sind alle elf Jahre besonders heftig, und gerade ist eine höchst aktive Phase. Darüber hinaus hat die indisch-amerikanische Atmosphärenforscherin Mausumi Dikpati einen »Hammer« prophezeit, der die Erde 2011 oder 2012 treffen wird. Ein solarer Sturm soll uns erwischen, wie ihn der Planet seit 50 Jahren nicht erlebt hat, und das wird einen Aufruhr im irdischen Magnetfeld zur Folge haben. Als Nebeneffekt dürften die Nordlichter um bis zu 50 Prozent stärker blitzen als üblich.

Mausumi Dikpati wurde zur viel zitierten Prophetin der Touristiker Kanadas, Islands und Skandi-

naviens; die freuten sich über gute Buchungszahlen in sonst mauer Zeit. Orte wie das norwegische Tromsø, traditionell ein Reiseziel für Polarlichtsucher, stellten das Atmosphärenphänomen ins Zentrum ihrer Winterkampagnen. Zum Ärger der Norweger bläst auch Finnland die Backen auf. Die Website des Wirtschaftsministeriums weist auf »Nordlicht von selten da gewesen Ausmaßen« hin, lädt nach Lappland ein und offeriert zum Download einen Nordlicht-Bildschirmschoner.

Die Strategie scheint erfolgreich zu sein. Russen sitzen im Bus nach Luosto, Japaner, auch eine französische Familie mit kleinen Kindern. Wir finnischen *aurora hunters* – *Aurora borealis*, »nördliche Morgenröte«, heißt das nördliche Polarlicht, das Südpollicht nennt sich *Aurora australis* – starren aus dem Fenster und blicken gespannt zum Himmel. Laut Statistik sind hier, 100 Kilometer nördlich des Polarkreises, von drei Nächten zwei Aurora-Nächte. Stockdunkel ist es allerdings auch sonst nicht. Schnee und Vollmond erhellen die Nacht. Ich erkenne zwei Rentiere auf der Straße, eines hat ein gewaltiges Geweih. Der Bus bremst, sie trotten neben uns her, dann biegen sie in den Fichtenwald ein. Rentierjäger müsste man sein!

Luosto ist ein Dorf mit 40 Einwohnern, drei Hotels und Souvenirläden. Hinter dem Ort erhebt sich ein *tunturi*, ein kleiner Berg, von 500 Meter Höhe. Hier hat man Skilifte installiert und Pisten präpariert, eine ist ganze 1400 Meter lang und stürzt sich 225 Meter talwärts. Doch alpines Gefühl kommt nicht auf, es fehlen Rummel, Gaudi, Après-Ski und modische Skigarderobe.

Dafür spürt man allerorten die Aura der Aurora. Mein *hotelli* heißt Aurora Chalet, es hat extra große Fenster zur Vorzugseite des Nordlichts, nach Nordost. Drinnen hängen Fotoleinwände spektakulärer Lichterscheinungen. An der Rezeption überreicht man mir ein rosafarbenes Handy. Damit wird man mich alarmieren, falls ich schlafe, wenn das Nordlicht kommt. Doch welcher Jäger will schlafen, wenn das Wild so nah ist?

Ich setze mich ans Fenster und schaue hinaus. Sieben Uhr abends. Könnte langsam losgehen. Draußen knattert eine Gruppe dick eingemummelter Snowmobilmfahrer vorbei. Leute schleppen Einkaufstüten. Im knietiefen Schnee toben Kinder. Niemand trägt ein Stativ mit sich herum, oder eine Kamera. Linker Hand liegt der Skihügel, von gelbem Flutlicht bestrahlt. Das Nordlicht lockt, und man fährt Ski! Ist Polarlicht hier vielleicht so alltäglich wie bei uns der Sonnenuntergang?

Beim Abendessen – es gibt zartes Ren, versteht sich – beobachte ich die anderen Gäste. Sehen die nicht alle leicht deprimiert aus? Wirken sie nicht etwas

Finnland

Anreise: Flug über Helsinki nach Rovaniemi, z. B. mit Finnair, dann weiter per Skibus

Unterkunft: Das Aurora Chalet in Luosto hat Zimmer mit Panoramafenstern, Sauna und teilweise Kaminofen. Nordlichtalarm. DZ ab 95 Euro, Tel. 00358-16/327 27 00, www.auroraChalet.fi

Veranstalter: Top Nord bietet individuelle Reisen nach Luosto an, mit Übernachtung im Aurora

mürrisch? Niemand hat wie ich seinen Aurora-Alarm mitgenommen. Ich höre wieder viel Russisch. Am Nebentisch sitzt Tanja, Mitte 20, Kosmetikbranche; sie ist heute mit ihrem Mann aus Moskau angekommen, um das Nordlicht zu suchen. Im Übrigen, sagt sie, sei Luosto an diesem Wochenende voller Russen, weil am nächsten Tag das russische Weihnachtsfest gefeiert werde. Russland ist nicht nur historisch nah – Finnland war bis 1917 ein russisches Großfürstentum –, sondern auch geografisch. Von Luosto sind es zur Grenze bloß 100 Kilometer. Der Zug von Moskau nach Helsinki braucht gerade mal zehn Stunden.

Ich packe mich dick ein und gehe raus in den Schnee. Im Hotelprospekt wird eine Stelle an einem See empfohlen, um das Nordlicht zu sehen. Hier sei der Himmel besonders dunkel, der Wald licht. Ich stapfe einen Kilometer durch den Schnee. Es ist gar nicht kalt, zehn Grad minus vielleicht, Schnee fällt. Ich bleibe stehen und höre nichts. Gar nichts. Nur mein Atmen. Die Stille hat etwas Beeindruckendes, aber auch etwas Beängstigendes. Was, wenn jetzt der Bär kommt? Es gibt in Lappland so viele Bären, dass man sie schießen darf und in Restaurants serviert. Ich nehme mir vor, die Bestie zu fotografieren, bevor sie mich angreift. Dann fällt mir ein, dass Bären

Chalet, Fahrt zum Nordlichthaus und Winteraktivitäten. Eine Woche ohne Anreise im DZ ab 695 Euro. Im März findet eine Gruppenreise mit astronomischer Leitung statt, eine Woche im DZ inkl. Flug ab 1795 Euro. Tel. 09163/99 67 76, www.top-nord.de

licht sei doch gar nicht so aufregend, zumal das häufige grüne Leuchten, da schaue er schon gar nicht mehr hin. Nur wenn es mal so richtig bunt und wild sei, halte er sein Taxi an.

Das Kleinreden hilft mir nicht weiter. Ich fühle mich wie ein Taucher, der am australischen Great Barrier Reef statt Haien bloß Schnecken zu sehen bekommt. Ich falle in ein Loch. Ich kippe an der Bar einen Wodka, doch Alkohol ist keine Lösung – bei den finnischen Alkoholpreisen. Die zwei Deutschen, die gerade am Hotelcomputer die Aurora-Vorhersage suchen, warten schon seit einer Woche auf das Nordlicht. Sie sind sauer und überlegen sich, nächstes Jahr Nordlicht mit Garantie zu buchen. Dabei fliegt man mit kleinen Flugzeugen über den Wolken, und wenn nichts zu sehen ist, gibt es Geld zurück.

Später treffe ich viele Nordlichtjäger beim Frustkauf im winzigen Laden an der Hauptstraße. Ich suche mir die typisch finnische Lakritzschokolade aus und ein paar schmucke Aurora-Postkarten. An der Kasse höre ich, wie drei enorm blonde Britinnen im rentenfähigen Alter diskutieren. Es geht den Damen um die Frage, ob es sein könnte, dass all dies Getue mit der Aurora ein Trick des finnischen Tourismusbüros ist. Alles ein Fake, Fotos gefälscht, und wenn Nordlicht, dann Lasershow. Eine hat gehört, dass man *northern lights* auch im nordschottischen Aberdeen hätte sehen können. Die drei lachen bitter.

Der Retter meiner Stimmung heißt Pascal. Er ist 40, trägt Zottelhaar und Vollbart und stammt aus Besançon in Frankreich. Er ist eigentlich Archäologe; als Goldwäscher kam er einst her. Tatsächlich wird in



Fortsetzung auf S. 56

Fortsetzung von S. 55

Lapland seit Langem Gold gefunden, vor 130 Jahren gab es hier sogar einen regelrechten Goldrausch. Über das Gold fand Pascal seine tiefe Liebe zunächst zu Lapland, dann zu einer Finnin. Er ließ sich zum *wilderness guide* ausbilden und führt mich und andere Hotelgäste heute Abend auf einer Schneeschuhwanderung.

»Schneeschuhsuche nach dem Nordlicht«, so heißt die Exkursion offiziell. In einer langen Reihe latschen wir auf unförmigen klappernden Gestellen hinter ihm her, flott bergan durch den Tann. Bald beginnt so mancher Nordlichtjäger zu seufzen und zu stöhnen. Einer rundlichen Engländerin versagt das Knie. Doch es geht ja um nichts Geringeres als den Erfolg der Reise.

Pascal nimmt das Wort Nordlicht jedoch gar nicht in den Mund. Dafür hält er an, wenn er Spuren im Schnee entdeckt. »Da ist ein Fuchs gesprungen«, erklärt er. Dort ein Eichhörnchen, übrigens die Ratte des Waldes, ein Allesfresser, der auch vor Jungvögeln nicht Halt macht und Krankheiten überträgt. Hier eine Marderspür, und da lief ein Schneehase. Auch Kot weiß Pascal zu interpretieren, und gern gibt er die Geschichte von der lila Bärenscheiße zum Besten, die man im Sommer zur Blaubeerzeit überall finden kann. Immer geht es ihm um erdnahe Themen. Um die Stille, »einzigartig in Europa«. Den natürlichen Reichtum Laplands. Als wir am Ende mit heißem Fruchtsaft versorgt werden, ist das Lernziel erreicht. Niemand starrt mehr suchend in den Polarhimmel. Lapland ist aus vielen Gründen schön und spannend. Und das Nordlicht? Kommt vor. Als Nebeneffekt.

Kurzzeitig macht es mir endlich Spaß, im Hotelzimmer Holz im Kaminofen anzuzünden und die winzige Sauna zu benutzen. Ich verstehe jetzt den tieferen Sinn der lokalen Freizeitangebote. Ich könnte in einer alten Mine Amethyste sammeln oder mit dem Motorschlitten herumrasen und Baby-Huskys besuchen. Doch leider bleibe ich nicht lange so aufgeschlossen. Um das Nordlicht zu jagen, bin ich angereist. Und wenn es sich nicht beim Blick nach oben zeigen will, dann suche ich eben andere Perspektiven.

Ich will einen Nordlichtforscher kennenlernen. Dazu fahre ich 40 Kilometer nach Sodankylä, in die zweitgrößte Stadt Laplands. Im Geophysikalischen Observatorium untersucht man dort seit 100 Jahren die Zusammenhänge zwischen Sonnenaktivität, Erdmagnetfeld und Nordlicht. In dem Holzbau riecht es nach Holz, an den Wänden hängen Poster mit Antennen – Augen oder Ohren, um in die Atmosphäre zu spähen und lauschen.

Der Direktor des Observatoriums, Thomas Ulich, ist Deutscher. Er hat in Oulu Weltraumphysik studiert und ist inzwischen halber Lappländer. Nordlichtfans lassen sich von ihm erklären, wie es zu dem Leuchten kommt: wie Eruptionen auf der Sonne elektrisch ge-

ladene Teilchen erzeugen, die als Sonnenwinde auf die Erdatmosphäre treffen und vom Magnetfeld zu den Polen gelenkt werden. Wie sie dort auf Sauerstoff- und Stickstoffionen stoßen und diese energetisch anregen. Wie die Ionen in den Normalzustand zurückfallen – dabei Licht abgeben, das über den Nachthimmel huscht.

Ulichs Forschungsschwerpunkt ist die Ionosphäre, deren Beobachtung nicht nur Neues zum Nordlicht verspricht. Spannender findet er das »Weltraumwetter«. Ein aktuelles Thema, denn die Sonnenwinde erzeugen nicht nur Aurora-Leuchten. Sie können auch zu technischen Problemen führen – Störungen der Navigationstechniken, die künftig vollautomatisch Flugzeuge oder Schiffe steuern. Eine Weltraumwetterprognose über magnetische Störungen könnte die Systeme schützen helfen. Doch auch über die bunten Himmelsbilder weiß Thomas Ulich noch nicht alles – zum Beispiel, warum sie so oft wie riesige Vorhänge aussehen oder sich gar in Spiralen bewegen. Wie die Aurora entsteht, ist inzwischen gut erforscht. Wissenschaftler können sie sogar selbst herstellen. Ulich erzählt, dass ein britischer Forscher schon vor zehn Jahren künstliches Polarlicht erzeugt hat. Wenn das die argwöhnischen Damen aus Manchester wüssten.

Abends treffe ich Esa Turunen, einen Mann, der das Nordlicht in den Augen hat. Turunen ist ein Bessener. Er hat zahllose Nächte durchwacht und auf die Aurora borealis gewartet, oft draußen, bei grimmiger Kälte. Jetzt hält er einen Vortrag an einem See bei Sodankylä, im sogenannten Nordlichthaus. Seine Diashow zeigt mir endgültig, wie naiv ich war. Seine Erlebnisse, Fotos und Filme sind das Ergebnis einer lebenslangen Leidenschaft. Und dann kommt so ein *aurora hunter* aus Deutschland für ein Wochenende nach Lapland und erwartet, dass ihm all die Wunder der Ionosphäre in drei Nächten präsentiert werden!

Am letzten Abend um 22.50 Uhr und 51 Sekunden deutet sich der Höhepunkt der Reise an: Das Leihhandy piepst! »Aurora-Alarm!«, lese ich. »Nordlichter sind am Himmel. Wenn der Himmel klar ist, kann man sie sehen.« Die Hotelgäste poltern nach draußen, rennen herum, schreien, lachen – aber da ist nichts. Der Himmel ist nämlich nicht klar. Fast lückenlos wabert die Wolkendecke. Aurora-Fehlalarm.

Ich wandere los, in den Wald, bald ist es still, ein blasser Mond schafft es durch die Wolken. Immer wieder drehe ich mich um die eigene Achse, suche die Lichter. Bis mir der Himmel merkwürdig bunt vorkommt, die Farben zu kreisen und verschwimmen beginnen.

Es waren nur drei Bier. Das Gelb ist von den Laternen. Das Blau vom Mondlicht. Und das Rot ist eine Halluzination. Sie stammt aus dem Bereich meines Gehirns, der auch an den Weihnachtsmann glaubt.

www.zeit.de/audio



Foto: Cinecittà Luce/Scala, Florenz

BLICKFANG

Rom in Fahrt

Dean Martin sitzt in einem Straßencafé, den Blick zum Himmel. Fliegt dort ein Vogel, ein Flugzeug, ein Gedanke? In einem Laden wühlt Audrey Hepburn in einer Kiste mit Postkarten. Wem will sie schreiben? Manche Bilder des Bandes *La Dolce Vita* scheinen kleine Geschichten zu erzählen, lassen Filme im Kopf ablaufen. Kein Wunder, sie stammen aus dem Rom der fünfziger und sechziger Jahre. Zu jener Zeit war die ganze Stadt eine Bühne, auf der sich der Jetset inszenierte. Amerika hatte die Filmfabrik Cinecittà als günstige Alternative zu Hollywood entdeckt, mit den Produktionen kamen die Stars; Fellinis Film *La Dolce Vita* bescherte der Metropole endgültig ihren glamourösen Ruf. Die rund 80 Aufnahmen aus dem Archiv der Filmfabrik dokumentieren diese Ära – wie unser Foto, das die Schauspielerin Anna Maria Pierangeli zeigt. In nostalgischem Schwarz-Weiß erinnern die Bilder an einen alten Film, der lange zu Ende ist. Die Abspann-Musik ist noch zu hören, dem Buch liegen zwei CDs bei: der Soundtrack zu *La Dolce Vita* und italienische Hits von einst.

La Dolce Vita. Edel Germany, Hamburg 2011; 120 S. und zwei CDs, 39,95 €



In weiter Ferne so hoch

Ein Gespräch mit dem Fotografen Peter Bialobrzeski – über Asiens Mega-Citys, richtiges Reisen und den Feldherrenblick

Bangkok 2007 – ein Bild aus Peter Bialobrzeskis neuem Fotoband »The Raw and the Cooked« (Das Rohe und das Gekochte)

DIE ZEIT: Seit Sie 2003 mit Ihrem Fotoprojekt *Neontigers* bekannt wurden, haben Sie Asiens Megacitys ein halbes Dutzend Bücher gewidmet. Ihr jüngster Band *The Raw and the Cooked* beschäftigt sich wieder mit den gewaltigen Umwälzungsprozessen in den Städten des Fernen Ostens. Woher diese Vorliebe für Asien?

Peter Bialobrzeski: Die geht noch auf meine Jugend zurück. Damals faszinierte mich China, die Idee dieses Riesenreiches... Da wollte ich unbedingt mal hin. Während meines Volontariats als Tageszeitungs-Fotograf in Wolfsburg landete dann ein Kalender mit chinesischen Aquarellen in meinem Büro. Den musste ich ständig anstaren – bis ich einen Freund überreden konnte, im nächsten Winter einfach loszureisen.

ZEIT: Ausgerechnet im Winter nach China?

Bialobrzeski: Wir merkten schon beim Planen, dass das nicht die beste Jahreszeit war. Aber es gab ja noch andere Länder in der Region. Wir kauften ein Ticket für Indien und Sri Lanka, unterwegs kamen noch Nepal, Thailand und Hongkong als weitere Reiseziele hinzu. Wir hatten uns vorgenommen, so lange zu bleiben, wie das Geld reicht.

ZEIT: Und wie lange reichte es?

Bialobrzeski: Zehn Monate. Ich habe damals eine völlig neue Form des Reisens entdeckt – im Vergleich zu den Urlauben mit meinen Eltern oder zu ersten Trampouren nach Griechenland. Wir hatten uns ein Budget von zehn Mark pro Tag gesetzt. Fünf Mark fürs Essen, fünf fürs Schlafen. Je weniger wir ausgaben, desto länger konnten wir bleiben. **ZEIT:** Sie haben sich also nicht als Urlauber gefühlt?

Bialobrzeski: Nein, wir waren Traveller. Wir waren die cooleren Reisenden. Aber diese Art des Unterwegsseins bedeutete auch harte Arbeit. Es war nicht einfach, im Budget zu bleiben. Als wir später doch nach China kamen, wollte man uns da immer die 80-Dollar-Zimmer geben – die für Ausländer, das war der Reflex. Aber es gab auch andere. Man musste nur nach einer dreißigstündigen Zugfahrt noch den Nerv haben, weitere fünf Stunden völlig übermüdet an der Rezeption auszuharren und darauf zu bestehen, dass man in den chinesischen Flügel für fünf Mark kommt.

ZEIT: Was gefiel Ihnen an Asien?

Bialobrzeski: Mir gefiel die Einfachheit des Lebens, ich mochte das Essen, das Wetter, die Freundlichkeit der meisten Menschen... Und dass, vor allem in Indien, fast täglich etwas passierte, das ich vorher nicht für möglich gehalten hätte. **ZEIT:** Zum Beispiel?

Bialobrzeski: Vieles hatte mit den Lebensumständen zu tun, mit einem Überleben in Würde. Ich erinnere mich zum Beispiel an eine Fahrt mit einem klapprigen Bus. Der Kassierer hatte nur noch

einen Armstumpf. Bei laufender Fahrt ließ er sich die Rupien auf seinen Stumpf legen und schnippte das Geld dann wahnsinnig geschickt in seine Hemdtasche. Es war einfach eine völlig fremde Welt – und diese Erfahrung prägt mich bis heute. Wenn ich in Mumbai lande, gibt es im Flughafen immer noch so einen Geruch aus Fäulnis, Feuchtigkeit und Klimaanlage, der sofort eine alte Fernseh-Erinnerung bei mir weckt.

ZEIT: Wie haben Sie während dieser ersten langen Reise fotografiert?

Bialobrzeski: Wahnsinnig schlecht. Ich habe Fotos gemacht, die nichts weiter waren als Fotos, von denen ich glaubte, dass die so aussehen müssten, wenn man in diese Länder reist. Das waren Abziehbilder von Fotos, die ich aus *National Geographic* oder *Geo* kannte. Nach der Reise habe ich mir die Bilder angeguckt und festgestellt, dass sie nichts von der Verbundenheit zeigten, die ich zu den Ländern empfand. Ich hätte mit den Bildern bestenfalls einen schönen Dia-Abend für Freunde bestreiten können. Eine eigene fotografische Sprache habe ich erst im Studium entwickelt.

ZEIT: Sie haben lange für verschiedene Magazine gearbeitet. Wie sind Sie zur Kunst gekommen?

Bialobrzeski: Ich wurde oft von Magazinen gebucht, um einen neuen Blick auf Altbekanntes zu werfen. Aber allzu neu durfte dieser Blick doch nie sein. Das war auf Dauer sehr frustrierend. Die Bilder meines ersten Buchprojekts *XXX Holy* über Indien kamen in Redaktionen gar nicht gut an: Zu verwaschen, zu kontrastarm, hieß es. Aber ich konnte eine Reihe Abzüge an Kunstsammlungen verkaufen. Da dachte ich: Aha, es geht auch anders!

ZEIT: Dann machten Sie sich an die *Neontigers*...

Bialobrzeski: Der erste Anstoß zu *Neontigers* ging auf 1994 zurück. Damals sollte ich in Singapur einen Essay des Science-Fiction-Autors William Gibson über das *Disneyland mit Todesstrafe* illustrieren. Mit Gibsons Cyber-Blick lief ich durch die Stadt. Eine von Gibsons Formeln hieß *high tech and low life*. Die fand ich im folgenden Jahr noch einmal bestätigt. Eine neue Autobahn lief auf halber Höhe durch die Stadt und gab der Skyline etwas sehr Futuristisches; gleichzeitig standen darunter die Straßenhändler und verkauften Hühnerflügel für 25 Cent. Dieses Bild hat sich mir eingebrannt. Ich wollte wiederkommen und ihm nachgehen. Nach dem Indien-Buch flog ich für eine Woche nach Bangkok.

ZEIT: Sie haben in Bangkok dem Bild aus Singapur nachgespürt?

Bialobrzeski: Ja. Es ging ja nicht mehr um eine konkrete Aufnahme aus einer bestimmten Stadt, sondern um ein übergreifendes Phänomen. Ich habe versucht, etwas Abstraktes anhand von beispielhaf-

ten Belegen einzufangen. Kurioserweise wurde ausgerechnet die *Neontigers*-Serie mit dem World Press Award ausgezeichnet – obwohl die mit Journalismus eigentlich kaum noch was zu tun hatte.

ZEIT: Wie erschließen Sie sich eine Stadt?

Bialobrzeski: Früher bin ich im Hotel angekommen und von dort aus konzentrische Kreise gelaufen. Meine eigenen Projekte waren zunächst extreme Low-Budget-Produktionen. Ich war fast ausschließlich mit öffentlichen Verkehrsmitteln unterwegs. Das war gut. Da sieht man mehr.

ZEIT: Sie nehmen aber auch Stadtpläne zur Hand?

Bialobrzeski: Durchaus. Irgendwann, nachdem ich festgestellt hatte, dass mir höher gelegene Punkte zugutekommen, habe ich in Hongkong sogar einen Stadtplan entdeckt, auf dem alle Hochgaragen eingezeichnet waren. So kommt man schon mal ohne viel Federlesens in die Höhe. Aber ich habe auch immer Balkone im Visier, von denen ich eine gute Aussicht hätte. Man verfeinert mit der Zeit die Methoden der Standpunktsuche.

ZEIT: Sie klingeln bei wildfremden Leuten, um von deren Balkonen herab zu fotografieren?

Bialobrzeski: Nein, klingeln geht gar nicht. Aber auf Zuruf klappt's oft. In Singapur kann man in jedem Haus mit dem Fahrstuhl hochfahren. Die Sozialbauten haben eine Art natürliches Durchzugs-System mit vielen offenen Bereichen. Das ist sehr praktisch. Aber ich bin auch schon illegal auf Baustellen eingedrungen. In Shanghai habe ich mal ein wichtiges Gesicht gemacht, mich in den funktionierenden Aufzug eines Rohbaus gestellt und bin aufs Dach gefahren. Meine größte Angst war, dass unten jemand die Tür abschließt. Es war schon dunkel, und ich wollte nicht auf dem Dach übernachten.

ZEIT: Haben Sie beim Blick auf gestaffelte Hochhaus-Panoramen mitunter das Gefühl, Sie betrachten die Stadtlandschaft wie andere die Niagarafälle oder den Grand Canyon?

Bialobrzeski: Das kommt vor. Manche Bilder und Blicke vermitteln einen Eindruck von Erhabenheit. Besonders Hubschrauber-Landeplattformen großer Hotels mit 360-Grad-Blick eignen sich dafür. Die geben schon eine brauchbare Feldherren-Perspektive. Gelegentlich muss ich daran zurückdenken, wie ich als jugendlicher Science-Fiction-Leser die Zukunft vorstellte. Wahrscheinlich rührt meine Faszination für asiatische Megastädte daher: Plötzlich hatte ich leibhaftig etwas vor Augen, das mir als jugendlicher noch wie eine futuristische Fantasie vorgekommen wäre. Den Begriff Megacity gab es zwar schon – aber endlich gab es auch Blicke und Ansichten, die diesen Begriff unmittelbar abbildeten.

ZEIT: Das Gefühl des Erhabenen war also: Dies ist die Zukunft – und ich stehe mittendrin!

Bialobrzeski: Genau. Doch es kam noch etwas Anderes hinzu: Als ich *Neontigers* fotografierte, wurde mir bewusst, dass ich daran mitgestalte, wie wir diese Zeit in Erinnerung behalten. Bei bestimmten

Bildern frage ich mich sofort, wie man die wohl in 20 Jahren sieht. Während der Arbeit an *The Raw and the Cooked* dachte ich oft, dass ich womöglich der Letzte bin, der auf diesem Dach noch einmal mit einer analogen Großformat-Kamera steht und sich die Zeit nimmt, das zu fotografieren.

ZEIT: Wo liegt für Sie der Unterschied zwischen *Neontigers* und *The Raw and the Cooked*?

Bialobrzeski: *Neontigers* war die Illustration einer Zukunftsvision. *The Raw and the Cooked* ist viel dokumentarischer und komplexer – eine Art Spaziergang von der traditionellen zur modernen Stadt.

ZEIT: Gibt es Orte, bei denen Sie sagen würden: Die sollte man schnell noch einmal besuchen, bevor da etwas unwiederbringlich verloren geht?

Bialobrzeski: Jakarta. Eigentlich ist Jakarta eine Ansammlung von Dörfern. Mittendrin gibt es das goldene Dreieck – drei Straßen, in denen die ersten Hochhäuser gebaut wurden. Dazwischen befinden

sich immer noch Siedlungen mit Palmen und Quartierwarten. Wenn man da reingeht, hört man Vogelgezwitscher. Der Lärm der Stadt erstickt, wird auf wunderbare Weise absorbiert. Mitten zwischen Hochhauszeilen fühlt man sich tatsächlich wie auf dem Dorf. Diese Siedlungen, die wird es nicht mehr lange geben.

ZEIT: Ein Verlust. Was wird gewonnen?

Bialobrzeski: Die neuen Blöcke bedeuten mehr Lebensqualität für mehr Menschen. Es gibt Kollateralschäden. Aber es wäre total meschugge, das, was passiert, nur mit einem traurigen, konservatorischen Früher-war-alles-besser-Blick anzusehen.

ZEIT: Zeigen Sie in Ihren Bildern städtische Schönheit jenseits von Sehenswürdigkeiten?

Bialobrzeski: Jetzt muss ich vorsichtig antworten, um nicht geschlachter zu werden. Schönheit ist ja in der Kunst ein heikler Begriff. Und meine Arbeit ist nicht frei von Widersprüchen. Diese Megacity-Motive haben – ganz klar – eine ästhetische Anziehungskraft. Die Frage aber bleibt, ob die Realität dahinter ebenso reizvoll ist. Wohl kaum. Natürlich will ich auf diese Realität hinaus. Aber ich nähere mich dem Thema lieber mit dem Blick der Verführung.

ZEIT: In Ihren Büchern stehen die Bilder verschiedener Städte nebeneinander, als handele es sich um eine einzige Megacity. Haben Sie persönlich eine Lieblingsstadt?

Bialobrzeski: Bangkok mag ich sehr gern, weil man sich in der Stadt so einfach zurechtfindet und das Essen so lecker ist. In Shanghai fühle ich mich wohl, weil ich da sehr viele Leute kenne. Außerdem genieße ich dort etwas, das vor 20 Jahren noch nicht möglich war: gleichzeitig auf verschiedenen Ebenen zu leben. Für einen Euro kann man die beste Dumpling-Suppe der Welt essen; und hinterher zu Starbucks gehen und für westliche Preise einen Schokoladen-Muffin bestellen. Als ehemaliger Traveller habe ich da allerdings immer noch ein Problem: Ich kann schlecht für einen Kaffee vier Euro zahlen, wenn ich kurz vorher für zwei Euro hervorragend gegessen habe. Aber mir gefallen diese Blitzexkursionen, diese Sprünge zwischen den Welten.

ZEIT: Empfinden Sie noch Dinge als exotisch?

Bialobrzeski: Wieder so ein heikler Begriff! Ich bin eigentlich schon als Kind etwas rumgekommen, war mit meinen Eltern auf Mallorca oder Gran Canaria. Zugleich erinnere ich mich an Kataloge einer Firma namens Trans-Europa. Da waren Bilder von Pagoden aus Thailand zu sehen. Die dazugehörige Reise kostete 8000 Mark. Das empfand ich damals als sehr exotisch – weil mir sofort klar war, dass ich dort niemals würde hinreisen können. Heute funktioniert der Begriff für mich nicht mehr.

ZEIT: Sehen Sie sich weiterhin als Traveller – oder machen Sie inzwischen auch Urlaub?

Bialobrzeski: Ich genieße nach wie vor die Erfahrung, weit weg zu sein, Distanz zu legen zwischen mich und die Heimat. Deshalb bin ich oft direkt nach Dubai geflogen – erst mal weg! – und von dort aus irgendwie weiter gen Osten. Urlaub kann ich immer noch nicht so gut. Das geht höchstens einmal im Jahr. Dieses Man-geht-essen,-kaufwas,-geht-an-den-Strand und so weiter, das ist zwei Tage lang erholsam, dann wird's mir schnell zu wenig.



Peter Bialobrzeski

Die *Neontigers* haben ihn international bekannt gemacht. 2003 gewann Peter Bialobrzeski mit seinem Fotoprojekt über Asiens Boomstädte den World Press Award und stieg damit vom renommierten Reportagefotografen zum gefeierten Fotokünstler auf. Schon seit den achtziger Jahren bereist er den Fernen Osten – und begleitet bis heute den dortigen Umbruch mit immer neuen Projekten. Gerade ist im Verlag Hatje Cantz sein jüngstes Buch *The Raw and the Cooked* erschienen, eine weitere panoramatische Reise durch das urbane Asien. Im Januar erhielt Bialobrzeski, 1961 in Wolfsburg geboren, den Erich-Salomon-Preis der Deutschen Gesellschaft für Photographie.

Interview: MERTEN WORTHMANN

Ich sitze auf dem gefrorenen Lago Bianco, eisige Böen schlagen mir in den Nacken, und 25 Meter über mir rauscht ein Drachen im Wind, der beunruhigenderweise an meiner Hüfte befestigt ist. Oder besser gesagt: meine Hüfte an ihm. Meine Füße sind auf ein Snowboard geschnallt, meine steifen Finger umklammern die Lenkstange des Drachens, und mein Lehrer ruft: »Du musst den Kite jetzt in die Powerzone fliegen!« Ich sehe die Sonne auf dem vereisten Boden vor mir reflektieren, atme tief ein und ziehe kräftig an der linken Seite der Stange.

Es ist der erste Tag meines dreitägigen Snowkite-Anfängerkurses, und ich kann nicht behaupten, man hätte mich nicht gewarnt. Jeder, der sich auskennt, hat mir gesagt: Mit Skiern ist es einfacher! Da sei man beweglicher und könne im Stehen starten. Doch die einzige Skiabfahrt meines Lebens begann am Gipfel des Elbdeichs in Wedel bei Hamburg und endete in großem Geheul. Da war ich vier. Auf dem Snowboard habe ich zumindest etwas mehr Erfahrung: zwei Tage im vergangenen Jahr, beim ersten Wintersporturlaub meines Lebens. Da war ich 31. Die anderen fanden, ich sei mutig, dabei wusste ich einfach nicht, wie man bremst. Aber mit Wind kenne ich mich aus! Wie viele Herbsttage stand ich als Junge auf dem Deich und manövrierte meinen Lenkdrachen durch den Sturm, ließ ihn Loopings drehen, doppelt und dreifach, in Sturzflügen abwärtschießen und nur Zentimeter über dem Boden die Kurve kriegen.

Doch das hier ist nicht der Deich. Der Lago Bianco liegt in den Schweizer Alpen, 2234 Meter über dem Meeresspiegel. Ringsum türmen sich silberne Gipfel, sieben Windstärken treiben einen fliegenden Schneeteppich über das Eis. Der Drachen heißt hier Kite, hat Luftkammern und ist dreieinhalb Meter breit. Die Lenkstange heißt Bar, ist links rot und rechts blau, und kurz nachdem ich also an der roten Seite gezogen habe, rast der Drachen los, von oben rechts nach unten links, oder wie man hier sagt: von ein Uhr auf acht Uhr. Auf halbem Weg lenke ich ein, er biegt scharf ab und fliegt in Richtung elf Uhr. Er ist nun in der Powerzone, das

bedeutet: in der Mitte des Ziffernblatts. Eigentlich sollte ich jetzt sanft emporgehoben und über den Schnee getragen werden. Stattdessen reißt es mich wie einen Fisch an der Angel nach vorn; ich segle flach über den See, Kopf und Arme voraus, mache in der Luft eine halbe Schraube und lande mit dem Rücken im Schnee. Gerade will ich durchatmen, da zerrt mich der Drachen mit dem nächsten Ruck weiter, ich schliddere über die Piste und ziehe schließlich die Notbremse, ein rotes Hütchen am mittleren der drei Seile. Der Schirm fällt in sich zusammen und flattert zu Boden.

Es ist das Ende eines Tages, der so schön begann: Aus dem Hotelbett sah ich das Morgenrot die Hänge hinabsteigen, im Tal ruhten Wiesen, Bäume und Häuser unter einer meterhohen Schneedecke. In den vergangenen Nächten hatte es so heftig gestürmt und geschneit, dass zwischenzeitlich alle Pässe geschlossen waren und das Oberengadin von der Außenwelt abgeschnitten dalag. Nach dem Frühstück fuhr ein schwerer Allradschlitten vor, mit fingerdicken Eiszapfen am Kühlergrill. Hinaus stieg Simon Sprecher, 35, den ich Simon nennen sollte, gebräunt, blauäugig und vom schwerelosen Gemüt eines Skilehrers. »Grüezi!«, sagte er und streckte mir die Handfläche auf Kopfhöhe entgegen. »Moin!«, sagte ich und schlug ein.

»Die Böen haben 60 Stundenkilometer. Das ist hart, aber nicht am Limit.«

Am Dorfausgang passierten wir einen See, an seinen Ufern klirrten dünne Eisschollen. »Das ist der Silvaplana«, sagte Simon, »normalerweise finden die Kurse hier statt. Aber dieser Winter ist so warm, dass das Wasser einfach nicht zufriert.« Also machten wir uns auf den Weg in die Berge, vorbei an den Hotelpalästen von Sankt Moritz, die Serpentina hinauf, bis in den letzten Zipfel der Schweiz, wo das Radio zu rauschen beginnt und nur noch italienische Sender empfängt; wo die Landschaft so märchenhaft ist, dass die Bergbahn Panoramafenster bis zur Decke hat und die Strecke einen Eintrag in der Liste des Unesco-Welterbes.

Auf dem Parkplatz am See riss mir der Wind die Befahrtür aus der Hand, sofort biss mir die Kälte ins Gesicht. Simon zündete sich im Wagen seine Zigarette an, dann stieg er aus und reckte seinen Taschen-Windmesser in die Luft: 48 Stundenkilometer. »Die Böen haben 60«, sagte er, »das ist hart, aber nicht am Limit.« Wir schulterten die Rucksäcke, einen hinten, einen vorne, klemmten uns die Snowboards unter die Arme und stapften in den weißen Nebel; Simon trug Schneeschuhe, ich versackte bis zu den Knien. In der Mitte des Sees ließ er seine Sachen fallen, drehte zwei große Schrauben ins Eis, spannte ein rotes Sicherungsseil und hängte die Drachen ein, damit sie nicht alleine davonfliegen. Dann stellte er sich mit dem Rücken zum Wind, breitete die Arme aus und führte sie über dem Kopf

zusammen: »Das ist der Rand des Windfensters. Der Kite zieht umso stärker, je mehr du ihn in die Mitte des Fensters steuerst. Deshalb nennen wir sie die Powerzone.« Nachdem Simon mir noch das Lenksystem und die Notbremse erklärt und ich einige Testflüge gemeistert hatte, war ich bereit für den Start aus dem Sitzen.

Am Morgen des zweiten Tages bläst es am Lago Bianco noch kräftiger. Nun wirbeln Windhosen über den See, Simon nennt die Bedingungen jetzt »saumäßig«, und für einen Moment frage ich mich, ob ich wirklich der Richtige für diese Expedition bin. Dann werfe ich meine Zweifel in die nächste Böe und mache dort weiter, wo ich am Vortag aufgehört habe: Ich lenke den Kite in die Powerzone. Und siehe da: Der Sitzstart gelingt beim ersten Versuch! Der Drachen hievt mich auf die Füße, ich verlagere mein Gewicht auf die Fersen und fahre 20, 30 Meter. Ich kann es, denke ich, ich kann es! Doch in meiner Euphorie verdrehe ich die Lenkstange und werde von den Beinen gerissen. Wenigstens brauche ich diesmal die Notbremse nicht, ich halte den Schirm oben und starte von vorn.

Ich spüre zum ersten Mal im Leben, dass ich Muskeln vorne am Hals habe

Noch erstaunlicher sind die Fortschritte der beiden anderen Schüler, die an diesem Tag am Kurs teilnehmen, ein Schweizer Paar in den Vierzigern. Schon nach einer guten Stunde stehen sie sicher auf den Skiern und lassen sich Hunderte Meter über die Ebene ziehen. Später werden sie beichten, dass sie schon im Sommer das Kitesurfen auf dem Wasser geübt haben.

Dann betritt Simon die Eisbühne. Sein Kite ist doppelt so groß wie meiner. Mit einem beachtlichen Satz schießt Simon los, auf die Berghänge am Ufer zu, gleitet sie mühelos ein Stück hinauf und steuert seinen Drachen plötzlich voll gegen die Fahrtrichtung. Er hebt ab, bleibt sekundenlang in der Luft, winkelt die Beine an, lässt mit einer Hand die Lenkstange los und greift mit der anderen sein Bord, macht eine halbe Drehung und landet 30 Meter weiter sanft auf den Füßen.

Er fliegt über den See, als ob er nie etwas anderes getan hätte. Dabei hat er mit dem Snowkite erst vor sechs Jahren begonnen, mit Ende 20, nach einem Kitesurkkurs in Spanien: »Das war so geil, dass ich es zu meinem Leben machen wollte.« Er ist nicht der Einzige, dem das gelang. Doch es gibt noch ganz andere Kaliber: Einige Kite-Profis beschleunigen ihre Boards auf über 100 Stundenkilometer; ihre größten Sprünge, 20 Meter hoch, 200 Meter weit, trügen sie locker über so manches Schweizer Alpendorf.

Als wir am Nachmittag zurück zum Parkplatz gehen, finden wir eine rote Spur im Schnee: gefrorenes Blut. Simon hat am Morgen gesehen, wie ein Teenager sich beim Sprung die Bar ins Gesicht riss und sich dabei einen Schneidezahn ausschlug: »Wenn so etwas passiert, dann fast immer aus Übermut!« Snowkite sei längst nicht so gefährlich wie früher, als sich die ersten waghalsigen Skifahrer die Berge hinauftragen ließen, um dann die unberührten Hänge abzufahren. Es wurde seitdem viel experimentiert. Die Nasa trug einen großen Teil zur Entwicklung bei, weil Raumfähren an Schirmen zu Boden gleiten, wenn sie wieder in die Atmosphäre eingetreten sind. Irgendwann rutschte auch Reinhold Messners Reisegepäck an einem Drachen durch die Antarktis. Messners Übungsplatz war der Silvaplana, dort also, wo 1992 die Snowkiteschule eröffnete, für die Simon arbeitet. Heute sind die Schirme und ihre dreifachen Bremssysteme so ausgetüfelt, dass die Versicherungen das Snowkite nicht mehr als Risikosport einstufen, sondern nur noch als Wagnis.

Am Morgen des dritten Tages hänge ich in den Seilen. Ich spüre zum ersten Mal in meinem Leben, dass ich Muskeln vorne am Hals habe; um aufstehen zu können, musste ich mich seitlich aus dem Bett rollen. Dafür hat der Wind sich beruhigt. Am Lago Bianco weht eine Brise von zehn Knoten, 18 Stundenkilometern – perfekte Bedingungen für einen Anfänger. Der Drachen, den Simon für mich auspackt, ist dreimal so groß wie gestern, 15 Quadratmeter Tragfläche, acht Meter Spannweite. Einmal in der Luft, zieht er gewaltig, aber die Bewegungen sind ruhiger und gleichmäßiger. Schon bald gelingt der Sitzstart, und ich gleite los, 50 Meter, 100, allerdings immer nur nach links, bei der Wende liege ich dann wieder am Boden und höre irgendjemanden rufen: »Auf Skiern ist es einfacher!«

Am Ende des letzten Tages lerne ich zu fliegen. Ich steuere den Kite in die Powerzone, ziehe kräftig an der Bar und springe ab, sekundenlang schwebe ich in der Luft und lande fünf Meter weiter sicher auf den Beinen. Wie ein Albatros steht der Drachen nun am Himmel, seine gewaltigen Flügel gehorchen mir wie verlängerte Arme; ich lasse ihn riesige Loopings drehen und in waghalsigen Sturzflügen herabschießen. Es ist wie damals auf dem Deich!

Zur selben Zeit liegt 100 Meter hinter mir ein einsames Snowboard im Schnee.

Kein Wind von Traurigkeit

Wer sich von Drachen über gefrorene Seen ziehen lässt, lernt sogar zu fliegen – durch die Luft und auf die Nase. Ein Selbstversuch im Snowkite von JULIUS SCHOPHOFF



Snowkite am Lago Bianco: Während unser Autor den Start aus dem Sitzen übt, hebt sein Lehrer ab

Lago Bianco

Anreise: Mit der Bahn nach Chur, dann im Bernina Express (www.rhb.ch) bis Sankt Moritz. Panoramawagen buchen – Teile der Strecke gehören zum Unesco-Welterbe. Weiter per Bus nach Silvaplana oder Surlej

Unterkunft: Das in Surlej gelegene Dreiersternhotel Bellavista bietet Ausblicke auf den Silvaplana, hat einen großen Wellnessbereich

und eine eigene Fleischrocknerei. Die Küche ist bekannt für Gerichte mit Wild aus eigener Jagd. DZ/HP ab 350 Euro. Tel. 0041-81/838 60 50, www.bellavista.ch

Das Ferienhotel Julier Palace in Silvaplana ist Treffpunkt der Snowkite-Szene. DZ/F ab 89 Euro. Zusammen mit der Kite-Sailing-Schule bietet das Haus auch Snowkite-Pakete an, Dreitageskurs inkl.

DZ/HP ab 545 Euro. Tel. 0041-81/828 96 44, www.julierpalace.com

Informationen: Die Kite-Sailing-School Silvaplana veranstaltet Kurse für Anfänger und Fortgeschrittene. Gruppenunterricht immer in dreistündigen Blöcken à 99 Euro. Einzelkurse ein bis vier Stunden, 83 bis 290 Euro. Auch Wochenend- und Mehrtagespakete, Angebote unter www.kitesailing.ch



»Geborgen wie in der Wiege ...«

Andreas Lukoschik hat ein Kreuzfahrt-Abc geschrieben. Ein Gespräch über Sicherheit an Bord und den Blick vom Achterdeck

DIE ZEIT: Herr Lukoschik, Sie sind bekennender Kreuzfahrt-Fan ...

Andreas Lukoschik: Ich bin geradezu süchtig nach Kreuzfahrten. In acht Jahren habe ich fast zwei Dutzend gemacht.

ZEIT: Jetzt haben Sie ein Buch darüber geschrieben, ein Abc mit dem Titel *Schläft das Personal auch an Bord?*. Unter D wie Drill schildern Sie, wie sorgfältig auf den Schiffen Notfallübungen durchgeführt werden. Ist das überall so?

Lukoschik: Lassen Sie uns bitte über deutsche Schiffe reden, ich will nichts gegen andere Nationen sagen. Auf unseren gibt es innerhalb der ersten 24 Stunden eine Sicherheitseinweisung. Die ruft zwar bisweilen Heiterkeit hervor, weil alle diese orangefarbenen Styroporpranger um den Hals tragen ...

ZEIT: ... Sie meinen die Schwimmwesten ...

Lukoschik: ... aber das Training ist sehr umfassend. Auf den Gängen weisen Mitarbeiter den Gästen den Weg; an jedem Ausgang steht Personal mit Listen und hakt die Namen der Passagiere ab, damit keiner vergessen wird. Alle müssen sich an den Rettungsbooten sammeln, die im Unglücksfall ihre sind. Da kann sich niemand drücken. Notfalls wird er aus der Kabine geholt.

ZEIT: Klettert man auch in die Rettungsboote?

Lukoschik: Nein, das wäre dann doch zu viel des Guten. Aber ich habe zum Beispiel schon Mann-über-Bord-Manöver erlebt: Da wurde eine Gum-

mipuppe ins Wasser geworfen, anschließend drehte das Schiff eine große Kurve und sammelte die Puppe wieder ein.

ZEIT: Nach dem dramatischen Schiffsunglück in Italien beklagten Passagiere, dass die Rettung chaotisch abgelaufen sei. Meinen Sie, das Image der Kreuzfahrtunternehmen hat Schaden genommen?

Lukoschik: Nach dem, was ich bisher von Reedereien und Reisebüros gehört habe: nein.

ZEIT: In den vergangenen Jahren gab es einen regelrechten Kreuzfahrt-Boom, die Unternehmen freuen sich über zweistellige Zuwachsraten. Wie erklären Sie sich das?

Lukoschik: Es ist doch so: Man checkt einmal ein, packt den Koffer aus, kommt dann weit herum – und das in vertrauter Umgebung. Überall wird Deutsch gesprochen. Und vergessen Sie nicht, wir werden auf den Schiffen auch immer ein kleines bisschen geschaukelt, wie im Mutterbauch oder in der Wiege. Das ist eine angenehme Geborgenheit.

ZEIT: Für manche ist diese Vorstellung eher einengend. Der Schauspieler Christoph Maria Herbst, der 2010 auf dem Fernseh-Traumschiff engagiert war, sprach anschließend in seinem Buch von einem »schippernden Knast«.

Lukoschik: Er bedient dabei einfach eines der drei großen Vorurteile gegenüber Kreuzfahrten, nämlich dass man tagelang nicht vom Schiff herunterkommt. Bei einer Atlantiküberquerung ist das so – aber da hat man das auch gebucht! Normalerweise fährt man nachts und legt morgens an schönen Häfen an. Wenn ich mit meiner Frau und meinem

Sohn verreise, gehen wir dann von Bord und erobern die Stadt. Und wir haben einen Höllenspaß! Abends sind wir wieder in unserem fahrenden Hotel. Es gibt Schlimmeres.

ZEIT: Und was sind die anderen beiden Vorurteile?

Lukoschik: Erstens: Der Altersdurchschnitt an Bord ist 90 plus. Stimmt nicht – die Passagiere sind 50 plus, auf der *Aida 42* plus. Zweitens: Man muss zum Frühstück den Smoking anziehen. Ich versichere Ihnen, das ist nicht so. Weder auf Riesenkähnen noch auf den kleinen für 300 oder 400 Passagiere, auf denen ich unterwegs bin.

ZEIT: Die kleinen sind Ihnen lieber?

Lukoschik: 3000 Leute auf einem Schiff, das mache ich nicht gern. An Land gehe ich auch nicht in ein Riesenhotel. Sehen Sie, es gibt ja die klassische und die moderne Kreuzfahrt. Bei der klassischen nutzt man das Schiff eher als Transportmittel, um

interessante Häfen anzulaufen. Bei der modernen zählt das Unterhaltungsangebot an Bord. Da gibt es nicht zwei, sondern acht bis zwölf Restaurants ...

ZEIT: ... und Kletterwände, Wasserrutschen, Fitnessstudios.

Lukoschik: Das sind fahrende Parkhäuser oder Gebirge! Wenn die an einem vorbeiziehen, wird es dunkel. Das ist nicht meine Art zu reisen.

ZEIT: Sondern?

Lukoschik: Ich lese ein Buch oder genieße den Blick auf den Ozean. Der schönste Platz an Bord ist für mich sowieso das Achterdeck. Dort bekommt man ein Gefühl für den Weg, den das Schiff zurücklegt. Die Weite ist einfach großartig. Ich schaue ins sprudelnde Wasser hinter uns, das sich rätselhafterweise in ein stilles Band verwandelt, zu dessen Seiten sich links und rechts kleine Wellen kräuseln. Wenn ich dann noch ein Glas Champagner oder eine Havana in der Hand habe, ist das sehr erhebend.

ZEIT: An H wie Havarie denken Sie dabei nie?

Lukoschik: Ich habe noch keine Havarie erlebt, möchte keine erleben und kenne einfach zu viele Kapitäne, die ausgesprochen vernünftig sind. Ich fühle mich auf Kreuzfahrten sehr sicher.

Interview: ULF LIPPITZ

Andreas Lukoschik: »Schläft das Personal auch an Bord? Ein Kreuzfahrt ABC«. Verlag Kiepenheuer & Witsch. Das Buch erscheint am 16. Februar 2012

/ FRISCH VOM MARKT /

Happy Ent

Man muss nur einmal versuchen, in der notorisch überfüllten Pariser Metro Händchen zu halten oder zu knutschen. Dann lernt man schnell: Die Stadt der Liebe per U-Bahn zu erkunden ist hauptsächlich empfehlenswert für Paare, die eine offene Beziehung führen wollen. Mehr Privatsphäre und Romantik verspricht da eine Ente als Transportmittel: Der Reiseveranstalter Dertour bietet neuerdings Stadtrundfahrten im nostalgischen Citroën 2 CV an. Eineinhalb Stunden lang geht es vorbei an vielen Sehenswürdigkeiten, darunter Eiffelturm, Champs-Élysées, Triumphbogen, Louvre und Notre-Dame. Ein deutschsprachiger Chauffeur übernimmt das Fahren – sodass man sich auf der Rückbank entspannt im Arm halten kann. MIEL
Fahrten dreimal täglich ab Opéra Garnier, 158 Euro/Wagen, www.dertour.de

Gut in Form: Helsinki

Gemeinhin sind die Finnen für folgende Fähigkeiten bekannt: Sie verkraften enorme Temperaturschwankungen – hechten von der Sauna direkt in Schnee und Eis. Sie können Tango tanzen und Karaoke singen, im Suff aber auch Tango singen und Karaoke tanzen. Und sie haben überraschende Design-Ideen – vom Handy bis zum Kugelsessel. In diesem Jahr gibt es einen besonders guten Grund, sich von der letztgenannten Fähigkeit selbst zu überzeugen: Helsinki ist Weltdesignhauptstadt 2012. Eine Möglichkeit ist die Reise »Wo Marimekko zu Hause ist«, die über finnisches Kunsthandwerk und Design informieren will. Die Gruppe besichtigt zum Beispiel den Hauptsitz der renommierten Bekleidungs- und Haushaltswarenfirma Marimekko, Design-Läden oder das Design-Museum. Auch die Architektur der näheren Umgebung steht auf dem Programm: die Wohn- und Atelierhäuser des Komponisten Jean Sibelius, des Malers Pekka Halonen und der Architekten Gesellius, Lindgren und Saarinen. MIEL

Termine im Juni und August. Viertägige Gruppenreise inkl. Flug, Transfers, Eintrittsgeldern, Reiseleitung, DZ/F ca. 900 Euro, www.talvitours.de

Privatschulen & Internate

Wie gründet man eine Schule, was erwartet mein Kind auf einem Internat, wie geht es weiter mit der Reformpädagogik? Antworten auf diese Fragen auf den folgenden Seiten. Der Fotograf Malte Jäger hat für uns Schüler und Mitarbeiter des Internats Schloss Torgelow porträtiert



Robert, 10, Schüler der fünften Klasse

Ich bin im Herbst, zu Beginn der fünften Klasse, nach Torgelow gekommen. Meine Eltern meinen, dass ich hier »gut schlau werden« kann. Am Anfang hatte ich besonders viel Heimweh. Ich besuche meine Eltern zwar jedes Wochenende, bin aber trotzdem meist traurig, wenn ich am Sonntag wieder wegfahre. Meine Mama auch. Unter der Woche telefonieren wir jeden Tag – das ist gut. Außerdem habe ich viel Ablenkung: Nach dem Unterricht gehe ich montags golfen, dienstags Fußball, mittwochs Tischtennis und donnerstags Tennis spielen. Ich mag Sport sehr.

Distanz tut immer gut

Was macht ein gutes Internat aus? Der frühere Rektor der Landesschule Pforta, Karl Büchenschütz, im Gespräch mit einer ehemaligen Schülerin

DIE ZEIT: Herr Büchenschütz, können Sie sich an den ersten warmen Tag im Mai 1999 erinnern?
Karl Büchenschütz: Nein, wieso? Sollte ich?
ZEIT: Da wollten Sie mich aus dem Internat schmeißen.
Büchenschütz: Wirklich?
ZEIT: Es war mein 16. Geburtstag.
Büchenschütz: Und Sie hatten zu viel getrunken.
ZEIT: Ich lag jedenfalls nicht ordnungsgemäß um 23 Uhr im Bett, ich saß mit Freunden an der Saale. Sie haben uns gesucht und die Polizei gerufen. Vier Uhr nachts haben Sie uns gefunden und mit Ihrem roten VW-Bus zurück ins Internat gekarrt.
Büchenschütz: Das war ein Renault! Und Sie hatten wahrscheinlich eine üble Fahne. Aber wir haben das ja vernünftig geklärt, Sie durften bleiben.
ZEIT: Hat es Sie eigentlich sehr genervt, ständig den Erziehungsberechtigten von pubertierenden Schülern spielen zu müssen?
Büchenschütz: Solche Geschichten passieren ja eher selten, und es ist auch nicht so, dass Internatslehrer die Eltern ersetzen. Man kann den Eltern nicht die Erziehung aus der Hand nehmen, dazu sind die Schüler meist ohnehin zu alt.
ZEIT: Aber das Internat prägt einen.
Büchenschütz: Natürlich, aber es geht vor allem um Abnabelung. Das Lösen von den Eltern ist wichtig, das passiert zu Hause ja auch. Nur knirscht es dort viel mehr, denn selbst kluge Eltern machen Fehler und kommen am klassischen Konflikt nicht vorbei: Solange du deine Füße unter meinen Tisch streckst ... Es gibt im Internat viel weniger Reibungspunkte, und ich glaube, dass die Distanz guttut. Wenn man sein Kind jeden Tag beim Frühstück sieht, merkt man viele Entwicklungsschritte nicht. Wenn es nur alle paar Wochen nach Hause kommt, dann freut man sich

aufeinander und nimmt vor allem die positiven Veränderungen wahr.
ZEIT: Entwickeln sich Jugendliche in Internaten anders als auf regulären Schulen?
Büchenschütz: Die Bindungen, die hier entstehen, sind viel intensiver. Man lernt ja nicht nur in der Internatsgemeinschaft, man lebt auch in ihr. Das kann unglaublich befreiend sein.
ZEIT: Befreiend? Ich erinnere mich an strenge Regeln: Um elf Uhr ging das Licht aus, Kerzen waren verboten wegen der Feuergefahr, Alkohol tabu. Sie sind sogar mit der Taschenlampe durch den Schulpark gelaufen, um zu gucken, ob wir heimlich Wein trinken.
Büchenschütz: Wenn 400 junge Menschen auf engem Raum zusammenleben, dann geht es nicht ohne Regeln. Aber ich meine eigentlich eine andere Art von Freiheit: die Freiheit von der familiären Bindung. Familie hat man, die kann man sich nicht aussuchen. Aber im Internat trifft man plötzlich auf Gleichaltrige, mit denen man lebt wie in einer Familie, die einen aber kritisch hinterfragen, die ganz andere Werte und Interessen haben als man selbst. Man muss nicht mehr die Familienrolle spielen, man kann sich selbst neu entdecken und neu definieren, seinen Platz in der Gemeinschaft finden. Das ist ein wichtiger Schritt in der Persönlichkeitsentwicklung.
ZEIT: Kann man solche Erfahrungen nicht auch in einer Ganztagschule machen?
Büchenschütz: Ganztagschulen sind leider oft eine Mogelpackung, viele bieten nur beaufsichtigte Arbeitsstunden. Aber gerade in der Pubertät wollen Menschen nicht beaufsichtigt werden, sie suchen nach Bedeutung, sie möchten wahrgenommen werden. Wenn Erziehung und Unterricht eine Einheit bilden, kann der Lehrer seine Schüler

wirklich als Menschen kennenlernen. Wenn der Mathelehrer nach dem Unterricht Dienst im Internat hat und ein Schüler zu ihm kommt, weil er den Stoff nicht verstanden hat, dann denkt sich der Lehrer vielleicht: Mensch, der ist gar nicht so blöd, wie ich dachte. Umgekehrt stellt der Schüler fest: Mein Mathelehrer ist ja auch nur ein Mensch.
ZEIT: Genau diese Nähe zwischen Lehrer und Schüler kann aber auch gefährlich sein. In der Odenwaldschule hat sie dazu geführt, dass Schüler systematisch sexuell missbraucht wurden.
Büchenschütz: Ja. Ich war selbst Schüler, dann Lehrer an der Odenwaldschule, später war ich stellvertretender Direktor unter Gerold Becker.
ZEIT: Sie gehören zu den wenigen Lehrern, denen die Missbrauchsoffer glauben, dass sie von nichts gewusst haben. Sie haben wirklich nichts gemerkt?
Büchenschütz: Ich habe damals mit meiner Frau am Rande des Schulgeländes gewohnt, weitab vom Schuss. Was in den Häusern der Täter geschah, haben wir nicht mitbekommen. Rückblickend frage ich mich: Warum habe ich nichts gesehen? Warum habe ich die Signale nicht verstanden? Es klingt vielleicht wie eine Ausflucht, aber ich glaube, damals war ich, war die ganze Gesellschaft viel weniger sensibel für die Problematik.
ZEIT: Nach allem, was über die Odenwaldschule ans Licht gekommen ist: Glauben Sie, dass ein Internat der richtige Ort für junge Menschen ist?
Büchenschütz: Ich glaube, diese Frage führt in die Irre. Nur weil es Familien gibt, die zerrüttet sind, würde ja auch niemand fordern, die Familie abzuschaffen. Man würde eher fragen, wie man verhindern kann, dass noch mehr Familien zerbrechen und den Kindern schaden.
ZEIT: Wie lässt sich verhindern, dass so etwas noch mal passiert?

Büchenschütz: Internatslehrer müssen sich sehr genau fragen, welche pädagogische Linie sie vertreten, wie viel Transparenz sie wollen. Sie brauchen einen Notfallplan, auf den sie sich berufen können, wenn ein Lehrer des Missbrauchs verdächtigt wird. Das hat an der Odenwaldschule gefehlt, auch deshalb konnten Menschen wie der Haupttäter Gerold Becker sich so lange abschnoren. Gleichzeitig muss man aufpassen, dass man kein Klima der Überwachung schafft. Sonst ist man als Lehrer völlig befangen, zuckt zusammen, wenn man einen Schüler zufällig am Arm berührt.
ZEIT: Die Institution Internat hat also Zukunft?
Büchenschütz: Auf jeden Fall. Man sollte nicht die vielen guten Seiten vergessen. Wenn ich das sage, fühle ich mich ein bisschen wie ein DDR-Bürger, der nach der Wende sagt: Schaut her, es war nicht alles schlecht. Aber ich meine das ernst.
ZEIT: Was sind denn die guten Seiten?
Büchenschütz: Eine Internatsgemeinschaft eröffnet einem eine neue Welt. Sie fördert wissbegierige Kinder, sie gibt denen eine zweite Chance, die anderswo als Sonderlinge oder Schulversager gelten. Ich zum Beispiel war als Kind sitzen geblieben, hatte Fünfen in Geschichte und Deutsch und wurde deshalb aufs Internat geschickt. Dank eines sehr engagierten Lehrers habe ich angefangen, wie wild Bücher zu lesen – und bin später Deutsch- und Geschichtslehrer geworden.
ZEIT: An vielen regulären Schulen ist so viel Zeit für persönliche Kontakte zwischen Lehrern und Schülern Luxus. Sind Internate eigentlich elitär?
Büchenschütz: Es gibt natürlich vor allem unter den privaten Internaten viele, die extrem teuer sind, da entscheidet ganz klar das Portemonnaie der Eltern. In vielen staatlichen Internatsschulen, vor allem im Osten, ist das anders. Da entscheidet

ein Eignungstest, wer an die Schule kommt. In Schulpforta liegt die Internatsgebühr bei rund 300 Euro im Monat – für Unterricht, Verpflegung, Wohnen. Wer sich das nicht leisten kann, aber motiviert ist, der bekommt ein Stipendium.
ZEIT: Sind Internate was für Streber?
Büchenschütz: Nein, genauso wenig, wie sie bloß Auffangbecken für Kinder aus kaputten Familien sind. Ich würde eher sagen, sie geben denen Nahrung, die hungrig sind. Ich hatte mal einen Schüler, der sagte: Ich bin auf meiner alten Schule nicht satt geworden.
ZEIT: Was sollten Eltern tun, die überlegen, ihr Kind aufs Internat zu geben?
Büchenschütz: Da gibt es keine Faustformel, aber ich würde mir mehrere Internate sehr genau anschauen. Es reicht nicht, zu gucken, ob die Toiletten sauber sind. Man sollte versuchen, ein Gespür für den Alltag dort zu bekommen. Am besten, indem man mit seinem Kind übers Gelände streift, mit Schülern und Lehrern spricht. Kinder nehmen sehr gut wahr, ob eine Atmosphäre ihnen behagt oder nicht. Das Wichtigste aber ist: Das Kind muss es wollen. Nicht Mama oder Papa.



Karl Büchenschütz, 69, war unter Gerold Becker Vize-Rektor der Odenwaldschule. Bis 2005 leitete er das Internat Schulpforta

Das Gespräch führte CATERINA LOBENSTEIN

Die Autorin hat fünf Jahre im Internat Schulpforta gelebt, Büchenschütz war ihr Lehrer in Deutsch und Geschichte

Zu vieles verschleppt

Ein Moratorium soll die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime aus ihrer Dauerkrise retten VON JEANNETTE OTTO

Man backe jetzt kleinere Brötchen, sagt Hartmut Ferenschild, Leiter der Internatsberatung der Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime (LEH). Kein Internat könne mehr sagen: Schau mal her, wie toll wir sind. »Wir müssen uns unseren Ruf erst wieder erarbeiten.« Zwei schwierige Jahre liegen hinter den deutschen Internaten. Der Missbrauchsskandal an der Odenwaldschule wirft noch immer seinen Schatten auf die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime, die einst so stolz war, die reformpädagogische Vorzeiginstitution zu ihren Mitgliedern zu zählen. Die Zeiten sind vorbei. Deutschlands größter und traditionsreichster Internatsverband steckt in einer Dauerkrise. Das Internat Schloss Salem erklärte Anfang Oktober seinen Austritt. Die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle sei innerhalb des LEH-Verbandes nicht konsequent genug geschehen, hieß es als Begründung. Es fehle der Wille, den Zusammenhang

zwischen Missbrauch und Reformpädagogik endlich selbstkritisch zu hinterfragen. Eine schallende Ohrfeige war das für alle, die glaubten, geschätzte 400 bis 500 Missbrauchsoffer könnten einer über Jahrzehnte nicht hinterfragten Ideologie nichts anhaben. Auch vier bayerische Internate verließen den LEH-Verband. Die Odenwaldschule kam mit ihrem Austritt gerade noch einem Ausschluss zuvor.
15 von einst 21 Internaten sind nun noch geblieben. Nichts ist mehr wie früher, alles steht zur Disposition. Die weitere Existenz des Verbandes, der Name »Landerziehungsheime«, der Umgang mit der eigenen Geschichte, mit alten Ikonen wie Hermann Lietz, dem Begründer der Landerziehungsbewegung, einem »antisemitischen Chauvinisten«, wie ihn der Bildungsforscher Jürgen Oelkers nannte – und Gerold Becker, dem Haupttäter im Missbrauchsskandal der Odenwaldschule. Bis 1999 hatte er den Vorsitz der LEH-Vereinigung inne. Er starb 2010,

ohne jemals für seine Taten zur Verantwortung gezogen worden zu sein. Ein Moratorium soll nun aus der Sprachlosigkeit, der Handlungsunfähigkeit retten. Bis Ende April wollen die LEH-Internatsleiter überlegen, wie und ob es überhaupt weitergehen wird. »Ich glaube nicht, dass es zu einer Auflösung der Vereinigung kommen wird, dafür ist die Bewegung viel zu stark nach vorn gerichtet«, sagt die LEH-Vorsitzende Erika Risse.
Aber es müssten nun endlich die Fragen gestellt werden, die schon vor zwei Jahren auf die Agenda gehört hätten, sagt Hartmut Ferenschild. »Es reicht nicht, die Missbrauchskatastrophe als kriminelle Verirrung Einzelner abzuhandeln, ohne nach möglichen Zusammenhängen mit den Ideen reformpädagogischer Internate zu suchen.« Es werde Zeit, die »pädagogische Mystifikation« zu beenden. Die Einheit von Leben und Lernen, die tragende Säule der LEH-Philosophie, impliziere ein Symbiose-Risiko für

Pädagogen und Kinder, das für beide schnell zur Überforderung werden könne.
Doch nicht nur die Diskussion über Nähe und Distanz ist zu lange verschleppt worden. Für Ferenschild geht es jetzt, da die Existenz und das Image der reformpädagogischen Internate so stark gefährdet und beschädigt sind wie nie zuvor, auch um die Frage: Was haben Internate überhaupt noch zu bieten? »Es wurde immer nur Gemeinschaft gestiftet, Wert auf soziale Kompetenz gelegt, der Unterricht und das Lernen aber wurden und werden viel zu sehr vernachlässigt.« Dass man die offene Auseinandersetzung über die schulische Qualität der Internate mindestens genauso scheut wie die Frage, ob die bisher praktizierte Beziehungskultur zwischen Kindern und Pädagogen noch zeitgemäß ist, liegt auf der Hand. Eltern bezahlen schließlich auch deshalb im Schnitt 2500 Euro im Monat für einen Platz in den Landerziehungsheimen, weil man ihnen dort

nicht selten das Versprechen gibt, auch ein schwieriges Kind bis zum Abitur zu führen. Die Frage, zu welchen schulischen Leistungen die Reformpädagogik nun eigentlich geführt habe, sei so nie gestellt worden, räumt Erika Risse ein. Vielleicht, sagt sie, sei man aber auch so sehr auf die Beziehungsebene gepolt gewesen, dass man die Qualität des Unterrichts zu stark ausgeblendet habe. Wie so vieles.
Unterdessen gehen die Schülerzahlen an den Internaten weiter zurück. Genaueres gibt man ungern preis. Der Aderlass sei weniger schlimm, als nach der Missbrauchsdebatte erwartet, heißt es. Trotzdem legen Eltern seit Jahren ihr Vermögen lieber in englischen Internaten an. Deutsche Internate litten außerdem unter dem Ausbau staatlicher Ganztagschulen, sagt Hartmut Ferenschild. Auch er wird die Vereinigung Deutscher Landerziehungsheime bald verlassen – und in Zukunft anderswo um Internatschüler werben: auf Schloss Salem am Bodensee.

Hurra, hurra, die Schule steht!

Wer eine private gründet, braucht Ausdauer und Idealismus. Ein Lehrstück aus Mecklenburg-Vorpommern VON SEBASTIAN KRETZ



Heidrun Franke, 49, Schulleiterin und Mathelehrerin

Als Schulleiterin trage ich die Verantwortung für den Unterricht von 250 Kindern und Jugendlichen. Da Schloss Torgelow staatlich anerkannt ist, absolvieren die Schüler hier das Zentralabitur Mecklenburg-Vorpommerns. Wir unterrichten nach dem Lehrplan des Landes, bieten aber auch besondere Fächer an wie Werkstattunterricht oder Drachentourfahrten. Früher habe ich an öffentlichen Gymnasien gearbeitet. Das könnte ich mir nicht mehr vorstellen, mir würde der enge Draht zu den Schülern fehlen. Eine Klasse besteht hier aus maximal zwölf Schülern.

Im verwunschenen Dorf Bröbberow an der Beke, zwischen reetgedecktem Fachwerk und weiten Feldern, liegt die Zwergenschule, ein verwittertes Backsteinhäuschen mit grünen Fensterläden. Nur dreizehn Kinder besuchen sie, und über viele Monate hinweg war ungewiss, ob es überhaupt eine Schule geben würde in dem kleinen Dorf. Denn in der großen Stadt gibt es Leute (jedenfalls glauben sie das in Bröbberow), die nicht möchten, dass es in verwunschenen Dörfern Zwergenschulen gibt.

Katharina Drewes kann davon ein langes Lied singen, sie hat die Freie Grundschule Bröbberow, etwa 20 Kilometer südlich von Rostock, zum Schulbeginn 2011 gegründet – zwei Lehrerinnen, zwei Jahrgänge, gemeinsam unterrichtet in einem Klassenzimmer. »Die Klassen an vielen staatlichen Schulen sind zu groß und die Lehrer überaltert«, sagt die 30-Jährige, die zuletzt an einer Grundschule in Rostock gearbeitet hat. Dort habe sie sich oft allein gelassen und überfordert gefühlt mit einer Handvoll verhaltensauffälliger Schüler. »Das hat mir den Rest gegeben«, sagt Drewes, eine schmale Frau mit kinnlangem, blondem Haar. Sie wollte etwas Überschaubares, eine Schule, an der Lehrer noch Zeit haben, sich ihren Schülern zu widmen – ihre eigene Schule.

Damit ist sie nicht allein, der Anteil privater Schulen in Deutschland steigt ständig. 2010 waren es knapp neun Prozent, das ist zwar wenig im internationalen Vergleich, aber doppelt so viel wie Anfang der 1980er Jahre. Im Schuljahr 2010/11 kamen etwa 170 neue allgemeinbildende Privatschulen hinzu. Das Spektrum reicht von kleinen Waldorfs- und Montessorischulen über bundesweit aktive Träger wie die Phorms Management AG bis zu den evangelischen und katholischen Schulen, die rund die Hälfte aller Privaten ausmachen.

Hinter Katharina Drewes steht keine Kirche, kein Bildungskonzern, nicht einmal eine Elterninitiative. Sie gründete die Schule gemeinsam mit ihrem Mann, der als Versicherungsmakler arbeitet, und ihrem Bruder, einem Sonderpädagogen.

Das Grundgesetz gewährt jedem Bürger das Recht, Privatschulen zu eröffnen. Unter drei Bedingungen: Die Ausbildung darf nicht schlechter sein als an staatlichen Schulen. Die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrer muss gesichert und das Schulgeld muss sozialverträglich bemessen sein.

In der Praxis bedeutet das, dass das jeweilige Kultusministerium das Konzept des Trägers gemäß

den Landesgesetzen prüft, bevor es die Gründung genehmigt – oftmals ein Hindernislauf. In Drewes' Fall dauerte er anderthalb Jahre, und sie sagt, sie sei dabei ziemlich viel im Kreis gerannt. Wenn sie auf ihre Erfahrungen mit der Schweriner Ministerialbürokratie zu sprechen kommt, zieht sie den linken Mundwinkel hoch und schaut drein, als berichte sie von einem störrischen Schüler, der keine Ruhe gibt. Dann sagt sie Sätze wie: »Ich glaube, dass Privatschulen in Mecklenburg-Vorpommern politisch nicht erwünscht sind.«

Nie, sagt Drewes, sei das Ministerium zufrieden gewesen mit den eingereichten Unterlagen. Um das Vorhaben infrage zu stellen, habe es noch die kleinste Lücke im Antrag genutzt. Der war tatsächlich in mancher Hinsicht unvollständig, wie sie selbst einräumt. Anfangs war das pädagogische Konzept theoretisch nicht genügend ausgearbeitet, zudem fehlte eine gesicherte Finanzierung. Man kann es auch so sagen: Katharina Drewes hatte einen Traum; das Ministerium wollte Rahmenpläne.

Die Schule könnte junge Eltern davon abhalten, in die Stadt zu flüchten

Barb Neumann, Vizepräsidentin des Verbands Deutscher Privatschulen (VDP), sagt, eine gründliche Prüfung neuer Privatschulen sei grundsätzlich nötig – nicht immer seien Geschäftsmodell oder pädagogischer Ansatz durchdacht genug, um in der Praxis zu bestehen. Eine Grundschule in freier Trägerschaft zu gründen ist allerdings besonders schwierig. Das Grundgesetz erlaubt sie – mit Ausnahmen – nur, wenn ein »besonderes pädagogisches Interesse« besteht. In der Praxis bedeutet das: Die Schulen brauchen einen neuartigen Lehransatz, den zumindest regional keine andere Schule verfolgt. »Diese Auflage ist so weich wie ein Wattebausch«, klagt Neumann. Solle eine Schule aus politischen Gründen verhindert werden, lasse sich immer irgendein Makel im pädagogischen Konzept finden.

Das Konzept der Bröbberower Grundschule besteht darin, dass die Schüler viel draußen sind und, wenn etwa nebenan ein Apfelbaum gefällt wird, ihre Eindrücke im Unterricht verarbeiten. Nachmittags erteilen ältere Dorfbewohner Plattdeutschunterricht, basteln oder gärtnern mit den Kindern. Außerdem sollen behinderte und nicht behinderte Kinder gemeinsam unterrichtet werden. Die Freie Grundschule Bröbberow ist nicht in einem vielgeschossigen Theoriegebäude zu Hause,

sondern in einem alten Gutshaus. Ihr eigentlicher Wert besteht darin, dass junge Eltern einen Grund haben, nicht in die Stadt zu flüchten.

»Unfallrechtlich fragwürdig« sei das Schulgebäude, bemängelte das Ministerium. Es gebe nicht genügend Fluchtwege. Man könne dem Bau nicht zustimmen. Die Sachbearbeiterin bezieht sich dabei auf ein Gespräch mit einem Mitarbeiter der Unfallkasse Mecklenburg-Vorpommern. Als dieser Monate später von dem Schreiben erfährt, versichert er jedoch, die Fluchtwege seien brandschutzrechtlich einwandfrei; die Auflagen des Ministeriums »können größtenteils nicht auf meinen Aussagen beruhen«. Ein weiteres wichtiges Gutachten wurde vom Ministerium über Monate hinweg verzögert.

Nachforderungen, Schlamereien, Verschleppungen, sagt VDP-Vize Neumann, seien typische Mittel der Behörden, um etwas ganz anderes zu erreichen: »In vielen Bundesländern ist es ein politisches Ziel, dass keine neuen Privatschulen gegründet werden.« Dies gelte besonders für dünn besiedelte Gegenden mit sinkenden Bevölkerungszahlen. Dort schließt der Staat Schulen und bündelt die Schüler in den verbleibenden Einrichtungen. »Wenn dann Privatschulen gegründet werden, sind die staatlichen nicht mehr ausgelastet.«

Die Genehmigung für ihre Schule erhielten Drewes und ihre Mitsstreiter schließlich dank eines Termins im Kultusministerium, den ihnen ein Regierungssprecher organisiert hatte: »Der hat sich für uns eingesetzt, das hat geholfen.« Das Schreiben kam per Fax: am 1. Juli 2011, dem letzten Schultag vor den Sommerferien. Heute, sagt Drewes, sei sie glücklich, dass es überhaupt geklappt habe.

Ein halbes Jahr später, ein Januarvormorgen, Deutschstunde. Dreizehn Erst- und Zweitklässler schreiben ein »Laufdiktat«: Wimmeln durchs Klassenzimmer, merken sich Sätze, die auf Zetteln an den Wänden hängen, und schreiben sie in ihr Heft. Willi vergisst immer die Buchstaben, Jeannette ist traurig, weil sie so viele Fehler gemacht hat. Die beiden Lehrerinnen wandern durch den Raum, helfen, korrigieren. Darin besteht der Luxus der Privatschule von Bröbberow: Zwei Pädagogen betreuen dreizehn Kinder, für jeden neuen Jahrgang – die Schule wächst zunächst bis zur vierten Klasse – soll es einer mehr werden.

Um den Schulbetrieb in den ersten drei Jahren bezahlen zu können, haben die drei Gründer Kredite aufgenommen, bei Privatleuten und einer evangelischen Bank. Sie zurückzuzahlen, darin besteht

die zweite Disziplin des Mehrkampfs mit den Schulbehörden: der Langstreckenlauf. Denn die Bundesländer zahlen Privatschulen zwar pro Schüler einen Zuschuss. Der ist aber meist deutlich niedriger als die Zuwendung an staatliche Schulen – in Mecklenburg-Vorpommern sind es mit jährlich derzeit 3311,56 Euro 85 Prozent. Die Zahlungen setzen in fast allen Ländern erst nach drei bis sechs Jahren ein. Die Wartefrist müssen die Träger aus eigenen Mitteln überbrücken. »Privatschulen wird oft vorgeworfen, sie seien elitäre Reichenschulen. Aber wenn die Zuschüsse sofort und in voller Höhe gezahlt würden, bräuchten die Schulen überhaupt kein Schulgeld zu erheben«, sagt VDP-Vize Neumann.

»Die meisten überleben nur durch Selbstaubeutung«

Das Dilemma: Über das Schulgeld können Private wie die Bröbberower Grundschule den Finanzbedarf in der Regel nicht decken. Als sogenannte Ersatzschulen arbeiten sie nach ähnlichen Rahmenlehrplänen und verleihen dieselben Abschlüsse wie staatliche Schulen. Deshalb gilt für sie das Sonderschulgesetz des Grundgesetzes: Das Schulgeld muss so bemessen sein, dass Schüler aus ärmeren Familien nicht benachteiligt werden. In Bröbberow verlangt man 110 Euro im Monat – und hofft jetzt auf Spenden oder Eltern, die freiwillig mehr zahlen.

Es wird nicht leichter werden in den nächsten Jahren: Einige Bundesländer wollen ihre Zuwendungen weiter kürzen. Es kommt immer häufiger vor, dass Privatschulen aufgeben müssen, überfordert vom Spagat zwischen sozialverträglichem Schulgeld und der angemessenen Bezahlung der Lehrer bei einer Unterrichtsqualität, die staatlichen Schulen ebenbürtig ist. Scheitert eine Schule, trifft das nicht nur die Gründer, sondern auch die Eltern: Sie müssen für ihr Kind eine neue Schule suchen – was umso schwieriger wird, je spezieller das pädagogische Konzept der Pleiteschule war.

Drewes sagt, sie sei zuversichtlich, die Wartefrist zu überstehen. An Schülern mangle es jedenfalls nicht: »Für das kommende Schuljahr haben wir 17 Anmeldungen, darunter auch von Familien aus Rostock.« Ohne größeres Privatvermögen oder eine freigebige Gemeinde im Rücken, sagt Neumann, bräuchten Gründer freier Schulen aber vor allem eines: Idealismus. »Während der Wartefrist überleben die meisten nur durch Selbstaubeutung.«

Hereinspaziert!

Europäische Schulen werben nun auch um Kinder, deren Eltern keine EU-Beamten sind **VON BERNHARD LILL**

Florian hat an einer in Brüssel gelernt. Boris auch. Und Christian hat an der Europäischen Schule in München sein Abitur gemacht. Was die drei auch eint: Sie sind nach der Schule äußerst erfolgreich. Regisseur Florian Henckel von Donnersmarck bekommt für seinen Kinofilm *Das Leben der Anderen* einen Oscar. Boris Johnson wird Bürgermeister von London und Christian Keyser mit nur 30 Jahren Professor für Hirnforschung.

Europäische Schulen haben einen guten Ruf: vierzehn gibt es in Europa, drei in Deutschland. Europaweit lernen dort 26 000 Schüler. Gegründet wurden die ersten gegen Ende der fünfziger Jahre, mit dem Ziel, vor allem die Kinder von EU-Beamten auch in ihrer Muttersprache zu unterrichten und sie zum Europäischen Abitur, dem European Baccalaureate, zu führen. Das berechtigt sie, in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union zu studieren.

In begrenzter Zahl nehmen einige Europäische Schulen auch Kinder auf, deren Eltern nicht bei der EU arbeiten. Diese Plätze sind hart umkämpft; allein die Schule in Frankfurt muss jedes Jahr Hunderte Bewerber abweisen. Das soll sich ändern. Im Jahr 2009 hat der Oberste Rat der Europäischen Schulen in Stockholm beschlossen, sein traditionelles Schulsystem zu öffnen und auch private Trägerschaften zuzulassen. Wenn ein privater Träger eine neue Europäische Schule gründen möchte, prüft der Rat den Antrag.

Der Beschluss, das System der Europäischen Schulen zu öffnen, führt auf eine matschige Großbaustelle in Bad Vilbel, nahe Frankfurt. Dutzende Arbeiter ziehen im Stadteil Dortelweil im Eiltempo das erste Gebäude eines mehrteiligen Schulkomplexes hoch. 40 000 Quadratmeter umfasst das gesamte Gelände. Ende Januar war Richtfest. Mitte August, zum neuen Schuljahr, soll der Unterricht an der neuen Europäischen Schule RheinMain beginnen.

Es ist die erste vollständig privat finanzierte Neugründung einer Europäischen Schule. »Wir werden nicht von der Europäischen Kommission und den

Mitgliedsstaaten subventioniert, wie es sonst der Fall ist«, sagt Tom Zijlstra. Der Niederländer und künftige Schulleiter hat als Direktor bereits die Sekundarstufe der Europäischen Schule in Frankfurt gegründet. Er ist 65 Jahre alt und voller Energie.

»Das ist für mich die Krönung nach zwanzig Jahren Arbeit an Europäischen Schulen«, sagt er. Es sei immer sein Wunsch und Ideal gewesen, so eine Schule für Kinder aller Familien zu öffnen. Wie viele feste Anmeldungen Zijlstra bereits hat, will er nicht sagen. Nur so viel: »Es läuft viel besser, als ich erwartet habe.« Jeden Tag spreche er mit zehn bis zwölf Elternpaaren. In Bad Vilbel – und besonders Dortelweil – wohnen viele Familien. Die Nähe zu Frankfurt macht die neue Europäische Schule auch für Eltern attraktiv, deren Kinder an der Frankfurter Nachbarschule keinen Platz bekommen haben.

Vor allem der Ruf einer guten Ausbildung zieht die Eltern an. In ihrer Informationsbroschüre wirbt die Europäische Schule RheinMain mit einer Studie des EU-Parlaments und schließt: »Die hohe Qualität unserer Ausbildung übertrifft das Pisa-Niveau führender Länder.« Wie erklärt Tom Zijlstra diesen Erfolg? »Dazu gehört zunächst einmal das Elternhaus«, sagt er. »Das sind Eltern, denen die Bildung ihrer Kinder am Herzen liegt. Sie investieren nicht nur finanziell in diese Bildung, sie investieren vor allem auch Zeit und nehmen am Schulleben teil.«

Natürlich spielen dabei auch der Lehrplan und das Schulsystem eine wichtige Rolle: Die Schule in Bad Vilbel wird eine Ganztagschule sein, die die Schüler von 8.30 bis 16 Uhr besuchen. Die Grundschulzeit dauert nicht vier, sondern fünf Jahre. Nach der Grundschule folgt die siebenjährige Sekundarstufe. Bei entsprechender Leistung bleiben die Schüler also von der ersten Klasse bis zum Abitur auf derselben Schule. Die Erfolge, die die Europäischen Schulen mit diesem Konzept erzielt haben, machen sie auch für Eltern interessant, die ihre Kinder nie auf eine deutsche Gesamtschule schicken würden.

Und die Rolle, die Sprachen an der Schule einnehmen, würden ihren Teil zum Ausbildungserfolg beitragen, so Zijlstra. Die Schule RheinMain beginnt mit zwei Sprachzügen, einem deutschen und einem englischen. Kinder mit anderen Muttersprachen müssen sich für einen davon entscheiden und bekommen zusätzlich Unterricht in ihrer eigenen Sprache. Schon ab der ersten Grundschulklasse lernen die Kinder eine Fremdsprache, die dann bis zum Abitur Pflichtfach ist: Deutsch, Englisch oder Französisch. Im weiteren Schulverlauf können sie noch

zwei weitere Fremdsprachen hinzunehmen, darunter Latein oder Griechisch. Dabei sind es ausschließlich Muttersprachler, die die lebenden Sprachen lehren.

Geschichte, Geografie und Wirtschaftskunde werden ab der achten Klasse in der ersten Fremdsprache der Schüler unterrichtet. »Gerade Wirtschaftskunde ist ein sehr wichtiges Fach an unserer Schule«, sagt Zijlstra. »Das lernen die Schüler vier Jahre lang von einem englischen Lehrer in der englischen Fachsprache. Damit haben sie anderen Schülern gegenüber einen enormen Vorsprung.«

Das Schulgeld beträgt bis zu 1000 Euro im Monat

Auch jenseits des Klassenraums üben die Schüler Sprachen – ganz ungezwungen. Beim Sport und auf dem Schulhof treffen die unterschiedlichsten Nationen aufeinander. »Für mich ist das immer ein großes Wunder«, sagt Zijlstra. »Da gehe ich an einer Gruppe von Schülern vorbei, und die sprechen deutsch. Fünf Minuten später, auf meinem Rückweg, spricht dieselbe Gruppe italienisch.«

Das Ganze hat natürlich, ganz buchstäblich, seinen Preis. Eltern, deren Kinder den deutschen Sprachzug besuchen, müssen monatlich zwischen 350 und 1000 Euro Schulgeld bezahlen. Der Beitrag ist abhängig von ihrem Einkommen sowie der Klassenstufe. Ursprünglich waren die Kosten höher angesetzt. Doch mittlerweile ist der deutsche Sprachzug – zunächst bis Klasse 9 – vom hessischen Kultusministerium als sogenannte Ersatzschule anerkannt worden. Das heißt, dass die neue Europäische Schule nicht nur vom Obersten Rat, sondern auch von einer deutschen Schulbehörde akzeptiert worden ist und nun finanziell vom Bundesland Hessen unterstützt wird.

Das begrüßt auch Rainer Fich, der SPD-Fraktionsvorsitzende in der Stadtverordnetenversammlung Bad Vilbel. Trotzdem sagt er: »Das ist keine Schule, die tatsächlich für jeden zugänglich ist.« Immerhin beträgt das Schulgeld jährlich bis zu 12 000 Euro. Schulleiter Tom Zijlstra hält dem entgegen: »Wir wollen diese Schule für so viele unterschiedliche Familien wie möglich öffnen. Wenn es finanziell nicht geht, bemühen wir uns, mit einem Stipendium zu helfen, das die Schulgebühr teilweise oder ganz erlässt.« Etwa 10 Prozent des Schulhaushalts seien dafür eingeplant. Und vergangenen November hat eine ehemalige Einwohnerin von Bad Vilbel der Schule 500 000 Euro gestiftet – um bedürftige Kinder zu fördern.

Charlotte, 17, Schülerin der elften Klasse

Wenn ich die ganz kleinen Internatsschüler sehe, denke ich: Hut ab, ich hätte mich das nicht getraut! In der siebten Klasse habe ich das erste Mal mit dem Gedanken gespielt, nach Torgelow zu gehen; ich hatte etwas darüber gelesen, und meine Eltern fanden die Idee gut. Ich konnte es mir aber damals noch nicht vorstellen, so weit weg von ihnen zu sein. Kurz darauf wollte ich dann doch einen Tapetenwechsel. Seit der Neunten bin ich nun hier. Den Unterricht finde ich super, man wird unterstützt, das Beste aus sich herauszuholen. Am meisten Spaß machen mir Bio, Physik und Chemie. Kunst mag ich auch.



Foto: Mhite Jäger/laif für DIE ZEIT/www.mhitejaeger.de

Der besondere Kick

Wer auf das Fußballinternat des SC Freiburg will, braucht Ehrgeiz für Tor und Tafel VON STEPHAN BARTELS

Henry Kratzer, 32, Hausmentor

Die Ausreden, wenn eines der Kinder abends nicht schlafen will, finde ich oft besonders amüsant: »Aber es sind doch nur noch 70 Seiten«, hört man dann um 22.45 Uhr. Ich bin Sozialpädagoge und arbeite auf Torgelow als sogenannter Hausmentor. 20 Jungen von der fünften bis zur achten Klasse betreue ich. Das heißt, ich Sorge dafür, dass sie pünktlich aufstehen, sich waschen, saubere Sachen tragen. Später kümmere ich mich darum, dass sie zu ihren Nachmittagsaktivitäten gehen und nachts nicht über den Flur schleichen, um 21 Uhr ist Nachtruhe!



Noch ist es leise in der Fußballschule. In der Kantine klappert jemand mit Besteck, irgendwo fällt eine Tür zu. Markus Kiefer, pädagogischer Leiter im Internat des SC Freiburg, weiß diese Momente durchaus zu schätzen. »So ist es hier nur vormittags. Wenn die Jungs aus der Schule kommen, ist hier richtig was los.«

Hier: Das ist die Rückseite des Möslestadions in Freiburg. Früher war das die Heimstätte des einstmals ruhmreichen FC, immerhin Deutscher Meister 1907. Inzwischen ist der SC, der Sportclub, die Nummer eins in der Stadt und hat auch das Stadion des alten Rivalen übernommen. Für die Amateure. Und die Jugendmannschaften, vor allem für die. Denn vor elf Jahren, als erster Verein im deutschen Fußball, hat sich der Sportclub Freiburg zum »Ausbildungsverein« erklärt: Der Club wollte sein Profiteam nicht mehr teuer auf dem gesamten Erdball zusammenkaufen, sondern, zumindest teilweise, selbst ausbilden. Dafür hat man 2001 das Möslestadion übernommen. Und an die Haupttribüne angebaut: ein Leistungszentrum mit Turnhalle, Krafraum, Diagnostikplätzen. Und ein Internat: 16 Einzelzimmer für Spieler der A- und B-Jugend, für die es zu weit ist, täglich zum Training zu pendeln.

Angehende Profifußballer sollten einen Plan B haben

Wer hier wohnt, guckt aus seinem Zimmer auf den Kunstrasenplatz, aus der Kantine schaut man direkt ins Stadion. Wer hier wohnt, will Profi werden. »Ist doch klar«, sagt Christopher Ludy, 18 Jahre alt, Stürmer bei der U 19, »wer das nicht will, braucht hier nicht einzuziehen.« Er ist vor zweieinhalb Jahren hier eingezogen, kam aus dem beschaulichen Pirmasens ins auch recht gemütliche Freiburg. Hätte auch München, Mainz oder Kaiserslautern werden können, viele große Clubs waren hinter dem bulgischen Angreifer her. Warum es Freiburg geworden ist? »Weil die hier so viel Wert darauf legen, dass man eine vernünftige Schulausbildung bekommt«, sagt Ludy. »Meine Eltern fanden das klasse, und ehrlich gesagt: Recht haben sie ja.« Um ihn muss man sich keine Sorgen machen, Christopher Ludy macht gerade sein Abi, wahrscheinlich wird am Ende eine Eins vor dem Komma stehen.

»Duale Ausbildung« nennen sie das in Freiburg. Das soll heißen: Hier lernen die Jungs nicht nur das gepflegte Freiburger Kurzpassspiel, sondern auch für einen vernünftigen Schulabschluss. »Wir wissen schließlich, dass wir hier nicht bloß Kicker geliefert bekommen, sondern Menschen«, sagt Markus Kiefer, einer von zwei hauptamtlichen Pädagogen im Internat. Und die wenigsten von denen werden mal in der Bundesliga spielen. »Wenn es zwei pro Jahrgang in den Profikader schaffen, dann ist das schon gigantisch«, sagt Kiefer. Wie der SC Freiburg seine Spieler ausbildet, gilt als Blaupause für

perfekte Jugendarbeit. Denn da ist nicht nur das moderne Leistungszentrum, da ist auch ein enger Kontakt mit den Eltern der Jungs, die permanent auf dem Laufenden gehalten werden über deren Entwicklung. Und eine engmaschige Zusammenarbeit mit den Freiburger Partnerschulen.

Dafür gibt es zum Beispiel Dominik Wohlfahrt. Der war Torwart bei den Freiburger Amateuren und trainiert nachmittags die Keeper des Clubs. Morgens aber ist der 33-Jährige Lehrer für Sport und Englisch am Rotteck-Gymnasium. Und somit das Bindeglied zwischen Verein und Schule. Er steht in permanentem Austausch mit den Lehrern an der Schule und den Trainern der Jungs. Deshalb hat er einen ziemlich guten Überblick über den Stand der Leistungen, schulisches wie sportliches. »Klar steht Fußball bei den Jungs ganz weit oben in der Prioritätenliste«, sagt Wohlfahrt, »aber die meisten haben längst kapiert, wie wichtig Schule für sie ist.« Das schulen sie in Freiburg aber auch, den Blick über den nicht sehr hohen Tellerrand. Langfristig ein Leben für und vom Profifußball planen, kann im Ernst niemand, der gerade mal 16 oder 17 ist. Dafür gibt es zu viele Unwägbarkeiten. Was ist, wenn dreimal das Kreuzband reißt? Wenn man in ein permanentes Formtief rutscht? Wenn man von einem Trainer plötzlich nicht mehr gewollt ist? Dann sollte man als junger Kicker besser einen Plan B in der Tasche haben. Oder zumindest das Abschlusszeugnis einer Schule.

Aber weil der SC Freiburg gute Fußballer haben will, greift er auch in den Lehrplan ein. »Wir haben vor ein paar Jahren gegen Cottbus gespielt, im Jugendpokal«, sagt Markus Kiefer, »der Kapitän der Cottbusser hat erzählt, dass er bis zu zwölf Mal in der Woche trainiert. Unser Kapitän kam damals auf vier bis fünf Einheiten.« Also hat der SC erwirkt, dass die Jugendspieler dienstags und donnerstags vormittags für zwei Stunden vom Unterricht befreit werden, um trainieren zu können. Den Stoff müssen sie natürlich nacharbeiten.

Ein Teil der Arbeit von Dominik Wohlfahrt besteht darin, bei den Mitschülern um Verständnis dafür zu werben. »Manche haben schon im Kopf, dass den SCLern eine Extrawurst gebraten wird«, sagt Wohlfahrt, »stimmt ja auch. Aber die liegen nicht faul im Bett rum, sondern betreiben auch einen Riesenaufwand für den Fußball.« Letztlich ist die Akzeptanz für die Spieler in der Klasse recht groß, sagt Wohlfahrt: »Das schmückt ja auch, wenn man einen Jugendnationalspieler neben sich sitzen hat.« Und die müssen sich gut benehmen. »Ich sage den Jungs am Anfang des Jahres: Ihr müsst besser sein als die anderen«, sagt Wohlfahrt, »ihr müsst Vorbild sein, ihr steht für den Verein, für das Konzept – mir darf nichts Negatives zu Ohren kommen.«

Und wenn doch? Dann bekommt der Spieler das im Internat zu spüren – die Pädagogen, die Trainer werden sofort informiert. Und setzen dort an, wo es dem Nachwuchs am meisten wehtut: beim Fußball. »Dann

nehmen wir die Jungs schon mal aus dem Training«, sagt Wohlfahrt, »und das nervt die richtig.« Das gilt auch dann, wenn die Leistungen nachlassen. Dann geht Schule vor: »Wenn ein Kollege zu mir kommt und sagt: Der steht kurz vor einer Fünf, der sollte lieber in den Unterricht kommen, dann fällt für den das Vormittagstraining aus.« Und um jeden durch die Prüfungen zu ziehen, engagiert der Verein zur Nachhilfe Studenten der Uni Freiburg.

Zwölf Spieler leben zurzeit im Internat an der Waldseestraße, vier Plätze hat der Verein in diesem Jahr nicht besetzt. »Müssen wir ja auch nicht – wir wollen nicht bloß auffüllen, uns geht es um Qualität«, sagt Jochen Saier, der Leiter der Freiburger Fußballschule. Er entscheidet mit den Trainern und Pädagogen, wem ein Angebot unterbreitet wird. »Und das machen wir nicht leichtfertig«, sagt Saier, »wir schauen ganz genau hin: Passt der Spieler zu uns, sehen wir in ihm das nötige Entwicklungspotential? Ist er nicht nur ehrgeizig, sondern auch robust genug? Und unterstützen die Eltern seinen Wunsch, Profi zu werden?« Der SC arbeitet seriös und akkurat im Jugendbereich, das ist ein Vorteil im Kampf um die Talente. Hoffenheim, Stuttgart oder Karlsruhe wollen oft dieselben Spieler. Freiburg hat oft die besseren Argumente.

Eines davon ist Markus Kiefer. Er und seine Kollegin sind für einige der Internatsbewohner Elternersatz, für die anderen echte Kumpel. Sie kümmern sich manchmal Tag und Nacht um die Jungs – fünf bis sechs Nächte verbringt Kiefer im Internat, in der anderen Zeit machen das andere Pädagogen. Er war in diesem Schuljahr schon auf neun Elternabenden in der Schule. Er ist es, der den

Jungs beibringt, wie man die Waschmaschine bedient, teilt Küchen- und andere Dienste ein, kurz: Er hilft ihnen dabei, fern von zu Hause erwachsen zu werden. Drei Millionen Euro kostet der Schulbetrieb im Jahr, aber ihm ist es gar nicht so furchtbar wichtig, ob es nun wirklich einer zu den Profis schafft wie Ömer Toprak, Dennis Aogo oder Johannes Flum, die alle hier waren. »Wenn einer mit dem Fußball sein Studium finanzieren kann, dann ist das für uns schon ein Erfolg«, sagt Kiefer. Studium. Natürlich. So sind sie halt in Freiburg.

www.zeit.de/audio

Wie viel?

Messbares aus der Welt der Internate und Privatschulen VON THOMAS RÖBKE

36%

der deutschen Eltern würden ihr Kind am liebsten auf eine private Schule schicken, so eine repräsentative Forsa-Umfrage für den Verband Deutscher Privatschulverbände.

81%

der 18- bis 29-jährigen Deutschen glauben, dass an Privatschulen Lehrkräfte und Schulleitung mehr auf die Bedürfnisse der Schüler und Eltern eingehen. Das ergab eine repräsentative Forsa-Umfrage.

5411

Privatschulen gab es in Deutschland nach Angaben des Statistischen Bundesamtes im Schuljahr 2010/11: 3373 allgemeinbildende und 2038 berufsbildende Schulen.

719 671

Schüler besuchten im Schuljahr 2010/11 eine allgemeinbildende Privatschule in Deutschland, 241 080 eine berufsbildende. Insgesamt gibt es 11,5 Millionen Schüler.

212 452

Privatschüler gab es in Nordrhein-Westfalen im Schuljahr 2010/11, gefolgt von Bayern (192 795) und Baden-Württemberg (154 003). In den östlichen Bundesländern hat Sachsen die größte Anzahl an Privatschülern (59 769).

29%

der allgemeinbildenden Privatschulen sind Grundschulen, gefolgt von Gymnasien (18 Prozent) und Realschulen (13 Prozent).

553

Schulpullis, 438 Poloshirts, 272 Blusen und Hemden und 108 Hosen wurden für die Mittelstufe des Internats Schloss Salem im Schuljahr 2010/11 neu bestellt.

36 600

Liter Frischmilch, 226 700 Brötchen, 6500 Kilogramm Fisch, 11 600 Kilogramm Fleisch und 30 000 Kilogramm Sättigungsbeilagen (wie Nudeln, Reis, Kartoffeln) wurden im vergangenen Schuljahr in Salem verputzt.

9116,4

Kilogramm Gebrauchswäsche wurden 2010/11 in Salem gewaschen, dazu zählen Bettzeug und Handtücher für die Schüler, Tischwäsche sowie die Berufskleidung der Mitarbeiter.



Karsten Träger, 40, Busfahrer

Als Busfahrer unterliege ich der Schweigepflicht. Das sage ich mir jedenfalls immer, denn ich bekomme viel mit. Die Schüler unterhalten sich über alles, nicht zuletzt über die Lehrer. Unter der Woche hole ich die »Externen« ab und bringe sie abends wieder heim. Am Freitag fahre ich die Internatsschüler, die das Wochenende zu Hause verbringen, nach Berlin. Von dort reisen sie oft noch weiter. Sonntagabends hole ich sie wieder ab. Ständig rufen dann welche an, weil sich ihre Flüge oder Züge verspäten. Das ist wie im Callcenter.

Protokolle: KATJA SCHÖNHERR

Foto: Malte Jäger/laif für DIE ZEIT/www.maltejaeger.de

Die sind doch nicht blöd

Werbefirmen kämpfen um Nachwuchstalente. Geringe Einstiegsgehälter und lange Arbeitszeiten schrecken ab VON ANNE PASSOW

Schicke Anzüge, kreative Höhenflüge, üppige Gehaltserhöhungen, ordentliche Drinks und jede Menge Partys mit schönen Frauen – in der US-amerikanischen Fernsehserie *Mad Men* ist die Welt der Werbung glamourös und hip. Jahrelang galt das auch hierzulande, und die Agenturen konnten sich vor jungen Talenten kaum retten. Bekannte Firmen wie Scholz & Friends bekommen auch heute noch 40 bis 60 Bewerbungen auf eine ausgeschriebene Stelle.

Davon können andere Agenturen nur träumen. Die Werbewirtschaft, in der bundesweit rund 550 000 Menschen arbeiten, macht plötzlich Erfahrungen, die bisher eher für den Ingenieurs- oder Informatikerberuf galten. Sie sucht dringend Nachwuchs. »Die Talente wachsen nicht mehr auf den Bäumen«, sagt Sandra Seedorf, 34, von der Personalabteilung der Hamburger Filiale der Werbeagentur Drafftcb.

Die Zahlen belegen das. Laut einer Arbeitsmarktanalyse des Zentralverbands der Deutschen Werbewirtschaft (ZAW) erhöhte sich die Zahl der Stellenangebote in der Branche von 2009 auf 2010 um rund 40 Prozent, im ersten Halbjahr 2011 noch mal um sieben Prozent. Auch bei der Bundesagentur für Arbeit waren im August 2011 mit 12 055 freien Stellen für Werbefachleute knapp 25 Prozent mehr gemeldet als im gleichen Monat des Vorjahrs. »Es fehlen vor allem Werbetexter, Fachleute für strategische Planung und Spezialisten für interaktive und digitale Medien«, sagt Mirco Hecker vom Gesamtverband Kommunikationsagenturen (GWA).

»50 Wochenstunden sind normal«

Mit dem Internet haben sich in den letzten Jahren ganz neue Werbeformen und Anforderungen und damit völlig neue Berufe für Werber entwickelt, die nun dazu beitragen, dass die Nachfrage in der Branche steigt. Nils Nesselmann zum Beispiel ist Corporate Blogger. Nach seinem Informationsmanagement-Studium und einem PR-Volontariat arbeitet er nun seit knapp zwei Jahren in der Münchener Agentur Webguerillas, die sich auf alternative Werbeformen spezialisiert hat. Der 30-Jährige kümmert sich um Unternehmens-Blogs. Das heißt, er führt im Auftrag des Kunden zu bestimmten Themen oder Produkten eine Art Tagebuch. Auch in anderen Blogs bringt er sich, im Namen des Unternehmens, mit Kommentaren ein und versucht so im Sinne des Kunden Diskussionen anzustoßen. »Es geht darum, dem Unternehmen ein Gesicht zu geben, indem wir Inhalte suchen und diese so interessant aufbereiten, dass sich die Menschen damit identifizieren«, sagt Nesselmann. Statt seiner Zielgruppe eine Werbeschäftigung vorzusetzen, bezieht der Corporate Blogger diese also mit ein und will mit ihnen über das Produkt ins Gespräch kommen.

Auch die Kollegen von Nils Nesselmann haben Berufe, die es bis vor einigen Jahren noch gar nicht gab. Der Seeding-Spezialist zum Beispiel kümmert sich bei den Webguerillas darum, dass Werbetexte durch Soziale Netzwerke wie Facebook oder StudiVZ verbreitet werden. Der Channel Planner wiederum überlegt sich, über welche Onlinekanäle die Zielgruppe am besten erreicht wird. Und der Social Media Manager gestaltet und steuert den Auftritt von Firmen in Sozialen Netzwerken, Informationsdiensten oder auf Videoportalen.

Der Kampf um die Talente ist auch in der alternativen Werbung zu spüren. »Passenden Nachwuchs gibt es relativ selten«, sagt David Eicher, einer der Geschäftsführer bei den Webguerillas. Er rekrutiert seine Spezialisten meist aus Praktika.

Mirco Hecker vom GWA ist auf Jobmessen und in Universitäten unterwegs, um Studenten von der Werbebranche zu überzeugen. Auch er sagt: »Die wirklich guten Leute entscheiden sich heute oft für andere Jobs.« So haben die Werbeagenturen in den letzten Jahren verstärkt Konkurrenz von Unternehmen bekommen, die Werbefachleute für ihre Kommunikation suchen und meist besser zahlen.

Denn wer nach dem Studium in der Werbebranche einsteigt, verdient oft weit weniger als in vielen anderen Akademikerberufen. Nach einer Umfrage des GWA liegt das durchschnittliche Monatsbruttogehalt für Berufseinsteiger bei 2200 Euro. Das schreckt viele anscheinend erst mal ab, auch wenn das Gehalt danach steigt. Zum Vergleich: Ein Journalist mit abgeschlossenem Volontariat bekommt, wenn er nach Tarif bezahlt wird, knapp 3000 Euro im ersten Jahr. Dazu kommt die oft hohe Arbeitsbelastung. »Nine-to-five-Jobs« gibt es für Werbetexter auch in *Mad Men* nicht. »50 Wochenstunden sind normal. In Stoßzeiten können es auch mal 60 oder 70 werden«, sagt Sandra Seedorf.

Für viele ist das irgendwann nicht mehr zu schaffen. Oft ist nach zehn Jahren Schluss. Solange der Strom der Talente floss, beunruhigte das die Branche wenig. Wer ausschied, wurde ersetzt. Teams aus 20- bis 30-Jährigen waren dynamisch – und natürlich auch günstig. Nun müsse man umdenken, sagt Seedorf: »Die Branche muss familienfreundlicher werden.« Man brauche flexible Arbeitszeiten, um auch Mitarbeiter jenseits der 30 zu halten.

Das Problem des mangelnden Nachwuchses sei teilweise auch hausgemacht, sagt Mirco Hecker. Die Werbeagenturen betrieben zu wenig Öffentlichkeitsarbeit für sich selbst, seien daher bei Studenten kaum bekannt. Außerdem bereite die Ausbildung an den Hochschulen nicht genügend auf den Einstieg in die Branche vor, sagt er. »Ein einheitlicher Studiengang an den staatlichen Universitäten fehlt.« So kann der Nachwuchs zum

Eins, zwei, cha-cha-cha

Die Karrieretrainerin Annette Blumenschein bereitet künftige Chefinnen in einem Tanzseminar auf ihre neue Rolle vor

DIE ZEIT: Frau Blumenschein, warum soll ausge-rechnet Tanzen Führungsqualitäten fördern?

Annette Blumenschein: Es gibt viele Analogien zwischen der Berufswelt und der Welt der Bühne, des Tanzes. Beim Tanzen stellen Sie ganz schnell fest, welcher Typ Sie sind – der Führende oder der Folgende. Und wenn Sie der Führende sind, welchen Führungsstil Sie haben. Reißt Sie nur das Ruder an sich, oder können Sie auch loslassen? Können Sie Impulse geben? Im Dialog der Paartanzübungen zeigt sich zudem, wie vorausschauend man ist, zum Beispiel wenn die Tanzpartnerin eine Drehung ausführen soll. Oder wie umsichtig man ist, denn es tanzen meistens auch andere Paare um einen herum. Wenn einem diese Aufgaben gelingen, kann man über die körperliche Ebene die Lust am Führen entdecken.

ZEIT: Diese Freude haben Frauen nicht?

Blumenschein: Frauen haben Angst zu dominieren. Männer kommen zu mir und sagen: »Ich werde demnächst Führungsaufgaben übernehmen.« Die Frauen sagen meistens: »Ich würde in eine Führungsposition versetzt.« Diese passive Formulierung offenbart die Angst vor Macht, weil der Ausdruck »Macht haben« häufig negativ besetzt ist. Grundsätzlich stelle ich nach 16 Jahren Berufs-

erfahrung fest, dass sich nur ein kleiner Prozentsatz wirklich über die Führungsposition freut – das gilt für Männer und für Frauen. Viele freuen sich natürlich über mehr Gehalt und einen höheren Status, empfinden aber die neuen Aufgaben im dicht gedrängten Tagesgeschäft als Belastung.

ZEIT: Und wer gibt den besseren Chef ab?

Blumenschein: Frauen sind zwar sehr körperbewusst – aber nicht im Job. Dort unterschätzen gerade die Frauen die Nonverbalität sehr – und verlieren gegenüber den Männern, die schon aufgrund ihrer körperlichen Beschaffenheit eine stärkere Präsenz haben. Frauen sind auf das Wort fixiert und vergessen, dass der Körper manchmal lauter ist als die Stimme. In meinem Seminar lernen sie, ihren Körper bewusster zu erleben, das Vertrauen in ihn zu gewinnen und ihn gezielt als Führungsinstrument einzusetzen.

ZEIT: Wie müssen wir uns so ein Tanzseminar vorstellen?

Blumenschein: Es geht über zwei Tage: Am ersten Tag machen wir Tanzübungen, am zweiten arbeiten wir mit den gewonnenen Erkenntnissen. Nach dem Kennenlernen mache ich zum Beispiel spanische Popmusik an. Anfangs bewegt sich jede für sich. Danach folgen verschiedene Übungen. Zum



Nils Nesselmann hat sich auf alternative Werbeformen im Internet spezialisiert

Beispiel an der Stuttgarter Hochschule der Medien Werbung und Marktkommunikation studieren, Kurse im Texten oder in Kampagnenentwicklung bietet die Texterschmiede Hamburg, und an der Universität der Künste in Berlin können sich junge Leute für den Studiengang Gesellschafts- und Wirtschaftskommunikation immatrikulieren. Was die Absolventen den Werbeagenturen am Ende wirklich zu bieten haben, lässt sich da nur ahnen.

Die Agentur Scholz & Friends ist dazu übergegangen, ihren Nachwuchs direkt an den Universitäten zu rekrutieren. Seit zehn Jahren veranstaltet sie einen Texterwettbewerb. »Dadurch erhalten wir auch Bewerbungen aus ganz werbeuntypischen Studiengängen wie Medizin, Jura oder Psychologie«, sagt Daniela Bartel von Scholz & Friends. Mit Quereinsteigern hat man gute Erfahrungen gemacht.

Beispiel bilden wir einen Kreis, nach einem gefühlten Impuls geht eine in die Mitte und macht Bewegungen, die andere aufnehmen und nachmachen sollen. Dabei wird nicht vorgegeben, wer beginnt, wie lange er im Kreis bleibt und wer folgt. Es gibt auch Übungen, bei denen zwei zusammen tanzen, da werden die »Berührungsängste« deutlich. Die Teilnehmerinnen machen körperliche Erfahrungen, die dann auf den Führungsalltag übertragen und in diesem angewendet werden sollen. Das Feedback der anderen ist dabei sehr wichtig – zu erleben, dass andere einem die Führungsrolle zutrauen, hat eine enorme Wirkung.

ZEIT: Und wenn eine künftige Chefin feststellt, dass sie absolut kein Führungstyp ist?

Blumenschein: Dann ist die Motivation höher, am eigenen Führungs-Ich zu arbeiten. Hier fängt dann die Persönlichkeitsentwicklung an, denn Führungsstil ist kein Zustand und keine Typfrage. Am zweiten Seminartag gehe ich zu Einzelübungen über. Die Teilnehmerinnen entwickeln das eigene Führungsbild, das dann trainiert wird.

ZEIT: Haben Sie auch Anfragen von Männern, die gern am Tanzseminar teilnehmen würden?

Blumenschein: Beim Wort Tanzen fühlen die Männer sich gleich ausgeschlossen. Deshalb habe

Auch bei Drafftcb. Mit dem heute 26-jährigen Marko Werth zum Beispiel. Nach seinem Hauptschulabschluss arbeitete er jahrelang als Einzelhandelskaufmann, bevor er von der Ausbildung bei der Texterschmiede in Hamburg hörte. »Ich habe schon immer gerne gebloggt und geschrieben«, erzählt er.

Er beschloss aus seiner Neigung einen Beruf zu machen, bewarb sich, ohne Abitur und Studium, wurde in der Texterschmiede genommen und fand im Anschluss an seine Ausbildung gleich einen Job. Und die Arbeitszeiten, die bei wichtigen Projekten auch mal bei zwölf Stunden am Tag liegen können? Für ihn kein Problem.

»Eine gute Idee findet sich nun mal nicht immer nach Zeitplan«, sagt Marko Werth. Für seinen Traumjob nahm er sogar in Kauf, dass sein Anfangsgehalt als Werber weit unter dem liegt, was er als Einzelhandelskaufmann verdient hätte.

ich die gesamte Konzeption dieses Seminarformats auf Frauen zugeschnitten. Außerdem stelle ich fest, dass nur wenige Männer einen Trainingsbedarf in ihrem Führungsverhalten haben, weil sie es oft als selbstverständliches Nebenprodukt ihrer Karriere verstehen.

ZEIT: Wie kamen Sie eigentlich auf die Idee?

Blumenschein: Ich bin seit meiner Kindheit eine leidenschaftliche Tänzerin. Und ich habe immer davon geträumt, meine beiden Kompetenzen – den Tanz und meine ökonomische und pädagogische Qualifikation als Managementtrainerin und Beraterin – miteinander zu verbinden.

Interview: ALIA BEGISHEVA



Annette Blumenschein, 44, Karrieretrainerin und Fachbuchautorin aus Frankfurt am Main

François Truffaut sagt:
Man kann niemanden überholen, wenn man in seine Fußstapfen tritt.

Der Coach erklärt:

Was ist falsch daran, ein Vorbild zu haben? Nichts, denn Vorbilder helfen Ihnen, Visionen zu entwickeln und Talente zu wecken. Entscheidend ist, wie Sie Ihr Vorbild nutzen. Allzu oft erlebe ich, dass Berufstätige ihre Vorbilder anbeten; dass sie alles tun, um ihnen ähnlicher zu werden; dass sie in Kostüme schlüpfen, die sie nicht kleiden, sondern verkleiden.

Wer einem Vorbild blind nacheifert, wird zur blassen Kopie eines Originals. Statt seinen eigenen Stil zu entwickeln, passt er sich dem Vorbild an. Statt seinen eigenen Weg zu gehen, watschelt er dem Vorbild hinterher. Statt seine eigenen Werte zu entdecken, beret er die Werte seines Vorbilds nach. Unreif ist ein solcher Umgang mit dem Vorbild, frustrierend noch dazu: Was immer die Kopie auch unternimmt, sie wird blass und unvollkommen bleiben. Wenn jemand beispielsweise als Unternehmer seinem großen Vorbild am Markt folgt, wird er – wie François Truffaut sagt – immer nur in dessen Fußstapfen treten, es aber nie überholen können. Ein Leben aus zweiter Hand – und in der zweiten Reihe!

Wer ein Vorbild sucht, sucht in Wirklichkeit kein Vorbild. Er sucht sich selbst, seine Wünsche, seine Träume, seine verborgenen Talente. Dabei kann das Vorbild ihm die Himmelsrichtung weisen. Die Entscheidung, was er tut oder lässt, liegt aber nach wie vor bei ihm. Wer sein Vorbild als Vorgabe missversteht, formt dabei nur ein Zerrbild seiner selbst. Zum Beispiel kenne ich einen Abteilungsleiter, der seinen Geschäftsführer zum Vorbild erkoren hat. Bei jedem Zweiergespräch, bei jedem Meeting studiert er dessen Auftreten. Der Geschäftsführer neigt zu Machtworten, zu autoritärem Führungsstil. Genau diese Eigenart will der Abteilungsleiter, der sich als zu weich empfindet, von seinem Chef übernehmen. Er imitiert sogar dessen Redewendungen. Das Problem ist nur: Der Stil passt nicht zu ihm. Seine Mitarbeiter nehmen ihn nicht ernst. Er ist dem Vorbild in die falsche Richtung gefolgt; zu ihm würde besser ein demokratischer Führungsstil passen.

Nicht dem Trampelpfad des Vorbilds zu folgen, sondern sich auch von ihm abzugrenzen, sich eigene Pfade zu bahnen, um eigene Stärken auszuspüren – darin besteht die Kunst. Wer einiges gezielt anders als sein Vorbild macht, macht es in vielen Fällen sogar besser!

MARTIN WEHRLE

Unser Autor ist Coach. Sein aktuelles Buch heißt »Ich arbeite in einem Irrenhaus« (Econ).

TIPPS UND TERMINE

Verständliche Wissenschaft

Die Klaus Tschira Stiftung zeichnet junge Wissenschaftler mit dem Klar-Text-Preis für verständliche Wissenschaft aus. Bewerben kann sich, wer 2011 seine Promotion in den Fachgebieten Biologie, Chemie, Informatik, Mathematik, Neurowissenschaften oder Physik abgeschlossen hat. Auch angrenzende Fächer wie Biophysik oder Wirtschaftsinformatik werden bei der Vergabe mit einbezogen. Die Bewerber müssen die Ergebnisse ihrer Doktorarbeit in einem allgemein verständlichen und spannenden Artikel in deutscher Sprache zusammenfassen. Die Sieger in jedem Fachgebiet werden mit 5000 Euro ausgezeichnet. Einsendeschluss ist der 29. Februar. www.klaus-tschira-preis.info

Banking-Workshop in Frankfurt

Beim »Banking Workshop« am 29. und 30. März in Frankfurt bietet The Boston Consulting Group (BCG) Einblicke in den Beraterberuf in diesem Geschäftsfeld. Bewerben können sich herausragende Studierende und Doktoranden (Bachelors ab 3. Semester, Diplomstudierende im Hauptstudium, Masterstudierende) aller Fachbereiche sowie Berufsanfänger (bis vier Jahre Berufserfahrung) aus allen Bereichen der Finanzwirtschaft. bankingworkshop.bcg.de

Studienstiftung vergibt Stipendien

Leistungsstarke, engagierte Studierende im ersten und zweiten Semester können sich bis zum 14. Februar für den Auswahltest der Studienstiftung anmelden. Mit einem guten Testergebnis qualifizieren sie sich automatisch für das Stipendien-Auswahlverfahren. Anmeldung und Testaufgaben unter: www.studienstiftung.de/selbstbewertung.html



Lebenswerk

Gisela Dachs: »Freund der Juden?« ZEIT NR. 4

Die Motive, deretwegen Otto Michel seine NS-Vorgeschichte verschwiegen, werden nie ganz zu klären sein, und er kann Vorwürfe nicht mehr beantworten. Ich frage mich aber: Entwertet diese Entdeckung tatsächlich das Lebenswerk des deutschen Theologen, der zur Erneuerung des christlichen Bewusstseins, vom Judentum abzustammen und diesem verbunden zu sein, beigetragen hat? Michel war kein Held, er zeigt Brüche und Widersprüche. Aber er prägte eine Generation von Theologen, die schlimme Irrwege erkannte und verließ. Nicht die Biografie Michels ist heute das Problem, sondern eine Renaissance judenfeindlicher Tendenzen in der Theologie, die in der Tarnung als »Israel-Kritik« uralte christliche Vorurteile und Hasstraditionen aufwärmt.

Dr. Klaus Beckmann, Koblenz

Ungeeignet

Magdalena Hamm: »Mein Freund, der Roboter?« ZEIT NR. 4

Ich finde, dass Roboter nicht in ein Seniorenheim gehören. Ein/e Pfleger/in hat weitaus mehr Verantwortung zu tragen als für die Einnahme von Flüssigkeit der Senioren. Durch mein Ehrenamt in einem Altenheim weiß ich zudem, dass selbst auf das banale Einschenken von Getränken oft Probleme folgen, die gehandhabt werden müssen. Dies erfordert ein hohes Maß an Empathie, Flexibilität, Menschenkenntnis sowie eine gewisse Dosis an Durchsetzungsvermögen, die von Robotern absehbar nicht erbracht werden können. Leider wird schließlich die Meinung der Bewohner zu einem solchen Diener-Roboter nicht thematisiert. Wo aber liegt das Problem, den Bedarf von Pflegepersonal über die Ausbildung und Einstellung menschlicher Pfleger zu lösen?

Lennart Kösters, Schüler 10. Klasse, Berlin

Oberlehrer

Birgit Schönau: »Entspannt euch, Deutsche!« ZEIT NR. 4

Eigentlich ist das Verhältnis Deutschlands zu Italien eher ein Liebesverhältnis, zumindest von deutscher Seite aus. Deswegen ist es fast ärgerlich, wenn nun wieder Spekulationen über gegenseitige Animositäten bemüht werden. Was ökonomische Fragen anbelangt, sollte sich Deutschland nicht zu sehr als Oberlehrer aufschwingen gegenüber den anderen Mitgliedern der Euro-Währungszone. Dennoch hat Deutschland mit seinem Konzept der sozialen Marktwirtschaft einen wirtschafts- und finanzpolitischen Markenkern zu verteidigen, der sich bestens begründen lässt.

Sigurd Schmidt, Bad Homburg v. d. H.



Zum Beitrag von Matthias Nass in der Politik: »Mach's gut, Europa!«, ZEIT Nr. 4

Die tauben Ohren der Politiker

Evelyn Finger: »Beruhigt euch!« ZEIT NR. 4

Der Wunsch der Bürger nach Mitsprache ist nicht gleichbedeutend mit einer demokratischen Grundordnung. Es geht vielmehr darum, dass die meisten Menschen ihre Teilhabe an gesellschaftlichen Entwicklungen als gefährdet oder verloren ansehen. Es ist gerade nicht die Entkopplung der politischen von der wirtschaftlichen Sphäre, sondern vielmehr die zu große Nähe und Nachsicht der Politiker mit der Wirtschaft.

Die Bürger fühlen sich nicht mehr ausreichend von den politischen Parteien vertreten und zeigen ihren Unmut offen auf der Straße. Die Französische Revolution hat aber schon gezeigt, dass der Weg vom Alleinherrscher zur Schreckensherrschaft der Bürgerlichen kurz ist.

Wir erleben gerade in Europa, wie sich Regierungen ohne den Volkswillen bilden (Griechenland, Italien) und wie gewählte Volksvertreter ihre Macht zu ihren Gunsten und gegen

das Volk nutzen (Ungarn). Demokratie ist dabei nicht erkennbar. Hinzu kommt die Folge ständiger Krisen: die »Alternativlosigkeit«. Wenn einer Gesellschaft die Entscheidungsfreiheit mit Verweis auf die fehlenden Alternativen genommen wird, wo gibt es dann noch Möglichkeiten, am (politischen) Entscheidungsprozess teilzuhaben?

Dr. David Wolff, per E-Mail

Zur Demokratie gehört nicht nur ein Volk, das mitbestimmen möchte, sondern auch Repräsentanten, die es entsprechend vertreten. Wenn Politiker, aus welchen Gründen auch immer, nicht mehr in der Lage sind, zum Wohle des Volkes zu handeln, oder sich ihrem eigenen statt dem Gemeinwohl verpflichtet fühlen, kann (und muss) man von Demokratie sprechen. Wer wie die Autorin argumentiert, hat die Occupy-Bewegung und das, was nicht nur die Anhänger sol-

cher Bewegungen in diesen Zeiten bewegt, nur halb verstanden.

Andreas Ebbert, Stockelsdorf

Fälschlicherweise werden Parlamentarismus und Demokratie pauschal miteinander gleichgesetzt. Schließlich zeigt sich innerhalb der Euro-Zone sehr wohl eine Erosion des bisherigen politischen Systems, die sich nicht nur in der Forderung spanischer Jugendlicher nach einer »echten Demokratie« widerspiegelt, die weniger die Wünsche der Finanzmärkte als vielmehr jene der Normalbevölkerung erfüllen soll. Weswegen sich die Frage, wo denn die Krise der Demokratie sei, einfach beantworten lässt und man hierfür nur einmal demonstrierende Personen wie etwa auf der Plaza Mayor in Madrid oder in anderen größeren mediterranen Städten interviewen muss. Die zwar ihre Meinung öffentlich kundtun können, aber dabei auf taube Ohren bei den politischen Entscheidungsträgern stoßen.

Mit jener Ignoranz riskiert man, dass sich eine ganze Generation im Süden des Kontinentes von der Idee der europäischen Integration verabschiedet!

Rasmus Ph. Helt, Hamburg

Kern der Protestbewegung und des wachsenden Misstrauens gegenüber der Demokratie sind nicht Zweifel am guten Willen der Regierungen oder der Funktionstüchtigkeit der Parlamente, sondern der wachsende Einfluss nicht parlamentarischer Organe an der politischen Entscheidungsfindung. Die Menschen verstehen, dass wirtschaftliche Teilnehmer immer mehr Einfluss auf die Gesetzgebung nehmen. Staaten refinanzieren ihre Kredite bei ihren Gläubigern. Die EZB, ein europäisches Organ, stellt die dafür notwendige Liquidität zur Verfügung. Die Menschen wollen kein Diktat durch den Staat, und sie wollen kein Diktat durch die Wirtschaft, wie wir es zurzeit erleben.

Jan-Frederik Thurmman, Hamburg

Betreuer dringend gesucht

Jeannette Otto: »Her mit den Krippen!« ZEIT NR. 4

Es reicht nicht, nur Krippen(plätze) zu fordern, sondern es muss für ausreichend qualifiziertes und angemessen Personal gesorgt werden. Gerade in Ballungsräumen fehlen vor allem die Erzieher/innen und Kinderpfleger/innen. Es bedarf eines raschen Vorgehens der Politik, den Beruf der Erzieher/innen u. a. durch angemessene Entlohnung und wertschätzende Arbeitsbedingungen attraktiver zu machen. Kinder haben nicht nur ein Recht auf einen Platz in einer Kindertagesstätte, sondern einen Rechtsanspruch auf Fachkräfte, die ihnen individuelle Bildung, Betreuung, Erziehung und Entwicklung ermöglichen. Von daher sind auch Nachqualifizierungen von Quereinsteigern (wie bspw. Grundschullehrer/innen in München) kritisch zu sehen. Außerdem darf man ruhig infrage stellen, ob eine alters-

durchmischte Erziehung von 0 bis 6 Jahren in einer Gruppe sinnvoll ist. Wenn man außerhäusliche Tagesbildung von Kindern unter 3 Jahren will, sollten auch Kleinkindgruppen möglich sein. Wer hier Abstriche in Standards und Qualität macht, wird weder den Bedürfnissen der Eltern noch der Kinder und ihrer Erzieher/-innen gerecht.

Detlef Rüsche, Dipl. Soz. päd., Mitglied im DBSH e.V., Freising

Kein Kind schreit nach einer Krippe. Was Kinder einfordern bzw. einfordern würden, sind Personen mit Verlässlichkeit, Klarheit und Liebe. Das können die Eltern sein oder andere Personen mit Herz. Aber warum muss das Foto eines Kindes für die Krippenfrage erhalten? Passend wäre die Aufnahme von einem verzweifelten Elternpaar, das sich

Entlastung von den Anstrengungen des Familienlebens wünscht und schreit: »Her mit den Krippen!« Vielleicht auch ein Wut-Elternpaar, das sich über die Politik ärgert, welche quantitative Zielvorgaben macht und die Maßstäbe dafür außer Acht zu lassen scheint, welche Form der Betreuung unseren Kleinsten gerecht wird.

Schade, dass die Kinderperspektive zu kurz kommt.

Niels Stein, Burgdorf

Wer soll in diesen neu zu schaffenden Einrichtungen überhaupt arbeiten? Schon jetzt führt der Erziehermangel zu eingeschränktem Betrieb, Kita-Leitungen im Gruppendienst, zur Schließung von Gruppen, weil Stellen nicht zu besetzen sind. Aufrufe wie »Du fehlst uns« verhalten im leeren Raum. Und wer

sich heute tatsächlich dadurch motivieren lässt, einen schlecht bezahlten Beruf mit hoher Verantwortung zu ergreifen, wird in drei bis fünf Jahren fertig ausgebildeter Erzieher sein – nicht 2013. Wenn er denn einen Platz an einer der voll ausgelasteten Schulen bekommt. Mein Rat an die Kommunen: Machen Sie langsam mit dem Bauen. Leere Gebäude kosten nur unnötig Geld und schaffen keine Krippenplätze.

Ina Ullrich, Frankfurt/Main

Sicher, Krippenplätze zu schaffen, das war und ist wichtig, damit frau wieder arbeiten gehen kann. Doch bitte denkt bei aller Planung auch an die Zeit, wenn die Kinder größer sind, also: »Her mit den Hortplätzen!«

Susanne Ferrari und Beatrix Gillmann, München

Der Ungeist

Fabian Dannenberg: »Was willst du hier, Neger?« ZEIT NR. 4

Die Frage »Was willst du hier, Neger?« heißt ja nichts anderes als: »Raus, du Fremdling!« Dieser schrille Schrei ist der erschreckende Widerspruch zu der kühlen These: »Friedenssicherung? Haben wir schon!« Ja! Wir müssen die vorhandenen Mittel der Friedenssicherung aber täglich anwenden, um den Frieden zu erhalten, gerade für die Macht- und Mittellosen. Im Alltag kommt es nicht auf den Hinweis auf vorhandene Gesetze an, sondern auf die überzeugende Anwendung der »friedenssichernden« Rechtsmittel – sowohl in der Pädagogik der Schulen und der Erwachsenenbildung als auch in Gericht und Verwaltung.

K. Stolzenberg, per E-Mail

Die Schilderung dieser Erlebnisse hat mich sehr getroffen. Die Anschaulichkeit der Darstellung lässt die Verzweiflung und Not sehr deutlich werden. Mein Jahrgang (1933) wuchs in einer Zeit der Indoktrination und Intoleranz im Kriegs- und Nachkriegsdeutschland auf. Ich kenne deshalb die Wurzeln der »NS-Bewegung« besser, als mir lieb ist, und bin erschüttert darüber, dass sich dieser Ungeist wieder gefährlich rührt.

Robert Koch, Leichlingen

Der Beitrag hat uns sehr bewegt. Der Bürgermeister Klaus-Dieter Hartung (Die Linke) möchte mit Herrn Dannenberg Kontakt aufnehmen.

Zwar ist der sichtbare Rechtsextremismus seit einigen Jahren von den Straßen der Stadt Hohen Neuendorf weitgehend verschwunden, doch die Auseinandersetzung mit dem Rassismus bleibt schwierig. Wir würden Herrn Dannenberg gerne einladen, gemeinsam mit uns über ein geeignetes Format nachzudenken, seine Geschichte hier lokal bewusst zu machen.

Ariane Fäscher, Presse- & Öffentlichkeitsarbeit Stadtverwaltung Hohen Neuendorf

Ich schäme mich für meine Mitbürger, die Ihnen über so lange Zeit das Beschriebene angetan haben. Ich dachte, dass dies in unserer medial so aufgeklärten Gesellschaft nicht mehr vorkommen kann.

Marc Naujokat, Mannheim

☐ Ihre Zuschriften erreichen uns am schnellsten unter der Mail-Adresse: leserbriefe@zeit.de

Beilagenhinweis

Die heutige Ausgabe enthält in Teilaufgaben Prospekt folgender Unternehmen: HamburgMusik gGmbH, 20355 Hamburg; Hansisches Druck- und Verlagshaus GmbH, 60394 Frankfurt/Main

Liebe ZEIT-Leserinnen und -Leser, mindestens 200 von Ihnen werden schon darauf gewartet haben: Endlich kommt »Was mein Leben reicher macht« in den Handel – als Buch. Es ist ein hübsches Bändchen geworden, das der Knauer-Verlag da gemacht hat, und alle von Ihnen, die der Veröffentlichung ihres Beitrags in dem Buch zugestimmt haben, bekommen ihr Belegexemplar in den nächsten Tagen. Viel Freude damit!

WL

Mein Wort-Schatz

»Pöhler« stand kürzlich auf der Schirmmütze von Jürgen Klopp, dem Trainer von Borussia Dortmund. Und da war sie wieder, die Erinnerung an meine Kinder- und Jugendjahre in Westfalen: Nach Schule und Hausaufgaben ging's raus auf die Konsumwiese, zum Pöhlen (vulgo: Fußballspielen) mit den Jungs aus der Nachbarschaft. Da machte es nichts, dass die Wiese bucklig und abschüssig war – Hauptsache, der Lederball war im Spiel! Und wenn die Blase (des Balls) mal platzte, wurde eine neue eingezogen und weiter gepöhlt. Inzwischen allerdings zwickten Bandscheiben und Knie, und es wird ein Wunschtraum bleiben: Noch einmal so richtig pöhlen (zu können)!

Gerd Heimann, Zossen

Zu den Wörtern, die ich besonders mag, gehört der Schmaus. Es ist nicht nur ein altes Wort, sondern es lässt sich kaum durch eine moderne Bezeichnung ersetzen. Alles, was uns zum Thema Mahlzeit einfällt – Festessen, Imbiss, Menü, Grillparty, Buffet –, drückt höchstens teilweise aus, was der »Schmaus« umfasst: »mit Genuss und Behagen viel und gut essen und trinken« (Etymologisches Wörterbuch des Deutschen, dtv). Ludwig Uhland hat dem Schmaus ein lyrisches Denkmal gesetzt: In seinem Gedicht *Einkehr* wird ein Apfelbaum zum Sinnbild der freigegebenen Natur. Die dritte Strophe lautet:

*Es kamen in sein grünes Haus
Viel leichtbeschwingte Gäste;
Sie sprangen frei und hielten*

Schmaus

Und sangen auf das beste.

Wenn wir am großen Familien-Esstisch Platz genommen haben, wartet die Freundin unseres Sohnes jedes Mal auf meine Frage: »Wie heißt der Spruch?« Ihre Antwort: »Fröhlich sei der Schmaus – in diesem Haus!«

Hans-Otto Seinsche, Betzdorf

Schicken Sie Ihre Beiträge für »Die ZEIT der Leser« bitte an:

leser@zeit.de
oder an
Redaktion DIE ZEIT,
»Die ZEIT der Leser«,
20079 Hamburg

Die Redaktion behält sich die Auswahl, eine Kürzung und die übliche redaktionelle Bearbeitung der Beiträge vor. Mit der Einreichung eines Beitrags erklären Sie sich damit einverstanden, dass der Beitrag in der ZEIT, im Internet unter www.zeit.de/zeit-der-leser und auch in einem ZEIT-der-Leser-Buch (Sammlung von Leserbeiträgen) veröffentlicht werden kann

Vorher



Hier sehen Sie ein Bild vom Winter 2010 und eines vom Sommer 2011. Direkt gegenüber unserer Wohnung konnten wir ein halbes Jahr lang den sogenannten Rückbau von Halle live miterleben. Die Vibrationen der Presslufthammer holten uns jeden Morgen

um sieben sanft aus dem Schlaf, selbst am Samstag. Doch es war auch interessant zu sehen, wie dieses Monstrum an Platte Stockwerk für Stockwerk abgetragen wurde. Ich habe mir sogar ein Fernglas besorgt, um die Bauarbeiter in schwindelerregender

Nachher



Höhe besser beobachten zu können. Nur manchmal vermisse ich heute die untergehende Sonne, die sich früher in den Kacheln des Plattenbaus spiegelte.

Pauline Geier, Halle an der Saale

Zeitsprung

EIN GEDICHT!

Klassische Lyrik, neu verfasst

Verbotene Kalorie

(Nach Detlev von Liliencron, »Verbotene Liebe«)

Die Nacht ist rau und einsam,

Dein Magen knurrt erlaucht.

Du ruhst in meinem Arme

Und bist schon dürr wie 'n Schlauch.

Der Fuchs schnürt durch die Felder,

Wie ferne ist der Freund.

Kurzzeitig glänzen Sterne

Dein leerer Magen weint.

Ich breche dir ein Knäcke,

Sehr kalorienleer,

Und geb's in deine Hände –

Diäte nimmermehr!

Bärbel Lieb, Bad Honnef

Das ist mein Ding



Peter Janßen, Braunschweig

Die Trauringe meiner Eltern – ich trage sie seit ihrem Tod an einer Halskette. Nur noch schwach zu lesen ist das eingravierte Datum: »18. 12. 36«. Die goldenen Ringe sind mir lieb und teuer. Ich trage sie immer – nur nachts lege ich sie ab. Einmal, vor Jahren, ließ ich die Ringe und die Kette in einem Kairoer Hotel liegen, was ich leider zu spät bemerkte. Ich gab sie verloren und war sehr traurig über den Verlust. Doch am Ende meiner zweiwöchigen Reise durch Ägypten händigte mir der Reiseleiter am Flughafen von Kairo einen Briefumschlag aus. Darin, zu meiner Überraschung und Freude, die beiden Ringe an der Kette!

Wiedergefunden: Die Taxiquittung

Schneechaos in Luxemburg! Im Stadtzentrum liegt der Schnee als immer dicker werdende weiße Decke, Busse fahren schon lange nicht mehr, der Verkehr steht. Um 21 Uhr bin ich immer noch im Büro gefangen, in Anzug und Halbschuhen vom plötzlichen Wintereinbruch überrascht. Ich bin müde und friere, als ich nach Hause will. Dann treffe ich Momo, den Taxifahrer. Er heißt eigentlich Mohamed, hat eigentlich Feierabend und ist eigentlich auf dem Weg nach Hause, zu seinem sechs Monate alten Sohn und seiner Frau. Das erfahre ich allerdings erst, als wir bereits zwanzig Kilometer unterwegs sind. An einer Bushaltestelle lesen wir noch zwei Passagiere auf, die an der Strecke wohnen: eine kapverdische Frau, die zu ihren Kindern nach Hause will, und einen englischen Bankangestellten. Ich spendiere ihnen die Fahrt. Im Taxi ist es warm, und wir Geretteten unterhalten uns auf Französisch, Englisch, Spanisch und Portugiesisch über Kinder, Oldtimer, Kochen, Integration und Grenzgänger. Die Frau von den Kapverden möchte uns alle irgendwann zu sich einladen. Eine Einladung, die nie stattfinden wird, das wissen wir alle, aber es ist gut so. Nach über zwei Stunden Fahrt bin ich zu Hause, ich danke Momo mit einer Umarmung und einem ordentlichen Trinkgeld und sehe meine Frau am Fenster – sie hat gewartet. Die Quittung habe ich beim Aufräumen im Büro wiedergefunden, und sie erinnert mich an jene Nacht, auch wenn Momo längst wieder am Flughafen steht und der Schnee vom letzten Jahr längst geschmolzen ist.

Sven Knepper, Nospelt, Luxemburg



STRASSENBLIND



Kreativ

Ich bin eine recht unbegabte Handwerkerin, aber gern helfe ich mich mit dem Allzweckmittel Kabelbinder – bei der Fahrradreparatur, beim Befestigen von Gardinenstangen oder beim Bändigen von Grünpflanzen. Doch bei einem Spaziergang durch Palermo musste ich feststellen, dass es da noch kreativere Menschen gibt. Dass man mit Kabelbindern auch einen Unfallwagen flicken kann, war mir neu.

Verena Lehmkuhl, München

Die Kritzelei der Woche



Kürzlich musste ich mir in einem Seminar Filme wie *Deutschland im Herbst* und *Der Baader Meinhof Komplex* ansehen. Irgendwann hab ich innerlich abgeschaltet und nur noch Fragmente mitbekommen – wie man auf meiner Kritzelei vielleicht erkennt. Ich weiß jedoch nicht, woher die Katze plötzlich gekommen ist ...

Vincent van Dienenhoven, Westerstede

Was mein LEBEN reicher macht

Feierabendteile, ein Vater steigt mit seinem kleinen Sohn aus der U-Bahn. »Papa? Was wollen wir noch einkaufen?« Papa: »Brot und ein Geschenk für Mama!« Der Junge: »Okay! Du holst das Geschenk und ich das Brot!« Ich freue mich über alle großartigen Väter dieser Welt. Und schließe meinen Mann mit ein, der unserem Kind und mir jeden Tag so viel schenkt.

Sabine Jäntsich, Berlin

Das Internet! Etwa, wenn ich per Skype gleichzeitig mit meinem Sohn auf Martinique, meiner Schwiegertochter in Erlangen und mit meiner Tochter in Würzburg verbunden bin, redend oder schreibend.

Claudia Jobst, St. Wendel, Saarland

Ich stehe vor unserem Hallenbad und versuche, die viel zu klein geschriebenen Öffnungszeiten zu lesen. Aber ich habe meine Brille nicht dabei. Eine Schulklasse unseres Gymnasiums wartet auf ihren Sportlehrer, und eine Schülerin erkennt mich. Sie tritt heran und liest mir den Text vor. Und zu einer Mitschülerin sagt sie: »Schreib das doch mal für Herrn Walter auf!«

Frank Walter, Hermannsburg, Niedersachsen

Unterwegs in der Innenstadt, Alltag. Ein ebenerdiges Ladengeschäft. Großes Fenster, freier Blick in die Werkstatt einer Geigenbaumeisterin. Vor der Werkbank, auf dem Arbeitshocker, die blaue Arbeitsschürze umgebunden, inmitten von Hobeln, Sägen, Schraubzwingen und Reparaturen die junge Frau, versunken, zeitentrückt. Ich höre die *Allemande* aus der ersten Cello suite von Johann Sebastian Bach.

Werner Fuhrmann, Kaiserslautern

Es hat gefroren. Beim Spaziergang mit dem Hund begegne ich zwei jungen Männern, vielleicht 16 Jahre alt. Ganz »coole« Typen in Körperhaltung und Kleidung: Die Kapuzen tief ins Gesicht gezogen, lässig ihre Sprache: »Ey, Alter, check das mal!« Plötzlich rennt einer los, auf eine riesige, gefrorene Pfütze zu, und schlittert mit lautem Juchzen darüber. Der Freund tut es ihm gleich. Ich sehe zwei vor Lebensfreude sprühende, völlig uncoole Jungs. »Na also!«, denke ich – und freue mich schweigend mit.

Ina Flach, Sankt Augustin

Mit meiner Familie war ich in einem Kasseler Restaurant. Jeder wusste, was er essen wollte, nur ich konnte mich überhaupt nicht entscheiden. Da bat ich den Ober, mich mit dem Hauptgang zu überraschen. Er freute sich über mein Vertrauen, und ich bekam ein Hauptgericht, das perfekt zu meinem Geschmack und meiner Stimmung passte. Als die Rechnung kam, fehlte der Hauptgang aber auf der Rechnung, und ich machte den Ober darauf aufmerksam. »Das ist heute meine zweite Überraschung für Sie!«, sagte er nur.

Bettina Rost, Kassel

Jeden Montag betreue ich meinen Neffen. Er ist acht. Wir haben so viel Spaß zusammen, bei allem, was wir tun, und ich habe jetzt schon Angst davor, dass er meine Betreuung einmal nicht mehr braucht und lieber mit seinen Freunden spielen möchte. Als ich ihm das sage, meint er ganz gelassen: »Tina, ich werde immer zu dir kommen. Und wenn du im Altersheim bist, werde ich dich abholen und im Rollstuhl fahren.« Da geht mir das Herz auf. Ich bin Jahrgang 63.

Tina Schüller, Waldesch bei Koblenz

Sonntag früh in der Messe, neben mir ein älterer Herr, mit dem ich mein Gesangbuch teile. Am Ende des Gottesdienstes gibt er mir die Hand und verkündet, nicht ohne Stolz: »Ich bin 96 Jahre alt. Ich wünsche auch Ihnen ein erfülltes Leben!«

Natalie Giesen, Würzburg

ALLTAGSKUNST



Weil sie zu teuer sind, haben die privaten Krankenkassen keine Zukunft mehr. Über die Parteigrenzen hinweg arbeiten Experten an einem neuen, fairen Modell für alle

WIRTSCHAFT
SEITE 19/20



Das Ende der Zwei-Klassen-Medizin

Illustration: Thomas Kullenbeck/Agentur Fricke für DIE ZEIT

Immer mit der Keule

Warum die Deutschen wieder mit Nazi-Vergleichen überzogen werden – und wie sie damit umgehen sollten VON BERND ULRICH

Anoi Schettino, a voi Auschwitz.« So schrieb kürzlich *Il Giornale*, »Uns Schettino, euch Auschwitz«. Damit reagierte die italienische Zeitung auf eine ähnlich feinsinnige *Spiegel Online*-Kritik am feigen Kapitän der *Costa Concordia*, der als typisch italienisch qualifiziert wurde. Gemeint war mit der Entgegnung: Haltet ihr Deutschen bloß das Maul, ihr habt doch den Holocaust zu verantworten!

Nun könnte man sagen, dass *Il Giornale* eine rechtspopulistische Zeitung ist, noch dazu aus dem Hause Berlusconi, also nicht ganz ernst zu nehmen. Man könnte sich auch damit beruhigen, dass Nazi-Vergleiche immer mal wieder gegen Deutsche gerichtet wurden. Doch gibt es da derzeit eine Häufung. Der sensible ostdeutsche Schriftsteller Ingo Schulze wurde eben erst bei einer Lesung in Portugal gefragt, ob die Deutschen nun mit dem Euro schaffen würden, was ihnen mit Panzern damals nicht gelungen sei, also Europa zu beherrschen. Aus Griechenland kann man Derartiges zurzeit täglich hören, oft noch drastischer formuliert.

Anderorts wird der Vorwurf vornehmer verpackt, wenn etwa die aktuelle deutsche Sparpolitik mit der des Reichskanzlers Brüning verglichen wird, dessen Nachfolger dann Adolf Hitler hieß. Regelmäßig wird auch vom deutschen »Sonderweg« gesprochen, etwa wenn die Regierung Merkel nicht so viel Geld drucken möchte, wie andere das von ihr verlangen. Der so häufig zitierte Sonderweg endete historisch wo? Natürlich in Auschwitz. So schließt sich der Kreis.

Deutschland sind die USA von Europa – aber mit einer anderen Historie

Man braucht wirklich nicht lange an der Frage rumzurseln, warum die Nazi-Vergleiche im Moment so oft gezogen werden: Zum ersten Mal seit 1945 tritt Deutschland wieder mit voller Macht auf, nicht weil man das gewollt hätte, sondern weil die europäische Schuldenkrise das ökonomisch stärkste auch zum politisch mächtigsten Land gemacht hat. Deutschland greift nun tief ein in die inneren Angelegenheiten Dritter.

Allmählich bekommt das Land für Europa eine ähnliche Funktion, wie sie die USA lange Zeit für die ganze Welt hatten. Als jene Macht, die ihre Kraft gebrauchte, manchmal missbrauchte, die an allem schuld war, die alles retten sollte und sich dafür beschimpfen lassen musste, wie sie es tat. Was wurde den Amerikanern nicht alles Übles angedichtet, immer steckte die CIA hinter allem Bösen, stets wurden die Amerikaner des Imperialismus geziehen.

Eines allerdings konnte man ihnen nie vorwerfen: dass sie sechs Millionen Juden in den Tod geschickt und die halbe Welt mit Krieg überzogen hätten. Das menschlich nachvollziehbare und oft berechnete Schimpfen auf die je stärkste Macht bekommt im Falle der Deutschen allzu

häufig eine andere, eine alle Diskussionen und jedes ernsthafte Gespräch abtötende Dimension.

Wie soll man als Deutscher nun damit umgehen? Ingo Schulze war empört und beleidigt, wie er selbstkritisch schrieb. Das war sicher schon allein deshalb falsch, weil genau das von seinen Zuhörern beabsichtigt war. Falsch ist es – zweitens – sicher auch, mit deutscher Arroganz zu reagieren, wie das Volker Kauder, Fraktionschef der Union, tat, als er rief, in Europa werde Deutsch gesprochen, fehlte nur noch das Wort: wieder. Ähnlich martialisch redete Peer Steinbrück daher, als er den Schweizern die »Kavallerie« schicken wollte. Das sollte der Politiker eines Landes lieber lassen, das die eigene »Kavallerie« einst nach ganz Europa schickte (außer in die Schweiz).

Drittens darf man sich von Nazi-Vergleichen nicht ins Bockshorn jagen lassen. Das Wort Sonderweg darf eine deutsche Regierung weder zum Nachgeben bringen noch zu einem trotzigen Dann-erst-recht. Zumal man ja weiß, dass Auschwitz als moralischer Hebel in politischen Konflikten eingesetzt wird. Freundliche Unbeeindrucktheit, zuweilen unbeleidigte Zurückweisung sind also die vernünftigsten Reaktionen. Und dann das Weiterdiskutieren über die Sachfragen, über Finanzen oder Militärinterventionen.

Die neue deutsche Rolle wird noch eine ganze Weile zur Häufung von Nazi-Vergleichen führen. Das muss man wohl oder übel ertragen und sich abwettern lassen. Allerdings liegt in diesem Stolzismus auch ein ernstes Problem. Das hat mit dem deutschen Vergangenheitsparadox zu tun, das sich so formulieren ließe: Die deutsche Vergangenheit wird nur dann ganz sicher nicht wiederkehren, wenn die Deutschen nie ganz sicher sind, dass sie nicht wiederkehrt. Darum können sich die Deutschen, ihre Politiker zumal, nicht ganz verpanzern, weder gegen Anwürfe von außen noch gegen Anflüge von Selbstzweifeln. Es bleibt da eine wunde Stelle.

Was soll man nun tun? Die anderen bitten, mit diesem Nazi-Mist einfach aufzuhören, uns Deutsche bitte schön in jeder nur erdenklichen Form zu beschimpfen außer in dieser? Ja, das könnte man. Die Deutschen könnten auch zugeben, dass sie geliebt werden wollen (das ist nichts Schlimmes), viel mehr als Franzosen oder Briten, die sich schon selbst ganz gut lieben. Allerdings können sich die Deutschen vor lauter Liebesbedürftigkeit nicht selbst verleugnen, schon weil die anderen sie dann nur noch mehr verachten würden.

Schließlich muss sich eine gewisse Coolness nach außen mit besonders hoher historischer Sensibilität nach innen verbinden. Antisemitismus, Neonazi-Terror, Geschichtsvergessenheit, Anfälle von Arroganz – das sind die wirklichen Gefahren und Verführungen.

Die Deutschen müssen jetzt sehr tapfer sein – und sehr sensibel.

www.zeit.de/audio

Einfach nur autoritär

Es wird Zeit, der Weltmacht Facebook Grenzen aufzuzeigen. Auch wenn das viel Mut erfordert VON HEINRICH WEFING

Vier große Mächte gebe es derzeit auf der Welt, sagte unlängst ein US-Admiral in Berlin: China, Indien, die USA – und Facebook. 800 Millionen Menschen nutzen das Soziale Netzwerk, darunter mehr als 20 Millionen Deutsche, ein Viertel aller Bundesbürger. Facebook verbindet Menschen rings um den Erdball, es ist zum Zentralnervensystem der globalen Kommunikation geworden. Wenn das Unternehmen demnächst an die Börse geht, dürfte sein Wert mit bis zu 100 Milliarden Dollar veranschlagt werden.

Schon klar, das Datenimperium hat keinen Außenminister und keine Flugzeugträger. Aber wenn Macht bedeutet, in das Leben sehr vieler Menschen eingreifen zu können, dann ist Facebook tatsächlich eine Supermacht. Was immer die Macher im kalifornischen Menlo Park beschließen, verändert den Alltag der Nutzer.

Von so viel Gehorsam kann der Papst nur träumen

Gerade hat Mark Zuckerberg, der Gründer von Facebook, entschieden, dass die Profileiten aller Nutzer, quasi ihre Selbstdarstellung im Netz, neu sortiert werden. Künftig werden alle Informationen chronologisch geordnet, von der Geburt bis zur Gegenwart. Timeline heißt die Funktion, die jetzt verbindlich wird. Und weil Zuckerberg das so will, werden fortan alle Facebook-Nutzer, von Island bis Indonesien, von Fidschi bis Georgien, mit Timeline leben müssen. Ob sie wollen oder nicht. Punkt. Selbst der Papst kann von einer solch umstandslosen Durchsetzung seiner Anweisungen nur träumen.

Natürlich gibt es allerlei Protest gegen das neue Layout, es sei zu unübersichtlich, und Datenschützer warnen, Facebook wolle mit der Umstellung nur noch mehr Daten absaugen, um gezielter Werbung verkaufen zu können. Das alles ist richtig, doch bewirken wird der Widerstand nichts, und vermutlich wird er bald vergessen sein. Irgendwie genervt von Facebook ist jeder Nutzer. Aber wer will sich schon freiwillig vom Gespräch mit potenziell 800 Millionen Mitmenschen ausschließen?

Beunruhigend ist tatsächlich nicht allein Timeline, verstörend ist vielmehr die autoritäre Geste, mit der die Änderung dekretiert wurde, wie nebenbei, in einem Firmenblog. Verstörend, weil Facebook nicht irgendein Konzern ist. Sondern ein Unternehmen, das existiert, um möglichst viel über uns in Erfahrung zu bringen – und dieses Wissen zu Geld zu machen. Facebook sammelt ja nicht nur die Urlaubsfotos und Lieblingssongs seiner Nutzer. Es registriert, wann sie aktiv sind, mit wem sie chatten, was sie spielen. Es verbindet all diese Daten – und löscht sie wohl nicht einmal, wenn sich ein Nutzer abgemeldet hat. Nacktscanner sind nichts gegen diese Datensammelmaschine.

Man muss sich nur einmal vorstellen, eine Telefongesellschaft zeichnete alle Telefonate von 800 Millionen Menschen auf und könnte darauf nach Belieben zugreifen. Auf jedes Geschäftsdetail, jeden Liebeschwur, jedes Gespräch mit dem Arzt. Die Welt wäre zu Recht alarmiert. Zumal wenn sich diese globale Telefongesellschaft weigerte, Auskunft über die eigenen Geschäfte mit den Mitschnitten zu geben. Genau das tut Facebook. Facebook sagt nicht, wie es speichert, was es speichert. Und verrät schon gar nicht, was es mit den Daten macht. Alles Unternehmensgeheimnis, Ende der Durchsage.

Ein solch ungeheurer Datenschatz in der Hand eines einzelnen Privatunternehmens stellt die Machtfrage neu. Die Machtfrage des 21. Jahrhunderts.

Ziemlich wahrscheinlich, dass die Frau, die in zwanzig, dreißig Jahren Präsidentin der USA wird, gerade in diesem Moment bei Facebook aktiv ist. Ebenso wie die künftigen Regierungschefs von Brasilien, Nigeria oder Frankreich. Zudem die kommenden Nobelpreisträger, Popstars und Terrorchefs. Und Facebook weiß, ob sie Sex mit Männern oder Frauen mögen, woran sie glauben und was sie kaufen.

Ja, sicher, niemand vermag zu sagen, ob Facebook jemals sittenwidrig Gebrauch machen wird von diesen Informationen. Aber was, wenn der Börsenkurs irgendwann bedrohlich sinkt? Was, wenn eine Regierung gegen Facebook vorgehen will, wenn das Unternehmen gar zerschlagen werden soll? Wie groß ist dann die Versuchung, mit den Informationen in den eigenen Rechnern Druck auszuüben? Im Kampf gegen geplante Gesetzesänderungen hat Facebook gerade erst bewiesen, dass es die eigenen Interessen in Washington beinah durchsetzen kann. Auch die Firmengeschichte ist keine Beruhigung. Wenn es neben dem explodierenden Wachstum eine Konstante bei Facebook gibt, dann die Ignoranz gegenüber den geltenden Spielregeln. Facebook ist eine Supermacht. Und verhält sich auch so.

Irgendwann, ziemlich bald, wird es Zeit, Facebook seine Grenzen aufzuzeigen. Nicht die Grenzen des Wachstums. Sondern die Grenzen seiner Macht. Das wird schwer, keine Frage, unmöglich ist es nicht. Man muss nicht gleich über Zerschlagung reden. Aber eine beherrzte Regulierung wäre schon etwas. Eine Regulierung, die Facebook zwingt, jedem Nutzer zu sagen, was die Firma über ihn weiß. Und ihm zu garantieren, dass gelöscht wird, was der Nutzer nicht gespeichert wissen will. Gefordert wird das schon lange. Aber jetzt könnte eine gute Gelegenheit sein. Börsen reagieren mitunter empfindlich auf öffentlichen Druck. Und weil Facebook längst eine Weltmacht ist, ist eine solche Regulierung kein Thema für nationale Koalitionsverhandlungen. Sondern für die Treffen der G 20, die mächtigsten Politiker der Welt.

www.zeit.de/audio

ÖSTERREICH



Angelobung

Das Bundesheer soll eine Profiarmerie werden, doch wer will eigentlich noch für das Vaterland sterben?

Österreich-Seite 10

Frauen, wehrt euch!

Nach der Revolution kämpfen viele Ägypterinnen gegen eine neue Welle der Unterdrückung. Sie sind Vorbild für andere Länder

Dossier
Seite 13–15



Was dem Teufel Spaß macht

Kardinal Reinhard Marx über Macht, Eitelkeit und andere sehr irdische Versuchungen

Glauben & Zweifel S. 54

ZEIT ONLINE

Missgebildete Rinder, Schafe und Ziegen – in Europa greift eine neue Tierseuche um sich

Ein Report unter
www.zeit.de/wissen

PROMINENT IGNORIERT



Wetten, dass ...?

Michael Ballack, einst einer der beliebtesten Fußballer, ist an einem Tiefpunkt seiner Karriere. Will den Alten keiner mehr haben? *Wetten, dass ...?*, einst eine der beliebtesten Shows, findet und findet keinen Nachfolger für Thomas Gottschalk, nachdem jetzt auch noch Jörg Pilawa abgesagt hat. Will die steinalte Sendung keiner mehr machen? Vorschlag: Ballack führt sie zum verdienten Ende. Die Träne quillt, der Vorhang fällt. GRN.

Kleine Fotos, v. o.: Andy Wenzel/EPA/HBF/APA/picturedesk.com, Dana Smillic/laif für DZ, Witters

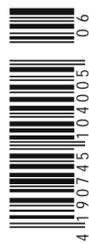
ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de

Abonnement Österreich,
Schweiz, restliches Ausland
DIE ZEIT Leserservice,
20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-1805-861 00 09
Fax: +49-1805-25 29 08
E-Mail: abo@zeit.de

AUSGABE:

06

67. JAHRGANG
AC 7451 C



AUSSERDEM

Zahnloses Tribunal

Hohe Erwartungen begleiteten den parlamentarischen Untersuchungsausschuss, der für Übersicht im Korruptionslabyrinth der Republik sorgen soll. Doch schon nach wenigen Sitzungstagen ist die Suche nach den Nutznießern der abgezweigten Millionenbeträge festgefahren. Die einzelnen Parteienvertreter scheinen, wie in vielen Ausschüssen zuvor, nur darauf bedacht zu sein, Schaden von den eigenen Leuten abzuwenden. Zeugen weigern sich mit fadenscheinigen Ausreden, vor den Mandataren zu erscheinen. Akten werden dem Ausschuss vorenthalten oder verheimlicht – da hilft alle Empörung des parlamentarischen Tribunals wenig. Im Gegenzug füttern jedoch anonyme Zuträger einige Redaktionen (vor allem die der Illustrierten *News* und der Stadtzeitung *Falter*) mit immer neuen Aktenbergen. Ermittlungsergebnisse und die Aussageprotokolle der Verdächtigen finden die Parlamentarier vor allem in der Presse und nicht in ihren Unterlagen. »Sollen wir aushelfen?«, höhnte bereits einer der Enthüllungsjournalisten in einem Blogbeitrag. Das nährt den Verdacht, dass Leute im Justizapparat, die Brisantes mitzuteilen haben, ihre Informationen lieber den Medien anvertrauen als einem Gremium, das auf dem Papier die schärfste Waffe im Arsenal der parlamentarischen Kontrolle sein soll. Doch mittlerweile stehen die Mitglieder dieser Untersuchungsausschüsse unter dem Generalverdacht, einander lediglich aus Parteiloyalität auszuamüßern. Aufklärung scheint trotz aller bombastischer Drohrhetorik die geringste ihrer Sorgen zu sein. Letztlich geht es ihnen offensichtlich nur darum, die politischen Widersacher so lange in Schach zu halten, bis die Ermittlungen wieder ergebnislos eingestellt werden können. JR

DONNERSTAG

Im Namen des Volkes

Eine der wichtigsten Fragen in einer Demokratie lautet: Wie viel kostet ein Gesetz? In der Vergangenheit wurde dabei fahrlässig auf Geld verzichtet. Viel zu billig konnte man sich, wie das Beispiel Telekom beweist, Verordnungen beim Regierungsversand bestellen. Damit sollte jetzt aber endgültig Schluss sein. Jede Interessenvertretung, die sich ein bestimmtes Gesetz wünscht, muss künftig ein verbindliches Angebot vorlegen. Die Regierung wird dann, ohne Eigennutz natürlich, weitere Angebote einholen und dem Bestbieter die genau auf ihn zugeschnittenen



Alfred Dorfer rechnet vor, wie viel der Staat verdienen könnte, würde er Gesetze nicht zu billig verkaufen

Lex pecuniae ermöglichen. Keine Tabus sollte es fortan geben, auch Gesetzesversteigerungen könnten durchaus ins Auge gefasst werden. Ein neues Mobilfunkgesetz gewissermaßen zum Ersten, zum Zweiten – und zum Dritten. Das ist transparent, fair und gewinnorientiert. Demokratisch sowieso, der Markt ist ja frei, und jeder Wahlberechtigte könnte so neben dem Wunschkennzeichen fürs Auto auch sein persönliches Lieblingsgesetz erstellen. Dem Law on Demand gehört die Zukunft. Die fortgeschrittene Version dieser Rechtsstaatsreform wäre dann ein vollkommen individualisierter Gesetzesmarkt. Jeder hätte dort seine eigenen Gesetze, die er je nach Nachfrage verzinsen und mit Gewinn auf einem Sekundärmarkt wieder abstoßen könnte. Der Staat kassiert für Entwurf und Transaktion einen gewissen Prozentsatz und wäre saniert. Offen bleibt, wer sich dann an diese Gesetze noch hält. Nur, das war eigentlich immer die geringste Sorge.



Repräsentation als einzige Pflicht: Rekruten leisten den Fahnenplatz am Wiener Heldenplatz zum Nationalfeiertag

Ich gelobe – nichts

Das Bundesheer soll zur Profiarmerie werden. Doch wer will für sein Land noch das Leben riskieren? VON LUKAS KAPELLER

In der weitläufigen Maria-Theresien-Kaserne in Wien-Hietzing liegen die Rekruten bäuchlings in Zweiergrüppchen auf der Wiese. Bubengesichter unter Stahlhelmen. Einer zielt, der andere läßt mit einem dicken Handschuh, wie ihn Schweißser tragen, das Maschinen-gewehr nach. »Der Handschuh hilft, wenn der Lauf heiß geschossen ist«, erklärt ein Soldat. So proben Grundwehrdiener der Garde, die Österreich auf Staatsempfängen würdig repräsentieren soll, täglich den Ernstfall. Nur, welchen Ernstfall eigentlich?

Ist SPÖ-Verteidigungsminister Norbert Darabos nicht gerade dabei, die ersten Kasernen ohne Rekruten zu betreiben, um für sein Berufs-heer zu werben? Behaupten die Strategen im Ministerium nicht, die Bedrohung für Österreich sei verschwunden, eine spezialisierte Berufs-armee, die internationalen Einsätzen standhält, das einzig Richtige?

Seit Jahren eint Grundwehrdiener ein Schicksal: Sie werden ausgebildet für eine Bedrohung, an die niemand mehr glaubt.

Stell dir vor, es ist Krieg, wer ginge heute noch hin? In der Tagespolitik spielt diese Frage keine Rolle, seit Jahren hat sie kein Meinungsforscher gestellt. Und dennoch spukt sie Tausenden jungen Männern im Kopf herum, denn sie alle geloben, Österreich mit ihrem Leben zu verteidigen.

»Mich persönlich hat der Text nicht kaltgelesen«, erzählt Samir Sarajlic. Der 24-jährige Rekrut, ein ernster junger Mann mit schwarzem Haarschopf, ist derzeit Soldatenvertreter der Garde. Am 26. Oktober 2011 trug er das Gelöbnis am Wiener Heldenplatz vor, 1400 Rekruten sprachen ihm nach. Er habe das als Ehre empfunden. »Es ist wie ein Schwur. Man muss versuchen der Erwartung gerecht zu werden«, sagt Sarajlic heute, »auch im Ernstfall.« Sein Kamerad Aleksandar Novakovic, ein gut aussehender Bursche mit James-Dean-Tolle, schränkt ein: »Das ist ein Gelöbnis, das ich jetzt abgelegt habe«, sagt der 20-Jährige. »Mit 30 muss ich dann vielleicht neu überlegen.« Was nicht heiße, »dass wir alle Deserteure wären.«

Den größten Auftritt hat das Bundesheer jährlich am Nationalfeiertag, doch auch sonst schwören junge Männer überall im Land: »Ich gelobe, mein Vaterland, die Republik Österreich und sein Volk zu schützen und mit der Waffe zu verteidigen.« Nirgends klaffen Ritual und Realität so weit auseinander wie in der Verteidigungspolitik. Obwohl niemand an einen baldigen Kriegseintritt Österreichs glauben will, scheint der Republik die Wehr-

haftigkeit ihrer Söhne ein großes Anliegen zu sein. Aber wäre heute Krieg, würden die Bürger mitmachen? Ja, sagen die Wehrsprecher der Regierungsparteien. »Ich gehe davon aus, dass die Österreicher ihr Land selbstverständlich verteidigen würden«, sagt Stefan Prähauser von der SPÖ. Sein Kollege von der Volkspartei, Oswald Klikovits, meint ebenfalls: »Die Bevölkerung ist wehrbereit, daran hege ich keinen Zweifel.«

Die »bösen Sowjets« und andere Feindbilder sind abhandelt

Am festesten von patriotischer Wehrhaftigkeit überzeugt zeigt sich FPÖ-Wehrsprecher Peter Fichtenbauer. »Ich vermute, wir hätten einen soliden Bestand ohne Fahnenflucht.« Und in einer zweiten argumentativen Kurve, bis zurück zu den Napoleonischen Kriegen, fügt er hinzu, es sei »nicht nur die Pflicht, sondern das Recht jedes Staatsbürgers, im Waffenhandwerk ausgebildet zu werden.«

Bleibt die Frage, ob hinter dem zur Schau getragenen Glauben an die österreichische Wehrmoral nicht das bloße Wunschdenken der Politik steht: die Behauptung, das Heer sei tief in der Gesellschaft verankert, weil man es gerne so hätte. Ist es nicht vielmehr so, dass Institutionen wie das Bundesheer an Glaubwürdigkeit verlieren und der Kriegsfall allorts bloß Defätismus erzeugt?

Was tatsächlich geschehen würde, dafür gibt es höchstens Indizien. Das Institut für Jugendkulturforschung fragte im vergangenen Sommer 500 junge Männer und Frauen im Alter von 16 bis 29 Jahren, ob sie sich vorstellen könnten, »gegen angemessene Bezahlung« bei einem Profiheer anzuheuern. 75 Prozent sagten Nein, 23 Prozent bejahten – unter den Befragten ohne Matura konnten sich sogar 41 Prozent mit der Vorstellung anfreunden. Dass Studenten ein kritisches Verhältnis zu Autoritäten haben als der Rest der Bevölkerung, zeigte auch eine im Dezember 2011 veröffentlichte, nicht repräsentative Umfrage des Wiener Instituts für Zeitgeschichte. Höhergebildete identifizieren sich offenbar schwerer mit dem Konstrukt eines Nationalstaates, speziell mit dem Korpsgeist militärischer Verbände. Und die Bedrohung des Kalten Krieges kennen die meisten Jungen heute nur noch aus Erzählungen.

Aber es sind nicht nur akademische Militärskeptiker und Pazifisten, die es um die Wehrfreude der Österreicher nicht gut bestellt sehen. »Die Wehrbereitschaft wäre heute wohl nicht sehr

hoch«, sagt Gerald Karner, karenzierter Brigadier und einst Leiter der Abteilung Militärstrategie im Verteidigungsministerium. »Allerdings glaube ich, dass sich das bei einer äußeren Bedrohung sehr schnell ändern würde. Nichts ist einfacher als der Aufbau von Feindbildern.«

Ein äußerer Feind ist den österreichischen Militärs in der Tat abhandelt gekommen. Bis 1991 schwebte das Szenario russischer Invasoren im Raum, die Furcht vor dem Warschauer Pakt. Österreich, damals östlichster Zipfel der westlichen Welt, leistete sich pro Bundesland zwei bis sechs Landwehr-Stammregimenter und stellte an sich den Anspruch, bis zu 300 000 Milizsoldaten zur Mobilmachung rufen zu können, um sich zwischen Südsteiermark und Waldviertel jederzeit gegen den Feind aus dem Osten stemmen zu können. Manche Rekruten durften beim Schlafen nicht einmal die Stiefel ausziehen, um alarmbereit zu bleiben.

Nach dem Zweiten Weltkrieg liefen die Männer dem Bundesheer die Türen ein

Heute verordnet sich das Bundesheer nach maximaler Mobilmachung nur mehr eine Truppenstärke von 55 000 Mann. Desertion, im Militärstrafgesetz mit einer Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren bedroht, ist die Ausnahme. Im Jahr 2010 hatte Österreich 46 399 Stellungspflichtige, dabei gab es 25 Strafurteile wegen unerlaubter Abwesenheit und nur elf gegen Deserteure. Rekrut Sarajlic ist der Gedanke zur Fahnenflucht noch nicht gekommen, auch nicht, als er geloben musste, die Staatsgrenze mit der Waffe zu verteidigen. »Im Ernstfall hast du nur den Kameraden. Das ist ein Bund, ob man will oder nicht.« Sein Kamerad Novakovic gibt aber zu, Österreich lebe in friedlicher Koexistenz mit allen Nachbarstaaten. »Deswegen konnte ich das Gelöbnis auch ohne Gewissensbisse leisten.« Damit formuliert er unbewusst auch die relativ neue politische Leitlinie im Verteidigungsministerium.

Dort sitzt Oberst Michael Bauer, der Ministeriumssprecher, und malt drei Kreise auf ein Blatt Papier. Im innersten sind die verfügbaren Streitkräfte, also Berufssoldaten und Wehrpflichtige. Der mittlere Kreis umfasst die Miliz. Der äußerste Kreis wäre die Reserve, alle wehrtauglichen Männer bis 50 Jahre. In der Zweiten Republik kam es trotz der Niederschlagung des Prager Frühlings und der Jugoslawien-Krise nie zu einer Mobilmachung. Im bevorzugten Modell des glücklosen Verteidigungs-

ministers Darabos gäbe es nur noch zwei Kreise: Profis und Miliz, aber keine ehemaligen Grundwehrdiener als Reserve. »Ein direkter militärischer Angriff auf Österreich«, sagt Oberst Bauer, »ist heute so realistisch wie eine Kältewelle im Tschad.«

Die politische Front geht mitten durch die Koalition. ÖVP-Wehrsprecher Klikovits sagt, er wolle »eine Verteidigung aus dem Volk für das Volk«. Das Heer sei »die Lebensversicherung unseres Staates«. Dem ÖVP-Ideal der Volksarmee gewinnt Militärstrategie Karner kaum etwas ab. »Träte ein Bedrohungsfall ein, hätte der Staat selbstverständlich genügend Zeit, ein Heer mit einer höheren Truppenstärke aufzustellen«, sagt der deklarierte Befürworter einer Profitruppe. Laut Verteidigungsministerium liegt der Zeitraum, bis eine Bedrohung real werden würde, bei mehreren Jahren, manche sagen bis zu zehn.

In diesem Falle würden die Milizsoldaten durch Aufruf in den Massenmedien oder durch Einzelbriefe in die Kasernen gerufen werden, um sich zu sammeln und zu bewaffnen.

»Wir sind zu den Kasernen gefahren und waren bereit, zu den Waffen zu greifen, wurden aber abgewiesen«, erinnert sich Fichtenbauer noch an den Prager Frühling 1968. Die Bereitschaft wäre heute genauso hoch, ist der passionierte Brigadier der Miliz überzeugt.

Doch sind Territorialkonflikte in der westlichen Welt, bevölkert von kritischen Bürgern, vernetzt über Facebook und Twitter, nicht ein verblissenes Relikt des 20. Jahrhunderts? »Facebook würde es dann in beiden Krieg führenden Staaten nicht mehr geben«, hält Karner solche pazifistischen Visionen für unrealistisch. Historisch gebe es ausreichend Negativbeispiele. Etwa den Ersten Weltkrieg, in dem deutsche und englische Matrosen aufeinander schossen, nachdem sie zuvor noch bei den Regatten der Kieler Woche Freundschaft geschlossen hatten.

Dass die Österreicher beim Desertieren jemals europäische Avantgarde werden könnten, erscheint aus historischer Erfahrung unwahrscheinlich. Bald nach dem Zweiten Weltkrieg liefen die Jungmänner dem neuen Bundesheer die Türen ein, berichtete der *Spiegel* 1956: »Rund 30 Prozent der Stellungspflichtigen erklärten sich bereit, länger zu dienen als die für Infanteristen, Artilleristen und Pioniere vorgesehenen neun Monate, wenn sie dafür in eine Elitetruppe – Panzer oder Flieger – einrücken können.« Genau darauf zielen jetzt die Reformpläne ab: eine Profi-Elitetruppe statt Kanonenfutter.

Alles knorke?

Bei einem Integrationskurs in Wien lernen deutsche Zuwanderer, sich mit den Widrigkeiten des Alltags zurechtzufinden **VON GERD MILLMANN**

Wien, dachte die Kleinunternehmerin aus Dortmund, bevor sie von der Ruhr an die Donau zog, das sei ein angenehmer Ort zum Leben. Gemütliche Stadt, freundliche Bewohner, keine Sprachbarrieren. »Da war ich dann völlig erschüttert, als ich hier erstmals mit dem »Piefke«-Image konfrontiert wurde«, sagt sie heute: »Ich ahnte ja gar nicht, dass Österreicher etwas gegen Deutsche haben.« Die Gruppe im Expat Center Vienna am Schmerlingplatz nickt zustimmend. Es ist ein kalter Winterabend, und etwa vier Dutzend Zuwanderer aus Deutschland haben sich eingefunden, um besser zu verstehen, was ihnen da eigentlich widerfährt im deutschsprachigen Nachbarland.

Es ist eine Selbsthilfegruppe, die sich unter der Patronanz der Stadtverwaltung regelmäßig trifft – eine Art anonymer Teutonen, denn Namen dürfen nicht genannt werden bei diesem Integrationskurs. Studierende, Selbstständige, EDV-Spezialisten, Biologen, Arbeitssuchende, ein bunter Haufen unterschiedlichen Alters, der nach Antworten sucht und nach Tipps für das Überleben im österreichischen Alltag. Tatsächlich handelt es sich um das Modul »Deutsche in Österreich«, welches die Magistratsabteilung für Integration im Rahmen ihrer Migrantbetreuung anbietet.

Das Wiener Idiom sei »ein amorpher Soundbrei«, klagt ein Student

Der rührige deutsche Expat Jockel Weichert war der richtige Ansprechpartner dafür. Der gebürtige Schwabe lebt und arbeitet seit 1999 als Werbefachmann in Wien und rief bereits vor Jahren seine »Piefke«-Connection ins Leben, einen exklusiven Klub, Zutritt ausschließlich für versicherte Deutsche: »Wir helfen einander über die Abgründe hinweg, die sich hier zwischen uns und den Wienern auftun.«

Nun moderiert Jockel Weichert den städtischen Integrationskurs. »Die Konfrontation war anfangs ein echter Schock«, erinnert sich eine der anonymen Deutschen bei dem Treffen. Die schlanke Mittdreißigerin mit akkurater Ponyfrisur wirkt noch immer aufgebracht, wenn sie von ihrer ersten Zeit in der Stadt erzählt. Auf eine Mauer der Abneigung sei sie bei den Eingeborenen gestoßen, Anfeindungen und Bosheiten zuhauf. Für die gelernte Apothekerin ist dieser Integrationskurs die erste Möglichkeit, offen über die Kränkungen zu sprechen. Vielleicht bricht es deshalb derart intensiv aus ihr heraus. Auch sie war völlig arglos von Norddeutschland an die Donau gereist. Sie hatte zuvor nichts von einer verbreiteten Abneigung der Österreicher gegen die »Piefkes« gehört. »Allenfalls war ich auf niedliche Frotzelei vorbereitet.«

Sie kommen aus drei Gründen: Liebe, Studium oder Job. 146 000 deutsche Staatsbürger sind derzeit in Österreich hauptgemeldet, das sind doppelt so viele wie noch vor zehn Jahren. Jedes Jahr ziehen rund 20 000 neue Zuwanderer aus Deutschland nach Österreich. 32 000 Deutsche leben gegenwärtig in Wien. Viele als Studierende, schließlich gibt es in Österreich im Gegensatz zu Deutschland kaum einen Numerus clausus. Aber auch an der

Supermarktkasse, im Servicebüro oder im Fitnesscenter hat sich das deutsche Idiom im Wiener Alltag festgesetzt und stößt häufig auf Ressentiments. Der »Piefke«-Reflex lässt meist nicht lange auf sich warten. Als zahlungskräftige Touristen waren sie stets willkommen. Als Mitbürger werden Deutsche in Wien jedoch oft beargwöhnt, da teilen sie das Schicksal der meisten Zuwanderergruppen.

Die Teilnehmer des Integrationsseminars wollen hauptsächlich herausfinden, wie der »Ösi« so tickt. »Ich will verstehen, warum ich jetzt seit drei Jahren in Wien lebe, aber noch immer mit keinem Wiener näher bekannt bin«, sagt ein soigniert wirkender Hanseate um die 50, der als EDV-Techniker im Job voll integriert ist, aber privat justament keinen Anschluss an die Mehrheitsbevölkerung findet. Seine Landsleute kennen das Phänomen. Die »Ösis« würden im Freundeskreis lieber unter ihresgleichen bleiben und sich absichtsvoll einer Sprache bedienen, die kein Deutscher verstehen könne. »Schlog a Wöll'n, G'schissana«, versucht ein Jus-Student seine leidvollen Erfahrungen mit dem Wiener Zungenschlag mehr schlecht als recht nachzuahmen. Ein »amorpher Soundbrei« sei das, gespickt mit Begriffen, die für deutsche Ohren aus einem exotischen Kulturkreis stammen. »Seidl, Spritzer, Krügerl, Fisolen, das kapiert doch keiner«, empört sich einer aus der Runde. »Oder das Amtsosterreichisch: in Evidenz halten, ein Anbot stellen, nostrifizieren, urgieren, aliquot, re-tournieren, es ist zum Haareraufen«, ergänzt eine Landsfrau, die als Unternehmerin unter häufigen Behördenkontakten leidet. In der vorletzten Sitzreihe des Seminarraums meldet sich eine schüchterne junge Frau: »Ich komme aus Ungarn, studiere in Wien und bin heute hier, um richtiges Deutsch zu lernen«, gesteht sie in kräftigem magyrischen Akzent. »Heißt das, dass das Deutsch, das in Wien gesprochen wird, gar kein richtiges Deutsch ist?«, will ihr Sitznachbar wissen. Die Ungarin schweigt vornehm, sie will niemanden beleidigen.

Deutsche müssen lernen, dass rechtzeitig nicht pünktlich bedeutet

Einer der Teilnehmer des Integrationskurses hat aus den kulturellen Differenzen zwischen den Nachbarländern ein Geschäftsmodell entwickelt. Er berät deutsche Firmen, die in Österreich Fuß fassen wollen. Vornehmlich sind es mittelständische Unternehmen, die von dem etwas eigenen Pflaster in Wien gehört haben und sich an den bärtigen Mittvierziger wenden. »Wir Deutschen wirken durch unsere direkte Art und klare Kommunikation unhöflich, das wird als extrem autoritär gewertet«, erklärt er den Mentalitätsunterschied: »Die Österreicher lieben unverbindliche Sätze, sie schreiben auch lieber eine E-Mail, als einfach anzurufen.«

Der Mann ist zweisprachig. Er kennt seine Pappenheimer diesseits und jenseits des Schnitzeläquators, auch hinsichtlich der unterschiedlichen Zeitauffassung: Pünktlich ist nicht gleich rechtzeitig. Diese Erfahrung machte auch eine Dresdnerin, die heute in der Wiener Magistratsverwaltung tätig ist: »Jetzt weiß ich: Recht-

zeitig ist, wenn der wichtigste Punkt der Veranstaltung beginnt. Vorher braucht man gar nicht kommen.«

Schon zum sechsten Mal findet dieser Integrationskurs für Deutsche seit 2010 statt. Im Gegensatz zur Schweiz, wo zwischen Eidgenossen und Deutschen mitunter bereits ein kleiner Kulturkrieg ausgetragen wird, sind es in Wien aber vor allem Pettinessen und Alltags-Gehässigkeiten, die den deutschen Zuwanderern die Lebensfreude vergällen. Die entscheidende Frage lautet: Was läuft hier anders, und wie geht man am besten damit um? Dennoch kochen gern die Emotionen hoch, wenn beide Gruppen im sozialen Kontakt aufeinanderprallen. Unverständnis, Gekränktheit und auch Zorn, erzählt Seminarleiter Jockel Weichert, seien die verbreitetsten Reaktionen der Deutschen auf das »Piefke«-Bashing.

Sogar bei Zara, einem Verein für Zivilcourage und Antirassismusarbeit, landeten schon Beschwerden. Etwa als das *Wiener Bezirksblatt* eine Aktion der Stadt, die den Fernsehkonsum von Jugendlichen reduzieren wollte, mit der gereimten Schlagzeile bewarb: *Talente im Bau anstatt Piefke-TV*. Es hagelte empörte Anrufe. Den schmähenden Begriff – er geht auf den Militärmusiker Johann Gottfried Piefke zurück, der 1866 nach der Niederlage von König-

grätz die preußische Siegesparade vor den Toren Wiens anführte (*ZEIT* Nr. 35/07) – empfinden viele Deutsche nach wie vor als persönlichen Affront. »Generell sind aber die rassistischen Diskriminierungen gegenüber Deutschen sowohl im Ausmaß als auch in der Intensität wesentlich geringer als gegenüber anderen Gruppen«, weiß Claudia Schäfer, die Geschäftsführerin von Zara – übrigens aus eigener Erfahrung, sie ist vor ein paar Jahren selbst aus Deutschland zugewandert.

Trotz aller Querelen hat sich die Gruppe der anonymen Deutschen mit der Stadt ihrer Wahl angefreundet. »Wien ist eine wunderbare Stadt mit hoher Lebensqualität, ich bin sehr gerne hier«, bekennt ein drahtiger Student, der an der Wirtschaftsuniversität inskribiert hat. Die überwiegende Mehrheit im Raum teilt seine Meinung. Der Wienerwald sei nah, das Bier »sehr trinkbar, der Wein vorzüglich und die Küche empfehlenswert, vor allem die bürgerliche«. Sollte der Integrationsabend gar versöhnlich enden?

Nein, denn ausgerechnet beim Wiener Kaffee nörgelt ein deutscher Zuwanderer. »Ich bekomme in der ganzen Stadt keinen richtigen Espresso. Wenn ich einen bestelle, kommt ein geschmacksneutrales Geschlabber.« Und das in der Stadt, in der die gehobene Kaffeehauskultur

als Markenzeichen gilt. Es sollte aber noch schlimmer kommen. »Wisst ihr, was Córdoba ist?«, fragt ein Mittvierziger in die Runde. In der argentinischen Stadt hatte das österreichische Fußballteam einst die deutsche Elf bei einem Weltmeisterschaftsturnier besiegt. Das war im Jahr 1978. »Tooor, Tooor, Tooor, Tooor, Tooor! I wer narrisch!«, das Triumphgeheul des Radiokommentators nach dem Siegestreffer ist bis heute nationales Kulturgut. Córdoba, das versinnbildlicht deutsche Schmach und ein österreichisches Mirakel auf immerdar.

Und dann das: Die Deutschen kennen Córdoba gar nicht. »Das is' ne Stadt in Spanien«, meint die Unternehmerin aus Dortmund zögernd. Sonst fällt keinem etwas zu dem Stichwort ein.

»Dort hat das österreichische Nationalteam angeblich vor vielen Jahren unser Team im Fußball besiegt«, erklärt der Mann schließlich. »Ich habe das auch nicht gewusst, aber das ist den Österreichern extrem wichtig. Da sind sie sehr heikel, weil sie sonst nie gegen uns gewinnen.«

Das notieren sich die Eifrigen unter den Anwesenden. Man will schließlich harmonisch mit den Einheimischen leben, ein gezielt gestreuter Hinweis auf Córdoba kann da in gemütlicher Runde nicht schaden.



Illustration: Haderer/Werlag Carl Ueberreuter (o.); Foto: ernstschmiederer.com

Deutsche Tagträume im Wiener Alltag zeichnete Gerhard Haderer für die Zuwanderer-Satire »Cordoba – das Rückspiel«

DRINKEN

Sprachschule im Beisl

Eine Iranerin in Österreich: Shams Asadi, 48, Stadtplanerin

Der Angelpunkt meiner Lebensgeschichte ist Sprache. Ich wuchs in Täbris auf, der Hauptstadt von Ost-Aserbaidschan im Norden des Irans. Meine Muttersprache ist Aseri. Obwohl das die Umgangssprache für 20 Millionen Menschen im Iran ist, war es in meiner Kindheit verboten, sie öffentlich zu gebrauchen. In der Schule mussten wir zur Strafe Kleingeld in eine Sparbüchse werfen, wenn uns versehentlich ein paar Brocken Aseri herausrutschten. Schule bedeutete für mich also, zwei neue Sprachen zu lernen: die Landessprache Farsi und Französisch. Bis heute ist es mir ein Ansporn in allen Dingen, dass ich damals diese Herausforderung gemeistert habe. Später lernte ich Türkisch und Englisch und besorgte mir Bücher aus Baku, der Hauptstadt Aserbaidschans, um Aseri auch als Schriftsprache zu erlernen.



Shams Asadi stammt aus Täbris. In Wien vernetzt sie Migrantinnen

Schwer wurde es erst, als ich in Österreich Deutsch lernen wollte. Der Unterschied zwischen der Schriftsprache, wie sie im Kurs gelehrt wurde, und der in Wien gesprochenen war zu groß. Also entschied ich mich für das Naheliegende: Ich ging ins Kaffeehaus, setzte mich unter die Leute und lernte beim Zuhören. Das Gasthaus Ubl, das Alt Wien und das Santo Spirito waren meine Sprachschulen.

Als Mädchen habe ich kaum mit Puppen gespielt, sondern mit Legosteinen in der Sandkiste Städte, Straßen und Parks gebaut. Später, in der Volksschule, entdeckte ich das Busfahren. Jeden

Tag nahm ich eine andere Linie, um die Stadt zu erforschen. Wahrscheinlich ist es dieser Faszination für ein urbanes System zu verdanken, dass ich Stadtplanung studierte. Heute arbeite ich für die Stadt Wien. Seit zwei Jahren bin ich nun im Bedienstetenschutz der Stadt in der Schlichtungsstelle für Probleme mit Diskriminierung. Anfang des Jahres gründete ich mit anderen Frauen einen Verein, in dem erfolgreiche Migrantinnen miteinander vernetzt sind. Damit zeigen wir, wie unerlässlich Internationalität und Mobilität sind.

Gesellschaftliche Errungenschaften müssen auch auf lokaler Ebene verankert werden. Zur endgültigen Durchsetzung der Menschenrechte ist es unerlässlich, dass sie nicht nur von der Staatengemeinschaft, sondern ausdrücklich auch von einzelnen Städten anerkannt werden. In diesem Sinne verfolge ich mein großes Ziel: Ich will in Wien alle Initiativen und Organisationen vernetzen, die sich gegen Rassismus und Diskriminierung engagieren. Das könnte die Stadt zu ihrem Symbol und Alleinstellungsmerkmal machen. Dass Wien in diversen Rankings als besonders lebenswert ausgezeichnet wird, ist toll. Wie schön wäre es erst, wenn Wien auch als jene Stadt weltberühmt werden würde, in der sich alle Menschen wohlfühlen – ganz unabhängig von ihrer Hautfarbe oder Herkunft.

Aufgezeichnet von ERNST SCHMIEDERER

Meeresbiologie
Gerhard Herndl im Wiener
Haus des Meeres

Die Teilchen der Tiefsee

Österreich hat Großartiges in der Ozeanografie geleistet. Schade nur, dass das Land keinen Meereszugang mehr besitzt VON STEFAN MÜLLER

Land der Berge, Land am Strome. Nur Meer gibt es keines in der Alpenrepublik. Sofern kein Kreuzfahrtschiff auf Grund läuft, keine Algenpest ausbricht und sich kein Tsunami auftrümt, wagt jenes große, blaue Etwas meist nur in Urlaubsklischees durch die Köpfe der Österreicher. Doch auch die wissenschaftliche Erforschung der Meerestiefen hat eine erstaunlich erfolgreiche Tradition. Lange prägten Pioniere wie Hans Hass und Rupert Riedl das österreichische Bild vom Meer.

Riedl, dessen Standardwerk von 1983 *Fauna und Flora des Mittelmeeres* vom Seifert Verlag gerade neu aufgelegt worden ist, verband Zoologie und Verhaltensforschung mit Gesellschaft und Umweltpolitik. »Er hatte einen sehr geschliffenen Schreibstil«, sagt Gerhard Herndl, der neue Star der Meeresbiologie an der Universität Wien. »Ich habe es nie geschafft, auch nur ein Buch von ihm zu lesen. Man schwankt dabei immer zwischen Banalität und Unverständnis. Es war aber modern, Riedl im Bücherregal zu haben. Er war eine charismatische Figur«, sagt Herndl mit seiner bedächtigen, knarigen Stimme. Mit seiner Arbeit hat der 55-Jährige die Ozeanografie neu definiert, weltweit für Furore gesorgt und dafür den Wittgenstein-Preis, die höchstdotierte wissenschaftliche Auszeichnung des

Landes, bekommen. Herndl will das Meer neu ins Bewusstsein der Menschen rücken: nicht als verklärte Projektionsfläche, sondern als Schlüssel für die Zukunft des Planeten.

Die Tradition der österreichischen Meeresforschung reicht in jene Jahre zurück, als das Land selbst noch ein Meer sein Eigen nennen konnte. Zwar mussten die Habsburger 1866 Venedig abtreten, doch Triest sowie die istrische und dalmatinische Küste blieben bis 1918 Teil der Monarchie. Die Meeresforschung hatte von 1850 an mit der Verlegung von Telegrafenkabeln durch die Ozeane begonnen. Während sich Frankreich und Italien das westliche Mittelmeer vorknöpfen, Deutschland die Nord- und Ostsee, England und die USA den Atlantik und Pazifik, schickte sich Österreich an, das südöstliche Mittelmeer zu erkunden. Auf den Fahrten der *Pola* von 1890 bis 1898 beschrieb Franz Steindachner als einer der Ersten das Leben unter Wasser. 1919 starb der »Fischhofrat«, wie er genannt wurde, im zerstörten Wien an einer Lungenentzündung, weil es nichts zu heizen gab. Danach trug der Trientiner Albert Defant in Innsbruck und Berlin zur Begründung der Physikalischen Ozeanografie bei. Der gebürtige Wiener Walter Munk sorgte in den USA dafür, dass der D-Day um 24 Stun-

den verschoben wurde. Seit 1932 lebte Munk in den USA, arbeitete während des Zweiten Weltkrieges an der Scripps Institution of Oceanography in Kalifornien und erstellte unter anderem Analysen für die U. S. Army. Seine Wellenvorhersage für den 5. Juni 1944 hatte nichts Gutes verheißen.

Nach dem Krieg tauchte der Wiener Hans Hass durch die Wohnzimmer und erklärte 26 Folgen lang in der Fernsehserie *Expeditionen ins Unbekannte* die Welt der Fische. Anerkennung als Wissenschaftler blieb ihm zwar verwehrt, aber mit seinen Filmen und Büchern begründete er den ökologisch verklärten Blick auf das Meer, in dem der Mensch meist als Zerstörer vorkam. Seine Bücher inspirierten Herndl dazu, Zoologie in Wien zu studieren, wo Riedl die Abteilung für Meeresbiologie begründet hatte. Doch im Gegensatz zu seinen Vorgängern beschäftigte sich Herndl mit den Kleinstlebewesen der Meere und wandte sich der »Microbial loop«-Hypothese zu, die seit 1982 die Meeresforschung revolutionierte: Sie besagt, dass die Nahrungskette nicht beim Plankton aufhört. Bakterien können demnach das von anderen Organismen produzierte, im Wasser gelöste organische Material – wie Proteine oder DNA – aufnehmen und sich teilen. Dadurch wird abgestorbene Materie wieder für höhere Lebewesen verfügbar.

In der Adria fand Herndl schwebende Teilchen, die wie Schneeflocken aussahen: Zucker, den pflanzliches Plankton bei der Fotosynthese produziert, aber aus Mangel an Phosphat, das zur Zellteilung nötig ist, an das Wasser abgegeben hatte. Fortan galt Herndl als der Experte für Algen. Als er nach einem Postdoc-Studium Anfang der 1990er in San Diego am Flughafen Schwechat eintraf, wollte eine Journalistenmeute wissen, woher das Grünzeug käme, das den Tourismus an der Adria bedrohte. Seine Erklärung, dass es nicht allein an der Verschmutzung lag, sondern auch am Phosphatmangel im Wasser, gefiel den Reportern überhaupt nicht.

Herndl und die Meeresbiologie galten im Binnenland Österreich weiterhin als Exoten. 1997 wurde er Abteilungsleiter am Royal Netherlands Institute for Sea Research (NIOZ) auf der Nordseeinsel Texel. Nun gingen die Forscher erstmals daran, sich beim Vermessen der Meeresströmungen auch die Mikroorganismen anzusehen – mit Augmerk auf die Wasserpartikel im Wasser, gefiel den Reportern überhaupt nicht. Herndl und die Meeresbiologie galten im Binnenland Österreich weiterhin als Exoten. 1997 wurde er Abteilungsleiter am Royal Netherlands Institute for Sea Research (NIOZ) auf der Nordseeinsel Texel. Nun gingen die Forscher erstmals daran, sich beim Vermessen der Meeresströmungen auch die Mikroorganismen anzusehen – mit Augmerk auf die Wasserpartikel im Wasser, gefiel den Reportern überhaupt nicht.

rieselte. Herndl zeigte mit Genanalysen, dass die Mikroben in lichtleeren Tiefen eigenständig Kohlenstoff umsetzen und dafür Energiequellen wie Ammonium oder Schwefel nutzen.

Mit diesem Wissen lässt sich der globale Kohlenstoffkreislauf entschlüsseln und besser abschätzen, was passiert, wenn der Gehalt von Kohlendioxid in der Atmosphäre weiter steigt. »Nachdem mehr davon ins Wasser kommt, sinkt der pH-Wert in der Tiefsee«, sagt Herndl. »Das Wasser wird saurer.« Dadurch könnte das Meer als Puffer eines Tages übersättigt sein und sogar CO₂ freisetzen; der Klimawandel würde angeheizt. Weitere langfristige Probleme sind das Abschmelzen der Polkappen, der Anstieg des Meeresspiegels oder die Ausbreitung sauerstoffarmer Wasserregionen.

Seit 2008 ist der Exot Herndl Professor in Wien. Einen Monat verbringt er jährlich auf See: an Bord der *Pelagia* – des Forschungsschiffs des NIOZ. Von der Romantik der Ozeanografie, wie sie die Arbeit von Hass oder Riedl vermittelte, ist wenig übrig. Die Arbeit der Ozeanografen ist technischer und analytischer geworden. In Herndls Einführungsverlesung kommt die Biologie ganz zum Schluss: »Nur um klarzustellen, dass es sich bei Meeresforschung nicht nur um Korallenriffbilder handelt.«

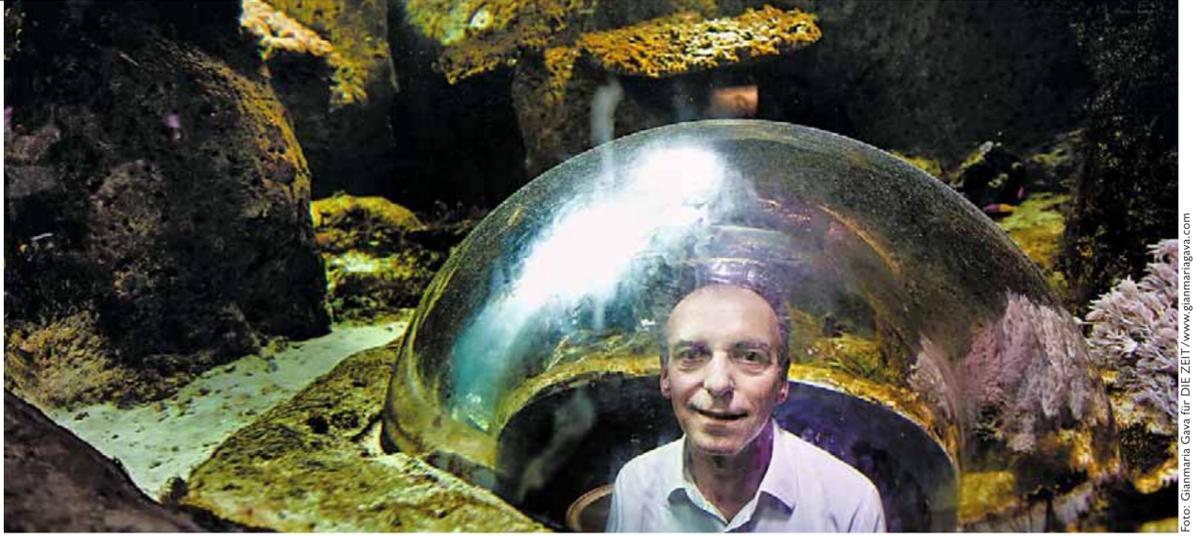


Foto: Giamarina Gava für DIE ZEIT/www.giamarinagava.com

Die totale Recherche

Undercover-Reporter sorgten dafür, dass kein Skandal am Ball der Burschschafter unentdeckt blieb VON JOACHIM RIEDL

Als in der vergangenen Woche der ebenso anrühige wie umstrittene Ball der schlagenden Burschschaftern im imperialen Glanz der Wiener Hofburg stattfand, waren ausgewiesene Medienvertreter unerwünscht. Lediglich einem Reporter der *Austria Presse Agentur* gewährten die Veranstalter freien Eintritt, denn beim Rechtswalzer wollten die akademischen Narbengesichter verständlicherweise lieber ungestört bleiben. Keine blöden Fragen über frische Schmis in den geschwollenen Wangen beantworten müssen (»Tut es noch weh?«). Keinem Außenstehenden über die Gesinnung Auskunft geben.

So viel Geheimniskrämerei nährt natürlich den Verdacht, Ungeheuerliches würde sich beim Fest der honorigen Herrschaften zutragen. Gewiss würde sich hinter dem dichten Polizeikordon ein wahres Nazi-Wunderland auf tun, ein Abgrund an Demokratieverrat und Menschenverachtung. Mithin, dieser Schtonk auf Wienerische war ein Pflichttermin für das kontrollierende Auge der Presse.

Es gibt im Journalismus letztlich nur eine einzige Methode, die Reportern ermöglicht, alles Wissenswerte über ein Ereignis in Erfahrung zu bringen. Sie stellen Fragen und beobachten. Anschließend versuchen sie die Informationssplinter, die sie gesammelt haben, zu einem Bild zusammenzufriemeln. Das ist Reporteralltag, beim Käseblatt ebenso wie beim Magazin von Weltformat.

Unterschiedlich sind allerdings die Rollen, in denen Journalisten ihrem Handwerk nachgehen. Der Hofberichterstatte beispielsweise tut dies in unterwürfiger Pose und aus vergleichsweise eingeschränkter Perspektive. Verhältnismäßig jung ist eine spezielle Variante dieses Berufsverhaltens, die sich vor allem in den angloamerikanischen Medien eingebürgert hat: jene des »eingebetteten« Reporters. Im Irakkrieg zogen die kämpfenden Truppen der Amerikaner und Briten mit schreibenden Kameraden an ihrer Seite in die Schlacht. Das waren aufregende Dienstreisen, richtige Abenteuerreisen, die auch zeitweise ungemütlich sein konnten. Man war zwar nah dran am Geschehen, stellte aber besser nicht zu viele unbequeme Fragen. Denn *embedded* bedeutet auch: Wie man sich bettet, so liegt man.

Genau dem entgegengesetzte Rollenverständnis folgt hingegen der Undercover-Reporter. Er tarnt und täuscht, verheimlicht seine Identität, schleicht sich ein. Er liegt unter dem Bett, in dem der eingebettete Kollege seine Nachforschungen anstellt. Er ist ein Geheimagent im Dienst der Vierten Macht. Meistens entstehen so die Husarenstücke, die aus dem Mediennalltag herausragen. Günter Wallraff hat es Generationen junger Journalisten vorgemacht. Das ist die Königsdisziplin.

Da die Ballveranstalter offensichtlich jede genaue Beobachtung verhindern wollten, fasste man in verschiedenen Zeitungsredaktionen den tollkühnen Plan, zur verdeckten Berichterstattung überzugehen. Und zwar in jeder einzelnen unter strenger Geheimhaltung; schließlich sollten nicht nur die Burschschafter, sondern auch die Konkurrenten von dem Undercover-Scoop überrascht werden.

Die Reporter-Pärchen besorgten sich auf den Verbindungsbuden teils von falscher Namensangabe Ballkarten. Manche veränderten ihr Äußeres, um nicht erkannt werden. Der eine rasierte seinen Vollbart ab, der andere ließ sich ein stummfilmreifes Oberlippenbärtchen stehen, ein Dritter verzichtete gar auf seine Brille, was ihn später daran hinderte, einen befreundeten Kollegen zu erkennen, der im Ballgeschehen an ihm vorbeispazierte.

Mit Schmetterlingen im Bauch eilten sie zu dem Ort des mysteriösen Geschehens. Allein in der Höhle der Raubtierbruderschaft, wo sogar mit Säbeln herumgefuchelt wird. Groß jedoch die Enttäuschung, als sie schon im Eingangsfoyer auf die bekannten Gesichter der Undercover-Kollegen stießen. Schließlich

hatte sich ein gutes Dutzend verdeckter Berichterstatte eingefunden, mehr als eine durchschnittliche Verbindung heute noch aktive Mitglieder hat.

Sie ließen sich jedoch nichts anmerken, keine freudige Begrüßung wie üblich bei solchen Anlässen, höchstens ein verstohlenes Zwinkern. Sie wollten ja unentdeckt undercover berichten können, dass es eigentlich nichts sonderlich Berichtenswertes gab, außer, dass merkwürdig kostümierte Menschen eine Menge Dinge von sich gaben, die für akademisch gebildete Leute erstaunlich banal sind. Niemand hat entweder »Heil« oder »Sieg« oder gar beides in Kombination gerufen, niemand ein Hakenkreuz auf die Klawand geschmiert. Welche Enttäuschung. Dennoch eilte eine verdeckte Berichterstatte immer wieder emsig auf die Damentoilette, um ihrer Redaktion die neuesten Neuigkeiten per SMS für die vermutlich erste SMS-Undercover-Reportage der Tagespresse zu vermelden.

Lediglich einem lachte in dieser büschäumenden Ballnacht das Undercover-Reporterglück. Getarnt als Autogrammjäger, näherte er sich zu vorgerückter Stunde dem freihetlichen Partichef HC Strache und entlockte dem reinen Tor das rätselhafte Geständnis: »Wir sind die neuen Juden.« Endlich, der Skandal war perfekt. Verständlich, dass Strache das bei der Gesellschaft, in der er sich befindet, später so nicht gesagt haben will. Bisher hatten lediglich Mitglieder des Habsburger-Clans, der sich mitunter als verfolgte Minderheit empfindet, diese Rolle für sich beansprucht. Ganz freimütig und ohne Mithilfe eines Agent Provocateur.





Weil sie zu teuer sind, haben die privaten Krankenkassen keine Zukunft mehr. Über die Parteigrenzen hinweg arbeiten Experten an einem neuen, fairen Modell für alle

WIRTSCHAFT
SEITE 19/20



Das Ende der Zwei-Klassen-Medizin

Illustration: Thomas Kullenbeck/Agentur Fricke für DIE ZEIT

Immer mit der Keule

Warum die Deutschen wieder mit Nazi-Vergleichen überzogen werden – und wie sie damit umgehen sollten VON BERND ULRICH

Anoi Schettino, a voi Auschwitz.« So schrieb kürzlich *Il Giornale*, »Uns Schettino, euch Auschwitz«. Damit reagierte die italienische Zeitung auf eine ähnlich feinsinnige *Spiegel Online*-Kritik am feigen Kapitän der *Costa Concordia*, der als typisch italienisch qualifiziert wurde. Gemeint war mit der Entgegnung: Haltet ihr Deutschen bloß das Maul, ihr habt doch den Holocaust zu verantworten!

Nun könnte man sagen, dass *Il Giornale* eine rechtspopulistische Zeitung ist, noch dazu aus dem Hause Berlusconi, also nicht ganz ernst zu nehmen. Man könnte sich auch damit beruhigen, dass Nazi-Vergleiche immer mal wieder gegen Deutsche gerichtet wurden. Doch gibt es da derzeit eine Häufung. Der sensible ostdeutsche Schriftsteller Ingo Schulze wurde eben erst bei einer Lesung in Portugal gefragt, ob die Deutschen nun mit dem Euro schaffen würden, was ihnen mit Panzern damals nicht gelungen sei, also Europa zu beherrschen. Aus Griechenland kann man Derartiges zurzeit täglich hören, oft noch drastischer formuliert.

Anderorts wird der Vorwurf vornehmer verpackt, wenn etwa die aktuelle deutsche Sparpolitik mit der des Reichskanzlers Brüning verglichen wird, dessen Nachfolger dann Adolf Hitler hieß. Regelmäßig wird auch vom deutschen »Sonderweg« gesprochen, etwa wenn die Regierung Merkel nicht so viel Geld drucken möchte, wie andere das von ihr verlangen. Der so häufig zitierte Sonderweg endete historisch wo? Natürlich in Auschwitz. So schließt sich der Kreis.

Deutschland sind die USA von Europa – aber mit einer anderen Historie

Man braucht wirklich nicht lange an der Frage rumzurseln, warum die Nazi-Vergleiche im Moment so oft gezogen werden: Zum ersten Mal seit 1945 tritt Deutschland wieder mit voller Macht auf, nicht weil man das gewollt hätte, sondern weil die europäische Schuldenkrise das ökonomisch stärkste auch zum politisch mächtigsten Land gemacht hat. Deutschland greift nun tief ein in die inneren Angelegenheiten Dritter.

Allmählich bekommt das Land für Europa eine ähnliche Funktion, wie sie die USA lange Zeit für die ganze Welt hatten. Als jene Macht, die ihre Kraft gebrauchte, manchmal missbrauchte, die an allem schuld war, die alles retten sollte und sich dafür beschimpfen lassen musste, wie sie es tat. Was wurde den Amerikanern nicht alles Übles angedichtet, immer steckte die CIA hinter allem Bösen, stets wurden die Amerikaner des Imperialismus geziehen.

Eines allerdings konnte man ihnen nie vorwerfen: dass sie sechs Millionen Juden in den Tod geschickt und die halbe Welt mit Krieg überzogen hätten. Das menschlich nachvollziehbare und oft berechnete Schimpfen auf die je stärkste Macht bekommt im Falle der Deutschen allzu

häufig eine andere, eine alle Diskussionen und jedes ernsthafte Gespräch abtötende Dimension.

Wie soll man als Deutscher nun damit umgehen? Ingo Schulze war empört und beleidigt, wie er selbstkritisch schrieb. Das war sicher schon allein deshalb falsch, weil genau das von seinen Zuhörern beabsichtigt war. Falsch ist es – zweitens – sicher auch, mit deutscher Arroganz zu reagieren, wie das Volker Kauder, Fraktionschef der Union, tat, als er rief, in Europa werde Deutsch gesprochen, fehlte nur noch das Wort: wieder. Ähnlich martialisch redete Peer Steinbrück daher, als er den Schweizern die »Kavallerie« schicken wollte. Das sollte der Politiker eines Landes lieber lassen, das die eigene »Kavallerie« einst nach ganz Europa schickte (außer in die Schweiz).

Drittens darf man sich von Nazi-Vergleichen nicht ins Bockshorn jagen lassen. Das Wort Sonderweg darf eine deutsche Regierung weder zum Nachgeben bringen noch zu einem trotzigen Dann-erst-recht. Zumal man ja weiß, dass Auschwitz als moralischer Hebel in politischen Konflikten eingesetzt wird. Freundliche Unbeeindrucktheit, zuweilen unbeleidigte Zurückweisung sind also die vernünftigsten Reaktionen. Und dann das Weiterdiskutieren über die Sachfragen, über Finanzen oder Militärinterventionen.

Die neue deutsche Rolle wird noch eine ganze Weile zur Häufung von Nazi-Vergleichen führen. Das muss man wohl oder übel ertragen und sich abwettern lassen. Allerdings liegt in diesem Stolzismus auch ein ernstes Problem. Das hat mit dem deutschen Vergangenheitsparadox zu tun, das sich so formulieren ließe: Die deutsche Vergangenheit wird nur dann ganz sicher nicht wiederkehren, wenn die Deutschen sich nie ganz sicher sind, dass sie nicht wiederkehrt. Darum können sich die Deutschen, ihre Politiker zumal, nicht ganz verpanzern, weder gegen Anwürfe von außen noch gegen Anflüge von Selbstzweifeln. Es bleibt da eine wunde Stelle.

Was soll man nun tun? Die anderen bitten, mit diesem Nazi-Mist einfach aufzuhören, uns Deutsche bitte schön in jeder nur erdenklichen Form zu beschimpfen außer in dieser? Ja, das könnte man. Die Deutschen könnten auch zugeben, dass sie geliebt werden wollen (das ist nichts Schlimmes), viel mehr als Franzosen oder Briten, die sich schon selbst ganz gut lieben. Allerdings können sich die Deutschen vor lauter Liebesbedürftigkeit nicht selbst verleugnen, schon weil die anderen sie dann nur noch mehr verachten würden.

Schließlich muss sich eine gewisse Coolness nach außen mit besonders hoher historischer Sensibilität nach innen verbinden. Antisemitismus, Neonazi-Terror, Geschichtsvergessenheit, Anfälle von Arroganz – das sind die wirklichen Gefahren und Verführungen.

Die Deutschen müssen jetzt sehr tapfer sein – und sehr sensibel.

www.zeit.de/audio

Einfach nur autoritär

Es wird Zeit, der Weltmacht Facebook Grenzen aufzuzeigen. Auch wenn das viel Mut erfordert VON HEINRICH WEFING

Vier große Mächte gebe es derzeit auf der Welt, sagte unlängst ein US-Admiral in Berlin: China, Indien, die USA – und Facebook. 800 Millionen Menschen nutzen das Soziale Netzwerk, darunter mehr als 20 Millionen Deutsche, ein Viertel aller Bundesbürger. Facebook verbindet Menschen rings um den Erdball, es ist zum Zentralnervensystem der globalen Kommunikation geworden. Wenn das Unternehmen demnächst an die Börse geht, dürfte sein Wert mit bis zu 100 Milliarden Dollar veranschlagt werden.

Schon klar, das Datenimperium hat keinen Außenminister und keine Flugzeugträger. Aber wenn Macht bedeutet, in das Leben sehr vieler Menschen eingreifen zu können, dann ist Facebook tatsächlich eine Supermacht. Was immer die Macher im kalifornischen Menlo Park beschließen, verändert den Alltag der Nutzer.

Von so viel Gehorsam kann der Papst nur träumen

Gerade hat Mark Zuckerberg, der Gründer von Facebook, entschieden, dass die Profileiten aller Nutzer, quasi ihre Selbstdarstellung im Netz, neu sortiert werden. Künftig werden alle Informationen chronologisch geordnet, von der Geburt bis zur Gegenwart. Timeline heißt die Funktion, die jetzt verbindlich wird. Und weil Zuckerberg das so will, werden fortan alle Facebook-Nutzer, von Island bis Indonesien, von Fidschi bis Georgien, mit Timeline leben müssen. Ob sie wollen oder nicht. Punkt. Selbst der Papst kann von einer solch umstandslosen Durchsetzung seiner Anweisungen nur träumen.

Natürlich gibt es allerlei Protest gegen das neue Layout, es sei zu unübersichtlich, und Datenschützer warnen, Facebook wolle mit der Umstellung nur noch mehr Daten absaugen, um gezielter Werbung verkaufen zu können. Das alles ist richtig, doch bewirken wird der Widerstand nichts, und vermutlich wird er bald vergessen sein. Irgendwie genervt von Facebook ist jeder Nutzer. Aber wer will sich schon freiwillig vom Gespräch mit potenziell 800 Millionen Mitmenschen ausschließen?

Beunruhigend ist tatsächlich nicht allein Timeline, verstörend ist vielmehr die autoritäre Geste, mit der die Änderung dekretiert wurde, wie nebenbei, in einem Firmenblog. Verstörend, weil Facebook nicht irgendein Konzern ist. Sondern ein Unternehmen, das existiert, um möglichst viel über uns in Erfahrung zu bringen – und dieses Wissen zu Geld zu machen. Facebook sammelt ja nicht nur die Urlaubsfotos und Lieblingssongs seiner Nutzer. Es registriert, wann sie aktiv sind, mit wem sie chatten, was sie spielen. Es verbindet all diese Daten – und löscht sie wohl nicht einmal, wenn sich ein Nutzer abgemeldet hat. Nacktscanner sind nichts gegen diese Datensammelmaschine.

Man muss sich nur einmal vorstellen, eine Telefongesellschaft zeichnete alle Telefonate von 800 Millionen Menschen auf und könnte darauf nach Belieben zugreifen. Auf jedes Geschäftsdetail, jeden Liebeschwur, jedes Gespräch mit dem Arzt. Die Welt wäre zu Recht alarmiert. Zumal wenn sich diese globale Telefongesellschaft weigerte, Auskunft über die eigenen Geschäfte mit den Mitschnitten zu geben. Genau das tut Facebook. Facebook sagt nicht, wie es speichert, was es speichert. Und verrät schon gar nicht, was es mit den Daten macht. Alles Unternehmensgeheimnis, Ende der Durchsage.

Ein solch ungeheurer Datenschatz in der Hand eines einzelnen Privatunternehmens stellt die Machtfrage neu. Die Machtfrage des 21. Jahrhunderts.

Ziemlich wahrscheinlich, dass die Frau, die in zwanzig, dreißig Jahren Präsidentin der USA wird, gerade in diesem Moment bei Facebook aktiv ist. Ebenso wie die künftigen Regierungschefs von Brasilien, Nigeria oder Frankreich. Zudem die kommenden Nobelpreisträger, Popstars und Terrorchefs. Und Facebook weiß, ob sie Sex mit Männern oder Frauen mögen, woran sie glauben und was sie kaufen.

Ja, sicher, niemand vermag zu sagen, ob Facebook jemals sittenwidrig Gebrauch machen wird von diesen Informationen. Aber was, wenn der Börsenkurs irgendwann bedrohlich sinkt? Was, wenn eine Regierung gegen Facebook vorgehen will, wenn das Unternehmen gar zerschlagen werden soll? Wie groß ist dann die Versuchung, mit den Informationen in den eigenen Rechnern Druck auszuüben? Im Kampf gegen geplante Gesetzesänderungen hat Facebook gerade erst bewiesen, dass es die eigenen Interessen in Washington beinah durchsetzen kann. Auch die Firmengeschichte ist keine Beruhigung. Wenn es neben dem explodierenden Wachstum eine Konstante bei Facebook gibt, dann die Ignoranz gegenüber den geltenden Spielregeln. Facebook ist eine Supermacht. Und verhält sich auch so.

Irgendwann, ziemlich bald, wird es Zeit, Facebook seine Grenzen aufzuzeigen. Nicht die Grenzen des Wachstums. Sondern die Grenzen seiner Macht. Das wird schwer, keine Frage, unmöglich ist es nicht. Man muss nicht gleich über Zerschlagung reden. Aber eine beherrzte Regulierung wäre schon etwas. Eine Regulierung, die Facebook zwingt, jedem Nutzer zu sagen, was die Firma über ihn weiß. Und ihm zu garantieren, dass gelöscht wird, was der Nutzer nicht gespeichert wissen will. Gefordert wird das schon lange. Aber jetzt könnte eine gute Gelegenheit sein. Börsen reagieren mitunter empfindlich auf öffentlichen Druck. Und weil Facebook längst eine Weltmacht ist, ist eine solche Regulierung kein Thema für nationale Koalitionsverhandlungen. Sondern für die Treffen der G 20, die mächtigsten Politiker der Welt.

www.zeit.de/audio

SCHWEIZ



Bern kassiert

Warum erhält dieser Kanton so viel Geld?

Liebeserklärung

Tony Judt über unser Land
Schweiz-Seiten 10–12

Frauen, wehrt euch!

Nach der Revolution kämpfen viele Ägypterinnen gegen eine neue Welle der Unterdrückung. Sie sind Vorbild für andere Länder
Dossier
Seite 13–15



Was dem Teufel Spaß macht

Kardinal Reinhard Marx über Macht, Eitelkeit und andere sehr irdische Versuchungen
Glauben & Zweifel S. 54

ZEIT ONLINE

Missgebildete Rinder, Schafe und Ziegen – in Europa greift eine neue Tierseuche um sich

Ein Report unter
www.zeit.de/wissen

PROMINENT IGNORIERT



Wetten, dass ...?

Michael Ballack, einst einer der beliebtesten Fußballer, ist an einem Tiefpunkt seiner Karriere. Will den Alten keiner mehr haben? *Wetten, dass ...?* einst eine der beliebtesten Shows, findet und findet keinen Nachfolger für Thomas Gottschalk, nachdem jetzt auch noch Jörg Pilawa abgesagt hat. Will die steinalte Sendung keiner mehr machen? Vorschlag: Ballack führt sie zum verdienten Ende. Die Träne quillt, der Vorhang fällt. GRN.

Kleine Fotos, v. o.: Martin Maegli/naturbild.ch, Dana Smillie/laif für DZ, Witters

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de
Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de

Abonnement Österreich,
Schweiz, restliches Ausland
DIE ZEIT Leserservice,
20080 Hamburg, Deutschland
Telefon: +49-1805-861 00 09
Fax: +49-1805-25 29 08
E-Mail: abo@zeit.de

AUSGABE:

06

67. JAHRGANG
CH C 7451 C



FINANZPLATZ

Business as usual

Die Politik hat nichts gegen den Fall der Bank Wegelin getan. Gut so

Manchmal wirkt auch das Normale radikal. In der Schweizer Bankbranche findet momentan eine sogenannte Konsolidierung statt. Bereits ein Dutzend Institute wurden geschlossen oder geschluckt, gut möglich, dass sich die Bereinigung 2012 sogar noch beschleunigt. Dieser betriebswirtschaftliche Prozess ist leicht erklärt: Die Kunden wollen den Bankern weniger Honorare bezahlen, das Börsenumfeld lahm, da und dort stehen teure Technologieinvestitionen an, und die Schweizer Banken müssen ihre Schwarzgeld-Kundschaft hinauskomplimentieren. Die Luft wird dünner.

Mit Clariden Leu und der Bank Sarasin wurden schon zwei bekannte Traditionshäuser zum Abbruch beziehungsweise zum Verkauf freigegeben – dass es nun die Privatbank Wegelin erwischt hat, passt also durchaus ins Bild. Längst ahnte man, dass bei der St. Galler Privatbank nicht alles in feinsten Butter ist. Wegelin & Co. war seit Jahren mit riskantem hohem Tempo gewachsen; ihre Kundengelder und Gewinne fuhren aber letztes Jahr talwärts – schon bevor die amerikanischen Klagedrohungen zum Thema wurden. Dass sich die alte Bank in stürmischen Zeiten unter dem Dach von Raiffeisen flüchtet, hätte man also in einer anderen politischen Lage achselzuckend zur Kenntnis genommen. Jetzt aber steht Wegelin als Opfer amerikanischer Wildwestmethoden da: Die Teilhaber erklärten ihren Notverkauf ausschließlich mit »der bedrohlichen Situation gegenüber den USA«, und zum Nebenasspekt geriet, dass die Kunden in den Wochen zuvor scharenweise geflüchtet waren, Milliardenbeträge im Gepäck.

Tatsächlich mag es zutreffen, dass die Strafklageandrohung aus Washington der Privatbank ein Weiterleben verunmöglicht hat. Aber die Reaktionen der letzten Tage erweckten den Eindruck, die USA werde dem Finanz- und Bankenplatz Schweiz jetzt vollends die Luft abschnüren. Eine mittelgroße Privatbank aus der Ostschweiz erschien plötzlich als Fanal. Aber im Kern haben wir es immer noch mit einem Rechtsstreit zu tun, der sich gegen Privatpersonen und Privatfirmen richtet. Und die juristischen Schläge aus Amerika sind zuerst einmal ein betriebswirtschaftlicher Ernstfall für einige Banken respektive für eine Branche, die über jedes Verfallsdatum hinaus von vergangenen Sünden zehren will; aber sie sind noch lange kein Fall Schweiz. Dass Behörden und Landesregierung untätig blieben – wie einzelne Politiker jetzt beklagen –, war nur angemessen.

Die symbolische Bedeutung dieses Untergangs wird verstärkt, weil sich Wegelin zuvor so gerne als »älteste Bank der Schweiz« verkaufte. Obendrein stand ihr mit Konrad Hummler, dem geschäftsführenden Teilhaber, eine Galionsfigur des ganzen *Swiss banking* vor: Der St. Galler Privatbankier galt als Vertreter einer maßvollen Finanzwirtschaft jenseits der Bahnhofstraße – dem Bonuskult fremd, der persönlichen Verantwortlichkeit verpflichtet, angelsächsischen Moden abhold, gelehrt in der Argumentation. Der Zufall will es also, dass mit ihm und Philipp Hildebrand innert Wochen gleich zwei Figuren stürzten, von denen man sich starke Impulse erhofft hatte bei der Erneuerung des Finanzplatzes. Doch beide Erneuerer, so scheint es nun, folgten bei ihren eigenen Geschäften den gewagten Regeln früherer Zeiten. Bedeutsamer aber ist dabei, dass die Schweiz jetzt, nach der Kaskade dieses Januars 2012, viel an Orientierung verloren hat im Umgang mit ihrer Finanzbranche. Die große Aufregung über ein betriebswirtschaftliches Allerweltsereignis in der Ostschweiz zeigt dies nur zu gut. RALPH PÖHNER

HAUSHALTSBUDGET

Was soll das, liebe SP?

Die Sozialdemokraten stellen zu Unrecht die Schuldenbremse infrage

Ja, die Schuldenbremse ist kein Allerheilmittel, auch wenn sie europaweit so verkauft wird. Aber die Schweizer Version dieser Selbstbeschränkung hat mehr Vor- als Nachteile. Sie verpflichtet dazu, das Budget im Lot zu halten, weil sich Ausgaben und Einnahmen im Laufe eines Konjunkturzyklus die Waage halten müssen, sie legt dem Parlament, das zur Klientelbewirtschaftung neigt, Fesseln an, sie dient dem Schuldenabbau.

Wenn die Sozialdemokraten nun dieses Instrument, das vom Volk 2001 mit überwältigender Mehrheit in die Verfassung aufgenommen wurde, per bestellter Studie infrage stellen, ja die Schuldenbremse gar als »gefährlich« titulieren, erweisen sie dem Land (und sich selbst) einen Bärendienst. Natürlich darf dieses Instrument nicht dazu führen, dass wegen ausbleibender Investitionen laut SP »die Interessen zukünftiger Generationen« nicht gewahrt werden. Aber das verlangt die Schuldenbremse gar nicht. Die Genossen scheinen den Gesetzestext nicht richtig gelesen zu haben (ihren Keynes aber umso intensiver). Das Parlament kann in außerordentlichen Situationen wie einer Rezession durchaus Mehrausgaben beschließen. Nur muss sie diese später wieder ausgleichen. Die Politik darf also tun, was sie so gerne in Sonntagsreden für sich beansprucht: vorausschauend wirtschaften. Das sollten auch Sozialdemokraten können. PEER TEUWSEN



Am Ende sind immer die andern Schuld an der Malaise von Bern: Die Hauptstadt im Winter

Ein Patient, der gerne krank ist

Niemand liegt der Schweiz so auf der Tasche wie die Berner – und der Kanton fühlt sich wohl dabei VON STEFAN VON BERGEN

Ob der Kanton Bern »das Griechenland der Schweiz« sei, fragte frech das Gratisblatt *20 Minuten*. Der Ringier-Verlag überschrieb eine Podiumsdiskussion im Berner Bellevue skeptisch: »Hat Bern eine Zukunft?« Und die *NZZ am Sonntag* wundert sich über die »trägen Berner«. Was sie alle aufschreckt, drückt sich in einer Zahl aus: Im Jahr 2012 fließt der historische Rekordbetrag von über einer Milliarde Franken aus dem nationalen Finanzausgleich in den Kanton Bern. Jeder dritte Franken, den die acht potentesten Kantone und der Bund zu den finanzschwachen Kantonen pumpen, geht 2012 nach Bern. Das provozierende Bild eines SVP-Plakats geht wieder um, auf dem der Zürcher Löwe den faulen Berner Bären in einer Kutsche bergwärts schleppt.

Dass der Bergkanton Wallis mit 524 Millionen Franken und der Hinterlandkanton Freiburg mit 469 Millionen auf Platz zwei und drei der Bedürftigenskala stehen, fällt nicht weiter auf. Das große Bern aber kann sich nicht verstecken. Es muss sich Fragen gefallen lassen. Warum macht der Kanton der Bundesstadt und der weltberühmten Jungfrau-Region, der ins gut erschlossene Mittelland ausgreift, nicht vorwärts? Und wie konnte es bloß dazu kommen, dass das einst potente Bern im nationalen Vergleich derart abgestiegen ist – und nun dem ganzen Land schwer auf der Tasche liegt?

SP-Mann Andreas Rickenbacher, Berner Volkswirtschaftsdirektor, reagiert gereizt auf den Vorwurf, sein Kanton sei ein träger Profiteur: »Bevor man Bern abqualifiziert, muss man richtig rechnen, nämlich pro Kopf statt in absoluten Zahlen.« Sein Kanton erhalte 2012 pro Einwohner »bloß« 1097 Franken aus dem nationalen Ressourcenausgleich und liege damit auf Platz 9 der 26 Kantone. Weit hinter den Rekordbezügern Uri, Jura, Freiburg, Wallis und Graubünden, die pro Kopf zwischen 2400 und 1400 Franken beziehen. Das Signal, das der absolute Milliardenbetrag aussendet, fällt trotzdem unangenehm auf, auch bei den Berner Wirtschaftsverbänden und der Berner SVP. Deren Kantonalpräsident Rudolf Joder kritisiert die »desolaten Berner Wirtschaftslage«. Er wirft der Kantonsregierung, seit 2006 mehrheitlich rot-grün, ein überbordendes Abgaben- und Ausgabenwachstum vor.

Andreas Rickenbacher kontert solche Kritik: »Der Kanton Bern hat seine Verwaltungsstrukturen verschlankt, seine Schulden halbiert und pusht erfolgreich seine Stärken, den Cleantech-Sektor, die Uhren- und Präzisions- sowie die Medizintechnik.«

Die Berner Schwäche kann aber auch der Sozialdemokrat nicht wegreden. Bei der Wirtschaftskraft ist der Kanton Bern 2012 auf Platz 21 der 26 Kantone abgerutscht. Das Bruttoinlandsprodukt des Kantons mit seinem übergroßen Anteil an Kleinbetrieben lag 2010 mit 98 500 Franken pro Erwerbstätigem deutlich unter dem nationalen Durchschnitt von 109 110 Franken. Der Steuerfuß ist hoch, die Steuererträge sind tief.

Berner Volkswirtschaftsdirektoren sind Defensivkünstler, die düstere Kennziffern aufhellen. »Wenn eine Firma Stellen aus dem Kanton Bern abzieht, wird ausführlich berichtet. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze ist bloß eine Randnotiz wert. Bern wird schlechtgeschrieben«, sagt Andreas Rickenbacher. Der Großraum Bern würde zu den dynamischen Tiefsteuerregionen der Schweiz gehören, wenn er nicht all die weitläufigen Landregionen alimentieren müsste. Der Kanton Bern leiste dadurch »unterschätzte Dienste für die ganze Schweiz«, lanciert Rickenbacher sein bestes Argument. Das ist ein typisch bernisches Argument: Es gibt immer gute Gründe, Berns Rückstand widrigen Umständen statt eigenen Fehlern zuzuschreiben.

Die Landregionen schwächen das Zentrum, von dem sie abhängen

Wer das Berner Malaise spüren will, muss nur wenige Kilometer aus der Stadt Bern hinausfahren, in die ersten Hügel des Emmentals. Man erlebt dort abseits der Hauptverkehrsadern einen Sturz in eine andere Welt, wie sie am Rand von Zürich oder im dicht besiedelten Aargau kaum mehr existiert. Wanderer können gleich vor den Toren der Stadt losmarschieren in eine kraftvolle Landschaft mit weit zerstreuten Höfen und Weilern.

Das saftige Land ist aber wirtschaftlich leblos. Es umzingelt die Berner Städte und saugt sie aus. Am Tropic des Großraums Berns hängt der ganze Rest des Kantons. Neun von zehn kantonalen Verwaltungseinheiten beziehen Geld aus dem innerkantonalen Finanzausgleich unter den Berner Gemeinden. Im mehrheitlich bürgerlichen Kantonsparlament wird kaum je debattiert, ob es

Sinn macht, dass der Großraum Bern die Besiedlung aller Täler im Berner Oberland sichert.

Mit vereinten Kräften erhalten die Landregionen den Geldfluss aus der Stadt aufrecht – und schwächen so das Zentrum, von dem sie abhängen. Das ist das Berner Dilemma. Der Kanton Bern sei blockiert in einer »dezentralen Konstellation« von Stadt und Land, sagt der Historiker und Politikwissenschaftler Claude Longchamp. Den Bernern fehle es an einer gemeinsamen Vorwärtsstrategie. Wie kleinräumig und ambitionslos der Berner Geist funktioniert, zeigt sich etwa im Sport. Vielen Bernern sind würdevoll verlierende Kleinsportarten wie die Eishockey-Tigers aus Langnau im Emmental oder der FC Thun lieber als die ehrgeizigen Stadtklubs SC Bern und Young Boys.

Wie sähe eine Berner Vorwärtsstrategie aus? Der Kanton Bern mit seinem hohen Anteil an wertschöpfungsarmer Verwaltung und Landwirtschaft wird im Rücken der nationalen Powerzentren Zürich, Basel und Genf/Lausanne seine ökonomische Performance nur schwer verbessern können. Also müsste er, im Interesse und zur Entlastung der Schweiz, seine Kräfte bündeln und seine teure dezentrale Infrastruktur verschlanken. Dazu aber kann er sich nicht durchringen, weil es schmerzhaft wäre und breiten Widerstand auslösen würde. Die mit einer dichten Versorgungsstruktur verwöhnten Landregionen müssten Schulstandorte, Spitäler, staatsnahe Betriebe preisgeben. Der Kanton Bern verharret lieber in einer Opferhaltung und Binnensicht. Und vergisst, dass die nationalen Geldströme, die seine Existenz sichern, bei einer Verschlechterung der Schweizer Wirtschaftsleistung plötzlich austünnen könnten. Bern wäre dann zu harten Schnitten und mehr Selbstverantwortung gezwungen.

Die notwendige Verschlinkung wird ausgerechnet von jenen Kräften behindert, welche die ökonomische Schwäche lautstark kritisieren. Die Berner SVP, auf dem Land immer noch eine Macht, bekämpft die Schließung kostspieliger Landspitäler. Auch einer sanft forcierten Fusion kaum mehr funktionsfähiger Kleingemeinden, worüber das Kantonsparlament diese Woche berät, steht die Volkspartei skeptisch gegenüber. Von den 383 Berner Gemeinden zählen deren 200 weniger als 1000 Einwohner. Kein Kanton ist kleinteiliger. »Die Kleinarzelle ist der wohl gravierendste Fehlanreiz, den wir uns leisten«, räumt Regierungsrat Rickenbacher ein.

Der Kanton Bern ist aber auch in seiner Geschichte gefangen. Wer von einem ökonomischen Berner Turnover träumt, verkennt die Trägheit der historischen Entwicklung. Das landwirtschaftlich orientierte Alte Bern versäumte vor 1798 den Aufbau eines gewinnbringenden industriellen Gewerbes wie in der Nordostschweiz. Das Fehlen von Unternehmerrgeist ist eine historische Berner Erb-last. An das ab 1850 entstehende Eisenbahnnetz, das Zürich auf sich ausrichtete, fand Bern verspätet Anschluss. Modernisiert wurde der Kanton so nur partiell. 1848 wurde Bern zwar zur Bundesstadt erkoren, Zürich aber erhielt als Ausgleich die Eidgenössisch-Technische Hochschule (ETH) zugesprochen, die bis heute zahllose Firmengründungen ausgelöst hat. Rickenbacher hält der Berner zufließenden Milliarde den jährlichen Bundesbeitrag von zwei Milliarden Franken für die ETHs in Zürich und Lausanne entgegen.

Verantwortlich für die Stagnation sei die BGB gewesen, sagt ein Historiker

Der emeritierte Wirtschaftshistoriker Christian Pfister widersetzt sich der Berner Klage über seine Strukturschwäche. »Unter günstigen Bedingungen kann der Berner Bär rennen«, sagt er und führt den Boom an, in dem Bern zwischen 1890 und 1920 unter freisinniger Ägide an der Spitze von Europas Elektrifizierung und Tourismus stand. Berns Kriechgang sei auch selbstverschuldet, sagt Pfister. Verantwortlich dafür sei insbesondere die kleingewerblich und etatistisch orientierte Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei BGB, die Vorläuferin der heutigen SVP. Sie war in der Berner Stagnationsphase ab 1920 die bestimmende politische Kraft.

Der Kanton Bern belastet die Schweiz. Er ist aber auch ein nationales Labor, in dem sich wie unter der Lupe die Verwerfungen der Schweiz zwischen Zentrum und Peripherie, Stadt und Land zeigen. Anderswo lassen sich Probleme und Kosten über eine Kantonsgrenze hinweg delegieren. Im großflächigen Kanton Bern geht das nicht. Das enthebt ihn allerdings nicht von der Aufgabe, sich am eigenen Schopf zu packen und an seiner Zukunft zu arbeiten. Andreas Rickenbacher sieht seinen Kanton als Ort, wo der einstige Wachstum mit Nachhaltigkeit kombiniert wird, wo das Wohnen noch erschwinglich ist und wo es noch ökologische Rückzugsflächen gibt. Sehr dynamisch tönt das leider nicht.

Denker außer Dienst

Architekten gehören zu den schärfsten Kritikern der »Hüsi-Schweiz«. Doch die Raumplanung überlassen sie lieber anderen VON MATTHIAS DAUM



Als Architekten noch guten Gewissens Häuschen bauen konnten: Zeichnungssaal an der ETH Zürich um 1930

Im Zeichnungssaal des Siebziger-Jahre-Baus der ETH Höggerberg herrscht Chaos. Weiße und hellblaue Styroporreste bedecken den Boden, auf den Tischen stehen Brückenmodelle aus Balsaholz, die sich über mehr oder minder kunstvoll bemalte Pappmaché-Tobel schwingen. Die Erstsemester sind im Abgabestress, bald beugen Experten ihr Schaffen, entscheiden darüber, ob ihr Traum in Erfüllung geht – kraft ihrer Intuition und Introspektion irgendwann den großartigen Wurf zu landen, der ihnen den Platz im Architektur-Olymp sichert.

Das Architekturdepartement der ETH genießt Weltruhm. Abgänger der Zürcher Schule sind gefragt, man findet sie in allen großen Architekturbüros. Bauten von Herzog & de Meuron, Gigon/Guyer, Valerio Olgiati, Marcel Meili oder Roger Diener sind Exportschlager *designed in Switzerland*. Und wo die Großmeister bauen, ist die Medienmeute. In den schönsten Farben und Formen glänzen und strahlen später ihre Werke in den Branchenblättern und Feuilletons.

Allein bei der wichtigsten aller Aufgaben hat die Schweizer Architektelenite versagt: Es gelang ihr nicht, einen Ansatz von Ordnung, eine Struktur in den Schweizer Siedlungsbrei zu bringen, der sich durchs Mittelland ergiebt.

Zwar gehören sie zu den schärfsten Kritikern dieser Hüsi-Schweiz. Doch einen sachlichen Umgang mit ihr haben sie nie gefunden. Mit einer Mischung aus Faszination und Abscheu beäugen sie die Agglomeration, die so gar nicht ihren ästhetischen Idealen entspricht – aber die Wohnrealität der meisten ihrer Landsleute ist. Klar, es gab Ausnahmen. Da erschien 2005 die

Publikation *Die Schweiz – ein städtebauliches Porträt* des ETH Studios Basel. Und vor Jahresfrist präsentierte eine jüngere Garde Zürcher Architekten namens »Gruppe Krokodil« ihre Idee einer neuen Mega-Stadt im Glatttal – vom Flughafen über Dübendorf bis nach Uster.

Die Architekten verdrängen ihre eigene Machtlosigkeit

Doch sieben Jahre nach Publikation des *städtelichen Porträts* bleibt davon nicht viel mehr als ein wütendes Mantra übrig: Föderalismus und Gemeindeautonomie sind der Ursprung allen Übels; der Schweizer ist ein Anti-Städter; wir brauchen radikale Visionen. Es ist dasselbe Zeter und Mordio, welches vor 60 Jahren bereits die ersten Schweizer Einfamilienhaus-Stürmer, Max Frisch, Markus Kutter und Lucius Burckhardt, vollführten – gebracht hat es nichts, der Landfraß schreitet ungebremst voran, jede Sekunde wird ein Quadratmeter Schweiz überbaut. Und die visionäre Glattalstadt ähnelt in frappanter Weise der Neustadt-Utopie, die Frisch, Kutter, Burckhardt in ihrer Streitschrift *achtung: die schweiz* von 1955 skizzierten.

Wie kommt es also, dass die Schweizer Architekten jahrzehntelangen, untauglichen Ideen aufsitzen, sie als Lösungen verkaufen – und dafür erst noch Gehör finden?

»Architekten meinen, sie könnten die Welt auf neue Grundlagen stellen«, sagt der Städtebauhistoriker Angelus Eisinger, Professor an der HafenCity Universität Hamburg, in seinem Zürcher Mansardenbüro. Ihr Selbstverständnis sei stark durch die Vorstellung vom Künstler als

Genie geprägt, die im 19. Jahrhundert entstand. Doch komme ihnen zugute, dass sie in der Lage seien, Komplexes einfach auszudrücken: »In einem Plan einer neuen Stadt werden sehr viel Dinge auf den Punkt gebracht, sonst könnte man die Stadt gar nicht bauen.«

Nun ist der naive Glaube an den idealen Plan das eine. Das andere ist, was in der Zwischenzeit mit der Landschaft geschah: Sie wurde weiter zersiedelt. Kein Architekt konnte dies aufhalten. Doch anstatt diese Machtlosigkeit einzugestehen, aus ihr Schlüsse für das eigene Tun, die Arbeit zu ziehen, wird sie verdrängt.

Am Kaffeetisch an der ETH mit Annette Spiro. »Die Trennung von Architektur und Planung ist falsch«, sagt die Professorin am Architekturdepartement. Wie alle Professoren betreibt sie daneben noch ein eigenes Büro. Wer lehrt, der baut – das ist das Erfolgsmodell der Hochschule.

Spiro, zurückhaltend im Auftritt, ist keine Schwätzerin wie mancher ihrer Berufskollegen. Trotzdem glaubt auch sie an die Einzigartigkeit ihrer Profession. »Es gibt kaum einen Beruf, bei dem Fachwissen so infrage gestellt wird wie beim unsrigen. Unsere Disziplin wird oft nicht ernst genommen«, sagt Spiro. Politiker, Bauherren, Investoren fänden es sowieso viel bequemer, wenn keine Architekten dabei seien. »Wir sind die Störenfriede. Man will uns gar nicht. Man sagt: Architekt, bleib wo du bist, beim Entwurf, beim Design.«

Liefere man sie, die Architekten, nur machen, gäbe man ihnen mehr Zeit – dann, sagt Annette Spiro, sähe die Schweiz anders aus. Besser. Selbst wenn die Welt immer komplizierter würde: »Die architektonischen Fragen bleiben immer diesel-

ben.« Man stutzt. Welche andere Disziplin würde behaupten, ihre Fragen änderten sich nicht?

Doch der Architekt ist kein Suchender, kein Forscher, sondern ein Wissender. »Es gibt in der Architektur keine Wirkungsforschung«, sagt Angelus Eisinger. Was funktioniert, was nicht – und weshalb? Niemand stellt diese Fragen. »Architekten interessieren sich für das Bild, die Komposition und ihre Intention – aber der konkrete Alltag spielt für sie keine Rolle«, sagt Eisinger.

Das hat seinen Preis. Die Architekten, allen voran die Stars unter ihnen, werden zu Hofnarren: hoher Unterhaltungsfaktor, viel Publicity, kaum Einfluss.

Statt mehr Herzog & de Meuron braucht die Schweiz bessere Planer

Einer, der sich für einen anderen Weg entschieden hat, ist Pierre Feddersen. »Der große Maßstab war mir immer wichtiger als der perfekte Fensterrahmen.« Und dies zu einer Zeit, als man noch sagte: Architekten, die nichts können, werden Planer.

Feddersens Name ist nur Insidern bekannt, sein Tun betrifft täglich Hunderttausende. Mit seinem Büropartner Rainer Klostermann gehört er zu den wichtigsten Masterplanern der Schweiz. Die Branchen in Lausanne-West, die Vororte im Norden und Süden Luzerns, das Gäu im Kanton Solothurn, durchschnitten von Autobahnen und Bahnlinien, gespickt mit Logistikzentren – diese Unorte sind sein Terrain.

»Die Aufgaben haben einen Schwierigkeitsgrad, dem viele nicht gewachsen sind«, sagt Feddersen, als man ihn in seinem Hinterhof-Büro am Zürcher Neumarkt fragt, weshalb sich nur so wenige Architekten für Planung begeistern. Die Architekten be-

fasten sich zu wenig mit ihrem Umfeld, sagt Pierre Feddersen: »Wenn ein Objekt gut aussieht, ist die Welt eben nicht gerettet.«

Ja, die Realität ist verflüchtigt kompliziert. Wer den Raum gestalten will, muss mehr tun, als den Inhalt die angemessene Form finden zu lassen, wie Annette Spiro ihre Arbeit definiert.

Feddersen klappt seinen silbernen Apple-Laptop auf, greift sich einen Füllfederhalter und einen karierten Notizblock – und beginnt zu zeichnen. Eine Karte der Agglomeration im Westen von Lausanne. Dort entspringt aus der Vorstadt-Wüste neues Leben. Zuerst der See, die Orte, die Bäche, die Wälder, dann die Straßen. Die ersten Ideen wirken wie hingeworfen, es sind keine Pläne, nur Skizzen. »Sie können noch leben«, sagt Feddersen. Sich entwickeln. Jeder sieht darin, was er sehen will: der Investor, der Politiker, der Bewohner.

Auf den Entwurf aber folgt die Realität, die Knochenarbeit. Feddersen weiß: Wer Straßen plant, muss die Tiefbauer verstehen. Wer Tramlinien zieht, muss eine Ahnung von Verkehrsplanung haben. Wer Gemeinden dazu bewegen will, über ihre Grenzen hinweg zusammenzuarbeiten, muss das Faible besitzen, eine Idee in einem politischen Prozess zu verteidigen, der auf Konsens programmiert ist – der also alles Herausragende kappen will. Kurzum: Architekten wie Feddersen brauchen mehr als gestalterische Geistesblitze.

An den Hochschulen aber wird dies nicht gelehrt. Hier studiert, wie Annette Spiro sagt, wer gern etwas eine Form gibt. Nur: Wollen die Architekten die Schweiz in Zukunft stärker prägen, müssen sie vermehrt ans Ganze denken. Doch dafür müsste der eine oder andere wohl auch seinen Traum von *Switzerland's next Jacques-Herzog* begraben – und sich stattdessen der Planung widmen.

FRAGEN SIE DR. NOTTER!

» Sehr geehrter Herr Notter, warum haben die Behörden dem Untergang der ältesten Privatbank der Schweiz tatenlos zugesehen? «

Simone Buchmaier, Wettingen

Alter verleiht noch keine Bedeutung. Die UBS konnte 2009 ihren Kopf retten. Sie gestand den US-Behörden den Steuerbetrug ein, zahlte 780 Millionen Dollar, verzichtete auf das grenzüberschreitende Geschäft mit US-Kunden und lieferte Daten en masse. Letzteres wurde ihr von der Finanzmarktaufsicht in rechtlich fragwürdiger Weise bewilligt. Das Bundesgericht bemühte, im



Markus Notter war von 1996 bis 2011 Regierungsrat des Kantons Zürich

Nachhinein wenig überzeugend, die »polizeiliche Generalklausel«. Der Bundesrat sagte, es gehe bei der UBS um den »Schutz und den Erhalt der Funktionsfähigkeit des Schweizerischen Finanzsystems zugunsten der Volkswirtschaft«. Auf das Finanzsystem hat aber die Bank Wegelin keinen Einfluss. *Too small to save!*

Selbst die NZZ, deren Verwaltungsratspräsident Konrad Hummler Teilhaber der Bank Wegelin ist, schreibt: »Viele Branchenvertreter schüttelten den Kopf angesichts der Unbekümmertheit, mit welcher die Bank nach dem Platzen der UBS-Steueraffäre US-Kunden mit undeckelten Geldern übernommen hatte.« Der Bundesrat hatte bereits 2009 gemahnt, er erwarte von allen Finanzintermediären, dass sie die Gesetze einhalten würden.

Welche Gesetze hatte er gemeint? Herr Hummler hat immer betont, er habe nicht gegen Schweizer Recht verstoßen. Das ist richtig. Aber amerikanische Steuerpflichtige und ihre Bank können nur schlecht gegen Schweizer Recht verstoßen. So gilt auch: Wer in Amerika eine Bank ausraubt, verstößt gegen amerikanisches Recht, nicht gegen schweizerisches. Obschon das Ausrauben von Banken hierzulande auch strafbar ist. Gleiches gilt für das Hinterziehen von Steuern. Das ist in der Schweiz auch verboten. Es wird normalerweise mit einer Buße in Höhe des hinterzogenen Steuerbetrags bestraft. Hinzu kommt die Nachsteuer. Wer dazu noch Urkunden fälscht, begeht auch Steuerbetrug und muss unter Umständen gar mit einer Freiheitsstrafe rechnen.

Bei Steuerhinterziehung gewährte die Schweiz bis vor Kurzem keine Amts- und Rechtshilfe. Die ausländischen Steuerhinterzieher konnten darauf vertrauen, dass ihre Behörden keine Informationen aus der Schweiz bekamen. Und die Schweizer Banken machten daraus ein Geschäftsmodell. Lange ging das gut. Vielleicht auch deshalb, weil es eine stille Komplizenschaft zwischen reichen und einflussreichen Ausländern, ihren Regierungen und den hiesigen Banken gab. Das ist offenbar vorbei.

Bereits 1976 hat der Bundesrat davor gewarnt, dass der Ausschluss der Rechtshilfe im Steuerbereich dem Land »eines Tages zu schwer abschätzbaren Nachteilen gereichen könnte«. Wie recht er hatte.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr Dr. Markus Notter

Markus Notter beantwortet wöchentlich die Fragen der Leserinnen und Leser zur Lage der Nation. Richten Sie Ihre Frage per E-Mail an zeitschweiz@zeit.ch

Zauberberge

Die Schweiz lässt den Besucher träumen – aber nur in Maßen. Gut so. Eine nachgelassene Liebeserklärung VON TONY JUDT



Fotos: F. Löhner, G. LeVay/Redux/haif (Portrait: C.)

»Die Schweiz hat für mich immer mit Zügen zu tun«: Rhätische Bahn

Man sollte die Schweiz nicht in sein Herz geschlossen haben. Bekannt man sich als Freund der Schweizer oder ihres Landes, ist das ungefähr so, als erinnere man sich nostalgisch an das Rauchen oder an die Fernsehserie *Drei Mädchen und drei Jungen*. Man gibt sich als jemand zu erkennen, der die Entwicklung der letzten dreißig Jahre verschlafen hat und unverbesserlich almodisch ist. Sooft ich von der Schweiz schwärme, gähnen die Jungen höflich, meine fortschrittlichen Kollegen schauen mich schief an («Weißt du nicht, was die im Krieg gemacht haben?»), und zu Hause lächelt man nachsichtig: «Ach, du jetzt wieder! Mir ist das egal. Ich liebe die Schweiz.

Was spricht dagegen? Nun ja, die Schweiz bedeutet Berge. Aber wenn es unbedingt die Alpen sein sollen: Die Franzosen haben höhere Berge, in Italien ist das Essen besser, und in Österreich ist der Urlaub billiger. Der vernichtendste Einwand: In Deutschland sind die Leute freundlicher. Und was die Schweizer selbst angeht: »Brüderliche Liebe, fünfhundert Jahre Demokratie und Frieden, und was haben sie hervorgebracht? Die Kuckucksuhr.«

Es kommt noch schlimmer. Die Schweiz hat am Zweiten Weltkrieg nicht schlecht verdient – man hat Geschäfte mit den Nazis gemacht und geraubtes Geld gewaschen. Es waren die Schweizer, die die Nazis aufforderten, die Pässe von Juden mit einem J zu kennzeichnen. Und die Schweizer haben unlängst, in einer peinlichen Demonstration von Fremdenfeindlichkeit, für ein Minarettverbot gestimmt (in einem Land, in dem es nur vier Minarette gibt und wo fast alle Muslime säkulare bosnische Flüchtlinge sind). Dann gibt es noch die Steuerflüchtlinge, aber ich habe nie verstanden, was an der Praxis von Schweizer Banken, die ein paar reichen ausländischen Gesetzesbrechern hilfreich zur Seite stehen, so viel schlimmer ist als das, was Goldman Sachs mit den Millionenguthaben ehrlicher Amerikaner gemacht hat.

Warum mag ich die Schweiz also? Es sind in erster Linie die Unvollkommenheiten, die mich für das Land einnehmen. Langweilig? Ja. Aber langweilig kann auch sicher, sauber, ordentlich bedeuten. Vor ein paar Jahren flog ich mit meinem jüngeren Sohn, der damals neun war, nach Genf. Von der Ankunfts-halle gingen wir zum Bahnhof, der langweiligerweise direkt unter dem Flughafen liegt, und warteten dort in einem Café auf unseren Zug. »Wie sauber es hier ist!«, sagte der Kleine. Ja, es war auffällig sauber. Nicht weiter bemerkenswert, wenn man aus Liechtenstein oder Singapur kommt – sehr wohl aber für ein Kind, das mit JFK aufgewachsen ist und von europäischen Flughäfen bis dahin nur die öden Shopping-Arkaden von London-Heathrow kannte.

Die Schweizer sind Sauberkeitsfanatiker. In einem Zug wurde ich einmal von einer älteren Dame getadelt, weil ich den linken Fuß für eine Sekunde auf die Sitzkante gegenüber gelegt hatte. In England, wo das nicht weiter aufgefallen wäre, hätte mich ein solcher Rüffel sprachlos gemacht. In der Schweiz war es mir einfach peinlich, gegen einen offensichtlichen Verhaltenskodex verstoßen zu haben – denn ich war mitverantwortlich für die Verhältnisse im Waggon. Es ist ärgerlich, von einem Mitbürger daran erinnert zu werden, aber auf lange Sicht ist Gleichgültigkeit viel schädlicher.

Die Schweiz ist ein schönes Beispiel für die Möglichkeiten – und Vorteile – einer vermissten Identität. Damit meine ich nicht die vier Landessprachen (Deutsch, Französisch, Italienisch, Rätoromanisch) oder die bemerkenswerten (und oft verkannte) topografische Vielfalt. Ich meine die Gegensätze. In Deutschland funktioniert alles so reibungslos, dass die Seele nach Abwechslung hungert. Italien ist so gnadenlos interessant, dass man nirgends Entspannung findet. Die Schweiz dagegen ist voller Gegensätze – effizient, aber provinziell, schön, aber langweilig, gastfreundlich, aber reizlos – zumindest aus Sicht der ausländischen Touristen, die für die heimische Wirtschaft so wichtig sind.

Der bedeutendste Kontrast ist der zwischen der launisch glatten Oberfläche und der zuverlässigen Solidität, die sich darunter verbirgt. In einem Sommer fuhr ich einmal auf das Klein Matterhorn, ein populäres Skigebiet oberhalb von Zermatt. In einem aberwitzig teuren Restaurant am

sonnenüberfluteten Hang amüsierten sich italienische Flittchen in ultraknappen Bikinis und Pelzstiefeln mit hartgesichtigen Russen in modernstem Outfit, die sich per Helikopter zum Gipfel hatten fliegen lassen. *Debbie Does Davos*: die Schweiz, an Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten.

Doch plötzlich tauchten, wie aus dem Nichts, drei kleine alte Männer auf, mit Wolljacken und Lederhosen, die Gesichter wettergegerbt, einen vernünftigen Hut auf dem Kopf, vernünftige Stöcke in der Hand. Sie nahmen auf einer Bank Platz und schnürten ihre Bergstiefel auf. Ohne auf das Dolce Vita ringsum zu achten, beglückwünschten sich die drei in unverständlichem Schweizerdeutsch zu ihrem offenbar mühsamen Aufstieg und bestellten bei der fröhlichen Kellnerin mit weißem Mieder drei Bier: die gute Schweiz.

In den fünfziger Jahren fuhren meine Eltern und ich ein paarmal in die Schweiz. Das war in einer kurzen Phase, in denen es ihnen materiell recht gut ging, aber ohnehin war die Schweiz damals nicht so teuer. Mir fiel vor allem auf, wie ordentlich alles war. Wir reisten meist über Frankreich an, das damals einen ärmlichen und ungepflegten Eindruck machte. In den Dörfern trugen die Häuser noch immer Kriegsnarben, die Dubonnet-Reklame hing verrostet an den Mauern. Das Essen war gut (selbst ein junger Londoner wie ich konnte das erkennen), aber die Restaurants und Hotels wirkten muffig, billig und freudlos.

Und dann kam man über die Schweizer Grenze, immer auf einem windigen, verschneiten Pass oder Gipfel, und betrat ein Land mit hübschen, blumengeschmückten Chalets, sauberen Straßen, Geschäften

Tony Judt

Am Ende konnte der **britische Historiker und Essayist** Tony Judt kaum noch atmen und sprechen, durch amyotrophe Lateralsklerose vom Hals abwärts gelähmt. Doch geschrieben hat er bis zu seinem Tod im August 2010 im Alter von 62 Jahren. Zuletzt *Das Chalet der Erinnerungen* – es erscheint am 6. Februar erstmals in deutscher Übersetzung im Carl Hanser Verlag. Im Krankenbett wurde Judt ein **Chalet in den Waadtländer Alpen** zur inneren Heimat, da hatte er mit den Eltern jeweils die Winterferien verbracht. Im Geiste durch die Zimmer wandelnd, sammelte er nächtens seine Lebenserinnerungen – und diktierte sie am nächsten Morgen. Sie erzählen von der Kindheit im Nachkriegs-London, einem Kibbuzaufenthalt oder sind eine Liebeserklärung an die Schweiz, die wir hier leicht gekürzt abdrucken. Bekannt wurde Tony Judt als **Ideenhistoriker der französischen Linken und Intellektuellen**. Er leitete ab 1995 in New York das Remarque-Institut für Europäische Studien. Zu seinen bekanntesten Werken zählt *Europa. Die Geschichte eines Kontinents von 1945 bis zur Gegenwart*.



und gepflegt wirkenden, zufriedenen Bürgern. Der Krieg schien die Schweiz überhaupt nicht berührt zu haben. Meine Kindheit war schwarz-weiß, die Schweiz war farbig – rot und weiß, braun und grün, gelb und golden. Und die Hotels! Die Schweizer Hotels meiner Kindheit rochen nach frischer Tanne, als seien sie organische Produkte der umliegenden Wälder. Türen, Betten, Wanduhren – alles war aus warmem Holz.

Die Speisesäle hatten große Panoramafenster, es gab Blumen und blütenweiße Tischtücher – und im Nachhinein kommt es mir vor, als wären wir ganz allein dort gewesen, auch wenn das bestimmt nicht so war. Von Clawdia Chauchat hatte ich natürlich

noch nie gehört, aber in späteren Jahren stellte ich mir vor, wie sie lautlos in einen dieser Speisesäle geschwebt kam, mit dunklen Augen die Tische überblickend, und ich sie – wie Castorj – stumm zu mir bat. Meine tatsächlichen Nachbarn waren gesetzte ältere Ehepaare: Die Schweiz lässt einen träumen, aber nur in Maßen.

Erinnerungen sind trügerisch. Ich weiß, dass wir die Ferien fast immer im Berner Oberland verbrachten. Trotzdem assoziiere ich die Schweiz mit meinen ersten ungelungenen Versuchen, Französisch zu sprechen – Schokolade kaufen, nach dem Weg fragen, Skifahren lernen. Und Fahrkarten kaufen. Die Schweiz hat für mich immer mit Zügen zu tun, deren Vorzüge in dem kleinen Verkehrsmuseum Luzern eindrucksvoll präsentiert werden. Hier kann man sich über die ersten elektrischen Eisenbahnen der Welt informieren, über die ersten technisch hoch entwickelten Eisenbahntunnels, über die höchstgelegenen Eisenbahnstrecken in Europa – hier vor allem die Jungfraubahn, die durch den Eiger bis hinauf zur Endstation auf dem Jungfrauoch in 3454 Meter Höhe führt.

Die »falsche Sorte Blätter auf den Gleisen«, über die bei British Rail gern geklagt wurde, machte den Schweizern ebenso wenig aus wie die falsche Sorte Schnee. So selbstverständlich, wie die kleinen Männer das Klein Matterhorn bestiegen, so überwandten die Züge ihrer Urgoßeltern mühelos die Strecke zwischen Brig und Zermatt, zwischen Chur und St. Moritz, zwischen Bex und Villars.

Meine schönsten Erinnerungen habe ich in Müren. Mit acht Jahren war ich zum ersten Mal dort, ein heiles Dorf auf halbem Weg zum Schilthorn-Massiv, nur mit der Zahnradbahn oder der Seilbahn zu erreichen. Es dauert ewig – und mindestens vier Züge –, bis man in Müren ist, und einmal angekommen, gibt es wenig zu tun. Das Essen ist nicht besonders, das Angebot in den Geschäften nicht sehr aufregend.

Für Skifahrer soll es gute Abfahrten geben, und für Wanderer gibt es schöne Routen. Die Aussichten – über ein tiefes Tal hinweg bis zur Jungfrau – sind spektakulär. Das Höchste an Abwechslung ist die pünktliche Ankunft und Abfahrt des Triebwagens, der sich bis zur Talstation der Seilbahn emporwindet. Das Zischen der Türen bei der Anfahrt und das beruhigende Schienengeratter ist das Höchste an Lärm-belästigung im Dorf. Wenn abends der letzte Zug im Schuppen steht, legt sich Stille über das Plateau.

2002, nach einer Krebsoperation und anschließender massiver Strahlentherapie, fuhr ich mit meiner Familie nach Müren. Meine Söhne, acht und sechs Jahre alt, erlebten den Ort offenbar nicht viel anders als ich damals, auch wenn wir in einem entschieden besseren Hotel wohnten. Sie tranken heiße Schokolade, stapften über weite Bergwiesen, vorbei an Gebirgsbächen, blickten offenen Mundes zum majestätischen Eiger – und genossen die Fahrt in der kleinen Eisenbahn. Müren hatte sich, wenn mich nicht alles täuschte, kaum verändert. Noch immer gab es nichts zu tun. Paradiesisch.

Ich habe mich nie als ein Mensch empfunden, der irgendwo fest verwurzelt ist. Wir werden durch Zufall hier und nicht dort geboren und wohnen im Laufe unseres unsteten Lebens an verschiedenen Orten – zumindest für mich war es so. Die meisten dieser Städte sind mit gemischten Erinnerungen verbunden. An Cambridge oder Paris oder Oxford oder New York kann ich nicht denken, ohne mir ein Kaleidoskop von Begegnungen und Erlebnissen in Erinnerung zu rufen. Wie diese Erinnerung aussieht, hängt von meiner Stimmung ab. Aber Müren verändert sich nie. Dort hat es nie Probleme gegeben.

Neben der Bahnstrecke verläuft eine Art Bergpfad. In einem kleinen Café auf halber Strecke, dem einzigen Halt, gibt es das übliche Speisenangebot. Vorne geht es steil und tief hinunter in das Tal, am Hang dahinter stehen die Scheunen mit den Kühen und Ziegen und Hirten, zu denen man hinaufsteigen kann. Oder man wartet einfach auf den nächsten Zug – auf die Sekunde pünktlich, zuverlässig. Es passiert nichts. Dies ist der glücklichste Ort der Welt. Wir können uns nicht aussuchen, wo unser Leben beginnt, aber vielleicht, wo es zu Ende geht. Ich weiß, wo ich sein werde: in diesem kleinen Zug, unterwegs ohne bestimmtes Ziel, einfach unterwegs.



Weil sie zu teuer sind, haben die privaten Krankenkassen keine Zukunft mehr. Über die Parteigrenzen hinweg arbeiten Experten an einem neuen, fairen Modell für alle

WIRTSCHAFT
SEITE 19/20



Das Ende der Zwei-Klassen-Medizin

Illustration: Thomas Kullenbeck/Agentur Fricke für DIE ZEIT

Immer mit der Keule

Warum die Deutschen wieder mit Nazi-Vergleichen überzogen werden – und wie sie damit umgehen sollten VON BERND ULRICH

Anoi Schettino, a voi Auschwitz.« So schrieb kürzlich *Il Giornale*, »Uns Schettino, euch Auschwitz«. Damit reagierte die italienische Zeitung auf eine ähnlich feinsinnige *Spiegel Online*-Kritik am feigen Kapitän der *Costa Concordia*, der als typisch italienisch qualifiziert wurde. Gemeint war mit der Entgegnung: Haltet ihr Deutschen bloß das Maul, ihr habt doch den Holocaust zu verantworten!

Nun könnte man sagen, dass *Il Giornale* eine rechtspopulistische Zeitung ist, noch dazu aus dem Hause Berlusconi, also nicht ganz ernst zu nehmen. Man könnte sich auch damit beruhigen, dass Nazi-Vergleiche immer mal wieder gegen Deutsche gerichtet wurden. Doch gibt es da derzeit eine Häufung. Der sensible ostdeutsche Schriftsteller Ingo Schulze wurde eben erst bei einer Lesung in Portugal gefragt, ob die Deutschen nun mit dem Euro schaffen würden, was ihnen mit Panzern damals nicht gelungen sei, also Europa zu beherrschen. Aus Griechenland kann man Derartiges zurzeit täglich hören, oft noch drastischer formuliert.

Anderorts wird der Vorwurf vornehmer verpackt, wenn etwa die aktuelle deutsche Sparpolitik mit der des Reichskanzlers Brüning verglichen wird, dessen Nachfolger dann Adolf Hitler hieß. Regelmäßig wird auch vom deutschen »Sonderweg« gesprochen, etwa wenn die Regierung Merkel nicht so viel Geld drucken möchte, wie andere das von ihr verlangen. Der so häufig zitierte Sonderweg endete historisch wo? Natürlich in Auschwitz. So schließt sich der Kreis.

Deutschland sind die USA von Europa – aber mit einer anderen Historie

Man braucht wirklich nicht lange an der Frage rumzuräseln, warum die Nazi-Vergleiche im Moment so oft gezogen werden: Zum ersten Mal seit 1945 tritt Deutschland wieder mit voller Macht auf, nicht weil man das gewollt hätte, sondern weil die europäische Schuldenkrise das ökonomisch stärkste auch zum politisch mächtigsten Land gemacht hat. Deutschland greift nun tief ein in die inneren Angelegenheiten Dritter.

Allmählich bekommt das Land für Europa eine ähnliche Funktion, wie sie die USA lange Zeit für die ganze Welt hatten. Als jene Macht, die ihre Kraft gebrauchte, manchmal missbrauchte, die an allem schuld war, die alles retten sollte und sich dafür beschimpfen lassen musste, wie sie es tat. Was wurde den Amerikanern nicht alles Übles angedichtet, immer steckte die CIA hinter allem Bösen, stets wurden die Amerikaner des Imperialismus geziehen.

Eines allerdings konnte man ihnen nie vorwerfen: dass sie sechs Millionen Juden in den Tod geschickt und die halbe Welt mit Krieg überzogen hätten. Das menschlich nachvollziehbare und oft berechnete Schimpfen auf die je stärkste Macht bekommt im Falle der Deutschen allzu

häufig eine andere, eine alle Diskussionen und jedes ernsthafte Gespräch abtötende Dimension.

Wie soll man als Deutscher nun damit umgehen? Ingo Schulze war empört und beleidigt, wie er selbstkritisch schrieb. Das war sicher schon allein deshalb falsch, weil genau das von seinen Zuhörern beabsichtigt war. Falsch ist es – zweitens – sicher auch, mit deutscher Arroganz zu reagieren, wie das Volker Kauder, Fraktionschef der Union, tat, als er rief, in Europa werde Deutsch gesprochen, fehlte nur noch das Wort: wieder. Ähnlich martialisch redete Peer Steinbrück daher, als er den Schweizern die »Kavallerie« schicken wollte. Das sollte der Politiker eines Landes lieber lassen, das die eigene »Kavallerie« einst nach ganz Europa schickte (außer in die Schweiz).

Drittens darf man sich von Nazi-Vergleichen nicht ins Bockshorn jagen lassen. Das Wort Sonderweg darf eine deutsche Regierung weder zum Nachgeben bringen noch zu einem trotzigen Dann-erst-recht. Zumal man ja weiß, dass Auschwitz als moralischer Hebel in politischen Konflikten eingesetzt wird. Freundliche Unbeeindrucktheit, zuweilen unbeleidigte Zurückweisung sind also die vernünftigsten Reaktionen. Und dann das Weiterdiskutieren über die Sachfragen, über Finanzen oder Militärinterventionen.

Die neue deutsche Rolle wird noch eine ganze Weile zur Häufung von Nazi-Vergleichen führen. Das muss man wohl oder übel ertragen und sich abwettern lassen. Allerdings liegt in diesem Stoisizismus auch ein ernstes Problem. Das hat mit dem deutschen Vergangenheitsparadox zu tun, das sich so formulieren ließe: Die deutsche Vergangenheit wird nur dann ganz sicher nicht wiederkehren, wenn die Deutschen sich nie ganz sicher sind, dass sie nicht wiederkehrt. Darum können sich die Deutschen, ihre Politiker zumal, nicht ganz verpanzern, weder gegen Anwürfe von außen noch gegen Anflüge von Selbstzweifeln. Es bleibt da eine wunde Stelle.

Was soll man nun tun? Die anderen bitten, mit diesem Nazi-Mist einfach aufzuhören, uns Deutsche bitte schön in jeder nur erdenklichen Form zu beschimpfen außer in dieser? Ja, das könnte man. Die Deutschen könnten auch zugeben, dass sie geliebt werden wollen (das ist nichts Schlimmes), viel mehr als Franzosen oder Briten, die sich schon selbst ganz gut lieben. Allerdings können sich die Deutschen vor lauter Liebesbedürftigkeit nicht selbst verleugnen, schon weil die anderen sie dann nur noch mehr verachten würden.

Schließlich muss sich eine gewisse Coolness nach außen mit besonders hoher historischer Sensibilität nach innen verbinden. Antisemitismus, Neonazi-Terror, Geschichtsvergessenheit, Anfälle von Arroganz – das sind die wirklichen Gefahren und Verführungen.

Die Deutschen müssen jetzt sehr tapfer sein – und sehr sensibel.

www.zeit.de/audio

Einfach nur autoritär

Es wird Zeit, der Weltmacht Facebook Grenzen aufzuzeigen. Auch wenn das viel Mut erfordert VON HEINRICH WEFING

Vier große Mächte gebe es derzeit auf der Welt, sagte unlängst ein US-Admiral in Berlin: China, Indien, die USA – und Facebook. 800 Millionen Menschen nutzen das Soziale Netzwerk, darunter mehr als 20 Millionen Deutsche, ein Viertel aller Bundesbürger. Facebook verbindet Menschen rings um den Erdball, es ist zum Zentralnervensystem der globalen Kommunikation geworden. Wenn das Unternehmen demnächst an die Börse geht, dürfte sein Wert mit bis zu 100 Milliarden Dollar veranschlagt werden.

Schon klar, das Datenimperium hat keinen Außenminister und keine Flugzeugträger. Aber wenn Macht bedeutet, in das Leben sehr vieler Menschen eingreifen zu können, dann ist Facebook tatsächlich eine Supermacht. Was immer die Macher im kalifornischen Menlo Park beschließen, verändert den Alltag der Nutzer.

Von so viel Gehorsam kann der Papst nur träumen

Gerade hat Mark Zuckerberg, der Gründer von Facebook, entschieden, dass die Profileiten aller Nutzer, quasi ihre Selbstdarstellung im Netz, neu sortiert werden. Künftig werden alle Informationen chronologisch geordnet, von der Geburt bis zur Gegenwart. Timeline heißt die Funktion, die jetzt verbindlich wird. Und weil Zuckerberg das so will, werden fortan alle Facebook-Nutzer, von Island bis Indonesien, von Fidschi bis Georgien, mit Timeline leben müssen. Ob sie wollen oder nicht. Punkt. Selbst der Papst kann von einer solch umstandslosen Durchsetzung seiner Anweisungen nur träumen.

Natürlich gibt es allerlei Protest gegen das neue Layout, es sei zu unübersichtlich, und Datenschützer warnen, Facebook wolle mit der Umstellung nur noch mehr Daten absaugen, um gezielter Werbung verkaufen zu können. Das alles ist richtig, doch bewirken wird der Widerstand nichts, und vermutlich wird er bald vergessen sein. Irgendwie genervt von Facebook ist jeder Nutzer. Aber wer will sich schon freiwillig vom Gespräch mit potenziell 800 Millionen Mitmenschen ausschließen?

Beunruhigend ist tatsächlich nicht allein Timeline, verstörend ist vielmehr die autoritäre Geste, mit der die Änderung dekretiert wurde, wie nebenbei, in einem Firmenblog. Verstörend, weil Facebook nicht irgendein Konzern ist. Sondern ein Unternehmen, das existiert, um möglichst viel über uns in Erfahrung zu bringen – und dieses Wissen zu Geld zu machen. Facebook sammelt ja nicht nur die Urlaubsfotos und Lieblingssongs seiner Nutzer. Es registriert, wann sie aktiv sind, mit wem sie chatten, was sie spielen. Es verbindet all diese Daten – und löscht sie wohl nicht einmal, wenn sich ein Nutzer abgemeldet hat. Nacktscanner sind nichts gegen diese Datensammelmaschine.

Man muss sich nur einmal vorstellen, eine Telefongesellschaft zeichnete alle Telefonate von 800 Millionen Menschen auf und könnte darauf nach Belieben zugreifen. Auf jedes Geschäftsdetail, jeden Liebeschwur, jedes Gespräch mit dem Arzt. Die Welt wäre zu Recht alarmiert. Zumal wenn sich diese globale Telefongesellschaft weigerte, Auskunft über die eigenen Geschäfte mit den Mitschnitten zu geben. Genau das tut Facebook. Facebook sagt nicht, wie es speichert, was es speichert. Und verrät schon gar nicht, was es mit den Daten macht. Alles Unternehmensgeheimnis, Ende der Durchsage.

Ein solch ungeheurer Datenschatz in der Hand eines einzelnen Privatunternehmens stellt die Machtfrage neu. Die Machtfrage des 21. Jahrhunderts.

Ziemlich wahrscheinlich, dass die Frau, die in zwanzig, dreißig Jahren Präsidentin der USA wird, gerade in diesem Moment bei Facebook aktiv ist. Ebenso wie die künftigen Regierungschefs von Brasilien, Nigeria oder Frankreich. Zudem die kommenden Nobelpreisträger, Popstars und Terrorchefs. Und Facebook weiß, ob sie Sex mit Männern oder Frauen mögen, woran sie glauben und was sie kaufen.

Ja, sicher, niemand vermag zu sagen, ob Facebook jemals sittenwidrig Gebrauch machen wird von diesen Informationen. Aber was, wenn der Börsenkurs irgendwann bedrohlich sinkt? Was, wenn eine Regierung gegen Facebook vorgehen will, wenn das Unternehmen gar zerschlagen werden soll? Wie groß ist dann die Versuchung, mit den Informationen in den eigenen Rechnern Druck auszuüben? Im Kampf gegen geplante Gesetzesänderungen hat Facebook gerade erst bewiesen, dass es die eigenen Interessen in Washington beinah durchsetzen kann. Auch die Firmengeschichte ist keine Beruhigung. Wenn es neben dem explodierenden Wachstum eine Konstante bei Facebook gibt, dann die Ignoranz gegenüber den geltenden Spielregeln. Facebook ist eine Supermacht. Und verhält sich auch so.

Irgendwann, ziemlich bald, wird es Zeit, Facebook seine Grenzen aufzuzeigen. Nicht die Grenzen des Wachstums. Sondern die Grenzen seiner Macht. Das wird schwer, keine Frage, unmöglich ist es nicht. Man muss nicht gleich über Zerschlagung reden. Aber eine beherrzte Regulierung wäre schon etwas. Eine Regulierung, die Facebook zwingt, jedem Nutzer zu sagen, was die Firma über ihn weiß. Und ihm zu garantieren, dass gelöscht wird, was der Nutzer nicht gespeichert wissen will. Gefordert wird das schon lange. Aber jetzt könnte eine gute Gelegenheit sein. Börsen reagieren mitunter empfindlich auf öffentlichen Druck. Und weil Facebook längst eine Weltmacht ist, ist eine solche Regulierung kein Thema für nationale Koalitionsverhandlungen. Sondern für die Treffen der G 20, die mächtigsten Politiker der Welt.

www.zeit.de/audio

SACHSEN



Echter Chorgeist
Ein Kinofilm zeigt, wie die Leipziger Thomaner um Weltklasse ringen

Wahrer Poltergeist
Ein Politiker sagt den Medien den Kampf an
Politik Seite 11/12

Frauen, wehrt euch!

Nach der Revolution kämpfen viele Ägypterinnen gegen eine neue Welle der Unterdrückung. Sie sind Vorbild für andere Länder
Dossier Seite 13–15

Was dem Teufel Spaß macht

Kardinal Reinhard Marx über Macht, Eitelkeit und andere sehr irdische Versuchungen
Glauben & Zweifel S. 54

ZEIT ONLINE

Missgebildete Rinder, Schafe und Ziegen – in Europa greift eine neue Tierseuche um sich

Ein Report unter
www.zeit.de/wissen

PROMINENT IGNORIERT



Wetten, dass ...?

Michael Ballack, einst einer der beliebtesten Fußballer, ist an einem Tiefpunkt seiner Karriere. Will den Alten keiner mehr haben? *Wetten, dass ...?*, einst eine der beliebtesten Shows, findet und findet keinen Nachfolger für Thomas Gottschalk, nachdem jetzt auch noch Jörg Pilawa abgesagt hat. Will die steinalte Sendung keiner mehr machen? Vorschlag: Ballack führt sie zum verdienten Ende. Die Träne quillt, der Vorhang fällt. GRN.

Kleine Fotos, v. o.: Accentus Music, Dana Smillic/laif für DZ, Witters

ZEIT ONLINE GmbH: www.zeit.de;
ZEIT-Stellenmarkt: www.jobs.zeit.de
Zeiverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG,
20079 Hamburg
Telefon 040 / 32 80 - 0; E-Mail:
DieZeit@zeit.de, Leserbrief@zeit.de

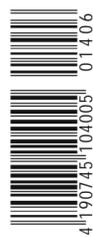
Abonnentenservice:
Tel. 0180 - 52 52 909*,
Fax 0180 - 52 52 908*,
E-Mail: abo@zeit.de

* 0,14 €/Min. aus dem deutschen Festnetz,
max. 0,42 €/Min. aus dem deutschen Mobilfunknetz
PREISE IM AUSLAND:
DKR 43,00/NOR 60,00/FIN 6,70/E 5,20/
KANAREN 5,40/F 5,20/NL 4,50/A 4,10/
CHF 7,30/I 5,20/GR 5,70/B 4,50/P 5,20/
L 4,50/HUF 1605,00

AUSGABE:

06

67. JAHRGANG
C 7451 C



ZEITGEIST

Ewig lockt das Buch

JOSEF JOFFE: Die Print-Zeitung wird vergehen, das Buch bleibt bestehen

Ich habe schließlich kapituliert und ein iPad 2 gekauft – noch ein Stück Elektromüll neben all den Netzteilen, Alt-Handys und PCs seit DOS-Zeiten. Ich schätze auch Apple nicht, diese Digi-Diktatur, die uns mit ihrer perfekten Ästhetik auf ihre Plattform lockt und nie wieder loslässt. Probieren Sie mal, Ihre eigenen CDs, die Sie bei iTunes gespeichert haben, dort wieder loszueisen.

Trotzdem: Jetzt lese ich ein Dutzend Zeitungen und Zeitschriften auf dem Pad – in Hamburg oder Delhi, in der Wanne oder am Küchentisch. Nicht die Blätter, die gestern um 17.30 Uhr zugemacht wurden, sondern die über Nacht aufgefrischten. Bill Gates von Microsoft (erinnern Sie sich noch an diesen Riesenkraken?) weisagte 1990, dass es 2000 keine gedruckten Zeitungen mehr geben werde. Es gibt sie. Jedenfalls meldete der Weltzeitungsverband vor Jahresfrist, dass 2,3 Milliarden Menschen Gedrucktes läsen, während Netznutzer insgesamt bloß 1,9 Milliarden ausmachten. Auch steige die Zahl der Zeitungstitel. Dennoch: Die Auflage sinkt – um etwa zwei Prozent pro Jahr.

Als Gates technotrunk in die Glaskugel blickte, waren iPad und Epigonen nicht einmal Science-Fiction. Stellen wir uns aber das Pad 7 vor: leichter, billiger, schneller, klapp- oder einrollbar wie ein Magazin, dazu gen null sinkende Übertragungskosten. Und rechnen dagegen, dass bei Tageszeitungen etwa die Hälfte aller Produktionskosten für Papier, Druck und Verteilung draufgehen. Dann denken wir an eine neue Generation von Journalisten, die auch Töne und bewegte Bilder beherrscht, die Print nicht hat. Folglich: Nicht die Zeitung wird verschwinden, niemals, sondern ihre Plattform, das Papier – so wie einst Tontafel und Pergament.

Das Buch ist eine andere Geschichte. Wohl lese ich auch Bücher auf Kindle und Pad, was sehr praktisch ist, weil man sie nicht mit sich herum-schleppen muss. Amazon hat auch gemeldet, dass es 2011 zum ersten Mal mehr E-Bücher als gedruckte verkauft habe. Klar, sind doch E-Books in



Foto: Ricardo Stuckert/Reuters/Lula/REUTERS

HEUTE: 27.1.2012

Kuss

Ein Spitzenpolitiker küsst den anderen. Das kennen wir zur Genüge. Der deutsche Erich Honecker küsste den Russen Michail Gorbatschow, der Amerikaner Barack Obama küsste den Chinesen Hu Jintao. Nichts als Heuchelei, man busselt sich ab und denkt sich doch nur seins. Oder wie man dem Kuss beim nächsten Treffen ausweichen könnte. Das dies aber nur Vorurteile sind, begreifen wir immer dann, wenn ein Politiker sich als schwacher Mensch zeigt, weil er krank ist und zerbrechlich. Weil er Schutz braucht.

Der Kuss, den der ehemalige brasilianische Präsident Lula dem Präsidenten Paraguays Lugo auf die Stirn drückt, ist eine Geste der Wärme und Herzlichkeit. Die beiden wissen nicht, wie viel Zeit ihnen bleibt, und das lässt die Männer noch zärtlicher erscheinen. Wo ist die Macht geblieben? Beide sind an Krebs erkrankt, beide stemmen sich liebevoll vereint dagegen. UL

Irgendjemand ließ Chantal sterben

Wie die Ideologie der Jugendhilfe ein Pflegekind in Hamburg im Stich ließ VON SUSANNE GASCHKE



Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

Amerika deutlich billiger als gedruckte. Aber wir wollen den Kulturpessimismus nicht zu weit treiben, weil da immer noch der alte Adam ist, und der hat ein Pad-Problem. Meine E-Bücher sehe ich nur, wenn ich sie aufrufe. Die ungelesenen D-Bücher stehen dagegen vor meiner Nase, jedes zugleich mahrender Finger und süße Verlockung.

Der amerikanische Autor William Gass schreibt über die Ungeliesenen: »Man wird andauernd von entzückenden Werken angemacht, die einem zuflüstern, doch die gegenwärtige Liebe zu verlassen und sich neuen Freuden zuzuwenden.« Das können Kindle und Pad nicht. Die liegen bloß rum, der Schirm dunkel und stumm. Was man nicht sieht, kann weder inspirieren noch verführen. Schon gar nicht kann man es berühren. Ich habe längst vergessen, welche Dornröschen in meinem Pad schlummern und auf die Befreiung warten.

Deshalb, und weil sie im Regal meterweise ausbreiten, wer wir sind oder sein wollen, werden Bücher nie aussterben. Sie sind die Liebe, die wir schon kennen oder noch erobern wollen. Die uns andauernd zuwinkt. Jammerschade, dass ich gerade keine Zeit für sie habe, weil ich mir eine neue App auf das Pad laden muss.

Es ist entsetzlich, gewalttätigen oder völlig unfähigen Eltern ausgeliefert zu sein. Es ist gut, dass der Staat in solchen Fällen einschreitet und Kinder aus ihren Familien nimmt – wahrscheinlich tut er das sogar zu selten. Aber es greift Existenzielles an, wenn Kinder sich plötzlich nicht mehr in der Obhut von Mutter und Vater befinden – so unzulänglich die sein mögen –, sondern in der Obhut der staatlichen Jugendhilfe. In der Obhut von Menschen, die hoffentlich mitfühlend sind und Gutes wollen. Die aber vor allem eines tun: ihren Job.

Im Fall der elfjährigen Chantal aus Hamburg machten mehrere Menschen ihren Job so schlecht, dass es das Mädchen das Leben kostete: Vor zweieinhalb Wochen starb es an einer Methadonvergiftung. *Irgendjemand* hatte nicht erkannt, dass er zwei Drogenabhängige zu Pflegeeltern erklärt hatte. *Irgendjemand* hielt deren verwahrloste Wohnung für eine dem Kindeswohl angemessene Umgebung. *Irgendjemandem* entging dabei, dass Chantal nicht einmal ein eigenes Bett zum Schlafen hatte. *Irgendjemand* hat offenkundig komplett übersehen, wie verzweifelt das Mädchen war: Ihrem leiblichen Vater schrieb sie flehentlich, man möge sie aus dieser schrecklichen Familie retten; das Protokoll des letzten sozialpädagogischen Hausbesuchs notiert nur, dass Chantal ein Weihnachtsgedicht vorgetragen habe.

Bisher sind die Einzelheiten des Falles zu verworren, um eindeutig sagen zu können, wer Schuld an all diesen Fehleinschätzungen

hat. Mit der Verantwortung ist es einfacher: Die liegt bei der Leitung des zuständigen Jugendamtes und beim Leiter des Bezirksamtes. Die Unterbringung eines Kindes ist und bleibt eine hoheitliche Aufgabe.

Chantal ist aber nicht nur das Opfer eines einzelnen überforderten Sozialarbeiters geworden. Sie hat bezahlt für zwei Ideologien, die die eigenartige, den öffentlichen Blicken weitgehend entzogene Welt der Jugendhilfe prägen. Ideologie eins gibt sich modern: Der unbewegliche Staat ist demnach nicht in der Lage, gut und vor allem zu vernünftigen Preisen für bedürftige Kinder zu sorgen. Private Träger können das viel besser! Auf dieser Grundlage wird seit 15 Jahren in der Jugendhilfe »outgesourct« – auch in Hamburg-Wilhelmsburg, auch im Fall Chantal.

So entstand ein beispielloses Verantwortungswirrwarr zwischen dem örtlichen Jugendamt und dem Verband Sozialtherapeutischer Einrichtungen (VSE), der die unfähige Pflegefamilie – ja was eigentlich? Ausgesucht hat? Ein bisschen ausgesucht hat? Nur vorgeschlagen hat? Mit ihr gearbeitet hat? Und wie eigentlich »gearbeitet«, bei dem Ergebnis? Verband und Bezirksamt schieben einander die Schuld zu und haben vielleicht nicht einmal unrecht: Geteilte Zuständigkeit macht jeden etwas weniger zuständig. Wahnwitzigerweise sparen die Verschlankungs-ideologie und der Wettbewerb zwischen privaten »Leistungsbringern« den Behörden nicht einmal Geld. Zwischen 2001 und 2011 stiegen die Kosten für »Hilfen zur

Erziehung« in Hamburg von 130 auf 240 Millionen jährlich, im Bund von fünf auf sieben Milliarden. Das 1990 reformierte Kinder- und Jugendhilfegesetz hatte den Trägerpluralismus durchaus gewollt, denn der Staat sollte nicht alles selbst machen. Allerdings ging es dabei um weltanschauliche Vielfalt in der Erziehung, nicht ums Geldverdienen.

Die zweite Ideologie hat ihre Wurzeln im antiautoritären Denken der 68er und wabert bis heute durch Erzieherfachschulen und Seminare für Soziale Arbeit: Sie könnte mit dem Stichwort der »milieunahen Unterbringung« zusammengefasst werden. Diese Weltsicht geht davon aus, dass die »HilfadressatInnen«, die »Kunden« oder »Klienten« letztlich am besten wissen, was gut für sie ist – und so leben wollen, wie sie leben. Deshalb darf man sie nicht mit Mittelschichtwerten wie aufgeräumten Zimmern, ordentlichen Vorgärten und nahrhaften Mahlzeiten bedrängen.

Nach dieser Ideologie ist es folgerichtig, ein schwer benachteiligtes Kind wie Chantal (auch in ihrer leiblichen Familie gab es Suchtprobleme) in einem Umfeld unterzubringen, das fürsorglicher, aber dem bisherigen Zuhause nicht allzu unähnlich ist. Hätte Chantal nicht Chantal geheißsen, sondern Louise, und wäre sie nicht im sozialen Brennpunkt Hamburg-Wilhelmsburg, sondern im unauffälligen Hamburg-Schnelsen aufgewachsen – sie wäre womöglich in eine Pflegefamilie gekommen, in der sie überlebt hätte.

BERLINER BÜHNE

Schröderst du noch ...

... oder lindnerst du schon? Politische Verben im Wandel der Zeit

Der Bundespräsident hat ja nicht nur die deutsche Presselandschaft um viele schöne Schlagzeilen bereichert, sondern die deutsche Sprache auch um das schöne Verb *wulffen*. Wer wulfft, der labert entweder einen wehrlosen Anrufbeantworter voll oder redet so knapp an der Wahrheit vorbei, dass er gerade so nicht als Lügner dasteht. Noch ist offen, ob *wulffen* das Zeug zum *Riestern* oder *Hartzen* hat, sich also dauerhaft in der Alltagssprache festsetzen wird. Oder ob es eine so flüchtige Erscheinung bleibt wie *abwaigeln*. Zu Zeiten des Finanzministers mit den buschigen Augenbrauen waigelte ab, wer davor und danach abzockte. Aus der Mode gekommen ist auch *schrödern*. Seit dem legendären Kirche-im-Dorf-lassen-Auftritt am Wahlabend 2005 hat schlicht niemand mehr so herzerfrischend den rotzigen Rüpel aus dem Politiker raushängen lassen wie der damalige Bundeskanzler. Einen Sonderfall markiert das Synonym für abschreiben & kopieren, *gutenbergen*. Aus ihm ist *gutenborgen* geworden. Ein Verb, so zeigt sich da, kann sich schon mal schneller weiterentwickeln als sein Namensgeber.

Dövingern, das Kleinreden des eigenen Chefs unter Abfahren fremder Außenspiegel, ist wohl ein zu spezieller Einzelfall, um Allgemeingut zu werden. Schön wäre es aber, wenn sich nun *lindnern* durchsetzen würde, das abrupte Verschwinden von der politischen Bühne. Und auch *gabrielen*, die reflexhafte Meldung zu allem und jedem. Dann müsste Wulff nur noch lindnern – und selbst Sigggi hätte nichts mehr zu gabrielen. PETER DAUSEND



Der letzte Aufrechte
Mit seiner Forderung, kritische Medien zu boykottieren, macht der Plauer Bundestagsabgeordnete Joachim Günther Furore. Dahinter steckt der Geist der sächsischen FDP VON ANTIJE HILDEBRANDT

Mit unbequemer Presse soll ihm keiner kommen: Joachim Günther im Bundestag, dem er seit 1990 angehört

Er sagt, es habe endlich mal rausgemusst. Er drückt geräuschvoll auf einen Kugelschreiberkopf. Es klingt, als wolle er jedes seiner Worte unterstreichen. Klick, klick, klick.

Joachim Günther, 63, sitzt in der Besucherecke seines Büros in Berlin-Mitte, Unter den Linden 50. Günther hat den Rücken durchgedrückt und den Blick auf einen unsichtbaren Punkt in der Ferne gerichtet, ganz so, als laue dort sein Gegner.

Sein Gegner, das sind die Medien. Solche, die nicht so berichten, wie er, der FDP-Bundestagsabgeordnete aus dem Vogtland, sich das wünscht. Daher hat er am 11. Januar einen Brief auf seine Homepage gestellt, adressiert an Kollegen von FDP und CDU. Es ist ein Rundumschlag gegen »die Journalistenmeute«. Es geht um »Pressehetze« gegen den Bundespräsidenten, um angeblich irreführende Berichte über die FDP und darum, dass es stets zu wenig positive Schlagzeilen über den Standort Deutschland gebe. Eine Lösung für das Problem liefert Günther gleich mit. Sein Brief gipfelt im Aufruf, kritische Medien zu boykottieren.

Ein billiger PR-Gag, dachte man zunächst über das etwas wirre Traktat. Der verzweifelte Versuch eines Hinterbänklers, der seit immerhin 21 Jahren im Bundestag sitzt und nur auf eine Gelegenheit gewartet hat, um aufgestauten Frust abzulassen. Frust über die Umfragewerte der FDP, über mangelnde Anerkennung oder worüber auch immer.

Doch die wahre Geschichte ist eine andere. Es geht nicht um einen Selbstdarsteller, sondern um einen Mann, der so wirkt, als zähle er sich zu den letzten aufrechten Politikern. Und es geht um Sachsens FDP.

Ihre Bundespartei steht vor dem Kollaps. Die Umfragewerte sind auf zwei Prozent gerutscht. Ganz Deutschland rechnet mit ihrem Untergang. Ganz Deutschland? Nein, in Berlin hält einer noch die Fahne der FDP hoch. Joachim Günther aus dem Dorf Theuma bei Plauen.

Nach der Wende diente dieser acht Jahre lang als parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. »Das war in der Regierung Kohl«, raunt er. Es klingt ehrfürchtig. Danach verschwand Günther vom Radar der Medien in der Bundeshauptstadt. Bis nun dieser Tage sein Name plötzlich wieder in den Schlagzeilen aufplopte. Mit einem Interview im Deutschlandfunk ging es los. Darin relativierte der FDP-Mann zwar seine Forderung nach einem Medienboykott; doch von seiner harschen Kritik an »linksgrüner Hysterie-Berichterstattung« wich er keinen Millimeter ab. So, wie er da sprach, ruhig und unaufgeregt, bestand kein Zweifel mehr: Der Mann meint es tatsächlich ernst.

Seither stehen die Telefone in seinem Berliner Büro kaum noch still. Von taz bis Welt wollen alle wissen, wie dieser Sachse tickt, der in einer Diktatur groß geworden ist und der jetzt ein demokratisches Gut infrage stellt – kritische Medien.

Klick, klick, klick. Joachim Günther drückt wieder nervös den Knopf seines Kugelschreibers. Die Medienlawine hat den FDP-Mann überrollt. Deshalb sitzt bei Interviews jetzt immer eine Beraterin neben ihm. Sie macht einen besorgten Eindruck. Günther würde das nicht zugeben, aber er fühlt sich missverstanden: als beleidigte Leberwurst; als Radaubruder, als Witzfigur.

Dabei hat er Erfahrung im Ausfechten heftiger Kämpfe. Man kann den SPD-Abgeordneten Rolf

Schwanitz danach fragen. Seit 1998 sitzt der für den Wahlkreis Plauen im Bundestag. Er sagt: »Seither bin ich schon ein paarmal mit Herrn Günther aneinandergeraten.« Zuletzt ging es um Günthers Pläne, die Außenstelle einer rumänischen Privatuniversität in Plauen anzusiedeln. Das war 2009. Eine windige Geschichte. Eine »Diplom-Fabrik« sei das gewesen, sagt Schwanitz, geleitet von einem Mann, der als Vertrauter der Ehefrau des rumänischen Ex-Diktators Ceaușescu galt.

Richtig misstrauisch sei er erst geworden, als er erfuhr, dass Günther bei der Ansiedlung dieser Privatuni nicht nur das Gemeinwohl im Blick hatte. Involviert in den Deal war die Consulting-Firma eines früheren Stasihauptmannes. Als Mit-eigentümer firmierte: Joachim Günther. Schwanitz deckte die Verbindung auf. Das Projekt scheiterte, Günther stieg aus der Firma aus. Es ist nur eine Fußnote in der Vita des dreifachen Familienvaters und Papageienhalters. Doch die Sache wirft einen Schatten auf das Bild, das er von sich zeichnet.

Es ist das eines lupenreinen Demokraten, der sich den Liberalen schon 1971 aus Protest gegen die SED anschloss. Plauen sei die eigentliche Wiege der Revolution in der DDR gewesen, sagt er. Die erste große Demo gegen das Regime, die die Polizei nicht auflösen konnte; am 7. Oktober 1989.

Dabei will sich in Plauen heute kaum jemand daran erinnern, Günther je auf einer Demo gesehen zu haben. Der Ingenieur verdingte sich damals als hauptamtlicher Kreissekretär der Blockpartei LDPD. »Der war doch einer von denen, gegen die wir auf die Straße gegangen sind«, sagt Schwanitz.

»Wir sind das gallische Dorf im Römischen Reich«, sagt ein Liberaler

Und doch schätzt man Günther in Sachsen, zumindest im Dunstkreis der liberal-konservativen Old-Boys-Connection um den alerten FDP-Landeschef Holger Zastrow. Günther hat den Landesverband in den neunziger Jahren selbst geleitet. Dort spürt er Rückhalt. Sachsens FDP, das ist eine Stehauf-Partei. Als sie bei der Wahl 1994 mit 1,7 Prozent der Stimmen aus dem Landtag flog, da glaubte kaum jemand an ein Comeback. Doch mit einer Politik, die sich mehr an den Bedürfnissen der Menschen im Osten als am Kurs der Bundespartei orientiert, schafften es die Liberalen, das Ruder herumzureißen. Symbolisch dafür steht der Slogan, der ihnen 2004 die Rückkehr in den Landtag eröffnete: »Herz statt Hartz.«

Mit den sächsischen Liberalen sei es ein bisschen wie mit Asterix und Obelix, sagt der Dresdner FDP-Kreisvorsitzende Johannes Lohmeyer. »Wir sind das gallische Dorf im Römischen Reich.«

Ein eigenes Logo unterstreicht dieses Bewusstsein. Das Blau und das Gelb sind eine Spur poppiger als auf den Logos der übrigen Landesverbände – und das F, das D und P sind deutlich dicker. Dieses Logo, lästert ein SPD-Mann, passe zum Kurs der sächsischen FDP. Je weiter die Bundespartei ins Umfragetief stürze, umso konservativer und populistischer werde der.

Kreischef Lohmeyer ist Geschäftsführer in einer Hotelkette. Er sagt, er wisse, dass er damit ein neo-liberales Feindbild abgebe. Er klingt nicht so, als würde ihn das stören.

Er sagt, in Sachsen tickten die Liberalen anders. Hier werfe man politische Überzeugungen wie das Ja zur Atomkraft nicht einfach so über Bord.

Pioniergeist, Stolz, Widerstand. Für Lohmeyer sind das keine Fremdworte. Er sagt, den umstrittenen Brief seines Parteikollegen Günther würde er sofort unterschreiben. Zwar glaube er, dass das FDP-Bashing deutlich nachließe, »wenn wir den Medien nicht so viele Anlässe liefern würden«. Aber dass die Berichterstattung teils tendenziös sei, sei nun mal Fakt. Es stimmt also, was Joachim Günthers Sprecherin sagt. Dass er ausgesprochen habe, was viele seiner sächsischen Parteifreunde dächten.

Für den Brief wurde der FDP-Mann von seiner Parteispitze abgewatscht

Er habe noch nie so viele Zuschriften auf einen Vorstoß bekommen wie auf diesen Brief, sagt Günther. »Wir haben vorgestern aufgehört zu zählen. Es waren 800 E-Mails, 75 Prozent davon positiv.«

Dass ihn die FDP-Spitze inzwischen für seinen Vorstoß abgewatscht hat, erwähnt er nicht. Was zähle, sei die eigene Performance, hatte Parteichef Philipp Rösler nach einer Vorstandssitzung in Berlin verkündet. Wer wollte, konnte diese Rüge auch als Warnung an die Sachsen verstehen.

Entsprechend gereizt reagiert der Pressesprecher von Holger Zastrow, wenn man ihn um ein Statement seines Chefs zum umstrittenen Brief bittet. Zastrow, sagt er, habe sich bisher nicht dazu geäußert und werde das auch künftig nicht tun. Er verweist auf eine Stellungnahme des Geschäftsführers der sächsischen FDP-Fraktion, Torsten Herbst. Und der rudert darin zurück: »Ich würde diese Wortwahl nicht treffen.«

Die Frage ist, ob Herbst das aus Überzeugung sagt. Oder ob der Gegenwind nur zu stark geworden ist, als dass man sich jetzt noch öffentlich zu Günthers Haltung bekennen könnte. Dafür spräche, dass dieser keinerlei Anstalten macht, irgend etwas geradzurücken. Günther sagt, sein Brief sei ja keine Pressemitteilung gewesen. »Das hatte nichts damit zu tun, in die Medien zu kommen. Ich habe ja nicht vor, Bundeskanzler zu werden.«

An jenem Montagmorgen, als es Günthers Aufruf gegen die Medien in die Nachrichten geschafft hatte, saß er mit Rolf Schwanitz im Zug nach Berlin. Günthers Handy habe während der ganzen Fahrt »geglüht«, sagt der SPD-Mann. Die »Journalistenmeute« hatte Witterung aufgenommen.

OSTKURVE

Mitten ins Herz

Am liebsten würde ich jetzt gar nicht selbst schreiben. Am liebsten möchte ich zitieren. Vollständige Zeilen, ganze Strophen, komplette Liedtexte. Aber dafür ist diese Kolumne leider zu kurz. Die Lieder, die ich meine, heißen *Eure Mädchen, Ich will nicht nach Berlin, Liebe, Melancholie, Karl-Marx-Stadt, Mein Leben, Zu jung und Wieder Winter*.

Die Lieder stammen von der Band Kraftklub, deren Platte *Mit K* soeben Platz eins der deutschen Album-Charts erobert hat. Auf das k in der Mitte ihres Bandnamens legen die fünf Jungs aus Karl-Marx-Stadt ziemlich viel Wert. Sie sagen ja auch Karl-Marx-Stadt und nicht Chemnitz. Und damit sind sie nun so etwas wie der letzte große Schrei. Sie bringen Popmusik hervor, wie sie sein soll: wütend, klar, schnell, direkt, zu gleichen Teilen aus dem Kopf und aus dem Bauch kommend. Musik, die – ja! – mitten ins Herz zielt. Ich übertreibe nicht, auch wenn das jetzt vielleicht so klingt.



Jana Hensel, 1976 in Leipzig geboren, Autorin des Bestsellers »Zonenkinder«, schreibt hier im Wechsel mit ZEIT-Autor Christoph Dieckmann

Wenn man mich in Zukunft nach dem Osten fragt, werde ich mit einem Wort antworten: Kraftklub. Die Jungs sind Mitte 20 und singen: »Ich stehe auf Kaffee, Kippen und Diamanträder (...) Ich komme aus Karl-Marx-Stadt. Bin ein Verlierer, Baby! Original Ostler.« Und: »Wenn du mich küsst, ist die Welt ein bisschen weniger scheiße. Wenn du mich küsst, kommen unsere Freunde zurück aus Berlin.« Und dann sogar noch: »Du studierst jetzt in Frankfurt am Main (...) und ich bin furchtbar allein.« Oder so was: »Unsere Eltern kiffen mehr als wir.«

Es mag jetzt sehr nach Feuilletonistendeutsch klingen, aber in diesem Fall stimmt es: Dies ist der Sound einer neuen Generation. Jener Kinder aus Ostdeutschland, die zu Melancholie neigen, deren Freunde in den Westen oder nach Berlin gegangen sind, die ihr Bier in der Disko neben Nazis trinken müssen und ihren Platz in der Welt noch nicht gefunden haben.

Lieder aus einer Welt also, in der es Stoff genug gibt, um wirklich große Songs zu machen. Wie jene von Kraftklub eben.

SACHSEN-LEXIKON

Ost-West-Tram, die. Neuestes Verkehrsprojekt im Freistaat. Nachdem bereits vor einem Jahr an dieser Stelle enthüllt wurde, dass Leipzig eine 150 Kilometer lange S-Bahn-Strecke bis Hoyerswerda eröffnen will, legt nun die *Morgenpost* mit einer Exklusivmeldung nach: *Görlitz plant Straßenbahn nach Polen!* Die O.-W.-T. solle Sachsen mit dem Zgorzelezer Stadtteil Ujazd verbinden und fünf bis sechs Millionen Euro kosten. Mobilität kennt keine Hürden mehr! Schon fragen Bürger zwischen Annaberg und Zittau: Welche grenzüberschreitenden Großprojekte erwarten uns wohl 2013 – die Transrapidstrecke von Chemnitz bis zum Münchner Airport? Der Nachtbus von Crimmitschau nach Gera? Oder wird gar die Dresdner Waldschlösschenbrücke fertig? MAC

AM START

Halb gedroht

Dresdens TU-Rektor rebelliert gegen Geldnot – aber nur kurz

Es war wohl ein Anflug von Mut bei Hans Müller-Steinhagen: In einem Interview beklagte der Rektor vor wenigen Tagen die dramatische Unterfinanzierung seiner TU Dresden – eine Lücke von 50 Millionen Euro. Er sagte, dass man über die Einstellung von Studiengängen und Zugangsbeschränkungen nachdenke und sich kaum noch neue Schreibtische leisten könne. Es war eine Drohung in Richtung Staatsregierung, die immer neue Strategien ersinnt, um Studenten nach Sachsen zu holen, und mit prima Bedingungen wirbt.

Doch kaum waren die markigen Worte in der Welt, beeilte Müller-Steinhagen sich, sie wieder zurückzuholen. Ja, gewiss fehle seiner Uni Geld, hieß es in einer schnell einberufenen Pressekonferenz – trotzdem sei die TU »herausragend aufgestellt«. Dass die Lehre nur durch die unbezahlte Mehrarbeit von Mitarbeitern aus Drittmittelprojekten aufrechterhalten werden kann, gilt da nicht als Bankrott-erklärung, sondern als Zeichen von »Effizienz«.

In einer Rundmail an alle Uni-Mitarbeiter teilte Müller-Steinhagen zugleich mit, dass »manche Formulierung« im Zeitungsartikel »zu Missverständnissen« führen könne; es gebe »derzeit keine konkreten Umsetzungspläne« in seinem Haus, weniger Studierende aufzunehmen oder etwa im Maschinenbau einen Numerus clausus einzuführen. Gleichwohl müsse er Szenarien wie diese erwägen, »nicht mehr und nicht weniger«.

Zwar wird im Senat der Hochschule heftig darüber diskutiert, dass Sachsen bei den Pro-Kopf-Aufwendungen für seine Uni-Studenten mit rund 6600 Euro weit unter dem bundesdeutschen Schnitt von knapp 8650 Euro liegt. Nur berichtet werden soll darüber besser nicht. Zu groß ist die Angst im Rektorat, missliebige Äußerungen könnten die Regierung verärgern und die Bewerbung der TU Dresden in der nationalen Exzellenz-Initiative stören.

Dabei könnte die Botschaft so einfach sein: Falls Sachsen – wie gerade im Hochschulentwicklungsplan ausdrücklich formuliert – Exzellenz will, muss es dafür die nötigen Mittel bereitstellen. Auch wenn Ministerpräsident Stanislaw Tillich (CDU), angesprochen auf die TU-Drohungen, sagte, jeder müsse sich



Hans Müller-Steinhagen, 57, will Dresdens TU in die Top 100 der Unis weltweit bringen

fragen, »ob man Masse statt Klasse haben« wolle, hat sich der Freistaat längst entschieden: Er will massenhaft Klasse. Eigentlich eine gute Verhandlungsposition für die Rektoren.

Doch die TU Dresden macht sich klein; sie setzt darauf, dass der mögliche Titel »Exzellenz-Uni« sie von den Sparvorgaben der Regierung ausnehmen wird und stattdessen andere bluten müssen. Diese Haltung nimmt man auch in Leipzig zur Kenntnis – und handelt. Derzeit werde eine eigene Strategie erarbeitet, um auf die Unterfinanzierung der Unis aufmerksam zu machen, kündigt der dortige Prorektor Thomas Lenk gegenüber der ZEIT an. Möglichen Widerspruch der Regierung sieht er gelassen: »Wir haben ohnehin nichts mehr zu verlieren.« SUSANNE KAILITZ



Fotos: Accentus Music (großes Bild); Gerrit Mothes (2); Arno Burg/picture-alliance/dpa (1)

»Will man das für seinen Sohn?«

Die Filmemacher Paul Smaczny und Günter Atteln über ihr Jahr im Thomanerchor, wo wenig Zeit für Kindheit bleibt

DIE ZEIT: Herr Smaczny, Herr Atteln, Sie haben den Thomaner-Chor ein Jahr lang mit der Kamera begleitet. Brave, begabte Jungen, die im Chor singen – gibt es denn noch langweiligen Stoff?

Paul Smaczny: Wieso langweilig? Es gibt nichts Spannenderes, als Jugendliche zwischen neun und 19 Jahren so nah mit der Kamera zu beobachten – in einem Internat mit 800-jähriger Tradition, mit seinen Erziehungsregeln aus alten Zeiten. Dieses Leben steht im völligen Kontrast zur Individualität, die viele Jugendliche heute leben. Da gibt es Reibungen zwischen Tradition und Moderne! Und dennoch sind die Thomaner normale Jungen. Die sind gar nicht nur brav, die streiten sich auch richtig.

ZEIT: Sie kennen nun den Chor in- und auswendig. Würden Sie Ihre eigenen Kinder hinschicken?
Smaczny: Wenn meine Kinder das unbedingt wollen: Ja. Aber ich habe meinen bald elfjährigen Sohn gefragt, ob das was für ihn wäre. Und er hat sich heftig gewehrt. Die strengen Regeln fände er doof. Außerdem ist er mit Schwestern groß geworden. Der kann sich gar nicht vorstellen, nur mit Jungen zusammenzuleben. Während der Dreharbeiten haben wir keinen Thomaner kennengelernt, der auf Drängen der Eltern Mitglied im Chor geworden wäre. Im Gegenteil! Manche Eltern hadern sogar, ob sie ihre Jungen so früh schon alleine lassen sollten. Auch mir würde das schwerfallen. Also: Wer in den Chor geht, der macht das aus eigenem Antrieb.

Günter Atteln: Auf meine Söhne wirkte das erst mal uncool – im Chor zu singen, die Kieler Blusen, also diese Matrosenanzüge zu tragen, Gottesdienste zu gestalten. Wobei sich das im Laufe der Dreharbeiten gewandelt hat. Sie wurden immer neugieriger.

ZEIT: Welche Unterschiede haben Sie ausgemacht zwischen Ihren eigenen Kindern, die daheim bei den Eltern aufwachsen, und den Chorknaben?

Atteln: Am auffälligsten ist für mich der beeindruckende Umgang mit Zeit. Die Jungen gehen morgens zur Schule, haben eine Viertelstunde, um Mittag zu essen – dann geht es mit Instrumentalunterricht, Proben und Hausaufgaben weiter. Bis zum Abend. Kaum Zeit für Rückzug, zur Erholung.

Smaczny: Die haben ein Zeitmanagement, wie es andere erst zum Abitur, im Studium trainieren müssen. Dieses Angewiesensein auf sich selbst! Dazu im ersten Jahr der ständige Kampf, damit man nicht von Heimweh zerfressen wird. Das macht sich auch

in der emotionalen Entwicklung bemerkbar. Die Jungen sind sozial sehr kompetent und respektieren einander, wirken auf mich aber auch dickfellig. Deswegen vielleicht nicht unsensibler – aber doch härter im Nehmen. Und Thomaner können sich besser artikulieren als Altersgenossen.

ZEIT: Woran machen Sie das fest?

Smaczny: Sie argumentieren schlüssiger. Und sie lernen, in kurzer Zeit zum Ergebnis zu kommen. Lange um etwas herumlavieren? Das Verfassen der Gedanken beim Sprechen? Dazu kommen sie gar nicht. Die steuern gleich auf ein Ergebnis zu. Ob das positiv oder negativ ist, sei dahingestellt. Jedenfalls wirken sie viel zielorientierter.

ZEIT: In Gemeinschaften entwickelt sich häufig ein eigener Sprachduktus. So auch hier?

Atteln: Einige Begriffe, die die Thomaner verwenden, erscheinen einem altermütlich. Aber im Internat sind sie ganz normal. Zum Beispiel haben Funktionsträger bestimmte Namen – der Domestikus ist ein älterer Thomaner, der etwa die korrekte Kleidung der Neun- bis Dreizehnjährigen prüft. Der Präfekt unterstützt den Kantor bei der Probenarbeit. Lustigerweise verwenden die Jungen in bestimmten Situationen eine reduzierte, verkürzte Sprache. Immer dann, wenn wenig Zeit ist. Beim Essen redet man nicht lange um den heißen Brei herum. Da heißt es dann nicht: »Könntest du mir mal bitte das Brot reichen?« – sondern: »Brot, bitte!«.

ZEIT: Alle Welt spricht davon, dass wir zu hohe Ansprüche an unsere Kinder stellen. Die Thomaner stehen seit 800 Jahren für Höchstleistung. Hat der Chor die Beschleunigung der Kindheit erfunden?

Smaczny: Fakt ist, die Jungen müssen täglich Leistung bringen. Selten ist mehr als fünf Tage Zeit, eine Kantate oder Motette einzustudieren. Und am Wochenende finden Auftritte statt. Bedenken Sie, dass andere Chöre monatelang proben! Uns wurde schnell klar, was für ein gewaltiger Leistungsdruck herrscht. Der wird aber von den Jungs klaglos in Kauf genommen. Und das Pensum ist immer noch dasselbe wie zu Bachs Zeiten vor 260 Jahren.

ZEIT: Sie haben den Film gedreht, als eine Reihe von Missbrauchsfällen an kirchlichen Einrichtungen publik wurde. Hatte diese Debatte Auswirkungen auf das Leben bei den Thomanern?

Smaczny: Wenn ich mich mit Außenstehenden unterhalte, führt die Verbindung von Internat und

kirchlichem Background häufig dazu, dass gleich über Missbrauch spekuliert wird. Um ehrlich zu sein: Allmählich reagieren wir genervt auf solche Fragen. Sie sind zum Reflex geworden. Während der Dreharbeiten ist uns nichts untergekommen, das auch nur entfernt Anlass zu irgendeiner Spekulation geben könnte. Und wir haben ein sehr gutes Vertrauensverhältnis zu den Kindern aufgebaut.

ZEIT: Mitunter wird kritisiert, dass es für die Thomaner kaum Rückzugsmöglichkeiten gebe.

Smaczny: Es ist schwierig, sich mal zu separieren – wer nicht im Instrumentalunterricht oder bei der Probe ist, sitzt mit den anderen auf der Stube und macht Hausaufgaben.

Atteln: Das Stubenkonzept sieht vor, dass die 16- bis 19-Jährigen die Jüngeren miteziehen; dass sie mit ihnen zusammenleben. Das kann man kritisch sehen. Das Internat reagiert aber auf diese Kritik, indem immer mehr Erzieher eingestellt werden.

ZEIT: Sind die Studententüren vor der Kamera verschlossen geblieben?

Atteln: Nein, uns wurde kein Einblick verwehrt. Unser Ansatz war ja, in die Welt der Thomaner einzutauchen. Wir selbst haben nur wenige Szenen rausgelassen: beispielsweise Konflikte zwischen den Jungen. Wir hätten zu viel Filmzeit verbraucht, um diese erklären zu können. Und wir wollten niemanden bloßstellen.

ZEIT: Im Film tauchen keine gescheiterten Thomaner auf. Warum?
Smaczny: Es verlassen erstaunlich wenige Jungen den Chor, pro Jahr allenfalls zwei bis vier von den 94 Thomanern. Während der Dreharbeiten musste ein Jugendlicher gehen, weil seine schulischen Leistungen stark abgefallen waren. Er verließ den Chor unter Tränen. Aber das mussten wir nicht unbedingt zeigen, der Druck ist auch so deutlich spürbar. Und was Ihre Kritik angeht: Wir denken schon, dass der Film kritisch ist, zum Nachdenken anregt: Will man das als Vater, als Mutter? Sein neunjähriges Kind einem solchen Leben aussetzen? Mit all den Entbehrungen, gerade den emotionalen – dadurch, dass sich alles auf die Musik konzentriert. Als Werbefilm für Eltern, die überlegen, ihre Kinder in den Thomanerchor zu geben, haben wir

den Film jedenfalls nicht gedreht. Und so wird er hoffentlich auch nicht gesehen werden.

ZEIT: Thomaskantor Georg Christoph Biller gilt als fordernd. Wie haben Sie ihn erlebt, eher als Drillmeister oder als Freund der Kinder?

Atteln: Herr Biller hält schon eine gewisse Distanz zu den Kindern und tritt als Autoritätsperson auf. Aber ein Drillmeister – nein, das ist er nicht! Anfangs wunderten wir uns, wie er ungerührt weitermachen kann, wenn ein Junge bei der Motette umkippt. Dann erfuhren wir: Weil während des Wachstums immer mal wieder einer der Knaben vom langen Stehen umfällt, ist stets eine Krankenschwester dabei. Und sofort zur Stelle. Nach einer halben Stunde steigen die Kinder dann wieder ein.

Smaczny: Als wir Biller den Film gezeigt haben, dachten wir, dass er uns bei zwei, drei Szenen bitten würde, sie zu entschärfen – bei den Probenenszenen etwa, wo er tough auftritt. Wo zu spüren ist, wie viel

Druck er ausübt. Doch damit hatte er überhaupt kein Problem. Das war eine große Überraschung für uns: Bei vielen Künstlerporträts haben wir das anders erlebt; da mussten wir eher aufpassen, dass man sich nicht in Abhängigkeiten begibt und am Ende ein Imagefilm über den Künstler entsteht.

ZEIT: Sie haben schon viele Musikfilme produziert, etwa mit und über Daniel Barenboim und Anne-Sophie Mutter. Nun ein Film über einen Schülerchor. Hat Sie die Professionalität der Kinder beunruhigt?

Atteln: Nein. Beunruhigender hätte ich es gefunden, ein Wunderkind zu begleiten. Zu zeigen, wie das gedreht wird. Aber die Thomaner sind immer noch ein Chor. Da kann sich der eine mal hinter dem anderen verstecken, wenn er nicht so fit ist.

ZEIT: Und wann treffen Sie die Knaben wieder?
Smaczny: Toll wäre, in zehn Jahren einen Film über die heutigen Thomaner zu machen – was dann wohl aus denen geworden ist!

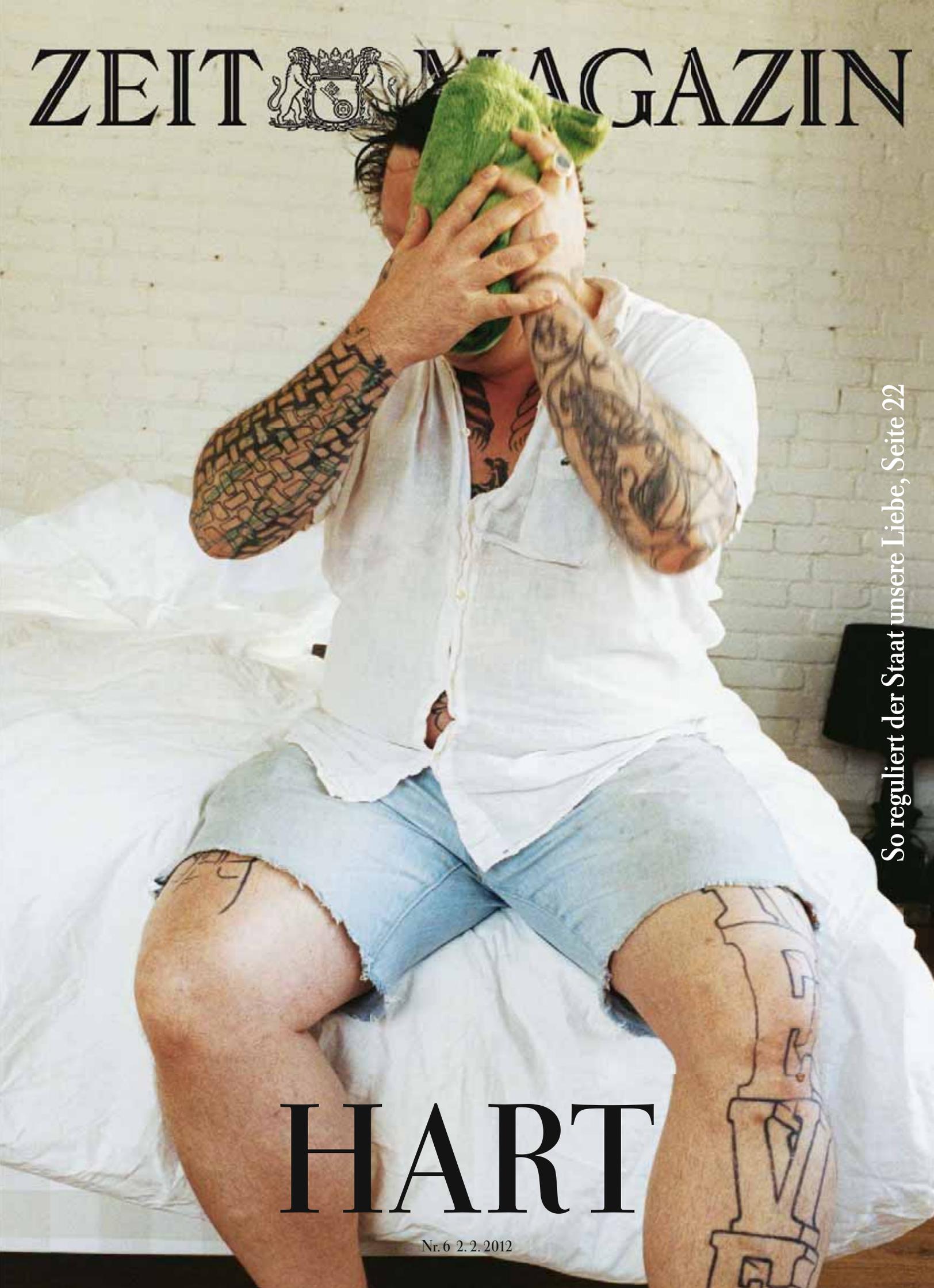
Das Gespräch führte VERA CORNETTE

»Die Thomaner – Herz und Mund und Tat und Leben« läuft vom 16. Februar an bundesweit im Kino



Leipziger Musikfilm-Regisseure: Günter Atteln (links), 40, und der Emmy-Preisträger Paul Smaczny (rechts), 54

ZEIT  MAGAZIN



So reguliert der Staat unsere Liebe, Seite 22

HART

Nr. 6 2. 2. 2012

ZEIT MAGAZIN

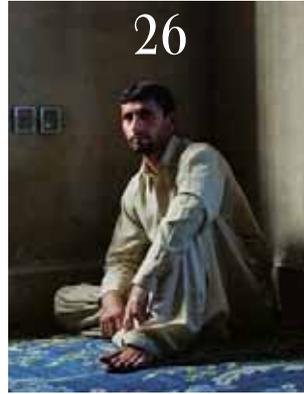


ABER HERZLICH

Wie der Schweizer Urs Fischer die Kunstwelt erobert hat



22
Die Liebe im
Steuerdschungel



26
Unter Piraten: Das Ende
einer Geiselhaft

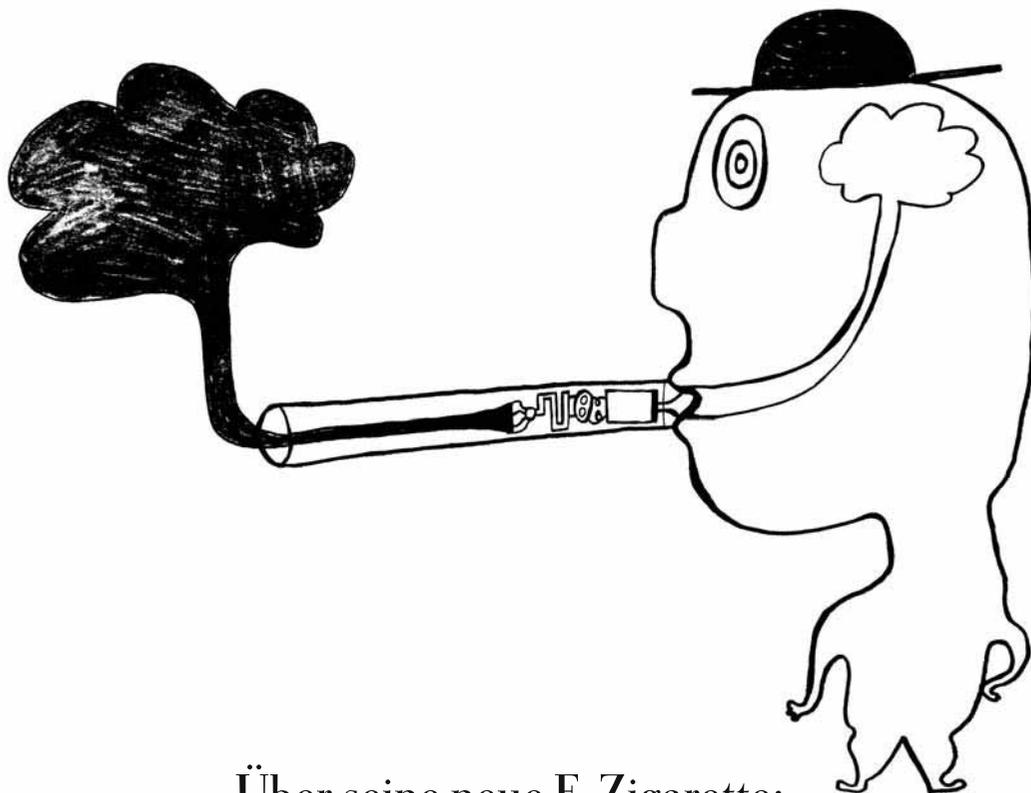


38
»Die trinkende Frau«:
Likör am Stadtrand

6	Harald Martenstein raucht jetzt elektrisch
7	Unsere Fotokolumnistin Lina Scheynius taucht unter
8	Heiter bis glücklich stimmen uns diesmal Schwalben, Seidentücher und Herr Zipfel
10	Wüste Beschimpfungen auf der Deutschlandkarte
11	Kati Witt muss sich nach einem sprachlichen Ausrutscher der Gesellschaftskritik stellen
12	Titelgeschichte: Der Schweizer Künstler Urs Fischer und seine großen Werke
36	Monica Lieberhaus träumt davon, wieder allein sein zu können
44	Stil: Und überall erblühen Blumenmuster
45	Gemächlich unterwegs im Kia Soul – der Autotest
46	Der Wochenmarkt: Süßkartoffeln, jetzt noch leckerer
49	Ein Exfreund, ein Blumenstrauß und eine weitere große Frage der Liebe
54	Das war seine Rettung: Helge Timmerberg über sein Leben zwischen Havanna und St. Gallen



Und so sieht unser Zeichner Ahoi Polloi die Welt



Über seine neue E-Zigarette: »Raucher sterben früher und entlasten so die Rentenkasse«

Bei der Wahl zum »Unwort des Jahres« landete das Unwort »Gutmensch« auf Platz zwei. Begründung: Es sei doch wunderbar, wenn ein Mensch gut ist oder die Welt besser machen will. Das Wort »gut« zu diskriminieren sei böse. Ich nehme mir die Freiheit, das Unwort weiterhin zu verwenden. Ich möchte es jetzt sogar, aus Trotz, öfter verwenden. Gutmensch. Gutmensch. Gutmensch.

Wie gesagt, ich rauche immer noch. Warum? Weil Nikotin mein Gehirn erregt und weil ich das gern habe. Andererseits, wie der Bundespräsident, der so gern »man« sagt, es ausdrücken würde: Sterben möchte man auch nicht. Am liebsten möchte man mit erregtem Gehirn uralt werden, wie Helmut Schmidt. Jetzt habe ich mir die E-Zigarette im Internet bestellt. Eine elektrische Zigarette besteht aus etwa so vielen Einzelteilen wie das Ikearegal Blöresund II. Sie ist auch ähnlich schwierig zusammenzubauen. Zuerst lädt man den Akku der Zigarette an der Steckdose auf, wie ein Handy. Dann schraubt man die Teile zusammen, Mundstück, Zerstäuber, Batterie, Reservoir. Wenn man am Mundstück zieht, geht die Zigarette automatisch an, vorne leuchtet ein blaues Licht. Das Plastikteil im Mund schmeckt ähnlich wie ein Thermometer, es ist ein Gefühl wie beim Fiebermessen. Die Zigarette muss waagrecht gehalten werden, sonst läuft die Flüssigkeit aus dem Reservoir in den Mund hinein. Ob ich es richtig mache, weiß ich nicht, ich kenne keinen E-Raucher. Mir fehlt ein Rollenmodell.

Ich tue dies, weil die E-Zigarette mich angeblich lediglich mit Nikotin versorgt, sie verschmutzt die Lunge angeblich nicht mit Teer, und der Rauch besteht angeblich hauptsächlich aus harmlosem Wasserdampf. Nikotin aber ist ein gesundheitlich relativ unbedenklicher Stoff, solange man es nicht übertreibt. Übertreibung ist sowie-

so immer schlecht. Wer zu viel Obst isst, stirbt an Obstvergiftung. Wer morgens und abends zum Yoga rennt, vernachlässigt wegen Yogasucht die sozialen Kontakte und wird schwachsinnig. Ein bisschen Nikotin dagegen: super.

In Berlin ist die E-Zigarette verboten. Dies ist unter anderem das Werk des Aktivisten Johannes Spatz, der verlangt, dass Zigaretten nur gegen Rezept in Apotheken abgegeben werden, und dessen Organisation »Forum Rauchfrei« Händler anzeigt, die E-Zigaretten anbieten. Erstens sei die E-Zigarette nicht dazu geeignet, sich das Rauchen abzugewöhnen. Dazu sage ich: Ich will das ja auch gar nicht. Zweitens sei die E-Zigarette nicht restlos erforscht, es sei nicht auszuschließen, dass sie vielleicht doch irgendwie schädlich ist. Dazu sage ich: Wenn nur noch Dinge erlaubt sind, die garantiert niemandem schaden, dann wird menschliches Leben auf diesem Planeten unmöglich. Jährlich sterben Hunderte beim Sex, der muss auch dringend verboten werden. Oder man darf es nur noch mit dem Apotheker machen.

Was geht diesen Herrn Spatz überhaupt mein Verhalten an? Wieso lässt er mich nicht in Ruhe, solange ich ihn nicht belästige und ihm keinen Rauch in seine edle Seele blase? Und bleiben Sie mir bloß weg mit dem Argument, dass die Allgemeinheit für die Krankheiten der Raucher bezahle. Sie sterben früher und entlasten so die Rentenkasse. Vor allem will ich selber entscheiden, es ist mein Leben, mein Risiko, nicht das von Johannes Spatz. Und nun will ich mein Risiko vermindern, aber dieser Tugend-Satan, dieses Väterchen Stalin der Gesundheit, möchte mich daran hindern. Gutsein ist, wie alles, eine Frage der Dosis, wenn man es übertreibt, wird es totalitär. Da sage ich: Gutmensch, Gutmensch, Gutmensch.

TAGEBUCH EINER JUNGEN FRAU



VORIGE WOCHEN IN MAROKKO

Dieses Bild habe ich während eines Modeshootings vorige Woche in Marokko gemacht, in einem Moment, in dem alle anderen gerade ganz woanders hinguckten. Eine Modefotografin zu werden – das hatte ich eigentlich nie vorgehabt. Auf mich wirkte das immer wie ein ziemlich frustrierender Job. Die Vorstellung, fremde Leute in meine Arbeitsabläufe reinzulassen, machte mir richtig Angst. Aber eines Morgens wachte ich auf und fand in meinem E-Mail-Postfach eine Nachricht von einem Fotografie-Agenten. Er fragte mich, ob ich mir vorstellen könnte, auch beruflich zu fotografieren. Ich war überrascht,

glücklich, verwirrt – und ignorierte die Anfrage. Dann kam noch eine Mail von ihm, und bald darauf waren meine Schnappschüsse von Freunden auf seiner Website zu sehen, neben den Werken einiger sehr erfolgreicher Fotografen. Kurze Zeit später musste ich mich meiner ersten Auftragsarbeit stellen: einem Porträt von Charlotte Rampling.

Die schwedische Fotografin Lina Scheynius, 29, lebt in London und Paris. Sie arbeitet für internationale Magazine – und führt in diesem Jahr für uns Tagebuch

HEITER BIS GLÜCKLICH

100%



Dieses schöne BILDERBUCH über »Ein Jahr mit den Schwalben« endet da, wo es anfängt. Also blättert man es gern gleich noch mal durch (erschieden bei Gerstenberg)

Hach! Diese SEIDENTÜCHER aus der neuen Prada-Kollektion sind wie ein Frühling, den man um den Hals tragen kann



Die Produkte der Firma Linden Leaves stammen aus Neuseeland. Schon mal gut. Dieses KÖRPERÖL enthält echte Rosen. Noch besser (linden-leaves-shop.de)



Ab einem gewissen Alter sollten Männer nicht mehr im ausgeleierte Band-T-Shirt schlafen, sondern in einem SCHLAFANZUG wie diesem von J. Crew (mrporter.com)



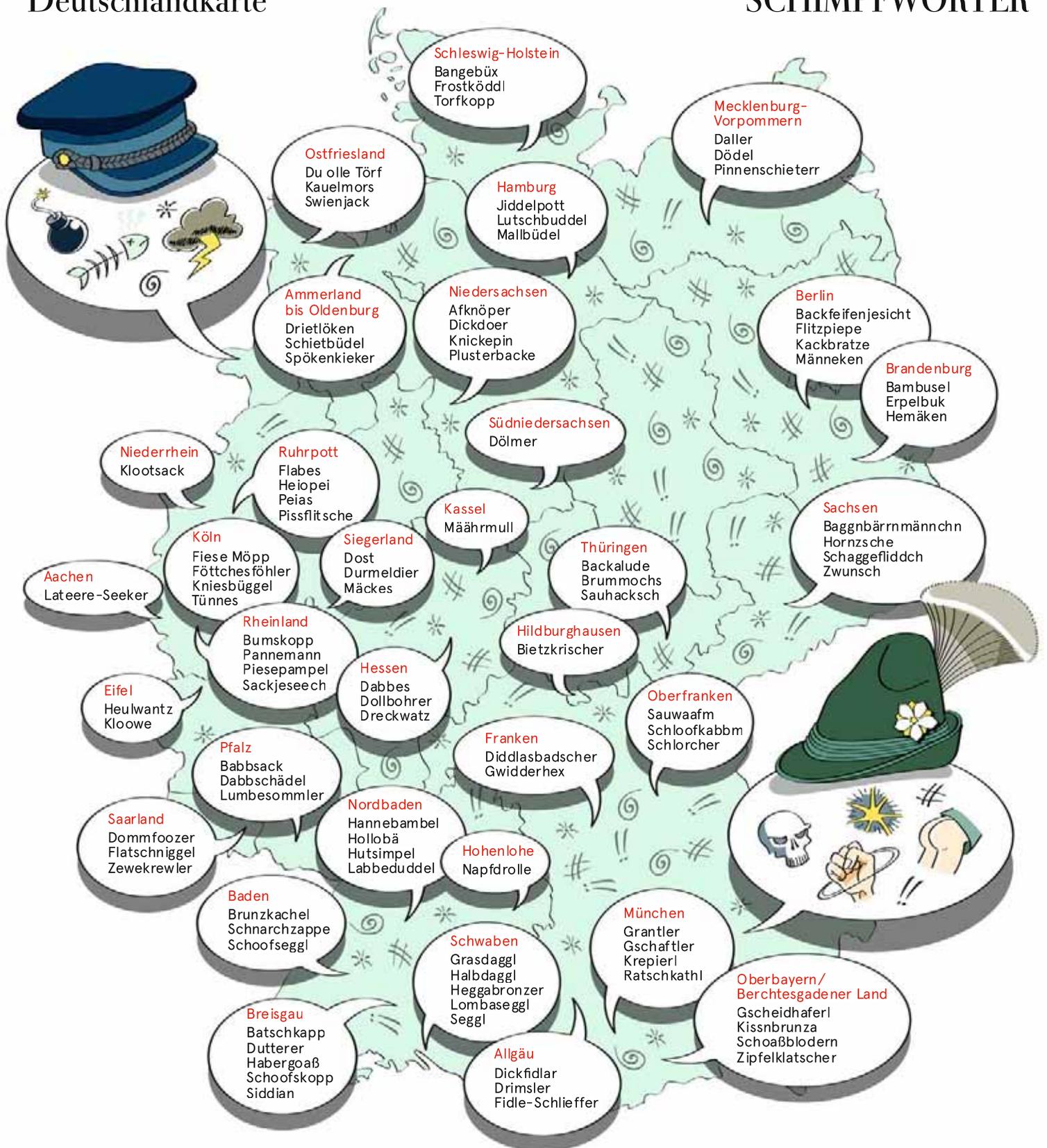
»And maybe one day we'll go back to rehab / or back to Argentina«

Aus dem Überhit »Champion Sound« der englischen Band CRYSTAL FIGHTERS

Der Verlag behauptet, dass es sich bei »HERRN ZIPFEL« um ein Kinderbuch handelt (ab 4 Jahre), richtig interessant werden die Geschichten aber erst für Erwachsene. Wann kommt Frau Pips? (mixtvision Verlag)



Die tolle, lustige Schauspielerin Mindy Kaling hat ein BUCH geschrieben mit dem tollen, lustigen Titel »Is Everyone Hanging Out Without Me?«



Die Dialekte verschwinden nicht – was verschwindet, ist der »tiefe Dialekt«, der bäuerliche Dialekt, den man außerhalb des eigenen Dorfes nicht mehr versteht. So beschreibt es der Sprachforscher Karl-Heinz Göttert in seinem neuen Buch »Alles außer Hochdeutsch«. Man erkenne das daran, dass heute in den ländlich-bayerischen Grundschulen

kaum noch Erstklässler sitzen, die von den Mitschülern nicht verstanden werden. Aber wie ist das bei den Schimpfwörtern? Als wir auf unserer Facebook-Seite nach Dialekt-Schimpfwörtern fragten, erhielten wir rasch dreihundert Antworten (viele davon sind auf der Karte zu finden). Es waren nicht wenige dabei, die dem sehr tiefen Dialekt zuzurech-

nen sind: Selbst die Benutzer kennen die Bedeutung dieser Schimpfwörter nicht mehr. Es geht oft um Fäkalien und um Schweine. Abgesehen davon, dass diese Wörter, ins Hochdeutsche übersetzt, nicht so gut klängen: Die allermeisten würde man kaum über die Lippen bringen. Auch die Umgangsformen werden ja immer weniger bäuerlich. Matthias Stolz

Gesellschaftskritik

Unsere Frau in
England: Katarina
Witt bei der Show
»Dancing on Ice«



Über Tabus

Für alle, die es noch nicht wissen: *The cow is from the ice.*

Unsere Kati hat sich entschuldigt. »*Sorry Great Britain!*« – so werden ihre Worte in der britischen Zeitung *The Sun* überliefert. Es sei nur so ein »*language thing*« gewesen, erklärt Katarina Witt. Großbritannien ist befriedet. Die deutsch-britischen Beziehungen sind fürs Erste gerettet.

Aber es war knapp, verdammt knapp.

Wie konnte es so weit kommen? Warum empörte man sich im Königreich ausge-rechnet über die muntere, stets ansteckend gut gelaunte Ex-Eisprinzessin?

Katarina Witt gehört zu den Juroren der britischen Show *Dancing on Ice*, bei der Prominente sich im Eiskunstlauf versuchen. Diesmal mit dabei: die 29-jährige Chemmy Alcott, Skifahrerin. 2002 errang sie bei den Olympischen Winterspielen in Salt Lake City Platz 14 in der Kombination. 2010 dann das große Drama, Sturz beim Weltcup, offener Schien- und Wadenbeinbruch. Nun die ersten Geh-beziehungsweise Tanzversuche in der Öffentlichkeit – und das gleich auf dem Eis.

Chemmy gibt sich wirklich Mühe, sie ist eine Kämpfernatur. Sie steht immer wieder auf. Und auch ihr Partner Sean strengt sich sichtbar an, wenn er versucht, sie herum-zuwirbeln. Doch Chemmy wirkt auf seinen Schultern wie eine verunsicherte See-robbe, die selbst merkt, dass sie sich zu

Unrecht für einen Schwan gehalten hatte. Sean tut einem leid, wenn man das sieht, Chemmy tut einem leid, und ein bisschen Angst bekommt man auch: Wird sie noch einmal stürzen? Und wird sie dann die Kraft haben, noch einmal aufzustehen?

Die volkstümliche Kati fühlt natürlich, was das Volk fühlt, und sprach es in der letzten Sendung auch mit der ihr eigenen erfrischenden Herzlichkeit aus: »*Chemmy, I am begging you to not do those lifts. I really don't want to see you up there – you are a pretty big woman.*«

Schockierter Blick von Chemmy, wütendes Buh aus dem Publikum, und dann ging ein Twitter-Gewitter über Katarina Witt nieder, Tenor: »Wie konnte sie das arme Mädchen nur als fett bezeichnen? ...« Das arme Mädchen soll Backstage dann auch noch sehr geweint haben.

Einen Tag darauf druckte die *Sun* dann die Entschuldigung von Katarina Witt: Chemmy habe sie missverstanden, sie habe das Wort »*big*« als Kompliment gemeint: Sie habe sagen wollen, sie sei eine groß gewachsene Frau. Schlusswort: »*Sorry Great Britain!*«

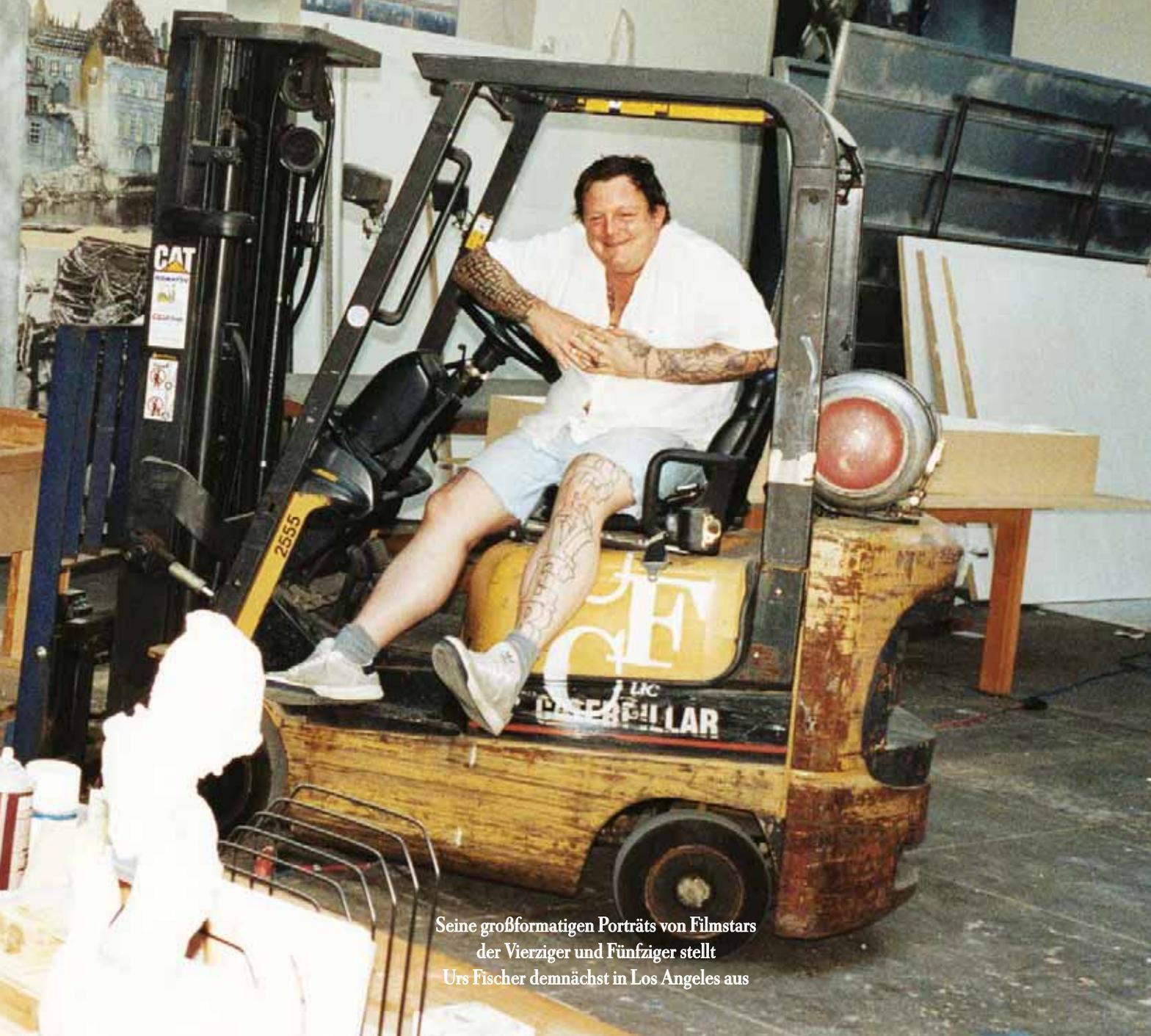
Hm, denkt man: *Lost in translation*, ja, das könnte sein, eben – ein fettes Missverständnis. Aber zurück bleibt doch das un-gute Gefühl: Die deutsch-englische Freundschaft steht immer noch auf sehr dünnem Eis.

Christine Meffert



Ganz große Kunst

Mit seinen überdimensionalen Objekten begeistert der Schweizer Urs Fischer die Kunstwelt. Ein Besuch in seinem riesigen Atelier in New York



Seine großformatigen Porträts von Filmstars der Vierziger und Fünfziger stellt Urs Fischer demnächst in Los Angeles aus



Von
CHRISTOPH AMEND

Fotos
JUERGEN TELLER

Manchmal, sagt der Schweizer Künstler Urs Fischer, 38, frage er sich: »Warum mache ich das eigentlich?« Er findet darauf keine Antwort. »Ich weiß es nicht. Ich glaube, alle Künstler haben eine Macke, sonst machst du das nicht.« Welche hat er? »Ich habe bestimmt mehrere Macken, aber keine dramatischen. Ich will gutes Zeug machen. Da ist es besser, nicht zu viel zu reflektieren, bevor man handelt. Es ist doch ganz einfach: Wenn's ein Scheiß ist, ist's ein Scheiß.«

Warum also macht er, was er macht? »Es ist auch die Lust«, sagt Urs Fischer, »eine eigene Spur in die Welt zu setzen.«

Die Spur, die Urs Fischer seit fast zwei Jahrzehnten durch die Kunstwelt zieht, ist riesig, im übertragenen wie im wörtlichen Sinn. Er ist einer der teuersten lebenden Schweizer Künstler, im vergangenen Jahr wurde selbst eine vergleichsweise kleine Skulptur für über 900 000 Dollar versteigert. Seine Arbeiten sind oft überdimensional, er

»Du machst erst einen Arm, das sieht blöde aus, also machst du den zweiten auch: Urs Fischer über seine Tattoos

Riesengroß, unübersehbar und ohne Titel: Eine Installation des Künstlers auf der Seagram Plaza in New York aus dem Jahr 2005



Kleines Foto Urs Fischer, Untitled (Lamp/Bear), 2005–2006. Installation view, Seagram Plaza, New York, 2011
Courtesy of the artist and Galerie Eva Presenhuber, Zurich. © Christie's Images Ltd. 2011

lässt sich auch von Gebäudegrenzen nicht einschüchtern. Vor fünf Jahren kam er zum Beispiel auf den Gedanken, den Fußboden seiner New Yorker Galerie herausreißen zu lassen und die Besucher unter die Erde zu führen. »Der Grund war Langeweile«, sagt Fischer, »Ausstellungen in Galerien sind doch immer gleich.«

Einen Monat vor der Eröffnung hat Fischer die Idee und ruft seinen Galeristen Gavin Brown an: »Gavin, wir nehmen den Boden raus.« Erst während des Telefonats, erinnert sich Fischer heute, wird ihm selbst klar, was er will. »Wir nehmen alles raus, wir müssen richtig rein in die Erde. Wir müssen aufs Ganze gehen.« Die Bauarbeiten beginnen. Die Ausstellung wird ein spektakulärer Erfolg, Kritiker schwärmen, das Publikum strömt herbei. Urs Fischer hat die Kunstwelt für einen Moment aus den Angeln gehoben, mit einem Augenzwinkern. Und ihr gleichzeitig Angst gemacht. »Wenn man unten im Loch stand«, sagt er, »und sah nach oben, wo jemand anders stand, wurde es richtig unangenehm.« Es hat ihm gefallen, das Augenzwinkern und das Unangenehme miteinander zu verbinden. »Liebenswürdige Härte«, so beschreibt er seinen Blick auf die Welt.

Es ist ein kalter, klarer, sonniger Sonntag in New York. Urs Fischers Atelier liegt in Red Hook, einer berüchtigten Gegend von Brooklyn, die in den neunziger Jahren von *Life* als »Crack-Hauptstadt Amerikas« bezeichnet wurde. Wenige Tage vor unserem Interview wird von der Polizei ein riesiges Drogendepot entdeckt, in der Nähe des Ateliers, das Lokalzeitung berichtet darüber routiniert.

Vor einigen Jahren haben Künstler angefangen, in Red Hook leer stehende Lagerhallen zu mieten, die Preise sind günstig. Das zog neue Cafés nach sich. So ist eine Atmosphäre entstanden, die Urs Fischer schätzt, ein Viertel mit liebenswürdiger Härte.

Er entschuldigt sich kurz, verabschiedet sich von seiner Frau, der Künstlerin Cassandra MacLeod, und seiner zweieinhalb Jahre alten Tochter Lotti, die in die Wohnung nach Manhattan fahren. Dann führt er den Besucher durch die riesige Halle, 50 Meter lang, 15 Meter breit. Überall stehen Skulpturen und Fotografien, manche fertig, andere in Arbeit, dazwischen Maschinen und Werkzeuge, Kisten, Regale, Zeitschriften.

15 Mitarbeiter hat Fischer, die einen Künstler und Handwerker, die anderen Büromitarbeiter, die seine Arbeit organisieren und verwalten. Die beiden Gruppen verstehen sich nicht immer und haben deshalb ein Brett in der Mitte der Halle angebracht, um sich abzustimmen. Urs Fischer lacht. »Es geht vor allem um die Frage: Wer räumt wann die Küche auf?«

Die Büromitarbeiter sind am einen Ende der Halle auf einer Art Empore untergebracht, dort ist auch die große, offene Küche, der eigentliche Mittelpunkt des Ateliers. Am anderen Ende hat Fischer in einem Glaskasten sein Büro, die Tür steht offen.

»Das Denken mache ich alleine«, sagt er, »aber ich bin gerne von Menschen umgeben. Das ist doch super, oder? Sonst wäre ich Maler geworden.« Er sei nicht oft für sich, sagt er. »Wenn man alleine ist, versinkt man, wie beim Gedichteschreiben. Davor habe ich Angst: Wenn ich versänke, käme ich vielleicht nicht mehr heraus.«

Deshalb hat er sich einen eigenen, dicht bevölkerten Planeten erschaffen, auf dem er sich jeden Tag bewegt. Den Planeten Urs Fischer. Und weil der Platz schon etwas knapp geworden ist, hat er um die Ecke eine zweite Halle gemietet.

Gerade ist es ruhig im Atelier, nur die Klimaanlage brummt, »es darf nicht zu kalt werden, damit die Farbe nicht friert«, erklärt Fischer. Der Künstler, braune Haare, hellgrüne Augen, nimmt Platz an seinem Schreibtisch, er trägt ein Lacoste-Shirt, einen grünen Parka, Jeans und Turnschuhe, vor ihm steht ein großer Bildschirm. Erster Gedanke: Es ist nicht nur sein Atelier, das groß ist, es sind nicht nur seine Arbeiten, die riesig sind. Es ist auch Urs Fischer selbst. »Expansion interessiert mich«, sagt er.

Er isst gerne. Und er trinkt gerne, wenn auch viel weniger als früher, sagt er, obwohl er »diesen Zustand« liebt. Und er hat in seinem Parka auch immer irgendeine Süßigkeit, mal tic tacs, mal eine Tüte mit amerikanischen Gummibärchen, »die habe ich für Lotti dabei«. Auf sein Gewicht angesprochen, sagt er, dass es extrem schwanke, und deutet auf einen schlaksigen Mitarbeiter, Anfang 20: »Ich war auch mal so dünn wie er!«

Dazu kommen seine Tattoos, am Hals, an beiden Armen, am Rücken. In den neunziger Jahren hat er damit angefangen, »das ging bis zum Jahr 2000, du machst erst einen Arm, das sieht dann blöde aus, also machst du den zweiten auch«. Sein erstes Tattoo war ein Löwe, das Wappentier der Stadt Zürich, es folgte ein Bild, das er in einem Lexikon gesehen hatte – ein »Gemüsedrache«. Er zeigt auf seinen Arm, tatsächlich ein Drache aus Gemüse. Die Verbindung aus zwei extremen Gegensätzen. Er lacht. Ein echter Urs Fischer.

Wenn einem dieser Mann gegenüber sitzt, versteht man, warum er früher in seiner Heimatstadt Zürich als Türsteher gearbeitet hat. Seine Statur verleiht ihm eine natürliche Autorität. War er gut in dem Job? »Es gibt Türsteher, die Probleme anziehen, weil sie für einen bestimmten Typ Mann, der Probleme sucht, ein ideales Gegenüber sind«, sagt er, »sie sind nämlich genauso.« Und er? »Ich habe die Gäste hinein- oder wegmoderiert. Du kannst immer erklären, was das Problem ist: Im Club sind zu viele Männer, ihr seid drei Männer, das geht nicht. Sucht euch drei Frauen, dann kommt ihr rein.« Er lacht: »Die sieht man dann nie wieder.« Anfangs war der Job aufregend, erzählt er, »mit der Zeit wird es öde. Aber es war eine gute Art, Geld zu verdienen.«

Wenn etwas öde wird, zieht er weiter. Aufgewachsen in einer bürgerlichen Familie,

beide Eltern Ärzte, eine ältere Schwester, wechselt Urs Fischer mit 16 Jahren auf die Schule für Gestaltung in Zürich. Er will Fotograf werden, verlässt die Schule aber nach zwei Jahren, weil er keine Lust auf die Prüfungen hat. 1993 zieht er nach Amsterdam, da ist er 19. Er studiert Kunst bei holländischen Künstlern, verliebt sich in eine Deutsche, die Beziehungen zum Film hat, und fängt an, Kulissen für Werbe- und Film-aufnahmen zu bauen.

Das Talent zum Handwerker hat er vom Vater, der begeistert in seiner Freizeit das 160 Jahre alte Familienhaus umbaut und bis heute den Kartoffelacker dahinter bestellt, aus Leidenschaft.

Die Eltern sind mittlerweile beide Rentner, haben ihn gerade erst in New York besucht. Über seine Kunst redet er selten mit ihnen. »Meinem Vater ist das, was ich mache, manchmal ungeheuer. Und meine Mutter stellt mir ab und zu psychoanalytische Fragen. Wenn sie eine Frau in einer meiner Arbeiten sieht, fragt sie, ob sie damit gemeint ist.« Was antwortet ihr der Sohn? »Ich glaube nicht.« Kurze Pause. »Aber es ist wahrscheinlich normal, dass Eltern verstehen wollen, was man tut – und dass sie denken, sie hätten etwas falsch gemacht.«

Während unseres Gesprächs repariert Fischer nebenbei den kaputten Bügel seiner Sonnenbrille. Er plant und entwirft seine Arbeiten wie ein Handwerker. Ein Handwerker, der es liebt, wenn die Dinge schiefgehen. Er baut schon mal eine Steinmauer auf einem Fundament aus faulem Obst und Gemüse und lässt die Besucher dabei zuschauen, wie sie anfängt zu wackeln. Er lässt mit großem Aufwand Giambolognas Skulptur *Der Raub der Sabinerinnen* aus Wachs nachgießen, stellt sie in Venedig auf der Biennale aus – und zündet sie an, sodass die Besucher dem Dahinschmelzen der Figuren zusehen können. »Die Natur sieht einfach gut aus, und der Zerfall ist doch das eigentlich Schöne daran.« Fischer betreibt das Unperfekte mit Perfektion.

Er lässt sich von allem, was ihn umgibt, inspirieren. Zigarettenschachteln zum Beispiel. (Es ist ein Fest, ihm dabei zuzusehen, wie er im leeren Atelier versucht, eine Zigarette zu Ende zu rauchen, die immer wieder ausgeht. »Der Tabak ist zu alt«, sagt er. »Sie rauchen nicht zufällig?« Unter der Woche sei das mit dem Rauchen kein Problem, »irgendein Mitarbeiter hat immer eine Zigarette für mich.«) Was fasziniert ihn an den Schachteln? Das perfekte Design und die Dreistigkeit, mit der die Tabakfirmen ihre Logos riesengroß auf die Kartons drucken. »Eine Zigarettenschachtel ist ein geiles Objekt. Es gibt kein anderes Produkt, das du mit dir herumträgst, auf dem derart prominent das Logo zu sehen ist. Die Einzigen, die das auch so gut machen, sind die Apple-Leute.« Und so kam es, dass er in Venedig 2004 eine überdimensionierte Zigarettenschachtel aus Styropor und Gips – 4,5 Meter hoch – zeigte. Ganz in Weiß und ohne Logo.

Es ist Abend geworden. Urs Fischer hat einen Wagen mit Fahrer bestellt, er mag Autos, fährt aber nicht selbst. Er will pünktlich zu Hause sein, um seine Tochter Lotti zu sehen. Immer ist er um 19 Uhr in der Wohnung und steht um 7 Uhr auf, damit er Lotti drei Stunden am Tag erlebt – und seine amerikanische Lebensgefährtin natürlich auch.

Fischers Ehe mit einer Schweizerin scheiterte nach fünf Jahren, »weil wir immer in verschiedenen Städten waren«, hat er dem *New Yorker* einmal erzählt. »Ich mag es, mit jemandem wirklich zusammenzuleben.«

Die Fahrt beginnt, Fischer sitzt auf dem Rücksitz und betrachtet die Skyline von Manhattan, die langsam näher kommt. Er hat auch einige Zeit in Berlin gelebt, »aber das war mir zu schlaff da. Ich liebe Wettbewerb, jeder Kampf ist super.« Also ging er in die Hauptstadt des Wettbewerbs, nach New York. Dort will er erst einmal bleiben, »ich mag Wechsel im Leben, aber ich habe jetzt eine Familie, da wird nicht mehr gewechselt.« Also findet die Veränderung auf einer anderen Ebene statt – und mit der Familie. Er hat ein Haus gekauft in Los Angeles, die Fischers wollen mehr Zeit in Kalifornien verbringen. Und er träumt davon, bald einmal drei Monate lang in Südfrankreich zu leben.

Red Hook, im Atelier, am nächsten Morgen. Alle sind beschäftigt, die Handwerker und die Künstler unten, die Büroangestellten auf der oberen Ebene in der Nähe der Küche. Das Geschäft läuft. Fischer arbeitet mit den besten Galerien zusammen, mit Gavin Brown in New York, mit Sadie Coles in London, und er hat sehr vermögende Sammler wie den Amerikaner Peter Brant. (Er hat Brant auch als Wachsskulptur gießen lassen, mit einem Docht auf dem Kopf. Der Sammler hat die Skulptur natürlich gekauft und zu Hause aufgestellt. »Das ist vielleicht hart, aber nicht böse gemeint«, sagt der Künstler.) Doch auch Urs Fischer hat den Zusammenbruch des Marktes 2008 mit voller Wucht zu spüren bekommen. »Die Einnahmen gingen sofort auf null«, erinnert er sich, »ein Jahr lang war das so. Was willst du machen? Ich habe weiterhin Ausgaben, die Mitarbeiter, die Aufträge an die Gießereien. Wir konnten doch nicht aufhören zu arbeiten.« Der Markt erholt sich langsam, erst jetzt, sagt er, habe er das Minus von 2008 aufgeholt.

Die Amerikaner haben ihn in diesen schweren Zeiten besonders beeindruckt. Einmal in Los Angeles saß er in einem Café und sah, wie gegenüber ein BMW hielt, eine Frau von über 70 ausstieg und ein Schild auf ihr Grundstück stellte: »For sale.« »Diese Haltung, sich nicht unterkriegen zu lassen, imponiert mir«, sagt er, »es geht in den USA auch gar nicht anders. Die Leute haben ja kaum eine Altersvorsorge.« Und er? »Meine Altersvorsorge ist mein Werk. Wenn der Markt dann noch für mich funktioniert. Und wenn er das nicht tut, ist alles andere auch egal.«

Urs Fischer zeigt die zweite Lagerhalle. Hier stehen Dutzende großer Metalltische

unter Schutzfolien, lackiert in den buntesten Farben. Die Tischoberflächen sind mit wilden Fotocollagen bedruckt, mit einem speziellen, kratzfesten Verfahren. Den Lack hat Fischer von einem Chemie-Forensiker entwickeln lassen, »man sollte in solchen Fragen immer Forensiker beauftragen, die wissen, was schiefgehen kann«. Fischer hat schmerzhaft erleben müssen, was alles schiefgehen kann. Bei einer seiner riesigen Skulpturen, einem gelben Bären, der von einem Sammler unter freiem Himmel aufgestellt worden war, wurde die Farbe weich, sodass sich der Dreck darauf festsetzte. Fischer und sein Team mussten die Farbe herunterkratzen und den Bären neu lackieren, auf eigene Kosten.

Das soll ihm nicht noch einmal passieren, auch nicht mit den Tischen in der Lagerhalle. 270 Unikate hat er produziert, die Preise pro Objekt liegen zwischen 20 000 und 80 000 Dollar. »Wenn da die Qualität nicht stimmt, hast du schnell ein Problem.«

Auf die Idee mit den Tischen ist er gekommen, weil er sich für zu Hause einen bauen wollte. Als er einmal damit angefangen hatte, fand er Gefallen an der Vorstellung, auch für seine Mitarbeiter Unikate zu bauen. »Aber dann haben wir festgestellt, wir brau-

Wer erschreckt hier wen? Hund und Hundeabbild in Fischers New Yorker Atelier

2007 erschreckte Urs Fischer nicht nur seinen
Galeristen, indem er den Boden von
Gavin Browns Galerie ausheben ließ



Kleines Foto Urs Fischer, You, 2007. Installation view, Gavin Brown's enterprise, New York, 2007. © Urs Fischer. Courtesy of the artist and Gavin Brown's enterprise, New York. Foto: Ellen Page Wilson





chen solche Tische im Büro gar nicht.« Und so wurde im Laufe der Zeit ein Kunstprojekt daraus.

Fischer hat jeden Tisch mit einer anderen Collage bedrucken lassen. »Die New Yorker Gesellschaft wird bestimmt durch Selbstvermarkter, ihnen habe ich jeweils einen Tisch gewidmet.« So gibt es auf einem Tisch Porträts von Immobilienmaklern zu sehen, auf anderen Galeristen, Schönheitschirurgen, Möbeldesigner, Kunstsammler und natürlich auch Künstler. Und so kam es, dass bei der Vernissage Ende Oktober vergangenen Jahres der Künstler und Filmregisseur Julian Schnabel lange Zeit den Tisch betrachtete, auf dem Julian Schnabel zu sehen ist. Der Selbstvermarkter wird zum Selbstbetrachter, das hat Fischer gefallen.

In den ersten Monaten diesen Jahres hat Fischer ein volles Programm vor sich: eine Ausstellung in der Kunsthalle Wien vom 17. Februar an, eine Woche später zeigt er neue Arbeiten bei Larry Gagosian in Los Angeles. In Venedig bespielt er im April den ersten Stock des Palazzo Grassi, und im Juni stellt er auf der griechischen Insel Hydra aus.

Das Denken mache er allein, in seinem Büro, sagt Fischer, aber sonst brauche er immer Leute um sich herum

2011 rekonstruierte Fischer für die Biennale in Venedig den »Raub der Sabinerinnen« aus Wachs und ließ die Skulptur dahinschmelzen



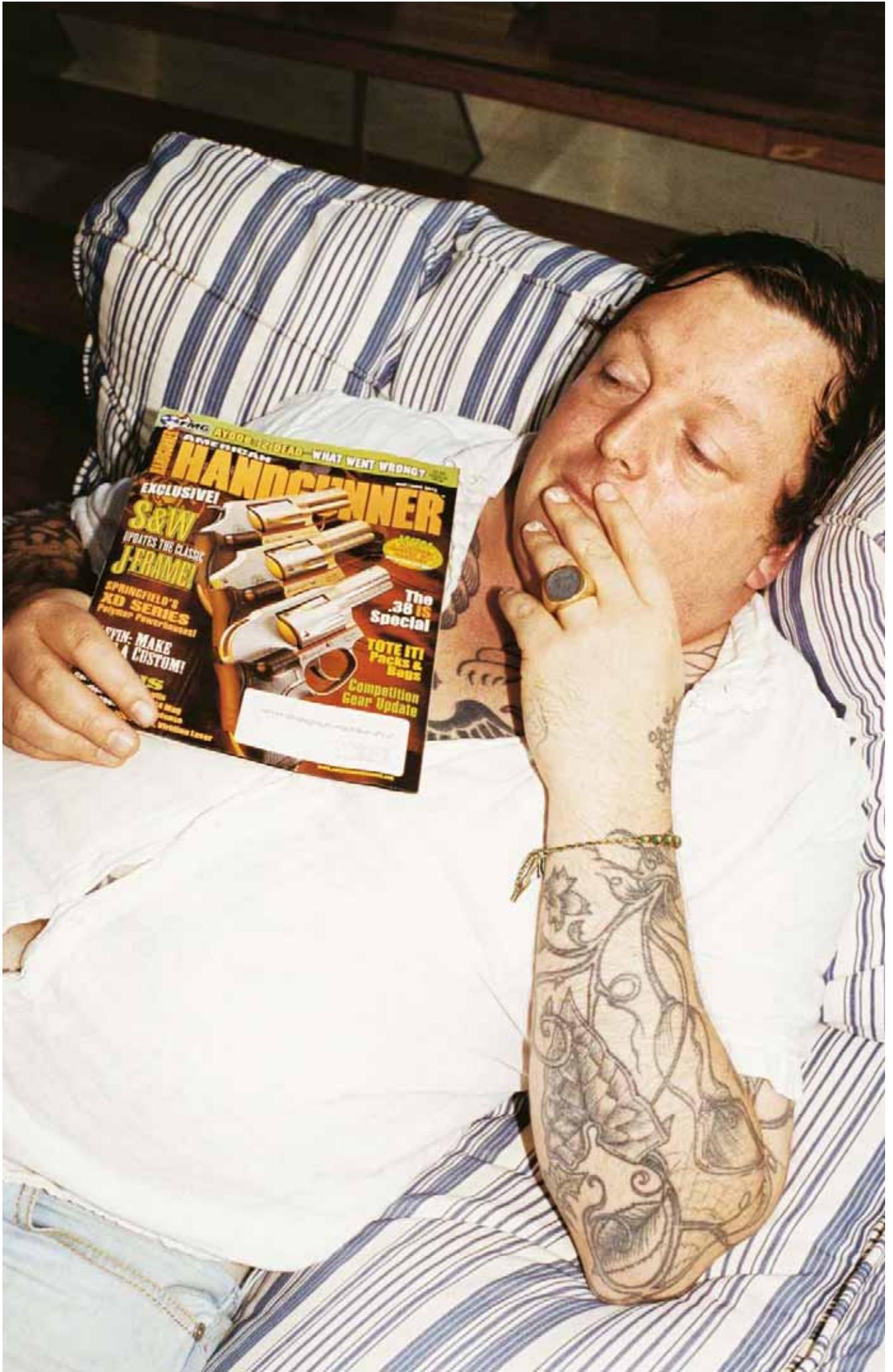
Kleines Foto Urs Fischer, Untitled, 2011. Installation view, Venice Biennale, 2011. © Urs Fischer. Courtesy of the artist and Galerie Eva Presenhuber, Zurich. Foto: Stefan Altenburger

»Was mich an mir nervt, ist mein Ehrgeiz«, sagt er. »Immer muss ich gleich weiter zum nächsten Projekt. Manchmal wünschte ich mir, dass ich das nicht müsste. Dann denke ich, es wäre doch ganz schön, einen normalen Job zu haben, für den du morgens das Haus verlässt und den du abends hinter dir lassen kannst.« Für solche Gedanken bleibt an diesem Montag nicht viel Zeit. Vormittags kommt die Kuratorin des Palazzo Grassi zu einer Besprechung, zum Mittagessen kommt Larry Gagosian, um die Show in Los Angeles zu planen.

Gagosian besitzt Galerien in aller Welt, sein Einfluss ist so groß wie die Skulpturen Fischers, er vertritt Künstler wie Damien Hirst und verwaltet den Nachlass von Andy Warhol. Jedes Jahr zur Oscar-Verleihung, wenn noch mehr Stars und noch mehr Sammler als sonst in Hollywood sind, zeigt Gagosian neue Werke eines Künstlers, im vergangenen Jahr Ed Ruscha, zuvor Andreas Gursky, in diesem Jahr ist es Urs Fischer. Gagosian ist der Mann der großen Namen und der großen Deals.

Der Galerist kommt mit Fahrer und ist dezent in Dunkelblau gekleidet. Fischer, in Jeans, Parka und Turnschuhen, führt ihn durch die Halle, zeigt ihm seine Arbeiten, die er für Los Angeles vorbereitet. Es sind überdimensional vergrößerte Fotografien von Hollywood-Stars der vierziger und fünfziger Jahre. Ihn fasziniert die Hollywood-Fotografie von damals, erzählt Fischer, der perfekte Umgang mit dem Licht, »wie die Fotografen die Gesichter der Stars geradezu geformt haben«. Er will die Bilder mit Porträts mischen, die er selbst in genau demselben Stil macht – allerdings von unbekanntem Zeitgenossen. Er freut sich schon auf die Irritation. Vielleicht wird ein Hollywood-Star von heute vor einer der Arbeiten stehen und verzweifelt versuchen, den Hollywood-Star von damals zu erkennen. Dabei ist es am Ende nur ein unbekannter New Yorker, der den Weg in Urs Fischers Studio gefunden hat.

Es ist Mittagszeit. In der Küche des Ateliers hat ein junger Koch aus Brooklyn das Essen vorbereitet, es gibt Chili aus Schweinefleisch mit Ingwer und Limonen. Fischer und Gagosian nehmen Platz, auch die Mitarbeiter setzen sich an die lange Tafel. Drei Jahre lang hat Fischer an den Hollywood-Bildern gearbeitet, und noch sind sie nicht fertig, aber der Galerist wirkt glücklich. Er weiß: Sie könnten an keinem passenderen Ort als in Hollywood gezeigt werden. Das Chili ist scharf, es schmeckt Gagosian. Er habe selbst einen sehr guten Sternekoch zu Hause, erzählt er. Aber, fragt er Fischer, »darf ich diesen Koch hier auch mal anheuern? Das ist fantastisch!« Dann ist das Essen vorbei, Larry Gagosian wird wieder nach Manhattan gefahren. Fischer geht zurück in sein Büro, fragt ei-



nen Mitarbeiter nach einer Zigarette, nimmt Platz an seinem Schreibtisch.

Wie sieht er eigentlich seine Künstlergeneration, was zeichnet sie aus? Er überlegt eine Weile, legt die Beine auf den Tisch, lehnt sich zurück. Er wischt sich mit einer Hand über das Gesicht, als wolle er Platz machen für neue Gedanken. »Ich glaube, es sind zwei Dinge, die das Leben von Künstlern seit einigen Jahren total verändern. Das Reisen und das Internet. Wir sind ja alle unglaublich viel unterwegs, wir führen ein globales Leben.« Es sind nicht nur die Ausstellungen und Messen: Weil die Kapazität seines Ateliers in New York nicht reicht, vergibt Fischer regelmäßig Aufträge für Skulpturen in der Schweiz und in China. Er ist ein global agierender Unternehmer.

»Durch das Internet wissen viel mehr Leute als früher, was los ist auf der Welt, welche ästhetischen Entwicklungen stattfinden«, sagt er. Und welchen Einfluss hat das auf die Kunst? »Die Arbeiten sehen immer besser aus, aber sie sehen sich auch immer ähnlicher. Es gibt verdammt wenig Kunst, die sich als etwas wirklich Eigenständiges herauschält.«

Und die Welt außerhalb der Kunst, in welchem Zustand ist sie aus seiner Sicht nach all den Krisen, all den Umbrüchen der letzten zwei, drei Jahre? Urs Fischer wischt

sich wieder über das Gesicht. »Mir fällt das Wort ›mulmig‹ ein. Allen Menschen ist mulmig zumute. Es ist zurzeit so, als fehle der Welt die Haut, du siehst alles, der Schutz fehlt.« Manchmal habe er das Gefühl, dass »wir alle zu viel zu jeder Zeit wissen«. Die ständige Verfügbarkeit überfordere viele, auch ihn. Er hat auf seinem iPhone das Internet und den E-Mail-Empfang abgestellt. »Ich möchte dort sein, wo ich gerade bin, und nicht in meinem Gerät.«

Vor einigen Jahren hatte Urs Fischer eine Ausstellung im New Yorker New Museum. Der Kurator sagte damals, für ihn sei Fischers Werk auch deshalb außergewöhnlich, weil sich nur wenige Künstler in so jungen Jahren intensiv mit dem Tod auseinandersetzen. Das Motiv der abbrennenden Kerze findet man bei Fischer schon seit den neunziger Jahren.

Der Tod war in Urs Fischers Leben von Anfang an präsent. Sein Vater wollte ihn eigentlich Gabriel nennen, seine Mutter Lukas. Doch ein halbes Jahr vor Fischers Geburt starb der Bruder seines Vaters. Er hieß Urs. Und so wurde beschlossen, den neugeborenen Jungen Urs Lukas Gabriel Fischer zu taufen. Fischer weiß kaum etwas über den verstorbenen Onkel, »ich kenne auch nur ein Foto von ihm, sonst nichts«, sagt er. Pause. Länger will

er über den Tod nicht reden. Er zeigt auf einige der Arbeiten, die in der Halle zu sehen sind: »Wenn ich zu viel über den Tod nachdenken würde, dann würde ich mir vielleicht nicht mehr all diese Mühe machen.«

Zwei Tage mit Urs Fischer in New York, mit einem Künstler, der die ganze Welt in sich aufsaugt, dessen Arbeiten auf den ersten Blick unterhaltsam sind und dem Betrachter nach dem zweiten Blick nicht mehr aus dem Kopf gehen. Einer, der von sich selbst sagt: »Ich will immer alle Schleusen offen halten.«

Was für ein Mensch ist er? Er genießt das Leben in vollen Zügen, ohne den Tod daraus zu verbannen, und ist damit auf eine überraschend barocke Art zeitgemäß. Und er ist oft in seinem Leben weitergezogen. In seiner Atelierküche stehen zwei Segelschiffmodelle. Um seinen Hals, auch dieser übersät mit Tattoos, trägt er an einer Metallkette ein kleines Segelschiff, »kitschig, aber schön, oder? Hat mir meine Freundin geschenkt.«

»Sind Sie ein Matrose, Herr Fischer?«

Der Künstler lacht und wischt sich ein letztes Mal über sein Gesicht.

»Ja, so ist es wohl«, sagt er zum Abschied.

Draußen vor dem Atelier glänzt der alte Hafen von Brooklyn in der Nachmittagssonne.

ZEITMAGAZIN
NR. 6

Er will ganz da sein, wo er gerade ist.
Internet und E-Mail-Empfang hat Fischer auf
seinem iPhone abgeschaltet

Fischers Installation aus Tischen, die der New
Yorker Gesellschaft ihr Spiegelbild
vorhielt, war im vergangenen Jahr zu sehen



Kleines Foto Installation view, Urs Fischer and Cassandra MacLeod, »dngszkdufuy
bgxfikglijktr kydjkhgghjkd.« Gavin Brown's enterprise, New York, 2011.
© Urs Fischer and Cassandra MacLeod. Courtesy of the artists and Gavin Brown's
enterprise, New York. Foto: James Ewing

Der Staat in meinem Bett



Glück in der Liebe, Glück beim
Steuerbescheid – wie hängt das zusammen?

Nach ihrer Hochzeit wunderte sich unsere Autorin über ihre neuen Steuervorteile. Inzwischen ärgert sie sich darüber, wie sehr die Politik in ihr Liebesleben hineinregiert

Von
ELISABETH NIEJAHR

Illustration
DANIEL STOLLE

Ich bin mit viel Respekt vor der Ehe groß geworden. Mein Vater war Pfarrer, als Kind habe ich viele Trauungen miterlebt, und oft habe ich dabei sogar geholfen. Es gibt bezaubernde Fotos von meiner jüngeren Schwester und mir, auf denen wir in weißen Kleidern, mit langem offenem Haar und Blumenkörben in der Hand durch die Kirche meines Vaters schreiten und mit großem Ernst Blüten verteilen. Auch bei Brautpaaren, die wir gar nicht kannten, sind wir eingesprungen. Beim ersten Mal, daran erinnere ich mich noch, wollte meine Schwester auf dem Rückweg vom Altar die Blüten wieder einsammeln. Ich, die Große, habe sie damals gestoppt.

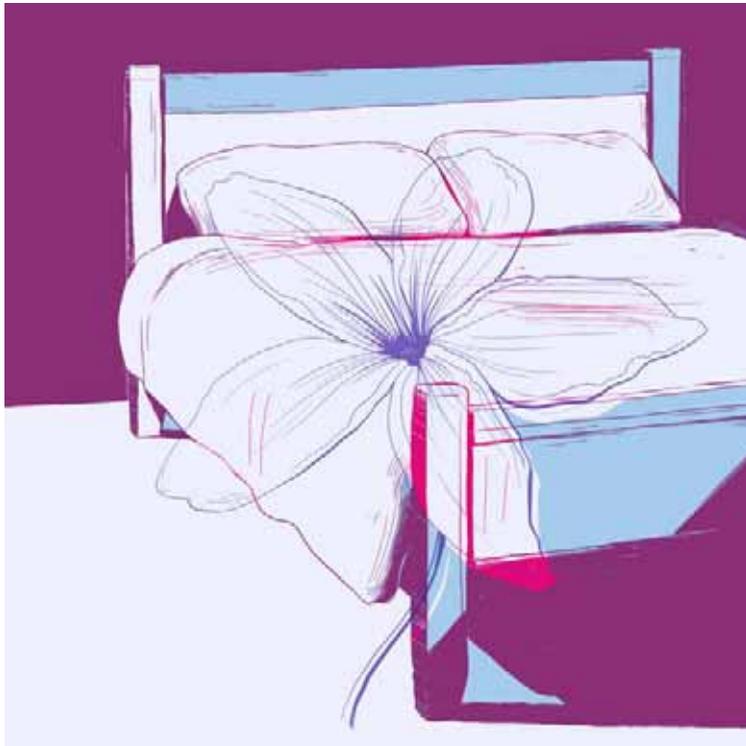
Bis heute lassen mich Hochzeiten nicht kalt. Ich bin kein Typ für Kutschen und Zuckertorten, aber ich glaube an die Macht von Bildern, die sich festsetzen in unseren Köpfen und uns so später leiten können, in guten wie in schlechten Zeiten. Wahrscheinlich würde ich noch viel sentimentaler über Hochzeiten schreiben, wäre meine eigene Trauung nicht so eine Zäsur gewesen, in mehrfacher Hinsicht.

Am 28. Dezember 2003, meinem Hochzeitstag, begann ein ökonomischer Selbstversuch: Ich lernte fortan viel darüber, wie der Staat mit seinem Steuerrecht in das Liebesleben erwachsener Menschen eingreift. Schuld daran ist ein uraltes Gesetz, das schon Ende des 19. Jahrhunderts eingeführt, dann abgeschafft, von den Nazis wiederbelebt und in der Nachkriegszeit noch einmal von Konrad Adenauer erneuert wurde. Danach werden Eheleute vom Finanzamt anders behandelt als unverheiratete Paare: Ihre Einkommen können, wenn sie das wollen, addiert, halbiert und dann besteuert werden. Je ungleicher die Einkommen sind, desto größer ist der Steuervorteil durch das sogenannte Ehegattensplitting. All das war mir, als Diplom-Volkswirtin, auch vor der Ehe klar. Trotzdem hat mich überrascht, welche Wirkung der 5. Absatz von Paragraph 32 des deutschen Einkommensteuergesetzes entfalten kann.

Ich erlebte beispielsweise, dass dem Staat meine Ehe sehr viel mehr finanzielle Unterstützung wert war als meine Mutterschaft. Ich erfuhr, dass das Ehegattensplitting sogar nach

dem Tod des Partners noch gezahlt werden kann, dann allerdings »Gnadensplitting« heißt. Ich lernte, dass es zum Ausgleich für den Splittingvorteil für Eheleute auch Steuererleichterungen für Alleinerziehende gibt, dass diese jedoch automatisch wegfallen, wenn ein Au-pair im Haushalt lebt.

Zunächst hatte die Ehe für mein Bankkonto fast so eine große Bedeutung wie für mein Herz. Fast 8000 Euro mehr hatte ich plötzlich an zusätzlichem Einkommen, und zwar rückwirkend für das Jahr 2003, in dem ich gerade mal vier Tage lang verheiratet war. 2004 wurde ich dank einer neuen Steuerklasse jeden Monat anders besteuert, erst hatte ich knapp 600 Euro pro Monat mehr auf dem Konto, später, als einige Steuergesetze verändert worden waren, sogar noch mehr.



Wer ein Bett teilt, bildet eine
»Bedarfsgemeinschaft«

Das Ehegattensplitting ist die größte Subvention, die ich je vom Staat bekommen habe. Möglich war das, weil ich damals einen Mann liebte, der viel weniger verdiente als ich. Er war jünger, Freiberufler, ein Journalist, der viel Zeit mit anspruchsvollen, aber schlecht bezahlten Projekten verbrachte. Das Ganze endete nicht gut, aber das ist eine andere Geschichte. Am Splitting lag es jedenfalls nicht.

Meinem Mann kam dieses Steuer Geschenk damals übrigens noch absurder vor als mir. Es gab Monate, da entsprach der neue Steuerrabatt in etwa seinem Nettoeinkommen. In Berlin kam man damals, vor acht Jahren, ganz gut mit wenig Geld über die Runden.

Erst viel später habe ich mich manchmal gefragt, ob für ihn, einen jungen Ostdeutschen, der Blick auf den Kapitalismus nicht doch auch durch Erfahrungen wie unsere merkwürdige Ehesubvention geprägt wurde. Kapitalismus, das bedeutet theoretisch ja: Anstrengung und Leistung lohnen sich. Der westdeutsche Kapitalismus, der abgefedert wird durch unseren Sozialstaat, funktioniert bekanntlich anders. Leistung lohnt sich, aber die genaue Kenntnis der Steuer- und Abgabengesetze lohnt sich manchmal noch mehr. So war es auch bei meinem damaligen Ehemann: Keine Anstrengung, weder beim Artikelschreiben noch beim Sparen, hat seinem Konto damals so gutgetan wie unsere Ehe.

Mir war klar, dass der Staat uns nicht nur etwas gibt, sondern auch etwas bekommt: Mit der Ehe entsteht die Pflicht, im Fall der Fälle füreinander einzustehen, auch finanziell. Falls einer von uns während der Ehejahre zum Beispiel schwer krank und pflegebedürftig geworden wäre, hätte der andere seinen Unterhalt bezahlen müssen, über viele Jahre hinweg. Deshalb gibt es Fälle, in denen das Ehegattensplitting für den Staat ein gutes Geschäft ist – er bekommt weniger Steuern von seinen verheirateten Bürgern, muss dafür aber auch weniger Sozialleistungen finanzieren. Bei alten Paaren spielt das eine große Rolle.

Für uns war das eine eher theoretische Überlegung. Auch die Pflicht, den Ehepartner im Fall von Arbeitslosigkeit zu unterstützen, hatte keine Folgen für unser Leben. Erstens waren wir nicht arbeitslos, sondern nur sehr unterschiedlich gut bezahlt. Und zweitens hätte es diese Pflicht auch ohne unser Jawort im Standesamt von Berlin-Mitte gegeben.

Für das Finanzamt ist die Ehe wichtig, für das Arbeitsamt nicht. Im Sozialgesetzbuch III, das die Leistungen für Arbeitslose regelt, zählt das Zusammenleben. Wer in einer Wohnung lebt, mit gemeinsamem Bett und Küchenschrank, gilt als Paar. Auch ohne Trauschein hätte deshalb keiner von uns Hartz IV bekommen, solange wir in unserer Wohnung zusammenlebten. Es sei denn, wir hätten beim Besuch eines Jobcenter-Vertreters mit zwei Schlafzimmern und getrennten Küchenschrankfächern nachgewiesen, dass es sich um eine reine Wohngemeinschaft handelte. Aber davon konnte damals keine Rede sein. Wir waren ein Paar. Aus Sicht des Steuerrechtes ein gemeinsam veranlagtes Ehe-

paar, aus Sicht der Leistungen für Arbeitslose eine »Bedarfsgemeinschaft«.

An das schöne Einkommensplus durch das Ehegattensplitting haben wir uns damals schnell gewöhnt. Soll man sich dagegen wehren? Soll man darauf verzichten, wenn man weiß, dass andere noch viel mehr bekommen? Wer richtig reich ist und mehr als eine halbe Million Euro im Jahr verdient, kann allein durch das Ehegattensplitting bis zu 15 694 Euro pro Jahr sparen. Ich finde das ziemlich verrückt. Davon lässt sich, beispielsweise, locker eine Teilzeitstelle für eine Kita-Erzieherin finanzieren. Mit uns meinte es das Finanzamt nicht ganz so gut, die Ersparnis wurde immer kleiner, weil mein Mann allmählich mehr verdiente. Je ähnlicher die Einkommen sind, desto weniger bringt das Splitting. Und mein Mann holte langsam auf.

Ende 2005 zeichnete sich die nächste große Veränderung in meinem Privatleben ab. Es passierte etwas, das von qualifizierten Akademikerinnen angeblich dringend erwartet wird – ich wurde schwanger. Im August 2006 wurde meine Tochter geboren. Ich war sehr glücklich. Und verlor den Steuervorteil durch das Ehegattensplitting. In den ersten Monaten nach Katharinas Geburt war ich nicht im Job und bekam kein Gehalt. Ohne mein Einkommen gab es keine Einkommensdifferenz in unserer Ehe, und ohne Einkommensdifferenz fehlte auch der Splittingrabatt. In dem Moment, als ich den Splittingvorteil als Zuschuss für meine kleine Familie zum ersten Mal politisch in Ordnung gefunden hätte, gab es ihn nicht mehr.

Statt mehrere Hundert Euro Steuerersparnis bekam ich damals 154 Euro Kindergeld, 50 Euro mehr, als die private Krankenversicherung meiner Tochter kostete. Ich lernte daraus zweierlei. Erstens: Meine Ehe war dem Staat ungefähr sechsmal so viel wert wie meine Mutterschaft. Zweitens: Das Ehegattensplitting ist nicht geschaffen für Ehen, in denen die Frau mehr verdient und gleichwohl nach einer Geburt zu Hause bleibt.

Man stelle sich nur für einen Moment vor, nicht ich, sondern mein Mann hätte das Kind bekommen und hätte in der Stillzeit ausgesetzt. Wir wären vom Steuerrecht nicht bestraft, sondern besonders großzügig belohnt worden! Der Splittingvorteil hätte wieder bei 800 Euro monatlich gelegen. Und ich hatte etwas gelernt. Bis dahin dachte ich immer, das Problem mit dem Splitting sei, dass

es für verheiratete Frauen, die gern arbeiten wollten, die Rückkehr in den Job unattraktiv machte. Das ist zwar nicht falsch, aber es gibt offenbar auch das Gegenteil. Für mich als Kleinkindmutter mit schlechter verdienendem Ehemann schuf es einen zusätzlichen Anreiz, schnell in den Beruf zurückzukehren.

Natürlich hat mich niemand gezwungen, diesem sanften Druck zu folgen. Das tat ich auch nicht. Es wäre mir ziemlich merkwürdig vorgekommen, die Stillzeit vom Steuerrecht festlegen zu lassen. Trotzdem gefällt es mir nicht, dass mein Einkommen so stark davon abhängt, wie ich mein Privatleben organisiere. Jeden Euro, den der Staat dafür ausgibt, Erzieher besser zu bezahlen oder Ganztagschulen einzurichten, finde ich gut investiert. Aber mit welcher Berechtigung,



Witwen erhalten ein »Gnadensplitting«, getrennte Eheleute nicht mal das

bitte sehr, mischt sich die Politik so ausgiebig in mein Familienleben ein?

Das Jahr, in dem meine Tochter gezeugt wurde, hat der *Economist* einmal das »Jahr der Demografie« genannt. Damals schrieb der *FAZ*-Herausgeber Frank Schirrmacher in seinem Buch *Das Methusalem-Komplott* über das alternde Deutschland, Talkshows beschäftigten sich mit der niedrigen Geburtenrate, *Bild* attackierte deutsche Fernsehmoderatorinnen, weil sie kinderlos und damit angeblich schlechte Vorbilder waren. Die neue schwarz-rote Regierung führte Elterngeld, Vätermonate und die Rente ab 67 ein.

Das Ehegattensplitting blieb. Mein Groll über diese Regelung auch. Denn mir

begegneten immer mehr junge Eltern, bei denen der angeblich familienfreundliche Steuervorteil merkwürdige Folgen hatte. Weil ich spät Mutter wurde und ein Kind im Kita-Alter habe, gehören zu meinem Bekanntenkreis viele Paare um die dreißig, deren Arbeitsteilung nach der Geburt der Kinder traditioneller wurde als geplant. Das Muster ist immer gleich: Beide sind Akademiker, er ist etwas älter als sie, die Einkommen liegen nicht weit auseinander, jeder lädt den anderen mal ins Kino ein, man fühlt sich ökonomisch auf Augenhöhe. Während der Schwangerschaft ist noch viel von Gleichberechtigung die Rede. Dann wird die Elternzeit doch nicht wie geplant hälftig aufgeteilt, weil ihr Einkommen etwas kleiner ist als seins. Wenn man gerade eine neue Wohnung

bezieht, ein Auto kauft oder einen Kredit abbezahlt, sind 300 Euro Gehaltsunterschied nicht egal. Dann kommt das zweite Kind, Mama setzt wieder länger aus als Papa, der in dieser Zeit mehr arbeitet als vorher und im Job vorankommt. Der Einkommensunterschied wird so immer größer.

Dann tritt der Vater vielleicht auch noch einen neuen Job an oder wechselt in eine andere Stadt, die qualifizierte junge Mutter setzt deswegen länger aus als geplant oder muss sich eine neue Stelle suchen – der Abstand beim Gehalt vergrößert sich weiter. In diesem Moment wird es interessant, unterschiedliche Steuerklassen zu beantragen, also das Ehegattensplitting zu nutzen. Die Nettoeinkommen liegen dann noch weiter auseinander, weil sie einen höheren Anteil ihres

Gehalts an das Finanzamt abtritt als er. Wenn bei solchen Paaren die Entscheidung ansteht, ob beide oder nur einer Teilzeit arbeitet, liegt die zumindest ökonomisch vernünftige Antwort auf der Hand: Er arbeitet mehr, sie weniger. Seit ich meinen kleinen ökonomischen Selbstversuch gestartet habe, kann mir niemand mehr erzählen, das Thema Splitting erledige sich von selbst, weil junge Paare heute anders als ihre Eltern lebten.

Dann gab es da auch noch das Beispiel jenes Kollegen mit zwei kleinen Kindern, dessen Ehefrau gestorben war. Sie hatte sich zu Hause um die Kinder gekümmert. Er verdiente sehr gut – ein klassischer Fall, bei dem das Splitting wie bei uns auch große Vorteile bringt, mehrere Hundert Euro monatlich. Nach dem Tod der Frau hätte der Kollege dieses Geld besonders gut gebrauchen können. Er wollte seine teure Wohnung wegen

der Kinder unbedingt halten, außerdem jedoch eine Kinderfrau einstellen. Doch mit der Ehefrau verschwand auch der Steuervorteil. Immerhin: Ein Jahr lang hilft in so einem Fall eine Sonderregelung für Witwer und Witwen – beim so genannten Gnadensplitting besteht der Splittingvorteil zunächst weiter.

Für gescheiterte Beziehungen, das lernete ich im zweiten Teil meines Selbstversuchs, gibt es solch eine Gnade nicht. Nach einigen Jahren endete meine Ehe, auch wenn sie auf dem Papier noch ziemlich lange fortbestand. Aber als klar war, dass mein damaliger Mann und ich nicht mehr zusammenleben wollten, teilten wir das dem Finanzamt mit. Wir sind verheiratet, aber steuerrechtlich kein Paar mehr und werden getrennt veranlagt. Der Splittingvorteil besteht nicht mehr. Ich bekomme zwar mittlerweile 184 Euro Kindergeld pro Monat, zahle aber mehr Steuern als in der Zeit als kinderlose Ehefrau.

Die letzte Lektion aus meinem Selbstversuch lautete daher: Unser Steuerrecht hat etwas Darwinistisches. Es liebt die Starken. Es hilft dir, wenn es in der Liebe gut läuft. Es nützt dir wenig, wenn du frisch verlassen in deine Kissen weinst. So war es wenigstens bei mir.

Offenbar ist einigen Politikern dieser Umstand auch schon aufgefallen, deshalb gibt es seit einigen Jahren eine Art Trostpries für Alleinerziehende. Wir können den Entlastungsbeitrag von 1308 Euro im Jahr beantragen. Dieser Nachlass bei der Steuer entstand nach einer ähnlichen Logik wie das Betreuungsgeld, das die Bundesregierung für Eltern einführen will, die ihre Kinder nicht in die Kita schicken. Wenn eine Gruppe einen Vorteil erhält, wehren sich irgendwann diejenigen, die ausgeschlossen sind. Dann wird die nächste Vergünstigung eingeführt.

Ich werde den Entlastungsbetrag übrigens in diesem Jahr nicht bekommen. Demnächst wohnt ein Au-pair bei uns. Als alleinerziehend gilt nur jemand, in dessen Haushalt kein zweiter Erwachsener lebt. Auch diese Regel ist nicht ohne, wie ein befreundeter alleinerziehender Vater von zwei Teenager-Töchtern erfuhr. Er bekam den Zuschlag plötzlich nicht mehr, als die ältere seiner beiden Töchter volljährig wurde. Dabei waren seine Kosten für die Kinder in diesem Jahr besonders hoch. Das jüngere Mädchen war gerade Austauschschülerin in Amerika, die Ältere steckte mitten im Abitur. Sie konnte,

anders als davor und danach, nicht nebenher jobben und bekam mehr Taschengeld.

An dieser Stelle wäre die Geschichte meines familienpolitischen Selbstversuchs zu Ende, hätte ich nicht im vergangenen Jahr einige Monate an einer amerikanischen Universität verbracht. Das war die Zeit, in der Occupy Wall Street entstand und die neue Bewegung in vielen Ländern daran erinnerte, dass die Ungleichheit wächst. Für amerikanische Armutsforscher ist es eine Selbstverständlichkeit, dass es auch in den Familien eine Art Zwei-Klassen-Struktur gibt: Schon seit den siebziger Jahren gehen die Scheidungsraten bei den Wohlhabenden nach unten, bei den Armen steigen sie. Die Mittel- und Oberschicht, so lehrt es zum Beispiel die Professorin Kathryn Edin von der



Die Ehe wird oft großzügiger subventioniert als das Kinderkriegen

Harvard University, habe gelernt, ihre Ehen zu stabilisieren, die Unterschicht hingegen nicht. In Deutschland gibt es den gleichen Trend. Die staatliche Steuer- und Sozialpolitik verstärkt ihn: Für Reiche lohnt sich die stabile Ein-Verdiener-Ehe, für arbeitslose Eltern eher die Trennung, weil der Sozialstaat vor allem arbeitslosen Alleinerziehenden zusätzliche Leistungen gewährt.

Ich traf in Amerika auch französische Familienforscher, die mich daran erinnerten, wie wenig die Förderung von Ehen mit den Kindern in Verbindung steht. Für die Generation meiner Eltern gehörte beides zusammen, das Heiraten und das Kinderkriegen. Heute hat jedes dritte neugeborene Kind in

Deutschland unverheiratete Eltern. In Frankreich, wo die Geburtenrate viel höher ist als bei uns, stammen fast zwei Drittel aller Neugeborenen von unverheirateten Eltern ab. Das liegt daran, dass es in Frankreich so etwas wie eine »Ehe light« gibt, eine Art eingetragene Partnerschaft auch für heterosexuelle Paare. Für viele junge Paare, die Kinder bekommen, ist das sehr attraktiv.

Seit einigen Wochen bin ich zurück in Deutschland und höre immer wieder, wir lebten in einem liberalen, lässigen Land. Neuerdings, das hat gerade ein Gericht in Köln entschieden, bekommen doch sogar homosexuelle Paare den gleichen Splittingvorteil wie Verheiratete! Manchmal würde ich in solchen Momenten gern dazwischenrufen: Stopp, das stimmt so nicht! Wir leben in einem ziemlich konservativen Land, das Menschen mit rund zwanzig Milliarden Euro pro Jahr zur Ehe motiviert! Und zwar zur Ein-Verdiener-Ehe, in der die Ehefrau bestenfalls einen Minijob hat!

Und etwas leiser würde ich manchmal gern fragen, ob es nicht sogar romantischer wäre, wenn es bei Hochzeiten nur noch um die Liebe und nicht mehr um das Finanzamt ginge. Ich bin gegen das Ehegattensplitting, aber für die Ehe. Ich möchte, dass dieser besondere Moment, in dem sich zwei füreinander entscheiden, eine private Angelegenheit bleibt. Der Staat mischt sich in so viele private Angelegenheiten ein, er steuert mit seinen Steuervorteilen, ob wir Wohnungen mieten oder kaufen, ob wir zur Arbeit mit dem Auto oder Fahrrad fahren, ob wir unsere Kinder

auf Privatschulen schicken und wie wir unsere Eltern pflegen. Eigentlich wäre es ein Thema für die FDP, den Staat aus dem Privatleben seiner Bürger stärker herauszuhalten, auch aus der Ehe. Leider sieht die FDP im Ehegattensplitting vor allem einen Steuervorteil und verteidigt es deshalb mindestens so engagiert wie die CSU.

All das ärgert mich, trotzdem habe ich keinen Grund, mich zu beschweren. Niemand hat mich gezwungen, meinen Selbstversuch zu starten. Man muss sich keine Sorgen machen um mich, genauso wenig um meinen Exmann, meine Tochter oder den Freund mit den großen Töchtern. Ich ärgere mich über das Ehegattensplitting nicht, weil ich arm bin und Hilfe brauche. Ich ärgere mich, weil ich eine sentimentale, feministisch geprägte, liberal denkende Ökonomin bin, die Hochzeiten liebt.



Verloren am Ende der Welt

Von
WOLFGANG BAUER

Fotos
STANISLAV KRUPAR

Elf pakistanische Fischer gerieten in die Hände somalischer Piraten, nach acht Monaten kamen sie frei. Unser Reporter begleitete sie auf dem Weg nach Hause



Die elf Fischer und vier somalische Helfer vor der Abreise aus Somalia



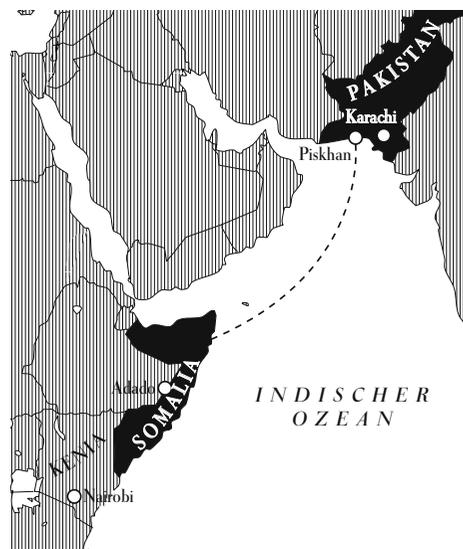
Das Flugzeug wird sie nach Nairobi bringen, dann geht es zurück nach Pakistan

DAS LACHEN bricht aus ihnen hervor, es platzt aus der Kruste ihrer verhärmtten Gesichter. Die zehn Männer von Kapitän Ibrahim Qasim stehen am Rand einer Flugpiste in der Mitte der somalischen Steppe, in einer langen Reihe, bisher schwiegen sie, misstrauisch, in sich gekehrt, aber nun beginnen sie zu begreifen. Die Männer wenden sich einander zu, mit geweiteten Augen, sie lachen. Zu ihren Füßen steht das wenige Gepäck in zugeknotteten Plastiktüten. Viele treten von einem Fuß auf den anderen, sie können sich nur mit großen Schmerzen auf den Beinen halten, doch sie lachen und lachen. Es ist der 29. November 2011. Der Tag, an dem sie zurückerhalten, was sie längst verloren glaubten. Das Leben.

»Ich entschuldige mich«, sagt ein Mann, der vor ihnen steht, mit ausgebreiteten Armen, die Handflächen in der glühenden Sonne. Er ist Parlamentspräsident hier in Adado, der Hauptstadt des somalischen Bundesstaates Himan & Heeb. »Im Namen meines Landes bitte ich um Vergebung für alles, was euch angetan wurde.« Er drückt Kapitän Ibrahim und jedem seiner Crew eine Hundert-Dollar-Note in die Hand. Eine kleine Menschenmenge örtlicher Würdenträger umringt den Redner. Über der Steppe verliert sich der Applaus, der Vertreter des lokalen Radiosenders hält ihm das Mikrofon unters Kinn. Kapitän Ibrahim und seine Männer verstehen ihn nicht. Nur wenige Worte seiner Sprache haben sie in den letzten zehn Monaten gelernt. Sie sind die Besatzung des Fischerbootes *Al Imran* aus dem pakistanischen Küstenort Piskhan. Neun Monate zuvor, im Februar 2011, ka-

perten somalische Piraten ihr Schiff und nahmen sie als Geiseln, um Lösegeld zu erpressen. Ihre Familien daheim sind seit Monaten ohne jede Nachricht. »Es war die dunkelste Zeit meines Lebens«, wird Ibrahim später sagen. »Ich werde nie wieder derselbe sein. Es ist ein Fluch. Ich kämpfe jeden Tag dagegen an, wahnsinnig zu werden.«

Die Geschichte, die hier endet, hat viele Anfänge. Sie beginnt an der pakistanischen Küste, wo die *Al Imran* mit Hoffnung auf reichen Fang in See sticht, es ist der dritte Tag



Die Fischer kommen aus Piskhan, Pakistan. Im Februar 2011 wurden sie auf See überfallen und an die somalische Küste verschleppt

im Januar. Das Boot misst von Bug bis Heck 14 Meter, die Aufbauten sind breit und flach, geduckt wie eine Schildkröte zieht es über das Meer. Für fünf Wochen haben sie Treibstoff und Lebensmittel an Bord.

Ungefähr zeitgleich entschließen sich 17 Männer, 3400 Kilometer von Pakistan entfernt, ein Schiff an der somalischen Küste zu besteigen. Ihr Kapitän nennt sich Ali Jacket. Dieser Anfang liegt im Verborgenen.

FÜR MICH, den Reporter, ist der Beginn ein regengrauer Nachmittag im Büro, Reutlingen, Baden-Württemberg. Mitte November erhalte ich eine seltsame Nachricht. »Can you help?«, steht auf dem Computerschirm, ich habe Facebook geöffnet, aus Adado schreibt mein alter Bekannter Abdusalom Osman. Er hat früher für mich als Übersetzer gearbeitet. »Bei mir im Haus leben elf befreite Geiseln aus Pakistan, und ich weiß nicht, was tun.« Allein kämen sie aus der somalischen Provinz nicht weg. Er bittet mich, die pakistanischen Behörden zu informieren und die Familien der Entführten.

»Ein Scherz?«, frage ich Osman kurz darauf am Telefon. »Eine Falle?«, fragt die Redaktion. Ich bitte eine pakistanische Freundin, in Somalia anzurufen. Osman lässt sie mit den Geiseln sprechen. Sie ist sich sicher. »Kein Scherz.« Sie schickt mir Namen und Herkunftshafen des Boots. Die pakistanische Botschaft in Nairobi, der Hauptstadt Kenias, die zuständig ist für das Nachbarland Somalia, erreiche ich lange nicht. Nach vielen Versuchen endlich eine Stimme in der Leitung. »Geiseln«, sage ich der Botschaftssekretä-



Ein Milizionär bewacht den Abflug, der Flughafen ist nur eine Sandpiste

rin, die nur silbenweise zu verstehen ist. »Stromausfall«, antwortet sie, es krächzt, es sirrt, und dann legt sie auf.

DIE FISCHER WISSEN um die Gefahren vor Somalia, aber regelmäßig nehmen sie Kurs dorthin, einzeln und in kleinen Gruppen. »Wenn du Geld machen willst, bleibt dir keine Wahl«, sagt Kapitän Ibrahim. Das Gebiet am Horn von Afrika ist so fischreich wie kein anderes im Indischen Ozean. Nirgendwo auf den Weltmeeren werden mehr Schiffe überfallen als hier. Die ersten Piraten Somalias sollen selber Fischer gewesen sein, die mit Motorbooten ihre Opfer attackierten, aber relativ selten Erfolg dabei hatten. Inzwischen gibt es eine Armada an Kaperschiffen. Bis vor die Küsten Indiens und des Irans durchpflügen sie das Meer. Für ganze Regionen Somalias sind diese Raubzüge eine der Haupteinnahmequellen. Die Industriestaaten, auch Deutschland, haben zum Schutz ihrer Handelsflotten Kriegsschiffe ausgeschickt. Der Erfolg der Freibeuter hält jedoch unvermindert an. Die Durchschnittshöhe der Lösegelder stieg von 150 000 Dollar pro Schiff im Jahr 2005 auf heute 5,4 Millionen. Im vergangenen Jahr erpressten sie für 27 Boote 138 Millionen Dollar. Die meisten ihrer Opfer kommen nicht aus den westlichen Industriestaaten, für die sich die Medien interessieren. Es sind Seeleute aus Dörfern in Indien, auf den Philippinen oder, wie Kapitän Ibrahim, in Pakistan. Sie schreiben keine Bücher und treten nicht in Talkshows auf. Ihr Schicksal bleibt meist unerzählt.

Der Tag, an den er so oft zurückdenken wird, der Tag ihrer Abfahrt, liegt in dichtem Nebel. Die Männer an Bord haben Wolldecken um sich geschlungen. »Es war ein kalter Morgen«, erinnert sich Ibrahim, 34 Jahre, der älter wirkt, dem sich auf dem Kopf die letzten Haare kräuseln, in der Hüfte ist er schon etwas füllig, ein Schalk, der die meisten Scherze über sich selber macht. Ibrahim ist der Erste seiner Familie, der das Kapitänspatent schaffte. Die *Al Imran* gehört seinem Onkel und wurde nach Ibrahim Plänen gebaut. Sie lief vor drei Jahren vom Stapel, er gab ihr den Namen seines Sohnes, es ist jetzt ihr siebter Fischzug. In den Tagen vor der großen Fahrt hat Ibrahim für die elfköpfige Besatzung 80 Kilo Zwiebeln geladen, 40 Kilo Kartoffeln, 600 Kilo Mehl, 200 Kilo Reis, Gemüse, Gewürze, Linsen, Tee, zwei Pakete Streichhölzer, Seife und Shampoo und hundert 200-Liter-Tonnen Diesel. Vorräte für vier Wochen. Die *Al Imran* ist eines der größten Schiffe in Piskhan, das Dorf hat 20 000 Einwohner, sieben Moscheen und vier Teestuben. Der Ort liegt an der Küste der Provinz Belutschistan, vor der Grenze zum Iran. Er liegt in Ruinen, als sie ihn in Richtung Somalia verlassen, die meisten Häuser wurden vor drei Jahren von einer Regenflut zerstört. Noch immer leben viele Familien unter Plastikplanen. Es gibt in Piskhan keinen Hafen, aber eine der mächtigsten Fischereifloten Pakistans. Weit vor dem grauen Strand liegt sie draußen in der Bucht. Ibrahim lässt die Taue lösen, er sieht, wie ihm sein Onkel von einem Ruderboot aus zuwinkt, auf dessen Schoß der fünfjährige Sohn von Ibrahim. Dann sieht er nur noch Nebel.

ICH HABE den Schreibtisch in Deutschland verlassen und bin mit dem Fotografen Stanislav Krupar nach Kenia geflogen. Wir wollen die Rückreise der Geiseln von Somalia nach Pakistan begleiten. Allerdings hat es die pakistanische Botschaft in Kenia mit ihrer Rettung nicht eilig. Es gibt hier keinen Krisenstab, nur mäßig interessierte Beamte, die für ihre Landsleute kaum Zeit aufbringen können, weil sie an angeblich dringlicheren UN-Sitzungen teilnehmen müssen. Für einen Flug nach Zentralsomalia fehle es ihnen zudem an Mitteln. »Wir haben dafür kein Budget«, der pakistanische Chefdiplomat ist ratlos. Der Fotograf und ich teilen ein Hotelzimmer und stellen uns auf langes Warten ein.

Wer in diesem Entführungsfall etwas bewirken will, der muss nach Nairobi. Die Nervenenden der Entführungsindustrie laufen hier zusammen, in der Stadt, in der somalische Piraten ihre Villen bauen und Sicherheitsberater Büros eröffnen. Abends sitzen sie in denselben eleganten Cafés. Ich treffe Ahmed Farah im Savanna. Farah ist in dieser Geschichte der Wendepunkt. Der 32-Jährige koordiniert in Ostafrika die Geschäfte von Tacforce, einer Firma, die selten das Rampenlicht sucht. Auf ihrer Lohnliste stehen 2000 Bewaffnete. Sie geht dorthin, wo es anderen zu riskant ist, in den Irak, den Sudan, nach Somalia. Eine Privatarmee, die Unternehmen für ihre Zwecke mieten können. Tacforce bietet der pakistanischen Botschaft an, die Geiseln kostenlos auszufliegen. Für die Firma, die in Dubai sitzt, ist die Mission eine Werbemaßnahme. Die Geiseln sind im Haus meines



Bei der Ankunft in Karachi, Pakistan, sperrt die Polizei die Fischer erst mal ein

Bekannt in Adado längst nicht in Sicherheit. Sie sind frei, aber die Verwaltung des somalischen Bundesstaats Himan & Heeb ist zu schwach, sie dauerhaft zu schützen. Sie traut kaum ihren eigenen Polizisten. Mit jedem Tag steigt die Gefahr, dass die Pakistaner abermals entführt werden.

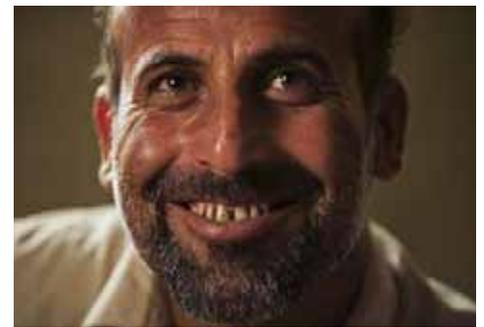
DIE FAHRT der *Al Imran* führt Ibrahims Männer in gutes Wetter, sanfte See, 30-mal werfen sie das Netz aus, 30-mal holen sie es wieder ein. Die Besatzung besteht im Kern aus Männern, die sich seit Jahren kennen. Der stille Chefmechaniker Bakijm, mit 40 einer der Ältesten. Saleh, 30, der Schiffskoch, der seine Witze mindestens so scharf würzt wie das Essen. Yunis, 27, der den ganzen Tag mit Handschuhen und Stiefeln im Kühllager steht. Der Jüngste, Tahir, 25, hat sich vor der Abfahrt gerade verlobt. Er ist beim Einholen des Netzes der Schnellste. Jeder der elf hat seine Aufgabe, etwas, in dem er sich vor allen anderen auszeichnet. Nur Mohamad nicht, der Älteste, er ist schon 60 und der Einzige, der lesen und schreiben kann; dies ist seine erste Fahrt. »Der ist keine große Hilfe«, sagt Ibrahim. »Seine Familie ist arm. Ich hab ihn aus Mitleid mitgenommen.« Nach vier Wochen hat die *Al Imran* 18 Tonnen Fisch gebunkert, so viel, wie das Lager aufnehmen kann, sie sind bereits auf dem Rückweg. In sechs Tagen, rechnet Ibrahim, werden sie, bei günstigem Wetter, wieder in der Heimat sein.

Der Koch Saleh entdeckt die Piraten als Erster. Ibrahim schläft in der Kapitänskajüte, der Rest der Mannschaft sitzt unter Deck. Das Kielwasser eines Motorbootes spritzt am

Horizont auf, es hält direkt auf die *Al Imran* zu. Einer der Fischer, Hanif, der später nie wieder richtig laufen können wird, rennt ins Führerhaus, schaltet die Maschine auf Vollgas, acht Meilen die Stunde schafft sie, nicht genug. Keine fünf Minuten dauert die Jagd, dann stellt Ibrahim den Motor ab. Zum ersten Mal sieht er jetzt Ali Jacket, Vollbart, Glatze, untersetzt, Poloshirt, als einziger Pirat ist er unbewaffnet.

In dem einsetzenden Gebrüll und Geschrei lächelt Ali Jacket. »Dieses verrückte Lächeln«, erinnert sich Ibrahim. Sorgfältig inspiziert Ali Jacket sein neues Schiff. Die Piraten nennen ihren Anführer so, weil er teure Lederjacken liebt. Er lebt fortan in Ibrahims Kapitänskajüte. Die Mannschaft wird unter Deck getrieben, durchsucht, ihr Besitz wird durchwühlt. Es ist der 2. Februar. Daran kann sich Mohamad, der Älteste, genau erinnern. Bevor die Piraten ihm die Armbanduhr abnehmen, sieht er noch einmal auf das Zifferblatt. »Mit der Uhr«, sagt er, »haben sie mir die Zeit gestohlen.« Bald darauf beginnen für ihn Wochen und Monate zu verschmelzen.

IN NAIROBI geht es mit den Rettungsbemühungen nicht voran, quälend lange Tage, ich treffe Ahmed Farah ein weiteres Mal. »Wir brauchen einen neuen Plan«, sagt er. Ratlos sitzt er da. »Wir müssen neu nachdenken«, sagt er. Soeben hat ihm die letzte Chartergesellschaft abgesagt. In der ganzen Stadt findet sich keine, die den Auftrag annehmen will. Der Krieg brandet dieser Tage in Somalia neu auf. Die kenianische



Ibrahim Qasim, der Kapitän

Luftwaffe fliegt Angriffe. Heftige Kämpfe gegen die Islamisten der Al-Shabaab. Truppen aus Äthiopien sind auf dem Weg nach Adado. Es ist noch unklar, was ihr Vorstoß für die Geiseln bedeutet. Von der pakistani-schen Botschaft kommt keine Hilfe. Sie hat noch nicht einmal die Pässe fertig. »Ich rufe dich an, wenn ich Neues weiß«, sagt Ahmed und erhebt sich. Draußen geht ein Gewitterregen nieder.

»Wo bleibt ihr?«, mailt mir Osman aus Adado an diesem Abend. Zwei Wochen sind seit seiner ersten Nachricht vergangen. »Warum seid ihr noch nicht da?«

DAS SCHIFF wird den elf Fischern zum Sarg, so muss es sich angefühlt haben. Sie werden unter Deck gesperrt, in ein Loch, in dem sonst das Netz gelagert wird. Die Kammer misst 2 Meter mal 1,50 Meter. Tageslicht sehen sie nur durch eine schmale Deckenöffnung. Die Wände sind feucht und mit Exkrementen beschmiert. Raus dürfen die Geiseln nur zum Toilettengang, für wenige Minuten, und nur einzeln. Doch sie schaffen es nicht immer rechtzeitig nach oben. Die Männer werden von Durchfall geplagt. Das Trinkwas-



Eine Nacht müssen sie in einer Arrestzelle verbringen

ser, das sie bekommen, ist brackig und verdreckt. Es gibt nur Reis, etwas Zwiebeln und am Tag zwei bis drei Kartoffeln für alle. Abwechselnd versuchen sie, aufrecht zu stehen, nachts schlafen sie in Schichten, stapeln Füße auf Köpfe und Köpfe auf Füße. Wenn sie miteinander sprechen, brüllen ihre Bewacher in die Kammer hinunter. Ali Jacket, der den Geiseln nie in die Augen guckt, steuert die *Al Imran* fünf Tage lang zur somalischen Küste. Er nähert sich ihr bis in Sichtweite, dann ankert er. Als Ibrahim das erste Mal an Deck kommt, sieht er mehr als ein Dutzend Tanker und Frachter, entführte Schiffe. »Die Piraten«, sagt Ibrahim, »sind wie Spinnen, ihr Netz ist das Meer.« Der Ort, zu dem die Fischer gebracht wurden, ist ihre Vorratskammer. Hier verdauen sie langsam ihre Opfer.

EINE DORNIER 228 der Freedom Airline Express steht in Nairobi startbereit auf dem Rollfeld. Der 29. November, sechs Uhr früh. Am Vortag ist es Ahmed Farah gelungen, die Fluggesellschaft doch zu überzeugen. Farah zahlte in bar. Aber jetzt weigert sich der Pilot zu fliegen. »Geiseln?«, fragt er. »Wir sollen Geiseln abholen?« Er steigt aus und läuft davon. Sein Chef hatte ihn über den Zweck der Mission im Unklaren gelassen. Nur der Flugschüler bleibt in der Maschine zurück, das Team der ZEIT und eine Vertreterin der Himan-&-Heeb-Regierung in Nairobi. Wenn sie nicht schläft, tippt sie in ihr Handy. Sie ist die Garantie dafür, dass wir nicht auch entführt werden. Im führerlosen Flugzeug warten wir zwei Stunden. Dann kehrt der Pilot ins Cockpit

zurück, wortlos, verstimmt, er hat sich dem Willen seines Chefs gebeugt. Der 59-Jährige fliegt häufig nach Somalia, er kennt jede Piste, selten transportiert er Passagiere, meistens Drogen. Beim letzten Versuch, angeblich freigelassene Geiseln aus Zentralsomalia auszufliegen, im Bundesstaat Gulmudug, erzählt der Pilot, habe man ihn für eine Woche gleich mit entführt. »Ruppige Leute«, sagt er. Er wirft den Motor an.

DIE GESCHICHTE der *Al Imran* ist eine, in der alle Pläne scheitern, in der es keine Gewinner gibt, nur Verlierer. Der Fisch verrottet nach zwei Monaten im Kühllager, als alles Eis abgeschmolzen ist. Die Piraten haben sich mit ihrer Beute ebenfalls verkalkuliert. Ali Jacket erlaubt Ibrahim ein einziges Mal, seine Familie in Piskhan anzurufen. Er reicht ihm ein Satellitentelefon. Ibrahim spricht mit seinem Onkel, dem die *Al Imran* gehört, sagt ihm, dass sie in der Hand von Piraten seien und diese 300 000 Dollar forderten. Diese Summe haben die Familien der Fischer nicht. Die meisten sind ärmer als die Entführer. In ihrem Verlies leiden die Männer immer mehr unter Muskelschwund, die Gelenke schmerzen. Das Sitzen schnürt die Durchblutung ab. Sie schreien zum Deck hinauf, wenn die Pein in den Beinen zu groß wird. Krämpfe plagen sie. Ali Jacket lässt sie dann manchmal hoch. Zwei, drei Runden dürfen sie ums Steuerhaus spazieren, fünf Minuten an der Luft vielleicht, danach müssen sie wieder in das Loch.

Das Leben, das jetzt ohne sie gelebt wird, zieht an ihnen vorbei, während des Schlafs und im Wachen. Im Zwielicht des

Verlieses sieht Saleh, der Schiffskoch, das Kind, das ihm einen Monat nach seiner Entführung geboren wurde. »Ich werde nicht erfahren, welchen Namen es bekommen hat.« Yunis, 27, der Kühllagerist, träumt den immer gleichen Traum. Er sitzt auf einem Motorrad und flüchtet. »Ich gebe Gas, ich fahre schneller und noch schneller, aber ich komme nicht von der Stelle.« Kapitän Ibrahim sorgt sich darüber, wovon die Familie in seiner Abwesenheit lebt. Alles Ersparte hat sein Onkel in die *Al Imran* investiert. »Wir sind hoch verschuldet. Wir haben fast unser ganzes Land für dieses Schiff verkauft.« Die Männer beschließen, die Piraten zu töten. Es sind meist nur fünf, die sie bewachen. Doch wie tötet man einen Menschen? Wie bringt man jemanden um? Saleh, dem die Piraten erlauben, Wasser zu holen, schlägt vor, dass gleichzeitig zwei zur Toilette gehen. Zusammen würden sie ihre Bewacher überwältigen, die beste Chance, sagt er, die einzige. Es kommt nicht so weit. Die Seeräuber lassen immer nur einen nach oben.

An der Küste Somalias, wo die gekapernten Schiffe liegen, wird das Leid ständig neu sortiert. Fast lautlos vollzieht sich der Wechsel von Schiffen. Solchen, die gehen, und solchen, die kommen. Die Fischer der *Al Imran* sind Zaungäste einer Millionenindustrie. Ihr kleines Fischerboot ist umgeben von Frachtern aller Flaggen. Die Piraten haben sie im Abstand von mehreren Hundert Metern zueinander geparkt, verkehren mit Motorbooten zwischen ihnen. Fern am Strand funkelt der Lack der Jeeps, mit denen Nahrungsmittel und Diesel herangebracht werden.



Die Fischer übernachten in Karachi bei Verwandten, bevor sie in ihr Dorf zurückkehren

Ibrahim zählt in den zehn Monaten seiner Gefangenschaft sieben neu ankommende Boote, kurz zuvor gekapert. Sieben Schiffe verlassen den Ankerplatz der Seeräuber. »Meistens wurden wir vorher von Flugzeugen überflogen«, erzählt Ibrahim. Die Maschinen werfen Geldkoffer ab, befestigt an zwei, drei orangefarbenen Ballons. Motorboote eilen zur Abwurfstelle, sammeln sie auf, kehren noch einmal zurück zum gekaperten Schiff, verlassen es dann. Einmal, erinnert sich Mohamad, der Älteste, zahlte ein Schiffseigner offenbar nicht genug. Er durfte die Crew von einem anderen Boot abholen lassen, den Frachter aber ließen die Piraten an die Küste treiben. Mit dem Bug voraus lief er nach wenigen Stunden am Strand auf Grund.

Noch immer haben die Fischer die Hoffnung zu überleben. »Solange es das Schiff gibt, sind wir für die von Wert«, glaubt Ibrahim. »Die brauchen die *Al Imran*, um andere Schiffe zu überfallen.« Diese Hoffnung stirbt an dem Tag, an dem die *Al Imran* sinkt.

Der Untergang des Schiffes vollzieht sich in Minuten, Wasser schießt in den Rumpf. Ihre Bewacher helfen ihnen aus dem Verlies, es gibt einige, die ihre Beine nicht mehr richtig bewegen können. Einzelnen müssen sie eine Leiter aus Seilschlaufen erklettern. Sie stützen sich gegenseitig. Ibrahim hat die Seeräuber oft gewarnt, dass das Schiff eine Abdichtung brauche. Sie haben nicht auf ihn gehört. Jetzt sieht er seinen Lebensraum im Meer verschwinden, die Fischer klammern sich an große, gelbe Dieselkanister. Es ist Mitternacht, der Mast der *Al Im-*

ran ist schon seit zwei Stunden versunken, als Piraten auf Motorbooten sie endlich aus dem Wasser ziehen. »Es war so knapp«, sagt Ibrahim. Zu weit ist der Abstand zur Küste, um hinüberzuschwimmen. Die Schiffbrüchigen werden auf einen gekaperten Frachter aus den Vereinigten Arabischen Emiraten gebracht. »Der war innen völlig ausgebrannt«, erinnert sich Yunis. Ein Feuer hatte an Bord gewütet und alles verkohlt. Der stumme Schauplatz eines anderen Dramas.

Durch die Luken im Oberdeck sieht Yunis in die Innenräume, in denen sich Menschen bewegen. Dort haust die Besatzung des Schiffes, auch sie Gefangene, Syrer, wie ihnen die Piraten sagen. Den beiden Geiselngruppen wird verboten, miteinander Kontakt aufzunehmen. Die Fischer kennen den Namen des Bootes nicht. Ihren Beschreibungen zufolge ist es vermutlich die *MV Orna*, 19 Mann Besatzung, die mit 26 000 Tonnen Kohle von Südafrika nach Indien unterwegs war. Sie wurde im September 2010 nahe den Seychellen entführt. Einige Monate lang hatten die Entführer den Frachter als Mutter-schiff genutzt und von ihm aus Angriffe unternommen. Bis heute ist die *MV Orna* in ihrer Hand. Teile der Besatzung sind, wie es von der Reederei heißt, sind mittlerweile ernsthaft erkrankt. Die Fischer bleiben nur eine Nacht. Am nächsten Morgen bringen sie zwei Motorboote an den Strand. »Es gab da nichts«, sagt Ibrahim. »Nur ein paar Fischerhütten.« Zum ersten Mal haben sie wieder festen Boden unter den Füßen.

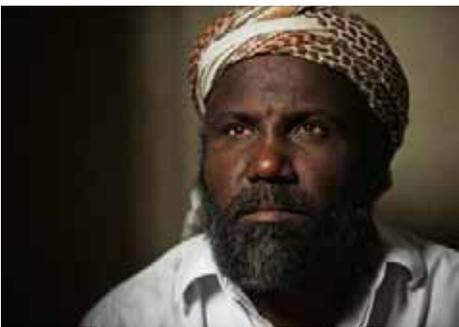
Wie Strandgut, für das niemand Verwendung hat, setzen die Piraten sie im Nir-

gendwo aus. Sie entledigen sich ihres Verlustgeschäftes. Wortlos fahren sie in ihren Motorbooten davon. Ihre Peiniger sehen die Fischer nie wieder. Ringsherum nur Wüste, kein Dorf. In vier Kilometern Entfernung ein Brunnen mit salzigem Wasser. Einzig ein paar somalische Fischer leben in der Gegend. Sie geben etwas Reis. »Wir dachten«, sagt Mohamad, der Älteste, »wir verrotten dort.« Die Männer hocken am Strand, gehen sich aus dem Weg, reden wenig. »Was hätten wir reden sollen?«, sagt Ibrahim. »Es war doch schon alles gesagt.« Er sieht keine Chance, mit dem Leben davonzukommen. Das Schiff, das sie herbrachte, existiert nicht mehr. Die Wüste hinter dem Strand scheint undurchdringlich. Nach acht Monaten Gefangenschaft geht ihm die Kraft aus zu hoffen. Das ist es, sagt er sich. Dieser Ort. Das Ende. Doch nach einem Monat macht sich einer der somalischen Fischer in die 400 Kilometer entfernte Hauptstadt Adado auf und bittet die dortige Verwaltung um Hilfe. Die schickt einen Pick-up, der die Pakistaner nach Adado bringt.

UNSER FLUG zu den Geiseln führt durch Wolkendecken. Grelles Licht, auf einmal wird es in der Kabine dunkel, dann wieder hell. Nach einer Stunde überlässt der Pilot dem Flugschüler das Steuer. Er setzt sich in die Kabine und liest die *Daily Nation*. Unbewegt gleitet sein Blick über Schlagzeilen, die von der Hungersnot in Nordkenia zu einem Verkehrsunfall in Südkenia wechseln, von Wahlbetrug zu Cholesterin-Problemen. Kurz vor dem Ziel übernimmt er wieder. Unter der Dornier erstreckt sich eine endlose



Endlich gibt es wieder genügend zu essen für alle



Saleh Amid, der Schiffskoch

hellrote Ebene, ein Land, das aussieht wie frisch verbrannte Haut.

Die Gummiräder der Dornier rollen langsam aus, roter Staub umfasst die Maschine. Der Flugschüler öffnet die Tür und klappt die Bordtreppe aus. Ibrahim und seine Männer stehen aufgereiht an der Piste. Ich sehe sie zum ersten Mal. Drücke ihre Hände. Die Hemden, die sie am Vortag von den Somaliern bekommen haben, hängen schlaff an ihren Körpern. Ausgemergelte Gesichter, die verwilderten Bärte bereits etwas gestutzt. Hinter den Fischern wachen Milizionäre mit geladenen Kalaschnikows. Abdisalam Osman, der mich über Facebook kontaktiert hatte, eilt auf mich zu. Er grinst. »Ihr seid wirklich gekommen!«

Fünf Stufen führen hinauf in das Flugzeug, in die zehn Meter lange Röhre aus Aluminium, diesen Weltenwechsler, der in wenigen Stunden schafft, was den Fischern elf Monate lang unmöglich war. Für sie muss das fast etwas Magisches sein. Die Männer setzen sich in die blauen Polster, halten die Hände ineinander verschränkt, kneten sie, stützen die Köpfe auf ihre Fäuste, blicken verwirrt über die Sitzreihen. Die meisten sind noch nie

geflogen. Beim Start sehen sie durch die Fenster ein letztes Mal hinaus auf dieses rote Land. »Sie haben mein Leben zerstört«, wird Ibrahim später sagen. »Der Tod«, sagt Yunis, »ist für die noch zu wenig.«

Ein erster Zwischenstopp in Nairobi. Die Plastikrüte in der Hand, läuft Ibrahim über die Rollfläche, einer vom Bodenpersonal geht voraus. Links und rechts kreuzen große Passagiermaschinen. In der Sicherheitsschleuse schieben sich Touristen aus Europa an den Fischern vorbei, sie beschwerten sich, dass die Behörden die Gruppe bevorzugen. »Wir wollen auch nach Hause!«, rufen die Touristen laut. »Jeder hat es eilig!« Die Weißen kommen von einer Safari. Also lassen die Kenianer Ibrahim's Männer warten. Das Personal an der Schleuse herrscht Ibrahim auf Englisch an, er solle den Gürtel abnehmen, alles Metall, die Tüte auf das Band legen, er versteht nicht, sie rufen gereizter, er setzt sich wieder hin. Kurz vor dem Ziel will er keinen Fehler machen.

»Geburtsdatum?«, fragt ihn der Beamte der pakistanischen Botschaft wenig später. »Geburtsort, Name.« Der Diplomat begrüßt die Gruppe im Transitbereich mit einem Kopfnicken. Er schaut durch die Männer hindurch, gibt ihnen nicht die Hand, versorgt sie nicht mit Wasser. Er hat mehrere Stunden im Flughafen gewartet und will nach Hause. Hektisch kaut er auf seinem Kaugummi. Die Katastrophe, die Ibrahim und seinen Leuten widerfuhr, betrachtet der Beamte offenbar als ein ausschließlich bürokratisches Problem. Er lässt Passbilder machen, nimmt Fingerabdrücke. Drei Botschaftsmitarbeiter an einem Flugschalter fertigen vorläufige Pässe an. Dann

bekommen die Fischer ihre Tickets, die sie nicht lesen können, und werden zum Abflug-gate geführt. Der Beamte lässt die Abgemergelten stehen, mit leeren Mägen. Sie sind gerettet. Doch es ist eine Rettung dritter Klasse. Zu diesem Zeitpunkt wissen die Familien in Piskhan immer noch nicht, dass die Männer am Leben sind. Und niemand kommt auf den Gedanken, sie zu informieren.

Ibrahim führt die Gruppe bis zum Schluss, er ist der Kapitän, er versucht es zumindest zu sein, er dirigiert seine Crew mit leisen Gesten – auch im Flughafen in Dubai, wo sie den Anschlussflug suchen. Die Fischer bewegen sich durch ein Labyrinth aus Rollbändern und Fahrstühlen. Ibrahim geht voraus, mit dem Zeigefinger weist er unsicher die Richtung. Die Köpfe im Nacken, ziehen sie durch die Glaskathedralen. Sie zögern vor Rolltreppen, denn Rolltreppen haben sie noch nie benutzt. Auf den Toiletten schauen sie zum ersten Mal nach zehn Monaten in den Spiegel. »So sehe ich jetzt also aus«, sagt Ibrahim, der 30 Kilogramm abgenommen hat. Es ist nun die zweite Nacht, die sie nicht schlafen. In der Anschlussmaschine bestellt sich jeder ein Heineken, ein zweites noch, bald ist Pakistan unter ihnen, die Küstenlinie, die sie vor einem Jahr verließen. Im Landeanflug drücken sie die Gesichter an die Fenster.

Niemand erwartet sie in Karachi. Die Polizei sperrt die Ankömmlinge in einen vergitterten Bus. Die Fischer kehren zurück in ein Land, das seit Jahren in der Staatskrise ist, in sich zerrissen, chronisch am Abgrund. Was Somalia ist, droht Pakistan zu werden. Geheimdienste sind der Zement dieses Staates, er



Kapitän Ibrahim, wieder zu Hause bei seiner Familie in Piskhan

wird zusammengehalten von Angst und Misstrauen. Die Fischer werden in eine Zelle gesperrt, verhört, an einer Wand wird ihre Körpergröße vermessen. Doch endlich, in der folgenden Nacht, sperren die Polizisten die Tore auf, endlich darf Ibrahim seinen Cousin in Karachi anrufen, der holt ihn ab, umarmt ihn, umarmt die anderen. Nimmt sie mit in das Viertel, wo viele leben, die aus Piskhan sind. Die Menschen strömen aus den Häusern, sie umringen die Wagen, mit denen Ibrahim's Männer eintreffen, rufen, weinen, wirbeln vor Freude im Kreis, Männer wie Frauen, sie schlingen die Arme um die Totgeglaubten.

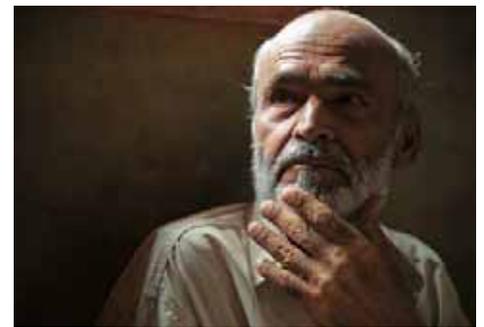
»Ich will nie wieder aufs Meer«, sagt Ibrahim beim Frühstück am nächsten Tag. Er möchte Händler werden, Fisch verkaufen, es gibt ja nur Fisch in Piskhan, sagt er, aber nie mehr möchte er raus auf die offene See. Er senkt beim Essen den Kopf, die anderen sehen schweigend auf ihn.

Auch Saleh, der Koch, verkündet an diesem Morgen seinen Abschied. »Ich kann es nicht mehr. Wenn ich die Augen schließe, höre ich das Brüllen der Somalier.« Er werde sich in Piskhan ein Restaurant suchen, das Leute braucht, sagt er. »Und ihr«, er zeigt in die Runde, »habt dann alle Hausverbot. Ich möchte da nichts haben, was mich an diese Zeit erinnert.« Die Männer lachen, dann lacht auch Saleh. Es wird nicht ganz klar, wie ernst er es meint. In der Millionenmetropole Karachi verbringen sie vier Tage. Die Marineverwaltung will weitere Auskünfte, Mohamad und drei andere müssen zum Arzt. Immer mehr Verwandte eilen zu ihnen ins Viertel. Es gesellen sich jetzt auch Fernseheteams dazu, sie

parken ihre Übertragungswagen in den engen Gassen. Die Bewohner reagieren aggressiv auf ihre Ankunft. Schreien sie an. Warum sie jetzt erst kämen! Es ist die Wut eines Volks, das sich von den Medien sonst ignoriert fühlt. Fast kommt es zum Handgemenge.

Die Wiederkehr der Fischer droht zum politischen Streitfall zu werden. In ihrer Heimatprovinz ist Bürgerkrieg. Das Volk der Belutschen hat sein Nationalbewusstsein neu entdeckt, viele fühlen sich vom Zentralstaat unterjocht. Es gibt eine Untergrundarmee und Anschläge und Kämpfe. Ibrahim und seine Männer reden Belutschisch. Die Sprache des Nationalstaates – Urdu – verstehen sie kaum. »Ich rede Belutschisch!«, beharrt Ibrahim vor der Kamera. Der Reporter spricht aber nur Urdu. Die Stimmung ist aufgebracht. Die letzten Geiseln, die aus Somalia kamen, im Sommer des Jahres, waren ebenfalls Fischer, aber keine Belutschen, sondern Urdu sprechende Sindh. Sie empfing der Staatspräsident in Karachi am Flughafen. Tausende Menschen warteten, warfen Blumen, das Fernsehen berichtete live auf allen Kanälen, ein nationales Ereignis. »Aber wir sind keine Menschen«, erheben sich die Verwandten der Fischer. »Wir gehören nicht dazu.« Die Familien, bei denen wir, das ZEIT-Team, untergebracht sind, erhalten in der Folge Anrufe vom Geheimdienst. Spitzel kommen in ihre Häuser. Wir fühlen uns zunehmend unwohl.

Die Nachricht von der Rettung verbreitet sich entlang der Küste, die 700 Kilometer bis Piskhan. Unentwegt klingelt das Handy von Ibrahim's Cousin, in dessen Haus die Freigelassenen wohnen. Am Abend des zwei-



Mohamad Daad, der Älteste

ten Tages spricht der Kapitän zum ersten Mal mit seiner Frau. Er entfernt sich von der Gruppe, steht da mit gebeugtem Haupt. »Den Kindern geht es gut«, erzählt er anschließend. »Mein Junge hat immer noch keine Lust auf die Schule. Er will nur am Strand spielen.« Er strahlt. Imran. Der ist jetzt fünf, nach ihm hatte er das Schiff benannt. Einige von der Gruppe nutzen die Wartezeit in Karachi, um sich endlich von den westlichen Herrenhemden zu befreien, die sie in Somalia geschenkt bekamen. Sie gehen zum Schneider und bestellen sich den traditionellen Shalwar, zum Glück haben sie die paar Dollars aus Somalia. Andere sitzen beim Friseur oder kaufen ihren Kindern Spielzeug. »Damit die nicht denken, wir waren im Ausland und bringen nichts mit.« Mohamad, der Älteste, geht zum Arzt. Er kann nachts vor Schmerzen in den Beinen kaum schlafen.

Die Menschen des Viertels säumen die Straßenränder, Kinder und Frauen treten an die Fenster, sitzen auf den Balkonen, sie winken den Fischern, die in einem Minibus den Ort verlassen. Der Wagen bringt die Gruppe zum Terminal, wo die Überlandbusse nach Belutschistan abfahren. Dort nehmen sie Ab-



Die Boote am Strand von Piskhan, viele der gekidnappten Fischer wollen nicht zurück aufs Meer

schied von Mohamad, dem Ältesten, der den Bus in einen anderen Ort nehmen muss. Ibrahim kauft ihm eine Sitzkarte und telefoniert später mit dem Busfahrer, um sicherzustellen, dass Mohamad den Wagen gefunden hat. Mohamad wird acht Stunden später ankommen. In den Straßen wird geschossen, nach einer Bombenexplosion feuern Armee und Separatisten aufeinander. Der Krieg in seiner Heimat hat ihn wieder, kaum setzt er seinen Fuß in den Staub der Stadt. Mohamad, dem die Beine schmerzen, hat keine Wahl. Seine Familie ist zu arm, um ihn zu holen. Er setzt sich an die Straße und wartet, dass ihn ein Lastwagen in sein Dorf mitnimmt.

Ich bleibe zurück. Ich verabschiede mich von den Fischern am Busterminal. Ausländischen Journalisten sind Reisen nach Belutschistan untersagt. Angeblich aus Sicherheitsgründen. So wie die Männer der *Al Imran* aus

dem toten Winkel der Weltöffentlichkeit kamen, verschwinden sie wieder in ihm.

Der Kapitän bringt seine Männer sicher nach Hause. Er ruft uns am nächsten Morgen an. Ich höre aufgeregte Stimmen. Die Leitung surrt. Ganz Piskhan ist auf den Beinen. Bereits morgens um fünf Uhr, als sie das Dorf erreichen, spielen Musikkapellen auf den Straßen.

»Mein Sohn sitzt auf meinem Schoß«, sagt Ibrahim. »Er schaut mich ganz seltsam an. Er kennt mich gar nicht mehr.« Die ganze Verwandtschaft drängt ans Telefon. Seine Schwester weint. »Wir wussten nicht, ob er am Leben ist.« Der Onkel, dem sie jetzt das Handy in die Hand geben, der frühere Besitzer der *Al Imran*, erzählt, wie die Familie nach Ibrahims Verschwinden verarmte. Eine Mahlzeit jeden zweiten Tag. Sie hätten sich von überall Geld geliehen und den letzten Obstgarten verkauft, von dem sie sich niemals hatten trennen

wollen. »Ibrahim ist in diesem Jahr für uns tausendmal gestorben und tausendmal auferstanden«, erzählt der Onkel. Er wundert sich, wie sehr sich der Rückkehrer verändert habe. »Das macht mir Sorgen. Früher alberte der immer herum.« Jetzt sei er so ruhig. So ernst.

In den nächsten Wochen besuchen den Heimkehrer pakistanische Fotografen. Die Fotos, die Ibrahim uns schickt, zeigen ihn mit den Kindern. Die Kinder schauen zur Seite, der Blick ihres Vaters ist leer. Für ihn ist die Geiselhaft noch nicht vorbei.

Ich, der Reporter, kehre nach Deutschland zurück und bin wieder dort, wo alles begann. Ich setze mich an den Computer und sehe den Cursor, der aufblinkt. »Wie war es?«, springt eine Nachricht von Abdisalam Osman aus Somalia auf den Schirm. »Sind alle nach Hause gekommen? Geht es ihnen gut? Erzähl!«

Ich habe einen Traum





Monica Lierhaus

»Ich träume häufig davon, wieder allein sein zu können«

Kürzlich stand ich in einem Traum wieder im *Sportschau*-Studio und moderierte die Bundesliga. Nach dem Aufwachen konnte ich mich deutlich an die Worte erinnern, mit denen ich das Publikum begrüßt hatte: »Es hat lange gedauert, aber jetzt bin ich endlich wieder da. Herzlich willkommen zur Bundesliga-*Sportschau*.« Das war ein wunderschöner Traum!

Zurzeit macht mir meine Aufgabe als Botschafterin der ARD-Fernsehtotterie sehr viel Spaß, und es bedeutet mir viel, anderen Menschen in schwierigen Situationen Mut zu machen. Aber mein großer Traum ist es, bei der Fußball-WM 2014 dabei zu sein. Nicht nur als Zuschauerin, sondern aktiv als Journalistin. In welcher Funktion genau, weiß ich noch nicht. Fußball ist mir immer noch sehr wichtig. Sicher, auch das Zusehen macht großen Spaß. Ich habe nicht eine *Sportschau* verpasst, seit ich aus dem Krankenhaus entlassen wurde. Aber ich wünsche mir sehr, selbst wieder dort im Studio zu stehen, dabei zu sein.

Natürlich träume ich davon, gesund zu werden. Vor allem mein Rücken schmerzt noch häufig. Schmerzfreiheit wäre wunderbar. Doch der Traum, der über allem steht, ist die Rückkehr

in die Normalität. Seit fast drei Jahren bin ich damit beschäftigt, alles wieder neu zu lernen. Einfache Dinge wie mit Messer und Gabel essen oder Knöpfe schließen fallen mir noch furchtbar schwer. Das ist anstrengend, oft deprimierend. Ich war immer schon ein ungeduldiger Mensch. Häufig wünsche ich mir, alles würde schneller gehen und wäre weniger mühsam. Es gibt Momente, in denen ich alles hinwerfen möchte, jeden Tag. Vor einigen Jahren habe ich davon geträumt, wie die »bezaubernde Jeannie« mit einem Blinzeln Dinge verändern zu können. Diese Vorstellung ist nun noch reizvoller für mich. Aber ich weiß, dass sich die Mühe lohnt. Und ich habe wunderbare Menschen, die mir Kraft geben, meine Familie, meinen Partner.

Trotzdem träume ich auch häufig davon, wieder allein sein zu können, nicht mehr auf andere angewiesen zu sein. Meine Unabhängigkeit wiederzuerlangen. Zurzeit sind den ganzen Tag Menschen um mich herum. Ich war immer sehr gern allein, das geht heute nicht so gut, mehr als wenige Stunden am Tag sind noch nicht möglich. Ich träume davon, für mich zu sein, zu lesen, spazieren zu gehen, zu schreiben. Früher, vor der Operation, war

ich ein sehr unabhängiger Mensch. Jetzt bin ich noch sehr abhängig, von Freunden, der Familie, Ärzten und Pflegern. Sicher, es wird Stück für Stück besser, ich erarbeite mir langsam meine Eigenständigkeit zurück, aber eben in sehr kleinen Schritten.

Ich träume nicht davon, wieder die Gleiche zu werden, die ich früher war. Ich weiß, dass das unmöglich ist. Aber ich wünsche es mir auch nicht. Die Krankheit hat mich verändert, es ist in Ordnung, eine andere zu sein. Früher war ich zum Beispiel nicht nur sehr ungeduldig, sondern auch sehr ungnädig, mit mir selbst, aber auch mit anderen. Heute bin ich viel milder und gnädiger.

Monica Lierhaus,

41, moderierte von 2004 an die ARD-»Sportschau« und berichtete von der Fußball-EM und -WM. Im Januar 2009 wurde ihr ein Hirnaneurysma entfernt. Aufgrund von Komplikationen während der Operation wurde sie in ein künstliches Koma versetzt, das vier Monate dauerte. Seit März 2011 ist sie Botschafterin der Fernschlotterie »Ein Platz an der Sonne«

DIE TRINKENDE FRAU (7)

Wenn die Suche nach wilder Romantik in einer Kaschemme endet



Taxifahrer sind eigentlich »a girl's best friend« – was man von Averno nicht unbedingt behaupten kann

Von Elisabeth Raether

NEULICH FAND ICH mich rauchend und Averno – zucker-süßen Italolikör – trinkend in einer Kaschemme außerhalb der Stadt wieder. Was war geschehen? Die Taxifahrt dorthin führte durch dunkle Industriegebiete und kostete 25 Euro. Ich dachte, der Taxifahrer will mich entführen. Das klingt witzig, aber es ist mir wirklich mal passiert, dass ein Fahrer mir lüstern das Knie getätschelt hat, als ich gerade am Bezahlen war. Es war ein Vertrauensbruch, über den ich lange nicht hinwegkam, denn Taxifahrer sind *a girl's best friend*. Sie sind immer auf deiner Seite, sehen diskret weg, wenn du aus unterschiedlichen Gründen schluchzend auf der Rückbank sitzt. Das Taxi ist eine Art fahrendes Frauenhaus, der Ort, an den man sich rettet, wenn man zum Beispiel mit Stöckelsandalen in eine Packung Ayran getreten ist, die auf dem Bürgersteig herumlag, oder wenn man aus Versehen ein bisschen zu viel getrunken hat und schnell nach Hause sollte, bevor man noch weiter fremden Menschen in der Bar vom wirklich sehr süßen Hund erzählt, mit dem man seine Kindheit verbracht hat und der dann starb, sanft entschlief mit 14 Jahren (ungefähr 80 Menschenjahre).

An dem Averno-Abend wollte mich allerdings niemand entführen oder auch nur betätscheln – diese Zeiten sind für mich für immer vorbei, neulich rief ein junger Mann mir auf der Straße »He, Mutter« hinterher, was, glaube ich, nicht als Kompliment gemeint war.

In die Kaschemme hatten mich Leute eingeladen, die auf der Suche nach wilder Romantik sind. Deshalb geht man an diese Trash-Orte, in neonbeleuchtete Chinarestaurants, Fischimbisse unter S-Bahn-Bögen, indische Teestuben mit Plastikstühlen. Es ist eine verständliche Reaktion auf die Gourmetisierung der Welt. Alles, was man zu sich nimmt, soll heute ja köstlich, hausgemacht, unwiderstehlich, perfekt schmecken. Über Weinkenner musste man sich schon immer lustig machen, aber jetzt gibt es auch Wodka-, Bier- und Tonic-Water-Kenner.

Kürzlich sprach mich in einer Bar ein Mann um die sechzig an, er empfahl mir einen Whisky, dessen hervorragendes Torfaroma er lobte. Ich freute mich schon, dass ich offenbar wenigstens bei Männern dieser Altersgruppe nichts von meinem Charme eingebüßt habe, aber er wollte wirklich nur über Torfaroma sprechen.

Averno, der wie DDR-Hustensaft schmeckt, ist ein gutes Gegenmittel gegen den eigenen Gourmet-Nerdismus. Man verzieht das Gesicht, spürt, wie die zähflüssige Masse die Speiseröhre hinunter-sickert, bekommt eine Ahnung vom Sodbrennen, das ganz sicher folgen wird, und besinnt sich: Was ist wirklich wichtig im Leben? Soll auf meinem Grabstein stehen: Was ihre Drinks angeht, traf sie immer eine hervorragende Wahl?



Da blüht schon was! Blumenkleid von René Lezard, 399,90 Euro

Sag mir, wo die Blumen sind

Tillmann Prüfer über florale Muster

Wenn man sich die Mode für den kommenden Frühling anschaut, bekommt man den Eindruck, dass es völlig egal ist, wie das Wetter wird. Es blühen ohnehin überall Blumen. Orchideen bei Proenza Schouler, Sonnenblumen bei Rodarte. Plumeria bei Alexander Wang. Fast meint man, dass die Kleider duften würden, aber das mag daran liegen, dass Parfüms der Saison auch bevorzugt an Blumendüften wie Rose oder Orangenblüten orientiert sind. Es ist eben alles ein Garten. Die Blumenmotive sind oft so eng gedruckt, dass etwa ein Kleid von Nina Ricci ein perfekter Tarnanzug wäre, sofern man sich damit vor eine Blümchentapete stellte.

Das Colour-Blocking löst sich im Kleingeblühten auf. Nachdem die Frau von der Mode in den vergangenen Jahren mit maskulinen Schnitten, leuchtenden Farbflächen und Schulterpolstern immer größer gemacht wurde, bekommt sie nun wieder eine lieblichere, mädchenhaftere Note. In der neuen Mode spiegelt sich eine Sehnsucht nach Romantik wider.

Außerdem entdecken auch die Modedesigner gerade den Garten wieder für sich. Tomas Maier, der Chefdesigner von Bottega Veneta, etwa pflegt gerne den Garten seines Hauses. Der Belgier Dries van Noten besitzt bei seinem Haus in dem kleinen Städtchen Lier ein 24 Hektar großes Gelände mit Obstbäumen, Gemüsebeeten und Blumenwiesen. In einem Interview sagte er, dass er beim Gärtnern die Demut lerne: »Im Garten ist man total von der Natur abhängig – manchmal muss man um Regen betteln, manchmal regnet es drei Monate lang.« In der Mode hingegen tue man oft so, als sei man Gott.

Zwar ist die Mode keineswegs unabhängig vom Wetter (davon können gerade viele Einzelhändler berichten, die für den warmen Winter viel zu viele Daunenjacken eingekauft hatten). Doch das demütige »Zurück zur Natur« passt bestens in die Zeit. Immer wenn der Mensch sich gerade von sich selbst überfordert fühlt, flüchtet er sich in Rosen und Wicken. So war es nach der Industrialisierung der Jugendstil, der mit seinen rankenden Motiven die Kunst eroberte. Vielleicht sind wir heute auch wieder an so einem Punkt. Vielleicht aber haben es moderne Frauen auch einfach nicht mehr nötig, sich breiter zu machen, als sie sind – und mögen Blumen.



Rollender Würfel

Christine Brinck und Josef Joffe
fahren den Kia Soul 1.6 GDI

Der Mini ist zu flach, der Smart zu winzig, der »Elch« zu bieder. Zum ersten Mal fiel uns der Kia Soul im Silicon Valley ins Auge, einer Hochburg des Hip. Der Soul will so cool sein wie ein Mini, überragt ihn aber dezidiert in Höhe und Länge. Dieser Crossover kommt als rollender Würfel daher, der alles zu vereinen versucht: ein bisschen Kombi, ein bisschen SUV (aber ohne Vierrad-Antrieb) – bullig im Auftritt, bescheiden im Verzehr von kostbarem Parkraum.

Ein Hingucker ist er trotzdem. Ein Kollege lobte die Erstversion des Soul (2009) als »Lifestyle-Auto«, das »seiner Zeit voraus« sei. Doch wer hip und praktisch, geräumig und kompakt sein will, der versucht zu viel. Ein Sitzriese hat über dem Scheitel noch reichlich Luft, hinten hat der Airline-konforme Rollkoffer schon Probleme; fürs Feriengepäck einer Familie ist der Kofferraum tabu. Die sechs Gänge lassen sich flüssig schalten, aber sechs sind einer zu viel für den Kleinen. Ältere, arthrosegeplagte Menschen werden sich auf den ersten Blick über die hohen Sitze freuen; für den eleganten Einstieg sind sie leider zu hoch. Beim eleganten Ausstieg vergreift sich die ausladende Türschwelle am zartbestrumpften Bein.

Am besten fährt man den Soul mit seiner ausgeklügelten Start-Stop-Automatik in der Stadt oder im Stau, das heißt: gemächlich und die Landschaft genießend. Bei höherem

Tempo wird es ungemütlich. Der Rollkubus vergibt wenig. Er rüttelt und schaukelt, hoptelt und wummert selbst auf der frisch geteerten Autobahn. Ein Rätsel. »Mir ist das Ding zu blechern«, murrte die Tochter, die allerdings (dafür kann der Soul nichts) seit ihrer Kleinkindzeit an Volvo-Panzer gewöhnt ist. Cool ist das im Rückspiegel integrierte Bild der Heckkamera, nicht so cool sind die hellgrauen Plastikblenden im Inneren, die gebürstetes Aluminium suggerieren wollen. Alles in allem ist der Soul ein »work in progress«. Der Motor der 2012er-Version hat im Vergleich zum Vorgänger 14 PS zugelegt, die Lärmdämmung ist verstärkt worden. Doch gibt es noch einiges zu tun. Die Dezibel müssen runter, die Dämpfung muss rauf, ein paar mehr PS für die 1400 Kilo dürfen auch sein. Gepriesen aber sei das mutige Design. Wer für wenig Geld viel Platz und dazu einen Stadtwagen will, der aus dem Einerlei des gängigen Techno-Barocks hervorsticht, darf den Verrat am sieben Zentimeter längeren Golf proben. Dieser Zwitter, pardon: Crossover, macht was her.

Christine Brinck ist ZEIT-Autorin,
Josef Joffe ist Herausgeber der ZEIT

Technische Daten

Motorbauart: 4-Zylinder-Benzinmotor

Leistung: 103 kW (140 PS)

Beschleunigung (0–100 km/h): 10,4 s

Höchstgeschwindigkeit: 180 km/h

CO₂-Emission: 149 g/km

Durchschnittsverbrauch: 6,4 Liter

Basispreis: 15 900 Euro



Zählt gerade noch als Gemüse: Eine köstliche Variante des libanesischen Batata Harra

Von
ELISABETH RAETHER

Das allgemeine Diäthalten hat inzwischen dazu geführt, dass Rezepte für kalorienreiche Gerichte in einem etwas anzüglichen Ton verfasst werden, als wären sie Stellen in einem erotischen Roman. Wörter wie sinnlich, üppig und Geschmacksknospen fallen den Kochbuchautoren ein, wenn sie das beschreiben, was wir uns ständig versagen.

Ravinder Bhogal, eine junge Köchin aus England, nennt ihr Schokoladensoufflé gleich »sexy«. Unnötig zu sagen, dass sie schlank ist und einen seidigen Teint hat, als äße sie nichts anderes als gedünsteten Fisch und Brokkoli. (Sie hat in Gordon Ramsays TV-Kochwettbewerb *The F Word* den ersten Platz gewonnen – eine Kochshow, die allein deshalb mehr Tempo hat als alle anderen, weil Sternkoch Ramsay in jedem Satz das F-Wort unterbringt und eigentlich immer brüllt. Zuletzt erregte er Aufmerksamkeit, als er im Fernsehen das schlagende Herz einer Schlange verspeiste.)

In Ravinder Bhogals Kochbuch *Love to Cook*, auf Deutsch erschienen im Christian Verlag, gibt es verbotenes Essen wie Käsetoast mit Chili, das, schreibt sie, am besten vor dem Fernseher verzehrt wird. Es wird ein Kuchen gebacken, für den man eine ganze Packung Oreo-Kekse braucht, und es werden Reisbällchen frittiert.



Süßkartoffelsalat mit Koriandergrün
Chilidressing und Limettensaft, 3 längliche, große Süßkartoffeln, geschält und in 1 cm dicke Scheiben geschnitten, 6 EL süße Chilisaucе, 1 mittelgroße rote Zwiebel, ganz fein gehackt, 3 gehäuften EL gehacktes Koriandergrün, Saft von 1 reifen Limette

Ohnehin frittiert Ravinder Bhogal ziemlich gern. Es gibt Fish & Chips mit Ingwer-Mayonnaise, und sie schlägt eine köstliche

Variante des libanesischen Kartoffelgerichts Batata Harra vor, für die sie Süßkartoffeln ausbackt und mit einer Zitronen-Knoblauchsauce serviert.

Bhogals Süßkartoffelsalat mit Chili, Koriandergrün und Limettensaft ist schnell gemacht und vergleichsweise kalorienarm – wobei man sich keine Illusionen machen sollte. Die Süßkartoffel enthält so viel Zucker, dass sie nur ganz knapp noch als Gemüse durchgeht. (Weshalb die Japaner Süßkartoffeln zum Nachtisch essen, als eine Art festen, sehr süßen Pudding.)

Die Kartoffeln werden 10 bis 15 Minuten gedämpft, bis sie gar sind, aber noch etwas Biss haben. Auf einer Platte anrichten und gleichmäßig mit der süßen Chilisaucе übergießen. Die gehackte Zwiebel und das Koriandergrün darüber verteilen und dann mit Limettensaft abschmecken. Man kann den Salat sofort essen. Wenn man ihn noch einige Stunden durchziehen lässt, bis die Kartoffeln das Aroma aufgenommen haben, schmeckt er am besten.

Die großen Fragen der Liebe

Nr.

178

Darf sie die Blumen behalten?

Sarah schwärmte während der Schulzeit für Konstantin, scheinbar wurde ihr Interesse aber nicht erwidert, und man verlor sich aus den Augen. Mittlerweile ist sie seit Längerem mit Jens zusammen. Jeder hat zwar seine eigene Wohnung, aber die beiden verbringen viel Zeit miteinander. Zufällig treffen sich Sarah und Konstantin wieder, wobei sich Sarahs früheres Interesse abgekühlt hat. Konstantin jedoch scheint angetan von ihr und legt einen üppigen Blumenstrauß vor ihre Wohnungstür. Der Strauß gefällt Sarah sehr, und sie denkt zunächst, dass er von Jens kommt. Als sie ihren Freund darauf anspricht, reagiert dieser gereizt und fordert von ihr, den Strauß wegzuschmeißen.

Wolfgang Schmidbauer antwortet: Ich widerspreche Jens' Forderung, weil mir magisches Denken in jeder Form suspekt ist. Geschenke haben keine Anhaftungen, sie stehen, wenn wir sie mit klarer Vernunft betrachten, ganz für sich. Gleichzeitig sind sie Zeichen für Gefühle und Wünsche, die wir aber erst einmal genauer betrachten sollten, ehe wir sie zur Grundlage unseres Handelns machen. Jens unternimmt nicht einmal den Versuch, herauszufinden, ob Sarah ein Geschenk annehmen und zugleich einem Verführungsversuch widerstehen kann. Vielleicht schämt er sich auch, weil er schon länger nicht mehr auf den Gedanken gekommen ist, ihr Blumen mitzubringen.

Wolfgang Schmidbauer

ist einer der bekanntesten deutschen Paartherapeuten. Sein aktuelles Buch »Das kalte Herz. Von der Macht des Geldes und dem Verlust der Gefühle« ist im Murmann Verlag erschienen

Spiele

Logelei

A	B	C	D	E	F
G					
H			I	J	
K			L		M
N	O				
P		Q		R	

WAAGERECHT: A Vielfaches von C-waagerecht C K-waagerecht ist Vielfaches E Primzahl G Der Rückwert ist Vielfaches von R-waagerecht H Vielfaches des Rückwerts von P-waagerecht I Die Quersumme ist Quadratzahl K Palindrom L Querprodukt von K-waagerecht N G-waagerecht minus D-senkrecht P Quersumme von G-waagerecht Q Primzahl R Primzahl

SENKRECHT: A Quadratzahl B Vielfaches von J-senkrecht C A-senkrecht mal H-waagerecht D Die Quersumme ist A-waagerecht E Primzahl F Quadratzahl J I-waagerecht plus F-senkrecht K Vielfaches von E-senkrecht M Quadratzahl O Palindrom

Lösung aus Nr. 5

1. 6534 2. 5346 3. 180

Sudoku

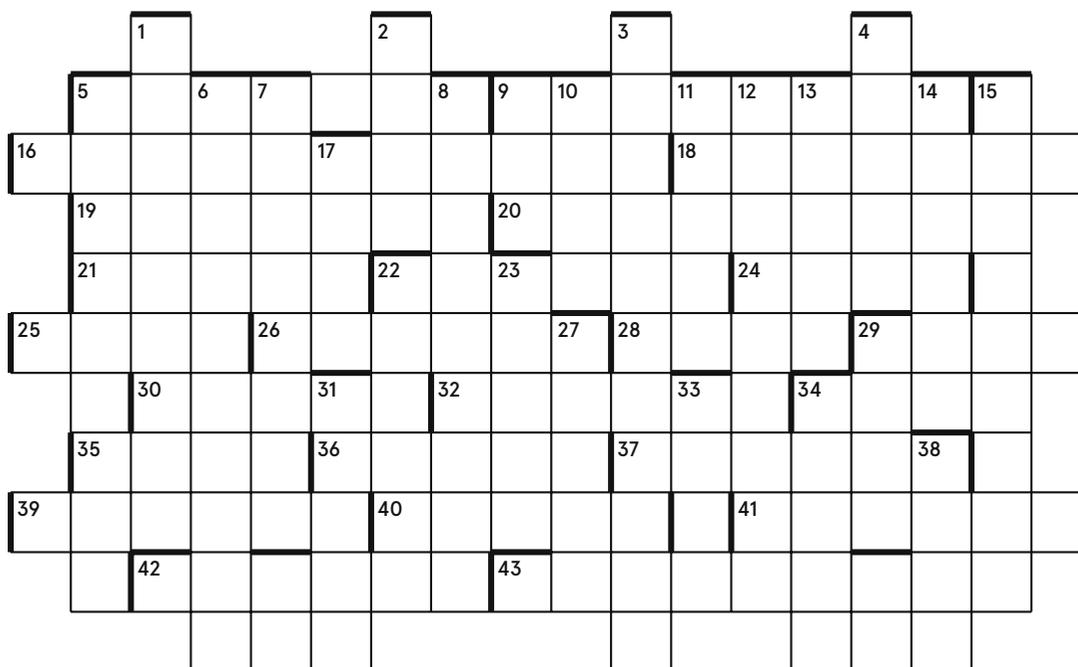
	1	6	5		9	4	8	
	2		6		8		9	
8		2				6		9
	4						3	
9		7				2		1
	7		8		4		6	
	8	9	3		6	5	7	

Lösung aus Nr. 5

9	3	6	7	2	4	1	5	8
4	5	2	3	1	8	6	7	9
8	7	1	9	6	5	2	4	3
1	4	3	8	9	2	5	6	7
2	9	7	1	5	6	8	3	4
6	8	5	4	3	7	9	1	2
3	6	9	2	4	1	7	8	5
7	1	4	5	8	9	3	2	6
5	2	8	6	7	3	4	9	1

Füllen Sie die leeren Felder des Quadrates so aus, dass in jeder Zeile, in jeder Spalte und in jedem mit stärkeren Linien gekennzeichneten 3×3 -Kasten alle Zahlen von 1 bis 9 stehen.

Um die Ecke gedacht Nr. 2105



WAAGERECHT: 5 Keineswegs unwichtiger Teil von Kraxlers Erfolgsgeschichte 9 Aus dem Kuchen gepickt von jenen, die's gern pomeranzig-herbe haben 16 Räder-Vorkommnis nicht zuletzt im Winter: Wie kommen Walzertänzer, Seilfabrikanten und Nudelmaschinen voran? 18 Hervorragender Ort für Blicke hinab auf Gethsemane 19 Zwei-Wort-Tipp zu ökonomischer Fortbewegung – allerdings: Im Winterwetter bewegt dies nur wenige 20 Laufbahn insbesondere im Mittelebigen 21 Für die Kameraleute: ein einziger Drehbandwurm 22 Vor jenen, die zu speisen oder zu reisen planen 24 Kein Wort der Begeisterung, wenn's vorm Haus steht 25 Sprich von ... mir nicht, wenn du nichts empfindest als Unmut über die Folgen der Schuld oder aus Furcht des Gerichts (Geibel) 26 Strichweise nützlich im Büro 28 Passt zu Kirchen wie die Saar zu Brücken 29 Kurz: denkt bei Musik insbesondere an klingende 32 waagerecht 30 Wer Gesetze schafft, muss streng, wer sie handhabt, ... sein (chines. Sprichwort) 32 Wiegt mehr als, zählt weniger als Schein 34 Oft nur ein halb voller Zettelkasten, weil so viele das Nichtwählen wählen 35 Eher kein Einzelfall in Aiolirezepten oder Laufapparatbeschreibungen 36 Eine macht noch keinen Korb – und zum Schnürchen fehlt ihr ein kleines Stück 37 Hat vermutlich gleich seinen großen Moment, wenn jemand auf Crash-Kurs ist 39 Schon ernster genommen, sprach wer bei Sesterzen nur von Scherzen 40 Je edler das ..., je böser die Laune (Bauernregel) 41 Allzu reichlich allzu lax verwendet – da kann man seinen Dokortitel abschreiben 42 Wäre zu Olims Zeiten die Aufschrift des Gefälltirmir-Buttons gewesen 43 Zackigere Nachbarn im Quellenrevier

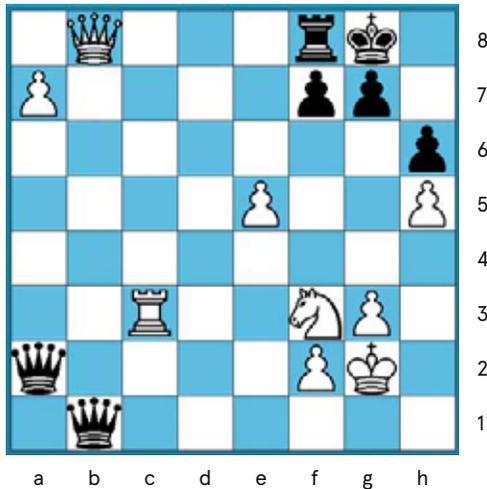
SENKRECHT: 1 Der Gewinner mit der 21 waagerecht macht's – oder sonst meist der, der schon den Auftrageauftrag hatte 2 Für die Aloe allerdings so was wie ein Nachname 3 Irgendwo im Winkel noch Rest vom Fest? Häufiges Element im Gebäck des Ameisenhügels 4 In der Megabeliebtheitsskala einfacher Gebrauchsgegenstände weit vorn 5 Des Mahles Garstart, des Fliegers Ankunft 6 Versteht sich als Teil für den ganzen hyperaktiven Klangkörper 7 Hitchcock-Werk, Jackson-Titelthema 8 Wie manch eine heiße Kartoffel, so das Meeresbrausen hinter den Dünen 9 Hat Rat bei Menschen je gegolten? Ein kluges Wort erstarrt im harten ... (Goethe) 10 Gewachsen über Monate, geschnitten eines eisigen Tages, genährt in trockener Woche, möge liegen noch Jahre 11 Gewisser Abstand zur profanen Welt erscheint ihr gelobenswert 12 Wie hier der Pudding auf dem Dessertteller, so dort der Machthaber ohne Machthabe 13 Gehört zu John wie Crocodile zum Rock 14 Ein durch-Nehmen wie in der Grundschule durchgenommen 15 Beleidigungen sind die ... derer, die über keine ... verfügen (Rousseau) 17 Eine 28 waagerecht nach Wurzelbehandlung 22 Anziehungspunkt am Ende von Durststrecke 23 Kraucht noch ungeflügelt, rollt nur unbereift 27 Öfter mal der Grund dafür, dass einer, der reinschaute, dumm dreinschaute 29 Eine Oberkante im Landschaftsbild 31 Zur Abwechslung auch mal Wurfobjekt beim Durchzieher 33 Bei Finanzinstituten von zentraler Bedeutung 34 Insbesondere in deren Gegend entschieden Römer: Viva Colonia! 38 Ziemlich artenreich beim 40 waagerecht

Lösung von Nr. 2104

WAAGERECHT: 7 VORBEIGEHEN 12 SECO = trocken (span.) 14 GEHOERGANG 17 REIBEREI in Keile-reiberei-ten 19 LUDWIG Uhland 20 ZEIT 21 TEILS und »teil's!« 22 ZWEI und zwei als zweiundzwanzig 23 ABRISSBIRNE 26 Pioniere und PIONEN = Pi-Mesonen, subatomare Teilchen 27 Puder-ROSARanch in »Der Schuh des Manitu« 29 angebl. Tausch Helgoland – SANSIBAR, aus B-a-s-i-s-r-a-n 30 TV-Serie »Denver-CLAN« 32 DATENTRAEGER 34 L-L in Aut-os: LAUTLOS 35 DUSCHEN 36 STERNE 37 TRÄTSCH über jemanden 38 ENTEN 40 ANAGRAMME 41 SHANTYS – **SENKRECHT:** 1 WOHLWOLLEN 2 VERWANDTER 3 ZENZI in Schür-zenzi-pfel 4 »A-Net« und C. ANET 5 UEBERSEHEN 6 das VORLEBEN und vorleben 7 VERZICHT 8 ROUEN 9 BEDIENUNG von Geräten, im Lokal 10 GAG 11 ERIS 12 SITIN 13 René DESCARTES, »Cogito ergo sum« 15 GIBRALTAR 16 GESANDTER 18 EINIGEN, einig werden und manchen 24 vor- wie rückwärts: ROTOR 25 ein BARSCH oder barsch 28 SESAM 29 STUSS 31 AARAU 33 ACHAT = Einkauf (franz.) 39 TYP

Spiele

Schach



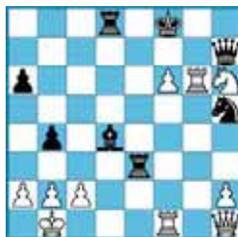
Zum Auftakt des London Chess Classic gab es für uns Zaungäste eine lustige Szene: Der englische Großmeister Nigel Short nahm sich eine der Krücken des in England aufgrund seiner Wimbledon-Siege immer noch sehr beliebten, aber diesmal humpelnden Ehren-gasts Boris Becker und erklärte diesem (und uns) auf einem Riesenschildschirm die Partien, indem er die Krücke über das Brett gleiten ließ und so wichtige Felder und Spielzüge besonders hervorhob. Boris nickte beifällig und verständnisinnig und meinte hinterher, dass Schach dem Tennis ähnlich sei, weil man es auch eins zu eins mit einem Gegner zu tun habe und vorausplanen müsse. Daraufhin waren alle zufrieden und nickten beifällig.

Doch auch ansonsten verlief das Turnier mit den ersten vier der Weltrangliste – Carlsen, Anand, Aronjan und Kramnik – zur vollen Zufriedenheit nahezu aller. Nur der andere Ehrengast, der 80-jährige, dreifache Vizeweltmeister Viktor Kortschnoi, meinte schon einmal, dass man bestimmte Züge doch nicht machen dürfe – auch im Schach war früher eben manches besser. Oder doch nicht?! Jedenfalls konnte ebenjener Kortschnoi sich, herzhaft lachend, mit den gerade Kritisierten an der gemeinsamen Analyse beteiligen.

Der klare Turniersieger war schließlich der russische Exweltmeister Wladimir Kramnik, der just in London im Jahr 2000 Kasparow entthront hatte.

Als Weißer hatte er gegen den Engländer David Howell eine Dame weniger und gewann doch mit einem mächtigen Zug sofort. Wie?

Lösung aus Nr. 5



Mit welchem ganz und gar unwahrscheinlichem Zug gewann Weiß schnell?

Nach **1.Db7!!** war die Dame wegen **1...Dxb7** **2.Tg8** matt tabu. Schwarz versuchte noch **1...Dxg6**, gab aber nach **2.Dxb4+** (die verborgene Pointe) **Ke8** **3.f7+** wegen **3...Kd7** **4.Dxd4+** nebst **5.Dxe3** auf

Lebensgeschichte

Herkunft, Familie, Umfeld, nicht zuletzt der schelmische, zuweilen auch grausame Meister Zufall prägen unser Leben. Wobei immer die große Frage offenbleibt: War der Zufall doch Schicksal, vorherbestimmt von höherer Macht? Ihr Leben etwa scheint im Rückblick so in sich so vollendet, dass man sich kaum vorstellen kann, wie es anders hätte verlaufen können. Gleichwohl wurde sie um vieles betrogen. Die unbeschwernte Kindheit, die Schwestern und Bruder genossen, vermochte sie nicht zu teilen; auch Ehe und Mutterschaft waren ihr nicht vergönnt. Eine Krankheit hatte sie getroffen, kaum dass sie laufen konnte, die Weichen waren von da an nicht mehr geradeaus, sondern auf Umwege eingestellt. Im Sande verlief jeder Versuch, gesund zu werden, auch ein berühmter Medizinalrat konnte nicht helfen, obwohl er viel Zeit und Wissen investierte. Mit etwa 17 Jahren hatte sie sich abgefunden mit ihrem Los und notierte: »... Gott hat es für mich so bestimmt ... das unnütze Suchen nach Heilung lässt den Menschen nicht zur Ruhe kommen.«

Von nun an verwandte sie ihre Energie auf ein neues Ziel. Immerhin hatte sie eine gute Schulbildung genossen, konnte lesen, schreiben, rechnen, zeichnen, singen und nähen. Nun ging es darum, den Lebensunterhalt zu sichern. Ihr Vater richtete ihr einen Kreativraum ein. Sorgsam und fleißig machte sie sich mit ihrer Tätigkeit bald einen Namen. Damals ahnte freilich niemand, dass sich das Ganze zum einmaligen Glücksfall entwickeln sollte – für sie und die Verwandtschaft, ja für die kleine Stadt, in der sie lebte.

Wer möchte heute die Anzahl der Menschen bestimmen, denen sie Freude bereitet hat? Sie leben auf allen Kontinenten, an Orten, die sie nie zu Gesicht bekommen sollte. Weite Reisen waren ihr aus gesundheitlichen Gründen nicht möglich, auch später nicht, als sie sich jede Kreuzfahrt hätte leisten können. Doch für das Reisen, das nunmehr dazu diente, neue Märkte zu erobern, setzte sie ihre zahllosen Neffen ein. Der Familie fühlte sie sich stets verpflichtet; sie hatte ja ihr Leiden mitgetragen. Nicht auszudenken, was für ein Leben sie ohne die Familie im Hintergrund erwartet hätte – so aber konnte sie ihre Talente entfalten, ihre Ideen in Taten umsetzen und den folgenden Generationen ein Erbe hinterlassen, gemäß ihrem Motto: »Für unsere Kinder ist das Beste gerade gut genug.«

Zufall? Schicksal? Krzysztof Kieslowski, der große Kinomystiker, war überzeugt: »Der Zufall ist ein Zeichen des Schicksals, oft weiß man nicht davon zu profitieren, weil man nichts über die eigene Zukunft weiß. Doch manchmal gelingt es durch Instinkt oder Reflexion. Es gibt einen Weg, den wir verfolgen, Zufall oder Schicksal, wobei unser Wille vielleicht bestimmend ist. Man muss den Zufall lesen können. Und ihn verdient haben.« Kein Zitat könnte besser passen auf sie, die Willensstarke, die Beherzte. Wer war's?

Lösung aus Nr. 5

Was an der Geschichte von Pocahontas (um 1595 bis 1617) Legende und was historisch verbürgt ist, ist umstritten. Historiker berufen sich hauptsächlich auf den Bericht von Captain John Smith, der 1607 mit einem Haufen heruntergekommener Abenteurer an der Küste von Virginia landete. Diese frühen Kolonisten hatten keine Skrupel, die Nahrungsvorräte der Powhatan-Algonkin zu plündern, deren »Kaiser« Pocahontas' Vater war. Über ihre Heirat mit John Rolfe 1614 erregte sich nicht nur König James, ihre Englandreise sollte der Werbung für die Virginia Company dienen. Rolfe pflanzte als Erster Tabak in Virginia: Damit begann der Aufstieg der Kolonie und zugleich der Untergang der Powhatan. Der gemeinsame Sohn Thomas begründete die Pflanzerdynastie der Randolphs

Scrabble



Die Zeit der großen Coups ist vorbei. Mit BEUCH (siehe Lösung) gab es im jüngsten Zug noch einmal ein Wert in den 50ern zu feiern. Die auf dem Bänkchen und im Beutel (A, N) verbliebenen Buchstaben lassen jedoch nichts Punktereiches mehr erwarten.

Da aber Kleinvieh auch beim Scrabble Mist macht, spielen wir heute und in der nächsten Woche noch je eine Runde in dieser fortlaufenden Partie, dann wird abgerechnet. Ich bin gespannt, wie häufig ich mit meinen ohne Hilfsmittel recherchierten Favoriten danebenlag, zumal viele Leser bereits bessere Lösungen andeuteten.

Zur heutigen Spielsituation: Von den dunkelroten Prämienfeldern ist allein jenes auf O15 zugänglich. Der einzig denkbare Zug IN (O14–O15) verbietet sich allerdings von selbst, da das Wort, etwas weiter links platziert, bereits deutlich mehr Punkte bringt. Letztlich fand ich noch zwei höher, mit Werten in den 20ern dotierte Begriffe.

Wie lauten sie und wo sind sie anzulegen?

- Dreifacher Wortwert
- Doppelter Wortwert
- Dreifacher Buchstabenwert
- Doppelter Buchstabenwert



Lösung aus Nr. 5

Die Form BEUCH (vom Verb »beuchen«) auf O1–O5 brachte insgesamt 56 Punkte. 44 Punkte gab es für HÖBE auf 1F–1I

Es gelten nur Wörter, die im Duden, »Die deutsche Rechtschreibung«, 25. Auflage, verzeichnet sind, sowie deren Beugungsformen. Die Scrabble-Regeln finden Sie im Internet unter www.scrabble.de

Impressum

Chefredakteur Christoph Amend
Stellvertr. Chefredakteur Matthias Kalle
Art Director Katja Kollmann
Creative Director Mirko Borsche
Berater Andreas Wellnitz (Bild)
Textchefin Christine Meffert
Redaktion Jörg Burger, Wolfgang Büscher, Heike Faller, Ilka Piepgras, Tillmann Prüfer (Style Director), Jürgen von Rutenberg, Matthias Stolz
 Mitarbeit: Markus Ebner (Paris), Elisabeth Raether, Elisabeth von Thurn und Taxis (New York), Annabel Wahba
Fotoredaktion Michael Biedowicz (verantwortlich)
Gestaltung Nina Bengtson, Jasmin Müller-Stoy, Mitarbeit: Mirko Merkel, Gianna Pfeifer
Autoren Marian Blasberg, Carolin Emcke, Herlinde Koelbl, Louis Lewitan, Harald Martenstein, Paolo Pellegrin, Lina Scheynius, Wolfram Siebeck, Jana Simon, Juergen Teller, Moritz von Uslar, Günter Wallraff, Roger Willemsen
Produktionsassistentz Margit Stoffels
Korrektorat Mechthild Warmbier (verantwortlich)
Dokumentation Mirjam Zimmer (verantwortlich)
Herstellung Wolfgang Wagener (verantwortlich), Oliver Nagel, Frank Siemienski
Druck Prinovis Ahrensburg GmbH
Repro Twentyfour Seven Creative Media Services GmbH
Anzeigen DIE ZEIT, Matthias Weidling (Gesamtanzeigenleitung), Nathalie Senden
Empfehlungsanzeigen iq media marketing, Axel Kuhlmann, Michael Zehentmeier
Anzeigenpreise ZEITmagazin, Preisliste Nr. 6 vom 1. 1. 2012
Anschrift Verlag Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Eingang Speersort 1, 20095 Hamburg; Tel.: 040/32 80-0, Fax: 040/32 71 11; E-Mail: DieZeit@zeit.de
Anschrift Redaktion ZEITmagazin, Dorotheenstraße 33, 10117 Berlin; Tel.: 030/59 00 48-7, Fax: 030/59 00 00 39; www.zeitmagazin.de, www.facebook.com/ZEITmagazin, E-Mail: zeitmagazin@zeit.de



Im nächsten Heft:

Unser ZEITmagazin-Spezial zur Berlinale widmen wir diesmal dem Studio Babelsberg in Potsdam, das dieses Jahr seinen 100. Geburtstag feiert

Viel um die Ohren: Tillmann Prüfer über auffällig großen Ohrschmuck bei den Modenschauen der vergangenen Wochen

Diese Woche in der iPad-App »DIE ZEIT«: Hart, aber herzlich: Eine Galerie zu unserer aktuellen Titelgeschichte mit weiteren Werken des Schweizer Künstlers Urs Fischer

Herr Timmerberg, Sie waren Ihr Leben lang ein Abenteurer, der durch die Welt gestreift ist. Wo haben Sie sich am glücklichsten gefühlt?

Als ich 1990 das erste Mal in die Altstadt von Marrakesch kam, habe ich sofort gesagt: Hier will ich nicht mehr weg.

Was hat Sie so begeistert?

Diese mittelalterliche Wahnsinnsarchitektur mit ihren Treppchen und Gässchen. Es war für mich ein gebautes Märchen. Wichtig war auch das Licht. Als ob es bestimmte Einfallswinkel der Sonne auf der Welt gibt, die neurologisch etwas bewirken. Ich war da auf der Stelle gut drauf. Ich hatte damals mit einem extrem hartnäckigen Liebeskummer zu kämpfen, der schon seit zwei Jahren nicht weichen wollte. Ich stieg in Marokko aus dem Flieger und lief die Gangway runter und: Bumm! Vom selben Tag an war der Liebeskummer weg. Ich hatte immer eine Vorliebe für den Orient und bin dann fünf Jahre geliebt.

Warum sind Sie dann trotzdem gegangen?

Zum einen hatte ich das Gefühl, hinter jeden Schleier geschaut zu haben. Und dann hat ja auch jedes Volk seine negativen Seiten. Die Marokkaner sind total musikalisch, unheimlich lustig, tolle Geschichtenerzähler. Sie reden nie über Probleme, das finden die sofort peinlich, wenn du mit Problemen ankommst. Kommunikation ist ein Pingpongspiel von Scherzen und Geschichten, sie sind charmant bis zum Gehnichts mehr. Und Marokko ist das Königreich der Kiffer, und ich bin ja Kiffer. Also dachte ich: Ich habe ein Leben lang an den falschen Orten gewohnt, hier gehöre ich hin. Aber nach fünf Jahren bekam ich auch die negativen Seiten mit. Die haben tausendmal in deinem Haus gegessen, Tee getrunken, geraucht, gegessen, du warst mit denen in der Wüste, trotzdem beschließen die dich immer noch. Du weißt natürlich: Das machen die untereinander auch, aber ich konnte damit nicht umgehen. Da besuchte mich ein Freund aus Hamburg, der viel reiste. Dem gefiel es nicht, dass ich mich wie eine Topfpflanze festgesetzt hatte. Der erzählte mir: »Ich war neulich wieder in Havanna, das ist der Hammer! Komm mit.« Und tatsächlich: Havanna 1995 war eine einzige Salsa-Party. So etwas hatte ich noch nicht erlebt.

Wie konnten Sie sich das Partyleben leisten?

Die *Bunte* hatte diese drei Seiten »Leute von heute, gestern und morgen«. Der damalige Chefredakteur Franz Josef Wagner wollte, dass

Das war meine Rettung

»Ich lief die Gangway runter und: Bumm!«

Der Autor Helge Timmerberg über seine vielen Reisen und einen Ort, der seinen Liebeskummer heilte



Helge Timmerberg,

59, ist als Journalist und Autor vor allem für seine Reisereportagen bekannt. Im März erscheint sein neues Buch »African Queen. Ein Abenteurer«. Timmerberg lebt in St. Gallen und Wien

Ijoma Mangold

gehört neben der Fotografin Herlinde Koelbl und dem Psychologen Louis Lewitan zu den Interviewern unserer Gesprächsreihe. Mangold ist Redakteur im ZEIT-Feuilleton

ich diese Seiten mache. Die schickten mir per Fax das Material, und dann schrieb ich die paar Zeilen. Dafür bekam ich 5000 Mark. Jede Woche. Ein Jahr lang dachte ich: Das ist das Paradies. Aber dann begann auch in Havanna wieder dieses Geldabziehen. Ich wusste immer schon, wie es laufen würde: In einer Minute will er eine Zigarette, in zehn Minuten will er zehn Dollar, und in zwei Tagen braucht er einen Kühlschrank. Aber es kam noch ein anderes Problem hinzu: In Kuba gibt es nur ganz schlechtes Gras. Das holen die immer aus Jamaika. Was es in Kuba billig und gut gibt, sind Koks und Rum. Wie flüssiger Honig fließt dieser Rum dir die Kehle runter. Ich bin in Kuba ans Koks geraten, weil praktisch alle meine kubanischen Bekannten gekokst haben. Das ging ungefähr neun Monate gut, dann wollte ich nicht mehr.

Was hat Sie abgeschreckt?

Was mich ärgerte, war meine Persönlichkeitsveränderung. Das Koks machte mich zynisch. Etwas, was für mich immer wichtig war und auch meine Geschichten ausgezeichnet hat: Ich war immer ein Menschenfreund. Aber nach neun Monaten Koks fing ich an, die Menschen zu verachten. Das war es mir nicht wert. Da habe ich mit dem Koksen aufgehört, aber mit dem Saufen weitergemacht. Ich habe mich dann dabei erwischt, wie ich nachts um vier aus einem Club nach Hause kam, ich hatte Durst und trank eine Flasche aus dem Kühlschrank leer. Ich dachte, es sei Wasser, aber es war Rum. Ich komme aus Ostwestfalen, und irgendwann übernimmt der Kartoffelbauer in mir. Der sagte: Jetzt ist Schluss! Außerdem war Franz Josef Wagner bei der *Bunten* rausgeflogen. Einen Tag später bekam ich ein Fax von seinem Stellvertreter, dass die Zusammenarbeit beendet sei.

Wie haben Sie sich wieder gefangen?

Ich kehrte nach Hamburg zurück, erst mal war es schwierig. Ich hatte zwar viele journalistische Aufträge, aber nach den zwei Jahren Koks und Alkohol hatte ich meine preußische Disziplin verloren. Ich machte nur noch Scheiße. Die wollten eine Reportage, ich schrieb einen Rap. Muss auch gehen ... Am Ende holte mich ein Freund nach St. Gallen, und das war die Lösung. St. Gallen war so solide. Diese Mauern, diese Häuser, diese Gassen: Die ganze Welt geht zu Bruch, aber St. Gallen steht. Ich fühlte mich in Sicherheit.

Das Gespräch führte Ijoma Mangold